

3./X. 1918

L. 40000

57

1918

3. X. - 18. X.

Rumäne Politik

44

### Warum Bulgarien abfiel.

Ein soeben aus Sofia zurückgekehrter Wiener be-  
richtet uns über die Stimmung in Bulgarien:

Das Land ist völlig in zwei sich wild bekämpfende  
Parteien gespalten. Malinow hat durchaus nicht  
die überwiegende Mehrheit, wie es unsere Feinde glau-  
ben machen wollen. Die gebildeten Kreise in Sofia, be-  
sonders die Studenten und die Offiziere, standen früher  
alle mit ihrer Sympathie auf unserer Seite. Malinow  
selbst ist eigentlich Pan-Slavist, vollständig russisch  
erzogen und namentlich ein Feind von Oester-  
reich und Ungarn. Der amerikanische Ge-  
sandte in Sofia hat mit reichen Geldmitteln die  
öffentliche Meinung zu unseren Ungunsten beeinflusst.  
Es war ein großer Fehler unserer Diplomatie, daß sie  
den Aufenthalt des amerikanischen Gesandten in Sofia  
gebildet hat. Die üblen Folgen zeigen sich jetzt. In  
Irmee-Kreisen ist man über den Frieden von  
Bukarest sehr erbittert. Überall kann man  
hören, wie tief es die Bulgaren gekränkt hat, daß man  
die Rumänen im Frieden von Bukarest auch noch mit  
Bessarabien belohnte. Namentlich aber hat die Hal-  
tung der reichsdeutschen Sozialdemokratie in  
politischen Kreisen Bulgariens sehr verstimmt. Der  
„Vorwärts“ hat stets erklärt, Serbien und Montenegro  
müssen wiederhergestellt werden, daraus schlossen die  
ergrimmten Bulgaren, sie sollten um jeden Sie-  
gespreis betrogen werden. Diese Haltung der  
reichsdeutschen Sozialdemokratie, deren steigenden  
Einfluß in Berlin man mit Mißbehagen beobachtete,  
ist in erster Linie schuld an dem Umschwung der  
Stimmung in Sofia. Alle Bevölkerungskreise ohne  
Unterschied waren früher deutsch freundlich  
in Sofia. Seitdem der Sozialdemokrat Wendel in  
der Wiener „Arbeiterzeitung“ für die Ser-  
ben Partei genommen hat, war die große  
Verstimmung da. Sie steigerte sich, als man die Sozia-  
listen in Berlin und Wien immer wieder für einen  
Verzichtfrieden eintreten sah, der Bulgarien  
um jeden Siegespreis bringen sollte. Der deutsche und  
der österreichische Gesandte in Sofia werden nur be-  
stätigen können, daß diese Angaben durchaus der  
Wahrheit entsprechen. Die Bulgaren fürchteten, beim  
Friedensschlusse auch um ihren Siegespreis betrogen  
zu werden und so hatte der amerikanische Gesandte in  
Sofia leichtes Spiel, der dem Volke goldene  
Berge versprach, wenn sich Bulgarien an den  
Friedensverhandlungen anschloße. So ist es gekommen und  
nicht anders. Die Politik der Sozialdemokratie in Wien  
und Berlin trägt die Hauptschuld an dem Ver-  
sagen der Bulgaren. Niemals wäre es dem amerika-  
nischen Gesandten so leicht gelungen, die Stimmung in  
Sofia umzuwandeln, wenn die demokratische  
Presse in Berlin und Wien nicht in dieser  
Tonart geschrieben hätte. Der Verzicht-  
frieden ist es, der die Bulgaren in die Arme unserer  
Feinde getrieben hat. Das ist die Wahrheit, die aber  
natürlich von unserer alljüdischen Presse dem Volke bei  
uns sorgsam verheimlicht wird. Wieder einmal  
hat sich also die Ohnmacht der demokrati-  
schen Allermeltpolitik herrlich offen-  
bart!

## Die Zustände in Rumänien.

Anfrage des Abgeordneten Dr. v. Langenhau und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten:

In den letzten Tagen wird die Bevölkerung neuerlich durch Gerüchte über die Gefahren, die der Monarchie infolge der Ereignisse in Bulgarien von Rumänien aus drohen sollen, beunruhigt. Diese Gerüchte haben eine derartige Verbreitung gefunden, daß eine Aufklärung nicht nur über die Absichten Rumäniens, soweit sie sich von hier aus erkennen lassen, sondern auch über die Möglichkeiten Rumäniens, wieder als kriegsführende Macht aufzutreten, dringend notwendig erscheint.

Zur Zeit, als Graf Czernin die rumänischen Friedensverhandlungen eingeleitet hatte — es war dies kurz vor seinem Abgange — ersuchte ihn Abg. Doktor v. Langenhau in seiner Eigenschaft als Delegierter um Aufklärungen über die Verhandlungen und zwar insbesondere darüber, wieso es komme, daß Graf Czernin mit dem als unverläßlich jattsam bekannten König verhandle, weiters, welche Garantien Graf Czernin festzulegen gedenke, um die dauernde Neutralität Rumäniens zu sichern. Der damalige Minister des Aeußern gab dem Delegierten Dr. v. Langenhau bereitwillig Auskunft und erklärte, daß sowohl er als Herr v. Kühmann nicht aus Neigung, sondern aus Zwang mit König Ferdinand verhandeln. Wenn die Vertreter der Mittelmächte sich auf den Standpunkt stellen würden, nicht mit König Ferdinand verhandeln zu wollen, eine Möglichkeit, die unzweifelhaft bestehe, so würde der König sich, um sich zu retten, seiner Armee in die Arme werfen, um, gestützt auf ihren noch bestehenden kriegerischen Geist, den Krieg fortzusetzen. Eine Fortsetzung des Krieges aber würde die Mittelmächte nicht nur große Opfer kosten, sondern sei auch aus anderen militärischen Gründen nicht erwünscht.

Auf die zweite Frage übergehend, erklärte damals Graf Czernin ausdrücklich, daß selbstverständlich ein mit König Ferdinand geschlossener Friede nur dann möglich sein könne, wenn er die nötigen Sicherungen enthalte, daß Rumänien uns nicht ein zweites Mal anfallen könne, er werde diese Sicherungen schaffen; entweder müsse Rumänien mit den Mittelmächten aktiv kooperieren — Marghiloman sei nicht abgeneigt, Truppen nach Italien zu senden — oder müsse Rumänien den Mittelmächten seine gesamte Artillerie und Munition überlassen, welche nach Kriegsende ersetzt werden würde. Hierüber seien konkrete Verhandlungen im Zuge für den Fall, als ein Eingreifen Rumäniens an der Seite der Mittelmächte nicht zustande käme.

Graf Czernin erklärte dem Delegierten Dr. v. Langenhau damals auf das bestimmteste, ohne diese beiden Sicherungen werde der Friede nicht unterschrieben werden, konnte aber den Vertrag mit Rumänien nicht zum Abschlusse bringen, weil er kurz darauf aus dem Amte schied.

Die Bevölkerung hat nun ein großes Interesse daran, zu erfahren, ob die oben angeedeuteten Vereinbarungen mit Rumänien tatsächlich abgeschlossen wurden und ob infolge dessen eine Gefahr, daß Rumänien neuerlich gegen uns vorgehe, infolge von Mangel an Artillerie und Munition ausgeschlossen sei.

Die Unterzeichneten stellen daher an Se. Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

„Ist Se. Exzellenz bereit, von Vorstehendem dem Minister des Aeußern Kenntnis zu geben, ihn um Auskunft zu bitten und die hierüber erhaltenen Mitteilungen bekanntzumachen?“

### Die Friedensfrage.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 2. Oktober.

Nach der Auffassung der hiesigen politischen Kreise handelt es sich bei den Wiener Beratungen, denen ungarische Politiker zugezogen werden sollen, um die Vorbereitung des Friedensschrittes, welchen die Monarchie im Einvernehmen mit ihren Verbündeten in der nächsten Zeit zu unternehmen gedenkt. Man will, daß der nächste Friedensschritt, den die Monarchie unternimmt, den Charakter voller Bestimmtheit trage, und hat aus diesem Grunde eine Aussprache mit den ungarischen Faktoren für nötig gehalten.

3./X. 1918

5

**Besprechungen im Auswärtigen Amte.**

Wien, 2. Oktober.

Die heute vormittag bei dem Minister des Aeußern Grafen Burian begonnenen Besprechungen über die bosnische Frage wurden mittags auf kurze Zeit unterbrochen und nachmittags fortgesetzt. Auch an der nachmittägigen Konferenz nahmen außer dem Grafen Burian die beiden Ministerpräsidenten Freiherr v. Hussarek und Dr. Weterle, Kriegsminister Freiherr v. Stöger-Steiner und der gemeinsame Finanzminister Doktor v. Spitzmüller teil. Die Konferenz wurde um 9 Uhr abends beendigt.

Ministerpräsident Dr. Weterle befindet sich noch in Wien und dürfte im Laufe des morgigen Tages vor dem Kaiser in Audienz erscheinen, um über die Lage in Ungarn Bericht zu erstatten.

## Der Samstagstag des Weltkrieges.

### Oesterreich-Ungarn und Wilsons fünf Punkte.

Schon langsam kommt auch die Wiener Großpresse darauf, daß die jüngste New-Yorker Rede des Präsidenten Wilson ein Ereignis ist, das von der Diplomatie der Mittelmächte einsichtig benützt, zu einer Etappe auf dem Leidensweg zum Frieden werden könnte. Es fiel auf, daß Blätter, die Wilson gelegentlich früherer, minder sympathischer Offenbarungen als das Orakel der Welt behandelten, gerade diesmal, da sich Wilson wirklich einmal in glaubhaften Worten als Wegbereiter einer neuen, dem Völkerfrieden dienenden Ordnung betätigt hat, an der Rede des Präsidenten wie an einem völlig gleichgültigen Vorfall vorbeigingen. Und dies, obwohl die neuen fünf Punkte, die Wilson in der Rede am letzten Freitag als Amerikas Anforderungen an den künftigen Frieden verkündete, der Friedensbereitschaft der Mittelmächte das Tor weit aufzureißen scheinen. Denn Wilson zieht mit diesen fünf Punkten eine scharfe Demarkationslinie zwischen Amerikas Kriegszielen und denen der europäischen Verhandlungsregierungen.

Wie die Mittelmächte will er einen **Völkerebund**, der allen Staaten, einerlei, ob sie bis dahin dem Vielverbande oder dem Vierbunde angehört haben, und einerlei, ob sie groß oder klein sind, die gleiche Gerechtigkeit verbürgt. In London und Paris will man bekanntlich einen ganz anderen Völkerbund, einen, der eine Fortsetzung des Verbandes und gegenüber den Mittelmächten eine Art Strafbund wäre.

Wilson macht sich, nachdem er schon früher eines der wichtigsten Kriegsziele der Mittelmächte, die **Freiheit der Meere**, auch als ein Kriegsziel Amerikas ausgerufen hat, den Standpunkt der Mittelmächte in der Frage des **Wirtschaftsboykotts** zu eigen, indem er diesen besonders von London gepredigten Krieg nach dem Kriege ausdrücklich verwirft. Er lehnt ferner für die Zukunft die **Geheimhaltung internationaler Abmachungen** ab, was die Mittelmächte, da sie die Schaffung von Sicherheiten gegen künftige Ueberfälle und diplomatische Verschwörungen nach den furchtbaren Erfahrungen vom Sommer 1914 als ihr allerwichtigstes Kriegsziel betrachten, als eine ganz besonders wichtige Annäherung an ihre Wünsche begrüßen dürfen. Wilson lehnt **Sonderbünde** ab, sofern sie geeignet wären, Rivalitäten und Feindschaften zu erzeugen und Kriege heraufzubeschwören. Die Mittelmächte, deren Bündnis von jeher ein Defensivbund zur Erhaltung des Friedens gewesen ist, können in dieser Forderung Wilsons einen Schutz gegen Einkreisungs- und Revanchebündnisse erblicken, durch welche die Weltkatastrophe vorbereitet worden ist. Endlich lehnt es Wilson ab, ein „**besonderes, abgeordnetes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen**, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt, zur Grundlage irgend eines Teiles des Friedensabkommens zu machen.“ Dieser Punkt nimmt sich aus wie eine besondere Rücksichtnahme Wilsons auf die speziellen Bedürfnisse der oesterreich-ungarischen Monarchie. Wir müssen nur verstehen, uns den Punkt zunutze zu machen. Wenn der künftige Friedensvertrag den Grundsatz enthält, daß das Gemeininteresse über dem Sonderinteresse einer einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen steht, dann ist die Grundbedingung der Existenzmöglichkeit unserer Monarchie erfüllt und können

dieser die gewissen, auf die Reichzerreißung abzielenden Bestrebungen eines verrannten radikalen Chauvinismus nicht mehr gefährlich werden, denn ihre Förderung durch auswärtige Mächte widerspräche den unter internationalem Schutz stehenden Friedensvertrag. Und daß die Völkermonarchie an der mittleren Donau eine europäische Notwendigkeit ist und einem allgemeinen Interesse entspricht, hat eine vielhundertjährige Geschichte bewiesen. Der Vater noch mehr der neueren tschechischen Politik als ihrer Geschichte, Palacky, ist durch seinen Satz bekannter geworden als durch sein Dogma, daß Oesterreich, wenn es nicht wäre, geschaffen werden müßte.

Die Oeffentlichkeit der Mittelmächte hat somit der Gründe genug, sich angelegentlichst mit Wilsons letzter Kundgebung zu beschäftigen. Es müßte nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn es nach dieser Rede nicht möglich sein sollte, die Verständigung zwischen Wien, Berlin und Washington herzustellen. Freilich, in Paris, London und vermutlich auch in dem noch immer auf Annexionen und Raub sinnenden Rom denkt man begreiflicherweise anders darüber, aber was hat dies zu bedeuten, wenn Wilson, die einzige und letzte Hoffnung der Entente, nicht so will und wenn wir mit ihm uns verständigt haben?

Die englische Offensive in Palästina ist über die der ganzen Christenheit heiligen Stätten am galiläischen Meer hinaus nach Syrien vorgedrungen und britische Truppen haben bereits Damaskus besetzt. Der kriegsdurstige britische Saulus, bei dem noch immer das größte Hindernis des Friedens gelegen ist, wird „sein Damaskus erleben“, wenn ihm eine Verständigung zwischen den Mittelmächten und Wilson plötzlich als höhere Macht den Pfad versperrt.

3./X. 1918

**Abreise der österreichischen, ungarischen und  
deutschen Kolonie aus Sofia.**

Wien, 3. Oktober.

Wie wir vernehmen, haben die österreichische, die ungarische und die deutsche Kolonie, die zusammen etwa dreitausend Köpfe umfassen, Sofia verlassen.

3./X. 1918

10

**Dr. Wekerle über die Bemühungen um den Frieden.**

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 3. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Wekerle äußerte sich heute zum Wiener Mitarbeiter des „Deli Hirlap“ über die Wiener Verhandlungen wie folgt:

„Ueber die jetzt im Zuge befindlichen Besprechungen kann ich mich meritorisch nicht äußern. Was ich sagen konnte, habe ich in meiner an die Budapester Börse gerichteten Erklärung mitgeteilt. So viel kann ich heute aber mitteilen, daß wir auch heute weiter unermüdet im Interesse des Friedens arbeiten und daß wir auch jetzt darüber verhandeln.“

**Die ungarischen Parteiführer in Wien.**

Wien, 3. Oktober.

Graf Stephan Tisza und Graf Julius Andrássy sind gestern abend in Wien eingetroffen. Nach ihrer Ankunft hatten sie im Hotel Sacher eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle und mit dem gewesenen Minister des Aeußern Grafen Czernin. Heute früh ist auch Graf Apponyi in Wien eingetroffen.

Die Grafen Apponyi, Andrássy und Tisza erschienen heute vormittag im ungarischen Haus, wo sie eine längere Konferenz mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle hatten. Nach dieser Konferenz findet im Auswärtigen Amte eine Besprechung mit dem Minister des Aeußern Grafen Burian statt, der den ungarischen Politikern ausführliche Mitteilungen über den Stand der auswärtigen Lage erteilen wird.

Wien, 3. Oktober.

Die drei Parteiführer werden im Laufe des heutigen Tages vom Kaiser empfangen werden.

## Balfour über die Bedingungen der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

London, 30. September.

Reuter meldet: In einer Rede in der Guildhall führte Balfour aus:

Unsere Brüder jenseits des Atlantischen Ozeans haben ihre großartigen finanziellen Anstrengungen für die Sanleihen genannt. Sie traten in den Krieg in dem Augenblick ein, als der volle Umfang aller Streitfragen völlig erkannt worden war, und ferner nannten sie ihre großen finanziellen Anstrengungen nach der Sache, die ihnen am Herzen lag. Denn das war die Sache der Freiheit für die Welt. (Beifall.) Es gibt jedoch noch eine andere Sache, die für Herz und Gewissen der Amerikaner ebenso wie für Herz und Gewissen der Engländer, Franzosen, Italiener oder für unsere anderen Verbündeten bedeutsam ist. Wir sind uns bewußt, daß, wenn es in diesem Kriege nicht gelingt, nicht nur den Krieg zu gewinnen, sondern auch zu erreichen, daß solche Kriege nicht wiederkehren dürfen, so wird unsere Aufgabe nur halb getan sein.

Nachdem Balfour seine warme Zustimmung zur Rede Wilsons und dessen Ansichten über den Völkerbund ausgesprochen hatte, fuhr er fort: Wenn Sie versuchen wollen, einen internationalen Apparat zur Sicherung des Friedens ins Leben zu rufen, so müssen Sie die Karte Europas und der ganzen Welt so ordnen, daß Gelegenheiten für Kriege sie nicht stören können. Wenn Sie den jetzt bestehenden Zustand in Mitteleuropa verewigen, wenn Sie die Vorherrschaft Deutschlands über Rußland, besonders über Westrußland zu einer dauernden machen, wenn Sie den kleinen Völkern längs der Ostsee keine Hoffnung lassen, wenn Sie sich weigern, das Unrecht eines Jahrhunderts, das Polen angetan wurde, wieder gutzumachen, wodurch Polen zu einer Schmach der Zivilisation für alle diese Generationen wurde, wenn Sie die unterworfenen Völker, die seit Generationen in Oesterreich von den deutschen und magyarischen Minoritäten zu Boden getreten werden, weiterhin in ihrer gegenwärtigen Lage lassen werden, wenn die Balkanstaaten wiederum zum Schauplatz blutiger Kriege untereinander und zur Gelegenheit für Feindseligkeiten unter ihren Nachbarn werden, wenn Sie den Türken gestatten werden, ihre blutige Gewalt über die Gebiete, die ihnen entrissen wurden, wieder herzustellen, wenn der Türke auch künftig nach Belieben plündern und morden kann, wenn Italien nicht die Bevölkerungen erhält, die es wirklich zu einem befriedeten Italien machen werden, wenn Griechenland wie bisher durch eine Vorherrschaft der Mittelmächte bedroht wird, wenn Serbien nicht nach allen seinen furchtbaren Opfern wieder hergestellt wird (Beifall), wenn Frankreich nicht die ihm gebührende Stellung in Westeuropa wiedereinnimmt, wenn Belgien nicht im vollen Umfange wieder erhält, was ihm die furchtbare Räuberei der Mittelmächte entriß, wenn alle diese Uebel nicht die Möglichkeit behalten, sich zu wiederholen, dann würden Sie mehr tun, als nur einen Völkerbund errichten. Sie müssen erst dieses Unrecht beseitigen, bevor der Völkerbund in Vollständigkeit tritt. (Beifall.) Um den Völkerbund zu ermöglichen, ist der Sieg und ein vollständiger Sieg absolut notwendig. Der Traum der Deutschen, daß sie ihre Feinde durch die bloße Unterzeichnung ihres Namens unter die Petitionen um einen Völkerbund überreden könnten, daß sie ihre Bestimmungen herbeihätten, ist eine vergebliche Illusion. Deutschland scheint wirklich anzunehmen, daß, wenn die Alliierten von Bestimmungenänderung und Vernichtung des Militarismus reden, alles, was wir benötigen werden, ein paar konstitutionelle Änderungen des preussischen Staates und die Unterzeichnung der bewundernswerten Vorschläge sind, die Präsident Wilson von Zeit zu Zeit festgestellt hat. Diese oberflächlichen Änderungen sind ohne jeden Wert, wenn sie für sich allein bleiben. Deutschland kann nur ein Mitglied des Völkerbundes werden, wenn das internationale System durch eine große Verständigung und einen alles umfassenden Frieden reformiert worden ist. Und das kann niemals geschehen, ehe Deutschland sich nicht verpflichtet hat, sein Glaubensbekenntnis zu ändern, sondern erst dann, wenn seine Weltherrschaftsträume vor seinen Augen in Stücke gerissen worden sind und wenn es nicht länger ein Tyrann sein kann, der die Nationen, auf die es in der Lage ist, Einfluß auszuüben, seinen eigenen Träumen von einem Weltreich unterwerfen kann.



## Die Loslösung Bulgariens

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 30. September.

Der bulgarische Zusammenbruch und das bulgarische Verlangen nach Einstellung der Feindseligkeiten ist in Paris vielerorts nicht über raschend gekommen. Ferdinand von Bulgarien hat zwar noch am 7. September in München von der Solidarität und der festgeschmiedeten Bundesgenossenschaft Deutschlands, Bayerns und Bulgariens gesprochen. In den Ententestaaten wußte man, was sich hinter der Fassade ereignete. Und man erhielt Einblick, weil es Männer gegeben hatte, die die wirkliche Stärke des bulgarischen Heeres erkannten. An der Spitze dieser Männer steht der jetzige Generalgouverneur von Paris, General Guillaumat, der bekanntlich bis im Juni in Mazedonien kommandiert hat. Er hat den Feldzugsplan entworfen, den sein Nachfolger Franchet d'Esperey so glänzend durchgeführt hat. Doch mit dem Entwurf des Feldzugsplans war es für Guillaumat nicht getan. Der Plan mußte zur Annahme gebracht werden, zunächst bei der französischen und dann bei der britischen und bei der italienischen Regierung. Guillaumat gewann Clemenceau und Clemenceau und Guillaumat zusammen gewannen die verbündeten Regierungen. Man war in London und in Rom jedenfalls erstaunt, Clemenceau, der die Expedition nach Saloniki so zähe bekämpft hatte, nun so eifrig für eine Offensive in Mazedonien eintreten zu sehen. Aber man darf auch nicht vergessen, daß seit der Opposition Clemenceaus gegen die Expedition das Problem der Bestände durch den Eintritt der Amerikaner in den Krieg eine radikale Lösung gefunden hat. Clemenceau ist übrigens nicht der Mann, in einem Irrtum aus persönlicher Eitelkeit zu verharren. Sein Verdienst ist, die Schwäche Bulgariens erkannt und die Durchführung der Pläne des Generals Guillaumat bei den Verbündeten, wo man von einem diplomatischen Vorgehen mehr erwartet hätte, durchgesetzt zu haben. Das Verdienst Briands war, die Wichtigkeit Salonikis und der mazedonischen Front von Anfang an eingesehen zu haben. Und tröstlich ist es, daß Frankreich nun für einen ritterlichen Akt gegenüber einem kleinen Volke belohnt wird. Denn der Hilfschrei der von den Bulgaren im Rücken überfallenen Serben hatten den letzten Zögerungen der Pariser Regierung ein Ende gemacht.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß Bulgarien, Regierung und Volk, den Frieden will und außerstande ist, den bewaffneten Widerstand fortzusetzen. Ob man sich in Sofia besonders eilt, um den Türken zuvorzukommen und sich einen guten Punkt bei der Entente zu erwerben, ist eine Nebenfrage. Möglich ist auch, daß die Soffioter Regierung einen Sonderfrieden für möglich hielt, der für ihr Land ziemlich glimpflich sein sollte. Sicher ist, daß die Regierung des Zaren Ferdinand schon am 25. September genau über die Absichten der Entente unterrichtet war, und daß sie trotzdem Bevollmächtigte nach Saloniki sandte. Die Entente lehnt es ab, mit Bulgarien einen Frieden zu schließen, der schon alle Gebietsfragen lösen würde. Die Balkanfragen können mit allen andern erst zur Zeit des allgemeinen Friedens gelöst werden. So werden politische Diskussionen ausgeschaltet, die unter Umständen der militärischen Aktion hinderlich sein könnten. Bulgarien hat die Zusicherung, daß die Entente seine Existenzberechtigung anerkennt. Bulgarien kriegt seinen Waffenstillstand

unter gewissen Bedingungen. Es wird wahrscheinlich seine Armee demobilisieren, seine Eisenbahnen und seine Häfen der Entente zur Verfügung stellen müssen. Die Entente hat das bulgarische Gebiet für die Fortsetzung des Krieges nötig. Bulgarien ist besiegt; es hat keine andere Wahl, als sich dem Willen des Siegers zu fügen, der den Krieg noch nicht beendet hat. Allerdings bemüht sich Bulgarien, an die rein militärischen Klauseln seiner Abmachungen mit der Entente noch politische zu knüpfen. Das geht schon aus der Wahl seiner Unterhändler hervor. Von dreien ist nur einer Militär, die beiden andern Zivilisten, ein Minister und ein Diplomat. Bezeichnend ist die Wahl Radews als Unterhändler. Radew ist Mazedonier; er hat zwei dickleibige Bände zur Beherrschung des Werkes Ferdinands geschrieben und schon als Gesandter in Bern Bestrebungen gezeigt, Bulgarien mit der Entente auszuföhnen. Radew ist der Mann der großen bulgarischen Aspirationen. Ueber die Folgen der bulgarischen Loslösung vom Vierbund ist man sich überall im Klaren. Die Kapitulation der Türkei ist nur noch eine Frage der Zeit, und schon wendet sich der

Blick mit gespanntem Interesse auf Oesterreich-Ungarn, das durch die Ereignisse am direktesten berührt wird. Die Stimmen, die von einer Ueberstreckung des Krieges sprachen, werden nun verstummen müssen. Die Entente weiß, wohin sie geht, und auf der andern Seite weiß man auch, wohin es geht. In Paris ist man zufrieden. Paris ist im Unglück würdig gewesen, und es ist würdig im Glück. Von einem Siegestaumel ist keine Rede. Nirgends läutete eine Glocke, keine einzige Fahne ist bis jetzt herausgehängt worden. Frankreich wußte, daß es siegen wird, weil es den tiefen Glauben in die Gerechtigkeit seiner Sache hatte. Und es nimmt die Vorboten des Sieges mit Ruhe und ohne Ueber-raschung hin. Nicht nur die militärische Kraft dieses Landes kann man bewundern, sondern auch die moralische.

## Der Kanzler vor dem Reichstag.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 3. Oktober.

Prinz Max von Baden ist heute zum Reichskanzler und zum preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Er wird am Sonnabend, den 5. Oktober, in der für 1 Uhr nachmittags anberaumten Vollziehung des Reichstages sein Regierungsprogramm entwickeln. Nach Entgegennahme der Erklärung des Reichskanzlers wird sich das Haus auf Montag, 2 Uhr, vertagen. Zu Staatssekretären ohne Portefeuille sind die Reichstagsabgeordneten Groeber und Scheidemann bestimmt. Der Staatssekretär des Innern Wolke hat seinen Abschied erbeten; sein Nachfolger wird ein Zentrumsabgeordneter werden. An die Spitze eines durch Abtrennung vom Reichswirtschaftsamt neu zu gründenden Reichs-Arbeitsamtes soll der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Bauer, treten. Die Frage, ob ein vom Auswärtigen Amt unabhängiges Reichspressamt unter einem weiteren Staatssekretär aus dem Parlament errichtet werden wird, ist noch in Behandlung. Die Ernennung mehrerer Unterstaatssekretäre aus der Volksvertretung steht bevor. Ueber die Auswahl der Persönlichkeiten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Das preussische Handelsministerium wird an Stelle des ausscheidenden Staatsministers Sydow der Reichstagsabgeordnete Fischbeck übernehmen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Programmrede des neuen Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, in erster Linie dem Kernpunkt aller Probleme, der Friedensfrage, gewidmet sein wird. Inzwischen sind die Ministerpräsidenten der größeren Bundesstaaten hier eingetroffen, um ebenfalls zu der Neuordnung im Reich Stellung zu nehmen. Sincere wenn auch nur provisorische Beseitigung der in der Verfassung niedergelegten Hemmnisse der Parlamentarisierung wird auch von Seiten Bayerns kaum mehr widersprochen werden.

Die nationalliberale Fraktionsführung, die gestern nachmittag stattfand, hat die Aussichten einer Verstärkung der Mehrheit durch Zutritt der Nationalliberalen in einem Maße erhöht, daß kaum mehr ein Zweifel besteht. Die Fraktion hat sich dem Mehrheitsprogramm angeschlossen, und es sind nur noch Verhandlungen zu führen über Fragen zweiter Ordnung, zum Teil persönlicher Art. Jedenfalls kann es bereits als sicher gelten, daß die Herren Friedberg, Krause und Schiffer auch weiterhin der Regierung angehören werden.

Im übrigen sind in der Personenfrage die Verhandlungen soweit gefördert worden, daß die Kabinettsbildung unmittelbar vor dem Abschluß steht. Die Frage der Ernennung parlamentarischer Unterstaatssekretäre, die einigermassen umstritten war, ist schließlich in bejahendem Sinne entschieden worden. Dabei ist zu bemerken, daß heutzutage Ernennungen von Parlamentariern erst erfolgen können, wenn die entscheidenden Faktoren sich über die Beseitigung bzw. Umgehung der Artikel 9 und 21 der Verfassung geeinigt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die kommissarische Bestellung der neuen Minister. Als feststehende Tatsache kann gelten, daß dem Reichskanzler als engeres Kriegskabinet drei Vertreter der Parteien zur Seite gestellt werden. Das wären außer dem Reichskanzler v. Payer der Sozialdemokrat Scheidemann und der schwäbische Zentrumsführer Groeber, die beide kein Ressort übernehmen und infolgedessen sich mit voller Kraft den politischen Fragen widmen können.

Zu der Frage der Besetzung des Auswärtigen Amtes hat sich eine überraschende Wendung vollzogen. Staatssekretär v. Hinge, der wiederholt sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, scheint nunmehr sich mit den Mehrheitsparteien geeinigt zu haben, und es kann als sicher gelten, daß er weiter im Amt verbleibt. Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß Hinge bei seiner kürz-

lichen Anwesenheit im Hauptquartier sich mit Entschiedenheit für die Parlamentarisierung eingesetzt hat, so daß in dieser Beziehung ein Gegensatz zwischen ihm und der Mehrheit nicht zu überbrücken wäre. Anders stand es mit den sachlichen Fragen. Hier scheint die weitere Entwicklung der politischen Lage dazu geführt zu haben, daß Meinungsverschiedenheiten, die vor einiger Zeit noch bedeutsam schienen, als minderwichtig in den Hintergrund getreten sind.

Was die Veränderungen im preussischen Staatsministerium anlangt, so schweben die Verhandlungen noch. Es handelt sich, wie gemeldet, um die Besetzung von drei Ministerposten durch Vertreter der drei Mehrheitsparteien. Das Abschiedsgesuch des Handelsministers Dr. Sydow ist gestern genehmigt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Führer der fortschrittlichen Volkspartei, der Berliner Verbandsdirektor Dr. Otto Fischbeck, bestimmt. Die Sozialdemokraten erhoben ursprünglich Anspruch auf das Finanzministerium. Doch haben sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, die noch nicht beseitigt sind. Mit dem Militär des Kriegsministers v. Stein wird bestimmt gerechnet. Gerüchtwiese verläutelt, es sei Generalleutnant Groener in Aussicht genommen, bisher Chef des Stabes, der in der Ukraine befindlichen deutschen Streitkräfte, der als Chef des Kriegsammtes parlamentarische Führung gewonnen hat. Eine Bestätigung dieser Mitteilung steht jedoch aus.

(Siehe auch dritte Seite.)

## Eine Aussprache über den „Völkerbund.“

Der Verein „Auslandskunde“ hatte zu gestern, Donnerstag abend, nach dem Abgeordnetenhaus zu einem Erörterungsabend geladen, dessen Thema der Völkerbundgedanke bildete. Dieses Thema hatte eine so große Anziehungskraft ausgeübt, daß der große Sitzungssaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Vorsitzende des Vereins, Geheimrat Dr. Poensgen, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache über das Wesen und die Ziele des Vereins, der, aus der im Jahre 1915 gegründeten Auskunftsstelle Vereinigter Verbände hervorgegangen, mit der gefrigen Veranstaltung zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten ist.

Den Hauptvortrag hielt der Professor für neuere Geschichte an der Universität Leipzig, Dr. Paul Herre, der die Gesamterscheinungen des Völkerbundgedankens behandelte.

Er führte aus, daß für die Erörterung dieser Gesamterscheinungen nicht rechtliche, sondern politische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten, während rechtlich-nationalistische und formalistische Gesichtspunkte die Führung haben. Denn es kommt darauf an, daß nicht nur die Anschauungswelt der Völker, sondern die der Staaten als solche für die Idee reif sind, da es doch im Grunde nur die Staaten, die Regierungen sind, die sich zusammenschließen müssen. Bei der Untersuchung der Frage, ob der Zweck des Völkerbundes erreicht werden kann, kam der Redner zu dem Schluß, daß es ein wirklich unparteiisches Völkerchiedsgericht niemals geben kann; denn es gibt in der Völkergeschichte keine unbefangene Gerechtigkeit. Soweit es sich nicht um Rechtsfragen, sondern um Lebensfragen handelt, ist ein Völkerchiedsgericht keineswegs der Ausdruck hoher Sittlichkeit. Der Völkerbund würde nur eine neue Art der politischen-diplomatischen Methoden zur Folge haben; nur die Waffen, mit denen man dann kämpfen würde, würden geändert werden.

Ein Völkerbund beschränkt nicht nur das außenpolitische Leben, sondern wirkt auch hemmend und einschränkend auf die Entwicklung und die Mannigfaltigkeit des geschichtlichen Lebens der einzelnen Völker. Eine solche staatliche Gemeinschaft wäre nichts anderes als eine neue Auflage der heiligen Alliance und würde sehr bald nicht nur konservativ, sondern sogar reaktionär wirken, selbst in dem Falle, wenn er von Anfang an von einer idealen Idee erfüllt gewesen sein sollte. Die lebendige Kraft der Völker würde sich gegen diesen Zwang sehr bald auflehnen. Prof. Herre vertrat die Ansicht, daß der jetzige Zustand durchaus nicht eine Zurückgebliebenheit bedeute. Nicht nur das geschichtliche Leben spielt sich in der geographischen Trennung der Staaten ab, sondern auch die Kultur der Völker beruht auf nationaler Grundlage. Solange die Menschheit nicht zu einer kosmopolitischen Einheit geworden ist, solange ist ein Völkerbund, der einen dauernden Frieden verbürgt, nicht denkbar.

Wie soll sich nun Deutschland zu dem Problem des Völkerbundes stellen? Zunächst muß die rationalistische Auffassung des reinen Pazifismus, die über die Gegebenheiten hinweggeht, zurückgewiesen werden. In anderer Hinsicht aber wird der Staat für den Völkerbund einzutreten haben, er wird sich zur Mitarbeit an der notwendigen Reform des interstaatlichen Zusammenlebens bereit erklären müssen. Man könnte diese Bereitschaft dahin präzisieren, daß Deutschland erklärt, sich bedingungslos einem Völkerbunde zu den gleichen Bedingungen anschließen zu wollen, zu denen unsere Gegner zum Beitritt bereit wären. Praktisch würde sich diese Reform zu erstrecken haben auf den Anschluß an die vorhandenen Ansätze zu einem internationalen Zusammenschluß, nämlich auf den Ausbau des internationalen Schiedsgerichts, der völkerrechtlichen Abmachungen und der Erweiterung der wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Verhältnisse. Auch aus taktischen Gesichtspunkten könnte sich Deutschland zu der Idee des Völkerbundes betonen. Dieser Gedanke wird wirksam gegen den Wirtschaftskrieg unserer Feinde ausgespielt werden können. Dann aber könnte sich Deutschland mit einer Einschränkung der militärischen Rüstungen, die aus finanziellen Gründen geboten erscheint, einverstanden erklären. Auf dieser Grundlage sollte die deutsche Regierung ein Programm aufstellen und der Welt verkünden. Dieses Programm wäre aufgebaut auf der geschichtlich erfaßten Wirklichkeit und trägt andererseits dem idealen Gedanken, der im Volke lebt, Rechnung. Auf diese Weise würde sich auch Deutschland der Abstellung der tatsächlichen großen Nöte der Völker dienstbar machen können, ohne sein eigenes Lebensinteresse zu verletzen.

Am den Vortrag schloß sich eine Aussprache. Als erster Redner trat Abg. Dr. Muzden (Hortfür. Vp.) entschieden für den Völkerbund ein, wohingegen Geheimrat Prof. Dr. Eduard Meyer

darauf verwies, daß der Völkerbund zur Vergewaltigung Deutschlands gedacht sei!

H. / X. 1918

21

## Nicht ein Blutstropfen für Oesterreich!

Die Antwort unserer tschechischen Politiker, die Antwort unserer tschechischen Exzellenzen, Hoerräte, Staatsbeamten und Reichsratsabgeordneten auf die Rundgebungen Wilsons und Lloyd Georges, in denen die Anerkennung der tschecho-slowakischen Brigaden als Bestandteil der feindlichen Heere ausgesprochen wird, haben wir hören wollen! Es hat damals in Oesterreich wirklich noch naive Leute gegeben, die glaubten, so Ungehöriges, wie Wilson und Lloyd George über die Tschecho-Slowaken in Oesterreich-Ungarn sagen, müsse lauteste Entrüstung in allen tschechischen Kreisen zur Folge haben. Nun haben wir die Antwort! Der Herr Abgeordnete Stanek hat sie uns gegeben. Jetzt können alle jene zusammenpacken mit ihrer österreichischen Weisheit, die der Welt noch vormachen wollten, es handle sich nur um einige Schreier, von denen das übrige Volk nichts wissen wolle, es gebe eigentlich gar keinen tschecho-slowakischen Hochverrat, dieser sei eine Erfindung unserer Feinde, die damit bei uns Unfrieden stiften und im neutralen Auslande gegen uns Stimmung machen wollen. Herr Stanek hat es unter dem jüdischen Beifall seiner Volksgenossen gesagt: „Nicht ein Blutstropfen ist von uns freiwillig für die Zentralmächte vergossen worden.“ Nicht ein Blutstropfen in diesem Kriege, der nun schon in das fünfte Jahr hinein dauert, nicht ein Blutstropfen freiwillig für Oesterreich und Ungarn weder in Rußland und Galizien, noch in Serbien und in Italien. Nicht ein Blutstropfen, trotz der gar nicht so seltenen feierlichen Belobungen angeblich tschecho-slowakischer Truppenteile, trotz der vielen Auszeichnungen, welche die Brust tschecho-slowakischer Soldaten schmücken! Herr Stanek redet aber nicht ins Blaue hinein, er weiß recht gut Bescheid über die Taten seiner Tschecho-Slowaken an der Seite der feindlichen Heere. Er hat uns gesagt, daß laut Nachrichten, die ihm zugekommen sind — denn weder der österreichisch-ungarische, noch der deutsche Heeresbericht, weder das Wolffsbureau, noch das österreichisch-ungarische Kriegspressequartier haben davon etwas zu erzählen gewußt und auch in den uns zugänglich gemachten Berichten der feindlichen Heeresleitungen ist nichts davon gestanden — Herr Stanek hat uns gesagt, daß es das alleinige Verdienst der Tschecho-Slowaken sei, wenn Frankreich nicht noch mehr von den deutschen Truppen ausgeraubt worden und das Herz von Frankreich, Paris und der Haupthafen von Calais, nicht den Deutschen als Beute zugefallen sind. Und mit dem Ausdruck höchsten Stolzes und größter Begeisterung hat es Herr Stanek ausgerufen, daß die tschecho-slowakischen Legionen bei allen Heeren des Verbandes aufgestellt sind, „dort haben unsere Leute ihr Blut vergossen“.

Das ist die Antwort der Vertreter des tschecho-slowakischen Volkes auf die Rundgebung Wilsons und Lloyd Georges. An Deutlichkeit läßt sie wohl nichts zu wünschen übrig. Und die Folgerung? Oesterreichs Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat sich beeilt, sofort zu herrschern, er sei fest überzeugt, daß die „Ausfällung“ — wie lieblich und zart! — des Herrn Stanek nicht die des tschechischen Volkes sind,

So kommt man der dem Staate Oesterreich aus der tschecho-slowakischen Bewegung drohenden Gefahr nicht bei! Die Tschechen werden von einer Tagung des Abgeordnetenhauses zur anderen immer unerschämter in ihren Forderungen, immer rücksichtsloser in ihrem Kampfe gegen das Reich, dem sie noch immer angehören. Versprechungen, Einladungen zu Beratungen werden mit Hohn beantwortet, sie wollen keinen Frieden, sie wollen den Krieg, sie wollen keine Ordnung der Dinge in Oesterreich, sie wollen die Zerstörung des Staates. Das Programm der Tschechen ist klar und deutlich. Sie wissen, was sie wollen, nur der Staat Oesterreich weiß nicht, wie er sich zu den Tschechen stellen soll. Die Staatsmänner bei uns taumeln von einer Begnadigung in die andere. halben schöne patriotische Reden

ordneter Stanek am 2. Oktober im österreichischen Reichsrate als tschechisches Programm geseiert hat, zu beantworten ist, dafür muß man sich die Beispiele aus dem feindlichen Auslande holen. Was würde einem Mitgliede der italienischen Kammer geschehen sein, wenn er auch nur annähernd so zu sprechen gewagt hätte über Italien, wie Stanek über Oesterreich gesprochen hat. Leben wäre der aus dem Hause nicht gekommen.

Was man in Frankreich und in England tut, wenn sich dort Leute finden, die nur vom Frieden reden, anstatt die Fortsetzung des Krieges um jeden Preis bis zur Vernichtung der Mittelmächte fordern, beweisen zur Genüge die zahlreichen bereits durchgeführten Prozesse. Ueberall in Feindeslanden übt der Staat sein Notrecht gegen die Hochverräter. Er scheut auch vor der ärgsten Ueberschreitung des Notrechtes nicht zurück. Nur bei uns in Oesterreich wird der Hochverrat aus dem Strafgesetzbuche gestrichen, werden die Hochverräter begnadigt, die gegen sie geführten Prozesse niedergeschlagen. So hat sich bei uns der Staat des Rechtes auf Abwehr der gegen ihn gerichteten Anschläge begeben und er darf sich nicht wundern, wenn die Anschläge immer heftiger, immer rücksichtsloser werden. Der Staat und dessen Leiter dürfen sich aber auch nicht wundern, wenn die wirklich staatsstreuen Elemente immer zurückhaltender werden — —.

### Das Abkommen Bulgariens mit der Entente.

(Telegramm des Neuen Freien Presse.)

Chiasso, 2. Oktober.

Nach dem Korrespondenten des „Secolo“ in Saloniki bestimmt das zwischen den bulgarischen Bevollmächtigten General Luknow und Minister Djaptschew sowie dem General d'Esperey abgeschlossene Abkommen folgendes:

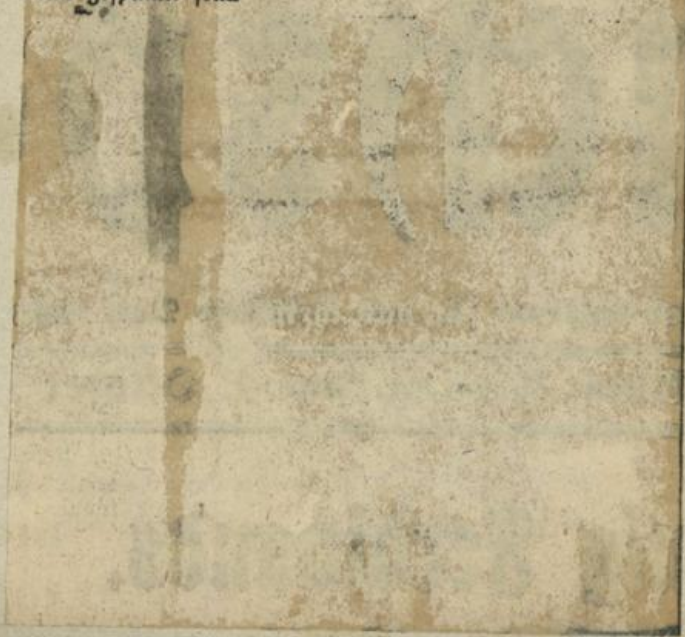
1. Sofortige Räumung des noch in Griechenland und Serbien besetzten Gebietes auf Grund der noch festzustehenden Uebereinkünfte. Aus diesen Gebieten dürfen weder Vieh, noch Getreide, noch Versorgungsmittel irgendwelcher Art fortgeschafft werden. Es dürfen beim Rückzug keinerlei Schäden verursacht werden. Die bulgarische Verwaltung fungiert in den von den Verbündeten besetzten Teilen Bulgariens weiter.
2. Sofortige Demobilisierung des gesamten bulgarischen Heeres.
3. Ablieferung der Waffen, Munition und Transportmittel, die sich in den Händen der demobilisierten Truppen befinden, unter Beaufsichtigung der bulgarischen Behörden und der Kontrolle der Verbündeten; die Pferde sind ebenfalls den Verbündeten abzuliefern.
4. Ablieferung des bei der Besetzung von Ostmazedonien dem griechischen Heere abgenommenen Materials des 4. griechischen Armeekorps, soweit es nicht nach Deutschland gesandt wurde, an Griechenland.
5. Die Abteilungen der bulgarischen Truppen, die sich gegenwärtig westlich vom Meridian von Uesküb als Teile der 11. deutschen Armee befinden, legen die Waffen nieder und werden bis auf weiteres als Kriegsgefangene betrachtet; die Offiziere behalten ihre Waffen.
6. Verwendung der bulgarischen Gefangenen im Orient durch die Verbündeten bis zum Frieden.

**Italien und die österreichischen Südslaven.**

Lugano, 3. Oktober. (Priv.)

Die Ereignisse in Palästina, in Mazedonien und an der Westfront haben den Appetit der italienischen Öffentlichkeit, der seit den furchtbaren Niederlagen in Triaul merklich nachgelassen hatte, wieder außerordentlich belebt. Italien hatte ja immer Glück mit fremden Waffen, 1859 eroberten ihm die Franzosen die Lombardei, 1866 die preussischen Siege über Oesterreich trotz der eigenen schweren Niederlagen bei Custoza und Lissa Venedig und 1871 die deutschen Siege über Frankreich den Kirchenstaat mit Rom. Ein ähnliches Geschäft möchte Italien, das mit seinen eigenen Kräften im Weltkriege nur Niederlage an Niederlage gereicht hat, jetzt wieder mit den syrisch-mazedonisch-nordfranzösischen Waffenerfolgen seiner Verbündeten machen. Der Gedanke der „Verbrüderung mit den Jugoslaven“ verliert jetzt Tag für Tag mehr an Kurswert, ja es ist völlige Panik eingetreten. Dafür schießen die Träume von einer Einverleibung südösterreichischen Gebiets üppig in die Halme. Das österr-eichische Küstenland wird wieder mit den Augen verschlungen, über das ganze Gebiet von der Piavemündung bis Cattaro macht sich der Heißhunger der Irredenta her. Görz und Triest, Pola und Fiume, Dalmatien und die Inseln der Adria erscheinen der wieder erwachten Gier nicht mehr unerreichbar. Selbst die südlichen Teile von Kärnten und Krain umfaßt der „Bruder“ im Süden, der jetzt der jugoslawischen Hilfe nicht mehr zu bedürfen glaubt, mit sehndem Blick. Für Laibach hat er sich bereits einen hübschen italienischen Namen ausgedacht. Auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der Bevölkerung dieser Gebiete, so „heilig“ es der Irredentapresse für die von den österreich-ungarischen Truppen besetzten venezianischen und vizeninischen Ortschaften ist, wird gepöffelt. Das Haus Savoyen hat schon so viel verdaut, daß ihm auch mit einem Millionenzuwachs südösterreichischer Slaven nicht bange zu werden braucht. Unwaise Bedenken der den reisenden Jugoslaven verpflichteten Verbandsregierungen

zu beseitigen, überläßt man der italienischen Diplomaten-geriebenheit. Auf die Entwicklung dieser Pläne darf man gespannt sein.



## Die Vorbereitung des neuen Friedensschrittes.

Wien, 3. Oktober.

Aus unterrichteten Kreisen erhalten wir folgende Mitteilungen über die gegenwärtige politische Lage:

In jüngster Zeit hat eine große Zahl von Meldungen Umlauf gefunden und die Öffentlichkeit in große, allerdings grundlose Erregung versetzt. Unter diesen Gerüchten wäre die Meldung hervorzuheben, Oesterreich-Ungarn sei im Begriff, einen Separatfrieden anzustreben. Hieran sind keinerlei Bemerkungen zu knüpfen. Diese Meldung ist so absurd, daß es überflüssig ist, sich mit ihr zu befassen.

Eine andere Meldung betrifft das Bevorstehen einer neuerlichen Friedensaktion der Verbündeten. In dieser Beziehung kann festgestellt werden, daß die maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei im Sinne ihrer bisher beobachteten Politik fortgesetzt darauf bedacht sind, die Friedensfrage zu erörtern und im Einvernehmen zu beraten, in welcher Weise sie gefördert werden kann. Die Friedensbereitschaft der Verbündeten hat keine Aenderung erfahren, nur sind die gepflogenen Beratungen noch nicht so weit gelangt, daß sie schon zu irgendwelchen konkreten Beschlüssen geziehen wären. Es kann sich hier übrigens nicht um etwas Unerwartetes handeln, sondern um ein Vorgehen, das langsam gereift und überlegt wird und eine logische Fortentwicklung unserer Friedenspolitik der verfloffenen Jahre bildet. Ueber Details der Beratungen sowie die Form des eventuellen Vorgehens kann gegenwärtig schon aus dem Grunde nichts bekanntgegeben werden, da sie noch nicht präzisiert sind. Auf jeden Fall kann betont werden, daß unsere eventuellen Entschliessungen nicht durch äußere Ereignisse veranlaßt werden.

### Einzelheiten über den bevorstehenden Friedensschritt.

#### Mitteilungen von unterrichteter Seite.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 3. Oktober.

Ueber die Besprechungen der ungarischen Politiker in Wien erhält Ihr Korrespondent von unterrichteter Seite folgende Mitteilungen:

Die Besprechungen galten sowohl den aktuellen außenpolitischen wie innerpolitischen Fragen. In beiden wurde ein volles Einvernehmen unter den Politikern erzielt.

Die ungarischen Politiker hatten auch Gelegenheit, in den Konferenzen bei dem Minister des Außern Grafen Burian ihre Ansichten über die demnächst erfolgende Friedensdemarche der Monarchie darzulegen und eingehend zu begründen. Man glaubt hier allgemein, daß die Friedensdemarche an den Präsidenten Wilson gerichtet sein dürfte. Die Demarche solle im allgemeinen auf der Grundlage der bekannten Punkte der Wilsonschen Note stehen.

## Die Beratungen über die Friedensfrage in Wien.

Besprechungen mit den ungarischen Staats-  
männern.

Wien, 3. Oktober.

In einem Gespräche unseres Budapester Korrespondenten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten sagte dieser, daß mit allen Faktoren ein volles Einverständnis erzielt worden sei.

Die leitenden Persönlichkeiten des ungarischen Parlaments, Graf Stephan Tisza, Graf Julius Andrássy und Graf Albert Apponyi, sind nach Wien berufen worden. Schon daraus geht hervor, daß wichtige Beschlüsse zu fassen sind, über die das Einvernehmen mit den Parteien gepflogen wurde. Die Nachrichten, die über die Friedensfrage verbreitet sind, lassen erkennen, daß dem Präsidenten Wilson eine leitende Rolle bei dieser Aktion zugebracht ist. In seiner schroffen Antwort auf die Note des Grafen Burián hat er darauf hingewiesen, daß die Friedensbedingungen, die er stelle, schon bekannt seien. Daraus ergibt sich, daß jede Anknüpfung bei den bekannten vierzehn Punkten stattfinden müßte. In der letzten Rede hat der Präsident seine Ansichten in fünf Punkten zusammengefaßt: Gerechtigkeit, keine wirtschaftliche Bedrückung, kein Sonderbund im Völkerbunde, Oeffentlichkeit der Verträge und keine Sonderinteressen einzelner Nationen.

Der deutsche Reichstag ist für Samstag einberufen und in Berlin wird erwartet, daß die neue Regierung wichtige Mitteilungen über ihren Standpunkt in der Friedensfrage machen werde.



hat er ganz für sich gewonnen. Die einstimmige Genehmigung des Waffenstillstandes wird für heute erwartet. Wie kein Land nach dem Siege auszuweichen wird, weiß König Boris nicht. Er hat keine Armee, denn die Truppen sind der Entente ausgeliefert worden. Er hat keine eigene Politik und dürfte gezwungen sein, die diplomatischen Beziehungen zu den früheren Verbündeten abzubrechen. Er ist verpflichtet, die österreichischen, die ungarischen und die deutschen Anlässigen in Bulgarien zu vertreiben. Schon erneuert sich das traurige Schauspiel von Kindsfingern, die aus fremden Ländern in die Heimat zurückkehren müssen. Ein Schattensönig ohne Macht und ohne Einfluß sitzt auf dem bulgarischen Thron. Er muß nach London und Paris hinhorchen und den Willen der Entente vollstrecken.

Demütigung hingenommen hätte, wie es jetzt dem Ministerpräsidenten Malinow unter Zwang vorgeschrieben werden dürfte, nicht einmal diplomatische Beziehungen zwischen den Mittelmächten und Bulgarien zu dulden, ob er sich zu dieser Feindseligkeit entschließen hätte, die Antwort auf diese Frage wäre nach seiner Abreise von Bulgarien überflüssig. Die moralischen Verantwortungen des Königs zu unteruchen, da die Völker unter dem Druck der größten Weltkrisen sind, wäre nutzlose Arbeit. Der König hat sich in die Feindschaft der Entente begeben, die politischen Ziele des Krieges verloren und sein Nachfolger, der König Boris, wird dieselbe Unfreiheit haben und tun müssen, was die Entente befiehlt.

Schon die Ernennung des Ministerpräsidenten Malinow, die bei den engen Grenzen zwischen Mehrheit und Minderheit in der bulgarischen Sobranie gewiß keine unbedingte Notwendigkeit gewesen ist, hat den Verdacht des Abwärtens von den Mittelmächten geweckt. Die Gerüchte über die Hülfsaufnahme zwischen bulgarischen Agenten und amerikanischen Diplomaten haben sich nach der Wendung auf den Schlachtfeldern im Westen verdichtet und das Gefühl voller Sicherheit hatten die Mittelmächte schon längere Zeit nicht mehr. Die hohe Wahrscheinlichkeit, daß der König ein Mitwisser dieser Heimlichkeiten gewesen sei, könnte ernsthaft nicht bestritten werden. Er hoffte, sich durch seinen kühnen Parvasprung im Augenblicke der Not zur Entente hinüberzuwenden zu können. Das ist ihm nicht gelungen. Er ist zu Boden gefallen. Europa hat wieder einen König im Exil. Es geschieht nicht zum erstenmal, daß solche List sich rächt. In dem Vertrage über den Balkanbund hat er sich verpflichtet, unter gewissen Voraussetzungen zweihunderttausend Mann gegen die Monarchie marschieren zu lassen. Das Ende war der martevolle Friede, den Bulgarien unter dem Zwänge der Serben, Griechen und Rumänen schließen mußte. König Ferdinand ist ein Mann von ungewöhnlicher Begabung und hat in Bulgarien manches Kulturwerk geschaffen. Das heutige Sofia, das früher eine Dorfstadt war, ist zum großen Teile sein Werk. Der Hofall hat sich jedoch nicht gelohnt. Es wäre ohne Abfall nicht schlimmer geworden, und der Entente ein Beispiel zu geben, daß unter den Mittelmächten die Aeneas kein leerer Wahn ist, hätte auch ein politischer Vorteil sein können, wie so häufig die Verlässlichkeit auch Klugheit ist.

**König Boris als Nachfolger des Königs Ferdinand.**

Der junge König ist jetzt in Bulgarien ohne jede Macht und ohne jeden wirklichen Einfluß. Die Entente regiert und Malinow ist nicht bulgarischer Ministerpräsident, sondern ein Werkzeug der Entente. Das Parlament

**Abdankung König Ferdinands von Bulgarien.**

**Thronbesteigung des Kronprinzen Boris.**  
Sofia, 4. Oktober.  
König Ferdinand hat gestern zum Gunsten des Kronprinzen Boris abgedankt.  
König Boris hat die Regierung angetreten.

**Die Enthronung des Königs von Bulgarien**  
**Thronbesteigung des vierundzwanzigjährigen Kronprinzen Boris.**

Wien, 4. Oktober.  
König Ferdinand von Bulgarien hat abgedankt. Er ist nicht mehr König von Bulgarien; er hat nicht aus freiwillichem Entschluß verzichtet, sondern mußte auf Befehl der Entente sich zurückziehen. Die Abdankung gehört zum Preis, den Bulgarien für den Waffenstillstand zu zahlen hat. Der König hat mit dem Kriege auch seine Krone verloren und konnte nur die Dynastie vorläufig retten. Aus Euenthal ist er als junger Leutnant ausgezogen, um Fürst von Bulgarien zu werden und dürfte wohl nach einunddreißig Jahren einer wechselfollen Regierung in dasselbe Schloß Ebenholz, fast im Flüchtling, zurückkehren.  
Wenn die Frage zu prüfen ist, ob nach dem Verluste, den die Mittelmächte durch die Abiprenzung von Bulgarien erlitten haben, dieser Thronwechsel eine unmittelbare Bedeutung für die gegenwärtige schwere Krise haben könnte, so ist das nächste Ergebnis, daß König Ferdinand abgedankt habe, als er ohnehin machtlos geworden war. Er hat nicht bloß sein Land, sondern auch seinen Thron vom Gutsdünker der Entente abhängig gemacht. Der schlaue Diplomat, der so häufig durch zwei Eichen im Feuer gewinnen konnte, hat endgültig verloren, und wäre er auch in Sofia geblieben und hätte er auch zum Scheine regiert, die wirkliche Macht hat jetzt die Entente. Sie hat ihm nicht einmal als Gegenwert für den die Unabhängigkeit von Bulgarien vernichtenden Waffenstillstand die Krone belassen. Auch dieses Almosen wurde ihm verweigert. Ob er bereit gewesen wäre, wie es jetzt der König Boris tun muß, mit den früheren Verbündeten zu brechen, ob er auch noch die

**Der Eindruck in Wien.**

Die heute vormittags der Wiener Bevölkerung bekannt gewordene Nachricht, daß sich Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten Wilson gewandt hat und für sich und seine Verbündeten zwecks Anbahnung von Friedensverhandlungen auf Grund der Wilsonschen Formeln einen Waffenstillstand zu erreichen, ließ wie ein Lauffeuer durch die Gassen. Sie findet in der Bevölkerung als ein neuer unzweifelhafter Beweis der aufrichtigsten Friedensliebe Oesterreich-Ungarns ungeteilte Zustimmung.

Einen so ausgezeichneten Eindruck dieser Schritt der Mittelmächte aber auch auf alle jene Mächte, die ihre Satten und Brüder und Söhne an den Fronten stehen haben und die nun wieder leise Hoffnung auf deren glückliche Heimkehr und auf das ersehnte Ende dieses größten Trauerspiels der Welt zu fassen beginnen, so eigenartige Wirkung zeitigte der Friedensschritt in den Kreisen der Säleischändler, die nun ihre in verborgenen Magazinen angehäuften Waren hangen und den Zeitpunkt nahe sehen, in dem sie die Ausbeutung der armen Bevölkerung in der bisherigen Weise fortzusetzen nicht mehr in der Lage sein werden.

Daß natürlich das Angebot an Wilson eine Anzahl von Gerüchten zur Folge hatte, die mehr oder minder alle in der unrichtigen Mitteilung, als wäre der Waffenstillstand schon abgeschlossen, gipfelten, daß die Fernsprechanparate in unserer Redaktion den ganzen Vormittag nicht zur Ruhe kamen und immer wieder neue Lemter, Behörden, Abonnenten und Leser uns um Auskunft über die herumwirrenden Gerüchte batem ist selbstverständlich. Vor dem Hause der „Reichspost“ stauten sich große Gruppen von Menschen an, welche die ausgehängte authentische Nachricht lasen. Als dann die Kunde vom Angebote durch Extraausgaben zur allgemeinen Kenntnis gelangte, war der neue Friedensschritt mit einem Schlag das Tagesgespräch. Auf der Straßenbahn, in den Gast- und Kaffeehäusern, auf den Märkten, in den Gängen der Häuser, allüberall war tiefe Bewegung. Nun ist eine Frage auf aller Lippen: Müht es diesmal, kommt jetzt der Friede?

## Die völkerrechtliche Lehre.

Von  
Erich Schlöding.

Hat es Zweck, gegenwärtig auf die Vorgeschichte des Krieges anzugehen? Gewiß nicht, wenn damit entschieden werden soll, wer den Krieg verschuldet hat. Dieser Erörterung sind wir alle herzlich überdrüssig geworden; denn so sehr diese Frage die Menschheit auch noch für Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte beschäftigen wird — im gegenwärtigen Zeitpunkt ist niemand geneigt, die Ansätze zu ändern, die er sich einmal darüber gebildet hat. Wohl aber kann die Erörterung im höchsten Maße fruchtbar sein, wenn sie sich nicht mit der Schuld der Menschen, sondern mit der Schuld des Systems beschäftigt.

In diesem Sinne unterrichtet Professor Walter Schlöding, der bekannte Pazifist, in seinem neuen Werk „Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges“ (Leipzig 1918 bei Veit u. Co.) die diplomatischen Verhandlungen vom 22. Juli bis zum 1. August einer sorgfältigen, im höchsten Sinne objektiven Untersuchung. Schlöding will zeigen, daß „so verhängnisvoll die allgemeinen politischen Gegensätze in Europa auch gewesen sind, und so sehr sie die friedliche Lösung der österreichisch-ungarischen-serbischen Krise erschwert haben, doch andererseits auch diese Frage friedlich hätte gelöst werden können, wenn das Völkerrecht den Staaten dazu bessere Methoden an die Hand gegeben hätte“.

Der Punkt vor allem, in dem die Einrichtungen des Völkerrechts verhängnisvolle Lücken aufweisen, ist der Mangel einer unparteiischen Instanz, vor die eine Streitfrage gebracht werden kann. Die Viermächtekonferenz z. B., die Grez zur Verilegung des Konflikts zwischen Oesterreich und Serbien vorschlug, war für die habsburgische Monarchie und das Deutsche Reich unannehmbar, weil die Vermittler in gewissem Sinne zugleich Partei waren. „Wenn in Europa eine internationale Behörde vorhanden gewesen wäre, die fähig gewesen wäre, ein unparteiisches Gutachten zu erteilen, wie sich die österreichisch-ungarischen Interessen gegenüber Serbien mit dem europäischen Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens ausgleichen ließen, so hätte Oesterreich-Ungarn jeder Grund und jeder Vorwand gefehlt, um eine derartige Vermittlung abzulehnen.“ Ferner kiten alle Verständigungsversuche empfindlich unter dem Zeitmangel, unter der Kürze der Frist, die für eine Vermittlung zur Verfügung stand. Und diese wiederum hat ihren letzten Grund in der Besorgnis aller Mächte, durch ein längeres Hinauszögern der Mobilmachung militärische Vorteile aus der Hand zu geben — ein Punkt, über den man wohl heute nach vier Jahren unentschiedenen Krieges auf allen Seiten etwas anders denkt. Und gegenüber diesem fast elementaren Drängen auf Entscheidung die Unvollkommenheit der diplomatischen Technik, die es mit sich brachte, daß in Petersburg, London, Paris, Berlin, Wien und Rom gleichzeitig über dieselbe Frage verhandelt wurde, und zwar zwischen den betreffenden Ministern des Auswärtigen und den Gesandten der übrigen fünf Großmächte. Wie Schlöding eindringend hervorhebt, verhandeln auf sechs verschiedenen Schauplätzen nicht weniger als 36 Diplomaten. „Fortgesetzt kreuzen sich die Vorschläge, kein Mensch weiß, was zur gleichen Stunde auf dem anderen diplomatischen Schauplatz vor sich geht. Dazwischen laufen zum aber noch die Fäden, die unmittelbar von den besetzten und verwandten Herrschern angesponnen worden sind.“ Es sei daran erinnert, daß z. B. aus den Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hervorgeht, daß die Depesche Wilhelms II. an den Zaren vom 30. Juli, in der er seine Bereitwilligkeit zur Vermittlung ausspricht, aber gleichzeitig auf die Gefahr aufmerksam macht, die eine Bedrohung Oesterreich-Ungarns durch militärische Maßnahmen für den Frieden Europas bedeuten würde, noch nicht in der Hand des Zaren war, als dieser seine Einwilligung zur allgemeinen Mobilmachung gab. „Ist es nicht“, ruft Schlöding dem gegenüber aus, „einfach eine selbstverständliche Forderung der Vernunft, daß diejenigen Personen, die sich um einen friedlichen Ausgleich bemühen, sich auch an einem Tische zusammensetzen müssen, statt daß gleichzeitig an verschiedenen Höfen die verschiedensten Vorschläge besprochen werden?“

Die Reformen, die Schlöding gegenüber diesem verwirrenden und unmethodischen Zustande der Vorkriegszeit anregt, decken sich

mit den Gedanken einer großen Reihe von hervorragenden, um die Sicherung des Friedens besorgten Völkerrechtslehrern. Es muß ein internationales Forum mit allen denkbaren Garantien der Unparteilichkeit geschaffen werden, das berufen ist, im Streitfalle nicht eine Entscheidung zu fällen, sondern ein Gutachten abzugeben. Die Anrufung dieser Vermittlungsinstanz muß für alle Mitglieder der europäischen Staatengemeinschaft obligatorisch sein, mit der Wirkung, daß eine Kriegserklärung vor ihrem Spruch die Gegenwirkung der übrigen Mächte hervorruft. Dazu ist natürlich notwendig, daß die Völker in einem organisierten Bunde vereinigt sind, den man jetzt wohl als die gemeinsame Programmforderung aller kämpfenden Mächte bezeichnen darf. Die Frage, ob es möglich ist, für eine solche internationale Behörde zur obligatorischen Untersuchung und Begutachtung schwerer Staatenkonflikte Männer zu finden, die subjektiv denselben guten Willen zur Unparteilichkeit haben wie die Richter in jedem einzelnen Kulturstaat, bejaht Schlöding. Er kann sich hierbei auf ein Wort Jorns, des Vertreters des Deutschen Reiches auf den Haager Friedenskonferenzen, berufen, der gerade auf Grund der dort gewonnenen Erfahrung der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß ein Areopag von Männern, die in solcher Gemeinsamkeit an der Schlichtung internationaler Streitfälle arbeiten würden, die meisten Streitfragen friedlich zu lösen imstande sein würden.

Es ist an dieser Stelle unmöglich, im einzelnen auseinanderzusetzen, welche Einrichtungen getroffen werden müßten, um diesen Grundgedanken durchzuführen. Schlöding hat in einer kleineren vollständig gehaltenen Schrift, „Internationale Rechtsgarantien“ (Hamburg 1918, Broschek u. Co.) seine Vorschläge über den Ausbau und die Sicherung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Anschluß an die während des Krieges, namentlich in den neutralen Ländern geleistete Gedankenarbeit zusammengefaßt und begründet. Sie werden heute wohl auf allen Seiten geneigteres Gehör finden als in den Jahren vor dem Kriege. Denn wohl überall ist jetzt die Ueberzeugung verbreitet, daß die entsetzliche Katastrophe der Kulturmenscheit, das unsägliche Elend, das sie über Millionen von Menschen gebracht hat, die Verwüstungen, die durch die Arbeit von Jahrzehnten nicht wieder gutgemacht werden können, in gar keinem Verhältnis zu dem Konflikt stehen, aus dem sie hervorgegangen sind.

5./X. 1918

## Die Vorgänge in Sofia vor der Abdankung des Königs.

Von unserem Korrespondenten.

Sofia, 1. Oktober, mittags.

Die gestrige Sobranjesitzung war ein voller Sieg Malinow's. Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung versammelte sich das Publikum. Alle Galerien und Logen waren dicht besetzt, alles wartete nervös der kommenden Dinge. Die Abgeordneten waren beinahe vollzählig erschienen. Alle politischen Führer waren anwesend. Eine heitere Szene ereignete sich, als Radoslawow den Saal betrat. Er hatte anscheinend vergessen, daß sein Platz nun auf der linken Seite des Saales ist. In sich versunken, ging er nach rechts zur Gruppe der Demokraten, die ihn mit heiteren Rufen einluden, bei ihnen Platz zu nehmen. Radoslawow schüttelte lachend sein Haupt und nahm auf der linken Platz.

Bald darauf erschienen die Minister, geführt von Alexander Malinow. Mit ziemlich erregter Stimme verlas er im Namen des Zaren die Thronrede. Einmütiger Beifall ertönte nach der Verlesung. Es fand sich keine Opposition. Die Minister nahmen dann bei den Bänken der Radoslawowisten im Halbkreis Aufstellung. In goldenen Gewändern erschienen die Metropolitens des Landes und zelebrierten einen Gottesdienst. Hierauf ergriff Malinow wieder das Wort. In kurzen Worten führte er aus, daß die Lage des Landes momentan noch ungeklärt sei und die Regierung noch nicht die Bestimmungen des Waffenstillstandes kenne. Er werde voraussichtlich erst am Freitag in der Lage sein, dem Hause über alles ausführlich zu berichten. Deshalb stelle er den Antrag, das Haus bis Freitag zu vertagen. Die Abstimmung erfolgte in einer Sekunde und ergab Einstimmigkeit für den Antrag. Die Regierung hat nun freie Hand zu den weiteren Verhandlungen.

Eine Opposition ist angesichts der Lage ein Ding der Unmöglichkeit. Es gibt keinen Menschen, der im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortlichkeit einer Regierung übernehmen würde. Eine Militärdiktatur ist nicht möglich. Während der Sobranjesitzung kämpfte man vier Kilometer vor der Hauptstadt. Man hörte Tag und Nacht die Kanonenschüsse. Unmittelbar vor Sofia kämpften Bulgaren gegen Bulgaren. Die heimkehrenden Soldaten der beiden im Entscheidungskampf desertierten Divisionen eroberten auf dem Wege von der Front nach Sofia Kistendil, das bulgarische Hauptquartier, zerstörten es und riefen auf dem Wege von Kistendil nach Sofia in Radomir eine Bauernrepublik aus. Vorher bildeten sie noch schnell in Wladaja, acht Kilometer vor Sofia, eine Regierung. Im Dorfe Knaschewo, vier Kilometer vor Sofia, traten ihnen die bulgarischen Reserveoffizierschüler entgegen. Da die Aufständischen keine Maschinengewehre und Geschütze hatten, konnten sie, zumal Offiziere sich ihnen nicht anschlossen, aufgehalten werden.

Sie kamen in regellosen Trupps von der Front, zu 50 bis 200 Mann, in zerlegten Uniformen, mit Beute aus den geplünderten Armeemagazinen. Da man sie aufhielt, versuchten sie Samstag der Stadt durch einen großen Waldbrand von der 2000 Meter hohen Witoscha aus beizukommen, doch auch dieser Plan mißlang. Der begnadigte Bauernführer Abgeordneter Stambuliski ist der Führer dieser Bauernbolschewiki. In der Nacht von Montag auf Dienstag ergab sich der größte Teil der Deserteure, ungefähr 3000 Mann; ihre blutigen Verluste sind wohl ebenso hoch einzuschätzen.

Ununterbrochen hält der Zug von der Front an. In langen Zügen führt man Gefangene durch die Hauptstadt. Ein trauriges Bild. Bejammernswerte, verlotterte Menschen, Bauern in jedem Alter, die im sechsjährigen Krieg stark gelitten haben, ohne Schuhe, ohne Strümpfe, ohne Homb, nur mit einem Mantel bekleidet.

Die Ententebedingungen, die hier aus Wiener und Berliner Meldungen bekannt werden, finden keine ungünstige Aufnahme. Man ist zunächst erfreut, daß keine Serben und Griechen ins Land gelassen werden und daß die Bahnen

höchstwahrscheinlich nur von Engländern besetzt werden. Von wirtschaftlichen Entschädigungen war bisher noch keine Rede und die Wilsonschen Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker werden für Bulgarien günstig beurteilt. Die bulgarischen Blätter fordern sogar ihre Anwendung, denn dann könne Bulgarien nicht viel geschehen.

Die Stimmung in der Stadt hat sich auffallend gebessert. Wegen der Bolschewikigefahr sind die Läden zwar gesperrt, aber es ist bereits allgemeine Beruhigung eingetreten. Man lechzt nach Frieden und Ruhe. Es ist ausgeschlossen, daß der Bulgare noch einmal zu kämpfen beginnt. Weder gegen die eine, noch gegen die andere Macht wird er zu den Waffen greifen. Das Volk steht seit sechs Jahren im Kriege, ist in Gut und Blut ausgezogen und will Ruhe, und jeder, der ihm Ruhe gibt, ohne ihm die Ehre zu nehmen, wird ihm willkommen sein.

## Orlando über Italiens „Ideale“.

Die Herbsttagung der italienischen Kammer eröffnet.  
Zürich, 4. Oktober.

Die italienische Kammer nahm gestern ihre Arbeiten wieder auf. Präsident Marcora entbot in längerer beifällig aufgenommenen Rede den italienischen und den Truppen der Alliierten einen warmen Gruß, was zu lebhaften Sympathieumgebungen für die Armeen der Entente Anlaß gab.

Ministerpräsident Orlando gedachte hierauf zunächst der von den italienischen Truppen an der Piave erzielten „Erfolge“ sowie der von den Entente-Truppen unter dem Oberkommando Fochs auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in der jüngsten Zeit erzielten Siege, an denen auch die italienischen Armeen beteiligt waren, und erklärte, daß die Einheit der Front nicht eine rhetorische Phrase, sondern eine saßbare und wirksame Realität sei. Fortsetzend führte der Ministerpräsident aus:

Das italienische Volk habe sich seiner Aufgabe nicht unwürdig gezeigt und die großen durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in keinem anderen Lande einen gleich intensiven Grad erreichen konnten, wie in Italien, namentlich wegen der großen Transportausfälle, ertragen. Auch die Finanzen des Staates haben eine ernste Prüfung erfahren, aber er hege die Gewißheit, daß die Schwierigkeiten überwunden werden. Italien, das für die Unabhängigkeit seiner nationalen Kampfe, verfolge die Unabhängigkeitsbestrebungen der anderen Nationen mit Sympathie. Er erinnere an die Gründung einer tschecho-slovatischen Legion an der italienischen Front, was der Anerkennung einer tatsächlichen Regierung gleichkomme. Zwischen Italien und den Südslaven müssen entweder eine aufrichtige und herzliche Freundschaft oder schwere Divergenzen bestehen. Italien habe in lokaler Weise seine Wahl getroffen und hege das volle Vertrauen, daß auch auf der anderen Seite dasselbe Bestreben vorhanden sei, so daß zwischen den beiden Völkern „innige Beziehungen“ entstehen können. Ohne sich einem verführten Optimismus hinzugeben, könne man sagen, daß die großen Ereignisse der letzten Tage die Völker einem gerechten Frieden, den Italien anstrebe, näher gebracht haben.

### Der letzten österreich-ungarischen Note

Legt er mehr Bedeutung bei bezüglich dessen, was sie verschweige, als hinsichtlich dessen, was sie ausspreche. Was sie verschweige, betreffe in der Tat das Wesen des Weltkonflikts. Aber selbst wenn man sich nach dieser Note orientieren würde, könnte man sagen, Oesterreich-Ungarn scheine nicht zu wissen, daß ein im Krieg befindliches Italien existiere und daß „geheiligte Aspirationen“ Italiens bestehen, deren Verwirklichung Italien zur Teilnahme an dem ungeheuren Konflikt geführt haben. Wenn er gesagt habe, daß ein entscheidender Schritt dem Frieden entgegen gemacht worden sei, so denke er vor allem an die bewunderungswürdigen Siege, die von allen Armeen der Entente an den verschiedenen Fronten davongetragen worden seien. Die erste Folge politischen und diplomatischen Charakters sei das Ausscheiden Bulgariens aus der Zahl der im Kriege stehenden feindlichen Staaten, die Zurückverlängerung großer besetzter Gebiete, und die Wiederherstellung des serbischen Staates sowie die schweren Hindernisse für die militärischen Verbindungen zwischen den Mittelmächten und der Türkei. Endlich der Umstand, daß die Mittelmächte zu der Einsicht gelangt sind, daß ihr Welt Herrschaftstraum (I) nie Tatsache werden wird. In dieser Hinsicht haben wir uns unzweifelhaft dem Frieden genähert. Wir werden zum Frieden gelangen, wenn unsere Feinde einen neuen Schritt tun, d. h. wenn sie einmal überzeugt sind, daß die Menschheit die Verwirklichung der „edlen Ideale“ fordert, für die das Blut von Millionen vergossen wurde. Niemand (II) will selbst auf Grund des Titels einer rechtmäßigen Restitution sich Methoden brutaler Gewalt noch Programme der Unterdrückung oder Freiheitsberaubung irgendeines Volkes aneignen, weil eben die ganze Welt zur Überwindung dieser Programme und Methoden gegen die Mittelmächte in den Krieg eingetreten ist (II). Aber niemand kann andererseits zugeben, daß es hinreichte, daß derjenige, dem sein Schlag mißglückte, nun erkläre, daß er auf seinen Schlag verzichte, damit die für den

Frieden der Völker wesentlichen und jetzt aufgeworfenen Fragen nicht die Lösung erhalten, die die Gerechtigkeit verlangt. Nur diejenigen, welche die Augen schließen, um nicht zu sehen, können die ganze Bedeutung der „Ideale“ verkennen, die in diesem Kriege nach und nach immer größeren Einfluß bekommen und alle ursprünglichen nationalen Forderungen verbunden haben, die selbst ihre natürlichen und rechtmäßigen Wurzeln in der allgemeinen Forderung besitzen, welche, wie Wilson es mit der ganzen Macht und Glaubenskraft eines neuen Evangeliums verkündet hat, darin besteht, daß eine internationale der Völker gebildet werde und neue und mächtige Garantien gegen jede Form der Ungerechtigkeit unter den Völkern geschaffen werden. Zur ersten Belehrung unserer Feinde genügen die drei letztverfloßenen Monate. Wir warten mit Ruhe die erforderliche Zeit bis zur zweiten Belehrung ab, den Tagesanbruch, da die leuchtende Sonne auf einen gerechten Frieden niederstrahlen wird. Damit diese Stunde jedoch beschleunigt werde, damit die ungeheuren Opfer an Schmerzen und Trauer, die wir erduldet haben, nicht umsonst seien, gibt es nur ein Mittel: durchzuhalten; und unüberwindlich und stolz bis zum Ende auszuharren!

Die Rede Orlando wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen und über Wunsch desselben beschlossen, die Debatte über die Mitteilungen der Regierung auf den 10. Oktober zu verschieben, nachdem der Sozialist Ventini erklärt hatte, daß er sich der Vertagung nicht widersetze und wünsche, daß sie die Beschleunigung des Friedens, welcher den von Wilson aufgestellten Grundplätzen entsprechen möge, fördere.

### Die italienische Regierung vor der Kammer- tagung.

Chiasso, 4. Oktober.

Wie die italienischen Zeitungen melden, ist der Unterstaatssekretär für Schiffsbau Salvatore Orlando zurückgetreten. In den Kommentaren der Blätter wird angedeutet, daß der Rücktritt Orlando auf die materielle Unmöglichkeit der Durchführung auch nur eines kleinen Teiles des Schiffsbauprogramms zurückzuführen sei, während die Not infolge des Mangels an Verkehrsmitteln zur See und zu Lande beängstigend ansteige. — Verkehrsminister Villa und Ernährungsminister Crespi sind zur Eröffnung des Parlaments von ihrer Londoner Reise nicht zurückgekehrt.

Chiasso, 4. Oktober.

Die Vertagung der Kammer auf den 10. Oktober wurde vom Präsidenten Marcora damit motiviert, daß Ministerpräsident Orlando zu einer Konferenz der Staatsmänner der Alliierten abreisen genötigt sei.

### Abdankungsmanifest König Ferdinands.

Sofia, 4. Oktober.

Das von König Ferdinand erlassene Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Bulgaren! In Anbetracht des Zusammenwirkens von Umständen, die im Königreich eingetreten sind und die von jedem guten Bürger bis zur Selbstaufopferung gehende Opfer für das Wohl unseres teuren Vaterlandes heischen, möchte ich das erste Beispiel der Selbstaufopferung geben, und trotz der heiligen Bande, die seit 32 Jahren mich so fest an dieses Land geknüpft haben, für dessen Gedeihen und Größe ich alles gegeben habe, was in meinen Kräften lag, habe ich beschlossen, auf den Königsthron der Bulgaren zugunsten meines erstgeborenen Sohnes Sr. königlichen Hoheit des Erbprinzen Boris von Tirnowo zu verzichten.

Indem ich diese Entschliebung meinem vielgeliebten Volke ankündige, richte ich an alle treuen Untertanen und wahren Patrioten die Aufforderung, sich wie ein Mann um den Thron des Haren Boris, dessen Name mit so vielen großen Werken der Geschichte des alten bulgarischen Königreiches verknüpft ist, zu scharen, um das Vaterland aus der schwierigen Lage zu führen und Bulgarien von neuem zu jener Höhe zu erheben, die ihm vom Schicksal bestimmt ist.

Indem ich vom teuren Bulgarien mit tiefer Trauer in der Seele scheidende, drücke ich dem ganzen bulgarischen Volke meine Dankbarkeit für die Unterstützung aus, die es mir im Laufe meiner Regierung geliehen hat.

Möge der Allmächtige wachsame Auges die Geschicke des bulgarischen Volkes lenken und es einer glänzenden und süßeren Zukunft entgegenführen.“

### Einstimmige Annahme der Ententebedingungen durch die Sobranje.

Sofia, 4. Oktober.

Die geheime Sitzung der Sobranje, die nicht weniger als fünf Stunden dauerte und in welcher die Vertreter aller parlamentarischen Fraktionen der Reihe nach das Wort ergriffen, worauf der Ministerpräsident die von ihm verlangten Aufklärungen gab, endete mit der einstimmigen Annahme folgender Tagesordnung:

Nach Anhörung des Ministerpräsidenten über die Gründe, welche den Abschluß des Waffenstillstandes mit den Ententestaaten herbeigeführt haben, billigt die Nationalversammlung die Haltung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

## Die Bedeutung des neuen Friedensschrittes und dessen Vorgeschichte.

Mitteilungen von unterrichteter Seite.

Wien, 5. Oktober.

Aus unterrichteten Kreisen erhalten wir die folgenden erläuternden Mitteilungen über den Friedensschritt der Verbündeten:

Es ist zunächst hervorzuheben, daß dieser Schritt Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei nicht als Entschluß anzufassen ist, der plötzlich und unter dem Eindruck der militärischen Ereignisse zustande gekommen wäre. Im Ausland allerdings dürfte sicherlich auf die Ereignisse an der Westfront und in Bulgarien hingewiesen werden, unter deren Eindruck der Schritt erfolgt sei. Dies ist jedoch vollkommen falsch. Der Schritt bildet vielmehr in der Geschichte unserer Friedenspolitik das letzte Glied in der logischen Kette steter Evolution unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die letzte innerpolitische Entwicklung Deutschlands.

Bekanntlich bildet der Ausgangspunkt unserer Friedenspolitik die Note des Grafen Burian vom Dezember 1916. Der damalige Schritt hatte noch einen sehr vagen Charakter, die Bedingungen waren nicht umschrieben und nur in großen Zügen angedeutet. Im Laufe der Entwicklung ist es nun zu einer Kristallisierung der Bedingungen gekommen. Im Laufe der Monate Februar, März und April kamen die Worte über einen allgemeinen, gerechten Frieden, über einen Frieden ohne Annexionen und Kompensationen in Umlauf, in weiterer Folge wurde der Gedanke über die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts, der Herabsetzung der Rüstungen erörtert, weiter als notwendige Prin-

zipien der Gedanke von der Freiheit der Meere proklamiert sowie schließlich der Grundsatz aufgestellt, daß Wirtschaftskriege, wirtschaftliche Vergewaltigungen nach dem Kriege verhindert werden müßten.

Aus diese Leitfragen ist das ganze gegenwärtige Friedensprogramm entstanden. Alle diese Punkte wurden auch, wie erinnerlich, in Interviews, Reden usw. vom Grafen Czernin als geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen angenommen. Diese Punkte fanden schließlich auch die Zustimmung des deutschen Reichstages, so daß die Einheitlichkeit der Auffassung der Verbündeten hierdurch zum Ausdruck kam.

Es erfolgte sodann die Friedensnote des Papstes, deren Vorschläge und Grundgedanken von uns als annehmbare Grundlage angenommen wurden. Die Entente freilich hat die Note des Papstes nicht beantwortet. Nur Präsident Wilson hat in seiner Note vom 8. Januar 1918 in seinen 14 Punkten Vorschläge gemacht und Grundsätze proklamiert, die im wesentlichen mit dem Programm der Mittelmächte übereinstimmen. Graf Czernin und Graf Hertling haben die Vorschläge Wilsons im großen und ganzen, abgesehen von einer Reserve bezüglich gewisser Punkte, als geeignete Friedensgrundlage bezeichnet. In ähnlichem Sinne haben die Delegationen und der deutsche Reichstag hierzu Stellung genommen.

Es ist festzustellen, daß es stets Präsident Wilson war, der sich mit einem konkreten Friedensprogramm befaßt hat, während die Entente an ihren Eroberungsabsichten festhielt.

Es kam dann der letzte Vorschlag des Grafen Burian über eine vorläufige Aussprache der kriegführenden Mächte. Der Vorschlag wurde abgelehnt, von Wilson jedoch nicht mit der Absicht der Abschneidung von Friedensverhandlungen, da er ja in seiner Rede vom 27. September neuerlich darauf zurückgekommen ist und in objektiver Weise die Notwendigkeit eines gerechten Friedens, der nicht einseitig wäre, sondern beiden Seiten gerecht werden soll, somit das Prinzip hoher Gerechtigkeit nach allen Seiten aufgestellt hat.

In diesem Moment der Proklamierung dieses Grundsatzes der gleichmäßigen Gerechtigkeit für alle Teile wurde es klar, daß Untüpfungen, um zum Frieden zu gelangen, auf diese Weise möglich werden, da der Grundsatz der Ausschaltung einseitiger Bevorzugung die Lösung einer Gruppe von schwierigen Fragen gestattet.

In Erwägung des weiteren Umstandes, daß durch den innerpolitischen Wechsel in Deutschland gewisse Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden sind, wurde es klar, daß ein einheitlicher Beschluß der Mittelmächte in der Friedensfrage zustande kommen konnte. Am Tage des Antritts der deutschen Regierung sind wir in der Lage, einen Schritt zu unternehmen, der in neuer schon bis zum Anfang des Jahres 1917 zurückreicht. Der Schritt ist somit nicht aus momentanen Ereignissen geboren, sondern hat sich im Laufe einer natürlichen Entwicklung stetig durchgerungen.

Unter diesen Umständen erwarten wir, daß unser Schritt zur Annäherung und zu einer Aussprache führen wird. Wenn wir diese Hoffnung ausdrücken, wissen wir gleichwohl nicht, wie die Entente und Präsident Wilson diesen Schritt auffassen werden.

Politisch gerechtfertigt ist der Schritt schon aus dem Grunde, weil Wilson die einzige Macht repräsentiert, die an die Entente politisch nicht gebunden ist.

In formeller Beziehung wird festgestellt, daß unser Schritt nicht als Vermittlungsansuchen aufzufassen ist. Dies ist ausgeschlossen, da nur Neutrale Vermittler sein können. Wir treten an Wilson heran, weil die von ihm formulierten Punkte eine Grundlage darstellen, auf der wir verhandeln könnten.

Unser Schritt wird wohl allgemein als großer historischer Moment gewertet werden. In voller Klarheit kommt darin zum Ausdruck, daß die vielverlästerten Mittelmächte keine imperialistische Politik verfolgen, sondern daß vielmehr ihre Bedingungen mit ihrem Programm der Verteidigung im vollen Einklang stehen. Würde unserem Vorschläge nicht stattgegeben werden, dann würden unsere Gegner die volle Verantwortung vor der Weltgeschichte hierfür zu übernehmen haben.

Die Ueberreichung der Note erfolgt gesondert, weil die Verbündeten durch verschiedene Schutzstaaten in Amerika vertreten sind, wie durch Schweden, Deutschland durch die Schweiz.

In Deutschland erfolgt die Mitteilung des Friedensschrittes heute nachmittag. Die deutsche Regierung wird nicht den Text der Note, sondern nur dessen Inhalt bekanntgeben. Die Uebergabe an die amerikanischen Gesandten in Stockholm und Bern ist in diesem Moment bereits erfolgt.

**Der Thronwechsel in Bulgarien.  
Manifest des Königs Boris.**

Sofia, 4. Oktober.

Das Manifest des Königs Boris hat folgenden Wortlaut:

„Bulgaren! Durch ein vom Heutigen datiertes Manifest hat mein vielgeliebter Vater seinen Verzicht auf den Thron zu meinen Gunsten erklärt und durch das große Opfer, das er mit seiner Person den höchsten Interessen der Nation brachte, ein Beispiel unwandelbarer Liebe zu Bulgarien gegeben.

Ich tue dem bulgarischen Volke zu wissen, daß ich mit dem heutigen Tage den Thron der bulgarischen Zaren unter dem Namen Boris III. besteige.

Geboren auf dem schönen bulgarischen Boden, ein Kind des orthodoxen Glaubens, erzogen inmitten meines geliebten Volkes, mit dem ich die Freude über seine glänzenden Leistungen und seinen unausgesetzten Fortschritt geteilt habe, stets beseelt von seinen Idealen und durchdrungen von dem demokratischen Geist, der sich ebensowohl in seinen traditionellen Kämpfen für seine Freiheit und Unabhängigkeit geäußert hat, wie in allen seinen öffentlichen und sozialen Einrichtungen, erkläre ich feierlich, daß ich die Verfassung achten und mit Treue und Selbstverleugnung dem Lande dienen werde, zum Wohle und Gedeihen der Nation.

Gestützt auf den nationalen Willen und im Vertrauen auf den Schutz des Allmächtigen, rufe ich alle Bulgaren auf, sich um meinen Thron zu scharen und mir ihre ganze Unterstützung zu leihen, damit ich meine heilige Pflicht gegen mein teures Vaterland erfülle, das Augenblicke höchster Anstrengungen und harter Prüfungen durchlebt und der bulgarischen Rasse eine würdige und glückliche Zukunft vorbereitet. Es lebe Bulgarien!

Sofia 3. Oktober

(Bez.) Boris III.



\* (Ein ereignisreicher Tag.) Seit den schicksalschweren Stunden, die den Zusammenbruch Bulgariens brachten und in seinem Gefolge all jene großen innen- wie außenpolitischen Umwälzungen mit dem Ziel des Friedens ohne den erwünschten klaren Ausblick in die Zukunft, wächst die erwartungsvoll gespannte Stimmung der Bevölkerung von Minute zu Minute. Der gestrige Tag brachte einen Höhepunkt. In den Treppen waren die Zeitungen im Nu vergriffen und wenn das Leben auch über alles hinweg seinen üblichen Gang nahm, sickerte gleichsam aus seinen Poren die nervöse Hochspannung, welche die Leute zu hastigen Gesprächen zusammenführte, vor den Affichen der Zeitungshäuser zusammenhüllte, den um die Mittagsstunde herauskommenden Sonderausgaben nachhakte, Fragen stellen und Behauptungen erfinden ließ, die sich mit dem Inhalt des publizierten Friedensschrittes gar nicht mehr beäugeln, ja, im Impuls, den Frieden zu haben wie die Sehnsucht nach ihm, die Tatsachen ins Gegenteil verdrehte. Es war der Tag der Schlagworte, die auf die Bevölkerung heruntersausten und eine nicht ungefährliche Verwirrung der Geister anstiftete. Allgemein hielt man die Anregung zu einer Diskussion über die Wilsonschen Friedensprogrammunkte für den schon akzeptierten Waffenstillstand, ja, gar für den Frieden selbst. Was, wenn beispielsweise Wilson unsere zum Frieden ausgestreckte Hand zurückweist? Verlieren wir in einer Stunde, in der es mehr als je auf unsere innere Kraft ankommt, nicht unseren Stolz und Adel, lesen wir die Nachrichten kühl und richtig und zügeln wir Hoffnungen, die sich zu früh hervorzuhängen könnten. Es wäre ein zu tiefer Sturz, wenn wir sie den Dingen voraus-eilen lassen würden, eine unverdient schwere Ernüchterung. Daher ruhig Blut und kühl abwarten, ob auch bei den Feinden menschliche Logik ihren Einzug hält.

6./X. 1918

## Der Friedensschritt der Verbündeten.

Von Reichsratsabgeordneten Stadtrat Dr. Mataja.

Die am 5. Oktober 1918 veröffentlichte amtliche Note besagt, daß für die Friedensverhandlungen die vierzehn Punkte der Botschaft Wilsons vom 8. Jänner 1918 und die vier in der Rede Wilsons vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten vom 27. Sept. 1918 Bedacht genommen wird. Die Regierungen, die diese Worte gewählt haben, werden darauf vorbereitet sein müssen, den Ausdruck „zur Grundlage dienen“ genauer auszudeuten. Denn dieser Ausdruck bedeutet zunächst wohl eine grundsätzliche, aber keine vollinhaltliche Zustimmung. Es kann aber auch so gemeint sein, daß die Wilson'schen Punkte zur Gänze akzeptiert werden und nur über die Anwendung auf die einzelnen konkreten Streitfragen verhandelt werden soll.

Die vierzehn Punkte vom 8. Jänner 1918 nähern sich der vollkommenen Konkretisierung. Unter diesen befinden sich drei Punkte, die die Interessen Oesterreich-Ungarns unmittelbar und speziell berühren, und zwar die Punkte 9, 10 und 13. Der zehnte Punkt betrifft die inneren Verhältnisse der Monarchie. Er lautet: „Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer

Entwicklung gewährt werden. Die österreicher-ungarische Verfassung bringt es mit sich, daß der Regierung, die die Friedensverhandlungen zu führen hat, auf die inneren Verhältnisse der beiden Staaten, aus denen die Monarchie sich zusammensetzt, ein unmittelbarer Einfluß nicht zusteht und der k. u. k. Minister des Außern ist für die beiden Parlamente ebenso ein distinguished foreigner wie der österreicherische Ministerpräsident in Ungarn und der ungarische Ministerpräsident in Oesterreich. Daß die österreicherische Regierung auf dem Standpunkt der Autonomie der Völker steht, ist außer Frage. Ob ihr Standpunkt sich mit dem des Präsidenten Wilson deckt, kann dermalen noch nicht entschieden werden, weil weder der eine noch der andere sich hierüber im Detail ausgesprochen hat. Die deutschösterreicherischen Abgeordneten werden aller Voraussicht nach auch einer weitgehenden Auslegung zustimmen; jedenfalls werden sie für die deutschen Bewohner der Monarchie das Recht der Selbstbestimmung in vollem Ausmaß in Anspruch nehmen. Die ungarische Regierung hat ihren Standpunkt bisher nicht formuliert.

Der neunte Punkt lautet: „Die Berichtigung der Grenzen Italiens soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.“ Die Aspirationen Italiens gehen bekanntlich über diese Grenze weit hinaus und umfassen sowohl deutsche Gebiete Tirols, wie solche Gebiete an der Ostküste des Adriatischen Meeres, die nur eine geringfügige italienische Minorität zählen. Die Bedeutung Triests für die handelspolitische Entwicklung der Monarchie mag hier unerörtert bleiben; den Westmächten ist die Bedeutung des österreicherischen Triests von ihrem Standpunkte aus klar. Die Forderung nach Abtretung deutscher Gebiete an Italien würde ebenso dem Nationalitätenprinzip, wie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen.

Der dreizehnte Punkt sagt: „Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, soll errichtet werden.“ Der ungeheure Komplex von Streitfragen, welche die polnische Frage auslöst, ist oft genug erörtert worden. Von Seite der österreicherischen Regierung ist ein Widerstand gegen die Errichtung eines polnischen Staates nicht zu erwarten.

Es ist somit anzunehmen, daß die Oesterreich betreffenden Punkte für die Einleitung von Friedensverhandlungen die geringsten Schwierigkeiten bieten werden. Was die unsere Verbündeten näher als uns interessierenden Punkte anlangt, ist vor allem der Wortlaut des Programmes abzuwarten, auf welches sich die neue Regierung und die Reichstagsmehrheit geeinigt haben. Die bisherigen Mitteilungen lassen annehmen, daß die Frage der Ostfrieden kein Hindernis bilden werden. Die Freiheit der Meere, die Gleichheit der Handelsbeziehungen, die Verminderung der Rüstungen werden gewiß bei allen drei Verbündeten die wärmste Aufnahme und Unterstützung finden. Die Räumung und Wiederherstellung von Belgien steht, das kann man heute ruhig aussprechen, außer Diskussion. Elsaß-Lothringen soll nach einer Berliner Meldung vom 4. Oktober als unabhängiger Bundesstaat erklärt werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß hervorgehoben werden, daß dies eine rein innerpolitische Maßregel ist, die dem Verhalten des Deutschen Reiches in der elsass-lothringischen Frage nicht präjudiziert.

Im übrigen muß sich doch endlich erweisen, von welchem Geist die Vorschläge Wilsons getragen sind. Die Mittelmächte werden bereit sein, für die Erreichung des Friedens große Opfer zu bringen. Sie werden also jede einzelne Frage unter diesem Gesichtspunkt beurteilen und behandeln müssen. Aber die nationale und politische Unabhängigkeit, die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Volkes im Deutschen Reich und in der Monarchie ist eben doch eine selbstverständliche Voraussetzung. Der ungeheure Weltkrieg soll, und das sagt ja Wilson vor allem andern, in einen Völkerbund münden.

Besteht aber auf Seiten der Westmächte der so oft geäußerte Plan, unsere Existenz, unsere Entwicklungsmöglichkeit, unsere Unabhängigkeit zu vernichten, so könnte selbstverständlich kein Völkerfrieden und keine Völkerversöhnung, sondern nur ein gesteigerter unauslöschlicher Völkerraub die Folge eines solchen Friedensschlusses sein.

## Wilson's Programm und der Dreibund.

Wien, am 5. Oktober.

Das sind Tage, wo alle Ereignisse in Nichts versinken vor dem einen mächtigen Ereignis, das die Schicksale hunderter Millionen von Menschen erfasst, Tod oder Leben, Fortsetzung langer Trennung oder Heimkehr, Not oder Erlösung für Ungezählte umschließt. Werden die Staaten wieder zurückkehren können zu ihren Aufgaben der Wohlfahrt und des Rechtsschutzes ihrer Bürger, wird das Samariterwerk für die blutende Menschheit endlich beginnen können oder soll etwa wirklich die Zivilisation dieses alten Europa am Wege dieses Krieges sterben, wie jene Städte, die der Feuerodem des vierjährigen Kampfes verzehrt hat, ohne von dem Stolz und dem Fleiß jahrhundertelangen Schaffens etwas übrig zu lassen?

Ein feierlicher Ruf zur Errettung der Menschheit ist ergangen, nicht von einem auf den Knien liegenden Häuflein besiegter Kreaturen, sondern von Staaten, die in jahrelangem Ringen ihre Tüchtigkeit, ihre geistige und physische Kraft, ihr gutes Anrecht auf einen ehrenvollen Platz in dieser Welt erwiesen haben und die jetzt keine stärkeren Wechselfälle des kriegerischen Glückes erleben, als ihre Gegner im Weltkriege durchgemacht haben. Wenn früheren Friedensschritten der misstrauische Zweifel des Feindes sich anheftete, ob diese Anerbietungen und Vorschläge auch ernst gemeint sind und nicht nur Angriffe auf die innere Front des Verbandes, läßt der jetzige Antrag des Dreibundes in seiner formellen und sachlichen Bestimmtheit kaum eine Steigerung mehr zu. Ein Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen ist vorgeschlagen und ein ganz bestimmtes Programm, das in wiederholten Kundgebungen und immer sorgfältigerer Definition ausgereifte Friedensprogramm des Präsidenten Wilson.

Aus den Reihen jener, die auch diesmal wieder Mord am Frieden begehen wollen, weil ihr Haß und ihre Habgucht nach nicht gestillt sind, ist ein Einwand mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, der die Aufrichtigkeit des Dreibundes gegenüber den Wilsonschen Friedensformeln verdächtigen soll, der Einwand nämlich, daß die Mittelmächte schon im Jänner hätten die Wilsonschen Punktationen annehmen und damals den Waffenstillstand anbieten können, wenn es ihnen wirklich um den Inhalt dieses Programmes zu tun gewesen wäre. Dadurch, daß Wilson seine damalige Kundgebung durch zwei spätere Erklärungen ergänzt hat, widerlegt der Präsident der Vereinigten Staaten diesen Vorwurf. Hätte er nicht selbst gefühlt, daß die erste Aufstellung der vierzehn Punkte unzureichend sei, Mißdeutungen zulasse, noch einer grundsätzlicher Definition der Friedensleitfäden entbehre, so hätte er nicht in punktwiser Zählung seinen Jännerentwurf erweitert. Damals in den ersten Tagen des Jahres standen die Mittelmächte vor dem Abschluß des Brestler Friedens und vor der Aufhebung ihrer Westfront; als damals Wilson in seiner Botschaft an den Kongress die Forderung nach Räumung des ganzen russischen Gebietes verlangte, erweckte dies in der damaligen Lage den Eindruck, als sei dies ein Schachzug gegen das Zustandekommen des europäischen Ostfriedens und damit gegen die hoffnungsvollste Stellung der Mittelmächte. Die späteren Kundgebungen Wilsons, in entscheidender Weise seine New-Yorker Rede vom 27. September, haben die Absichten des Hauptes der Union scharf umrissen; die letztere Punktation legt die fünf Kardinalgrundsätze des Friedens unparteiisch fest: gleiche Rechte für die beteiligten Völker, keinen

Schutz für ein besonderes Interesse einer Nation oder einer Gruppe von Nationen, wenn es dem gemeinsamen Interesse der andern widerstreitet, keine Sonderverträge im Völkerbunde, keine Anwendung wirtschaftlichen Boykotts, Oeffentlichkeit aller internationalen Abmachungen. — Das war ein erlösendes Wort. Es mußte tief empfunden werden und Vertrauen wecken in Staaten, gegen die seit Jahren der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, eine Permanenzklärung des Hasses und der Verfolgung, angedroht ist und die, wie die Petersburger Archive beweisen, von einem Netz geheimer Verträge und verruchter Verschwörungen erwürgt werden sollten. Und die Erfinder dieses Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte und dieser geheimen, den Völkern verborgenen Machenschaften sind die Kampfgenossen Wilsons. Ihnen redeten die fünf Punkte der Newyorker Rede ins Gewissen. Kommen die Bürgschaften zustande, die mit diesen Leitfäden des künftigen Völkerbundes gewollt werden, dann ist auch für die Mächte des Dreibundes die Lage erleichtert und manches, was ihnen sonst für die wirtschaftliche Existenz unentbehrlich ist, wird dann vielleicht überflüssig. Nach dieser Klärung mußten die die Mittelmächte, wenn sie der Richtung ihrer Friedensliebe treu bleiben wollten, das entscheidende Wort sprechen. Das ist mit dem Waffenstillstandsantrag geschehen.

Es wird auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten und nur auf ihn ankommen, ob jetzt Frieden werden soll. Seine Newyorker Punktation ist im Verband nicht eben freundlich aufgenommen worden und die Anhänger des Vernichtungskrieges gegen den Dreibund werden mit aller Kraft dem widerstreben, daß aus einem solchen Friedensprogramm ernst gemacht wird. Aber die Kriegsbeteiligung der Union ist die einzige Siegesaussicht des Verbandes, mit ihr steht und fällt alles, auch die moralische Fähigkeit der Westmächte, den Krieg fortzusetzen. Selten ist einem Menschen größere Macht in die Hand gegeben gewesen, wie jetzt dem gewesenen Professor der Geschichte an der Harvard-Universität. Selten aber auch eine größere Verantwortung vor Gott und den Menschen.

6./X. 1918

**Das Waffenstillstandsangebot.****Die Aufnahme in der Öffentlichkeit.**

Begreiflicherweise hat der Friedensschritt des Dreibundes auf die gesamte Bevölkerung tiefen Eindruck gemacht. Man war zwar auf eine neuerliche Friedensaktion vorbereitet, dennoch übte die Nachricht von dem Anerbieten große Wirkung auf alle Bevölkerungskreise aus. Nebstbei gesagt: Wir haben in unserem gestrigen Morgenblatt die Meldung von der bereits erfolgten Note an Wilson gebracht, die Leser aber werden sie vergeblich gesucht haben. An ihrer Stelle fanden sie nur einen weichen Fleck. Unersporlich sind die Wege der Zensurherren.

Dies besprochen wurde natürlich der Schritt im Parlament. Je nach dem Parisstandpunkte nahm man dazu Stellung. Die Auffassung schwankte zwischen großer Hoffnungsfreudigkeit und mehr oder weniger großem Skeptizismus. Einigermassen zurückhaltender haben sich die slowakischen Abgeordneten geäußert. Der Führer der Tschechen, Abg. Stanek, erklärte, er habe zu dem Waffenstillstandsangebot nichts zu sagen. Die Sache sei ihm bereits bekannt gewesen, als er im Hause das Wort zu seiner — berechtigten — Rede ergriffen habe. In dieser Rede habe er auch bereits Stellung dazu genommen. Die Meinungen der Abgeordneten über die voraussichtliche Wirkung der Note gingen also auseinander; allgemein aber wurde der Schritt als aufrichtiger Beweis unserer Friedensliebe begrüßt. Abg. Stavel hat übrigens schon für nächsten Dienstag alle slowakischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, die slowakischen Herrenhausmitglieder, die Bürgermeister der slowakischen Städte in Böhmen, Mähren und Schlesien, die slowakischen Nationalräte von Böhmen, Mähren und Schlesien, der Slowakei und Niederösterreich (!) nach Prag dringend zu einer Sitzung einberufen.

Die deutschen Abgeordneten nahmen im ganzen und großen eine zwartende Haltung ein, sie begrüßten den Friedensschritt der Monarchie, erklärten aber, daß man sich noch auf manche Schwierigkeiten gefaßt machen und insgedessen nicht zu früh das Radem annehmen dürfe.

Die Tschechen haben auch wegen dieser Nationalratsabstimmung den Präsidenten Dr. Groß ersucht, die für Dienstag anberaumte Sitzung des Abgeordnetenhauses abzusagen. Der Präsident lehnte dies ab, doch dürfte die Dienstsitzung nur von sehr kurzer Dauer sein. Im übrigen kurzfierten im Parlamente gestern verschiedene Gerüchte aus dem slowakischen Lager, so, daß eine

Bewegung im Zuge sei, aus dem Reichsrat korporativ auszutreten.

Sehr befriedigt war man in Ungarn über unseren Schritt. So äußerte sich unter anderem Graf Julius Andrássy, er billige in vollem Maße die Note. Was immer geschehen werde, die Aktion war unbedingt richtig. Er hoffe, daß dadurch ein anständiger, angemessener Friede zustande kommen werde. Unmögliche Bedingungen könnten allerdings nicht angenommen werden und die Entente würde nur zu ihrem Schaden dann erfahren, daß wir nicht niedergebroschen sind. — Alles in allem: überall herrschte der Eindruck vor: wir gehen dem Frieden entgegen.

## Habsburgische Wählereten.

Wien, 6. Novbr. (Priv.-Tel.) Der Kampf zwischen der Gegenrevolution und der deutsch-republikanischen Richtung geht in der Stille hartnäckig weiter. Der Fürstbischof Dr. Bissl hat in einer Predigt gegen die republikanische Staatsform Stellung genommen. Alles, was jung und zukunftsfröh ist in diesem Staat, geht wohl auf der Seite des Fortschrittes, der zugleich einzige Lebensmöglichkeit für die Deutschen Oesterreichs ist. Über alles, was seine Seele an die alten Gewalten verkauft hat, Würdenträger, Großindustrielle, einige große Zeitungsherausgeber und andere Götzendiener des Mammons und der bössigen Günst arbeiten daran, die Deutschen um ihre Freiheit zu betriegen und das alte wurmfressige Oesterreich in wenig veränderter Form als konföderiertes Staatentum mit der Dynastie an der Spitze zu erhalten. Der Kaiser soll nicht der Kaiser von Oesterreich, sondern österreichischer Kaiser heißen, nach dem Muster des deutschen Kaisers, dem es ja auch nichts ausmacht, daß einige Republiken zum Deutschen Reich gehören. Es soll also Böhmen oder Deutsch-Oesterreich Republik sein können, aber vor allen Dingen soll das Haus Habsburg bleiben. Nun hängt aber von der Beseitigung dieses Hauses der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich ab. Berichtet wird, es sei eine geheime Abmachung mit der Entente, daß Oesterreich-Ungarn nicht zerfallen dürfe, weil die deutsche Nation nicht durch den Anschluß der Deutsch-Oesterreicher gestärkt werden dürfte, denn die Selbstbestimmung der Völker erlaube es nicht, daß die Deutschen als Nation sich vereinigen. Das Erstaunliche ist nur, daß man es wagt, mit einem solchen Argument vor Deutsche hinzutreten und vielleicht noch erstaunlicher ist, daß das leitende deutsche Blatt, die „Neue Freie Presse“, diesen ententitisch habsburgischen Wählereten die Mauer macht. Freilich fürchtet auch die Großindustrie die deutsche Konkurrenz und die Bonzen der Stadt Wien scheuen zurück vor dem Verlust der Residenzstellung. Man kann auch noch nicht feststellen, wieviel Anhänger des Alten selbst in der Sozialdemokratie versteckt sind und dort stille Arbeit leisten. Kurz, wer da glaubt, daß der Kampf zwischen dem bösen Alten und dem zu errichtenden Neuen schon entschieden ist, der irrt gewaltig. Nur sein Ausgang ist unzweifelhaft, aber er kann noch böse Formen annehmen, wenn die politischen Schleichhändler fortfahren, das in seiner Schlichtheit sich des rechten Wegs wohlberuhigte Volk zu vergiften. Hier geht es um die Zukunft eines wertvollen Bestandteils der deutschen Nation, der um keine Dynastie feil sein darf.

## Der Friedensschritt.

Die deutsche und die österreichische Note, in denen der Präsident der Vereinigten Staaten um die Herstellung des Friedens und die Herbeiführung eines Waffenstillstandes ersucht wird, sind uns erst in den ersten Stunden der Nacht zum Sonntag bekannt geworden; der Artikel im gestrigen Morgenblatt über die Rede des neuen Kanzlers ist vorher abgefaßt gewesen. Tatsächlich aber enthüllt erst der Wortlaut dieser beiden Schriftstücke die ungeheure Bedeutung dieses Friedensschrittes. Er erst enthüllt auch den ganzen ungeheuren Ernst der Lage. Und er enthüllt damit zugleich die Tragik der deutschen Politik und, wir dürfen das in dieser Stunde hinzusehen, die Tragik der deutschen Demokratie.

Studiert man die beiden Noten im einzelnen, in ihren Übereinstimmungen und in ihren Abweichungen, auch in der Verschiedenheit ihrer Abgangszeiten usw., so erhält wohl auch der, wie wir, auf solche philologischen Schlüsse Angewiesene das richtige Bild des Hergangs. Man hat danach anzunehmen, daß nach dem Zusammenbruch und Abfall Bulgariens die österreichisch-ungarische Monarchie, die schon vor drei Wochen mit der bekannten Note Burians einen selbständigen Friedensversuch unternommen hatte, sich entschlossen hat, mit einem Waffenstillstandsangebot zwecks Herbeiführung von Friedensverhandlungen an Wilson heranzutreten und daß ein entsprechender Schritt der Türkei ebenfalls bevorstand. So vor die Frage gestellt, die Bundesgenossen ganz oder fürs erste allein vorgehen zu lassen oder sich ihrem Schritte anzuschließen, hat Deutschland das letztere gewählt. Es hat auch seinerseits den Präsidenten Wilson ersucht, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und alle Kriegführenden zum Beginn von Verhandlungen aufzufordern; der sofortige allgemeine Waffenstillstand wird dann, das ist wohl zu beachten, von der deutschen Note nur gewünscht, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden — es sollen, so lange die Frage des Friedens offen und nicht mit ja oder nein entschieden ist, die Militionen der Kämpfer auf beiden Seiten und die Völker mit ihnen wenigstens davor bewahrt bleiben, daß Menschenglück und kostbares Menschenleben in Massen vielleicht sinnlos weiter zerstört werde, während die Diplomaten klug oder weniger klug mit einander markten! Der Schritt der deutschen Regierung ist, das gehört zum Bilde, nach den Worten der neuen Kanzlers „im Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich“ getan worden. Die mehrtägige Anwesenheit Hindenburgs in Berlin hat ohne Zweifel dieser Aktion gegolten. So der Hergang, ihn klarzustellen, damit man Inhalt und Bedeutung richtig einschätzen und geboten. Mehr über den Schritt selbst zu sagen, möchten wir uns heute versagen. Der Fragen, ob es richtig und weise war, ihn gerade so und gerade jetzt zu unternehmen, ob nicht andere, bessere Wege und Formen zu denken waren, werden viele sein. Aber man bedenke, daß solche Kritik um so leichter ist, je ferner der Kritiker von der Einsicht in alle Komponenten des Entschlusses steht. Ueber diese Einsicht verfügen wir heute nicht zur Genüge. So enthalten wir uns auch der Erörterung. Alle dazu berufenen Stellen im Reich haben den Entschluß zu diesem Schritte gefaßt. Nun ist er getan — und wir harren des Ergebnisses, das ja wohl schon binnen kurzem offenbar sein wird. Der neue Kanzler sagt die Wahrheit, wenn er erklärt: „Wie dieses Ergebnis auch ausfallen wird, ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einmütig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.“ So ist es. Liegt die Antwort der Gegner vor, dann wird im Reichstage dem deutschen Volke rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden müssen, wie es um uns und unsere Sache steht. Und dann wird es wählen.

Inzwischen aber sollte unser Volk bei sich selbst Einkehr halten und den Weg prüfen, der über beispiellose Taten unserer Truppen und über so viel still-heldenhafte Tragen und großes Leiden dieser (wenn auch nicht aller) daheim bis zu dieser Note geführt hat. Der neue Kanzler hat es mit wenigen, zurückhaltenden Worten angedeutet, indem er sagte, dieser Schritt sei die Folgerung, die die neue Reichsleitung praktisch aus der Lage, die sie vorfand, gezogen hat. Aus der Lage, die sie vorfand — und die andere, nicht sie und nicht die deutsche Demokratie, die zum ersten Male in ihr repräsentiert ist, geschaffen oder, sagen wir es offener, verschuldet haben. Diese Schuld und diese Schulden zu erkennen, tut not. Nicht, weil es jetzt an der Zeit wäre, zu rechnen und zu strafen; die Zeit auch dafür wird kommen, aber erst nach Friedensschluß, sondern nur, um neues, schlimmeres Unheil zu vermeiden: weil jetzt schon diese selben Schädiger, die uns bis hierher gebracht haben, ihre furchtbare Schuld der neuen Demokratie aufzuladen bemüht sind, die doch in Wahrheit nichts tut, als die unglückselige Erbschaft jener zu liquidieren, so weit wie sie eben noch zu liquidieren ist. Das soll man wissen. Die

neue Regierung springt in die Bresche, um die ungeheure Aufgabe der Rettung Deutschlands zu übernehmen. Unter die Note aber, die der erste Schritt dafür sein soll, gehören von Rechts wegen ganz andere Namen: die Namen derer, die Deutschlands Schicksal vor und in der Kriegszeit und vor allem in den letzten zwei Jahren tatsächlich bestimmt haben, allen verfassungsmäßigen Rechten und Kompetenzen zum Trotz — und die nun in Wahrheit verantwortlich sind für die Lage, in der wir uns jetzt befinden, und für die Konsequenzen, die die neue Regierung daraus ziehen mußte. Noch vor wenigen Tagen hat die alldeutsch-konservative Reaktions für eine Diktatur Stimmung zu machen gesucht. Und wir wünschten heute wirklich, man hätte auch noch dies durchgeführt, man hätte die geheime Militär-Diktatur, unter der unsere Politik speziell in den letzten zwei Jahren tatsächlich gestanden hat, auch noch nach außen sichtbar verwirklicht und ihr so zu der Macht, die sie ausübte, auch die offenkundige Verantwortung auferlegt. Vielmehr — wir hätten dies gewünscht, wenn wir nicht wüßten, daß einer Diktatur die Gegner jeden Frieden höhnvoll verweigert, daß dies der volle Ruin Deutschlands gewesen wäre, daß die Gegner uns dann wirklich, wie sie es anstrebten, die zukünftige Form unseres innerstaatlichen Lebens als Friedensbedingung diktiert hätten. Nur die Demokratie konnte, wenn überhaupt, einen Verfassungsfrieden anbahnen. Deshalb mußte sie jetzt Führung und Verantwortung übernehmen. Aber besser als bisher versteht man nun das Wort des Grafen Hertling, das er vor ein paar Wochen der Herrenhaus-Kommission zurief, um von ihr endlich die Zustimmung zum gleichen Wahlrecht zu erlangen — das Wort: „es handelt sich um Schutz und Erhaltung von Krone und Dynastie.“

Das ist die tragische politische Schuld des deutschen Volkes, dem jetzt der ungeheure Schaden seiner Unvoillk wahrhaft bitter zum Bewußtsein gebracht wird. Seit länger Zeit hat die Mehrheit des Volkes, hat die Mehrheit der Bevölkerung schon klar erkannt, daß nur eine reiflos ehrliche Politik der Verständigung, geführt durch eine wirklich in der Demokratie wurzelnde Volksregierung, uns zu einem guten Frieden führen könne, weil nur ein Frieden des gerechten Ausgleichs, ein Rechtsfriede, wie der neue Kanzler sagt, von der Gegenseite angenommen werden würde, weil nur eine Volksregierung den Glauben finden könnte, daß das deutsche Volk ehrlich nichts anderes erstrebe und daß auch keine anderen Machtfaktoren in Deutschland die deutsche Politik zu anderen Zielen führen könnten. Das hatte man wirklich seit langem erkannt. Und die Verfassungskämpfe der letzten Jahre dienten eben dieser Erkenntnis: mit der Einsetzung der Regie-

rung Hertling-Paer-Friedberg im vorigen Spätherbst sollte das Ziel erreicht, die Erkenntnis zu gesicherter Verwirklichung geführt sein. Aber dann kamen die Rückschläge, die „Schwierigkeiten der Ubergangszeit“, wie der Reichstagspräsident schonend sagt: es kamen die Eingriffe Ludendorffs, die Einflüsse der Alldeutschen, vermehrt durch eine ganz falsche Einschätzung der militärischen Lage, die manchen in seiner Meinung wieder schwankend machte, es kam dieses ganze Hin und Her, das uns erst jetzt zur Klärung kommen ließ. Nun haben wir durch den großen Umsturz dieser Wochen wirklich die deutsche Demokratie, in einer Regierung, die sich aus innerer Ueberzeugung zu ihr bekennt, in einer Reichstagsmehrheit, die fest und entschlossen für ihre Ziele steht. Wir haben sie für alle Zeiten. Aber sie findet nicht die Zeit, langsam moralisch zu wirken, den Verständigen im feindlichen Ausland klar zu machen, daß sie da ist und daß sie jetzt, wenn sie weiter kämpfen, nur wirklich noch gegen ein ehrlich friedliebendes, sich selbst regierendes deutsches Volk steht. Sie findet nicht die Zeit zu solchem Einfluß auf die Geister; denn sie muß „aus der Lage, die sie vorfand, die Konsequenzen ziehen!“

Wird trotzdem die Einsicht von dem Umschwung in Deutschland zu den Gegnern ebenso schnell kommen, wie jene Note? Und wird diese Einsicht stark genug sein, die Völker der Entente gegen ihre Demagogen und Gewaltpolitiker schnell genug ebenso stark zu machen, wie das deutsche Volk seine Demagogen und Gewaltpolitiker aus der Macht warf. Wir werden es bald erfahren. Aber wir festigen uns in diesen Tagen des Wartens mit dem Wissen: fehlt den Gegnern noch die Einsicht, dann wird wirklich die jetzt geschaffene Demokratie die Kräfte des deutschen Volkes verdoppeln und es zum „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit gemacht haben.

**Der Eindruck in Wien.**

✶ **Wien, 5. Okt. (Telegr.)** Da die Öffentlichkeit durch vorausgegangene Beratungen leitender Staatsmänner und deren vertrauliche Besprechungen mit österreichischen und ungarischen Parteiführern auf den neuen Friedensschritt der Mittelmächte bereits vorbereitet war, wirkte dessen heutige amtliche Bekanntgabe nicht mehr überraschend. Der Eindruck dieses Ereignisses ist natürlich durchaus günstig. Allgemein wird anerkannt, daß die Verbündeten durch den neuen Schritt einen abermaligen überzeugenden Beweis ihres ernstesten Bestrebens gegeben haben, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und einen dauernden, alle Teile befriedigenden, ehrenvollen Frieden zu schaffen. Auch der Zeitpunkt wird für wohlgeeignet gehalten, nachdem die neue deutsche Regierung auf demokratischer, den Mehrheitswillen des deutschen Volkes klar ausdrückender Grundlage gebildet. Übertriebene Hoffnungen auf Erfolg werden gleichwohl nicht gehegt, da man bisher so trübe Erfahrungen mit den vorausgegangenen Anerbieten gemacht hat. Für den Fall der abermaligen Ablehnung wird aber erklärt, daß die militärische Stellung der Mittelmächte ungeschwächt und stark genug ist, durch Abwehr aller feindlichen Durchbruchversuche die Feinde von der Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen zu überzeugen, und für einen Friedensschluß, dessen neuerliche Verzögerung ihre Verantwortung fürchtbar steigern würde, endlich reif zu machen. Höhnische Abweisung erfährt auch dieser Schritt lediglich bei den Tschechen und den Südslawen, während die Ukrainer und Polen ihn freundlich beurteilen, letztere in der Hoffnung, daß ihnen die Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die Mittelmächte das erträumte Großpolen bringen werde.

## Äußerungen Cecils über die Friedensfrage.

Abgegeben vor dem Friedensschritt.

A. Bern, 5. Oktober. Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht unter dem 2. d. aus London eine Interredung ihres dortigen Korrespondenten mit Lord Robert Cecil über die Frage des Völkerbundes. Cecil gab zunächst der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Gedanke, eine Liga der Nationen zu begründen, Fortschritte gemacht habe, denn viele Anzeichen sprechen dafür. Der wichtigste Beweis, sagte Cecil, liegt wohl in der Tatsache, daß er auch im deutschen Volk immer mehr Wurzel schlägt. Daß eine große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Krieg ein Ende zu machen und künftigen Kriegen vorzubeugen, freudig begrüßt, werden alle diejenigen, die wissen, was das deutsche Volk gelitten hat und noch zu leiden hat, gerne zugeben. Weniger leicht ist es, die Frage zu entscheiden, in wie weitern Maße die deutschen Staatsmänner und Politiker mit dem Gedanken der Begründung der Völkerliga aufrichtig sympathisieren. Bisher beschränkte sich die Zustimmung auf allgemeine Redewendungen. Wir vernehmen diese Reden, aber wahrscheinlich würde eine einzige Erklärung aus dem Munde eines deutschen Staatsmannes genügen, um uns dem erstrebten Ziel näher zu bringen. Dieser müßte die ländige Versicherung abgeben, daß Belgien geräumt und in seiner unbeschränkten Sicherheit wieder hergestellt werden wird sowie daß die übrigen Fragen ohne Annexionen und Entschädigungen mit Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Friedensschluß geregelt werden, endlich daß gegen die Wiederkehr des Krieges durch Abrüstung, Schiedsgerichte und Begründung eines Völkerbundes Schutzwehren geschaffen werden müssen. Trotz des bemerkenswerten Umschwunges der Anschauungen, der sich in Deutschland vollzieht, hat indes noch kein deutscher Staatsmann in diesem Sinne gesprochen und sich zu dem neuen Weltideal bekant.

Aus diesem Grunde ist es schwer für uns und ebenso schwierig für die Neutralen, sich über die Aufrichtigkeit solcher Vorschläge Klarheit zu verschaffen und eine Erklärung über die leitenden Grundsätze zu beginnen, wie sie jüngst vorgebracht wurden. Denn wir vernehmen aus Deutschland nicht nur Stimmen, die sich in verschiedenartiger Weise äußern, indem manche noch immer in das Horn des alldeutschen Weltkampfes blasen, während andere gemäßigte Anschauungen kundgeben, nein, dieselben Deutschen äußern sich auch verschieden, je nachdem die Lage gut oder schlecht für Deutschland steht.

Unsere Kriegsziele haben sich nicht geändert, unsere Friedensziele sind stets die gleichen geblieben. Aber wenn wir die Reden, die deutsche Staatsmänner im Laufe des Krieges gehalten haben, mit einander vergleichen, so finden wir, daß ihre Sprache je nach der Lage sehr gewechselt hat. Das beweist, daß Deutschland kein bestimmtes Kriegsziel hatte, es sei denn das, aus dem Kriege allen nur möglichen Nutzen zu ziehen. Wie ist es möglich zu glauben, daß diejenigen, die noch vor kurzer Zeit davon dachten, ihre Forderungen niederzuringen, daß sie die Lösung ausgaben: „Das Schwert ist unser einziges Argument,“ nun aufrichtig ganz entgegengesetzten Anschauungen huldigen? Solange dieses Mißtrauen andauert, wird es schwer sein, an die Aufrichtigkeit deutscher Erklärungen über den Völkerbund oder irgendeine andere Maßnahme zu glauben, die geeignet erscheinen könnte, einen dauernden Frieden zu führen. Wilson hat dies in seiner Rede vom 27. September mit überzeugender Kraft dargetan. Es ist erfreulich, wenn das deutsche Volk oder ein Teil desselben jetzt einzusehen beginnt, daß der Militarismus ein verfehltes Glaubensbekenntnis war, aber es muß einen handgreiflichen Beweis für seine Sinnesänderung geben, bevor wir an die Aufrichtigkeit solcher Erklärungen glauben können.



**Die Entente und Habsburg.**

zu Bern, 7. Novbr. (Priv.-Tel.) Im Anschluß an unsere gestrige Mitteilung von Bewegungen Habsburger Vertrauensmänner in der Schweiz, deren sich auch Graf Czernin demnächst zugesellen dürfte, möchten wir auf die Bemühungen des mit dem Kaiser Karl eng befreundeten ungarischen Prinzen Windischgrätz aufmerksam machen. Dieser ist seit drei oder vier Wochen hier und versuchte alsbald mit den hiesigen Gesandten Englands und Frankreichs in Verbindung zu treten. Der englische Gesandte Rumbold ist erst jetzt von London zurückgekehrt. Der französische Gesandte Dutasta erklärte zunächst, daß er den Prinzen Windischgrätz nur mit Erlaubnis der französischen Regierung empfangen könne. Er erhielt diese Erlaubnis von Paris mit der Instruktion, die Mitteilungen des Prinzen nur zur Berichterstattung entgegenzunehmen. Die Eröffnungen des Prinzen haben in Ententekreisen lebhafteste Ueberraschung hervorgerufen. Ob nun der Prinz nur die Wünsche unverantwortlicher aristokratischer Kreise vertritt, oder der von jeher schlecht beratene junge Kaiser ihn autorisiert hat, jedenfalls ist der Entente nahegelegt worden, Wien und andere Teile Oesterreichs von englischen und französischen Truppen besetzen zu lassen, um den Hof vor der in vielen Teilen der Monarchie ausgebrochenen Revolution zu schützen, gleichzeitig aber auch vor Versuchen der Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Es ist, wie gesagt, nicht festzustellen, in wie weit Kaiser Karl die Verantwortung für das Treiben seiner Agenten trägt. In Deutschland und in Deutsch-Oesterreich aber sollte man scharf darauf acht geben. Man muß sich übrigens fragen, mit welchem Rechtstitel Vertreter des gestürzten alten Regimes in Oesterreich-Ungarn überhaupt in diplomatische Verhandlungen eintreten, nachdem sich die Monarchie in selbständige Staaten aufgelöst hat. Die sichtbarste diplomatische Waffe dieser Agenten scheint eine unterirdische Agitation gegen das Deutsche Reich zu sein, die sich seit einigen Tagen auch in einer bössartigen Preßkampagne in neutralen Blättern verrät.

## Das Friedensangebot der Zentralmächte

Der Eindruck in Frankreich

Paris, 7. d. (Havas.) In diplomatischen Kreisen weist man darauf hin, daß in den amtlichen aus Deutschland kommenden Meldungen ebenso wenig wie in der Rede des Reichskanzlers von einem Waffenstillstand die Rede ist. Die Vorschläge der deutschen Regierung reduzieren sich also auf Vorschläge ähnlich den früher bereits ergangenen.

(In den amtlichen Mitteilungen der Zentralmächte, die nun wohl auch in Frankreich bekannt sein werden, wird bekanntlich ausdrücklich ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Red.)

N. K. Paris, 7. d. Samstag abend gegen 10 Uhr wurde die Nachricht vom Waffenstillstands-Angebot der Zentralmächte in Paris bekannt. Sie verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt und verursachte überall lebhaftere Erregung. Trotz der vorgerückten Zeit sah man auf den Boulevards sich Gruppen bilden, die das Ereignis in fröhlichem Tone besprachen. Überall herrschte nur eine Meinung. Man macht sich keine Illusionen über die Möglichkeit eines sofortigen Friedens. Man legt aber dieses Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte als ein Eingeständnis ihrer Niederlage aus. Man glaubt, daß die Alliierten fest entschlossen

sind, den Krieg bis zur vollständigen Kapitulation der Zentralmächte fortzusetzen.

Die Meinung herrscht, daß die erste Bedingung irgendwelchen Waffenstillstandes die Räumung französischen und belgischen Bodens sein müßte. Wenn man nun bedenkt, daß hierunter auch das Becken von Brieg wäre, aus welchem Deutschland Eisen und Stahl zur Fortsetzung des Krieges seit geraumer Zeit bezieht, wie von deutscher Seite selber zugegeben wurde, so scheint sofort dem Waffenstillstand ein unübersteigliches Hindernis sich entgegenzustellen. Ferner müßte auch Serbien evakuiert werden, wo sich die Kupferminen von Bor befinden. Diese verminderten Chancen zur eventuellen Weiterführung des Krieges wird Deutschland auch wohl nicht entgehen lassen und doch wäre dies nur ein Minimum vorzuschreibender Bedingungen zum Waffenstillstand.

Paris, 7. d. (Havas.) Die Presse schreibt dem ausdrücklichen Geständnis der Zentralmächte vor ihren Völkern und der Welt, daß sie den Krieg nicht mehr fortsetzen können, außerordentliche Bedeutung zu. Das ist ein Zeichen der Zeit. Alle Zeitungen veröffentlichen die Vorschläge des Präsidenten Wilson wieder. Sie weisen jeden Gedanken an einen Waffenstillstand ohne vorhergängige Annahme der von den verantwortlichen Führern der Ententearmeen zur Sicherung ihrer Truppen für notwendig gehaltenen Bedingungen zurück. Die Alliierten bedürfen etwas anderes als ein Versprechen, Wort zu halten, das so oft verkehrt wurde. Sie verlangen eine gänzliche Zerstörung und Bestrafung des deutschen Militarismus, vollständige Restitutionen, sowie die Bestrafung der Schuldigen.

NK. Paris, 6. d. Der „Homme libre“ schreibt: Ein Waffenstillstand ist in der Zeit, in der wir stehen, völlig unmöglich. Die Friedensvorschläge, welche Prinz Max von Baden in seiner ersten Rede im Reichstag machte, sind ungenügend. Wir können uns mit der Verleihung der Autonomie an Elsaß-Lothringen nicht zufrieden geben. Wir bedürfen außerdem Wiedergutmachungen und Garantien für die Zukunft.

Im „Figaro“ schreibt Alfred Capusa: Bevor die Regierungen antworten werden, wird sich die öffentliche Meinung auszusprechen haben, und diese wird keinem Zögern, keiner Versuchung und keiner Schwäche zugänglich sein. Die Alliierten wünschen den Frieden. Aber der Friede, den man ihnen zumutet, wäre entehrend.

Die französischen Sozialisten für Annahme

Paris, 7. d. (Havas.) Der nationale Rat der sozialistischen Partei beschloß einstimmig, an Präsident Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Zentralmächte gesagt wird: In diesem Vorschlag ist das Vorzeichen einer Sinnesänderung zu sehen, die die feindlichen Völker zu klaren Begriffen über Recht und Freiheit führen muß. Die Partei glaubt, daß die alliierten Regierungen die Pflicht haben, einen derartigen Vorschlag nicht ohne Diskussion zurückzuweisen. Nur müssen sie natürlich gleichzeitig die unerläßlichen diplomatischen und militärischen Garantien fordern. Die Partei betrachtet den Vorschlag als die Kundgebung des sicheren Sieges der Demokratie, da sich Oesterreich-Ungarn gezwungen sieht, die 14 Punkte Wilsons anzunehmen und der deutsche Reichskanzler zum erstenmal Elsaß-Lothringen als eine internationale Rechtsfrage anerkennt, wenn er auch noch von einer gemeinsamen Verständigung über die Autonomie dieses Landes spricht.

Die Botschaft konstatiert ebenfalls, daß der Kanzler, indem er die neue Regierung auf die Volksvertretung zurückführt und sie als ihren Vollzieher hinstellt, in Wirklichkeit zugestanden hat, für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens müßten sich die verschiedenen Staaten gegenseitig Garantien geben. Die Partei ist der Meinung, daß diese ersten Bemühungen zur Ermöglichung einer demokratischen Lösung vollständig sein müssen und verlangt ein gleichzeitiges Vorgehen in diesem Sinne.

Die Botschaft erinnert daran, daß anlässlich der internationalen Sozialistenkonferenz in London die sozialistische Partei ihre volle Zustimmung zu den positiven und öffentlichen diplomatischen Methoden Wilsons und seinen 14 Punkten gegeben hat. Die Botschaft schließt: Daher schließt sich die Partei mehr als je jedem Vorgehen des Präsidenten Wilson an, das bezwecken würde, die kämpfenden Massen zu befriedigen, die ein Recht darauf haben, eine Antwort, die zu keinerlei Mißverständnissen Anlaß geben kann, zu erhalten. Die sozialistische Partei ist sich mit Präsident Wilson bewußt, durch diese Politik an der schnellen Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu arbeiten.

# Der neue Friedensschritt der Mittelmächte.

## Der Friedenskönig.

Budapest, 8. Oktober.

Magyar Tudósító meldet:

„Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer der Krieges in ehester Frist zu bannen, die schwerermühten Segnungen des Friedens meinen Völkern wiederzugewinnen,“ verhielt König Karl in seinem Thronbesteigungsmanifest vom 21. November 1916 den Völkern.

Der König ist seinen Verheißungen treu geblieben: die Politik der Monarchie war vom ersten Tage seiner Regierung an von dem offensten, ehrlichsten und zähesten Bemühen um den Frieden bestimmt; es ist heute kein Geheimnis mehr, daß der erste Friedensschritt der verbündeten Mächte im Dezember 1916 nicht zuletzt auf die Initiative unserer Monarchie zurückzuführen war. Alle Erklärungen der Staatsmänner der Monarchie legten von dem Geiste der Friedensbereitschaft und Versöhnlichkeit Zeugnis ab, der vom Herrscher ausging. Unsere Stellungnahme gegenüber der Papstnote, Burians Note vom September 1917 und der jüngste Friedensschritt der verbündeten Mächte beweisen desgleichen die konsequente Friedenspolitik König Karls.

Der Monarch selbst hat oft und oft seinen ernststen Friedenswillen und seine Friedenssehnsucht kundgegeben. In der Antwort auf die Papstnote ergreift er das Wort:

„Mit der Kraft tief wurzelnder Ueberzeugung begrüßen wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Gewalt der Waffen auf der moralischen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit ruhen müßte. Auch sind wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit sittlich regenerieren würde. Wir treten daher der Auffassung Eurer Heiligkeit bei, daß die Verhandlungen nicht auf der Gewalt der Waffen, sondern auf der moralischen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit beruhen müßten und zu einer Verständigung darüber führen sollten und müßten.“

Die Thronrede vom 2. Mai 1917 ist ein neuerliches Dokument seiner friedlichen Absichten:

„Unsere Mächtegruppe hat die blutige Kraftprobe dieses Weltkrieges nicht gesucht, ja mehr als das, sie hat von dem Augenblicke an, wo Dank den unvergänglichen Leistungen der verbündeten Heere und Flotten die Ehre und der Bestand unserer Staaten nicht mehr ernstlich bedroht erschien, offen und in unzweideutiger Art ihre Friedensbereitschaft zu erkennen gegeben, von der festen Ueberzeugung geleitet, daß die richtige Friedensformel nur in der wechselseitigen Anerkennung einer ruhmvoll verteidigten Machtstellung zu finden ist. Das fernere Leben der Völker sollte nach unserer Meinung frei bleiben von Groll und Rachedurst und sollte auf Generationen hinaus der Anwendung dessen nicht bedürfen, was man das letzte Mittel der Staaten nennt. Zu diesem hohen Menschheitsziele vermag aber nur ein solcher Abschluß des Weltkrieges zu führen, wie er jener Friedensformel entspricht.“

Ein geradezu ergreifendes Bekenntnis zum Frieden vernahm Björn Björnson, zu dem der König in Lagenburger Parte anfangs 1917 sagte:

— Ich war im Schützengraben. Neben mir starb ein Mann, dem eine Granate den Unterleib zerfehlte hatte — ich kenne und fühle die Leiden dieses Krieges darum. Friede, der Friede ist es, den ich will.

Zum Präsidenten der österreichischen Delegation Prälaten Hausler äußerte sich König Karl am 28. Juni 1917:

— Ich will den Frieden sobald wie möglich.

Gegenüber einer Arbeiterdeputation ließ sich der Monarch am 25. Januar 1918 vernehmen:

— Sie können mir glauben, daß niemand sehnlischer den Frieden wünscht als ich und daß er von früh bis nachts meine einzige Sorge bildet.

Als der sozialdemokratische Abgeordnete Seliger dem im nordböhmischen Notstandsgebiete weilenden König den Wunsch der Arbeiterklasse nach dem Frieden in berebten, freimütigen Worten vortrug, erwiderte der König:

— Das ist auch mein heißer Wunsch und meine unablässige Sorge.

Der Abgeordnete Seliger bestätigte das mit den Worten:

— Wir wissen es.

Und erst kürzlich bemerkte der Monarch zu dem bei ihm in Audienz erschienenen Oberrabbiner von Wien, Dr. Chajes:

Sie wissen — ich muß es ja nicht immer wiederholen —, daß ich den Frieden will, und zwar vom ersten Tage meiner Regierung an.

Wo immer der König erschien, sei es in Budapest, Pozsony oder Brassó, in Krakau, Innsbruck oder Bozen, wurde er in den Erwiderungen auf Huldigungsansprachen ein überzeugter Befenner der Friedensidee. Mit leidenschaftlicher Wärme gab der König erst kürzlich bei der Begrüßung der aus Ungarn heimkehrenden Kinder seinem Wunsche und Willen Ausdruck, die Welt aus der drangvollen Zeit des Krieges herauszuführen.

Die Völker der Verbündeten haben das gar bald erkannt. Noch hatte der König nicht lange regiert, so ward ihm schon das schmückende Beiwort zuteil: „der Friedenskönig“.

### Polnische Freude!

Warschau, 6. Oktober. Die polnische Staatszeitung „Monitor Polski“ schreibt an leitender Stelle: Die Veränderungen, welche in Berlin bevorstehen und deren Hauptinhalt ist, daß die deutsche Volksgemeinschaft in der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches als entscheidender Faktor zu Wort kommt, werden mit großer Befriedigung in Polen aufgenommen. Sie erleichtern unendlich, wie wir hoffen, das deutsch-polnische Zusammenleben, indem sie für dieses die beste, weil aufrichtig menschliche, und eine geistige, nicht nur formale und auf trockenen Formeln ruhende Stütze schaffen. Das neue Deutschland, welches alle Eroberungsabsichten und Reigungen verwirft, welches sein Heute auf Recht und Gerechtigkeit, sein Morgen auf das einträchtige Zusammenleben der Völker stützt, wird ohne Schwierigkeiten die Seele und Wünsche Polens verstehen und in ihnen weder Gefahren noch eine Drohung für sich selbst finden. Die Beziehungen zu ihm werden sich also auf den starken Grundlagen der Achtung gegenseitiger Interessen und der nationalen Ideale stützen. Denn das an Geist und Gedanken wiedergeborene Deutschland wird diese auch bei anderen schätzen und achten können. Die deutsch-polnischen Beziehungen werden dann die von uns seit langem gewünschte Form annehmen und nicht auf Zwang gestützt sein, sondern auf freiwillige Loyalität. Unsererseits wird dem nichts im Wege stehen, ganz im Gegenteil. Denn der eindringliche Gedanke daran, daß wir immer an Deutschland grenzen werden, spielt schon jetzt eine nicht geringe Rolle in den polnischen Orientierungen, und nur der gegenwärtige Stand der Dinge ruft unerläßlichen Vorbehalt hervor.

Die innere Umgestaltung Deutschlands und der neue Kurs in der Behandlung der Fragen anderer Völker, also auch Polens, der gleichzeitig damit kommen muß, wird rasch, so glauben wir, alles beseitigen, was heute noch Reibungen und Erbitterung hervorruft. Die deutsche öffentliche Meinung wird sich rasch überzeugen, daß sich gegen Polen zu sichern kein Grund vorhanden ist. Denn die beste Sicherung wird eine aller Eroberungsfucht fremde und ehrliche Politik bilden. Die Polen werden dem durch Gegenseitigkeit entsprechen, denn sie wissen, daß das deutsche Volk mit ihnen nicht kämpfen will. In der Entwicklung, welche sich jetzt ruhig und ernst vollzieht, werden fremde aufgedrängte Bestrebungen wieder guten Instinkten Platz machen, jenen Instinkten, welche einst die Deutschen als die Verteidiger unserer Freiheit herzlich und mit Bewunderung begrüßen ließen. Die Zeit wird kommen, in der Deutschland für uns vor allem ein wertvolles Beispiel sozialer Opferwilligkeit und kluger kollektiver Bemühungen sowie eine Quelle tiefen Denkens und Wissens sein wird. Dann wird das eintreten, was mit künstlichen Mitteln so schwer erreichbar ist: das polnische Volk wird aufhören, deutscher Macht zu mißtrauen. Denn dies wird die Macht der Schöpferkraft und des Geistes sein. Zu solcher Macht wird aber gerade jener geschichtliche Prozeß die Grundlagen legen, auf die auch wir, die daran sehr interessiert sind, mit Freude blicken. In unsere Gedanken über die deutsch-polnischen Beziehungen in

Zukunft wird dasjenige, was in Berlin geschieht, Ruhe und Zuversicht bringen. Das demokratische Deutschland, das nach einträchtigem Völkerbund strebende Deutschland wird kläglich auch der wirklichen Wiedergeburt Polens zustimmen.

## Der Friedensschritt.

## Die neue Regierung und die Entente.

zu Bern, 7. Oktbr. (Priv.-Tel.)

Die große Wandlung in Deutschland ist draußen in der Welt nicht verstanden, ja sie ist in voller Stärke kaum beachtet worden, zumal die Entente mit ihren militärischen Erfolgen vollauf beschäftigt ist. Die vierjährige Unterbindung aller Beziehungen haben in dem Gebäude der Völkergesellschaft die Muffen zerjährt. Alles wird heute unrichtig aufgefaßt und falsch erklärt. Von den anderen und von uns gilt das Wort: Sie haben Ohren zu hören und hören nicht. Genau wie bei uns ist auch bei den anderen die Bewertung der Geschehnisse in Feindesland während des Krieges überwiegend den großen Gehirnen der Chauvinisten anheim gefallen, welche nunmehr Jahre lang unter dem Weisfall der Machthaber die internationale Politik für das ausnützen, was sie „Stimmungsmache“ nennen. Auch ist es nicht allein die Schuld unserer heutigen Feinde, wenn sie den Umschwung in der deutschen Politik noch nicht begreifen. Es hat während des Krieges mehrere Momente gegeben, wo die Macht der Reaktion bei uns endgültig georochen zu sein schien und doch hatte sie, wie sich herausstellte, ihren Einfluß behalten. Man macht sich in Deutschland nicht recht klar, daß die Behandlung der preussischen Wahlrechtsvorlage unter dem Ministerium Hertling jenseits der Grenze geradezu den Eindruck eine Bosse gemacht und die alte böse Nachrede bekräftigt hat, daß das deutsche Volk freiheitliche Institutionen weder ernstlich will, noch, wenn es sie will, sie zu erlangen die Kraft habe.

Die unbedingt auf Deutschlands Vernichtung hinarbeitenden Kreise der Entente erklären deshalb die jetzt in Berlin zur Durchbruch gekommene Richtung der Freiheit und des Friedens nur für eine Kulisse, hinter der die Reaktion auf bessere Zeiten warten wolle oder wie die „Times“ mit Anwendung eines bekannten englischen Zitates schreibt: „Als der Teufel krank war, wollte der Teufel ein Heiliger werden.“ Aber auch dem Zingulum fernstehende Politiker aus den Ländern der Entente halten der deutschen Umgestaltung entgegen, daß sie nur zustande gekommen sei, weil die militärischen Ergebnisse der preussischen Reaktion und dem Alldeutschtum an hohen Stellen für den Augenblick den Kredit geraubt hätten, daß aber schließlich nach wie vor alles auf dem Gutbefinden des Souveräns beruhe und daher bloß auf die Gefahr des Widerrufs errungen sei. Die irtigen Deutungen haben von vornherein eine scheinbare Bestätigung in der Form erhalten, in der die parlamentarische Regierungsweise von oben her angekündigt wurde. Wer immer den Erfolg vom 30. September stilisiert hat, der mit dem mehrmaligen „Ich will“ anstatt der endlich uneingeschränkten Anerkennung der Rechte des Volkes wiederum das längst überlebte „Tel est notre plaisir“ zu statuieren scheint, hat dem Vaterland einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Wir haben es mit Recht oft zurückgewiesen, wenn die Entente in überheblicher Form die deutsche Verfassung reformieren zu wollen erklärte, aber wir werden erkennen müssen, daß in einer veränderten Welt die inneren Zustände eines Staates nicht nur dessen ausschließliche Domäne sein können. Entweder man will den Völkerbund oder man will ihn nicht. Wer ihn will, der muß zugeben, daß sein Bestehen nicht von Verträgen, sondern von der annähernden Uebereinstimmung der Teilnehmer in den politischen Grundüberzeugungen abhängt. Auch wir werden das Recht in Anspruch nehmen, es offen auszusprechen, wenn die Zustände in anderen Ländern, nehmen wir einmal Irland oder Mittelamerika, den Weltfrieden bedrohen. Der Reichskanzler Prinz Max hat dieses Prinzip der kritischen Einmischung in die innere Politik fremder Länder anerkannt mit der Erklärung, daß Deutschland sich beim Friedensschluß lebhaft für die Sozialpolitik der anderen vertragschließenden Regierungen interessieren werde. Umgekehrt können, wenn die übrige Welt sich für die Demokratisierung Deutschlands interessiert, darin nur kleine privilegierte Schichten eine Demütigung finden. Für das große deutsche Volk liegt nicht bloß das innere, sondern auch alles äußere Heil darin, daß sein öffentliches Leben endgültig Formen annimmt, deren Ueberlegenheit die geschichtliche Entwicklung niemals lauter bestätigt hat als während des Krieges und denen unsere Feinde so große politische und militärische Erfolge verdanken. Auf die Endgültigkeit der neuen Form kommt es an. Persönliche Veränderungen nützen nichts. Insofern man in Deutschland auf die Meinung der Welt Wert legt, und es besteht Grund, sie zu beachten, ist der neuen deutschen Regierung kein besserer Rat zu geben, als daß sie vollkommen rasch und rücksichtslos durch einschneidende konstitutionelle und administrative Reformen den Umschwung als unwandelbar nachweise.

Wenn die Entente trunken von ihren Siegen den Vorkängen bei uns bisher nicht die gebührende Würdigung geschenkt hat, so wird sie nun nach der Programmrede des Prinzen Max sich entscheiden müssen, wie sie sich zu dem Deutschland der Zukunft stellen will. Sie wußte, daß die jetzige Reichsregierung den Weltfrieden erstrebt, aber ganz gewiß war sie nicht darauf gefaßt, daß Deutschland mit solcher Bewilligung Formeln akzeptieren würde, die von der bisherigen Reichsleitung als gleichbedeutend mit dem Eingeständnis einer Niederlage hingestellt worden sind. Es wäre nun leichtfertig, aus der Ferne Entschliessungen zu kritisieren, die von den verantwortlichen Männern des Reiches gefaßt worden sind. Indessen ist die Frage nicht zu unterdrücken, ob diesen schwerwiegenden Entschlüssen die richtige Erkenntnis der Stimmung und Absichten auf der anderen Seite zu Grunde lag. Die neuen Männer in Berlin sind erst so kürzlich berufen worden, daß ihrem Friedensangebot eigene Erfahrungen kaum zu Grunde liegen können, vielmehr ist es augenscheinlich von dem Wunsch eingegeben worden, mit den uns noch verbleibenden Verbündeten gleichen Schritt zu halten. Da Wilsons Programm, besonders die 14 Punkte seiner Januar-Botschaft, die Grundlage der Friedensverhandlungen sein sollen, so scheint die Reichsleitung nicht nur das poinische, sondern auch das elsass-lothringische Programm zur Diskussion zu stellen, denn beide werden von Wilson als internationale Angelegenheit erwähnt. In einem gewissen Widerspruch hiermit steht aber, daß Prinz Max für den Fall der Ablehnung des Waffenstillstandes den Endkampf auf Leben und Tod ankündigt. Dieser furchtbare Endkampf würde danach bei buchstäblicher Interpretation nur noch zum Ziele haben, daß wir über Elsass-Lothringen überhaupt verhandeln dürfen. Offenbar kann dies nicht die wirkliche Meinung sein, vielmehr hat die Rede ebenso wie der Erfolg des Kaisers an das Heer und die Flotte die Erhaltung des Reichsbestandes zur Voraussetzung. Es fragt sich aber, ob nicht ein anderes Vorgehen empfehlenswerter gewesen wäre, denn nichts ist in diesem Augenblick so notwendig als ein klar durchdachtes, den Stempel der inneren Entschlossenheit tragendes Auftreten. Der Endkampf selbst wird uns mit oder ohne Verbündete schwerlich erspart bleiben. Es ist kaum anzunehmen, daß die Entente den Waffenstillstand unter für Deutschland erträglichen Bedingungen bewilligt. Vielleicht fordert man die sofortige Räumung Nordfrankreichs oder Belgiens in der Erwartung, daß Deutschland dies ablehnt. Vielleicht gibt auch Präsident Wilson zu erkennen, daß er und seine Mitarbeiter mit bestimmten deutschen Persönlichkeiten nicht verhandeln wollen. Für die Entente und auch für die neutrale Welt stellt sich, wie man begreifen muß, der überraschende Schritt der Zentralmächte nicht in sehr viel anderem Lichte dar als das Waffenstillstandsangebot Bulgariens, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß unsere Feinde dem gegenüber Bulgariens beobachteten Verfahren folgen werden. Das würde bedeuten, daß man die Neu-

nung der Friedensbedingungen auf spätere Zeit verschiebt und zunächst nach rein militärischen Gesichtspunkten verfährt. Daß dem Marschall Foch in seiner Siegesbahn Halt geboten werde, halten Kenner der Verhältnisse auf der Gegenseite für unglaublich.

Es ist möglich, daß der Umschwung in Deutschland unsere Stellung dennoch erheblich bessert, dann nämlich, wenn die Front noch eine längere Zeit hindurch, gleichgültig was bei unseren Verbündeten geschehen mag, gehalten werden kann und wenn gleichzeitig im Innern radikalste Reformen Platz greifen. Prinz Max ist, wie selbst aus den feindlichen Ländern einige Stimmen zeigen, ein überall hochgeachteter, persönlich durchaus für vertrauenswürdig geltender Mann. Aber nur eine ohne jede Schonung irgendwelcher Vorrechte oder Privatgefühle einsetzende Demokratisierung aller Verhältnisse kann die Meinung der Welt in entscheidender Weise zu unseren Gunsten beeinflussen. Wenn der neue Versuch, zum Frieden zu gelangen, scheitern sollte, so bleibt Deutschland nichts übrig, als mit zusammengebissenen Zähnen die Grenze zu verteidigen und abzuwarten, ob die ehrliche und unbezweifelbare Reform im Innern binnen einiger Zeit das Proletariat Frankreichs und die liberalen Kreise Englands dazu veranlassen wird, ihren chauvinistischen Regierungen Einhalt zu gebieten. Nur im rücksichtslosen Vorgehen im Innern und stolischer Tapferkeit nach außen kann die Hilfe liegen.

## Ein Wegweiser zum Frieden.

Die Entscheidung über das Schicksal der Welt liegt in Wilsons Hand, und die Frage, ob es ihm gelingen wird, seinen Idealismus gegen die Sonderinteressen der am Krieg reichlich verdienenden New Yorker, Londoner und Pariser Finanztrase durchzusetzen, bewegt nicht nur uns, sondern auch die Völker aller kriegführenden und neutralen Staaten, und alle schauen, ob ein neuer Friede oder ein neuer mit ungeahnter Erbitterung durchgekämpfter Kampf das Ergebnis der Verhandlungen dieser Tage sein wird. Zu dieser Sorge um den Frieden, denn es ist bei der geistigen Verfassung der Führer unserer Feinde mehr eine Sorge als eine Zuversicht, tritt noch eine Reihe anderer Sorgen und Mißstimmungsgründe, von denen zwar keiner bei näherem Betrachtem von ausschlaggebender Wirkung ist, die aber alle zusammen die Stimmung herunterzudrücken vermögen und die mit ihrem Veleitel den wahren Ernst unserer Lage nicht zum Ausdruck kommen lassen. Obwohl unsere Ernährungslage sich eher gebessert als verschlechtert hat und eine Wiederholung des bösen Winters 1916/17 nicht zu befürchten ist, obwohl ferner die Teuerungsercheinungen, wenn sie auch viele einzelne sehr schwer treffen, insofern der fast durchweg erhöhten Einkommen noch ertragen werden können und obwohl ferner die militärischen Rückschläge viel mehr als Grund einer abermaligen Verlängerung des Krieges, denn als Anfang einer bei den früheren Leistungen unserer Heere gar nicht denkbaren endgültigen Niederlage angesehen werden, so bringen es alle diese Gründe zusammen bei den Schwachen und Bankelmütigen doch zuwege, daß die geistige Verfassung darunter leidet und den Schwarzfärbern eine weit größere Bedeutung zugewiesen wird als ihnen zukommt, während die Arbeit der Schweigenden zu gering bewertet wird.

Denn trotz aller Niesmacherei geht zweierlei ruhig seinen Gang: der zähe Kampf des Heeres und die deutsche Arbeit, welche dem Heer hilft und welche das Volk am Leben erhält. Beide setzen sich wie bisher ein für unsere Zukunft, unbekümmert um Stimmungen und Aufregungen, denn der Krieg ist mächtiger als alle Meditationen, und die Tat galt im deutschen Volk von jeher mehr als Worte und aufgeregte Kannegießerei. Und nur die Tat kann sich dem Krieg an die Seite stellen, denn sie hilft uns im Kampf um die Selbstbehauptung. Auf einen Schwächer kommen tausende Arbeitende und Kämpfende, die schweigend ihre Pflicht tun. Auch auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz geht die Arbeit voran für das nächste wirtschaftliche Kriegsziel und zugleich das Friedensziel, die Arbeit für die neunte Kriegauleihe. Daß auch hier viele trotz der Mißstimmungen unverdrossen ihre Pflicht tun, zeigen die bisherigen nicht schlechten aber auch lange noch nicht genügenden Erfolge der Auleihezeichnung. Der Präsident der Reichsbank konnte in der jüngsten Sitzung des Zentralausschusses der Bank von einem guten Fortgang der Auleiheergebnisse berichten und die Summe der Einzahlungen war am ersten Pflichtzahlungstag, dem 30. September, weit höher als bei der siebten Auleihe. Die Zaghaften und Säumigen mögen sich an denen, die ihre Zuversicht auf Deutschlands Zukunft durch Beteiligung an der Auleihe schon bezeugt haben, ein Beispiel nehmen. Denn der Weg zum Frieden geht nicht an der Auleihe vorbei, sie ist vielmehr gerade bei der jetzigen Lage vielleicht der notwendigste Markstein auf diesem Weg. Je kräftiger sich Deutschlands Wirtschaftskraft in dieser Zeit zeigt, desto nachhaltiger können wir bei den Verhandlungen um die spätere wirtschaftliche Gestaltung der Welt das Recht unserer Selbsterhaltung wahren. Werden Arbeitskraft und Arbeitsleistung in ihrem bisherigen Ertrag aufrechterhalten, so wird damit auch der übrigen Welt der Weg gezeigt, auf welchem sie mit uns gehen muß. Sollte es aber jetzt nicht zum Frieden kommen, so ist die neunte Kriegauleihe für den neuen Kampf von noch größerer Bedeutung. Wie in unsern Heeren müssen auch in unserm Volk alle Kräfte lebendig werden, und die Auleihe muß zeigen, daß wir unsere solide Kriegsfinanzierung zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Kraft beibehalten müssen, um nicht später wie Frankreich mit kurzfristigen Schulden und mit der Abhängigkeit vom Ausland in der Beweglichkeit der Volkswirtschaft beengt zu sein.

An diesem Kriegs- und Friedensziel kann jeder mithelfen. Viele wenig geben viel. Und wer Stücke der neunten Kriegauleihe in seinem Besitz haben wird, der hat damit zugleich ein Zeugnis und ein Ehrendiplom, daß er seinem Vaterland in einer schweren Stunde geholfen und unser Heer nicht im Stich gelassen hat, im Vertrauen auf seine und unsere Zukunft.

allem auch auf unsere Wirtschaftslage einen gewaltigen Einfluß ausüben wird. Ich würde es aber für verfrüht halten, wenn wir uns jetzt schon mit diesen Fragen beschäftigen wollten, heute, wo wir noch nicht einmal die Antwort der Westmächte auf dieses Friedensangebot kennen. Ich glaube vielmehr, daß wir die Behandlung dieser Angelegenheiten unter Vorbehalt der Delegationen in einem späteren Zeitpunkte vorzunehmen sollen. Ich möchte daher dem hohen Hause vorzuschlagen, daß wir heute entsprechend den Vereinbarungen in der Obmännerkonferenz in die Debatte über die innerpolitische Lage und die gestellten dringlichen Anfragen eingehen.

nach den Manifestationen der anderen Seite tatsächlich zum Ziele zu führen vermögen.

Ich will nicht verkennen, daß die Annahme jener Verhandlungsgrundlage, obgleich wir uns diese in vielen und wesentlichem Längst zu eigen gemacht haben, ja sie von vornherein nur wärmstens begrüßen konnten, doch in manchen Einzelheiten eine Modifikation politischer Auffassungen eine bedingt, auf denen die öffentliche Orientierung auf unserer Seite bisher festgehalten hat. Nichtsdestoweniger rechne ich darauf, daß das hohe Haus den neuerlichen Friedensschritt billigen und ihm dadurch namens der österreichischen Völker jenen Nachdruck verleihen wird, dessen es bedarf, um in einer Zeit, in der die mündigen Völker der Welt ihre Zukunft selbstbestimmen, erfolgreich zum Durchbruch zu gelangen. Der Kraft dieser inneren Friedensgestaltung anvertrauen, hoffend, daß auch hier aus der freien Selbstbestimmung der Völker ihr Zusammenwirken nach gemeinsamen Zielen hervorwachsen wird.

Eine Antwort der Gegner, die, in Misachtung unserer Bereitwilligkeit entgegenzukommen, einen rücksichtslosen Vernichtungswillen enthüllen würde, hätte auf Seiten der verbündeten Mächte mit der unbeugsamen Entschlossenheit zu rechnen, Ehre und Bestand gemeinsam bis zum äußersten zu verteidigen.

In diesem weltgeschichtlichen Augenblicke dürfen wir aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der gesamten Menschheit eine solche letzte furchtbare Entscheidung erspart bleiben und daß sie aus der Zeit unäuglichen Leidens durch das Tor der Versöhnung, das wir weit aufgemacht haben, in eine schönere Zukunft hinüberschreiten wird. (Beifall.)

**Ansprache des Präsidenten Dr. Groß.**

Präsident Dr. Groß: Hohes Haus! Das Friedensangebot der Mittelmächte, von dem uns der Herr Ministerpräsident jochen Mitteilung gemacht hat, eröffnet die Aussicht auf die Beendigung des furchtbaren Krieges. Mag die Stellung der Parteien zur Friedensfrage wie immer sein, sie werden sich begegnen in der Genugtuung darüber, daß wir endlich dem Frieden entgegengehen. Daß dieser Friede nur ein gerechter und ehrenvoller sein kann, dafür bürgen die Heldentaten der verbündeten Heere, dafür bürgt die allgemeine Kriegslage.

Es ist ja kein Zweifel, daß der Friede auf unsere inneren politischen Verhältnisse und vor

**Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek über das Friedensangebot.**

**Eine Erklärung im Abgeordnetenhause.**

Wien, 8. Oktober

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek folgende Erklärung ab:

Vor allem habe ich die Ehre, dem hohen Hause von dem seitens der verbündeten Regierungen unternommenen Friedensschritt in offizieller Form Kenntnis zu geben. In Ausführung eines in dieser Richtung gefaßten gemeinsamen Entschlusses wurde der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm vom Minister des Außen telegraphisch beauftragt, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. d. folgende Depesche an den Herrn Präsidenten Wilson gelangen zu lassen.

„Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf gegen die Bedrohung ihrer Berechtigung bekundet hat, hat Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiemit an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand auf allen Fronten zu Laube, zur See und in den Lüften abzuschließen und in unmittelbarem Anschlusse hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welchen die vierzehn Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.“

Einen analogen Schritt haben das Deutsche und das Osmanische Reich unternommen.

Dieser neue und hochbedeutsame Akt stellt sich als eine Friedensbereitschaft dar, von der die Monarchie, von dem Grundgedanken des Verteidigungskrieges ausgehend, stets befeelt war und der sie in Gemeinschaft mit ihren treubewährten Verbündeten wiederholt Vorschläge gegeben hat. Insofern er aber nicht eigene sachliche Vorschläge enthält, sondern die von prominenten gegnerischer Seite gekennzeichnete Verhandlungsgrundlage akzeptiert, ist er ein Beweis dafür, daß die verbündeten Mächte jene Wege zu wandeln bereit sind, die auch

8. X. 1918

### Graf Burian über die Rückwirkung der Friedensaktion auf Tirol.

Wien, 7. Oktober.

Landeshauptmann Schraffl und die Abgeordneten Unterkircher und Kiendl sprachen beim Minister des Inneren Grafen Burian, beim gemeinsamen Finanzminister Freiherrn v. Spitzmüller und beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek vor, um Aufklärungen über die Rückwirkung der Friedensaktion auf Tirol zu erbitten. Insbesondere jene Landesteile Tirols habe Beunruhigung ergriffen, die an der italienischen Sprachgrenze liegen; eine klare Stellungnahme zur Zukunft Tirols wäre im Interesse der Bevölkerung erwünscht.

Die Minister wiesen darauf hin, daß zu einer Beunruhigung kein Anlaß vorliege. Mit besonderer Betonung hob Graf Burian hervor, daß der Friedensantrag der Monarchie an den Präsidenten Wilson sich ausdrücklich auf Punkt 9 seines Friedensprogramms vom Januar dieses Jahres beziehe, in welchem nur von einer Berücksichtigung der Grenzen Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien die Rede sei. Aus anderen Äußerungen des Präsidenten Wilson sei zu entnehmen, daß er auf dem Standpunkt stehe, Völker und Provinzen dürften nicht von einer Staatsoberhoheit zu einer anderen herumgeschoben werden, insbesondere dann nicht, wenn deren Bewohner ganz oder zum Teil damit nicht einverstanden seien. Die Tiroler Bevölkerung könne daher auch für sich den Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Anspruch nehmen, und es könne daher auch in Tirol nichts geschehen, was gegen den Willen der großen Mehrheit des einen oder des anderen Teiles des Landes gerichtet ist.

Die Abgeordneten baten um Erlaubnis, diese Ausführungen zur Beruhigung der Tiroler Bevölkerung veröffentlichten zu dürfen, was gewährt wurde.

Ähnlich äußerte sich auch Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der gleichfalls eine Abtretung eines Teiles des Landes ohne Zustimmung und gegen den Willen des Großteiles der Bevölkerung als unmöglich erklärte.



## Die Vorgänge im fernen Osten.

Von Wirtl. Legationsrat Dr. Georg Irmer,  
Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Während im Westen weltgeschichtliche Entscheidungen über Weltkrieg und Völkerfrieden fallen, sieht es fast aus, als solle im Osten die Welt zum zweiten Male einen „Bogersfeldzug“ erleben, diesmal gegen die Russen. Ein buntes Völkergemisch sammelt sich da draußen unter der japanischen Fahne. Die Amerikaner machen diesmal stark mit; das hat am Ende seine guten Gründe. Vielleicht beteiligen sich auch die christlichen „Boger“ an dem neuen Kreuzzuge. Es würde eines komischen Begeschmacks sicherlich nicht entbehren, wenn schließlich die gelbe Rasse mit den entarteten Europäern im Schlepptau, im Gegensatz zu damals, ins Feld zöge mit dem Feldgeschrei: „Völker Asiens, wahrst euere heiligsten Güter — vor den weißen Barbaren!“ Die Weltgeschichte führt bisweilen auch Satyrspiele auf. —

Die Unentschiedenheit der japanischen Regierung in dieser ganzen Frage ist un schwer aus der argen politischen Verwicklung zu erklären, in die sie allmählich verstrickt worden ist. Angesichts des englisch-amerikanischen Waffenbündnisses in diesem Kriege hatte Japan mit dem richtigen Instinkt der Notwehr die Annäherung an Rußland vollzogen, vorderhand den einzig möglichen Bundesgenossen gegenüber der englisch-amerikanischen Koalition. Gerade wie sich das geheime Bündnis Amerikas mit England in seinem Endziel gegen Japan kehrt, so stellt ohne Zweifel der japanisch-russische Vertrag vom 2. Juli 1916 ein Schutz- und Trugbündnis gegen Amerika und England dar. Das bedurfte kaum noch der ausdrücklichen Bestätigung seitens der Moskauer Regierung; denn „die Erde soll eben nicht die Rüge eines anderen Wesens tragen dürfen als die des englischen“. Das unwortliche Wort rührt von Lord Roseberry her. Sicherlich wollte die russische Regierung im Jahre 1916 mit ihrem deutschen Gegner zu einem Frieden kommen und sich dabei für alle Fälle im fernen Osten den Rücken sichern gegenüber seinen bisherigen Verbündeten. Aber der Zar gehn nicht, wie strupplos England in seiner Politik sein kann. So unterschrieb er damals sein eigenes Todesurteil. Für England mußte der Herrscher fort; seine Zeit war abgelaufen. In London trieb man den zaristischen Teufel mit Beifriede dem obersten Teufel, aus: mit der Revolution.

Der Schlag traf nicht allein das monarchische Regime in Rußland; auch Japan konnte nicht unberührt davon bleiben. Den Japanern öffnete jener Juli-Vertrag die russischen Pforten bis Irkutsk für ihre Einwanderung und ihren wirtschaftlichen Einfluß; und in Japan hat man von dieser Freiheit reichen Gebrauch gemacht. Irkutsk, Chabwin und Wladiwostok sind überflutet von japanischem Volk. Aber der radikale Sozialismus, der wie eine Sturmflut auch Sibirien heimsuchte, blieb auch auf das japanische Volk nicht ohne Einfluß. Revolution ist naturgemäß die ansteckendste Volksepidemie, die die Geschichte kennt. Trotz der strengen japanischen Zensur weiß man, daß das Land der aufgehenden Sonne von starken sozialistisch-kommunistischen Erschütterungen heute nicht mehr frei ist. „Reis-Unruhen“ ist nur ein euphemistischer Ausdruck dafür, in China nannte man das vor fünfzehn Jahren „Bogers-Unruhen“; im Grunde genommen dasselbe: der uralte Klassenkampf des Besizlosen gegen den Besizenden. Nichts aber ist dem japanischen Staatsgedanken — wie dem antit-römischen — so entgegengesetzt wie die sozialistische und kommunistische Doktrin; das japanische Volk ist durchtränkt von dem monarchischen Gedanken, und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bewegt sich heute schon auf ausgesprochen kapitalistischen Bahnen.

Faßt man das alles zusammen, so gewährleistet das Festhalten am russischen Bündnis von 1916 den Japanern zunächst die wichtigsten Zukunftsmomente der Kolonisierung und wirtschaftlichen Durchdringung von ganz Ostibirien. Eine solche Konzession bildet schon allein ein sicheres Faustpfand für die russischen Kriegsschulden. Einer militärischen Maßregel zu ihrer Sicherung bedurfte es für Japan also gewiß nicht. Weiter verbindt die Rückversicherung bei Rußland für Japan zum mindesten eine Rückendeckung für Asien. Auch eine andere Regierung in Rußland als die jetzige würde kaum einen Anlaß haben, an dem japanischen Vertrage zu rütteln. Jenseit aber jetzt Japan das alte Bündnis, so erhält es einen neuen, erbitterten Feind im russischen Volke. Es verkörpert sich aber auch zugleich ein Imponderabile im Völkergemischleben: den Glauben an seine Bündnisfähigkeit. Das aber erscheint ganz besonders bedenklich bei einem Staate, der auf dem weiten Erdenrund allein steht, allerdings überall an Ansehen, aber nirgends an Liebe gewonnen hat. —

Andersseits ist die Gelegenheit, das reiche Amur-Gebiet zu gewinnen und damit ein geschlossenes japanisches Meer herzustellen, so überaus verlockend, daß man es versteht, wenn man in Tokio trotz aller dieser Bedenken nach dem goldenen Apfel der englischen Atlantik greift. Dazu kam wohl auch die Furcht, daß andernfalls die Amerikaner und Engländer sich in Wladiwostok festsetzen könnten; und ein Pansee-Gefühl sehen die Japaner um die Welt nicht gern an ihrem kontinentalen Gegenfeind.

Ob die Japaner mit ihrem Entschluß das Richtige getroffen haben, kann zweifelhaft erscheinen; ebenso ob ihre Großmannsjucht übersteht, daß sie einer Eroberung des sibirischen Rußland noch nicht gewachsen sind. Am Ende wäre doch der landläufige Gedanke sehr töricht, daß das russische Reich für alle Zeiten zur Ohnmachtstellung verurteilt wäre. Ganz gewiß wird aus den Ruinen auch dort wieder neues Leben blühen. Kein Sterblicher wird sich heute rühmen können, das ostasiatische Rätsel mit Sicherheit zu lösen. Wohl können wir Menschenkinder den hingeworfenen Stein abrunden, aber höhere Mächte sind es, die ihn rollen gegen unsere Gedanken und Wünsche. Vor allem sollen unsere heutigen Gegner nicht glauben, daß sie vor unliebsamen Ueberraschungen im fernen Osten sicher sind!

9./X. 1918

71

## Ankündigung einer neuen Regierung und von Landtagswahlen in Polen.

### Auflösung des Staatsrates.

Wien, 8. Oktober.

Der polnische Regenschafsrat hat einen Aufruf erlassen, der die Auflösung des Staatsrates sowie die Ernennung einer Regierung ankündigt, die sich aus den Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und der politischen Richtungen zusammensetzen soll. Diese Regierung soll ein Wahlstatut für den polnischen Landtag ausarbeiten und innerhalb Monatsfrist dem Regenschafsrat zur Bestätigung vorlegen. Daraufhin soll der Landtag einberufen werden und die weitere Einrichtung der obersten staatlichen Gewalt festsetzen. Zugunsten dieser neuen staatlichen Gewalt wird dann der Regenschafsrat abdanken.

Im Dezember 1916 war in Warschau zunächst ein provisorischer Staatsrat eingesetzt worden, der aus 25 Mitgliedern bestand. 15 Mitglieder wurden dem deutschen Verwaltungsgebiete und 10 dem österreichisch-ungarischen Gebiete entnommen. Der Staatsrat hatte in allen Fragen der Gesetzgebung, in denen die beiden Verwaltungen gemeinsam oder einzeln an ihn herantraten, sein Gutachten abzugeben. Er war berufen, an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreiche Polen mitzuwirken und die Bildung der polnischen Armee vorzubereiten. Mitte Januar des Jahres 1917 fand die Eröffnungssitzung des provisorischen Staatsrates statt, in der Herr v. Niemojowski zum Kronmarschall gewählt wurde. Im September 1917 wurde dann in Handschreiben der beiden Kaiser gleichzeitig mit dem Regenschafsrat ein Staatsrat eingesetzt, der eine erweiterte Gestalt und vermehrte Rechte erhielt. Er war als Vorläufer des polnischen Landtags gedacht und seine Aufgabe lag auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Während dem provisorischen Staatsrat nur eine beratende Stimme eingeräumt war, bekam der erweiterte Staatsrat eine beschließende Stimme auf legislativem Gebiete. Die Generalgouverneure behielten aber das Vetorecht, das binnen bestimmter Frist ausgeübt werden mußte.

Der Aufruf des polnischen Regenschafsrates mahnt alle Polen zur Einigkeit, da die Friedensprinzipien Wilsons zu einem unabhängigen Staate, der alle polnischen Gebiete umfaßt, mit Zugang zum Meere, mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch mit territorialer Integrität, führen werde. Der Aufruf ist sichtlich von der Friedensnote der Mittelmächte und von den jüngsten Regierungserklärungen im österreichischen Parlamente und im deutschen Reichstage beeinflusst. Ministerpräsident Freiherr v. Hoffmann erklärte, daß Polen im vollen Begriffe sei, sich als unabhängiger Faktor in der politischen Welt Europas zu etablieren, und Reichstanzler Prinz Max von Baden

bezeichnete es als sein Programm, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf weiter Grundlage Volksvertretungen bilden.

**Einberufung des konstituierenden Landtages nach Warschau.**

**Der Aufruf des polnischen Regentenschaftsrates.**  
Warschau, 7. Oktober.

Der polnische Regentenschaftsrat hat an das polnische Volk einen Aufruf erlassen, in dem betont wird, daß in dieser Stunde der Wille des polnischen Volkes klar, entschieden und einmütig sei. Unter Hinweis auf die von Wilson kundgegebenen allgemeinen Friedensprinzipien, welche jetzt von der ganzen Welt als Grundlage für eine neue Einrichtung des Zusammenlebens der Völker angenommen worden seien, heißt es wörtlich: In bezug auf Polen führen diese Prinzipien zur Schaffung eines unabhängigen Staates, der alle polnischen Gebiete umfaßt, mit Zugang zum Meere, mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch mit territorialer Integrität, was durch internationale Verträge garantiert werden wird. Um dieses Programm zu verwirklichen, muß das polnische Volk, wie ein Mann auftreten und alle Kräfte ausspannen, damit sein Wille von der ganzen Welt verstanden und anerkannt werde. Zu diesem Zweck bestimmen wir:

1. Den Staatsrat aufzulösen;
2. sofort eine aus Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und der politischen Richtungen zusammengesetzte Regierung zu berufen;
3. dieser Regierung die Verpflichtung aufzuerlegen, zusammen mit Vertretern der politischen Gruppen, ein Wahlstatut für einen auf breiten demokratischen Prinzipien gestützten polnischen Landtag auszuarbeiten und dieses Statut spätestens innerhalb Monatsfrist dem Regentenschaftsrat zur Bestätigung und Bekanntmachung vorzulegen;
4. unmittelbar darauf den Landtag zu berufen und seiner Bestimmung die weitere Einrichtung der obersten staatlichen Gewalt zu übergeben, in deren Hände der Regentenschaftsrat in Uebereinstimmung mit dem von ihm abgelegten Eide seine Gewalt niederzulegen hat.

Polen! Unser Geschick ruht jetzt schon in bedeutendem Maße in unseren Händen. Erweisen wir uns der mächtigen Hoffnungen würdig, welche unsere Väter über ein Jahrhundert hindurch in Unterdrückung und Not nährten. Möge alles verstummen, was uns untereinander trennen kann, und möge nur eine mächtige Stimme erschallen: Das vereinigte unabhängige Polen!

(Bez.) Erzbischof Rakowski, v. Ostrowski, Fürst Lubomirski, Ministerpräsident Ruzarszewski.

**Die Auffassung in Wiener unterrichteten Kreisen.**

Wien, 8. Oktober.

In unterrichteten Kreisen Wiens ist man der Auffassung, daß durch die in der Proklamation des Regentenschaftsrates an das polnische Volk eingeleitete Aktion jene Linie eingehalten werde, welche Graf Czernin und Graf Burian wiederholt angestrebt haben, nämlich eine Entwicklung der polnischen Politik auf Grund der Selbstbestimmung des polnischen Volkes. In unterrichteten Kreisen erklärt man weiter, daß wir gegen diesen Schritt nichts einzuwenden haben und ihn sogar mit Freude begrüßen. Diese Entwicklung präjudiziert in keiner Weise der austro-polnischen Lösung, weil es ja dem polnischen Landtag freistehen wird, diese Lösung zu beschließen.

## Clemenceaus Politik der Rache

findet in der „Zürcher Post“ durch den bekannten Pazifisten Prof. S. Feilbogen folgende Zurückweisung: „Die Logik der Kriegsanalitik, wie sie besonders durch die stammenden Hornesworte eines Clemenceau verkörpert wird, ist sehr einfach: Auge um Auge, Zahn um Zahn! So viele französische Städte sind niedergebrannt, so viele Quadratkilometer einer schönen, alten Kultur zur Wüste gemacht worden. Auf ihr Kinder des Vaterlandes, brant ebensoviele deutsche Städte nieder, verwüstet ebenso weite Strecken der mühsamen deutschen Arbeit! Des Scheit nur gerecht zu sein.“

„In Wirklichkeit ist dieses Programm so kurz-sichtig und barbarisch wie die Zeiten der Blutrache, deren Geist es atmet. Die Rache, welche Clemenceau fordert, sie ist längst vollzogen. Wer will es ausdenken, was die Deutschen und die Völker Oesterreich-Ungarns nur unter der Hungerblockade gestitten haben, diese Jahre der täglichen Freidlosigkeit, den ohnmächtigen Kummer der Millionen, welche ihre greisen Eltern, ihre geliebten Kinder, ihre leidenden Frauen an Unterernährung dahin flehen und ins Grab sinken sehen, das Heranwachsen eines entkräfteten Geschlechtes gerade in den Kreisen der Proletarier. Wer will sie zählen, die Opfer des Krieges, welche nicht einmal die Genugtuung haben, für das Vaterland zu fallen, welche an Leib und Seele gebrochen aus lang-jähriger, veröbender Zivildiensthaft zurückkehren, was naturgemäß bei der weit größeren Zahl der Auslandsdeutschen dieses Volk viel härter treffen mußte als seine Feinde, ebenso wie der Verlust so vieler Hunderttausende von Unternehmungen und Lebensstellungen im Auslande. Was an der Front selbst, haben da nicht für einen Franzosen zwei und mehr Deutsche fallen müssen, da das deutsche Volk an so vielen Fronten so vielen Völkern standzuhalten hatte und so viele Jahre mit seiner halben Kraft der Volkskraft der Franzosen und Engländer gegenüberstehen mußte. Was auch die Deutschen an schwerem Unrecht begangen haben mögen, sie haben es schwer gebüßt. Es ist begreiflich, wenn ihre Feinde volle Entschädigung verlangen, vorausgesetzt, daß sie selbst ebenfalls bereit sind, begangenes Unrecht gut zu machen, was ja am Besten nach dem Vorschlage der österreichischen Sozialisten aus einem gemeinsamen Fonds aller kriegführenden Staaten geschehen würde. Aber die Anrichtung neuen Schadens macht doch den früheren nicht gut, sondern weckt nur neuen Racheburch. Gibt es etwas Törichteres, als wenn der „Matin“ seinen Schrei nach Fortführung des Krieges damit begründet, daß der feindliche Imperialismus 20 Millionen Menschen in der Wüste ihres Lebens dahingerafft habe! Am besten also, wenn der Imperialismus der Entente nun noch weitere 20 Millionen wegrafft? Besonders dem blutenden Frankreich von dem niemand verlangen könne, daß es mit seinen Hentern ohne deren ausgiebige Bestrafung Frieden schließen könne, würde mit weiteren Blutopfern im bisherigen Stile nicht gerade sehr gedient sein. Denn so einfach wird es nicht sein, ein verzweifelt kämpfendes Volk zu strafen. Und der Siegespreis kann der Entente noch im letzten Augenblick entgehen.“

Es haben alle Völker schwer gelitten und alle haben es unsäglich bitter gebüßt. Heute bietet Deutschland die Hand zum Frieden, es unterzieht sich mitten im Kriege allen Schwierigkeiten einer gründlichen inneren Erneuerung, es nimmt die Friedensbedingungen seines Feindes Wilson en bloc an und legt sein Schicksal in seine Hand. Vermißt er Garantien, so nenne er sie, fordere er sie. Man hat seine vierzehn, seine vier, seine fünf Punkte angenommen, man wird auch weitere Punkte annehmen, wenn sie nur irgend annehmbar sind. Aber es wäre eine geradezu unausdenkbare Freivolllät, im fünften Kriegsjahr und angesichts so offenkundig ehelichen Friedenswillens jede Verhandlung abzulehnen, oder den Frieden an unerfüllbare Bedingungen zu knüpfen, weil zuvor noch ein paar deutsche Städte niedergebrannt werden müssen.“

10./X. 1918

## Die Note des Präsidenten Wilson. Die Räumungsfrage.

Washington, 8. Oktober.

Die Note des Staatssekretärs an den schweizerischen Geschäftsträger in Beantwortung der Note des deutschen Reichskanzlers hat folgenden Wortlaut:

„Staatsdepartement, 8. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen:

Ehe er auf das Ansuchen der kaiserlich deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und geradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß der (ihre) Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlag eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden (assoziiert) ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen.

Der gute Glaube bei jeder Diskussion (the good faith of any discussion) würde natürlich (manifestly) von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht (constituted authorities of the empire), die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.“

10./X. 1918

## Ein Staatsstreich des polnischen Regent- schaftsrates.

### Rückwirkung auf Galizien.

Wien, 9. Oktober.

Der polnische Regentenschaftsrat will alle polnischen Gebiete zu einem Staate vereinen. Die Monarchie soll Galizien verlieren, Preußen soll Posen und Danzig weggenommen werden. Dem polnischen Regentenschaftsrat ist jedoch ein kleiner Irrtum unterlaufen. Präsident Wilson spricht im dreizehnten Punkte seines Programms keineswegs von den polnischen Gebieten schlechthin, sondern er sagt, es solle ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der alle Gebiete umfaßt, die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnt sind. Das ist wesentlich verschieden von dem, was der polnische Regentenschaftsrat fordert, und wenn der Gedanke des Präsidenten zu Ende gedacht wird, so könnte der polnische Staat ganz anders aussehen, als die Warschauer Regierung wünschen würde. In einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses hat eine merkwürdige Szene stattgefunden, die einen starken Eindruck hervorgerufen hat. Ein polnischer Redner äußerte sich im Sinne der Parteien, die behaupten, die polnische, die czechische und südslawische Frage könnten nur auf der Friedenskonferenz geregelt werden. Da unterbrach ihn ein Ruthene mit der Frage: Und wir Ukrainer in Galizien, ist das eine innere Frage oder eine äußere? Worauf die Antwort erfolgte: Das ist eine polnisch-ruthenische Frage. So wird mit den Schlagworten gespielt und so wenig gilt das Selbstbestimmungsrecht, wenn es gegen die Wünsche der Entente gerichtet ist und wenn es Völker betrifft, die nicht ihr Ideal jenseits der Grenzen gesucht haben. Präsident Wilson spricht von den unzweifelhaft polnischen Gebieten. Nie und nimmer kann er darunter Ostgalizien verstehen, das ruthenische Gebiet, das bis über den San, bis über Przemyśl hinausreicht und wo dreieinhalb Millionen Ukrainer wohnen.

Präsident Wilson sagt ausdrücklich, es müsse unparteiische Gerechtigkeit geübt werden, die keine Begünstigung kennt und keine Abstufungen, sondern gleiches Recht müsse sein für alle beteiligten Völker. Er sagt mehr. Er warnt davor, die Völker und Provinzen von einer Staats- oberhoheit in die andere zu schieben, wie Steine in ein Spiel, und jede Gebietsfrage solle im Interesse und zugunsten der Bevölkerungen gelöst werden, nicht aber so, daß die Feindschaften verewigt werden. Bedenken wir, was es heißt, wenn wir Galizien verlieren. Beinahe acht Millionen Hektar Kulturbodens, nahezu ein Drittel der gesamten Bevölkerung Oesterreichs, Möglichkeiten wirtschaftlicher Fortschritte ungeahnter Art gingen verloren. Die Ernte in Galizien wurde auf neunhundert Millionen Kronen geschätzt. Der Gesamtwert des Viehstandes dürfte mindestens eine Milliarde betragen. Wie soll das deutsche Oesterreich leben, das, wie Professor Ballod berechnet hat, die Einfuhr von mindestens einer Million Tonnen von Brotgetreide nötig hat? Diese Ziffern werden noch ernster, wenn man bedenkt, welche Schätze in den Salzwerken, in den Zeirteumgruben enthalten sind, wie bedeutsam die Entdeckung der Kohlenflöze ist, die in Westgalizien erst im Anfang der Erschließung stehen, und wie sehr für die kommende Zeit gerade diese Erzeugnisse zu den wesentlichsten Elementen wirtschaftlicher Lebensfähigkeit gehören.

Galizien ist das Elb-Lothringen von Ungarn, das Vorgebirge, das Orlais nach Norden und Osten. Gerade in diesem Kriege hat sich gezeigt, wie wichtig es für die Monarchie zur Abwehr der Angriffe war, die sonst gleich beim Beginne des Kampfes an den Karpathenwald gebrandet hätten. Galizien ist zu gleicher Zeit für uns die Sicherung von Schlesien und Mähren und damit der eigentlichen Erbänder der Monarchie. Nur durch Galizien ist die Verbindung mit der Bukowina für Oesterreich gegeben, die von fremen Gebiete gänzlich getrennt wäre und ohne den ge-

ringsten Zusammenhang mit dem Staate, dem sie angehört. Aber das Wichtigste ist, daß unmöglich die neue Weltordnung, die den ewigen Frieden verbürgen soll, das Gottesreich, das niemand verletzen darf, wie es Präsident Wilson zu schaffen wünscht, nicht sofort wieder mit dem Anfangen darf, was endgültig verschwinden soll: mit einer Vergewaltigung des Volkes, mit einer Ungerechtigkeit. Es ist wahr, daß auch in Ostgalizien Polen leben und insbesondere auch in Lemberg stark vorwiegen. Aber die Mischung ist keine andere als etwa in Kongresspolen, wo Deutsche, Litauer, Kleinrussen und andere Nationalitäten in wesentlichen Ziffern vertreten sind. Der Friede, wie Graf Julius Andrássy der Ältere gesagt hat, der mit der Grammatik gemacht werden soll, muß sich selber treu bleiben. Er darf nicht, nachdem gegen uns der Grundsatz persönlicher nationaler Zugehörigkeit hervorgehoben wird, plötzlich den Grundsatz der Landeszugehörigkeit, des Territoriales annehmen, sobald es denen paßt, die sich von uns loslösen wollen. Ein Volk von dreieinhalb Millionen läßt sich nicht unter das Joch beugen. Deutsche Abgeordnete haben, wie aus dem Parlamente verlautet, den Plan, einen Zusammenhang zwischen den Unterdrückten in Böhmen, in Galizien und in der Bukowina zu schaffen. Das Spiel mit dem Selbstbestimmungsrecht bewirkt, daß die Gelenke der Monarchie sich lösen, und niemand ist da, der die auseinanderstrebenden Rösse zusammenhielte und die Notwendigkeiten des Staates den Begierden der Nationen entgegensetzt.

10./X. 1918

**Die Antwort an die Monarchie noch nicht  
in Erwägung.**

Washington, 8. Oktober.

Reuter meldet: Amtlich wird bekanntgegeben, daß eine Antwort auf die österreichisch-ungarischen Friedensvorschläge augenblicklich nicht in Erwägung gezogen wird.

## Eine Friedenstunde im Wiener Gemeinderat.

Der Wiener Gemeinderat hat gestern durch eine formale Kundgebung das Waffenstillstandsangebot der Mittelmächte zur Erzielung des Friedens begrüßt. Zu Beginn der Sitzung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner unter wiederholten Beifallsbezeugungen eine Ansprache, in der er das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Oesterreich betonte und zur Einigkeit mahnte. Der Bürgermeister sagte:

Mehr als 18 Monate sind seit dem bewährlichen Tage verstrichen, da der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung in diesem Saale die Bestrebungen unseres Ministers des Aeußern einhellig und herzlich begrüßte, die dahin gingen, es sollen die Kriegsführenden auf dem Boden der Gerechtigkeit Verhandlungen zur Erzielung des Friedens einleiten. Und unvergessen bleiben uns die Worte des Grafen Czernin, mit welchen er sein menschenveröhnendes Programm vor dem Aufbau einer neuen Weltordnung, dem allgemeinen Völkerbund, dem internationalen Schiedsgericht und der allgemeinen Abrüstung entwickelte.

Mit voller Zustimmung begrüßen wir heute den neuerlichen gemeinsam mit den Verbündeten gemachten Vorschlag der k. u. k. Regierung zur Vorbereitung des Friedens.

Der Friede, den die Völker sehnsüchtig erhoffen, soll damit er nimmer von den Menschen weiche, das Recht und die Gerechtigkeit bringen für alle Völker und Völkern. Auf dem Boden der Gerechtigkeit soll ein neues Oesterreich mit freien Völkern erblühen und seine Mission im Völkerbunde erfüllen. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Weltprinzip erhoben wird, dann wollen wir Deutsche in Oesterreich dieses Recht, das alle anderen Nationen für sich begehren, auch für uns voll und ganz in Anspruch nehmen. (Lebhafter Beifall.) Wir rechnen nicht mit der Vergangenheit, unser Blick ist mit ernster Entschlossenheit nach der Zukunft gerichtet, die mehr denn je die Einigkeit aller Deutschen in Oesterreich verlangt. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Und so darf der Gemeinderat der Stadt Wien als Vertreter des größten deutschen Gemeinwesens der Monarchie in diesen hochernsten Stunden nicht verfehlen, an die Deutschen in Oesterreich die dringende Mahnung zur Einigkeit zu richten. Der Gemeinderat gibt der Erwartung Ausdruck, daß sich alle Deutschen Oesterreichs in fester Geschlossenheit zusammensinden und selbstbewußt und mit Zielstärke die Geschicke des deutschen Volkes in Oesterreich in die Hand nehmen. (Anhaltende neuerliche Zustimmung.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Bürgermeister die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche und österreichische Note zur Verlesung. Die Versammlung nahm den Inhalt dieser Antworten mit tiefem Stillschweigen auf.



10/X. 1918

## Das Parlament und die auswärtigen Ereignisse.

Wien, 9. Oktober.

Das Abgeordnetenhaus ist schwach besucht. Die Bänke im Sitzungssaale sind leer, vor dem Redner stehen einige engere Parteigenossen, die aus Courtoisie bis zum Schluß der Rede ausharren. Die Redner sprechen von den Wünschen ihrer Nationen, von ihren staatsrechtlichen Ansprüchen, von allem möglichen, nur nicht von der Tagesordnung, und am allerwenigsten von den Ernährungsfragen. Die tschechischen Redner leisten sich noch eine eigene Nuance und verabschieden sich von dem österreichischen Parlament. Die Regierungsbank verhält sich teilnahmslos. Dieselbe apathische Stimmung herrscht in den Couloirs, in den Klublokalen, in den Konferenzzimmern. Alle haben das Gefühl, am Vorabend wichtiger Ereignisse zu stehen. Was heute aktuell ist, kann morgen längst überholt sein. Zu meritorischen Arbeiten hat niemand Lust. Man will zuerst klar sehen und die Entscheidung in der Friedenssation abwarten. Alle Ausschüsse pausieren, und wo der Versuch gemacht wird, doch in die meritorische Arbeit einzugehen, wird er bald wieder aufgegeben. Selbst die Parteibesprechungen beschränken sich darauf, die fortlaufenden Ereignisse zu registrieren. Die Spannung, mit der die auswärtigen Ereignisse verfolgt werden, wirkt geradezu lähmend auf den Fortgang der meritorischen Arbeiten im Abgeordnetenhaus.

Die Antwort Wilsons auf die Friedensnote der Mittelmächte wurde im Abgeordnetenhaus gegen 5 Uhr bekannt. Sie wirkte nicht überraschend. Man hatte im vorhinein angenommen, daß darin das Eingehen in Friedensverhandlungen an gewisse Vorbedingungen geknüpft sein werde. Daß die Räumung Belgiens und der französischen besetzten Gebiete dabei die Hauptrolle spielen werden, war schon aus dem Echo anzunehmen, das die Friedensnote der Mittelmächte in Frankreich gefunden hatte. Die Chancen der Friedensnote wurden lebhaft diskutiert. Die Meinungen waren naturgemäß geteilt. Auf slawischer Seite wurde erklärt, daß die Antwortnote einen versöhnlichen Ton habe und daß die geforderte Räumung der besetzten Gebiete bewilligt werden könnte.

Die Polen waren heute vormittag über den Schritt des Warschauer Regimentsrates in große Begeisterung versetzt. Das Glückwunschtelegramm, welches im Beisein der beiden polnischen Minister vom Polenklub beschlossen wurde, drückt die ganze Jubelstimmung aus. Die improvisierte Sitzung des Polenklubs aus diesem Anlaß glich einer Festigung. Nachmittags war die Stimmung bereits etwas gedämpfter. Es war indessen das Telegramm bekannt geworden, das der deutsche Reichkanzler an den Regimentsrat geschickt hatte. In dem Telegramm heißt es unter anderem auch, daß sich der Reichkanzler um die möglichst schnelle Beseitigung der noch bestehenden Lasten der Okkupation bemühen werde. Diese Stelle wurde von den Polen so aufgefaßt, daß die Räumung der polnischen Gebiete von den deutschen Truppen unmittelbar bevorstehe. Polnische Abgeordnete äußerten nachmittags ziemlich unverhohlen ihre Besorgnisse, daß es dadurch in Polen, das aus eigener Kraft kaum fähig ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten, zu Verwicklungen kommen und daß insbesondere der Volkswissenschaft Fuß fassen könnte. Die Anhänglichkeit an die Mittelmächte wurde nachmittags unter dem Eindruck dieses Telegramms von den Polen wieder ziemlich ostentativ hervorgehoben. Inzwischen wird bereits bei den Polen an der Vorbereitung einer Nationalversammlung zur Einsetzung eines polnischen Nationalrates gearbeitet. Das Arrangement ist diesmal der Dlugosz-Gruppe übertragen worden. Die vorbereitende Konferenz, an der 26 Mitglieder der polnischen Parteien teilnehmen, findet morgen in Krakau statt. Das Präsidium des Polenklubs wird in den nächsten Tagen auch mit dem ukrainischen Klub in Verhandlungen eintreten, um, wie der Beschluß des Polenklubs lautet, ein beiderseitiges Einvernehmen herbeizuführen. Von den Ukrainern wird dieser Verständigungsversuch schon im vorhinein als aussichtslos erklärt. Er könnte nur auf der Basis der Zerteilung Galiziens gesüßt werden. Auch die Ukrainer haben die Parole des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aufgenommen. Es wird bereits darüber intern verhandelt und die Einberufung einer ukrainischen Nationalversammlung ist in Aussicht genommen.

### Die abgehaltene tschechische Nationalversammlung.

Die Tschechen haben eine interne Affäre. Der Obmann des Tschechischen Verbandes, Abgeordneter Stanek, hat unter dem unmittelbaren Eindruck der Kapitulation Bulgariens eine große tschechische Nationalversammlung für gestern nach Prag einberufen unter Hinzuziehung der tschecho-slowakischen Nationalräte. Wie sich jetzt herausstellt, ganz auf eigene Faust und

etwas voreilig. Diese Nationalversammlung wurde vom Abgeordneten Stanek zwar in letzter Minute abgesetzt, die Eingeladenen befanden sich jedoch zum großen Teil bereits auf der Reise und sind gestern programmgemäß in Prag eingetroffen. Vorbereitungen zu dem Empfange waren natürlich keine getroffen. Viele konnten nicht einmal Unterkunft finden. Die vielbesprochene Nationalversammlung reduzierte sich schließlich auf einen kleinen Konventikel tschechischer Abgeordneter, in dem der Abgeordnete Stanek mit Vorwürfen überhäuft wurde. Es gibt jetzt viele Bekränkte unter den tschechischen Parteiführern, darunter in erster Linie für den tschechischen Nationalrat Dr. Kramarz. Die Einberufung der nächsten tschecho-slowakischen Nationalversammlung dürfte daher noch etwas längere Zeit in Anspruch nehmen.

### Die Besprechungen der deutschen Parteien.

Bei den deutschen Parteien ist heute eine prinzipielle Einigung erfolgt. An der gemeinsamen Besprechung haben heute nicht nur die drei großen deutschen Gruppen des Abgeordnetenhauses, sondern auch die Vertreter der Wiener Freiwirtschaftlichen und der Alldeutschen Vereinigung teilgenommen. Die Christlichsozialen hatten in der Besprechung eine eigene Resolution vorgelegt, die im wesentlichen mit der sozialdemokratischen übereinstimmt. Es wurde eine vollkommene Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen erzielt. Weitere aktive Schritte sind für die nächste Zeit nicht beabsichtigt, da man die Ereignisse abwarten will. Im Bedarfsfalle wurde der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien, Professor Doktor Kalbner, zur Einberufung weiterer gemeinsamer Konferenzen ermächtigt. Die von den deutschböhmischen bürgerlichen Abgeordneten angestrebte Gemeinschaft aller deutschböhmischen Abgeordneten kam durch die Ablehnung der deutschböhmischen sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zustande. Das Einladungsschreiben des Abgeordneten Pachter wurde im Namen der deutschböhmischen sozialdemokratischen Abgeordneten vom Abgeordneten Seliger mit dem Hinweis abgelehnt, daß an der Vorberatung auch Mitglieder des Herrenhauses und anderer bürgerlicher politischer Stellen teilnehmen, und daß angesichts der Verhandlungen, die zwischen den gesamten deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses im Zuge sind, es zweckmäßiger wäre, daß die Volksvertreter in den einzelnen Ländern ihre Teilberatungen erst dann führen, wenn diese Verhandlungen über die Gesamtlage des deutschen Volkes in Oesterreich eine gewisse Klarheit über die wichtigsten Fragen der künftigen Gestaltung erzielt haben.

### Der Beschluß der Christlichsozialen über das Selbstbestimmungsrecht.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt gestern und heute unter Vorsitz ihres Obmannes, Landeshauptmann Hanser, mehrstündige Beratungen ab, denen Landmarschall Prinz Lichtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Minister a. D. Dr. v. Wittel beiwohnten und die sich mit der künftigen Stellung der Deutschen in Oesterreich und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beschäftigten. Nach überaus lebhafter Wechselrede wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter nimmt, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Oesterreichs anerkennt, das gleiche Recht auch für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch und ist bereit, auf dieser Grundlage mit den Vertretern der anderen Nationen über die Umwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Wir verlangen, daß sämtliche deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem nationalen Gemeinwesen vereinigt werden, welches das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich auszuüben berufen ist. Die Unterwerfung deutscher Gebiete Oesterreichs unter fremdnationale Gemeinwesen lehnen wir unbedingt und für immer ab.

In der Erörterung gelangte auch einmütig zum Ausdruck, daß die Christlichsoziale Vereinigung selbstverständlich an ihrer religiösen und dynastischen Ueberzeugung unverrücklich festhält.

## Der Eindruck der Lansing-Note.

### Äußerungen der Presse.

Die der Reichstagsmehrheit nahestehende Presse ist im allgemeinen geneigt die freundlicheren Seiten der vorläufigen Antwort aus Amerika zu unterstreichen. Besonders optimistisch gestimmt ist der „Vorwärts“, der zum Schluß seiner Betrachtungen sagt:

„Ein Krieg, der vier Jahre und zwei Monate dauert, der die ganze Welt in wilde Bewegung gebracht hat, kann nicht binnen vierundzwanzig Stunden zum Abschluß gebracht werden. Noch ist der Hafen nicht erreicht. Aber den ungeduldig wartenden dürfen wir heute zurufen: Seid guten Mutes und voll Zuversicht! Nicht lange kann es mehr dauern, bis das Nordende endet.“

Bis dahin müsse man seine Pflicht nach allen Kräften tun: die drinnen, indem sie für die rasche Herbeiführung des Friedens alles tun, und die draußen, indem sie an ihrer harten, mit keinem Wort der Dankbarkeit vergeltbaren Aufgabe festhalten bis zu dem Augenblick, der die Erlösung bringt. Regungen der Ungeduld, so sehr sie menschlich begreifbar wären, könnten nur zerstören, was jetzt für das Heil kommender Generationen gebaut werden soll.

Auch die „Germania“ gibt der Hoffnung Raum, daß die Morgenröte des Friedens im Anzuge sei. Weiter sagt sie:

„Wir wollen uns gewiß nicht damit schmätzen, Woodrow Wilson besser zu kennen; aber wir haben es oft genug gesagt, daß es in seiner Brust eine Seele geben muß, die an die von ihm proklamierten Ideale des Friedens, der Gerechtigkeit und der Humanität glaubt und sie auch verwirklichen will. Auf diese edlere Seite des Präsidenten von Amerika setzt die aus tausend Wunden blutende Menschheit zurzeit ihre Hoffnungen.“

Das „Berliner Tageblatt“ legt den Hauptwert auf den Nachweis, daß „die alten und die neuen Gewalten bei jedem Schritt völlig einig“ seien. „Wir wollen nicht, daß dreiste Lügenpriester hinter dem Volke sagen können: all das verdankt ihr der Demokratie! Niemand darf jemals täuschend behaupten können, die erste deutsche Vollregierung habe im Oktober 1918 anders gehandelt, als es durch die Lage der Dinge, nach dem Urteil der Berufsten geboten oder nützlich gewesen sei.“

Die „Berliner Morgenpost“ ist sehr ernst gemeint: „Das deutsche Volk werde sich nie und nimmermehr so weit erniedrigen, um von denen, die bisher seine Führer waren, abzurufen, sie schände im Stich zu lassen, ihnen die Schuld an der furchtbaren Welttragödie unseres Vaterlandes aufzubürden, nur damit man es halbwegs glimpflich davontommen lasse. Wir würden den Krieg moralisch verlieren, wenn wir uns zu einer Handlungsweise bestimmen ließen, die nichts anderes wäre als seltsame Felonie.“

Die nationalliberale „Börsezeitung“ äußert sich sehr pessimistisch: „Wir vermögen uns nicht vorzustellen, daß national denkende Männer in den Frieden, den Herr Wilson für das deutsche Volk bereithält, einwilligen werden, ohne daß ein eisernes Wuch und die bestimmte Aussicht ständig wachsenden Notstandes es ihnen vorschreiben. Können wir noch einen besseren Frieden erhoffen, so wollen wir weiterstreiten und den letzten Mann zu den Fahnen zufen. Ist das nicht möglich, kann Offenheit nichts mehr schaden.“

In der „Kreuzzeitung“ wird wie stets in der letzten Zeit ein vorsichtiges abgewogenes Urteil geboten. Besonderen Nachdruck legt das konservative Blatt auf die Forderung der restlosen Annahme des Wilson-Programms. Die Meinung, daß die Diskussion über die praktischen Einzelheiten Möglichkeiten genug biete, um unseren Unterhändlern die Beweglichkeit am Verhandlungstisch zu erhalten, sei nicht zutreffend.

Vor allem wird Wilson voraussetzungslos sofort den drohenden Finger erheben und den Abbruch der Besprechungen ankündigen, wenn unsere Unterhändler den Begriff „praktische Einzelheiten“ anders auffassen als er. Hier liegt also fraglos ein Konfliktstoff, der die etwa einsehenden Friedensverhandlungen in jeder Stunde aufs neue gefährden könnte. Nur eine sehr geschickte Vertretung der Interessen der Mittelmächte könnte diese Gefahr etwas mindern.“

Nicht ausgeschlossen sei, daß man auch ohne Waffenstillstand in Vorverhandlungen eintrete, wie das bei früheren Friedensangeboten geplant gewesen sei.

Die übrigen Berlinerblätter der Rechten äußern in den erregtesten Worten ihre Auffassung, daß es sich um unannehmbare Forderungen handele. Wilson habe sich wieder als ausgesprochener Erzfeind des deutschen Volkes gezeigt. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Unsere Leser werden vielleicht bei manchen Fragen und Geschehnissen dieser und der nächsten Zeit eine Stellungnahme der Zeitung, wie sie ihren Erwartungen entsprechen würde, vermissen. Wir möchten darauf hinweisen, daß wir in solchen Fällen durch Umstände verhindert werden, die teilweise noch im Reichstage zur Erörterung gelangen dürften.“

Aus dem Reich liegen eine Reihe von Äußerungen vor, die durch ihre Zurückhaltung erdennen lassen, wie ernst die Verantwortung jedes einzelnen gewertet wird. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt:

Es ist anzunehmen, daß man an den verantwortlichen Stellen sich von Anfang an klar über die Schritte gewesen ist, die zu tun sind, wenn eine Antwort, wie man sie erwarten mußte, käme. Die Antwort schafft keine neue Lage. Die schwerwiegenden Gründe, welche den Kanzler, die Regierung und den Reichstag im Einvernehmen mit der Heeresleitung veranlaßt haben, die Bitte um Friedensverhandlungen und Waffenstillstand auszusprechen, bestehen ungeändert fort und werden auch die Entscheidungen bestimmen, welche die Regierung auf die Wilsonsche Antwort hin zu treffen hat.

Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ freut sich über den Ton der Wilsonschen Antwort, der frei von Schroffheit und Gereiztheit sei. Das „Hamburger Fremdenblatt“ bemerkt dagegen: Der verbindliche Ton der Note dürfe über die Schwere ihres Inhalts nicht täuschen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sagen über den Zweck der Wilsonschen Antwort: „Die Antwort ist sehr geschickt darauf angelegt, die Stimmung weiter zu drücken, die Beunruhigung in Oesterreich-Ungarn dadurch, daß ihm keine Antwort erteilt wird, zu steigern und so auch der deutschen Regierung zunächst, ohne daß Wilson sich zu irgend etwas verpflichtet, weitere Zugeständnisse herauszulockt. Den Augen und gefährlichen Absichten des Feindes zu begegnen, braucht es Männer von klarem Blick und kältester Entschlossenheit.“

## Die Antwort Wilsons.

Es war von vornherein nicht wahrscheinlich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten auf die Friedensnote des deutschen Reichskanzlers sofort eine Antwort geben würde, die einer glatten Bejahung gleichkäme. Ebensovienig war zu erwarten, daß Herr Wilson die Note in der Art behandeln würde, in der er den vor einigen Wochen vom Grafen Burian gemachten Vorschlag zur Anbahnung des Friedens beantwortet hat. Tatsächlich hat Herr Wilson eine eigentliche Antwort überhaupt noch nicht erteilt. Er hat nur einige Vorfragen gestellt und er hat erklärt, er könne seinen Verbündeten einen Waffenstillstand nur vorschlagen, wenn die Mittelmächte sich bereit erklären, sofort ihre Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Die Fragen, die Herr Wilson stellt, beziehen sich auf sein aus 14 Punkten bestehendes Friedensprogramm und auf die Autorisation der deutschen Regierung zu ihrem Schritt. Der Reichskanzler hatte in seiner Note und in seiner Reichstagsrede vom 5. Oktober ausgesprochen, daß er das Wilsonsche Friedensprogramm als Grundlage für die Friedensverhandlungen annehme. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat den Sinn dieser Erklärung später dahin festgestellt, daß die Regierung und die Mehrheit des Reichstages „das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden“ angenommen habe. Es ist zu vermuten, daß Wilson durch das Wort „Grundlage“ zu seiner weiteren Frage veranlaßt worden ist, und er fragt nun, ob die kaiserlich deutsche Regierung die von ihm gestellten Bedingungen annimmt. Das kann doch wohl nur bedeuten, ob die deutsche Regierung die in dem Wilsonschen Programm aufgestellten Forderungen und Grundsätze anerkennt in der Weise, daß lediglich über die Art der Durchführung dieser Grundsätze eine Verhandlung stattzufinden hat. Es kommen für Deutschland hierbei zwei Fragen besonders in Betracht: die eine ist die elsass-lothringische, die andere die polnische. Wilson spricht von einem „Unrecht“, das im Jahre 1871 Frankreich zugesügt worden sei, das 40 Jahre lang den Frieden der Welt aus dem Gleichgewicht gebracht habe und das so wieder „in Ordnung gebracht werden“ müsse, daß der Friede im Interesse aller gesichert werde. Für Deutschland ist die Zurücknahme des zu 1/2 von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Elsaß-Lothringens kein Frankreich zugesügte Unrecht, sondern umgekehrt die Wiedergutmachung einer von einem herrschaftlichen französischen König Deutschland zugesügte Gewalttat. Wenn Herr Wilson einen dauernden Frieden errichten will, so wird er eine Lösung suchen oder ihr zustimmen müssen, die nicht neue Wunden aufreißt, sondern die sowohl der nationalen Eigenart des in Rede stehenden Landes als dem nationalen Gefühl des deutschen Volkes gerecht wird, das durch Jahrhunderte lebendig geblieben ist und auch heute nicht verstummen kann. Ebensovienig kann auch bei der Schaffung des neuen Polens übersehen werden, daß in den ehemaligen Teilen des Königreichs Polen nicht nur eine „unzweifelhaft polnische“ Bevölkerung wohnt, wie es in dem Wilsonschen Programm heißt, daß vielmehr in diesen Gebieten mehr Deutsche als Polen wohnen. Der freie und gesicherte Zugang zum Meer, den Präsident Wilson verlangt, ist eine Forderung, gegen die Deutschland keine grundsätzliche Einwendung hat.

Sehr leicht wird sich die Frage beantworten lassen, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Die Frage entspringt wohl gewissen Mißverständnissen, aber es liegt auf der Hand, was mit ihr gemeint ist. Der Präsident kommt dem deutschen Angebot mit einem, wenn auch in höflicher Form gedruckten Mißtrauen entgegen, und es ist nicht zu verkennen, daß die schwache und unklare Art, in der bisher die deutsche Politik, unter der beständigen Einwirkung unverantwortlicher Stellen, geführt worden ist, zu solchem Mißtrauen Anlaß geben konnte. Die jetzige Regierung hat sich rein aus dem Willen der Mehrheit der Volksvertretung und frei von allen Nebeneinflüssen gebildet. Das Mandat des Reichskanzlers aber gründet sich auf die Übereinstimmung der gesamten Reichsleitung und des Reichstages. Vom Reichskanzler ist festgestellt worden, daß alle dazu berufenen Stellen, auch die Oberste Heeresleitung, ihr Einverständnis zu diesem Schritte gegeben haben, und ebenso ist vom Präsidenten Fehrenbach die Zustimmung des Reichstages ausgesprochen worden. Hinter dem Friedensangebot des Reichskanzlers steht keine einzelne Stelle, sondern das deutsche Volk.

Wenn Herr Wilson sagt, er könne seinen Verbündeten einen Waffenstillstand nicht vorschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf ihrem Boden stehen, so scheint es, daß er unter dieser Bedingung lediglich die Erklärung der Vereinten Völker zur Räumung der besetzten Gebiete verstanden wissen will. Daß eine Räumung tatsächlich nicht ohne vorherige Abmachungen erfolgen könnte, ergibt sich aus den Dingen ganz von selbst und kann auch schwieriglich von Herrn Wilson anders verstanden werden.

Die Antwort des Präsidenten wird den Reichskanzler und die Regierung so wenig überraschen, wie sie der Öffentlichkeit unerwartet kommt. Es ist auch anzunehmen, daß man an den verantwortlichen Stellen sich von Anfang an klar über die Schritte gewesen ist, die zu tun sind, wenn eine Antwort, wie man sie erwarten mußte, käme. Die Antwort schafft keine neue Lage. Die schwerwiegenden Gründe, welche den Kanzler, die Regierung und den Reichstag im Einvernehmen mit der Heeresleitung veranlaßt haben, die Bitte um Friedensverhandlungen und Waffenstillstand auszusprechen, bestehen ungeschwächt fort und werden auch die Entschlüsse bestimmen, welche die Reichsregierung auf die Wilsonsche Antwort hin zu fassen hat. Diese Entschlüsse werden sehr folgschwer und ernst sein. Aber die heutige Regierung geht an sie in dem Bewußtsein heran, daß nicht sie die Lage geschaffen hat, auf Grund deren sie jetzt handeln muß, und daß sie lediglich eine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllt, wenn sie auf dem betretenen Wege weitererschreitet. An der heutigen schweren Lage kann allein aus mutigem und opferbereitem Handeln für Deutschland Segen und Hoffnung für eine bessere Zukunft erwachsen.

## Die deutsche Kursänderung und die Friedensfrage

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 4. Okt.

Den so bedeutsamen innerpolitischen Vorgängen in Deutschland wird hier die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Man betrachtet sie unter zwei Gesichtspunkten, unter dem deutschen innerpolitischen und unter dem außenpolitischen. Alle Kommentare sind mit starker Stepsis durchsetzt. Deutschland sucht demokratisches Fahrwasser zu gewinnen just in dem Augenblick, wo auch es einzusehen beginnt, daß die deutschen Angelegenheiten schlecht stehen. Als es an der Front gut ging, da wurden die Stimmen, die von einer Parlamentarisierung sprachen, von den Lobrednern der Militärdiktatur überschrien.

Was die deutsche innere Politik anlangt, so fragt man sich, welche einschneidende Aenderung der Eintritt einiger Parlamentarier in die Reichsregierung mit sich bringen könnte. Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden kann ein sehr liberaler Herr sein; als Reichskanzler ist er in erster Linie Diener des deutschen Kaisers und des preussischen Königs. Solange der deutsche Bundesrat mit seinen Vorrechten besteht, ändert die Besetzung einiger Staatssekretärposten nicht viel, und davon, daß an die Rechte der Krone gerührt werden soll, wird sehr wenig gesprochen. Allerdings könnte man sagen, daß die Form besonders in diesen bewegten Zeiten nicht allzuviel zur Sache tut. Ein ganz absoluter Herrscher kann sich von parlamentarischen oder andern Persönlichkeiten leiten lassen, und es ist möglich, daß der von Preußen geleitete Bundesrat unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden eine liberale Politik verfolgt, wie es möglich wäre, daß der badische Prinz Max von der Heeresleitung unabhängiger wird als der bayrische Graf Hertling. Mit solchen Möglichkeiten mag man in Deutschland rechnen, im Ausland rechnet man nicht damit. Man ist um so weniger geneigt, dem Personenwechsel allzuviel Bedeutung beizumessen, als die neuen Personen, soweit man sie kennt, sich erst in Gegensatz zu den bisher von der politischen Schaubühne abgetretenen gestellt haben, als sich das Blatt wendete. Nach dem Gefühle der Entente haben die Sozialisten wie Scheidemann und Ebert mit den Wölfen geheult, als es gut ging, und dienen sie jetzt nur als Deckmäntel. Der Vizekanzler von Papen ist nicht gewechselt worden. Und er ist es, der den

ausgezeichneten Satz geprägt hat: „Behalte, was du hast.“ Das zeige, daß die deutsche Mentalität noch keine große Umwälzung erfahren habe.

Man mag sich keine zu großen Vorstellungen von der Wirkung möglicher innerpolitischer Vorgänge in Deutschland auf die allgemeine Lage machen. Es wäre wirklich zu naiv, zu glauben, mit deutschen Verfassungsänderungen ließen sich die Kriegsprobleme lösen. Deutschland könnte morgen eine Republik nach französischem oder eine konstitutionelle Monarchie nach englischem Muster sein, das würde nicht hindern, daß es alle Bedingungen der Entente annehmen müßte, um zum Frieden zu kommen. Auch die deutschen Sozialisten der Richtung Scheidemann wollen heute noch nichts von einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wissen. Sie finden nicht, daß Deutschland zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete verpflichtet ist. Ja, viele unter ihnen verfechten noch die Theorie des deutschen Verteidigungskriegs. Unter diesen Umständen wäre eine Verständigung auch nicht möglich, wenn Scheidemann oder Ebert Ministerpräsidenten einer deutschen Republik wären. So weit ist man sicher noch nicht. Die französische Presse geht zu weit, wenn sie die deutschen Reformbestrebungen als Komödie bezeichnet; aber sie irrt sich nicht, wenn sie die Ansicht ausspricht, daß deutsche Reformen für die Wiederherstellung des Friedens nicht genügen.

## Die Aussichten des Friedens.

zu Bern, 10. Oktbr. (Priv.-Tel.)

Da die Eröffnung einer Diskussion zwischen den Kriegsführenden jedenfalls an sich zu begrüssen ist, so kann in der That, daß Präsident Wilson den deutschen Vorschlag in einer Weise beantwortet hat, auf die eine Antwort möglich ist, immerhin ein Erfolg erblickt werden. Darüber hinaus wird allerdings ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege zum Frieden noch nicht sichtbar, und es ist nicht recht verständlich, daß ein großer Teil der deutschen Presse nach den hierher telegraphierten Auszügen die kurze amerikanische Erwiderung mit einem Optimismus begrüßt, zu dem wenig Ursache vorliegt. Das deutsche Volk ist vier Jahre lang mit den ruchlosesten Illusionen gefüttert worden, und wer es ehrlich meint mit ihm, darf nicht müde werden, auf den großen Ernst seiner Lage hinzuweisen, wie es auch höchst beklagenswert wäre, wenn die offiziellen Pressengewohnheiten aus der Zeit der bürokratischen Regierungen unter der parlamentarischen Regierung fortbeständen, und die Blätter der Linken sich in der Freiheit des Wortes aus Loyalität gegen die Minister der Mehrheit Grenzen setzten.

Es muß der Beurteilung der Reichsleitung und ihrer verantwortlichen militärischen Ratgeber anheimgestellt bleiben, wie sie sich zu Wilsons beiden ersten Fragen, nämlich hinsichtlich der Interpretation seiner Januarbotschaft und der sofortigen Räumung der von den Zentralmächten besetzten feindlichen Gebiete stellen wollen. Hingegen ist dem Beurteiler wohl eine Meinung über die dritte Frage möglich. Es ist nicht ganz klar, was der Präsident buchstäblich meint, wenn er an den Reichskanzler die Frage richtet, ob dieser „nur im Namen der gesetzlich bestehenden Reichsregierung“ spreche. Der englische Wortlaut heißt: on behalf of the constituted (nicht constitutional) authorities. Aber das „nur“ macht es wahrscheinlich, daß der Präsident der Ansicht ist, die aus der Reichsverfassung bekannte Regierung repräsentiere die wirklichen Machtverhältnisse nur unvollkommen. In Deutschland hätte man es noch vor kurzem nicht für möglich gehalten, daß man einem fremden und feindlichen Staatsoberhaupt über die deutsche Verfassung werde Auskunft geben müssen. Aber die Thaten sind vorhanden und man möge sich wenigstens keinen Illusionen mehr hingeben. Berlin wird vielleicht antworten, daß der Deutsche Reichstag hinter dem Schritt der Reichsregierung stehe und daß in Deutschland keine Regierung ohne den Reichstag möglich sei. Der Reichstag selber trägt aber einen wesentlichen Teil der Schuld, wenn diese Erklärungen nicht so überzeugend wirken, wie sie müßten, denn so verhaßt die Reste des persönlichen Regiments dieses gemacht haben, die Volksvertretung hätte es seit Jahrzehnten in der Hand gehabt, diese Reste bis auf die letzte Spur zu beseitigen. Es ist schließlich der Opportunismus und die lethargie des deutschen Bürgertums, die es verschuldet haben, daß wir die Frage der deutschen Verfassung viel zu spät unter den Schlingen der feindlichen Gesätze zum Austrag bringen müssen. In jedem Falle aber möge man sich nicht darüber täuschen, daß neben der preussischen Reaktion und dem Alldeutschtum bestimmte persönliche Faktoren es sind, die den furchtbaren, Deutschland mit Vernichtung bedrohenden Haß heraufbeschworen haben. Deshalb sollte alles getan werden, um diejenigen konstitutionellen Schritte ungesäumt zu tun, die jeden Anschein einer nichtkonstitutionellen Regie-

rung endgültig unmöglich machen. Versuche, die konstitutionellen Maßnahmen als bloße Formsache ohne besondere Eile hinzustellen, können den größten Schaden stiften.

Ganz irrig ist es, wenn angeführt wird, auch in England gebe es keine geschriebene Verfassung, vielmehr beruhe die parlamentarische Regierung dort nur auf Herkommen. Es gibt in England sehr viele geschriebene Verfassungsbestimmungen, nur sind sie nicht in einem Buch zusammengeschrieben worden. Vor allem aber ist es ein Grundsatz der dortigen Konstitution, daß niemand, der nicht Mitglied des Parlaments ist, dessen Saal auch nur betreten darf, sodas schon darin die Garantie gegen jede nichtparlamentarische Regierung von oben gegeben ist. Deshalb sollte die Demokratisierung der preussischen Verfassung und Verwaltung ohne jeden Zeitverlust durchgeführt werden. Ein lauter und scharfer Schlag in dieser Richtung könnte unsere auswärtige Lage bedeutend erleichtern. Nach zuverlässigen Nachrichten können wir sagen, daß das, was in Deutschland vorgeht, doch einen Eindruck in den regierenden Kreisen Amerikas gemacht hat, daß man dort die neue Errungenschaft zwar noch mißtrauisch ansieht, daß aber sehr viel von einer weiteren raschen Entwicklung bei uns abhängen wird. Auch in Frankreich ist die sozialistische Mehrheit ungemein an den deutschen Ereignissen interessiert. Die Elsas-Lothringen durch militärische Abwehr dem Reiche erhalten werden kann, müssen die Militärs wissen. Wenn dies nicht mehr sicher sein sollte, dann ist die radikale Demokratisierung Deutschlands das einzige, was das Reichland wahren kann. Auf die schwächlichen Ränke der diplomatischen Technik und die unsichere Hoffnung auf Verhandlungen, wenn diese nur einmal begonnen hätten, möge man sich nicht allzusehr verlassen.

Daß die Unbebingt an der Vernichtung Deutschlands arbeitenden Kreise der Entente die neue deutsche Entwicklung fürchten und zu diskreditieren wünschen, zeigt ein Neben-umstand, der zu den großen Lebensfragen allerdings in keinem Verhältnis steht. Aus den gefüllten Mägen der feindlichen Spionage ist zu rechter Zeit ein Brief veröffentlicht worden, den der Reichskanzler Prinz Max an einen in der Schweiz lebenden süddeutschen Aristokraten zu Anfang des Jahres geschrieben hat. Der Brief kommt sehr unangelegen, und Prinz Max hätte viel länger warten, heutzutage keine langen Ergüsse in das Ausland zu schreiben. Wenigstens in einem Punkt jedoch können wir der geschäftigen Ausnutzung, die dieser unglückliche Brief in der feindlichen Öffentlichkeit findet, entgegenstreifen. Prinz Max verrät an einer Stelle, daß ihm die „Frankfurter Zeitung“ ein besonders antipathisches Organ sei. Da die „Frankfurter Zeitung“ im Kampf gegen Reaktion und Alldeutschum eine hervorragende Rolle spielt, so könnte der Anschein entstehen, als gehöre auch Prinz Max diesen beiden Richtungen an, die Deutschland an den Rand des Unterganges gebracht haben. Das jedoch folgt aus dem Briefe nicht. Vielmehr wird uns von Bekannten des Reichskanzlers gesagt, daß die Antipathie gegen unser Blatt sich wahrscheinlich anders erklärt. Prinz Max sei eine religiöse Natur und er scheint sich, ohnehin ganz mit Unrecht, auf Grund oberflächlicher Urteile die Meinung gebildet zu haben, die „Frankfurter Zeitung“ bekämpfe die Religion. Da das Alldeutschum und die bloße Gewalttätigkeit entschieden nicht christliche, sondern heidnische Tendenzen sind, so dürfte sie der Reichskanzler schon auf Grund seiner religiösen Anschauungen von sich weisen.

Anmerkung der Redaktion. Die Bemerkungen unseres Korrespondenten über den Schaden, den die Reste des persönlichen Regiments in Deutschland wie im Auslande angerichtet haben, lassen sich nach einer Richtung hin ergänzen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß außer den bereits früher erwähnten Reformen der Reichsverfassung eine weitere beschlossen ist und demnächst dem Reichstage vorgelegt werden wird, welche das persönliche Regiment gerade in der für eine Nation allerwichtigsten Funktion aufhebt. Die Mahnungen unseres Korrespondenten nach dieser Richtung, die natürlich noch ohne Kenntnis dieser Tatsache geschrieben worden sind, behalten dennoch ihre große grundsätzliche und praktische Bedeutung für die gegenwärtig im Laufe befindliche Neuordnung des deutschen Staates.

### Die Wendung in der Türkei

#### Die Bildung eines Friedens-Ministeriums

Schon in unserer letzten Uebersicht der Woche haben wir im Zusammenhang mit dem Rücktritt des türkischen Ministers des Innern, Ismail Dschambulak bei unsere Leser darauf aufmerksam gemacht, daß zwei Strömungen in Konstantinopel einander bekämpfen und am Schluß betont: „Welche von ihnen endgültig die Oberhand nehmen wird, werden uns vielleicht schon die nächsten Tage zeigen.“ Der „Frankf. Zeitung“ wird uns aus Berlin gemeldet: „Von der hiesigen türkischen Botschaft wird bestätigt, daß Talaat Pascha und Enver Pascha ihre Demission eingereicht haben. Als Nachfolger werden Tewfik Pascha und Fzzet Pascha genannt.“ Das seit dem 4. Februar 1917 amtierende Ministerium Mehmed Talaat Paschas konnte sich nicht mehr am Staatsruder des auf dem Landwege von Deutschland abgeschnittenen Osmanen-Reiches halten. Der Großwesir Talaat Pascha, der Kriegsminister und Chef des Generalstabes Dr. jur. Enver Pascha, sowie der Finanzminister und ehemalige Präsident der Ottomanischen Nationalkreditbank Dschavid Bei waren nicht nur die treuesten Freunde Deutschlands, sondern die eigentlichen Seelen und Säulen des türkisch-deutschen Bündnisses. Der Minister des Auswärtigen, Ahmed Nessim Bei, der früher ein kleiner Beamter der Hafenverwaltung war, spielte eine durchaus untergeordnete Rolle in der auswärtigen Politik des Osmanen-Reiches. Einzige vom Willen Talaat Paschas war der Gang und die Politik des Reiches abhängig. So mächtig war dieser ehemalige „kleine Telegraphenbeamte“ in Saloniki! Mit eiserner Hand hat Talaat Pascha bisher jede Opposition gegen seine innere und auswärtige Politik beseitigt.

Der Verlust der reichsten und wichtigsten Provinzen der Türkei: Mesopotamien, Palästina und Syrien, das Ausscheiden Bulgariens veranlaßte jedoch den neuen Sultan, der übrigens schon seit seiner Thronbesteigung vor allem mit Enver Pascha nicht auf gutem Fuß stand, eine gründliche Wendung in der bisherigen Politik seines Reiches vorzunehmen. Die türkischen Emisäre in der Schweiz erhielten Weisung, sich offiziell mit den Alliierten in Verbindung zu setzen, vor allem mit England Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Diese Annäherungen wurden jedoch anfangs abgewiesen, da die Alliierten der Ansicht waren, daß die Türkei dem Beispiel Bulgariens folgen soll. Unter Talaat Pascha war ein solcher Schritt unmöglich.

Infolgedessen hat der Sultan den ehemaligen türkischen Botschafter in London, Ahmed Tewfik Pascha als ersten Kandidaten für den Posten des Großwesirs zu sich gerufen. Er ist, gleich wie der zum Minister des Auswärtigen in Aussicht genommene Albaner Reshid Atif Pascha, unabsehbares Mitglied des Senats, war unter Abdul Hamid Minister des Auswärtigen und auch bereits einmal Großwesir. Tewfik Pascha war stets Gegner der deutschen Vorherrschaft in der Türkei. Von Talaat Pascha und Enver Pascha hatte er die Gewohnheit, nicht anders als von „diesen jungen Leuten“ zu sprechen. Unter ihm soll nun das Friedensministerium in Konstantinopel zustande kommen.

### Eine Schweizer Stimme über die Rolle Oesterreichs.

R. Rom, 9. Oktober. Die „Neuen Züricher Nachrichten“ schreiben in Besprechung der Antwort des Präsidenten Wilson: Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Antwort Wilsons auf das Ansuchen der Mittelmächte eine großzügige und gute sein werde, ebenbürtig der hohen Warte, auf die das Oberhaupt der Vereinigten Staaten sich hinaufgerungen hat. Erst jetzt erkennt man, welches Wert von weltgeschichtlichem Verdienste die Friedensaktion Oesterreich-Ungarns in den letzten vier Wochen mit Kaiser Karl und Graf Burian an der Spitze war. Durch ein ergreifendes Walten der Vorsehung, wahrscheinlich ungewollt, wurde Oesterreich-Ungarn zur Ausgangsstätte des Krieges, der sich zum Weltkrieg auswuchs. Nun ist es die Ausgangsstätte des Weltfriedens geworden. Unermüdblich und zähe hat Kaiser Karl und sein Minister des Aeußern darum geworben und gerungen. Heute stehen sie an der Schwelle des geheiligten Zieles. Wenn zwei Männer sich beim Eintritt des Waffenstillstandes strahlendes Blickes die Hände reichen dürfen, so sind es Wilson und Kaiser und König Karl.

## Die Antwort an Wilson.

### Alldutsche Treibereien.

N Berlin, 11. Oktbr. (Priv.-Tel.) Unsere Antwortnote an Wilson geht heute noch nicht ab, weil sie erst dem Reichstag und dem Bundesrat mitgeteilt wird, damit diese Körperschaften sich dazu äußern können. Eine Verfassungsbestimmung zwingt nicht dazu, sie vorher den beiden gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, dieses Verfahren entspricht aber einer während des Krieges schon mehrfach geübten Praxis. Es entspricht dem Geiste einer Volksregierung, die mit den Gewohnheiten der geheimen Diplomatie bricht. Den Reichstag zu einer Plenarsitzung einzuberufen, erlaubt wohl die Zeit nicht, denn die Absendung der Note hat wirklich Eile. An Stelle des Reichstages tritt morgen der große Ausschuß und es ist in jeder Beziehung gut, wenn dort eine Aussprache über die Note erfolgt.

Das von uns mehrfach gekennzeichnete Mandat, die ersten Schritte unserer Friedenspolitik als den alleinigen Ausfluß der besonderen Friedensgesinnung oder, wie die Gegner sagen, der Schlaptheit der jetzigen Reichsregierung zuzuschreiben, geht nämlich weiter. Gewisse alldutsche Blätter unterdrücken konsequent die Tatsache, daß das Angebot von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen vom ersten Anfang an als Folgerung aus der militärisch-politischen Gesamtsituation unter Mitwirkung aller zur Leitung des Reiches obersten Instanzen, vor allen Dingen auch der Obersten Heeresleitung zustande gekommen ist und daß es niemals hätte zustande kommen können, wenn einer dieser Faktoren widersprochen hätte. Die Konservativen verkünden, daß ihre Fraktion dem Reichskanzler ihre schweren Bedenken gegen die Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson unterbreitet habe. Das klingt so, als ob andere leichtfertig gehandelt hätten. Die Konservativen werden Gelegenheit haben, im großen Ausschuß und später einmal auch im Reichstagsplenum ihre Bedenken darzulegen, und dann können ihnen noch einmal die Gründe auseinandergesetzt werden, deren zwingender Kraft sich die Reichsleitung im weitesten Sinne nicht hat entziehen können, und auch die Gründe dafür, weshalb wieder unter Mitwirkung der Obersten Heeresleitung eine entgegenkommende Antwort auf die Fragen Wilsons erteilt wird. Es ist nicht ehrlich, wenn alldutsche gerichtete Blätter jetzt bekammern: „Vom deutschen Volke wird verlangt, daß es sich nach vier Jahren unerhörter Siegestaten mit einem Endergebnis abfindet, das noch unter der Regierung des Grafen Hertling kein Mensch nur für denkbar gehalten hätte.“ Durch derartige über die Lage täuschende Sätze soll der Anschein erweckt werden, als habe sich die Situation erst geändert, nachdem an Stelle der Regierung Hertling die neue Regierung getreten sei. Diese neue Regierung zieht lediglich die Konsequenzen aus der Lage, die sie vorgefunden hat, und das muß immer wieder von neuem betont werden, um so mehr betont werden, da die Hauptvermittelungsstelle vaterländischer Verbände, vertreten durch den Admiral Grafen v. Audissin und den Professor Dr. Dietrich Schäfer einen Aufruf an das deutsche Volk erläßt, worin es heißt:

Unsere Feinde stellen Forderungen, die unseren politischen und wirtschaftlichen Tod bedeuten. Annehmen kann sie nur, wer die Meinung unserer Feinde teilt, daß unsere Widerstandskraft gebrochen sei. Wir rufen das ganze deutsche Volk, Männer und Frauen, zum Kampfe auf gegen diese Auffassung, aus der nicht der Geist unserer Vorfahren von 1813 spricht. Sie ist einer großen Nation unwürdig und schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Unsere Kraft ist nicht gebrochen, und unsere Front im Westen hält stand, wenn die Heimat fest und entschlossen hinter ihr steht. Nicht die Schuld unserer Selben, die vier Jahre lang unseren heimatlichen Boden schützten, wäre es, wenn uns ein so schimpflicher Frieden aufgezwungen werden sollte. Wir in der Heimat, die wir die Quelle ihrer starken Kraft sein müssen, wären die Schuldigen. Die äußere Front können wir vertrauensvoll unseren sieg- und anzugewandten Heerführern überlassen. Sorgen wir, daß auch die innere Front den Willen und die Herzen habe, im Geiste der Freiheitskriege zu handeln. In einem Reiche, das auf demokratischer Grundlage stehen will, hat jeder Volksgenosse das Recht und in dieser schweren Stunde die heilige Pflicht, in selbstloser Hingabe sich hierfür einzusetzen.

Auch das ist eine bewußt auf die Täuschung des angeordneten Volkes berechnete Darlegung der Lage. Gegen solche Täuschungen wird von berufener Stelle der Gefahren wegen, die sie in sich schließen, eingeschritten werden.

## Die bestellte Kundgebung im Berliner Tiergarten.

N Berlin, 11. Oktbr. (Priv.-Tel.) Mit offensichtlicher Geugnung versucht die alldutsche Presse, wie bereits gemeldet, die gestrige Demonstrationsversammlung am Hindenburgdenkmal im Tiergarten als eine spontane Kundgebung gegen die Friedenspolitik der neuen Regierung hinzustellen. Die „Deutsche Zeitung“ stellt den Hergang in folgender Weise dar:

Wie die Kundgebung zustande gekommen war? Nun, wie herbei eben zustande kommt und wie es vermutlich in den nächsten Tagen noch mehr als einmal zustande kommen wird! Denn schließlich, alle guten Geister haben uns ja doch wohl noch nicht verlassen! Vielleicht haben ein paar den Anfang gemacht. Wie es scheint, war es zuerst nur eine kleine Vereinigung, die sich zu dem Gange entschlossen hatte. Die anderen hatten sich dann zu ihnen gesellt, als sie merkten, um was es sich handelte: Leute aus allen Kreisen des Berlinertums, wie sie der Zufall zur Stelle geführt hatte, vornehme und einfache Leute, junge und alte, viele Frauen und Mädchen und besonders auch eine ganze Anzahl Feldgrauen und Offiziere. Die Polizei war von der Kundgebung offenbar überrascht worden, sonst hätte sie sie im Sinne der neuen Machthaber vermutlich unterdrückt. Es ging da sehr scharf her, und die demokratische neue Ordnung gönnt ja auch jedem die Freiheit seiner Ueberzeugung.

Demgegenüber stellt das „Berliner Tageblatt“ fest, daß diese Versammlung unter freiem Himmel durchaus nicht spontan, sondern wohl vorbereitet und organisiert war. Bereits am Nachmittag waren den Passanten in den Straßen und Plätzen des Westens von bezahlten Leuten Zettel in die Hand gedrückt worden, die zu der Kundgebung „Am Eisernen Hindenburg“ einluden. Auch handelte es sich keineswegs um ein paar Zufallsredner, sondern die Rollen waren sorgfältig verteilt. Zuerst sprach der Reichstagsabgeordnete Mumm, der eine Entschliebung empfahl, in der gegen die Preisgabe unserer Grenzgebiete Einspruch erhoben wird. Alsdann ergriff der Arbeitervereinssekretär Hüffer das Wort und schließlich sprach ein Pfarrer, Feldprediger Ungnad. Diese drei Reden wurden dann mit patriotischen Liedern umkränzt, aber die Resolution konnte von der sich nach dem Bericht der „Berliner Neuesten Nachrichten“ langsam und spärlich einfindenden Menge trotzdem erst angenommen werden, nachdem sich „ein paar jugendliche Protestler mißmutig entfernt“ hatten. In jedem Fall handelte es sich hierbei um eine wohl vorbereitete Versammlung unter freiem Himmel, wie sie bisher in den mehr als vier Jahren des Belagerungszustandes grundsätzlich verboten wurde.

Der Mitteilung der „Deutschen Zeitung“, daß die Polizei von der Kundgebung überrascht worden sei, steht das „Tageblatt“ mit einiger Stepsis gegenüber; es gibt der Vermutung Ausdruck, ob nicht die Herren Mumm und Genossen schon vorher der Billigung der Aufsichtsbehörden sicher gewesen seien, und erwartet, daß sich die Polizei nicht noch einmal von alldutschen Treibern „überraschen“ lassen wird. Wie dem auch sei, es verdient festgehalten zu werden, daß in dieser ersten, mancher unvorhergesehenen Entwicklung fähigen Zeit die erste Straßenkundgebung gegen die neue Regierung und ihre auswärtige Politik von den Alldutschen unter Führung des Reichstagsabgeordneten Mumm inszeniert worden ist.

## Konferenzen in Washington.

V Genf, 11. Oktbr. (Priv.-Tel.) Wie wir den Lhoner Blättern entnehmen, hat die „Associated Press“ gestern Abend aus Washington folgende offiziöse Mitteilung verschickt:

Präsident Wilson hatte heute Konferenzen mit General Marshall und Lansing. Man weiß, daß der Präsident be-

reit ist, zu handeln, sobald Prinz Max von Baden die von ihm gestellten Fragen beantwortet haben wird. Man muß sich darüber klar sein, daß der Präsident nicht die Absicht hat, sich mit Deutschland in eine Reihe von unfruchtbaren diplomatischen Unterhaltungen einzulassen.



## Ein Stern ist gefallen!

Ein Nachruf von Dr. Wolfgang Madsjara.

Wenn in lauer Sommernacht ein leuchtendes Meteor am Himmel dahinzieht und zuletzt an irgendeiner Stelle des schwarzblauen Firmaments verlischt, sagen die Menschen: Ein Stern ist vom Himmel gefallen. Und ein seltsames Gefühl von Wehmut ergreift sie. Denn sie erblicken in dem niedergleitenden Himmelswanderer ein Bild alles Irdischen.

Neuhliche Empfindungen befallen uns, wenn einer der Mächtigen der Erde, wenn ein Fürst von seinem goldenen Thron niedersteigt und aus dem Chor der Auserwählten, die über der Menge ihre Kreise ziehen, scheidet. Wenn ein Herrscher den Stab, in dessen Spitze so viel Macht zum Segen und Fluch ihren Sitz hat, aus der Hand legt und zurücktritt in die Reihen derer, die dem geheimnisvollen Brausen der Weltgeschichte nur mehr lauschen, ohne sie zu beeinflussen.

Ferdinand von Bulgarien ist vom Thron gestiegen, ist aus dem Rat der Völkerhirten geschieden. Nicht eine Krone, die er bequem als Erbe gewann und die er mühelos und in Frieden trug, weil nun einmal ein altes Gesetz sein Haupt mit ihr schmückte, hat er von sich getan; aus freiem Willen erwarb er sie und von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatte er sie vom neuen zu erringen, auf heißem Boden, inmitten eines Volkes, dessen Vertrauen er erst erobern mußte, umwoben von den zahllosen Intrigen, deren Sitz und Knotenpunkt der Balkan ist. Das Werk dieses Ringens, dieses Ehrgeizes, die lustige Krone, die man ihm geboten, zu schwerem, beständigem Gold umzuschmieden, war ein aufblühendes Land, war die Erziehung der Bulgaren zum Kulturvolk, waren reiche Segnungen, die sich in das wirtschaftliche und geistige Leben des halborientalischen, dem europäischen Fortschritt nicht allzu leicht zugänglichen Volkes ergossen.

König Ferdinand hat seine Sendung als eine hohe, verantwortungsvolle betrachtet, und wer Gelegenheit hatte, ihn näher zu kennen, kann und muß mit voller Wahrhaftigkeit bezeugen, daß er seinem Herrscherberuf die Ruhe und das Glück seiner Seele, seines Herzens geopfert hat. Schwer, unendlich schwer fühlte dieser Mann mit dem tiefen Bedürfnis nach Schönheit, nach der Einsamkeit und dem Frieden der Natur die erdrückende Last des Amtes, die auf seinen Schultern wucherte, die all seine Kraft und alle seine Gedanken für sich forderte. Ob er es nicht schon oft im Innersten bereut hat, im Rausch eines ehgeizigen Jugendtraumes die Hand nach dem schimmernden Raß ausgestreckt zu haben, den ihm das Schicksal verlockend entgegenhielt? Wir wissen es nicht. Aber es ist uns jedenfalls nicht erlaubt, seinen damaligen Entschluß als einen bloßen Ausfluß selbstlicher Eitelkeit aufzufassen. Seine ganze lange Regierung hat bewiesen, daß ihn der Drang, zu wirken, zu schaffen, aufzubauen, besaß und daß dieser Herrschaftlichkeit die irdischen, weltgeschichtlichen Aufgaben des Herrscherberufes als die ihrer Mannheit vorausbestimmten heiligen Pflichten erschienen, denen sie jeden Sonderwunsch der verlangenden Seele unterzuordnen hatte.

Und nun hat dieser Mann seine Sendung für abgeklungen erachtet; am Ende des ungeheuren Ringens, von dem der Boden Europas seit Jahren erzittert, überläßt er anderen Händen den Pflug, mit dem er so lange die Furchen für fruchtbare Aussaat gezogen. Er tritt ab, weil ihn die Stürme, die über die Erde rasen, offenbar in eine andere Bahn getrieben haben, als er sie sich vorgezeichnet hatte, und weil es für ihn, um sich aus dem Schwall widerstreitender Forderungen und zwiespältiger Rücksichten zu retten, keinen Ausweg mehr gab als den, sich selbst zum Opfer zu bringen. Wohl stünde er, nach den geläufigen Ehrbegriffen, für die Welt menschlich größer da, wenn er dieses Opfer gebracht hätte, bevor er den Abfall von den Bundesgenossen mit seinem Namen deckte, und wenn er, falls dieser Schritt unvermeidlich war, ihn seinem Nachfolger überlassen hätte. Aber auch hier, und besonders hier vor der Bühne der Postul, auf der sich, trotz allem Widerspruch, doch immer noch alle entscheidenden Vorgänge hinter den Kulissen abspielen, ist das Warnungsruß Gebot: „Nichtet nicht!“ Erst spätere Zeiten werden klarer sehen und werden berufen sein, über Ferdinand von Bulgarien zu urteilen. Für uns ist er eine tragische Gestalt, die dieses Ende nicht verdient hätte. Und wenn er nun in die geliebten Wälder seiner Heimat zurückkehrt und verlorene Vogelstimmen durch die herbstlichen Baumkronen irren hört, und wenn er dann aus seinem Herzen die Weisheit seiner Jugend hervorholt, die ihn lehrte, der Böse! Sprache zu verstehen, dann mag ihm, was dazwischen lag, als ein wahrer, qualender Traum erscheinen und er selbst als eine Schachfigur, mit der die Hand eines unsichtbaren Spielers spielte, bis es diesem beliebte, sie matt zu setzen!

### Ententeerörterungen über die Räumungs- forderungen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 13. Oktober.

Nach Pariser Meldungen hatte die in der vorigen Woche in Paris abgehaltene Entente-Konferenz den Anschluß Oesterreich-Ungarns an die Erklärungen Deutschlands mit Sicherheit vorausgesehen und demgemäß die allgemeinen Linien sämtlicher Räumungsforderungen festgestellt. Wilson, der schon in Kenntnis dieser Forderungen sei, werde seine Antworten an Berlin und Wien danach einrichten, und, wie „Matin“ meint, Deutschland unangenehm überraschen. Clemenceaus „Homme Libre“ führt aus, man dürfe Hochs höchst wichtige Operationen um Saint Gobin und die Ailettehöhen nicht vorzeitig unterbrechen. Dagegen bekräftigt die linksseitige Presse die Auffassung, die Kriegsfortsetzung wäre unter den gegenwärtigen Umständen ein allgemeines Unheil.

Aus einem Pariser Stimmungsbild des „Journal de Genève“ erhellt, daß Wilsons Antwort an die

Mittelmächte scharf umschriebene, nicht diskutierbare Waffenstillstandsbedingungen für alle Fronten enthalten werde.

Das „Journal des Debats“ meldet, daß die Deutschen ihre Truppen auch aus Finnland zurückziehen sollen.

## Die Antwort auf die Wilson-Note und die Räumung der besetzten Gebiete.

Wien, 14. Oktober.

Als erste Abbauaktion des Krieges gilt die Räumung der besetzten Gebiete. Die Monarchie hat vier besetzte Gebiete: Serbien, Italien, Rumänien und die Ukraine. Die Räumung dieser Gebiete ist bereits zugestanden worden und schon dieser Umstand läßt es begreiflich erscheinen, daß man nicht mehr die Absicht hat, auf jenem Boden große Kampfhandlungen vorzunehmen, den man ja ohnedies freiwillig räumen und dort weitere Menschenleben nicht opfern will.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus erledigt sich die Zurückziehung unserer Truppen aus Albanien, Montenegro und Serbien von selbst. Risch ist bereits dem Gegner überlassen worden. Allerdings kann der Abbau nicht so schnell vor sich gehen, wie man sich möglicherweise vielfach vorstellen mag. In allen diesen Gebieten hat die Monarchie Millionenwerte investiert. Gerade auf dem serbischen und auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz sind mit großem Kapitalaufwand wertvoll kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen getroffen, Fabriken und sonstige industrielle Betriebe errichtet oder wieder instandgesetzt worden, und es erscheint natürlich, daß man diesen Besitzstand nicht als solchen ohne weiteres dem Gegner überlassen kann. Es wird sich darum als nötig erweisen, Bedingungen aufzustellen und eine Einigung zu erzielen.

Was den italienischen Kriegsschauplatz anbelangt, so sind die letzten Kämpfe daselbst wohl nur eine Pressfrage. Die Italiener haben bis jetzt gegenüber unserer Front gar nichts erzielt und die letzten Kämpfe sollen nur dartin, daß die Italiener, trotzdem die Friedensstimmung auch bei ihnen immer mehr die Oberhand gewinnt, doch noch etwas erreichen möchten. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, uns auch nur einen Fußbreit Boden zu entreißen. Sehen doch unsere tapferen, heldenhaften Truppen, die in Kenntnis der Friedensaktion sind, dem Italiener den gleichen siegreichen Widerstand entgegen wie bisher.

Die Besetzung Rumäniens hat einen anderen Charakter. Sie hat die Aufgabe, die Bedingungen des Friedens zu sichern. Hier spielt auch die Frage der Rohstoffversorgung eine wichtige Rolle und auch hier erfordert die Räumungsfrage Zeit.

Anderes liegt die Frage bezüglich der Ukraine. Die Ukraine ist nach dem Selbstbestimmungsrecht ein vollkommen selbständiger Staat. Wir sind von der ukrainischen Regierung gebeten worden, ihr zur Sicherung des Landes Truppen zur Verfügung zu stellen. Hat man uns doch auch den Vorwurf gemacht, daß wir für unsere Ernährungsverhältnisse zu spät nach der Ukraine gegangen sind. In der Ukraine kann man also nicht von einer Besetzungarmee sprechen, und die eventuelle Zurückziehung der Truppen ist eine Frage, die zwischen der Ukraine und Oesterreich-Ungarn, beziehungsweise Deutschland bereinigt werden muß.

## Die Friedensfurcht der Chauvinisten

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Genf, 13. Oktober.

In der ultrachauvinistischen Pariser Presse macht sich noch wie vor die große Furcht vor dem Frieden bemerkbar. Der Friede, setzt das „Journal“ in fetten Buchstaben an die Spitze des Blattes, kann unvermutet ausbrechen (éclater). Sind wir bereit? Nichts zeigt deutlicher die Besorgnis der Jusqu'aboutisten, die Unterhandlungen mit Wilson könnten zu einem glücklichen Ende führen, und deshalb fahren sie fort, die Demokratisierung Deutschlands als eine bloße Komödie hinzustellen. Man will, noch ehe die Antwort auf die letzte Note Wilsons bekannt ist, ihr jeden Wert nehmen, indem man sie als eine Scheinlungung des deutschen Volkswillens und daher als völlig wertlos bezeichnet. Die in den letzten Tagen in Deutschland ausgeführten Reformen, so schreibt das „Journal“, bedeuten gar nichts. Die Vorherrschaft des Säbels in Deutschland ist unbesiegt und mit dem Kultus der Macht verbunden. Deshalb können wir nicht an die Bekehrung Deutschlands glauben und müssen unsere unerläßlichen Vorsichtsmaßregeln ergreifen.

Wie un bequem die Verhandlungen mit Wilson den Chauvinisten sind, zeigt auch das „Echo de Paris“: „Was Amerika anbetrifft, so lesen wir mit Vergnügen die Kommentare der dortigen Zeitungen. Sie verbergen nicht, daß sie die von Wilson früher befolgte Methode derjenigen von heute vorziehen. Sie warnen vor den Gefahren einer Unterhaltung, die sich verlängern könnte, sie sprechen sich gegen das Festsitzen aus und bestehen auf dem vollständigen Sieg. Wir hoffen, daß in wenigen Tagen die Zentralmächte ihrer Verzweiflung überlassen werden.“

Der „Matin“ schreibt: „Wenn sich das deutsche Volk einbildet, daß es den Folgen der Verbrechen, die es während der vier Jahre begangen hat, durch Versprechungen, Reformen oder Personalwechsel entgehen kann, so wird das Erwachen aus diesen lobhaften Illusionen sehr schmerzlich sein. Die gerechte Untersuchung, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten geführt wird, ist ein Zeichen der ernsten Beschlüsse, die er fassen wird, im Falle Deutschland Winkeltüge machen möchte. Die absolute Festigkeit der im Senat gehaltenen Reden, der Wille, der sich überall in Frankreich und in den übrigen Ländern der Entente kundgibt, ernste Garantien zu verlangen, die Haltung der ganzen Bevölkerung, die jedes bei uns konstatieren kann, sind Zeichen, daß das Deutsche Reich für die begangenen Missetaten zu bezahlen muß, und daß kein Ausweichen möglich ist vor der Gerechtigkeit, welche die Nationen belebt.“

Der „Temps“ sagt: „Unter dem Druck der Niederlage zentralisiert sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn löst sich in eine Föderation auf. Wenn diese doppelte Entwicklung fortbauert, sind die Aussichten für die Zukunft folgende: Neben einem zu einem stärkeren Block als je zusammengeschnittenen Deutschland, in dem die Sozialdemokratie alles erdrückt wird, was dem Militarismus entronnen war, werden die übrigen mitteleuropäischen Staaten ein Mosaik bilden, in dem es ständig Reibereien und Verwicklungen geben wird: Magyaren, Tschecho-Slowaken, Südslawen, Rumänen, Deutsch-Oesterreicher, Polen, Ukrainer, Bulgariner und Bessaraber werden einen Ueberbalkan bilden, welche Gelegenheiten hätten sich da für ein übergeeinigtes Deutschland (allomagne superunifiée). Wir hoffen, führt der „Temps“ ferner aus, Wilson erkennt den Ernst dieser Zukunftsaussichten. Frankreich weiß, wie sehr Umwälzungen in Mitteleuropa es unmittelbar angehen und muß infolge des ständigen gemeinschaftlichen Handelns Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Vorsorge treffen. Es wäre eine widerspruchsvolle und äußerst gefährliche Politik, wenn man gleichzeitig die Befreiung der slawischen Nationalitäten und die Vereinheitlichung der deutschen Staaten begünstigte. Stellt man den Grundsatz auf, daß das Recht der Nationalitäten zu achten ist, so ist es unzulässig, Bayern, Sachsen oder gar die Deutschen Oesterreichs unter die Walze der preussischen Sozialdemokratie zu bringen. Wenn man Polen, Tschechen und Südslawen für frei erklärt, so darf man neben ihnen dieses ungeheure Unterdrückungswerkzeug nicht bestehen lassen, das ein überzentralisiertes Deutschland bilden würden. Die Demokratisierung Deutschlands bietet keine genügende Bürgschaft dafür, daß die Nachbarn Deutschlands in Zukunft ruhig leben können.“

### Neutrale Stimmen.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

os Amsterdam, 13. Oktober.

Die in ganz Holland mit höchster Spannung erwartete Antwort an den Präsidenten Wilson traf im Haag spät abends ein und wurde in den Theatern, Lichtspielhäusern und durch Extrablätter verkündet. Die Antwort rief eine freudige Stimmung hervor. Noch nach Mitternacht waren die Cafés gegen die Gewohnheit Haags übervoll und die Straßen voller diskutierender Gruppen. Soweit heute Kommentare vorliegen, scheint die holländische Presse Deutschlands Entgegenkommen größer zu finden, als man zu hoffen wagte. „Baderland“ schreibt, die Antwort bedeute die unumwundene Annahme der Bedingungen Wilsons, der nun hoffentlich den Bundesgenossen einen Waffenstillstand vorgeschlagen werde. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ lobt Form und Inhalt der Note. Sie seien sehr glücklich gewählt. Auf alle Fragen Wilsons sei ein unzweideutiges Ja erfolgt. Selbst in der Waffenstillstandsfrage gehe Deutschland so weit, daß man ehrlicherweise nicht mehr erwarten konnte. „Maasbode“ nennt die Antwort kurz, sachlich und von demselben Geiste eingegeben, von dem auch Deutschlands ersties Friedensangebot durchdrungen war. Nieuws van den Dag“ schreibt: „Man war bereits ziemlich optimistisch geworden, ohne sich über den Grund hierzu Rechenschaft zu geben. Soviel jedoch hat man kaum erwartet. Keine Rückfrage nach näheren Erläuterungen, kein Zögern, keine Drohung für den Fall, daß von Deutschland etwas Unmögliches verlangt werde.“ „Dies ist noch nicht der Friede“, fährt das Blatt fort. „Wilson hat gesagt, daß die Centralmächte erst die besetzten Gebiete räumen müßten, und eine Warnung ist vielleicht angebracht. Denn von gewisser Seite wurde zu erkennen gegeben, daß die Abschließung eines Waffenstillstandes eine militärische Angelegenheit und keine politische ist.“ In diesem Zusammenhang weist das Blatt auf die kürzlichen Reden in den Entente-Ländern und die Aufregung hin, die durch die jüngsten U-Boot-Ereignisse hervorgerufen wurde, glaubt aber, daß, wenn Wilson im eigenen Land die Macht in seiner Hand zu halten vertritt, die Verbündeten ohne ihn den Kampf nicht fortsetzen können.

ac Kopenhagen, 13. Oktober.

„Berlingske Tidende“ schreibt zu Deutschlands Antwort: „Die Antwort enthält ein weitgehendes Entgegenkommen. Sie ist klar und unzweideutig. Aber die uns alle interessierende Frage, ob der Friede bald kommt, kann nicht direkt bejaht werden. Es werden viele Tempel eintreten. Wir dürfen nicht vergessen, daß von Anfang bis Ende tausend Gefahren den Friedensweg umlauern. Doch man darf sicher annehmen, daß der Friedenswille, den Deutschland durch seine Antwort an den Tag legte, von nun ab zum Frieden führen wird.“

„Socialdemokraten“ meint sehr optimistisch: Diese Antwort muß den Weltfrieden bedeuten. Sie enthält ein reines und klares Ja auf Wilsons Fragen. Ist erst der Waffenstillstand geschlossen, dann wird es fast unmöglich sein, den Krieg weiterzuführen. Natürlich werden viele Schwierigkeiten bei der Waffenstillstandsdurchführung und den Friedensverhandlungen entstehen. Wer soll Rußland auf dem Weltfriedenskongress vertreten, da die Sowjetrepublik nur von den Mittelmächten anerkannt ist? Aber prinzipiell muß man den Frieden als gelöst ansehen. Die Menschheit wird heute befreit aufatmen.“

## Die Friedensbesprechungen mit Wilson.

### Der Friedensvorschlag Deutschlands.

Die Mittelmächte unter Führung Deutschlands haben die Bedingungen Wilsons für den Frieden angenommen. Die Presse der Entente faßt diesen Schritt allgemein als das Zugeständnis der Niederlage auf. Wenn man in Betracht zieht, daß das deutsche Heer auf der ganzen Westfront in allgemeinem Rückzug begriffen ist, so wird man dieser Auffassung kaum viel entgegensetzen können. Trotzdem ist es falsch, anzunehmen, das deutsche Heer befinde sich auf einem Rückzug, der vollständig unter dem Zwang des Gegners erfolge. Der deutsche Rückzug ist keine Flucht, sondern ein strategisches Manöver, dem die Hauptzugrunde liegt, das Heer in rückwärtigen Stellungen Widerstand leisten zu lassen. Die Tatsache, daß das deutsche Heer fast täglich Tausende von Gefangenen verliert, hat mehr als alle Zeitungsnachrichten gezeigt, daß ein Widerstand in der Hindenburglinie nicht mehr möglich war. Die tieferen Gründe entziehen sich heute noch unserer Kenntnis. War es der Mangel an Nahrung oder Munition, war es die Erschöpfung und das Fehlen von Reserven, war es vielleicht sogar Unlust und Widerwillen im Heer gegen weitere Kämpfe? Wer kann das heute sagen? Wir hatten vor einigen Wochen im Vorgefühl, daß es im Westen schlecht stehe, gefragt, ob nicht die Zeit gekommen sei, das russische Geschäft gänzlich zu liquidieren und alle dort stehenden Kräfte nach dem Westen zu werfen. Heute greift die deutsche Heeresleitung nun doch zu diesem Mittel, aber freilich reichlich spät.

Bei den Gegnern kann man heute zwei Gruppen unterscheiden. Die Franzosen möchten nun gerne den weichenden Gegner noch recht an Leib und Gut schädigen, seinen Ruhm demütigen und in Racheakten schwelgen. Am liebsten wäre es ihnen, wenn ihnen die Bundesgenossen dazu helfen würden, den Krieg nach Deutschland selber hineinzutragen und dort à la Mésac zu hausen. Allein die andere Gruppe hat gar kein Interesse daran, solche perverse Gelüste zu befriedigen. England hat alles erreicht, was es sich vorgesetzt. Es hat Palästina, Syrien, Mesopotamien und Persien eingesteckt, samt den deutschen Kolonien. Es ist völlig satt geworden und hat kein Interesse daran, den Gegner zu malträtieren. Ebenso denkt Amerika nicht daran, seinen humanen Ideen durch eine derartig unmenschliche Handlungsweise das Genick zu brechen. Es ist deshalb anzunehmen, daß Wilson dem Vorschlag Deutschlands zur Einsetzung einer Kommission für den Rückzug entsprechen werde. Denn es ist klar, daß ein Auseinanderziehen der beiden Armeen in geordneter Weise stattfinden muß, wenn nicht Störungen aller Art das Manöver hindern sollen. Es wird sich wahrscheinlich auch um Festsetzung einer Demarkationslinie handeln, wie sie einst gegenüber der Armee Chanzy's praktiziert wurde. Dann erst kann von Waffenstillstand und Friedensverhandlung die Rede sein.

Die Welt hat nun den ersten Friedensauch verspürt und es ist kaum anzunehmen, daß eine Kommission, eine Friedenskonferenz, die zum Zweck, einen ewigen Völkerfrieden zu schaffen, zusammentritt, dazu mitwirken sollte, den Weltkrieg von neuem aufflammen zu lassen. Man wird sich also verständigen müssen und da müssen alle übertriebenen Forderungen, wie sie sich heute in der extremen Presse geltend machen, vor der Vernunft zurücktreten. Niemand kann heute sagen, wie stark Deutschland noch ist, wenn man ihm den Fuß auf den Nacken zu setzen versuchen sollte. Der Einsichtige aber wird nicht umhin können, daran zu denken, daß ein völlig gedemütigtes, in seinem Stolz verletztes Deutschland jedenfalls keine Garantie für ewigen Frieden sein werde. Und Frankreich insbesondere darf man in Er-

innerung rufen, daß, wenn einmal die Amerikaner und Engländer wieder heimgegangen sind, es dann allein auf dem Kontinent mit einem starken, verbitterten Gegner leben wird, der gegen Frankreich die gleichen Gefühle hegen würde, wie Frankreich seit 1870 gegen ihn. Wie unter diesen Umständen ein ewiger Völkerfriede aussehen würde, ist uns recht unklar. Wer wirklich diese Hoffnung ehrlich hegt und ihr zur Verwirklichung verhelfen will, der wird alle Träume von Vergewaltigung aufgeben müssen, um durch gegenseitige Zugeständnisse, durch gerechte Abwägung aller Verhältnisse jedem Volke die Möglichkeit zu geben, ohne Groll und Rachegefühl in einem solchen Völkerbund des Friedens zu leben. Völker, deren Ehre man verletzt, werden schlechte Friedensgenossen sein. Das dürfte Herr Wilson und vielleicht auch England begreifen. Wir sehen deshalb den Verhandlungen mit einer gewissen Ruhe und Zuversicht entgegen und glauben an die Möglichkeit, daß um Weihnachten herum die Völkersehnsücherei beendet sein wird.

## Die Friedensbesprechungen mit Wilson.

Asquith zur Friedensfrage.

London, 17. Okt. (Havas.) Asquith sagte in einer Ansprache im liberalen Klub, daß der feindliche Widerstand gebrochen sei. Die Kriegsziele werden erreicht werden, wenn wir nicht freiwillig und blindlings denselben entsagen. Er sagte, daß die Friedensvorschläge ernst gemeint sind, in dem Sinne, daß sie von Deuten ausgehen, die, indem sie sie nicht an die europäischen Alliierten, sondern an unseren amerikanischen Verbündeten richten, hofften, zwischen uns Uneinigkeit und wenn möglich Eifersucht zu säen. Wir können darauf nur erwidern, daß dieses Vorgehen ein neues Beispiel für die chronische Unentschiedlichkeit der deutschen Diplomatie ist. Niemand ist berechtigter als Wilson, der Wortträger unserer gemeinsamen Sache zu sein. Die beiden Antworten Wilsons auf die deutschen Noten enthalten gerade das, was die Umstände verlangen und erlauben keine dialektische und rhetorische Ausrede. In bezug auf die letzte Note Wilsons hob Asquith die Wichtigkeit und Gerechtigkeit der darin gestellten Bedingungen hervor. Es ist unmöglich, mit einem Feind zu verhandeln, der mit voller Absicht den „Leinster“ versenkte, der Städte und Dörfer in Frankreich und Flandern zerstörte und der gegenüber den Gefangenen ungläubliche Grausamkeiten beging. Asquith schloß mit den Worten: Wir müssen sicher sein, daß die Regierung, die uns zu Verhandlungen einladet, nicht der frühere Militarismus in einer Verkleidung ist. Das ist die große Frage. Die Antwort kann nur durch das deutsche Volk gegeben werden.

Wilson und seine amerikanischen Gegner.

Berlin, 17. Okt. (Wolff.) Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt redaktionell unter der Ueberschrift: Präsident Wilson und die öffentliche Meinung in Amerika: Die Rolle eines Schiedsrichters, die Wilson in der Entente und nach der Lage der Politik in der Welt spielt, hat die Vorstellung hervorgerufen, daß er in seinen Entschlüssen unbedingt frei und an nichts anderes gebunden sei, als an sein eigenes Urteil und Gewissen. Es ist jedoch fraglich, ob das Bild eines nur aus eigener Erkenntnis schöpfenden Weltensrichters historisch zutreffend ist. Bei näherer Betrachtung der politischen Verhältnisse Amerikas könnte man zu einigen Einschränkungen dieser Vorstellung gelangen. Nach Art. 2, Absatz 2 der amerikanischen Verfassung, ist dem Präsidenten der Senat, das Oberhaus des amerikanischen Kongresses, beigeordnet, wenn es gilt, Verträge mit fremden Mächten zu schließen, und zwar ist für die Ratifikation von Verträgen eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren erforderlich. Wilson muß also für seine Friedenspolitik in erster Linie den Senat mit in Rechnung stellen. Nun liegen die Parteiverhältnisse in dieser Körperschaft gegenwärtig so, daß die Demokraten, die Partei Wilsons, nur eine schwache Mehrheit haben, denn das ehemalige Verhältnis, 56 Demokraten und 40 Republikaner, hat sich noch etwas zu Ungunsten der Demokraten verschoben. Am 4. März des nächsten Jahres scheidet verfassungsgemäß ein Drittel der Gesamtzahl, also 32 Senatoren, aus. Die Neuwahlen für diese finden am 5. November d. J. statt, stehen also dicht vor der Tür. Mit diesem neuen Senat hat Wilson also vielleicht den Frieden zu ratifizieren und es ist klar, daß ihm dieser Umstand einige Rücksicht auf die in dieser Körperschaft vertretenen Strömungen auferlegt. Nun ist es Herrn Wilson zwar gelungen, entgegen der ursprünglich vorhandenen Stimmung, das ganze Land für seine Kriegspolitik zu sammeln, in der Friedensfrage jedoch hat sich die republikanische Minderheit des Senats am 23. August d. J. fest er-

klärt. Ihr Sprecher ist Henri Cabot Lodge. Dieser „greut old men“ der republikanischen Partei hat den Friedensideen Wilsons, also seinen 14 Punkten, seine konkreten 10 Friedensbedingungen entgegengestellt, die nichts anderes bedeuten, als einen auf deutschem Boden diktierten Gewaltfrieden. Nach ihnen soll u. a. Elsaß-Lothringen bedingungslos an Frankreich zurücksallen, die von Rußland getrennten Provinzen sollen mit Rußland vereinigt und Konstantinopel Freihafen sein. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Wilson und seine Partei in schwerem Kampfe gegen diese populären Bestrebungen stehen. Zur Seite treten ihm vor allem die Hearstblätter, die sich schon seit den ersten Tagen des Krieges durch bemerkenswerte Besonnenheit auszeichneten und die Wilson noch kürzlich gegen Roosevelt in Schutz nahmen. Wilson hat durch seine erste Note gezeigt, daß er auch in der Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich zunächst nicht von der Richtung Lodges und den sie unterstützenden Stimmungen zu einem brutalen Zuschlagen der Friedenstür hinreißen zu lassen. Das beweist die erste Note. Dagegen scheint es unverkennbar, daß Wilson in der zweiten Note es für notwendig befunden hat oder für nötig befunden mußte, der Stimmung weiterer amerikani-

scher Kreise Rechnung zu tragen, die aus dem Uebermut eines in der Vergrößerung gesehenen Sieges geboren ist. Ob sich Wilson nur taktisch von dieser Richtung hat beeinflussen lassen oder ob sie dauernd Tun und Verhalten der amerikanischen Politik beeinflussen wird, muß sich im weiteren Verlauf des Friedensgespräches herausstellen.

### Die Slowaken und die Tschechen.

Von Ludwig Steier (Budapest).

Die tschechische Suggestion eines angeblich einheitlichen tschecho-slowakischen Volkes ist in der Entente-Prese, sowie auch in der Schweiz aufgetommen. Man will aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Ober-Ungarn einen slawischen Staat als Bollwerk gegen das Deutschtum errichten. Das würde aber nichts anderes bedeuten, als die Vernichtung des slowakischen Volkes, das individuelle Kultur und Sprache und einen eigenen Volksgeist besitzt. Es handelt sich da einfach um ein Annerions-gelüste gierigster Sorte, wodurch ein Volk geopfert werden soll, während man der Welt verkündet, man wolle unglückliche Brüder retten.

In Wahrheit hegen die Slowaken keine Sympathie für die tschechische Politik und kämpfen im Gegenteil seit langer Zeit gegen jegliche Art der Tschechisierung. Als Josef Surban (1872) den Slowaken zurief: „Wir sind Slowaken und Slowaken wollen wir auch bleiben, wir wollen einander nicht verlassen und wollen nicht in der tschechischen Sprache untergehen!“ — erklärten die Tschechen den Slowaken einen erbitterten Kampf. Bis zur Gründung der slowakischen Literatursprache war die slowakische Sprache jeder Entwicklungsmöglichkeit beraubt, obschon ihre Volksdichter die schönsten Lieder sangen. Die Sprache der Tschechen wurde der slowakischen Nation erst durch die Bibeln und Gesangbücher der Reformatoren aufgedrungen. Religiöser Konservatismus und das Fehlen an Freiheitsinn waren die Ursache, daß diese Bücher in der Fremdsprache blieben, ohne daß das Volk sie verstehen mochte oder konnte.

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann der katholische Klerus die Fremdsprache zu verdrängen. Der Führer der Bewegung war Ludwig Steier. So entstand eine junge slowakische Literatur zwischen 1830 und 1850. Neben Steier arbeiteten Josef Surban und Michael Hodza. Sie begingen zwar manche politische Fehler; aber dies rührte hauptsächlich von einer gewissen Ungeheultheit und Isoliertheit dieser Männer und der Kurzsichtigkeit der österreichischen und ungarischen Politik her. Ihr großes Verdienst ist es, daß sie den Angriff der Tschechen zurückgewiesen und die slowakische Sprache zur Geltung gebracht haben. Damals gab die tschechische Museums-gesellschaft (1845) eine Streitschrift heraus, die der slowakischen Literatursprache den Krieg erklärte, die eine derbe Hirten-sprache genannt wurde. Während der Zeit des Absolutismus, in den fünfziger Jahren, gelang es den Tschechen, den Slowaken in ihren Bestrebungen viele Hindernisse in den Weg zu legen. Dann kam der österreichisch-ungarische Ausgleich (1867) und damit die Befreiung für die Slowaken. Jetzt entfalteten die slowakischen Dichter und Literaten eine rege Tätigkeit und schufen viele schöne Werke von dauerndem Werte. Alle arbeiteten gegen den fremden tschechischen Einfluß in der Sprache. Voll und schön entfaltete sich ihre Selbständigkeit und ihr Selbstbewußtsein stieg. Leider waren die Führer der Bewegung zu idealistisch angelegt und verloren bald den Kontakt mit dem Volke. Sie wurden von den Tschechen zur Seite ge-

schohen und nun ergriffen jene tschechischen Kreise in Prag die Führung, die auf Herrn E. Massaryk schwören. Immerhin darf gesagt werden, daß die Richtung Massaryk keinen tieferen Eindruck auf das slowakische Volk machte, obschon sie mit demokratischen Schlagworten arbeitete und überall tschechische Wörter einmischte. Die Oberflächlichkeit und der politische Leichtsinn der Leute um Massaryk führte allmählich zu einer starken Abneigung des slowakischen Volkes. Die tschechischen Zeitschriften und Zeitungen konnten im slowakischen Volke nicht Wurzel fassen und die Tschechenfreunde sahen schon vor dem Ausbruch des Krieges ihren völligen Mißerfolg kommen.

Im Kriege bezeugte das slowakische Volk seine unerschütterliche Vaterlandsliebe. Die slowakischen Soldaten kämpften tapfer und aufopfernd für den König und für Ungarn. Jene tschechische „Deklaration“ erhielt trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der jung-tschechischen Presse nicht einmal eine Antwort von slowakischer Seite. Wohl rufen die Tschechen täglich: Komm', Brüderchen, komm'! Aber das Brüderchen wendet ihnen gänzlich den Rücken und bedauert jene wenigen slo-

wakischen Männer, die sich von den Schmeicheleien der Tschechen verblenden ließen.



15./X. 1918

## Kundgebung zum Friedensangebot.

**Ausprache des Bürgermeisters Dr. Richard Zeiskirchner in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 9. Oktober 1918:**

Mehr als 18 Monate sind seit dem denkwürdigen Tage verstrichen, da der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung in diesem Saale die Bestrebungen unseres Ministers des Äußern einhellig und herzlichst begrüßte, die dahin gingen, es sollen die Kriegführenden auf dem Boden der Gerechtigkeit Verhandlungen zur Erzielung des Friedens einleiten. Und unvergessen bleiben uns die Worte des Grafen Czernin, mit welchen er sein menschenverehrendes Programm von dem Aufbau einer neuen Weltordnung, dem allgemeinen Völkerbund, dem internationalen Schiedsgericht und der allgemeinen Abrüstung entwickelte.

Mit voller Zustimmung begrüßen wir heute den neuerlichen, gemeinsam mit den Verbündeten gemachten Vorschlag der f. u. f. Regierung zur Vorbereitung des Friedens.

Der Friede, den die Völker sehnsüchtig erhoffen, soll, damit er nimmer von den Menschen weiche, das Recht und die Gerechtigkeit bringen für alle Länder und Völker.

Auf dem Boden der Gerechtigkeit soll ein neues Oesterreich mit freien Völkern erblihen und seine Mission im Völkerbunde erfüllen.

Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Weltprinzip erhoben wird, dann wollen wir Deutsche in Oesterreich dieses Recht, das alle anderen Nationen für sich begehren, auch für uns voll und ganz in Anspruch nehmen. Wir rechnen nicht mit der Vergangenheit, unser Blick ist mit ernster Entschlossenheit nach der Zukunft gerichtet, die mehr denn je die Einigkeit aller Deutschen in Oesterreich verlangt.

Und so darf der Gemeinderat der Stadt Wien als Vertreter des größten deutschen Gemeinwesens der Monarchie in diesen hochernsten Stunden nicht verfehlen, an die Deutschen in Oesterreich die dringende Mahnung zur Einigkeit zu richten. Der Gemeinderat gibt der Erwartung Ausdruck, daß sich alle Deutschen Oesterreichs in fester Geschlossenheit zusammenschließen und selbstbewußt und mit Zielsicherheit die Geschichte des deutschen Volkes in Oesterreich in die Hand nehmen.

Eine neue Welt steht vor uns, wenn der Friede seine Tore öffnet; mögen dann die Opfer und Leiden unseres Volkes ihr Ende gefunden haben!

**Die Juden und der Friede.****Massenversammlung im Konzerthaus.**

Gestern abends fand im großen Konzerthausaal eine jüdische Volksversammlung statt, die den innen- und außenpolitischen Forderungen der völkisch empfindenden Juden Oesterreichs für den Frieden Ausdruck verlieh. Der Andrang war ein derart großer, daß zahlreiche Späterkommende keinen Einlaß mehr finden konnten. Die Veranstaltung fügt sich in eine Reihe von Kundgebungen, in denen die Juden nahezu aller europäischen Länder und der Vereinigten Staaten ihre Forderungen nach völkischem Wiederaufbau an den Friedenskongreß richteten.

Als erster Redner sprach Adolf Böhm. Er forderte die Anerkennung der Juden als Nation und ihre Zulassung zum Friedenskongreß wie zum Völkerbund, ein Verlangen, dessen Erfüllung von den Verbandsstaaten bereits vorgesehen wurde. Dem Friedenskongreß verlangen die Juden aller Länder Palästina als Heimstätte — nicht als selbständigen Staat, wie es die Volksmeinung sich vorstellt. In der neuen Heimat müsse Grund und Boden, als Gemeineigentum des ganzen Volkes behandelt, gesündere und vorgeschrittenere soziale Zustände mit sich bringen, als die sozial rückständigen Länder der Alten Welt sie aufweisen.

Abg. Reizes gab als nächster Referent im Namen der radikaldemokratischen Partei Galiziens die Versicherung, seine Partei werde den Kampf der Juden um ihre völkische Anerkennung mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln unterstützen.

Staatsbahnrat Stricker sprach die Hoffnung aus, daß es der Welt erspart bleiben werde, durch die Zertrümmerung der Monarchie auf dem Boden des Donauraumes einen noch fürchterlicheren Herd der Unruhen entstehen zu sehen, als es bisher der Balkan war. Wenn die Juden ihr Recht in Oesterreich bisher nicht finden konnten, liege es an jenen Juden, die sich als Vorkämpfer anderer Völker aufspielen und damit jene Völker und ihr eigenes betrügen. Erst vor wenigen Tagen habe Dr. v. Loewenstein den Kaiser untruth über die Wünsche der Juden informiert, deren Mandatar er nicht sei. Einzelne reiche Juden der bürgerlichen Gesellschaft suchten den jüdischen Volksbegriff, der in den großen Massen lebendig ist, zu verleugnen, um ihre gesellschaftliche Stellung nicht zu gefährden, und hätten so die große Masse im Elend versumpfen lassen. Stürmische Rufe gegen Dr. v. Loewenstein unterbrachen mehrere Male den Redner.

Es sprachen noch Adolf Stand, Dr. Oskar Thon aus Krakau und namens der jüdisch-sozialistischen Arbeiterschaft Mendel Singer, worauf die Versammlung eine Resolution beschloß, in der es unter anderem heißt:

In Uebereinstimmung mit dem von allen kriegsführenden Mächten proklamirten Grundsatz der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker fordert das zu neuem nationalen Leben erwachte jüdische Volk, daß es als gleichberechtigte Nation in der Gemeinschaft der Völker anerkannt werde und eine Vertretung beim allgemeinen Friedenskongreß zuerkannt erhalte. Vor dem Weltforum fordern wir für das jüdische Volk: 1. eine nationale Heimstätte in Palästina; 2. nationale Rechte in allen Ländern, wo Juden leben. In Oesterreich verlangt das jüdische Volk gemäß den eben ausgesprochenen Grundsätzen sofortige Anerkennung als Nation und Gewährleistung seiner nationalen Rechte. Die jüdische Nation in Oesterreich fordert Beteiligung zur Mitwirkung beim Umbau Oesterreichs.

## Wilson's neue Bedingungen für den Waffenstillstand.

### Eine Meldung Reuters aus Washington.

London, 15. Oktober. (T. A.)

Reuter meldet aus Washington vom 14. d.: Präsident Wilson teilte Deutschland als Bedingung, unter der ein Waffenstillstand abgeschlossen werden könnte, mit, daß die Grausamkeiten zu Lande und zur See sofort aufhören und die Autokratie verschwinden müsse, bevor das Ende des Krieges kommen könnte.

### Die neuen Forderungen des Präsidenten Wilson an Deutschland.

#### Ueber die vierzehn Punkte hinaus.

Wien, 15. Oktober.

Deutschland hat die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsätze des Friedens vorbehaltlos angenommen. Es hat sich entschlossen, seinen Besitz in Elsaß und Lothringen und auch in Posen von dem Willen der Friedenskonferenz abhängig zu machen und in ernsteste Gefahr zu bringen. Die Gegenleistung des Präsidenten Wilson sollte darin bestehen, daß über seinen Vorschlag eine gemischte militärische Kommission zusammentrete und den Waffenstillstand vereinbare.

Wenn die Meldung des Bureau Reuter aus Washington sich bestätigen sollte, würde Präsident Wilson der Entente den Vorschlag eines Waffenstillstandes trotz der Pflichten, die Deutschland übernommen hat, nicht machen. Er hat der deutschen Regierung neue, mit den vierzehn Punkten gar nicht zusammenhängende Bedingungen für den Waffenstillstand mitgeteilt. Er verlangt, daß die Grausamkeiten zu Lande und zu Wasser sofort aufhören. Die Grausamkeiten, die er meint, sind der Unterseebootkrieg. Deutschland soll ihn einstellen, bevor der Entente von Wilson auch nur der Vorschlag zu einem Waffenstillstande unterbreitet wird. Es hätte auch dann keine Sicherheit, daß die Entente die Annahme des Vorschlages nicht an weitere sehr harte Bedingungen knüpfe.

### Der Verzicht auf den Unterseebootkrieg.

Im Januar des Jahres 1917 hat die deutsche Regierung in Washington erklärt, daß sie mit Rücksicht auf den Bruch aller völkerrechtlichen Bestimmungen für den See-

krieg durch England genötigt sei, den Unterseebootkrieg in den von ihr bezeichneten Sperrgebieten ohne die Beschränkungen, die früher mit den Vereinigten Staaten vereinbart worden waren, zu führen. Präsident Wilson hat sofort die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und im April den Krieg erklärt.

Er verlangt jetzt, bevor der Waffenstillstand auch nur beantragt worden ist und bevor Deutschland weiß, unter welchen Bedingungen er von der Entente zugestanden werden wird, daß der Unterseebootkrieg, wie er jetzt geführt wird, aufhöre. Denn unter den Grausamkeiten zu Wasser, von denen der Präsident Wilson spricht, ist nach seiner bekannten Auffassung der Unterseebootkrieg zu verstehen. Deutschland soll zugeben, daß die Entente das Meer ohne jedes Hindernis benützen und ihre Vorräte durch überseeische Zufuhr an Lebensmitteln verstärken könne. Die Entente soll die militärischen Erleichterungen haben, welche sie durch die Einstellung des Unterseebootkrieges gewinnen könnte. Die englische Hungerblockade soll jedoch bleiben. Die Zufuhr an Lebensmitteln nach Deutschland wäre nach wie vor sehr schwierig oder ganz unmöglich. Wenn sich Deutschland auch dieser Bedingung fügen sollte, so hätte es dann noch immer keinen Waffenstillstand und müßte noch darauf warten, was die Entente verlange und ob Präsident Wilson geneigt sei, sich gegen Uebertreibungen seiner Waffengefährten stark zu wehren. Was die deutsche Regierung antworten wird, dürfte von der Prüfung der militärischen Notwendigkeiten, von dem Stande der Armee, von der Stimmung des Hinterlandes und von den verfügbaren Hilfsmitteln abhängen.

Die Forderung, daß die Autokratie verschwinden müsse, bevor das Ende des Krieges kommen könnte, ist erfüllt, wenn damit nicht dem deutschen Volke ein weiterer Eingriff in seine inneren Verhältnisse zugemutet werden soll. Deutschland hat einen vom allgemeinen Stimmrecht gewählten Reichstag, der gegenwärtig mehr Einfluß hat als der Kongreß in Washington. Es hat eine aus der Mehrheit des Reichstages gebildete Regierung und die Friedenspolitik stützt sich auf die Meinung des Volkes. Präsident Wilson sollte genau überlegen, ob ein dauernder Friede möglich wäre, wenn zu den Friedensbedingungen eine Zwangsverfassung gehören würde. Auch eine demokratische Nachahmung des Interventionsrechtes, das die Heilige Allianz sich in den inneren Angelegenheiten der Staaten herausnahm, würde zu fortwährenden Störungen in den Beziehungen der Völker führen.

### Verschärfung der Ansprüche der Entente.

Die halbamtlichen Erklärungen, die aus London und Paris vorliegen, zeigen, daß die Ansprüche, welche die Entente stellen will, in rascher Steigerung sind. Schon jetzt

wird angekündigt, daß die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note nicht entgegenkommend sein werde. Die oben mitgeteilten zwei Bedingungen sind keine Erleichterung der Friedenspolitik und zeigen, daß auch in Washington die Einflüsse der Entente, die auf eine bleibende Schwächung des Deutschen Reiches hinwirken, mächtig sind.

## Rumänischer Unwille gegen die Entente.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

pr Bukarest, 18. Oktober.

Nach dem Bekanntwerden der Neutermeldung, daß die Entente Bulgarien die südliche Dobrudscha versprochen hat, sandte der französische Gesandte in Jassy, Saint-Aulaire, seiner Regierung das folgende Telegramm: „Eine Nachricht aus deutscher Quelle meldet, daß die Dobrudscha bis Cobadin an Bulgarien zurückgegeben worden sei. Es ist notwendig, daß Sie amtlich das Dementi bestätigen, das ich bereits in meinem Namen persönlich der rumänischen Regierung abgegeben habe.“

Wie die „Opinia“ meldet, soll Saint-Aulaire angedeutet haben, daß er zurüctreten würde, falls die französische Regierung seine Erklärung, daß von einer Abtretung eines Teiles der Dobrudscha an Bulgarien nicht die Rede sein könne, unbestätigt lasse.

Seit der Absendung des Telegramms des französischen Gesandten sind sieben Tage vergangen, und eine Antwort aus Paris liegt noch immer nicht vor. Das gibt der rumänischen Presse Veranlassung, sich weiterhin in scharfen Artikeln gegen die Entente zu wenden, die über die berechtigten rumänischen Ansprüche einfach hinweggehe. So schreibt das Regierungsblatt „Steagul“: „Unsere Alliierten, die Sorge dafür trugen, den Serben und Griechen das von diesen erst vor einigen Jahren in Besitz genommene Gebiet zu sichern, hielten es für angebracht, uns ein Stück Boden zu entreißen, auf den wir uralte Rechte haben und den wir auf Grund eines internationalen Kongresses besaßen. Dahin hat uns die Politik Bratjanus und Take Jonescus gebracht! Rumänien wird die Tatsache nicht vergessen und verzeihen, daß seine Seele der Gegenstand für unredliche und gewissenlose politische Händler war.“

Die unabhängige „Renastea“ schreibt: „So also achtet die Entente uns gegenüber dem von Wilson verkündeten Grundsatz, daß Ländergebiete nicht von einem Staat zum anderen, wie im Schachspiel, hin- und hergeschoben werden dürfen! So belohnt die Entente ein Land, das sich für sie in den Kampf gestürzt und zugrunde gerichtet hat! So hält die Entente ihre feierlich übernommene Verpflichtung, uns die Unversehrtheit unseres Gebietes zu verbürgen! Von allen Enttäuschungen, die das rumänische Volk im Laufe der Jahrhunderte erlitt, ist die Tat, die unsere gestrigen Verbündeten gegen uns begehen, die empörendste.“

## Türkei.

## Der Wali von Smyrna. — Beziehungen zur Entente.

(Von unserem Konstantinopeler Mitarbeiter.)

z Berlin, 13. Oktober.

Die Nachrichten über die Vorgänge in der Türkei lauten spärlich und sind sehr unvollständig. Auf jeden Fall muß das Herannahen eines tiefgehenden Umschwungs als sicher betrachtet werden. Wenn es sich bestätigt, daß der Wali von Smyrna Rahmi Bey eine Friedensabordnung zu den Engländern nach dem Hauptquartier auf der Insel Mytilene entsandte, so wäre dieses maßgebende Mitglied der Komiteepartei jetzt an die Ausführung eines wiederholt gehegten Planes geschritten, der jedoch stets von Talaat und Enver Pascha abgelehnt worden war. In Smyrna und dem Wilajet Aidin lebt auch jetzt noch eine Reihe englischer Großkaufleute. Der Wali pflegte mit ihnen und ihren Familien während der ganzen Kriegsdauer sehr herzliche Beziehungen. Die Whitalls und Girands, deren Zweige über die ganze Provinz verbreitet sind, galten förmlich als politische Beiräte des ungeliebten Königs von Smyrna. In Konstantinopel, wo diese Zustände genau bekannt waren, wagte man nicht daran zu rütteln. Engländer und Amerikaner konnten sich auch während des Krieges zum beträchtlichen Schaden augenblicklicher und zukünftiger wichtiger deutscher Interessen in diesen wirtschaftlich an erster Stelle rangierenden Wilajet ausbreiten und förmliche Monopole sichern. Mit Amerika unterhielt trotz der Aufhebung der diplomatischen Vertretungen die Türkei noch mannigfache Beziehungen. Mehr als eine Brücke führte nach Washington. Die Lehrtätigkeit des umfangreichen amerikanischen Robert College in Rumeli Hisar und des Girl College in Arnaoukani am Bosphorus war nicht gehemmt worden; die amerikanische Universität in Beirut und eine Anzahl anderer wissenschaftlicher Institute konnten ungehindert fortwirken. Ein Teil dieser Schulen, besonders die beiden erstgenannten, die zusammen auch jetzt noch gegen 1000 Schüler umfassen, wurde fortlaufend während des Krieges aus Bulgarien reichlich mit Lebensmitteln versorgt, gingen doch eine Reihe der besten bulgarischen Intelligenzen aus diesen Schulen hervor. Auch heute noch werden sie mit Vorliebe von den besseren bulgarischen Familien aufgesucht. Nicht so sehr die amerikanische Diplomatie in Sofia, sondern das enge Band, das die amerikanischen Ausbildungsstätten in Konstantinopel mit Bulgarien verbindet, dienten als Brücke für die ersten in Washington eingeleiteten Verhandlungen, die den Austritt Bulgariens aus dem Verband der Mittelmächte zeitigten.

Ob der Wali von Smyrna Rahmi Bey seinen angeblichen Unternehmungen auf eigene Faust vorgeht, läßt sich aus der Ferne nicht übersehen. Möglich wäre es schon. Wer den Charakter Tewfik Paschas kennt, muß es jedoch für wenig wahrscheinlich ansehen, daß er, wenn er wirklich das Großwestraat übernimmt, Verhandlungen von so schwerwiegender Bedeutung seinen Händen erteilen läßt. Es würde überdies seinen Anschauungen nicht entsprechen, ein Mitglied des Zentralkomitees der Komiteepartei, auch wenn es noch so nahe Beziehungen zu England zu haben wähnt, damit zu betrauen. Es ist eher anzunehmen, daß Tewfik den Weg nach Amerika dem nach London vorzuziehen würde. Die verschiedensten Gründe können hierfür maßgebend sein. Im letzten Jahre sind über die Schweiz wiederholt Friedensanträge der Türkei unterbreitet worden, der letzte im Juli. Sie wurden indessen verworfen. Die Türkei ist nun durch den Schicksal Bulgariens in eine zweifellos höchst prekäre Lage geraten. Die Entente wird alles aufbieten, um die Türkei so weit wie möglich abzuschneiden. Das nordöstliche Gebiet von Türkisch-Thrazien ist für seine Versorgung fast vollkommen auf den bulgarisch-ostrumelischen Grenzverkehr angewiesen, aber auch die Versorgung Konstantinopels bedarf zum großen Teil der unbehinderten Bahnzufuhr. Konstantinopel allein braucht durchschnittlich fünfzig Waggons Weizengetreide im Tag, das seit anderthalb Jahren aus Rumänien importiert wurde. Die eisernen Bestände genügen höchstens für 14 Tage. Wenn auch der Seeweg vielleicht benutzt werden kann, so gilt er doch wegen der Minengefahr durchaus noch nicht als gesichert.

## Die Thronrede des Sultans.

Konstantinopel, 18. Okt. (W. P.) Die Kammer wurde heute mit der Thronrede des Sultans eröffnet. Die Thronrede erinnert an die schwierige Lage, in die die Türkei durch den Zusammenbruch Bulgariens geraten sei. Sie habe durch ihr Friedensangebot gemeinsam mit den Verbündeten einen für die durch die Wirkungen des langen anhaltenden Krieges heimgesuchte türkische Nation und heldenhafte Armee ehrenvollen Frieden herbeizuführen versucht. Vereint mit den Mittelmächten habe die Türkei die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Landes getroffen. Der Sultan hoffe auf einen günstigen Ausgang, und daß die Armee den während des Krieges erworbenen Ruhm bis zum Ende bewahre. Er flehe zu Gott, daß er die türkische Nation vor dem Zusammenbruch behüte und Spaltungen und Streitigkeiten nicht zulasse.

Die Kammer wählte Galil mit 70 Stimmen zum Präsidenten gegen 50 Stimmen, die für Fethi waren. Nizami Pascha wurde zum Senatspräsidenten ernannt.

## Iswolskij und die Meerengenfrage.

Der frühere russische Botschafter in Paris, Iswolskij, veröffentlicht im „Journal des Débats“ eine Erklärung, in der er sich nachdrücklich dagegen verwahrt, daß er als Urheber der russischen Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen bezeichnet wird. Er habe als Botschafter selbstverständlich im Jahre 1915, als Sazonow diese Ansprüche erhob, das Programm seiner Regierung vertreten müssen, persönlich aber habe er es keineswegs gebilligt, was auch Sazonow bekannt gewesen sei. Schon 1908 während der bosnischen Krise habe er als russischer Minister des Aeußeren eine Lösung der Meerengenfrage vorgeschlagen, die ihre Öffnung für den Handel aller Nationen unter dem Schutz einer internationalen Akte vorsah; für Rußland habe er nur „gewisse Erleichterungen für die Durchfahrt seiner Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer“ verlangt. Er habe diesen Vorschlag zurückziehen müssen, weil man damals in den Ententeländern Rücksichten auf die Jungtürken nehmen wollte. Iswolskij erklärt, er habe den Besitz Konstantinopels stets als eine Gefahr für Rußland betrachtet, die von ihm vorgeschlagene Lösung habe darin bestanden, aus Konstantinopel einen Freihafen unter internationaler Verwaltung zu machen. Der Zar und die russische Regierung seien, als Iswolskij Minister des Aeußeren war, mit dieser Lösung einverstanden gewesen; die Forderung auf den territorialen Besitz Konstantinopels und der Meerengen, die 1915 plötzlich erhoben wurde, sei für Iswolskij wie für die Kabinette der Entente eine Ueber-raschung gewesen.

Der Direktor des Pariser Mattes, den die Erklärungen des ehemaligen Botschafters offenbar nicht überzeugen, bemerkt dazu, daß man von dem Plan Iswolskij's, der 1908 die Meerengen internationalisieren wollte, nichts gehört habe und fordert den ehemaligen russischen Diplomaten auf, nuncmehr seine Ansichten darüber ausführlich der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

### Die Erklärungen des Prinzen Max von Baden.

Der Reichskanzler hat zu dem in der ausländischen Presse veröffentlichten Brief an den Prinzen Hohenlohe (S. Nr. 960) den Vertretern der Mehrheitsparteien Erklärungen gegeben, in denen er ungefähr folgendes äußerte:

Er sei Ende Januar 1917 dafür eingetreten, die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson auch nach der ablehnenden Verbandsnote durch eine deutsche öffentliche Kriegszielerklärung zu unterstützen, darin als wesentlicher Punkt die Wiederherstellung der belgischen Souveränität und Integrität enthalten sein sollte. Am 15. Juli 1917 habe er einen dahingehenden Vorschlag eingereicht.

Im Februar 1918, vor der Offensive, sei er für eine unzweideutige Erklärung über Belgien eingetreten und für eine saubere Ausfüllung des Rahmens des Brest-Litowsker Friedens im Sinne des Rechts, und er habe diese Forderung wiederholt, als wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. Diese Schritte entsprangen einer einheitlichen Grundanschauung. Er habe nie anders geglaubt, als daß das Recht in diesem Kriege siegen würde, und habe daher von Anfang an die alldeutschen Kriegsziele bekämpft; sie waren geeignet, die feindliche Widerstandskraft zu stählen. Er sei ebenso Gegner des Programms der Programmlosigkeit und habe auch die Friedensangebote für inopportun gehalten, soweit sie sich an Regierungen wandten, die nichts von einem Rechtsfrieden wissen wollten, einem Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit aller Völker vereinen läßt. Unzweideutige Klarheit über unsere Kriegsziele vor aller Welt, das war das Programm, für das er sich einsetzte. Und er glaube in der Tat, daß eine rechtzeitige Klarheit, besonders über Belgien, uns den Weg zum Rechtsfrieden rascher frei gemacht hätte als alle Annäherungsversuche an den Feind.

Nun seine Stellung zur innern Politik! Da könne er wieder auf bestimmte Schritte hinweisen. Er sei Ende Juni 1917 für die Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen eingetreten. Er glaube allerdings damals nicht, daß eine so weitgehende Parlamentarisierung nötig wäre wie heute. Er war, er gestehe es offen, ein erklärter Gegner des Siebener-Ausschusses zur Kontrolle der einzelnen Schritte der Regierungshandlungen. Man könne nicht erwarten, daß das demokratische Programm, das er heute vertrete, in dieser Form schon von Anfang des Krieges an bei ihm feststand. Aber seine Auffassung habe sich während des Krieges in gerader Linie fortentwickelt, und er spreche hier nur aus, daß das, wofür er heute überzeugt eintrete, ein logischer Schritt in dieser Entwicklung sei. Gegen eine kritiklose Übernahme westlicher Institutionen sei er auch heute noch. Er glaube, daß die Grundlinien seiner politischen Auffassung selbst in dem Briefe an den Prinzen Hohenlohe nicht völlig verwischt seien, wenn auch alles verschoben und verzerrt sei durch den flüchtigen Stil eines ängstlichen Privatbriefes. Ihm habe daran gelegen, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dem Prinzen zu machen und daher in der belgischen Frage den damaligen offiziellen Standpunkt zur Anschauung zu bringen. Er sei leider überzeugt davon, daß des Prinzen häufigen und öffentlichen Annäherungsversuche an den Feind weder Deutschland noch dem Frieden gedient haben. Wenn diese Abweichung zwischen schnell hingeworfenen Äußerungen in einem Briefe an einen Verwandten und seinem öffentlich und privatim vorgetragenen politischen Programm dazu geführt habe, daß man ihm mißtraue, so bäte er, ihm dieses rückwärtslos mitzuteilen, damit er die Konsequenzen daraus ziehen könne. Dränge sich ihm die Überzeugung auf, daß seine Person ein Hindernis auf dem Wege des Friedens sei, so werde er es für seine Pflicht halten, sein Amt zu verlassen.

Die Vertrauensmänner der Mehrheitsparteien nahmen die vorstehende Erklärung entgegen, um sie ihren Parteien vorzulegen.

Sollte die Person des Prinzen Max ein Hindernis auf dem Wege des Friedens werden, so wäre es allerdings verständlich, daß er die von ihm angedeutete Folgerung aus diesem Zwischenfall zöge. Nachdem wir einmal in dem Friedensangebot an Wilson so weit gegangen sind, dürfen der weiteren Entwicklung der Dinge Personen nicht hinderlich sein. So aber liegen die Dinge nicht, wenigstens noch nicht. Es handelt sich um einen Versuch derjenigen französischen und englischen Zeitungen, die sich einen Gewaltfrieden nicht entgehen lassen wollen, den Rechtsfrieden Wilsons mit allen Mitteln, auch mit gestohlenen Privatbriefen, zu durchkreuzen. Die Aufklärungen, die Prinz Max über den Gegensatz seiner Äußerungen von jetzt und damals gegeben hat, sind offen und loyal.

## Amerikas Antwort an Deutschland.

### Ankündigung der Antwortnote an Oesterreich-Ungarn.

Washington, 14. Oktober. (Neuler.)

Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, vom 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Jänner 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seite der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht für völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften der Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front Sorge trägt.

Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein werde. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher seien, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als kriegsführend assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen sich in Sicherheit zu bringen versuchen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mit williger Zerstörung ein,

der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen die Deutschen assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen könne, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, die die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet, wie folgt:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich, geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichen Unvermögen und...“ (folgt eine Telegrammzerstückelung):

Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die ob erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll.

Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit, von dem bindenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage abgegeben werden können. Es ist unerlässlich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

## Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note.

Washington, 14. Oktober.

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht für völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften der Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front Sorge trägt. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein werde. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher seien, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als kriegsführend assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. In derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen sich in Sicherheit zu bringen versuchen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mitwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen die Deutschen assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinflicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen könne, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, die die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich, geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen und (folgt eine Telegrammverstümmelung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.“

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die oberrühnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit, von dem bindenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage abgegeben werden können. Es ist unerlässlich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.



**Drei neue Bedingungen des Präsidenten Wilson.**

**Entscheidung über den Waffenstillstand durch Marschall Foch, Einstellung des Unterseeboottkrieges und Forderungen, betreffend die oberste Leitung des Reiches.**

Wien, 15. Oktober.

Napoleon hat in Fontainebleau dem Throne entsagt. Die Armeen der verbündeten Mächte, die vor Paris standen, haben ihn nicht dazu gezwungen. Der Senat hat ihn abgesetzt und treulose Generale haben ihn verlassen. Die Sage, die in Frankreich für die Volksgefühle wichtiger ist als die Geschichte, hat goldene Fäden um den Abschied von Fontainebleau gesponnen, und große Künstler haben dargestellt, wie um einen der Mächtigsten auf der Erde sich nach verlorenen Schlachten die Einsamkeit ausbreitete. Frankreich hat Fontainebleau so wenig verziehen wie Sedan und wir konnten oft lesen, daß sein Lieblingsgedanke war, der Friedensvertrag solle in Potsdam unterzeichnet werden und die Regierung in Paris über den Thron in Berlin entscheiden. Wenn die Antwort auf die deutsche Note vom Präsidenten Poincaré verfaßt wäre, käme sie aus Stimmungen, die wir kennen, aus einer Demokratie, die schon in der ersten Revolution das Selbstbestimmungsrecht verkündigt, sich jedoch niemals an diesen Grundsatz irgendwie gebunden hat. In der Note, die drei neue Bedingungen nicht etwa für den Waffenstillstand, sondern nur für dessen bloße Möglichkeit und für den Frieden stellt, spricht jedoch der Präsident Wilson, ein Mann, den das Glück auf eine solche Höhe getragen hat, daß dort der Reiz, auch noch persönlich wehe zu tun, auch das Selbstgefühl eines Volkes zu verletzen und ihm Demütigungen aufzuerlegen, verschwinden mußte. Wer die Kraft hat, durch ein Wort täglich vielen tausend Menschen das Leben zu schenken, und macht es nicht, obgleich der Ausgang des Krieges kaum noch zweifelhaft sein kann, will im Frieden nicht bloß die Früchte des Sieges haben, sondern auch den Fuß auf den Nacken des Gegners setzen. Vielleicht will der Präsident, daß die Demokratie sich über Könige und Fürsten erhebe wie im alten Rom, da der Senat die Herrscher fremder Völker einsetzte.

Denn die nüchterne Politik kann die Forderung nicht erklären, die von dem Jertum ausgeht, daß in Deutschland eine Macht sei, die willkürlich über Krieg und Frieden entscheide. Die Verfassung gibt dem Kaiser das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Er braucht jedoch die Zustimmung des Bundesrates, der Vertretung sämtlicher Einzelstaaten, einer gesetzgebenden Körperschaft, die manche Ähnlichkeit mit dem amerikanischen Senat hat. Der König von Preußen ist nur Präsident des Bundes mit dem Titel eines Kaisers und mit dem Befehl über die Armee. Durch einen Vorschlag soll auch der Reichstag das Recht bekommen, gefragt zu werden, bevor der Krieg erklärt wird. Aber wichtiger als die Paragraphen ist die Entwicklung des Volkes, von dem niemand glauben kann, daß gegen seinen Willen zehn oder zwölf Millionen ins Feld rücken, Not und Tod ertragen, nach Asien bis zum Euphrat und Tigris, in die Wüste bis zum Suezkanal und auf der Balkan bis zum Ägäischen Meer geschickt werden. Sie haben das Bewußtsein, es für das Vaterland zu tun. Nie ist das deutsche Volk schwerer beleidigt worden, als durch die Zumutung, daß es sich wie eine Herde in die Schlacht treiben lasse aus Untwürdigkeit gegen eine Person und daß es nicht aus Liebe zur Heimat versucht habe, sich aus der Umschlingung durch die Entente zu befreien. Präsident Wilson hat die Kunst, große Massen zu führen. Wie kann er sich der Vorstellung hingeben, daß siebzehn Millionen über Verlangen einer

einzigsten Persönlichkeit mehr als fünfzig Monate darben, auf ihre Lebensgewohnheiten, auf jede Behaglichkeit und auf so manches, was im Frieden unentbehrlich schien, verzichten. Eine solche Hingabe und Opferbereitschaft in langer Zeit sind ohne Beispiel und der Beweggrund war die Treue zum Lande und nicht Gehorsam gegen eine einzelne Person. Wenn aber die Frage aufgeworfen wird, durch welchen Einfluß der Präsident Wilson dazu gebracht wurde, Deutschland vor die Wahl zwischen einer Person und dem Frieden zu stellen, zwischen dem Kaiser und dem Ende des Krieges, muß der Verdacht auf Paris fallen. Clemenceau lebt im Gedankenkreis des Krieges unter dem Kaiser Louis Napoleon. Auch die Republikaner in der Kammer haben damals nicht ausnahmslos gegen den Krieg gestimmt. Frankreich wollte nicht dulden, daß sich Deutschland zum Einheitsstaat umforme. Diese Politik ist noch jetzt lebendig, und die Franzosen hoffen, daß nach Erschütterung des Kaiseriums, das den Zusammenhalt befestigt, die Glieder auseinanderstreben werden. Der Präsident möchte ebenfalls diese Lockerung und droht mit Herabminderung zur tatsächlichen Ohnmacht und mit Verweigerung des Friedens, wenn das deutsche Volk ihm darin nicht zu Willen sein wollte.

Die Antwort auf die Note des Prinzen Max von Baden ist wesentlich verschieden von dem früheren Schriftenwechsel. Der Eindruck der rauhen Sprache wird noch verstärkt durch die Reden, die der Präsident zur Empfehlung der neuen Kriegsanleihe hält. In jedem Wort ist die Boreingenommenheit zu merken. Ein strenger Sieger, der in der ersten Note gemäßigter war, zeigt jetzt sein Gesicht. Deutschland hat verlangt, daß nach Anerkennung der Friedenspunkte eine gemischte Kommission zusammentrete, um zu vereinbaren, wie die Räumung ausgeführt werden solle. Das will der Präsident nicht. Die militärischen Ratgeber der Vereinigten Staaten und der Entente werden nach ihrem Urteile sagen, wie die Räumung durchzuführen sei, welche Bürgschaften und Sicherungen für das Zustandnis des Waffenstillstandes gefordert werden. Deutschland hat bloß zu hören, zu bewilligen oder abzulehnen, was der Marschall Foch verlangt, aber das Mitwirken und Verhandeln in einer gemischten Kommission wird verweigert. Von Note zu Note verschärfen sich die Ansprüche und so wird auch jetzt nicht mitgeteilt, mit welchen Sicherheiten und Bürgschaften das Deutsche Reich, obgleich es sich schon bereit erklärt hat, die besetzten Gebiete zu räumen und die Friedenspunkte des Präsidenten anzunehmen, den Waffenstillstand, der immer weiter hinausgerückt wird, bezahlen soll.

Ein Schiedsrichter über die Welt ist Woodrow Wilson genannt worden. Aber vor ihr steht nur der Verfolger und Ankläger, während der Richter, der Verständnis haben müßte für die Seele des deutschen Volkes, für den Trieb, der es zum Widerstande gegen die gewaltigste Mächtevereinigung im Felde und gegen Hunger zu Hause drängt, bisher kein Wort findet, das sich über das Gewöhnliche erhebt. Er will, daß der Unterseeboottkrieg aufhöre, und hier ist die Stimme von England zu vernehmen, wie in den anderen Forderungen der Horn von Frankreich sich kundgibt. Wo ist jedoch die vom Präsidenten Wilson in seinen Punkten so dringend empfohlene unparteiische Gerechtigkeit, der von ihm gewünschte Ausgleich, der einen dauernden Frieden herbeiführen soll? Es gibt kein Volk in Europa, das nicht schon Niederlagen zu verschmerzen hatte. Aber Kränkungen werden nicht vergessen. Deutschland wird seine militärischen Kräfte, seine wirtschaftlichen Hilfsmittel sowie die Volksstimmung prüfen und dann entscheiden. Es wird fragen, welche Bürgschaften und Sicherheiten gefordert werden, damit dieser Notenwechsel, der gewiß nicht zufällig so fächerartig sich auszieht, Klarheit bringe. Es hat jedes Land seine schwarzen Stunden. Ein großes Volk darf auf eine Morgenröte hoffen.

### Wilson's zweite Antwort.

# Wilson hat rasch geantwortet, und seine Note stellt einen Versuch dar, seine eigene gemäßigtere und weiterblickende Gesinnung mit jener der ententeistischen Machtpolitiker auf einer mittleren Linie zu vereinigen. Wir kennen ähnliche Bestrebungen aus den Zeiten her, wo die Vertreter der damaligen deutschen Zivilregierungen versuchten, zwischen den Befehlen ihrer Generalspartei und den Wünschen ihrer Gemäßigten einen Kompromiß zu suchen. Schon damals konnte man beobachten, daß jener Kompromiß stets zum Vorteil der Anhänger der Gewalt ausschlug, und man wird leider befürchten müssen, daß die Erfahrungen bei der Entente ähnliche sein werden. Wilson ist in seiner Antwort allerdings nicht von seinen Grundsätzen abgewichen, aber er läßt die Zügel schleifen. Zuerst, indem er in der wichtigen Frage der Bedingungen des Waffenstillstandes Deutschland auf den Weg direkter Verhandlungen mit der alliierten Heeresleitung verweist. Die Entscheidung ist damit in die harten Hände von Foch und Clemenceau gelegt. Der Präsident gibt nur ein gewisses Minimalprogramm, indem er erklärt: „Keinerlei Abmachungen werden durch die Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden können, die nicht absolute und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Ueberlegenheit der amerikanischen und alliierten Heere im Felde aufrecht erhalten bleibt.“ Darunter kann natürlich alles Erdentliche verstanden werden; es kann die Auslieferung von Mainz, Köln, Metz und Straßburg, der Rheinlinie, der Hochseeflotte, der Unterseeboote, Helgolands und Kiels verstanden sein, die Besetzung der deutschen Bahnstrecken, die Formel ist elastisch genug, und nachdem sie zur Auslegung an Foch überwiesen wird, so muß man sich auf demütigende Bedingungen gefaßt machen. Uns scheint jene Demütigung überflüssig, weil Deutschland ja bereits tatsächlich kapituliert hat; es wollte jedoch auf Gnade kapitulieren, nun soll es auf Gnade und Ungnade

kapitulieren. Die Bemerkungen, die der Präsident über die Torpillierungen von Passagierdampfern und über die Verwüstungen in Frankreich beim deutschen Rückzug macht, entsprechen durchaus dem menschlichen Empfinden und sie zeigen dem deutschen Volke, wie sehr es durch die Brutalität seiner Heeresleitung und Militärpartei den verhängnisvollen Haß gegen sich vermehrt.

Noch wichtiger ist die Note durch den erneuten Hinweis auf die von Wilson geforderten Garantien, die sich auf die „Vernichtung jeder willkürlichen Macht“ beziehen. Ganz deutlich ist der Präsident hier nicht, aber seine Undeutlichkeit ist offenbar eine absichtliche. Es ist der Auslegung überlassen, ob damit die offene Forderung nach Abjehung der Hohenzollern gestellt wird oder ob Wilson sich damit begnügen würde, sie zur „tatsächlichen Machtlosigkeit“ herabzudrücken. Der Hinweis ist charakteristisch: „Es liegt im Bereiche der deutschen Nation, dies zu ändern.“ Die nächsten Tage werden uns mitteilen, ob die deutsche Nation die Kraft besitzt, die vom Präsidenten erwartete Aenderung aus sich heraus hervorzubringen, oder ob sie sich noch immer durch ein verderbliches „Zu spät“ ins Unglück stürzen läßt. Mit diesen Sätzen Wilsons, die sehr geschickt absichtlich in ein zugleich hoffnungsvolles und beunruhigendes Dunkel getaucht sind, ist gewissermaßen offiziell die Weiterexistenz der Hohenzollern-Dynastie zur Diskussion als wichtigste Friedensbedingung gestellt. Aber auch für diesen Fall hat der Präsident keine besonderen oder allgemeinen Zusagen gegeben; er verlangt den Sturz oder mindestens die tatsächliche Machtlosigkeit der Hohenzollern gewissermaßen als Vorbedingung des Friedens, ohne doch über dessen Bedingungen irgendwie dem deutschen Volke eine moralische Zusicherung zu geben. In solcher strenger Zurückhaltung scheint der Einfluß der Alliierten unverkennbar, und sie wird die Aufgabe der deutschen Demokratie wenig erleichtern, ebenso wie der ganze Wortlaut der Note, die fordert, ohne zu geben, sei es auch nur die Gewißheit des Friedens oder gar eines für Deutschland erträglichen Friedens.

Es hat den Anschein, wir stehen vor dem Brest-Litowsk der Entente. Die Abmachungen, die daraus hervorgehen, mögen wohl etwas längeren Bestand haben, am Ende werden auch sie sich als Provisorium erweisen. Wir möchten jedoch immer noch hoffen, daß Wilson durch eine gründlichere Umwälzung in Deutschland seine Stellung in der Union und in der Entente so sehr zu stärken hofft, daß er dann entschiedener gegen deren Imperialisten auftreten kann.

Nun hat Deutschland wieder das Wort. Indessen, die Diskussion ist soweit gediehen, daß nunmehr Worte kaum noch genügen. Die Welt erwartet Taten von Deutschland, und zwar endgiltigere Taten als sozialistische Staatssekretäre.

## Die neue Regierung im Lichte des Auslandes.

v Genf, 17. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Pariser Zeitungen sind heute ausgeblieben, möglicherweise, weil die Linien der französischen Mittelmeerbahn durch Truppentransporte überlastet sind, denn die Züge nach der Grenze haben schon seit einer Woche starke Verspätungen; aber der Postzug aus Lyon hat doch einige Provinzzeitungen gebracht, aus denen hervorgeht, mit welchem Eifer der Pariser Pressedienst Stimmungsmache mit Hilfe der neuen Lansing-Note treibt. In erster Linie soll das französische Publikum selbst wegen der Vertagung der Friedensverhandlungen beruhigt werden. Selbst Zeitungen, die, wie der „Lyoner Progrès“, vorgefesselt auf den Fortgang der Aussprache rechneten, sind veranlaßt worden, die Vorteile auseinanderzusetzen, die Deutschland schließlich zugestehen werde, wenn die Entente hart bleibe. Man will damit in Frankreich selbst die Ueberzeugung schaffen, daß Marschall Foch des siegreichen Ausganges vollständig sicher ist, wenn der Feldzug noch einige Monate dauern sollte. Man will aber mit dieser zuversichtlichen Haltung vor allen Dingen den Gegner beeinflussen, und die Zeitungen sind mit Artikeln über die deprimierte Stimmung in Deutschland und über die Separationsbestrebungen in den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie angefüllt.

Es muß dabei offen gesagt werden, daß den Zeitungen der Entente die Nervosität zu stellen kommt, die sich schon seit mehreren Wochen in der deutschen Presse bemerkbar macht, und die sich besonders in den letzten Tagen im Anschluß an die Veröffentlichung des Briefes des Prinzen Max an den Prinzen Hohenlohe offenbart hat. In Anbetracht der Schwierigkeiten beim letzten Kanzlerwechsel macht es einen besonders lebhaften Eindruck, daß ein solcher Zwischenfall genügen sollte, um sofort wieder einen Regierungswechsel herbeizuführen. In der Tat liegt es gewiß nicht im Wesen des parlamentarischen Regimes, daß man den verantwortlichen Leiter der Politik für Handlungen oder Äußerungen verantwortlich macht, die nichts mit seiner Regierungstätigkeit zu tun haben. So ist es z. B. dem französischen Parlament niemals eingefallen, der gegenwärtigen Ministerpräsidenten Clemenceau für Äußerungen verantwortlich zu machen, die er vor seinem Regierungsantritt als politischer Schriftsteller oder selbst als Senator getan hat. Man hat Clemenceau sogar nicht gestürzt, obwohl er als Minister seine politischen Gegner mit einer Strenge verfolgte, die er selbst seinen Vorgängern nie verziehen hat. Die Mehrheit des Parlaments bewahrte ihm das Vertrauen, weil sie mit den allgemeinen Ergebnissen seiner Regierungstätigkeit zufrieden war. Das parlamentarische Regime bringt es eben mit sich, daß die Volksvertretung die Handlungen, nicht aber die Personen der Regierenden kontrolliert. Es setzt aber auch voraus, daß die Volksvertreter einem Minister ohne persönliche Rücksicht ihr Vertrauen entziehen, wenn sie nicht mehr mit seinen Handlungen zufrieden sind. Diese Quintessenz des Parlamentarismus scheint das neue deutsche Regierungssystem noch nicht durchdrungen zu haben, und gerade deshalb hat dieses im Anfang keinen imponierenden Eindruck gemacht. Es wäre nötig gewesen, daß das Regierungsprogramm des neuen Reichskanzlers durch ein offenes Vertrauensvotum der Mehrheit des Reichstags sanktioniert worden wäre. Diese Mehrheit hätte sich dadurch öffentlich verpflichtet, die Ausführung des Regierungsprogramms zu überwachen und dem Reichskanzler ihr Vertrauen zu entziehen, sobald er sein Programm im Stich lassen würde. Diese öffentliche Zustimmung war um so nötiger nach dem vorausgegangenen Mißerfolg der geheimen Kommissions- und Parteiverhandlungen unter dem Grafen Hertling. Die Reichstagsmehrheit scheint heute ja wirklich den Willen und auch die Kraft zu besitzen, die Demission einer Regierung zu erzwingen, mit der sie nicht mehr zufrieden wäre. Aber man darf sich nicht wundern, wenn man im Ausland immer noch an diesem Willen zweifelt, und es ist er recht nicht überraschend, daß man im feindlichen Ausland jede Schwäche und selbst jedes Zögern ausnützt, um diese Anfänge des neuen Regimes in Deutschland zu diskreditieren. Man scheint in Berlin eine öffentliche Reichstagsverhandlung vermieden zu haben, um nicht vor der ganzen Welt unsere militärische Lage zu diskutieren.

Dieses an und für sich verständliche Bedenken ist aber erst recht im Auslande als Zeichen der Schwäche ausgedeutet worden und die rücksichtslose Hege der alldeutschen Blätter hat diese Ausdeutung erst recht begünstigt. Aus allen diesen Rückwirkungen unserer politischen Diskussionen sollten wir den Schluß ziehen, daß es besser ist, ohne allzuviel Rücksicht auf andere und besonders ohne Nervosität auf dem begonnenen Wege der Selbstregierungna Fortzuschreiten. Die Verfassung des Deutschen Reiches steht einer demokratischen Entwicklung gewiß nicht im Wege. Es ist aber notwendig, daß die Mehrheit des Reichstages von der Macht, die ihr verfassungsmäßig zusteht, im gegebenen Fall auch Gebrauch macht und wenn das geschieht, so kann keiner der Führer der Entente vom Präsidenten Wilson bis zum König von Serbien dem Reichstag den Anspruch bestreiten, der legitime Vertreter des deutschen Volkes zu sein.

### Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 17. Oktober. (Priv.-Tel.) Das Berliner Tageblatt erhält von seinem Wiener Berichterstatter Dr. Lederer folgenden Bericht: Wie ich aus Wiener Hofkreisen erfahre, ist der Optimismus, mit dem Kaiser Karl trotz der radikalen Strömungen, die sich namentlich bei den Tschechen und Südslawen kundtun, die Lage betrachtet, auf gewisse Nachrichten zurückzuführen, die die Krone aus Washington und englischen Kreisen erhalten hat. Nach diesen Informationen soll Präsident Wilson dem Gedanken der Föderation der Völker Oesterreichs, mit Ausnahme der Polen, nicht abgeneigt sein. Dieser Standpunkt soll auch von England unterstützt werden, weil man fürchtet, daß im Falle einer völligen Auflösung Oesterreich-Ungarns die deutschen Gebiete an Deutschland fallen könnten. Tatsache ist, daß auch im Frühjahr 1918 der amerikanische Professor Herron, der Beziehungen zu Washington besitzt und vorübergehend in Wien weilte, gegenüber maßgebenden Persönlichkeiten auf diese Auffassungen im Weißen Hause hingewiesen hat.

Die Nachrichten, von denen hier die Rede ist, hat Kaiser Karl um den 20. September erhalten. Unverkennbar ist, daß man auch in tschechischen Kreisen mit großer Spannung der Note des Präsidenten Wilson an Oesterreich-Ungarn entgegen sieht. Auch in tschechischen Kreisen ist man nicht sicher, ob sich der Präsident auf den staatsrechtlichen Standpunkt der Tschechen stellen und die Angliederung auch der deutschen Gebiete an den künftigen tschecho-slowakischen Staat fordern wird.

17./8. 1918

## Der bayerische Ministerpräsident über die Antwort Wilsons.

„Nicht jeden Frieden werden wir annehmen.“

München, 16. Oktober. In der heutigen Eröffnungssitzung der außerordentlichen Tagung der Kammer der Abgeordneten führte Ministerpräsident v. Dandl nach einem Rückblick über die letzten Vorgänge, die den Ausblick auf ein nicht mehr fernes Ende des furchtbaren Krieges eröffnen, aus:

Niemand werde verkennen, daß das Wilsonsche Friedensprogramm für viele Kreise einen Verzicht auf Wünsche und Hoffnungen bedeutet, aber der entscheidende Gedanke müsse bleiben, daß das deutsche Volk diesen Existenzkampf fast gegen die ganze Welt in Einheit und Geschlossenheit als einen Verteidigungskampf führe, wonach wir auch allein unsere Kriegsziele bemessen dürfen. Diesen Verteidigungskampf aber hat Deutschland in Ehren bestanden.

Es ist nicht entschieden, ob die von der Reichsleitung unternommenen Schritte wirklich den Frieden bringen, der uns unser Leben läßt, denn nicht jeden Frieden werden wir annehmen. Ein Friede, der uns als Volk zerstückeln wollte und uns unsere Zusammengehörigkeit sowie die wirtschaftlichen Bedingungen des Lebens raubte, wäre nicht zu ertragen. Ermüdete die letzten Kräfte zur Entscheidung wachrufen. Deutschland hat sich nunmehr auf den Boden des Wilsonschen Programmes gestellt, aber in der Erwartung, daß die drei aufgestellten Grundsätze nach allen Seiten eine gerechte Anwendung finden. Unwürdige, demütigende Zumutungen wären mit diesen Grundätzen unvereinbar. Die weitgehenden Zugeständnisse Deutschlands sind gemacht worden in der Erwartung, daß der Friede ein Friede der Völkerverständigung, getragen vom Geiste der Rechtlichkeit, und ein dauernder Friede sein werde. Würden uns Bedingungen zugemutet werden, die in entehrender Weise unsere nationalen Lebensbedingungen zu verkümmern drohen, dann würde ein neuer Sturm der Enttäuschung sich im ganzen Reiche erheben. Das deutsche Heer und das deutsche Volk sind nicht so zermürbt, daß sie sich gegen Vergewaltigung nicht mehr zu wehren vermöchten. Die ganze Nation würde einig sein in dem Willen, das Vaterland vor Schande und Untergang bis zum Äußersten zu verteidigen.

in Mitteln an der bundesstaatlichen Verfassung.

Sodann besprach der Ministerpräsident die Neuordnung im Reiche, die sich der zielbewußten vertrauensvollen Mitarbeit der Bundesstaaten versichert halten könne, unter der Voraussetzung, daß nichts geschieht, was dazu dienen könnte, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu beeinträchtigen. Erwarten müsse man aber auch, daß auch die aus dem Reichstage in die Regierung berufenen Vertreter des deutschen Volkes der im Stammesbewußtsein wurzelnden Auffassung Rechnung tragen werden, die ein geschlossenes, kraftvolles Auftreten nach außen unter zielbewußter Führung fordert, aber auch künftig die Berücksichtigung der Eigenart und Selbständigkeit der deutschen Stämme in den inneren Angelegenheiten in dem durch die Reichsverfassung und die Bundesverträge gewährleisteten Umfange gewahrt wissen will. Wir lassen nicht an den Grundfesten des vom Schöpfer kunstvoll gefügten Gebäudes der bundesstaatlichen Verfassung rütteln, denn wir wollen und müssen das Reich erhalten, zu dem die Bundesstaaten treu stehen. Wir sind ein Volk, einig wollen wir handeln.

### Die Reformen Bayerns.

Zur innerpolitischen Lage Bayerns übergehend erklärte Dandl, daß dem Landtage alsbald hinsichtlich der Neugestaltung der Kammer der Reichsräte ein Gesetzentwurf zugehen werde. Betreffs des Wahlrechtes sei die Regierung bereit, neuerdings in Erörterungen über die Frage der Verhältniswahl einzutreten.

Der Ministerpräsident schloß: Die schweren Wunden, die der Krieg unserer Volkswirtschaft geschlagen hat, zu heilen und neue Grundlagen zu schaffen für die künftige Entwicklung, sind die großen Aufgaben der nächsten und ferneren Zukunft. Erfüllen können wir diese Aufgaben nur, wenn wir uns nicht von schwächlichem Kleinmut niederdrücken lassen, sondern mit frischem Mut ans Werk gehen. Vertrauen zu unserem starken Volk, Vertrauen zu uns selbst soll der Leitstern sein. Nicht in klagernder Kritik des Vergangenen dürfen wir unsere Kräfte zermürben. Wir müssen sie ausspannen zu höchster Leistung für die Zukunft.

## Ein Appell an Kaiser Wilhelm.

Da uns die Zensurbehörde verhindert, freimütig zu erörtern, welche Schicksalsfrage vor der deutschen Nation steht, so wollen wir ein reichsdeutsches Blatt sprechen lassen. Der Artikel der „Fränkischen Tagespost“ (Münchberg), den wir nachfolgend wiedergeben, beansprucht eine geradezu historische Bedeutung, weil er geschrieben ist vor der zweiten Antwort Wilsons, die jene Schicksalsfrage so klar aufgerollt hat. Er ist am 10. Oktober erschienen, seitdem von einer Reihe deutscher Blätter abgedruckt worden und lautet:

Immer mehr konzentriert sich im Gefühl des Volkes die ganze Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage auf die Person des Kaisers. Er war stets der Betonende des persönlichen Regiments und niemals mehr als der Armee gegenüber. Daß alles nur durch seinen Willen geschehe, daß kein anderer Wille neben seinem in der Armee bestehe, daß seine Kommandogewalt unangetastet sei, daß er der Herr über Krieg und Frieden sei — das war stets der Gedankengang Wilhelms II. Was der Kaiser mit der Armee und Flotte für möglich erachtet hat, geht aus allen seinen Reden, aus allen seinen Kundgebungen hervor, von dem ersten Armeebefehl, den er am 15. Juni 1888, am Todestag Kaiser Friedrichs III., erlassen hat, bis zu der Rede vor den Kruppischen Arbeitern.

In Wilhelm II. sehen wir den letzten deutschen Militärmonarchen. Er ist der Träger des größten Krieges der Welt, der damit endet, daß das Militärsystem zusammenbricht und daß sich Deutschland, auch das offizielle Deutschland, in einen Völkerbund eingliedert, der die Abrüstung zur Folge hat. Daß dieses Deutschland als Glied des Völkerbundes den Anschauungen Wilhelms II. durchaus nicht entsprechen kann, muß man begreifen. Das System des Militarismus ist in Rußland zusammengebrochen, nachdem in China die älteste Monarchie zusammengebrochen ist. Und nun wankt das System des preussischen Militarismus in seiner Spitze noch weit mehr als in seinen Grundfesten. Noch ist Wilhelm II. deutscher Kaiser und König von Preußen, aber er empfindet wohl selbst, daß er nicht mehr das sein kann, als was er sich seit dem ersten Tage seines politischen Erwachens gefühlt hat: als ein von Gott eingezeichnetes „Instrument“, vor allem als der

oberste Kriegsherr der glänzendsten und bestorganisierten Armee. Wilhelm II. muß sich selbst fremd erscheinen, wenn er die Staatssekretäre ernennen muß, die ihm die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nennen. Wilhelm II. muß Wilsons Voraussetzungen für den Waffenstillstand unsagbar finden. Da die Oberste Heeresleitung und der ihm so fremde Rat von Staatssekretären diese Bedingungen für erörterbar hält, bricht alles zusammen, was er in überschwenglichen Telegrammen an die baltischen Barone, was er in der Erörterung mit dem Getman der Ukraine festgelegt zu haben meinte, was er über Polen bestimmt hat. Was ist Wilhelm II. sich selbst, wenn er nicht mehr auf dem Tempelhofer Felde die Revue über die Berliner Garnison abnehmen kann! Wilhelm II. muß sich selbst als deutscher Kaiser unmöglich erscheinen. Er erscheint aber auch einem neuen Deutschland nicht als der geeignetste Ausdruck der Volksgemeinschaft, die unter seinem System in der Vergangenheit und unter den Folgen dieses Systems in langer Zukunft schwer zu leiden hat. Drei Tage vor Napoleons I. Einzug in Paris nach der Flucht aus Elba veröffentlichte der Begründer des französischen Positivismus, der große Philosoph Comte, eine Schrift: „Ueber die Unmöglichkeit einer konstitutionellen Regierung unter einem militärischen Oberhaupt, besonders unter Napoleon.“ Er führte darin aus, daß ein Volk, das sich nach Freiheit sehnt, nie einen Mann zum Oberhaupt wählen dürfe, der gewohnt ist, Heere zu kommandieren. Wir glauben, daß auch Wilhelm II. den Gegensatz seiner bisherigen Staatsauffassung und der Gestaltung des künftigen Deutschlands begreift.

Daß Wilhelm II. nach allen Reden, die er an die Armee und über die Armee gehalten hat, es unerträglich finden mag, an der Spitze eines Reiches zu stehen, das gründlich anders wird, als er es sich in seinen Sinnen gemalt hat, das begreifen wir ganz wohl. Daß die Sozialdemokratie kein Interesse an der Erhaltung des Hohenzollernthums hat, das ist stets mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht worden. Diejenigen aber, die das Interesse haben, daß die Dynastie Hohenzollern weiter im Reich und in Preußen herrsche, können wohl diese Familie in ihrer erblichen Machtvollkommenheit nur erhalten, wenn sie auf den Thron jemand setzen, der nicht wie der Kaiser und der Kronprinz Meinungen festgelegt hat, die im Widerspruch stehen mit dem, was leider wird, und mit dem, was hoffentlich werden wird. Der Kaiser hat stets die größten patriotischen Opfer von seinen „Untertanen“ verlangt. Nun, wo diese Untertanen zu Staatsbürgern werden, soll er selbst seine Opferbereitschaft zeigen, soll er selbst zurücktreten und so ein glänzendes Beispiel geben für das Verständnis der Zeit wie auch dem Deutschen Reich und Volke bessere Bedingungen des Friedens dadurch ermöglichen.

**Es dürfte nun bald genug sein.**

Die Flut von Verdrehungen und Lügen, die heute gegen das Heer der Mittelmächte anbraust, ist derartig angeschwollen, daß es nicht möglich ist, die Wahrheit in jedem Falle festzustellen. Wir haben auch dazu weder Lust, noch Verpflichtung. Allein daß nun auch unsere welschen Blätter die allgemeine Verrücktheit noch vergrößern und sie gar bis zu gefährlichem Drohen ausweiten, das darf nicht weiter hingenommen werden. Die „Gazette de Lausanne“ versteigt sich gestern dahin, zu verlangen, daß der deutsche Gesandte und sein Militärattaché abberufen werden. Als Grund gibt das Blatt an: die Zürcher Bombenaffäre und das Ballon-Unglück bei Miécourt.

Nachdem alle Versuche, unser Land aus seiner Neutralität herauszudrängen, mißglückt sind, geht nun die Lausanner Zeitung direkt zum Angriff über, wohl wissend, daß eine derartige Politik unserer Behörden von Deutschland als unfreundliche Handlung betrachtet und eingeschätzt würde, so lange die Schweiz nicht mit demselben Maß auch die Entente messen würde. Die Zürcher Bombenaffäre ist ein Ausfluß jener Spionagetätigkeit fremder Staaten in unserem Lande, die seit Beginn des Krieges besteht und der sich alle in gleicher Weise schuldig machten. Jeder Schweizer bedauert das und ist damit einverstanden, daß unsere Gerichte überall scharf eingreifen, wo sie Schuldige finden. Die Zürcher Affäre, in welcher Deutsche verwickelt waren, steht auf derselben Stufe wie der Mougeot-Prozess, in welchem Franzosen sich betätigten. Nur besteht insofern ein Unterschied, als sich beim Zürcherprozess die Tätigkeit der Schuldigen gegen Italien richtete, während Mougeot den Versuch gemacht hat, die Schweiz zu schädigen. Trotz dieses gewaltigen Unterschiedes hat die Gazette damals den Antrag nicht gestellt, den französischen Botschafter abzuberufen. Eine solche Parteilichkeit grenzt geradezu an Dummheit. Allerdings bezieht die Gazette auch den Unglücksfall von Miécourt noch in das Schuldregister Deutschlands ein. Die welsche Presse hat nämlich einfach erklärt, der Angriff auf unseren Ballon sei befohlen worden. Wenn jemand einen Beweis für diese ungeheuerliche Anklage bringt, so werden wir die ersten sein, die mit der Gazette die Abberufung der deutschen Vertretung in der Schweiz fordern. Da aber bis heute auch nicht der geringste Schatten eines solchen Beweises besteht, da eine derartige Handlungsweise auch ganz außerhalb der Möglichkeit liegt, so bezeichnen wir die Forderung der Gazette als eine Frechheit, die vom Bundesrate deshalb scharf angefaßt werden sollte, weil sie für uns Gefahren in sich birgt. Wir wollen weder mit der Entente, noch mit Deutschland verfeindet werden, und auf diesem Standpunkte steht heute die ganze deutsche Schweiz. Das dürfte man sich nun endlich in Lausanne merken. Es dürfte nun bald der Heße genug sein.

## Wilson und Elfaß-Lothringen.

Wien, 18. Oktober.

So ist es denn leider dahin gekommen, daß auch die Frage von Elfaß-Lothringen nicht nur zur Diskussion steht, sondern auch wenigstens zum Teil bereits präjudiziert ist, denn zu den Wilsonschen Forderungen, die Deutschland als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, gehört auch die, daß das Unrecht, welches Preußen 1871 bezüglich Elfaß-Lothringen Frankreich zugesügt habe und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt habe, wieder gutgemacht werden müsse. Es bleibt nicht übrig, als den Führer der Entente bei seinen eigenen Worten zu nehmen und zu verlangen, daß er da nichts fordere, was seinen eigenen Grundsätzen widerspricht.

Ist wirklich Frankreich 1870 ein Unrecht zugesügt worden — wir wollen uns da zur Vereinfachung ganz auf Wilsons Standpunkt stellen und gar nicht darauf eingehen, durch welche Häufung von Unrecht Elfaß und Lothringen seinerzeit an Frankreich gekommen waren — so kann sich dieses Unrecht, gemäß der Wilsonschen Anschauung von der Unzulässigkeit der Behandlung von Völkern als Eigentumsgegenständen und gemäß seines Eintretens für das Nationalitätenprinzip, höchstens auf den französischen Teil Lothringens beziehen. Denn unmöglich kann es, tramer nach Wilson, ein Recht Frankreichs sein, über ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet zu herrschen. Das wäre die direkte Leugnung des Nationalitätenprinzips.

Aber, immer auf Grundlage der Wilsonschen Anschauungen, es kann sich da doch nicht so sehr um Wiedergutmachung eines Frankreich, sondern vielmehr eines den Elfaßern und Lothringern zugesügten angeblichen Unrechtes handeln. Das Wohl und Wehe der Nationen kommt für Wilson angeblich in Betracht, nicht das der Regierungen. Was verlangt also das Wohl und Wehe der Elfaßer und Lothringer? Präsident Wilson spricht wiederholt von „autonomer Entwicklung“; er kann sie also auch in diesem Falle nicht verweigern. Aber wo gibt es „autonome Entwicklung“ — in Deutschland, das nicht nur seiner Verfassung nach ein Bundesstaat ist, sondern in dem auch der eigentliche ursprüngliche Geist des Volkes durchaus in der Richtung der Autonomie, der Wahrung der Eigentümlichkeiten und Sonderstellung der Stämme und ihrer Territorien immer tätig gewesen ist! Oder in Frankreich, dem klassischen Lande des Zentralismus, dem der Reichtum des deutschen Staatslebens an autonomen Gebilden nicht nur fehlt, sondern geradezu unverständlich ist. Deutschland setzt sich zusammen aus autonomen Mitgliedern des Bundes mit eigenen Monarchen oder freigewählten Oberhäuptern an der Spitze, Frankreich besteht aus Departements mit dem von Paris ernannten und absetzbaren Präfekten an der Spitze. In Deutschland war Elfaß-Lothringen bisher ein Reichsland, kann es jetzt ein souveräner Bundesstaat mit selbstgewählter Verfassung werden. Unter der französischen Herrschaft hat es aber bekanntlich gar kein Gebilde Elfaß-Lothringen gegeben, sondern nur eine Anzahl Departements. Und in Departements würde das Land wieder aufgeteilt werden, wenn es jetzt an Frankreich fiel. Ist das „autonome Entwicklung“?

Auch das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Elfaßer und Lothringer darf nicht übersehen werden. Als Teil Deutschlands hat Elfaß-Lothringen eine Blüte erreicht, wie sie nur noch in den goldenen Zeiten des Mittelalters dagewesen war. Unter der französischen Herrschaft gab es nur eine kurze und dazu künstliche Periode der Blüte: unter Napoleon, als die Kontinental Sperre die Industrie in die Höhe trieb und Straßburg einer der wichtigsten Einfuhrplätze von Frankreich wurde, weil die von den Engländern geübte Seesperre den Handel auf den Landweg drängte. Mit dem Zusammenbruch Napoleons hörte aber diese kurzlebige Blüte auf und als Straßburg 1871 wieder an Deutschland fiel, war es eine zurückgebliebene Provinzstadt.

Straßburg lebt davon, daß es der Mittelpunkt der reichen oberrheinischen Ebene ist. Seine wirtschaftliche Rolle ist unlöslich mit der Rheinschiffahrt verknüpft. Unter der französischen Herrschaft ging die Schifffahrt zurück und dementsprechend Straßburg, während das badische Mannheim ein wichtiger Handelsplatz wurde. Durch die großartige Regulierung des Oberrheins unter deutscher Herrschaft ist Straßburg geradezu ein Seehafen geworden; im letzten Friedensjahr betrug der Umschlag bereits zwei Millionen Tonnen. Selbst der Franzose Babelon, ebenso großer Chauvinist wie berühmter Numismatiker, schreibt: „Die großen Schiffe, die früher in Mannheim ihr Endziel hatten, steigen jetzt bis nach Straßburg hinauf, so

daß man ohne Uebertreibung sagen kann, die große elfaßische Hauptstadt ist selbst ein Meereshafen geworden. Straßburg entwickelt sich heute mehr denn je durch den Rhein und lebt von dem Rhein, es von ihm abzutrennen, wäre für den elfaßischen Handel ein Todesurteil.“

Nur im deutschen Zollgebiet kann Straßburg diese Stellung behaupten. Unter französischer Herrschaft wäre es wieder nur eine exzentrisch gelegene Provinzstadt, durch die Kanalverbindung mit Marne und Rhone nur wenig unterstützt. Die Trennung von Deutschland wäre übrigens auch der Untergang für die elfaßische Textilindustrie. Und die Eisenindustrie von Lothringen bedarf nicht nur der lothringischen Erze, sondern auch der rheinisch-westfälischen Kohle. Die elfaßischen Weinbauern zittern vor der Konkurrenz des französischen Weines. Elfaß-Lothringen würde verarmen ohne den Zusammenhang mit Deutschland. Das alles kann Präsident Wilson nicht unberücksichtigt lassen.



18. X. 1918

### Graf Stephan Tisza für die Auflösung des deutschen Bündnisses.

Graf Burian für das deutsche Bündnis.

Wien, 18. Oktober.

Die gestrige Rede des Grafen Stephan Tisza hat in Wien nicht geringe Verwunderung hervorgerufen. Er hat gesagt, daß nach der Annahme der vierzehn Punkte Wilsons, welche die Schöpfung eines Völkerbundes wollen, jedes weitere Bündnis überflüssig wäre. Das

Bündnis mit Deutschland sei mit Rücksicht auf die Gefahr, die von Rußland unter dem Zaren drohte, geschlossen worden. Diese Gefahr habe aufgehört und die Zustimmung zum Völkerbunde schließe das Aufhören des deutschen Bündnisses ein. Graf Burian hat am selben Tage im Ausschusse der österreichischen Delegation gesagt: „Deutschland weiß, daß ich von Anfang an ein fester Anhänger des Bündnisses mit Deutschland bin, daß ich es zu allen Zeiten, in guten und in schlechten Tagen geblieben bin, daß ich es auch heute bin, daß ich alles dasjenige tue, was nach dem Bündnisverhältnis gebietet, und alles unterlasse, was mir dieses Verhältnis verbietet.“ Das ist die Sprache der Würde.

Graf Stephan Tisza hat sich auf den Völkerbund berufen. Er weiß jedoch, daß dieser in Amerika von den mächtigsten Parteien angefochten wird, insbesondere von Roosevelt, dessen Einfluß wir in diesem Kriege nur zu deutlich spüren. Der frühere Ministerpräsident wird sich auch erinnern, daß Lloyd-George gesagt hat, die Entente sei der richtige Völkerbund. Das deutsche Bündnis mit einer Handbewegung abzustreifen, während der Rotenwechsel mit Wilson sich zuspitzt und gerade Ungarn nicht weiß, was ihm noch bevorstehen mag, in dieser Unsicherheit den Ausgleich, die dualistische Verfassung und das Bündnis mit Deutschland niederzureißen, das ist eine unerklärliche und bei dem Dunkel, das die allernächste Zukunft verhüllt, auch für Ungarn sehr gefährliche Politik. Graf Stephan Tisza könnte sich eines Tages des Beres von Dvid erinnern über das Verlassen sein in unwohnten Zeiten. Die überstürzte Flucht aus der Vergangenheit könnte sehr schädlich sein.

### Pläne zur Neuorientierung in Bayern.

München, 17. Okt. (Priv.-Tel.) Im Hauptauschuß des Abgeordnetenhauses haben die Verhandlungen bereits begonnen, um die Grundlagen für einen demokratischeren Ausbau der Verfassung zu schaffen. Da die Regierung in der gestrigen Eröffnungsitzung es vermieden hat, durch den Mund des Ministerpräsidenten ein fest umrissenes Programm aufzustellen, sind die Parteien darauf angewiesen, den Weg zur Neuorientierung selbst zu suchen. Ob die Bemühungen, zu einer Einigung zu gelangen, von Erfolg begleitet sein werden, hängt bei der Vormachstellung, die das Zentrum als Parlamentsmehrheit einnimmt, wesentlich von der Haltung dieser Partei ab. Immerhin scheint nun selbst das bayerische Zentrum unter dem Druck der Zeitverhältnisse dem Gebot der Stunde keinen unbedingten Widerspruch mehr entgegenstellen zu wollen und nur über das Maß der Zugeständnisse noch zu keinem klaren Entschluß gekommen zu sein.

Wie ich erfahre, ist das Zentrum bereit, über eine Verbesserung des Wahlrechts mit sich reden zu lassen. Es schlägt vor, zur Korrektur der ungerechten Mandatverteilung, die eine fehlerhafte Wahlkreiseinteilung mit sich bringt, auf Grund des jeweiligen Ergebnisses der allgemeinen Wahl eine größere Anzahl von Mandaten mittels Proporzess dem Gesamtergebnis hinzuzufügen, und um diese die Zahl der Sitze zu vermehren. Diesem Vorschlage gegenüber beharren die Parteien der Linken jedoch auf ihrer Forderung der Einführung der Verhältniswahl für das ganze Land. Die Frage der Parlamentarisierung möchte das Zentrum nach einer eigenartigen Methode lösen. Es will den bestehenden Staatsrat durch Hinzunahme von je sieben Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und der Reichsratskammer zu einer Vermittlungsinstanz zwischen Regierung und Parlament ausbauen, der bis zu einem gewissen Grade die Vorbereitung der Gesetzentwürfe und die Überwachung ihrer Ausführung obliegen würde. Auch würde dieser Staatsrat die Bundesratsvertreter mit Instruktionen zu versehen haben und in jeder Weise als Kontrollorgan der Maßnahmen der Regierung wirken. Es bleibt abzuwarten, wie die Parteien dieses Projekt, das jedenfalls an dem eigentlichen Sinne des Parlamentarisierungsgebantens vollkommen vorbei geht, aufnehmen werden.

Da die Verhandlungen erst in ihrem Anfangsstadium stehen, darf man der weiteren Entwicklung der Ausschußberatungen mit Spannung entgegensehen. Um sie durch rasche und intensive Arbeit fördern zu können, sind die öffentlichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses um einige Tage ausgesetzt und der Beginn der Generaldebatte, der morgen stattfinden sollte, auf nächsten Mittwoch verschoben worden.

# Die Friedensdebatte im Abgeordnetenhaus.

Gestern haben bereits die Vertreter aller Verbände zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage und insbesondere zur Friedensfrage Stellung genommen. Ausstehend ist noch die Rede Dr. Adlers, der Standpunkt seiner Partei ist jedoch schon in ihrem Antrag niedergelegt. Nach den maßlosen Ausfällen des Abgeordneten Stanek, der durch den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek energig zurückgewiesen wurden, fiel die Rede des Sprechers der tschechischen Sozialdemokraten Tuzar auf, der seine Ausführungen in eine versöhnlichere Form kleidete und das Bedürfnis der tschechischen Arbeiterschaft, mit den deutschen Nachbarn in ein erträgliches, freundschaftliches Verhältnis zu gelangen, hervorhob. Er anerkannte ausdrücklich auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, ein Standpunkt, der sich mit der Forderung des Redners nach einem tschecho-slowakischen Staat in den historischen Grenzen kaum in Einklang bringen läßt. Auf diese Rede antwortete Dr. Mataja namens der Christlichsozialen, daß sich auch bei den konservativen Parteien die Ueberzeugung Bahn breche, es könne mit der obrigkeitlichen Zusammenfassung der Nationen zu Staatsgebilden nicht mehr weiter gehen. Die Friedensbereitschaft der Regierung genüge nicht; diese müsse vielmehr durch innere Reformen die Voraussetzungen für die Verhandlungen mit den Feinden schaffen. Dr. Korofec forderte wieder den selbständigen slowakischen Staat; den Weg zur Unia will er den übrigen Völkern Oesterreich-Ungarns durch internationale Garantien frei halten. Namens der deutschnationalen Parteien verlangte Waldner Ordnung im Ernährungswesen und eine starke diktatorische Hand. Die Deutschnationalen stimmen der tschechischen Lösung sowie der freien Entschließung der Polen zu und wünschen für das übrige Oesterreich die nationale Autonomie, die allen Volkstämmen die Entwicklung gewährleistet, aber „die Lebenskraft des Staatsganzen zur Wahrung der gemeinsamen Interessen erhält.“

Unter den Deutschnationalen hat die Rede Stanek eine nachhaltige Erregung hervorgerufen; in der Sitzung ihres Verbandsausschusses wurde eine Abwehraktion aller deutschen Abgeordneten angeregt.

Für heute soll auch bereits eine gemeinsame Besprechung aller Abgeordneten aus deutschen Wahlbezirken, welcher Partei sie auch angehören mögen, geplant sein, um einen Meinungsaustausch über die Zukunft des deutschen Volkes insbesondere in Oesterreich zu pflegen. Es würden demnach die deutschnationalen Gruppen mit den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten deutscher Zunge zunächst in Fühlung treten, was auch bereits Mitglieder des Herrenhauses zur Äußerung des Wunsches veranlaßt hat, an einer zweiten Konferenz gleichfalls teilzunehmen. Die Anregung zu diesen gemeinsamen Besprechungen ging aus der Mitte der Schwester-Gruppe hervor und fand auch bei den Christlichsozialen und sozialdemokratischen Abgeordneten zunächst der Alpenländer Anklang.

Im Herrenhause hielten die Verfassungs- und die Gruppe der Mittelpartei Plenarversammlungen ab. Im nachstehenden setzen wir den Sitzungsbericht aus dem Abendblatte fort:

### Anfragen über die Reise Tiszas nach Bosnien.

Die Abgeordneten Dr. Korofec, Stanek und Genossen richten an den Ministerpräsidenten folgende Anfragen:

1. Reiste Graf Tisza nach Kroatien, Dalmatien und Bosnien als Homo Regius oder wenigstens mit Vorwissen der

österreichischen Regierung? Was für Instruktionen bekam er mit?  
2. Wenn die Regierung Tisza desavouiert, wie erklärt sie, daß I. I. und L. u. L. Beamte in Sara, in Sarajevo sowie daß dem Grafen Tisza während der ganzen Reise der gesamte offizielle Apparat zu Diensten standen?  
Wer verantwortet in diesem Falle, daß illegitimierte Fremdlinge offizielle Institutionen mißbrauchen?

3. Hat die Regierung ausdrücklich oder vielleicht wenigstens durch passives Zusehen Ungarn eine Zustimmung oder Ermächtigung zum magyarischen Ungliederungsplan gegeben? Welches ist ihr Programm betreffend Bosniens und der Herzegowina?

4. Findet es die Regierung mit der offiziellen Mission Tiszas vereinbar, respektive war es auf offiziellem Boden angeeignet, daß sich Tisza so anmaßend benahm und derartige Äußerungen über das österreichische Parlament und die Regelung der Grenzen Serbiens abgab? Findet die Regierung, daß durch Verwendung solcher Leute, wie es Tisza ist, und überdies mit einem derartigen Benehmen das Ansehen der Monarchie und Dynastie im Süden gestärkt wird?

### Die Note des Grafen Burian.

Die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Ritter von Wastisko und Genossen stellen einen Antrag betreffend die letzte Friedensnote des Grafen Burian. „Es wird beantragt, die Regierung werde aufgefordert, dahin zu wirken, daß künftighin alle vom Ministerium des Äußern beabsichtigten, die Friedensaktion betreffenden Schritte erst nach Anhörung der Meinung des Reichsrates, beziehungsweise der Delegationen unternommen werden.“

### Anfragen über die Angliederung Ostgaliziens an Polen.

Die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Dr. Eugen Bemickij, Dr. Der Daczynskij und Ritter v. Wastisko stellen einen Antrag betreffend die vom gegenwärtigen Minister des Äußern und der Regierung mit Energie betriebene Aktion mit dem Ziele der Auslieferung Ostgaliziens an das Königreich Polen. Die Regierung wird aufgefordert, folgende Aufklärungen zu erteilen:

1. Beruhen die Zeitungsberichte über die Haltung der I. I. Regierung in Sachen der zukünftigen staatsrechtlichen Stellung Ostgaliziens auf Wahrheit und wenn ja, womit kann es die Regierung beantworten, daß sie es wagt, eine Politik zu unterstützen, welche die Auslieferung von dreieinhalb Millionen Ukrainern an ihre Erbfeinde zum Zwecke hat?

2. Was gedenkt die Regierung zu tun, damit der vom Minister des Äußern geführten Aktion für die Auslieferung von ganz Galizien an das Königreich Polen, welche Aktion die schlimmsten Folgen im Osten der Monarchie hervorzurufen geeignet ist, ein Ende bereitet werde?

### Anträge zur Wiederherstellung des polnischen Reiches.

Die Abgeordneten Daszynski, Glombinski, Tertil stellen einen Antrag betreffend die Friedensaktion, welcher besagt:

I. Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Wir anerkennen das Recht eines jeden Volkes, über seine staatliche Form selbst zu bestimmen, und streben einen Weltfrieden an auf Grund der Verständigung aller Völker, um einem jeden Volke die volle staatliche Unabhängigkeit zu verwirklichen und zu sichern; wir verwerfen entschieden jede geheime Diplomatie, die über das Schicksal der Völker ohne deren Wissen und Einwilligung entscheiden will. Wir bekämpfen den Militarismus und Imperialismus eines jeden Volkes und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Weltkrieg mit der Schaffung eines Bundes freier Völker und der Bildung eines internationalen Schiedsgerichtes enden soll.

Diese Grundlagen des Völkerfriedens können nur auf einem internationalen Friedenskongresse unter entscheidender Mitwirkung der Vertreter aller Völker geschaffen werden. Der Friede kann nur dann dauerhaft sein, wenn den Geboten der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit entsprochen wird, das ist wenn die Unabhängigkeit sämtlicher gegenwärtig beherrschten Völker in vollem Umfange wiederhergestellt werden wird.

II. Von diesen Grundsätzen geleitet, erklären wir Vertreter des polnischen Volkes in Oesterreich:

1. Wir erachten die Teilung Polens als einem an dem polnischen Volke verübten Gewaltakt, wir verlangen die Wiederherstellung des unabhängigen, aus sämtlichen polnischen Teilen zusammengesetzten polnischen Staates, somit mit eigener Meeresküste und aus den vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten, insbesondere Schlesien.

2. Wir verwahren uns dagegen, daß die polnische Frage als eine innerpolitische Angelegenheit irgend einer der Teilungsmächte betrachtet und verhandelt werde, wir verwerfen jede einseitige Lösung der polnischen Frage und verlangen die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Friedensweltkongresse, welcher die polnische Frage zu lösen hat.

III. Unsere Freiheit anstrebend, frei von jeder Absicht, über ein anderes Volk zu herrschen, unterstützen wir das Streben eines jeden Volkes zur Erreichung seiner vollen Unabhängigkeit.

Formell wird beantragt, diesen Antrag einem aus dreißig Mitgliedern zu wählenden Ausschuss zur Berichterstattung binnen 14 Tagen zu überweisen.

### Zusammentreten österreichischer und ungarischer Parlamentarier zur Feststellung der Friedensbedingungen.

Abg. Dr. Osner stellt folgenden Antrag: „Die I. I. Regierung wird aufgefordert, den I. u. L. Minister des Äußern zu veranlassen, er möge Vertreter des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses ehestens einberufen, um hierbei gemeinsam die Friedensbedingungen zu beraten und insbesondere die 14 Punkte der Note Wilsons auf Erfüllbarkeit einer eingehenden Beratung zu unterziehen.“

### Gegen die Konfiskation des Friedensantrages der Sozialdemokraten.

Abg. Seitz verweist darauf, daß die Zensur von dem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten den Punkt 5 und 6 unterdrückt habe. Das Abgeordnetenhaus stehe demnach vor der in der Geschichte aller Parlamente unerhörten Tatsache, daß es über einen Gegenstand verhandeln solle, den das Volk nicht kenne. Die Unterdrückung stelle entweder einen unglaublichen Uebergriff der Staatsanwaltschaft dar oder, wenn der Zensur bei der Regierung vorher angefragt haben und diese Unterdrückung über Weisung verfügt haben sollte, liege darin eine geradezu verbrecherische Dummheit der Regierung. Das Abgeordnetenhaus habe die Pflicht, sofort gegen diese Unnahung Stellung zu nehmen und das Notwendige zu verfügen.

bewährten 3. Marine-  
1 holsteinische, brandenburg  
3 feindlichen Ansturm zum  
Feindeshand.

## Die Lage und die Stimmung in Deutschland.

Von unserem deutschen B-Mitarbeiter.

I.

### Wirtschaftliches und Militärisches.

Die öffentliche Meinung in den Ländern um Deutschland herum wendet sich heute allgemein den Stimmungen zu, die in dieser kritischen Zeit das deutsche Volk beherrschen. Ihr Mitarbeiter kehrt gerade von einer Reise durch Deutschland zurück, die ihn in die verschiedensten Gegenden des Reiches, nach Nord- und Süddeutschland, in große Städte wie Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Karlsruhe, Frankfurt führte. Er benutzte mit Vergnügen die Gelegenheit, ohne Schönfärberei eine knappe Skizze der Stimmungen und der Lage zu entwerfen, die er in Deutschland antraf.

Wenn nicht ernste und hochpolitische Fragen in dieser Zeitspanne in erster Linie die Aufmerksamkeit beanspruchen würden, so müßte unser Interesse zunächst den wirtschaftlichen Angelegenheiten gelten, die man lange immer als das wichtigste Moment ins Auge faßte, sobald man das Durchhaltevermögen des deutschen Volkes beurteilen wollte. Aber auch in dem Komplex der gegenwärtig im Vordergrund stehenden Fragen verdient das für jede deutsche Politik und alle Volksstimmungen überaus wichtige wirtschaftliche Problem eine kurze Erwähnung. Ich will den Leser nicht ausführlich mit selbst erlebten Kleinigkeiten langweilen, nicht im einzelnen nachweisen, daß die Lebensverhältnisse unendlich erträglicher sind, als man es sich meistens im Zustande vorstellt, daß unter Entbehrungen oft nur der Verzicht auf eine überaus reiche und bequeme Ernährungs- und Lebensweise, wie sie für das Deutschland vor dem Kriege charakteristisch war, verstanden werden darf, daß die hohe Preisbildung in Deutschland, die den Deutschen so sehr verdrießt, in vielen Beziehungen keinen übermäßigen Abstand von den hochgeschwollenen Preisen aufweist, die man jetzt auch in der Schweiz bezahlt, daß die Verkehrsverhältnisse noch überraschend gute sind, und daß die Bevölkerung sich, in der Produktion und im Verbrauch, in oft bewundernswürdiger Weise den neuen Notwendigkeiten angepaßt hat. Mehr als all dies dürfte den Leser die Entwicklung in der Zukunft interessieren. Meine persönlichen Wahrnehmungen stimmen mich hier recht optimistisch. Ich würde es aber nicht wagen, diesen Optimismus weiterzugeben, wenn er nicht bestätigt würde durch genaue und aufschlußreiche Mitteilungen, die ich von zahlreichen sachmännlichen Persönlichkeiten erhielt und die auf mich den überzeugendsten Eindruck machten.

So hatte ich u. a. Gelegenheit, mit Herrn Generalsekretär Stegerwald zu sprechen, der im Vorstand des Kriegsernährungsamtes sitzt und als einer der bestunterrichteten Persönlichkeiten auf dem Gebiete des deutschen Ernährungswesens gelten darf. Aus den günstigen Mitteilungen, die er mir machte, möchte ich hier nur einige seiner Angaben über die Nahrungsmittelverhältnisse in der nächsten Zeit wiedergeben. Was die Fleisch- und Obstverteilung betrifft, dürfte sich nach diesen Angaben die bisherige Lage kaum bessern. Die Fett- und Kartoffelversorgung erscheint gesichert. Die Naturbuttermengen dürften zwar etwas geringer werden, dafür besitzt man zur Herstellung von Margarine größere Mengen von Rohstoffen als voriges

Jahr und die Qualität dieser Rohstoffe ist ebenfalls weit besser als bisher. Günstig konnte Generalsekretär Stegerwald sich über die Versorgung mit Zucker und Gemüse aussprechen, die reichlicher als früher ausfallen wird. Endlich darf erklärt werden, daß auch die Versorgung mit Brotgetreide, mit Nahrungsmitteln — wie Graupen, Ories, Grütze, Haferflocken, Teigwaren — und mit Futtermitteln viel gesicherter ist als im Vorjahre. An ein Scheitern des Krieges wegen Nahrungsmittelmangels ist nicht zu denken. Die Ernährung des Heimatgebietes erscheint im großen und ganzen trotz aller großen und unvermeidlichen Schwierigkeiten gesicherter als im letzten Kriegsjahre, und die Ernährung des Heeres steht naturgemäß auf einer viel breiteren Grundlage, ist von allen Schwankungen in der Heimat unabhängig und auf Jahre hinaus unter allen Umständen ausreichend.

Ueber die nicht minder wichtige Frage der Bekleidungsverhältnisse erfuhr ich von anderer sachmännlicher Seite, so auch im Reichswirtschaftsamt, daß auch hier die Lage nur zu Vertrauen berechtigt. Eine der leitenden Persönlichkeiten auf diesem Gebiete faßte das Problem mit folgenden Worten zusammen: „Worauf es ankommt, ist einfach dies: Wir müssen uns mit einfacheren Verhältnissen begnügen; dann kommen wir in durchaus befriedigendem Maße auch bei längerer Kriegsdauer aus.“ Tatsächlich reichen dann Wolle, Baumwolle und Kleiderbestände, ergänzt durch Ersatzfaserstoffe auf Jahre hin. Die Schuhversorgung der Zivilbevölkerung wird ebenfalls auf keine ernsten Schwierigkeiten stoßen, wenn sich die breiten Volksschichten daran gewöhnen, im Sommer leichteres Schuhwerk und Holzsandalen zu tragen. Unter dieser Voraussetzung werden die Lederbestände auch für die Zivilbevölkerung genügen. Um das Heer braucht man sich ebensowenig wie in der Ernährungsfrage Sorgen zu machen. Bekleidungsstoffe und Leder sind in gewaltigen Mengen für den Bedarf der Truppen vorhanden. Die Einschränkungen, die nun einmal die Zivilbevölkerung hinnehmen muß, rühren ja in der Tat zum Teile von der weitschauenden Fürsorge her, die auf Jahre hinaus zunächst einmal die deutsche Streitkraft sicherstellen wollte. Im großen und ganzen kann also von den Bekleidungs- und Ernährungsverhältnissen der Zivilbevölkerung gesagt werden, daß sie die hohen Ansprüche, an die sich weiteste Volkskreise gewöhnt hatten, auf ein bescheidenes Niveau zurückschraubten, ein Niveau, das vielleicht den einfacheren Verhältnissen vor dem Siebziger Kriege entspricht, daß diese Sachlage strenge Wachsamkeit der maßgebenden Behörden und opferwillige Hingabe der Bevölkerung erfordert, sich aber durchaus in den Grenzen einer erträglichen Lebensführung hält und zweifellos auch in einem noch sehr lange währenden Kriege aufrechtzuerhalten ist.

Man war lange im Auslande geneigt, die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands als besonders gefährlich für die Lage und die Volksstimmung anzusehen, während man in die militärische Lage größeres Vertrauen setzte. Seit den letzten Ereignissen an der Westfront hat sich dieses Urteil hier und da verschoben, und die Vorgänge auf dem Balkan, die gegenwärtig das politische Interesse in so starkem Maße fesseln, haben zu dieser ungünstigen Beurteilung der militärischen Verhältnisse beigetragen. Ich glaube ohne Uebertreibung feststellen zu dürfen, daß man in allen urteilsfähigen Kreisen des deutschen Volkes auch heute die militärischen Dinge weiter sehr zuversichtlich beurteilt. Aus Gesprächen mit Militärs aller Schichten, einfachen Soldaten, die von der Front in den Urlaub fuhren oder nach kurzem Aufenthalt in der Heimat wieder ernst, aber ruhigen Mutes an ihren Posten im Felde zurückkehrten, mit Frontoffizieren, die ein überraschend kläres und vorurteilsloses Urteil über die politischen und militärischen Ereignisse abgaben, endlich auch aus Gesprächen mit höheren Generalstabsoffizieren ergab sich für mich immer wieder dasselbe Bild: der Mißerfolg im Westen lag daran, daß der letzte deutsche Offensivstoß, der als überraschend gedacht war, vom Feinde erwartet wurde und daß sich angesichts dieser neuen Sachlage der Rückzug auf festere Stellungen als notwendig erwies. Das Vertrauen in die Schlagkraft des Heeres wurde dadurch nicht erschüttert und konnte umsoweniger erschüttert werden, als ja gerade dieser Rückzug, trotz der unvermeidlichen und offen zugestandenen Verluste, nie ohne die überlegene deutsche militärische Leistung, nie ohne die ungebrochene Tüchtigkeit der deutschen Truppen möglich gewesen wäre. Die Ueberzeugung, daß der

feindliche Ansturm ergebnislos bleiben wird, daß das seit vier Jahren siegreiche deutsche Heer auch weiterhin erfolgreich die deutsche Position verteidigen und wahren wird, ist allgemein. Kein Militär glaubt an das Gelingen der feindlichen Pläne, keiner zweifelt an der erfolgreichen Durchsetzung der deutschen Kriegsführung. Und auch die Volksmeinung urteilt trotz mancher Enttäuschungen kaum anders. Die Depression, von der mehr in den staatsmännischen Reden und Beruhigungsversuchen als im Volke selbst gesprochen wird, beruht in der Tat nicht auf militärischen Sorgen. Sie hat ihre Ursache in dem starken Friedenswillen des Volkes, das angesichts der friedensfeindlichen Haltung der Ententeregierungen einen schnellen Frieden, einen Frieden in diesem Jahre, nur von dem günstigen Verlauf der deutschen Westoffensive erhofft hatte. Der Rückschlag im Westen bedeutete somit eine Enttäuschung dieser Friedenshoffnung, den Zwang, noch im nächsten Jahre weiter zu kämpfen, und als logische Folgeerscheinung: neue, starke Erbitterung gegen die Feinde, die keinen Verständigungsfrieden wollen, und die wachsende Erkenntnis, daß heute zur Erreichung des Friedens die starke Zusammenfassung aller militärischen und politischen Kräfte notwendiger ist denn je. Nur unter diesem Gesichtspunkt begreift man, daß die Vorgänge im Balkan weniger deprimierend als aufpeitschend wirken und daß alle Blicke sich jetzt nur noch zuversichtlicher auf die Westfront richten, die ja in diesem Kriege stets als entscheidend galt. Und unter diesem Gesichtspunkt allein kann man auch nur die innerpolitischen Vorgänge und allgemein politischen Stimmungen in Deutschland, auf die wir in einem zweiten Artikel zurückkommen werden, verständnisvoll und vorurteilslos beurteilen.

die Zusammenfassung ihrer Beute seit dem Beginn ihrer Gegenoffensive im Juli. Danach hat sie mehr als eine Viertelmillion deutscher Soldaten gefangen und mehr als dritthalb tausend Geschütze eingebracht. Das sind bedeutende Ziffern, die es recht unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß Hindenburg bei seinem 71. Geburtstage über eine große überraschende deutsche Gegenoffensive nachsinnen wird. Sicherlich mag Deutschland noch Reserven genug besitzen, um eine gewisse Zeit die Verteidigung fortzuführen; doch der Zweck solchen hoffnungslosen Durchhaltens ist nicht recht einzusehen, wenn man seine Entschlüsse nicht von Stolz, Leidenschaft oder Verzweiflung, sondern von ruhiger Ueberlegung diktieren läßt. Es scheint, als ob man in Deutschland nach Tüchtigkeit zu vermeiden trachtete, den Krieg in Bulgarien zu führen und sich mit dem Wege von Odessa nach Konstantinopel begnügen wolle; offenbar, um Mannschaften zu sparen. Entgegen allen Beschönigungen wird man, wenn man den Stand der Dinge vorurteilslos betrachtet will, folgendes annehmen dürfen: Deutschland ist wohl erschüttert, jedoch nicht gebrochen, seine Mittel reichen bei vorerst besserer Inlandversorgung für eine geraume, zwar nicht abzuschätzende, jedoch nicht unbegrenzte Zeit des Widerstandes aus; seine innere Beunruhigung ist stark, die sogenannte Parlamentarisierung bedeutet an sich natürlich einen unleugbaren und begrüßenswerten Fortschritt, muß jedoch erst durch unwiderlegliche Tatsachen sich dokumentieren und darf nicht das sein, was Balfour soeben „oberflächliche Veränderungen“ nannte. Der Kaiser hat den Systemwechsel, das beweist sein Erlaß allen offiziellen Deutungsfunktionen zum Trost, nur verdrossen und gezwungen bewilligt. Für die gegenwärtigen Machthaber bedeutet der Wechsel eine bloße Kriegssicherung; sie mußten eben jenes Ventil öffnen, wenn sie die bedrohliche Stimmung in Heer und Volk besänftigen wollten. All dies würde weiter nichts schaden, wenn die Abgeordneten und das deutsche Volk begriffen, worauf es ankommt und schonungslos den Weg der völligen inneren Neugestaltung bis zum Ende gehen würden. Solange jene Umgestaltung nicht im Wege ist, wird man sie mit Sympathien und Wünschen begleiten, jedoch sich vor trügerischem Optimismus und Schönfärberei hüten. Dabei darf leider nie vergessen werden, was sehr möglich ist, daß sie zu spät kommt, denn die Zuversicht der Entente scheint ebenso unermeßlich wie ihr Heißhunger. Es ist in der Geschichte wie im Leben sehr wichtig, wann man etwas tut und ob man die richtige Zeit nicht veräußt hat. Natürlich gilt auch hier der Satz „besser spät, als gar nicht“; doch muß man vor Illusionen warnen.

In großen und leider recht vieldeutigen Reden haben Wilson und Balfour eine Art moralischer Bilanz gezogen. Wilson hat wieder Worte gefunden, die zu dem Empfinden eines jeden Menschen von heute sprechen; daneben finden sich jedoch Ausdrücke wie „das Wort von Geächteten“, auf Deutschland angewendet, die nicht eben beitragen können, dort für die Ideen des Präsidenten zu werben. Soweit man jene Allgemeinheiten konkretisiert, wird man finden, daß sie tatsächlich die Grundlage eines Friedens der Gerechtigkeit bilden. Wilson verweist auf die Wendung der Kriegeziele von rein nationalen zu allgemein menschlichen; er will keinen Unterschied in der Gerechtigkeit, keine besondere Vorzugsberücksichtigung der Interessen irgend einer Nation; er mehrt sich gegen Bündnisse und Botschaften und versichert, daß die Union keinerlei sie bindende Abmachungen unterzeichnet habe. Der Präsident wünscht nicht, daß es den starken Nationen noch frei stehe, schwache zu unterdrücken und sie ihren Zwecken und Interessen zu unterwerfen — ailt dies auch für die Araber in Tripolis, Algerien und Tunis, für die Iren, für die Deutschböhmern? Wie denkt sich Wilson das Schicksal der großen, oft in geschlossenen Grenzgebieten wohnenden nationalen Minderheiten, der Ukrainer in Ostgalizien, der Deutschen in den Sudetenländern? Seine Grundfährte sind vortrefflich, aber sie können nicht klar genug ausgedrückt sein, wenn ein so offener Imperialist wie Balfour ihnen seine warme Anerkennung zollt. Nach Balfour ist es unbedingt notwendig, daß Deutschland sich beim Friedensschlusse in einer solchen Lage befinde, „daß alle seine Träume von Weltherrschaft vor seinen Augen zunichte werden, während den anderen in gleichem Maße ihre Macht gelassen wird.“ Das ist zur Hälfte ausgezeichnet, sofern er die Vernichtung der erträumten deutschen Weltherrschaft anlangt, aber zur andern Hälfte aufreizend und ungerecht, soweit es die den anderen in gleichem Maße gelassene Macht anlangt. Dabei soll sie nicht bloß den Ententationen gelassen, son-

ern sogar noch vermehrt werden. Wilson fordert auch den „allgemeinen Maßstab von Recht und Freiheit für alle Völker“ — wo ist er, wenn die englische Weltherrschaft in allen fünf Kontinenten bestehen bleibt und dazu noch um Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palästina bereichert wird? Wenn Deutschland allein ohne Kolonien dasteht, allein unter läche Volksgenossen bei Polen, Rumänen, Tschechen, Franzosen zu erlösen hätte? Niemals kann und wird es irgend ein System in Deutschland geben, das dies billigen und sich damit abfinden wird; dazu müßte der Nationalismus und das Bewußtsein gar nicht so aufgezüchtet sein, wie Deutschland der Fall ist; das erträgt kein mächtiges Volk, das ist wider die Natur und die Gerechtigkeit.

Der allgemeine Maßstab von Freiheit und Gerechtigkeit ist sicher der große rettende Gedanke des Fortschrittes, aber wo ist er in den Kriegszielen, wie Balfour sie aufzählte? Es soll nicht behauptet sein, daß sie durchaus schädlich sind; ihrer Mehrzahl nach sind sie begrüßenswert. Aber sie sind ungerecht, solange aus ihnen nicht der ehrliche Wille hervorgeht, ebenso dem eigenen Imperialismus zu entsagen, wie man es von den Deutschen verlangt. Die deutschen Minderheiten in der Bukowina, Siebenbürgen, Böhmen, Mähren, Schlesien zu unterdrücken, Danzig den Polen zu geben, aber noch den letzten Italiener, Franzosen, Rumänen und Serben in seinen Staat hineinzuführen, das widerspricht den Grundsätzen des Präsidenten, das ist keine unparteiische Gerechtigkeit. Wenn der Präsident gegen alle gerecht zu sein wünscht, wenn er auf dieser herrlichen Grundlage den Völkerbund errichten will, wenn er die Regierungen der Mittelmächte zu beseitigen begehrt und nicht bloß auf die Stimmen seiner Toten achtet, sondern auch auf die Stimmen jener, die durch Macht- und Verschmetterungspläne jetzt und später ihr liebes Leben verlieren, wenn er sich und sein Land nicht zum Soldaten einer Gruppe von Nationen zu erniedrigen, sondern es als den großen Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit zum edelsten aller Völker zu erheben wünscht, dann spreche er endlich deutlicher, dann zeige er der leidenden Welt, daß er keinen doppelten Maßstab anwendet. Am Tage, da er den Deutschen dies beweist und den österreichischen Völkern das Bild des großen österreichischen Staatenbundes vorzeichnet, der ihnen allen die Freiheit gibt und sie dennoch nicht zerreiht und mit einander für immer verfeindet, zerbrechen alle Mächte der Vergangenheit, und er wird dann endlich unmittelbar zur Seele der mittelmächtigen Völker sprechen und rascher, stärker und besser siegen, als Foch und Pershing je zu siegen vermögen, ob sie auch dereinst über Brandstätten und Leichenberge nach Deutschland dringen. Wenn die Pläne, wie Balfour sie entwickelte und wie sie der europäischen Entente vorstehen, sich verwirklichen, so wäre dies eine oberflächliche Veränderung; ein alter Imperialismus wäre nur einem anderen, der emporkommen wollte, erlegen. Und jene oberflächliche Veränderung wäre tausendmal gefährlicher als die deutsche; denn die deutsche Freiheit wird kommen, gründlicher und umfassender als man heute noch glaubt und als das an der Gural gefasste deutsche Volk vorerst selbst noch weiß. Dies ist gewiß und unaufhaltsam; dies certus est, incertus quando, sagen die Juristen. Aber der Gewaltfriede der Entente wäre nicht so gewiß und rasch zu beseitigen und würde schwerer auf der Zukunft lasten. Mehr Wilson und weniger Balfour — dies wäre Hilfe!

### Oberflächliche Veränderungen.

# Wir können in den letzten Tagen beobachten, wie beide Koalitionen sich vor ihren Wählern und der Welt durch möglichst vorteilhafte moralische und materielle Bilanzen zu rechtfertigen suchen. Deutschland tut dies auf doppelte Weise, einerseits durch seine Regierungsänderung, über die irgend etwas Neues oder gar Entscheidendes vorerst noch nicht zu berichten ist, andererseits durch allerlei Versuche, die Stimmung zu kräftigen. Das Erprobteste dabei ist, sie bereits als gekräftigt hinzustellen, und das geschieht denn auch seitens der verschiedenen offenen und versteckten Propagandisten, die nach einem kurzen Augenblicke des Erschreckens wieder mit neuem Eifer an ihre verderbliche Arbeit gehen. Zuerst wird behauptet, die Stimmung im Hinterlande sei gar nicht erschüttert, jene der Front durchaus zuversichtlich. Das erste ist sicherlich eine kräftige Uebertreibung, das zweite mag noch immer bis zu einem gewissen Grade seine Geltung haben. Es ist doch höchst unwahrscheinlich, daß sämtliche Zeitungen gegen die Verzweiflung ihrer Leser und gegen die Flaumacher meißelten, wenn es sich hier um ganz vereinzelte Erscheinungen handeln würde, und die von sämtlichen deutschen Führern ergangenen Aufforderungen wären dann ganz unverständlich. Die Front hat sicher die Vorteile der großartigen deutschen Militärmaschine bewahrt; immerhin sprechen die andauernden Rückzüge mit ihren im Vergleich zu früher viel bedeutenderen Verlusten an Gefangenen und Kriegsmaterial eine Sprache, die beweist, daß der deutsche Soldat von 1918 nicht mehr derselbe ist wie es der deutsche Soldat von 1917 war. Ein solcher Hinweis ist wahrlich nicht als Tadel gedacht; die Leistungen des deutschen Heeres bleiben, was Hingabe, Fähigkeit und Selbstverleugnung anlangt, für alle Zeiten eine fast unbegreifliche Leistung. Aber es war eben unmöglich, daß solche Erschütterungen ganz unbemerkt an ihm vorübergehen sollten. Das Bewußtsein, auf alle Eroberungen zu verzichten und sich nur noch für Haus und Hof zu schlagen und ein Vaterland zu verteidigen, in dem man endlich selbst der Herr geworden ist, mag ja vielleicht noch schlummernde Kräfte wecken; abschätzen läßt sich das vorerst kaum. Gewiß ist, daß die Ernährungsbedingungen in Deutschland für den Augenblick tatsächlich geringere sind als vorher. Aber dabei soll nicht vergessen werden, daß es jetzt Obst und Gemüse in Fülle gibt, die neue Ernte eingebracht wurde und die Wege nach Rumänien, Bulgarien, Serbien und der Ukraine noch offen stehen. Wie sich dies gestalten würde, wenn einige Monate verstrichen sind und Deutschland jener Zufuhrgebiete beraubt, wieder vielleicht an einer Ostfront schwer zu kämpfen hat, muß bei einer richtigen Kräftebilanz auch bedacht werden.

Die Entente führt ihrerseits ihre Bilanz nicht bloß durch ihre Heeresberichte, sondern auch durch

Herrnhause schon vergessen, wo die auf dem Schachfelde geschlagenen Generale gegen ganze Völker ihre nichtswürdigen Denunziationen erhoben haben. Und jetzt soll unser Friede aufrichtig sein? Das ist ein erzwungener Friede. Das ist ein falscher Friede, ein Friede, dem die Völker nicht werden trauen können.  
(1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

### Die Abordnung aus dem Herrenhause beim Grafen Burian.

Heute vormittag trat die Verfassungskommission des Herrenhauses abermals zu einer Sitzung zusammen. Die Beratung wurde um 1/2 Uhr unterbrochen, da sich um diese Zeit die gemeinsame Abordnung der Verfassungskommission und der Mittelpartei zum Minister des Äußern Grafen Burian begab, um dort Aufklärungen über die außenpolitische Lage zu erhalten.

Die Abordnung der Mitglieder der Verfassungskommission und der Mittelpartei des Herrenhauses konnte vom Grafen Burian nur einen Bericht über die auswärtige Lage entgegennehmen, da die Kürze der dem Minister zur Verfügung stehenden Zeit es nicht gestattete, auch ihrerseits Fragen an den Minister zu stellen. Die Deputation begibt sich deshalb morgen mittag noch einmal zum Grafen Burian. Die Mitglieder der Verfassungskommission erstatteten ihrer Partei über die Mitteilungen des Grafen Burian Bericht. Die Verfassungskommission wird ihre Beratungen Samstag fortsetzen.

### Besprechungen des Hofrates Lammasch mit Abgeordneten.

Heute vormittag erschien Herrenhausmitglied Hofrat Professor Dr. Lammasch im Hause und konferierte längere Zeit mit verschiedenen Abgeordneten, darunter mit Tuszar und Seib. An diese Besprechungen knüpften sich sofort Gerüchte über eine Mission des Hofrates Dr. Lammasch, der aber, befragt, erklärte, er beabsichtige, sich lediglich bei den Abgeordneten über die Stimmungen in den Parteien zu informieren, da er in einer der nächsten Sitzungen des Herrenhauses in einer längeren Rede das Wort ergreifen werde.

### Anfrage über die Zustände in Rumänien.

Die Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen haben an den Ministerpräsidenten folgende Anfrage über die Zustände in Rumänien gerichtet:

In den letzten Tagen wird die Bevölkerung neuerlich durch Gerüchte über die Gefahren, die der Monarchie infolge der Ereignisse in Bulgarien von Rumänien aus drohen sollen, beunruhigt. Diese Gerüchte haben eine derartige Verbreitung gefunden, daß eine Aufklärung nicht nur über die Absichten Rumäniens, soweit sie sich von hier aus erkennen lassen, sondern auch über die Möglichkeiten Rumäniens, wieder als kriegsführende Macht aufzutreten, dringend notwendig erscheint.

Zur Zeit, als Graf Czernin die rumänischen Friedensverhandlungen eingeleitet hatte — es war dies kurz vor seinem Abgange — ersuchte ihn Abgeordneter Dr. v. Langenhan in seiner Eigenschaft als Delegierter um Aufklärungen über die Verhandlungen, und zwar insbesondere darüber, wiewo es komme, daß Graf Czernin mit dem als unzuverlässig bekannten König verhandle, wiewo, welche Garantien Graf Czernin festzusetzen gedenke, um die dauernde Neutralität Rumäniens zu sichern. Der damalige Minister des Äußern gab dem Delegierten Dr. v. Langenhan bereitwillig Auskunft und erklärte, daß sowohl er als Herr v. Kühnemann nicht aus Neigung, sondern aus Zwang mit König Ferdinand verhandeln. Wenn die Vertreter der Mittelmächte sich auf den Standpunkt stellen würden, nicht mit König Ferdinand verhandeln zu wollen, eine Möglichkeit, die ungewis ist, so würde der König sich, um sich zu retten, seiner Armee in die Arme werfen, um, gestützt auf ihren noch bestehenden kriegerischen Geist, den Krieg fortzusetzen. Eine Fortsetzung des Krieges aber würde die Mittelmächte nicht nur große Opfer kosten, sondern sei auch aus anderen militärischen Gründen nicht erwünscht.

Auf die zweite Frage übergehend, erklärte damals Graf Czernin ausdrücklich, daß selbstverständlich ein mit König Ferdinand geschlossener Friede nur dann möglich sein könne, wenn er die nötigen Sicherungen enthalte, daß Rumänien uns nicht ein zweitesmal anfallen könne, er werde diese Sicherungen schaffen; entweder müsse Rumänien mit den Mittelmächten aktiv kooperieren — Marchisoman sei nicht abgeneigt, Truppen nach Italien zu senden — oder müsse Rumänien die Mittelmächten seine gesamte Artillerie und Munition überlassen, welche nach Kriegsende ersetzt werden würde. Hierüber seien konkrete Verhandlungen im Zuge für den Fall, als ein Eingeständnis Rumäniens an der Seite der Mittelmächte nicht zustande käme. Graf Czernin erklärte dem Delegierten Doktor v. Langenhan damals auf das Bestimmteste, ohne diese beiden Sicherungen werde der Friede nicht unterschrieben werden, konnte aber den Vertrag mit Rumänien nicht zum Abschluß bringen, weil er kurz darauf aus dem Amte schied.

Die Bevölkerung hat nun ein großes Interesse daran, zu erfahren, ob die oben angegebenen Vereinbarungen mit Rumänien tatsächlich abgeschlossen wurden und ob infolgedessen eine Gefahr, daß Rumänien neuerlich gegen uns vorgehe, infolge von Mangel an Artillerie und Munition ausgeschlossen sei.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Ministerpräsidenten die Anfrage: Ist Se. Excellenz bereit, von Vorstehendem dem Minister des Äußern Kemnitz zu geben, ihn um Auskunft zu bitten und die hierüber erhaltenen Mitteilungen bekanntzumachen?

### Der Antrag auf Bildung einer deutschen Nationalversammlung.

In der gestern stattgefundenen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschen nationalen Parteien war auf Einladung des Vorsitzenden auch Abgeordneter Teufel erschienen, der dort folgenden Antrag einbrachte und begründete:

Die Verbandsvertretung hat sofort bei der Krone um eine Audienz anzusuchen, in welcher Klarheit darüber zu schaffen ist, ob die Krone auf dem Vobem der Erhaltung des österreichischen Einheitsstaates mit Aufrechterhaltung der Kronlandsverfassung steht oder aber die Umgestaltung Österreichs in einen Bundesstaat, beziehungsweise Staatenbund anstrebt und wie weit die Krone die Wilsonsche Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkennt. Falls die Krone die Wilsonsche Formel, so wie dies die Regierung Hussarek hinsichtlich der Polen bereits getan hat, ganz oder auch nur teilweise billigt, hat der nachstehende Antrag in Geltung zu treten:

Der Verband beauftragt seinen Obmann Abgeordneten Dr. Waldner, sämtliche deutsche Abgeordnete des österreichischen Abgeordnetenhauses zur Bildung einer deutschen Nationalversammlung einzuladen. Die Aufgabe dieser Körperschaft ist die Vornahme der Konstituierung einer Nationalvertretung der Deutschen Österreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die Beschlußfassung über die Form, in welcher sich das deutsche Volk mit den anderen Nationen

## Oesterreichischer Reichsrat.

Wien, 3. Oktober.

Das Abgeordnetenhause fest heute die Debatte über die Erklärungen des Ministerpräsidenten und die Friedensanträge fort. Als erster Redner sprach Abg. Daszynski.

### Abgeordnetenhause.

(86. Sitzung. — Beginn der Sitzung um 11 Uhr.)

#### Ärärungsdebatte und Friedensanträge.

Abg. Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) beschäftigt sich zunächst mit der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten. Dieser habe es für seine Pflicht erachtet, gegen den Abg. Stanek, den Obmann einer großen parlamentarischen Vereinigung, die höchsten Löhne patriotischer Entlohnung anzuschlagen. Der Ministerpräsident sei den ganzen Tag im Hause nicht anwesend gewesen. Unterdessen sei man feige gewesen, daß hier ein Protest gegen die Konstitution eines Teiles der Anträge der deutschen Sozialdemokraten erhoben werden mußte. Der Ministerpräsident sei auf den sachlichen Inhalt der Reden der Vertreter dreier großer Völker gar nicht eingegangen. Da möchte Redner den Ministerpräsidenten doch in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß der Kaiser die Verfassung Österreichs noch nicht beieidigt habe. Pflicht des Ministerpräsidenten wäre es gewesen, anstatt allgemeine Redensarten hier vorzubringen, durch den Minister für Landesverteidigung Bericht erstatten zu lassen, wie es an den Fronten aussieht, was in Bulgarien geschehen ist. Der Ministerpräsident habe nicht das Recht, von dem Ehrenschild Österreichs zu sprechen, der durch den 8. 14. und seine Wiener beschmutzt und in den Abgrund gezerrt wurde. (Lebhafte Beifall bei den polnischen Sozialdemokraten und Czechen.) Die Geschichte der Regierungen Österreichs ist eine Reihe von Trennungen gegenüber den Völkern. Freiherr v. Hussarek war Mitglied des Kabinetts Stürgkh, er hat unzählige Verbrechen mit dem 8. 14. begangen und durch seine Unterschrift bekräftigt. Wäre nicht die Krugel des jungen Adler gewesen, wären wir heute weiß Gott wo; es wäre von einem Staate Österreich vielleicht nicht die Rede.

Der Zusammenbruch des preussischen Militarismus wird vieles andere in den Abgrund mit sich ziehen. Mit ihm muß auch der altösterreichische Bureaucratismus versinken und auch der magyarische Feudalismus (lebhafte Beifall bei den Südslawen, Czechen und Polen), welcher die Methode der Entnationalisierung, die Bedrückung aller Völker bedeutete, die in sein Reich durch die Geschichte hineingezerrt wurden. Was Wunder, daß die Herzen aller unterjochten Völker in einem solchen Momente höher schlagen. Genau so hoch schlagen die Herzen der Völker, wie der Fasismus in Brüche ging. Alle Völker haben und drängen wollen den Frieden. Ihre jetzt erzwungene Friedensbereitschaft, ihr geheuchelter Friedenswille wird von keinem Volke der Welt ernst genommen werden.

Was ist der papierene Frieden des Grafen Burian im Vergleich zu der Tatsache, daß eine Woche nachher Bulgarien sich dem Frieden nähert, was bedeutet die Unaufrichtigkeit eines alten Diplomaten den Tatsachen gegenüber, die mit ebrenem Griff die Geschichte des Balkans für die Zukunft geschrieben haben. Jetzt wird man die ganze Lächerlichkeit der Zumutung ermessen können, daß man die Note noch ernst nehmen soll. Hat denn die Welt vergessen, wie man sich früher den Frieden vorstellte, hat man das Wort des ungekrönten Kaisers von Deutschland, des Hindenburg, über den harten Frieden vergessen, hat man das Wort anderer Politiker über den deutschen Frieden, pax Germanica, vergessen, die unzähligen Redensarten von höchster Stelle Deutschlands? Hat man auch vergessen, wie Graf Czernin seinen Frieden in Brest, sein schwindlerisches Meisterwerk, aus Zug und Zug zustande brachte? (Lebhafte Beifall bei den polnischen Sozialdemokraten und Czechen.) Hat man die Beschnidung Rumäniens vergessen? Wessen Friede war das? Das war der Friede Österreich-Ungarns, diktiert durch den Geist des Eisza, diktiert durch die Notwendigkeit der österreichischen Kullen dem Eisza gegenüber. Das Interesse Ungarns des Eisza verlangte es so und Wien ging geradwegs in die Falle. Hat man das widerwärtige Schauspiel im

Freitag, 4. Oktober 1918

## Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeit. 10 g. Abendblatt 40 g. Reklamen  
 2.50 Abendbl. 4.3 — 40% Feuerungszuschlag.  
 Stellungs- u. 10% Feuerung-zuschl. Familien-  
 anzeig. Sondertarif. Platz- u. 10% Vorz. ohne  
 Verbindlichk. — Anzeigen beim anst. Geschäftsstellen  
 Frankfurt a. M.: Gr. Schenkerstr. 33/37, Schiller-  
 str. 2) Mainz: Schillerstr. 1. Berlin: Mauers. 16/18.  
 Dresden: Waisenhausstr. 5. München: Fürststr. 1.  
 Offenbach: Hoherstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
 Nordstr. 62. Uns. 10 Agenturen u. Ann.-Exped.  
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
 Druckerei G. m. b. H.  
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4350.

## Der Arbeiter-Kongress in London.

zu Bern, Ende September.

Unter dem Drange der Tag für Tag auf uns einströmenden Ereignisse hat schließlich alles, was nicht unmittelbare Tat- handlung, womöglich kriegerische Aktion ist, in den Augen der großen Menge beinahe die Bedeutung eingebüßt, weil ja doch die Kanonen das entscheidende Wort sprechen müssen. Man vergißt zu leicht, daß die Kanone von Menschen gemacht und bedient wird, daß Menschen von Meinungen und Gefüh- len bewegt werden — und daß, wenn der Krieg nur lange genug dauert, die Meinung von heute sich in die Triebkraft von morgen umsetzt. Mehr als je zuvor geben sich die Mach- haber den Anschein, alles für nichtig zu halten, das nicht von ihnen selbst getan und gesagt wird; man muß ihnen nicht den Gefallen erweisen, es ebenso zu machen.

Die großen Männer der Entente, Wilson, Lloyd George und Clemenceau sind alle drei Sproßlinge des radikalen Mittel- und Kleinbürgertums. Sie verkörpern die Ideenwelt einer Klasse, die schon vor dem Kriege bei den großen Kultur- nationen nicht mehr wirklich die Entscheidung und das geistige- moralische Uebergewicht besaß, und die alsdann im Kriege überall aufs entsetzlichste hingeschwunden ist. Es besteht ein innerer Gegensatz zwischen Regierungen, deren führende Män- ner — ungeachtet der Aufnahme von Arbeitern in die Mini- sterien — denn doch instinktmäßig Anhänger individualistischer Anschauungen sind, und Massen, die alles Heil von einer bis ins Tiefste greifenden Vergesellschaftung von Leben und Wirt- schaft zu erwarten haben. Dieser Gegensatz geht wahrscheinlich in Amerika und Frankreich viel tiefer als in England, wo die soziale Gesetzgebung der Liberalen, wesentlich beeinflusst von dem mächtigen Volkstribunen, der heute unser gefährlich- ster Feind ist, eben noch Zeit hatte, die schwersten Sünden des alten Regimes wegzuräumen. Indessen wird auch in England die Stimmung unter den Arbeitern in wachsendem Maße kritisch und bereitet vermutlich schon ernste Sorge. Sie verrät sich in den fortwährend ausbrechenden Streiks. Zwar werden sie rasch beigelegt, indem gewöhnlich die Forde- rungen der Arbeiter bewilligt werden, aber dieses Aufzüngeln an den verschiedensten Stellen, das auch das untere Beamten- tum ergriffen hat, zeigt doch, daß es unter der Aufsicht des loyalen und korrekten Tradeunionismus glimmt. Selbst Herr Lloyd George hat erst ganz kürzlich in öffentlicher Rede in Manchester bekannt, daß ihm nicht wohl sei bei dem Ge- danken an die Zukunft. „Ueber ganz Europa hin sind beun- ruhigende Symptome da, und wenn wir hierzulande weise sind, so achten wir darauf und sehen uns vor. Ich habe den Horizont durchforscht und ich kann Flammenblitze am Himmel bemerken, die mir andeuten, daß schwere atmosphärische Stö- rungen in der sozialen und wirtschaftlichen Welt vorhanden sind. In der natürlichen Welt kann das Denken den Sturm nicht abwenden. In der künstlicheren Welt der menschlichen Gesellschaft kann man, wenn man beizeit an die Dinge geht, den Sturm ablenken. Ich habe meinen Landsleuten einen Rat zu geben, und ich spreche mit Ernst zu ihnen: Seid auf der Hut beizeiten . . .“ So redet man kaum, wenn die „Daily Mail“, der Stabstrompeter des unbeirrten, anti- hunnischen Vernichtungswillens die nationale Stimmung wirklich rein wiedergibt!

Immerhin ist die britische Arbeiterschaft mit der Regierung im wesentlichen noch einig und wenn der Krieg nicht mehr allzulange dauern sollte, so wird sich eine ernsthafte Aufsehnung gegen Lloyd George und seinen chauvinistischen Anhang wohl nicht geltend machen. Diese vorwiegende Stim- mung, trotz allem schweren die Politik der Entente zu stützen, beherrschte deshalb den eben beendigten Kongress der Arbeiter- und Sozialistenparteien der alliierten Länder. Sie beherrschte ihn, eben weil der Kongress in London stattfand und die Engländer mehr als die Hälfte der Delegier- ten stellten. Mit ein paar Ausnahmen kamen bei 80 bis 90 Kongressmitglieder aus Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten; die Zahl der vertretenen Ar- beiter dieser vier Länder beträgt ungefähr 12 1/2 Millionen, wovon mehr als die Hälfte auf Großbritannien fällt. Bei einfacher Abstimmung unter den Anwesenden hätten also die Briten für sich allein die Majorität gehabt; wenn den Ländern gleiche Stimmkraft gegeben wurde, so bedeutete Serbien, das auch anwesend war, ebensoviel wie Amerika. Infolgedessen verlor der Kongress einen sehr großen Teil seiner Zeit mit Debatten über die Geschäftsordnung, ohne daß es zu völliger Klarheit kam. Die Berichte zeigen sie wenigstens nicht, und in der „Humanité“ macht der Deputierte Renaudel bürgerlichen Zeitungen den Vorwurf, daß sie die Art der Abstimmung falsch angeben hätten. Im Grunde liegt wenig daran, wie ein solcher doch nur von ungefähr zusammengesetzter Kongress über seine ohnehin nicht maßgeblichen Resolutionen abstimmt. Viel mehr als auf das Was kommt es hier auf das Wie an, näm- lich auf die Debatten, insofern als die heute übliche Be- richterstattung deren Verlauf mitmachen läßt.

Es waren außer der größtenteils schweigenden und großent- teils englischen Mitte deutlich zwei extreme Flügel sichtbar. Der eine stark sozialistisch und stark antichauvinistisch! Seinen Kern bildeten die Sendboten der früheren Minderheit und letzten Mehrheit der französischen sozialistischen Kam-

sung gegeben, die sich durch den Ausdruck „Miehmacher“ als Eigentümlichkeit des deutschen Militarismus äußert. Miehmacher bedeutet nicht etwa „Defaitist“; er ist vielmehr ein Mensch, der etwas so Schönes und für jeden General Erfreuliches wie einen recht ausgiebigen Krieg den Leuten verfehlen will. Schon der Ausdruck kommt aus einer andern Gefühlswelt, die hoffentlich für immer versinkt, gleich wie das „Stahlbad“ des Krieges, das Molke einstries. Wir wollen nicht an einem einzelnen Worte und auch nicht an der nicht eben glücklichen Anwesenheit des Feldmarschalls bei der Programmberatung des Kanzlers verweilen, sondern bloß bemerken, daß sie leider ein schlimmer politischer Taktfehler war. Der Hauptvorzug des neuen Kanzlers ist der, daß er selbst politisch unkompromittiert ist, von jeder Verantwortung für den Krieg, für die Ausschreitungen der Kriegführung frei, und er muß eiferrüchtig darauf sehen, daß er nicht etwa durch seine Berater und Mitarbeiter kompromittiert wird.

Er wird heute sprechen, und viel, unendlich viel wird davon abhängen, was er sagt und ob er jenen Ton einfacher und unbedingter Aufrichtigkeit findet, der unmittelbar zu den Menschen spricht. Man darf deshalb ein wenig hoffen, weil er der erste Kriegskanzler in Deutschland ist, der nicht vor den Alldeutschen zittern muß und nicht als Beauftragter Ludendorffs spricht. Die Hezpresse in Paris und London möchte freilich die Aera der deutschen Demokratie als bloße Komödie hinstellen, als Täuschung der Welt. In aller Aufrichtigkeit sei von einem gesagt, der wahrlich kein Lobredner der Halbheiten und Kompromisse war und die deutsche Demokratie mit zornigem und beschwörendem Worte vorwärtspeitschen wollte. Jene Hezpresse lügt, und das Blut, das wegen ihrer Lügen vergossen werden dürfte, komme über sie! Kein Galgen wäre verdienstlicher als jener, den man für jene Hinterlandhelden der Völkerverhetzung aufrichten sollte, und wer weiß, was eine wahrscheinlich unheimlich bewegte Zukunft ihnen zur Strafe und uns zur Befriedigung noch aufgespart haben mag. Zögernd und ungeschickt geht das stets von Obrigkeiten und Bureautratie betreute Deutschland den Weg zur Demokratie, aber ein Blindes sieht schon, wie gewaltig der Sturm des Volkzornes ist, der es vorwärts bläst. Die Entwicklung wird bald wirbeln, und alle die kläglichen Paragrapphenschranken hinwegblasen. Wenn allerorts die Soldaten erst wieder heimkehren — man wird seine Ueberraschungen erleben — nicht nur in Deutschland, sondern mindestens ebenso fest bei der Entente. Sie werden sich dann die Leute genau ansehen, die mit ihrem Leben und graden Gliedern mutig waren.

Wird die Erklärung des Prinzen Max und das Programm des Reichstages endlich das Vertrauen schaffen können, ohne das es keinen Frieden geben kann, der diesen Namen verdient? Darauf kommt alles an, und nichts wäre falscher, als sich auf schuldiggedrechelte Worte zu verlassen. Eine Welt horrt und zwar eine überwollende, verbitterte und rachsüchtige Welt. Kein Jammer über Kriegselend, keine allgemeine Betauerungen sind da am Platze, sondern das freimütige Geständnis, daß das neue Deutschland des Volkes die Verantwortung für alle begangenen Fehler seiner Regierung ablehne, und daß es bereit sei, nach Kräften wiederherzustellen, was es zerstört habe und durch die Tat zu beweisen, daß es in Frieden und Freundschaft mit der Welt leben wolle. Durch die Tat — dies sei beachtet! Denn man verkenne nicht das Wichtigste, das diesen Tagen Inhalt und Bedeutung für sehr lange Zeiten geben wird: Die nächsten Ereignisse werden entscheiden, ob dieser Krieg durch das Schwert beendet ist und nichts weiter ist, als irgend ein anderer Krieg, nur durch seinen Umfang von seinen Vorgängern verschieden, oder ob er eine neue Form der menschlichen Gesellschaft einleitet. Gesingt es Deutschland, unmittelbar zu der Seele der Menschheit zu sprechen und endlich die Front des Mißtrauens zu durchbrechen, so wird sich gegen alle Blutfäuser und Eroberer ein Widerstand erheben,

der sie lähmen muß. Denn darum geht heute der eigentliche Krieg, der unsichtbare, und allein wahrhaft bedeutende dieser Tage: ob der Völkerbund siegt oder der Entente-Imperialismus. Diese Alternative allein und nicht die Niefenschlacht in Frankreich wird bestimmen, ob es wieder eine Lust sein wird, auf diesem Erdball zu leben, und die Entscheidung hängt von dem ab, was morgen Deutschland in letzter Stunde — verhüte Gott, daß es nicht schon zu spät sei — sagen wird. Wir zweifeln keinen Augenblick an dem Ernste der Entwicklung in Deutschland, nicht etwa, weil wir so sehr dem guten Willen der Gebietenden der „anderen Faktoren“ vertrauen, sondern weil wir wissen, daß sie nichts mehr zu gebieten haben und daß ihre Macht unterhöhlt ist. Aber wir zweifeln leider, daß Deutschland die Kraft und die rasche Entschlossenheit besitzt, schonungslos und ohne falsche Eitelkeit bis zum Ende zu gehen.

Für die Zerschmetterter bei der Entente spricht leider die Wahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen, die Gewißheit ihres Sieges, die Ruchgier und die Beute Lust. Gegen sie aber spricht das mahnende Gewissen in allen Völkern, das freilich keine Beziehungen zu den offiziellen Agenturen hat, und ihre geheime Angst, den Krieg zu verewigen, die Fülle des Leidens und das drohende Murren der Völker. Deutschland besiegen, nachdem es ohne Ueberhebung und nach Gewissensforschung sich für den Friedensbund anbietet, das mag, wenn man noch eine oder zwei Millionen Menschen morden will, gelingen. Aber niemals wird man dieses Volk zerbrechen können; noch nie war seit einem Jahrtausend ein lebendiges Volk umzubringen. Seht Polen, wie es den Sargdeckel sprengt! Die Menschen haben ihre Erfahrungen, und wenn man heute einige italienische Zeitungen liest, so empfindet man, wie eine Ahnung sie warnt, den Bogen zu überspannen. Kann es Frankreich sich gestatten, jede seiner Generationen gegen die Deutschen kämpfen zu lassen? Kann die Union, die ehrlich den Völkerbund sucht, mit Unrecht und Gewalt ihn schaffen wollen? Spüren nicht alle Führer der Entente, wie ihre beispiellos radikalisierten und proletarisierten Völker später jedes Band wirklich imperialistischer Gewalt zerreißen werden und wie sich riesiger und drohender das Gelfenst der Weltrevolution aufreckt? Nicht bloß in Bulgarien wird ein König verschwinden müssen, und man würde sich überzeugen, daß ein Sieg ebenfalls keine Rechtfertigung bringt, wenn er zu spät kommt und wenn er im Widerspruch mit der natürlichen Brüderlichkeit der Menschen steht, die sich bereits, noch unterirdisch, aber deutlich meldet.

All dies wird gesagt unter der Voraussetzung, daß das neue Deutschland, noch ein Kind, nicht bloß nach Kinderart stammelt, und nicht durch verhängnisvolle Ungeschicklichkeit seinen Feinden die Abweisung erleichtert. Diese Enttäuschung wäre furchtbar. Die Türkei steht im Zusammenbruch, und irgend eine Mißstärrepolke kann die korrupten und anmaßenden Chauvinisten des Komites für Einheit und Fortschritt, das Vernichtung und Rückschritt über das Land brachte, hinwegfegen. Oesterreich-Ungarn wird keinen Winterkrieg mehr führen, und diese Tage werden darüber entscheiden, ob es sterben muß, oder neu verjüngt als Staatenbund auferstehen kann. Schon wird vielleicht in diesem Augenblicke der Bote entsendet, der für die Völker der Monarchie den Krieg beendet, und zur gleichen Stunde kam auch Foch und Pershing der Durchbruch gelingen. Kann, muß nicht; aber die Stunde drängt und es ist notwendig, daß es die Stunde der vollsten Aufrichtigkeit und des reinsten Bekenntnisses zu einer gewaltfreien Menschheit sei. Sonst würde aus dem, was die Blutschröber der Boulevard und des Giftmischers Northcliffe „Komödie“ nennen, die schrecklichste Tragödie werden — nicht allein für Deutschland, das nicht sterben wird, sondern für alle Völker, nicht zuletzt für diejenigen der Entente, wenn sie den letzten Augenblick zur Rettung versäumen.

### Rettung oder Komödie?

# Das Weltgeschehen übereilt sein Tempo und erreicht Geschwindigkeiten, bei denen es kaum möglich ist, ihm zu folgen. In uns allen lebt das untrügliche Gefühl, daß wir, wie Lloyd George es einmal ausdrückte, am Ende des großen Tunnels ankommen; aber niemand kann noch wissen, ob sich nicht dahinter ein Abgrund öffnet, der den dahinbrausenden Menschheitszug verschlingt. Die Ereignisse dieser und der nächsten Tage und Wochen werden nicht bloß das Schicksal von uns allen bestimmen, die wir verurteilt sind, in dieser furchtbaren Zeit zu leben, sondern sie werden auch das Fatum für die kommenden Geschlechter sein und vielleicht noch Jahrhunderten ihren Stempel aufdrücken. Zunächst wendet sich die Aufmerksamkeit dem entsetzlichen Morden in Frankreich zu, und atemlos wartet die Welt, ob es Fochs Niefenhammer gelingen wird, den zurückweichenden Eisenwall des deutschen Heeres zu zerbrechen. Aber wir meinen nicht, daß dort die wahre Entscheidung falle; der Krieg ist bereits entschieden und der große Endsieg der Entente würde, so sehr das allgemeine Empfinden dieser Auffassung widerspricht, nur noch das Siegel unter einen bereits gefällten Spruch bedeuten. Die wahre Entscheidung ist viel eher abhängig von dem, was sich heute im Deutschen Reichstag ereignen wird. Der neue Kanzler Prinz Max von Baden wird dort der Welt das neue Deutschland vorstellen. Wir wissen, daß es im Innern noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden hat und erst am Anfange seines Weges steht, daß aber nichts den Lauf der Dinge wird aufhalten können. Unendlich viel wird Deutschland abzutragen haben, und vermutlich wird der gemütsarme und feinsinnige Prinz nicht die Kraft sein, der es bis zum Ziele bringt; denn solche Zeiten verbrauchen sehr rasch die Menschen und die Radikalisierung wird mit Siebenmeilenstiefeln marschieren. Wer ein wenig die Geschichte und die wahre Beschaffenheit des deutschen Volkes kennt, der wird gewiß sein, daß es nunmehr kein Zurück gibt.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Anwesenheit des Feldmarschalls v. Hindenburg bei der Festlegung des Kanzlerprogramms vielleicht manche Gemüter herabstimmen und jedenfalls Mißdeutungen erleichtern wird. Der große Feldherr hat eben wieder bei einem Empfang vor den Miehmachern gewarnt und damit ein Schulbeispiel jener Auffas-



## Die Lage und die Stimmung in Deutschland.

Von unserem deutschen B.-Mitarbeiter.

II.

### Politisches. — Der Systemwechsel.

Stärker, als man es bisher beobachten konnte, liegen in dieser jüngsten Zeit außenpolitische und innenpolitische Strömungen in Deutschland ineinander. Nichts wäre jedoch verkehrter, als die radikale Richtung, die jetzt hier wie dort eingeschlagen wird, ausschließlich als notgedrungene Folgeerscheinung der letzten militärischen und außenpolitischen Ereignisse oder als rein opportunistische Wendung anzusehen. Wenn sich auf außerpolitischem Gebiete der Versöhnungsgedanke, auf innerpolitischem Gebiete der demokratische Gedanke mit größter Entschiedenheit durchsetzt, so heißt das nichts anderes, als daß diese Gedanken längst die Deutschland beherrschenden Gedanken waren, jetzt aber leichter als bisher die ihnen entgegenstehenden Widerstände überwinden konnten.

Ich hatte Gelegenheit, über die innenpolitischen Fragen mit vielen Männern und Frauen — denn die überaus bewundernswert im harten Alltagskampf stehenden Frauen darf heute niemand vergessen — mit Persönlichkeiten aus allen politischen denkenden und wirkenden Kreisen, aus der Presse, aus der Volksvertretung, aus der Regierung zu sprechen. Besonders charakteristisch erscheinen mir die Darlegungen, die mir der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Johann Giesberts machte. Herr Giesberts, der im Zentrum eine angesehenere Rolle spielt und im Reichswirtschaftsamt als Berater des Staatssekretärs wirkt, stammt aus dem Arbeiterstande und ist heute Gewerkschaftsführer und Arbeiterssekretär. Er kam als ein typischer Vertreter der intelligenten breiten arbeitenden Volksschichten gelten. Herr Giesberts beantwortete mir einige Fragen, die ich an ihn stellte, folgendermaßen:

„Das Ausland gibt sich einer schweren Täuschung hin, wenn es an den Gedanken einer deutschen Revolution Hoffnungen knüpft. Der deutsche Arbeiter denkt nicht an Revolution. Sein Unmut entspringt in erster Linie den schwierigen Versorgungsverhältnissen und mancherlei unzureichenden Anordnungen. Vergessen Sie nicht, daß wir im Frieden viel mehr Streiks hatten als im Krieg. Uebrigens haben wir gerade im Kriege bedeutende sozialpolitische Fortschritte verwirklicht. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind anerkannt worden, sowohl durch die Behörden als durch die Arbeitgeberverbände. Bauarbeiter, Schuhmacher, Buchdrucker und andere Berufsstände erhielten regelmäßige Teuerungszuschläge zu den tariflich vereinbarten Löhnen. Wichtige Gesetze, wie das Hilfsdienstgesetz, das Gesetz über die Arbeitskammern, die Anstelltenkammern, das Nachtarbeitverbot usw. sind stets mit den Arbeiterführern vorberaten worden. Ebenso unterhielt die Regierung fortlaufende Fühlung mit den Arbeitervertretern zwecks Regelung der Arbeiterschutzgesetze. Das Koalitionsrecht wurde durch Aufhebung des § 153 erweitert, seine positive Ausgestaltung im Sinne eines staatlichen Schutzes der Tarifverträge ist in Aussicht genommen. Umfassende Maßnahmen werden unter Mitwirkung der Arbeiter für eine ersprießliche Ordnung der Wohnungsfrage vorbereitet. Aber nicht nur aus all diesen engeren Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft erwachsen sozialpolitischen Fortschritten heraus ist es zu erklären, daß, entgegen mancher falschen Ansicht im Auslande, in den deutschen Arbeiterkreisen keine antimonarchische Stim-

mung herrscht. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Programm zwar gegen die Monarchie erklärt. Doch das ist eine rein theoretische Stellungnahme. Praktisch hat sie nie Schritte gegen die Monarchie unternommen. Alle übrigen Arbeiterorganisationen, die christlichen Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine usw. stehen mehr denn je auf monarchischem Boden. Ihre Forderungen gehen nach politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung und Ausgestaltung der Monarchie zu einem Volkskaiserthum. Tatsächlich hat kein Land so zahlreiche demokratische Einrichtungen, so viel verantwortliche Selbstverwaltung in seiner Gesehgebung wie Deutschland. Die Krankenkassen, die Organisation der Alters- und Invalidenversicherung, die Gewerbegerichte sind sämtlich auf Grund eines gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes aufgebaut. Ebenso ist die Vereinsgesetzgebung freiheitlich gestaltet, was die Stärke und Güte der Arbeiter, Handwerker- und Bauernorganisationen beweist. Die deutsche Arbeiterschaft kämpft nur dafür, daß sich auch in den anderen Volksteilen, auch in der öffentlichen Verwaltung die soziale Idee noch mehr durchsetzt. Bemerkenswert ist in diesem Sinne, daß während des Krieges die Teilnahme der Arbeiter an der Regierung und den öffentlichen Behörden in großem Maße durchgeführt wurde. Im Kriegsernährungsamt sitzen sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftler in maßgebenden Stellen; in der Arbeitsabteilung des Kriegsamtes wirkt an hervorragender Stelle der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Alexander Schlotte. Arbeitervertreter wirken in den Provinzial- und Kommunalbehörden für die Ernährungs- und Wirtschaftsfragen mit. So wäre es durchaus eine Umwälzung, wenn die Sozialdemokratie in das Ministerium eintritt; es würde sich viel mehr um die logische Weiterentwicklung der bisherigen innenpolitischen Reformen handeln.“

Ueber die Frage des preussischen Wahlrechtes äußerte sich Reichstagsabgeordneter Giesberts, der, wie gesagt, auch Abgeordneter im preussischen Landtag ist, folgendermaßen: „Die Forderung nach dem gleichen Wahlrechte in Preußen ist in vielen Fällen mehr idealer als praktisch-politischer Natur. Die breiten Volksschichten verlangen die Gleichberechtigung auf Grund ihrer politischen Mündigkeit und nicht, weil etwa Korruption oder schlechte Verwaltung im preussischen Staate herrschen würden, dessen gewissenhafte Regierungs- und Verwaltungsmethoden nicht gelehrt werden können. Es muß auch gesagt werden, daß die Widerstände nicht von der Regierung kamen. Die Schwierigkeiten rühren davon her, daß die jetzigen konservativen Mehrheitsparteien im Landtag durch die Zustimmung ihre eigene politische Macht zerbrechen und ihre politischen Gegner, die Sozialdemokraten, zur Herrschaft bringen würden. Daß die konservativen Parteien sich nur schwer zu einem solchen Selbstmord entschließen können, liegt auf der Hand. Andererseits steht nun einmal die gesamte deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Richtung auf dem Boden des gleichen Wahlrechtes.“

Ueber den amerikanischen Arbeiterführer Gompers äußerte sich Herr Giesberts dahin, daß ihm seine Agitation unter den Ententearbeitern ungreiflich ist, da Gompers längst kein proletarischer Arbeiterführer mehr sei, sondern eine Regierungs-kreatur, die nach amerikanischem Muster durch die Politik Karriere gemacht habe. Herr Giesberts, der auf seinen sozialen Studienreisen durch ganz Amerika und England gekommen ist, der als ständiger Delegierter auf den internationalen Arbeiterschuttkongressen zu Paris, Zürich, Luzern, Bern, Genf usw. teilnahm, oft in der Schweiz Vorträge hielt und mit den meisten schweizerischen Arbeiterführern und Sozialpolitikern bekannt ist, sprach mir zum Schluß seine große Verehrung für die Schweiz und seine Bewunderung für ihre freiheitlichen Einrichtungen aus.

Soweit die Ansichten des Parlamentarier Giesberts. Seine Worte über die preussische Wahlrechtsfrage wurden mir oft — auf das Problem der Parlamentarisierung der Reichspolitik angewandt — von klugen Beurteilern der Lage wiederholt. Den Lesern dieses Blattes ist die starke und mächtige Bewegung, die die Frage der Parlamentarisierung in Deutschland auslöste, hinreichend aus zahlreichen deutschen Pressestimmen bekannt. Es ist auch außerhalb des Deutschen Reiches kein Geheimnis, daß die Regierungskreise der demokratischen Neuordnung im parlamentarischen Sinne durchaus geneigt sind. Das Auswärtige Amt weiß hierbei wohl die geringsten Vorurteile auf. Wenn die Gegensätze zwischen

der außenpolitischen und militärischen Leitung auch stark übertrieben wurden, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß das Kennzeichen der politischen Leitung durchaus nicht der militaristische Geist ist. Das Auswärtige Amt dachte bereits in Zeiten, in denen eine solche Gesinnung nicht gerade eine Empfehlung war, recht liberal. Da Diplomaten und hohe Militärs bisher aus denselben Kreisen hervorgegangen pflegten, kann diese moderne Gesinnung nicht an den Persönlichkeiten selbst liegen, sondern an den Tatsachen, die die Voraussetzung einer zweckmäßigen auswärtigen Politik bilden. Sie rührt her von der Erkenntnis, daß eine erfolgreiche auswärtige Politik nur dann geführt werden kann, wenn sie auf möglichst breiter Basis steht, wenn sie von dem Willen des Volkes getragen wird. Persönlich konnte ich in der Tat oft genug feststellen, daß der eigentliche Widerstand gegen die Demokratisierung nicht aus den leitenden Kreisen, sondern aus ernst zu nehmenden gewichtigen bürgerlichen Schichten der Nation selbst kam. Ein Teil der bürgerlichen Intelligenz — und, was für seine Ehrlichkeit bezeichnend ist, gerade jener Teil, der durch die Demokratisierung politisch aufsteigen würde — scheute aus politischer Ueberzeugung vor dem Sprung in das Ungewisse zurück. Militärisch denkende Leute konnten dabei vor allem darauf hinweisen, daß z. B. gerade die militärischen Erfolge der Entente erst möglich waren, als diese ihre demokratischen Staatsformen gewissermaßen aufgehoben und sich unter die Alleinherrschaft von Diktatoren wie Wilson, Lloyd George und Clemenceau gestellt hatte. Wer in den letzten Tagen der Krisis in Deutschland weilte, — und zwar noch vor dem Eintreffen der Nachrichten aus Bulgarien, mußte erkennen, daß dieses Erlebnis jetzt neue und klare politische Erkenntnisse geboren hatte und daß der demokratische Gedanke jetzt in manchen ihm früher verschlossenen Kreisen überzeugtere Anhänger fand, als in den stets auf dem Boden des Parteiprogramms demokratisch und parlamentarisch orientierten Milieus. Worauf es ankam, das war eben, daß der Risik, der in dieser Frage nicht etwa durch Volk und Regierung ging, sondern das Volk selbst durchschneit, überwunden wurde. Das ist jetzt geschehen und mußte geschehen, da kein Volk heute vielleicht seine so klare und sachliche Erkenntnis der politischen Tatsachen hat, wie das deutsche. Der Erlaß des Kaisers an den zurücktretenden Reichskanzler Hertling, der Entschluß des Staatsoberhauptes, eine vom Vertrauen des Volkes getragene parlamentarische Regierung zu bilden, die Einigung der Mehrheitsparteien über die einschlägigen Verfassungsfragen, diese ersten Nachrichten, die den aus Deutschland Kommenden in der Schweiz erreichten, waren nichts als die natürliche Krönung einer starken geistigen Entwicklung, die in kein anderes Ergebnis mehr ausmünden konnte.

Es wäre unrichtig, den Ereignissen auf dem Balkan, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die jüngsten Entschlüsse beizumessen. Diese Ereignisse haben an und für sich bereits die innere Front stark gefestigt. Die neue Festigung, die nun eine demokratische Entwicklung des deutschen Staatslebens mit sich bringen wird, die Versöhnung der Sozialdemokratie mit dem deutschen monarchischen Volksstaat seinem allerdings endgiltig aus dem Volke und seinem Staat einen gewaltigen unzerbrechlichen Block schaffen. Das neue politische Leben, das in Deutschland anbricht und dessen Morgenröte ich dort schon erblicken konnte, ist die erste große gewonnene Schlacht in dem neuen Kriegsabschnitt, der jetzt anhebt. Diese Gewißheit hat heute wohl jeder in Deutschland. Mir scheint, daß auch die Welt um Deutschland herum, die neutrale und die feindliche, sich ihr nicht lange entziehen kann. Denn jetzt muß alles Gezänke um Kriegsziele verstummen und Gegensätze gleichen sich aus. Der Krieg wird mehr denn je der Krieg des Volkes, nachdem es weiß, daß die Friedenspolitik, auf die alles hinzielt, nur noch eine Volkspolitik sein kann.

## Freier Handel und Konsumvereine.

I.

# National

## Die zwei Befehlungen.

# Die Sammlung der häßlichen und gefährlichen Schlagworte, die ein jeder Kriegstag bringt, wurde gestern wiederum unerfreulich vermehrt. Georges Clemenceau ruft auf dem Umwege über den Generatrat von St. Etienne den Franzosen zu: „Wir müssen weiter wir selbst sein, damit das von den letzten Zudungen der Wildheit geforderte Opfer sich erfülle.“ Die letzten Zudungen der Wildheit — das ist offenbar Prinz Max von Baden, der zur Zeit der größten Siege von dem Weltgewissen sprach, das hinter der deutschen Macht stehen müsse, der das Moratorium der Bergpredigt verdammt und zur Feindesliebe aufforderte, dabei von den Alldeutschen wütend angefallen! Clemenceau schleudert wieder aus der unbeherrschten Maßlosigkeit des großen Attaqueurs vor Jörn kochende Worte aus; dieser alte menschliche Vulkan ist stets in Eruption. Er türmt neue Berge von Haß auf, wenn er von dem „barbarischen Volk“ spricht, und er ruft aus, was gerade in seinem Munde sich sonderbar ausnimmt: „Es ist unsere Pflicht, aus dem Siege einen Triumph für die Menschheit zu machen.“ Uebersetzen wir das aus der Phrase ins Wirkliche: Clemenceau sagt, es ist unsere Pflicht, die rohe Gewalt an Stelle des Rechtes zu setzen, einen ehrlichen Völkerbund zu verumöglichen, die Völker der augenblicklich Frankreich feindlichen Koalition überall, wo es nur geht, unter Fremdherrschaft zu bringen, den Elässern kein Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen, sich ganz nach dem Brestler Vorbilde der preußischen Generale zu betragen, den Deutschen keine Kolonien zu lassen und nur den ebenso unklugen wie unsittlichen Gelüsten der Nachgieber zu fröhnen. Herr Clemenceau ist alt; er wird den nächsten von ihm mitgeschaffenen Krieg sicherlich nicht mehr erleben, und er sieht sein Greisenalter durch die Sonne der Siege verklärt. Allein die kommenden Franzosen würden noch weit mehr die Opfer seiner Kurzsichtigkeit werden als die Deutschen von heute das Opfer der Bismarckschen Fehler von 1871 wurden. Als Journalist und als Polemiker ist Georges Clemenceau seinem Wesen nach der Mann des Augenblicks, als solcher hinreichend durch Energie und Unbedingtheit des Willens; aber er, der notwendig für den Krieg war, bedeutet die schlimmste Gefahr für den Frieden, den Frankreich benötigt. Man kann nur die freilich leider recht unsichere Hoffnung aussprechen, daß es ihm nicht gelingen wird, die Ideen Wilsons zu verfälschen und die Zukunft Frankreichs zu verderben, nachdem er dessen Gegenwart gerettet hat.

Außer jener zu Fleisch und Blut gemordenen Marsellaise hat auch noch Orlando gesprochen, und zwar vor den onorevoli des Monte Citorio, geschickt und wirksam, was für den Sprecher einer erfolgreichen Koalition allerdings nicht sehr schwierig ist. Er hat die Tschecho-Slowaken und Südslawen begrüßt, ohne jedoch damit die Auflösung Oesterreich-Ungarns ausdrücklich zu verbinden, und er prägte, die heilige Umwandlung in Deutschland streifend, das Schlagwort von den zwei Befehlungen. Die erste sei bei den Mittelmächten schon eingetreten. Diese führten heute eine ganz andere Sprache als vor drei Monaten; aber es genüge nicht, „daß derjenige, dem sein Schlag mißglückte, nun erklärt, er verzichte auf seinen Schlag.“ Vielmehr sei eine zweite Befehlung der Mittelmächte noch notwendig, damit „die jetzt aufgeworfenen Fragen die von der Gerechtigkeit geforderte Lösung erhalten.“ In diesen Worten steckt der sichere dialektische Trick eines klugen Sachverwalters; doch wer ernsthaft aussieht, der bemerkt natürlich sofort die logischen Sprünge. Wir kennen noch nicht die Erklärungen der neuen Regierung und des Reichstages in Deutschland, aber wenn sie so ausfallen, wie man erwarten darf, und wenn sie vor allem die volle Abrüstung und das Bekenntnis zum Völkerbund erhalten, dann bedeutet dies nicht bloß den Verzicht auf diesen Schlag, um in Orlando's Bild zu bleiben, sondern überhaupt den Verzicht auf

die Möglichkeit, jemals wieder schlagen zu können, und das ist unendlich mehr. Selbstverständlich sollen die jetzt aufgeworfenen Fragen die von der Gerechtigkeit geforderte Lösung erhalten; nur wird man sich fragen, wie denn diese Gerechtigkeit beschaffen sei. Ist es gerecht, wenn nur Deutschland keine Kolonien erhalten darf, während England in fünf Weltteilen festsetzt und die ganze Erde zwischen den Mächten der Entente verteilt ist? Gerecht, wenn die Deutschen in Schlesien, den Sudeten- und Alpenländern unter fremde Herrschaft kommen, wenn man ein starkes Volk, das unendlich viel für die menschliche Besittung geleistet hat, für die Fehler einer vorübergehenden unglückseligen Entwicklung mit dauernder politischer, wirtschaftlicher und geistiger Erdrosselung bestrafen? Nein, es ist nicht gerecht und es ist auch nicht gut. Die zwei Befehlungen sind nämlich ganz anders aufzufassen, als der Sachwalter des sacro egoismo, dieses hübschen Gegenstückes zum „Papiersegen“, sie darstellt. Die erste Befehlung ist der Verzicht auf den eigenen Imperialismus, die zweite jedoch die den Mittelmächten abverlangte Unterwerfung unter fremden Imperialismus. Die erste ist eine Forderung der Sittlichkeit, die zweite eine solche der Gewalt; bei der ersten werden alle guten Europäer Orlando beipflichten und haben sie mit ihrer moralischen Autorität unterstützt; gegen die zweite wird sich ein Widerstand erheben, der, wie immer Foch siegen mag, länger dauern wird als Herr Orlando, genau so lange wie das verübte Unrecht.

Staatskunst ist, über den Tag hinaus zu blicken, und die Entente hat bisher nicht den Beweis geliefert, daß sie einen derartigen Staatsmann besitzt. Wir rechnen dabei Wilson, der eben erst ausdrücklich versichert hat, er sei durch keine Sonderabkommen gebunden, nicht zur Entente. Er hatte eine Strede Weges mit ihr gemeinsam: den Kampf gegen den deutschen Annerexionismus; die schwierigere Aufgabe, der Kampf gegen den Imperialismus seiner augenblicklich Alliierten, wartet seiner noch. Es wäre sehr wichtig, wenn dabei seine Aufmerksamkeit und jene der Welt auf zwei Befehlungen gelenkt würde, die kennzeichnender und vor allem richtiger sind, als jene, von denen der italienische Premier spricht. Da hat soeben im Seinedepartement unter den Arbeitern die Wahl für den Sozialistenkongreß stattgefunden, und sie hat mit einem entschiedenen Sieg der Gruppe Longuet geendet, die sich in schärfstem Gegensatz gegen die nationalsozialistische Richtung Clemenceaus befindet. Das Bemerkenswerteste dabei scheint, daß jene Wahl inmitten der glänzenden und sich stets fortsetzenden Siege des französischen Heeres vollzogen wurde; es gibt nichts, das Frankreich mehr ehren könnte, als der darin bekundete Wille zur Einsicht und Völkerveröhnung. Hier spricht die Stimme der vielen Millionen poilus, die an und hinter der Front Frankreich und die Welt gereitet haben. Diese Stimme spricht nicht dafür, sich wie Clemenceau an den letzten Zudungen seiner Feinde zu ergötzen, sondern sie wehrt sich dagegen, die Barbarei eines Schwertsfriedens mitzumachen. Das ist ein ernstes Warnungszeichen für die Imperialisten der Westmächte; sie spielen ein gefährliches Spiel, wenn sie ihrem Kriege dessen moralische Grundlage entziehen und Ludendorffs Beispiel zu folgen suchen. Diese Entwicklung aus dem bloßen Sozialpatriotismus des Kriegsbeginns zur Verneinung auch des eigenen Chauvinismus, der Sieg jener Pariser Genossen, die auch für das Elßas nur die Elßasser unterscheiden lassen wollen, ist ein Sieg des echten Wilsonprogrammes und eine wirkliche Befehlung. Nicht weniger bedeutend ist die zweite, die heute der amtliche Wiener Telegraph als einen Aktionsversuch der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten meldet; würde sie gelingen, so würde sie mit einem gewaltigen Schlage das ganze österreichische Problem im Sinne der Vernunft, des Fortschrittes und der Gerechtigkeit lösen.

Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, die weitaus stärkste Partei unter den Deutsch-Oesterreichern, wagen den großen Schritt und erklären ausdrücklich, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Oesterreichs anerkennen; sie fordern es auch für sich, sie erkennen das Recht der Slawen auf deren eigene Nationalstaaten an und verlangen als dessen naturgemäße Ergänzung den selbständigen deutsch-österreichischen Staat, hinzufügend: „Wir lehnen unbeding und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Deutsch-Oesterreich soll seine Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs und zum Deutschen Reich nach seinem eigenen Bedürfnis regeln. Lehnen die Vertreter der slawischen Nationen Verhandlungen auf der Grundlage des Staatenbundes ab, bestehen sie daher darauf, die Millionen von Deutschen gewaltsam ihren freien Nationalstaaten anzugliedern, so erklären die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, daß sie dagegen mit allen Mitteln sich wehren, ihr unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht fordern und verteidigen und nicht über ihre Köpfe weg durch die Staatsgewalt oder durch das Schwert eines fremden Eroberers bestimmen lassen würden. Dieser Beschluß wurde auch den bürgerlichen deutsch-österreichischen Parteien übermietet, um darin eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Um dessen Bedeutung recht zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß es keine in nationalen Dingen lauernde und gleichgültigere Sozialdemokratie gibt als die deutsch-österreichische, die ja aus dem Gegensatz zum Nationalismus ihres Bürgertums entstanden ist, daß mit jener Erklärung das Ententeprogramm und das Recht der Völker, über den Staat zu entscheiden, das Czernin in Brest-Litowsk so lebhaft gegenüber den Forderungen Trojks bestritt, zum Mehrheitsprogramm in Oesterreich geworden ist, die Liquidation des alten Oesterreich anerkannt und in die richtigen Wege geleitet wird. Kann man sich denken, daß Wilson den Mut haben wird, Millionen von Deutschböhmen und Deutsche in den Alpenländern gewaltsam in einen fremden Nationalstaat hineinzuzwingen, wo sogar deren gemäßigste Partei ihm diesfalls die schonungsloseste Irredenta ankündigt? Kann er sich derart widersprechen, daß er gegen ein Volk nicht gerecht sein will? Wir glauben es nicht, wenn gleich wir befürchten, daß der sehr entwickelte tschechische Chauvinismus nicht gerade auf die Unterjochung der Millionen Deutschen in den Sudetenländern wird verzichten wollen. Der sozialdemokratische Antrag ist ein Zeichen, wie weit bereits die Dinge im habsburgischen Reich gediehen sind, und die bloße Möglichkeit, daß Lammasch die Regierung

antritt, wirkt wie ein Fanal. Das wird vorerst von der Antwort der Tschechen und Südslawen abhängen; wenn sie bloß ihre eigene Selbständigkeit und nicht auch die Unterdrückung der Deutsch-Oesterreicher begehren, so kann morgen ihre Selbständigkeit besiegelt sein; mit ihr würde der Krieg Oesterreichs und damit auch der Weltkrieg aufhören. Werden sie, solange selbst Opfer der Gewalt, nunmehr selbst zur Gewalt greifen oder wird sich das Wunder der Befehlung an ihnen vollziehen?

Die Ereignisse überstürzen sich an und hinter den Fronten. Der Weltkrieg ist überreif geworden und an seinem Ende steht die gleiche Frage wie an seinem Anfang: Wird die Gewalt siegen? Anfangs mußte man den Sieg der deutschen Gewalt fürchten, heute droht die Gewalt der Entente. Wilson hat und oft sehr schön gesprochen; aber er sollte noch einmal und deutlicher sprechen!

Die Zusammensetzung der neuen Regierung

# Die Zusammensetzung der neuen Regierung

## Die neue Zeit.

(W.T.V.) Berlin, 8. Oktober. Prinz Max von Baden ist heute zum Reichskanzler und zum preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Er wird am Sonnabend, dem 5. Oktober, in der für 1 Uhr nachmittags anberaumten Vollziehung des Reichstages sein Regierungsprogramm entwickeln.

Zu Staatssekretären ohne Portefeuille sind die Reichstagsabgeordneten Gröber und Scheidemann bestimmt. Der Staatssekretär des Innern Wallraf hat seinen Abschied erbeten, sein Nachfolger wird ein Zentrumsabgeordneter werden. An die Spitze eines durch Abtrennung vom Reichswirtschaftsamt neu zu gründenden Reichs-Arbeitsamtes soll der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Reichstagsabgeordneter Bauer treten. Die Frage, ob ein vom Auswärtigen Amte unabhängiges Reichspressamt unter einem weiteren Staatssekretär aus dem Parlament errichtet werden wird, ist noch in Behandlung. Die Ernennung mehrerer Unterstaatssekretäre aus der Volksvertretung steht bevor. Ueber die Auswahl der Persönlichkeiten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Das preussische Handelsministerium wird an Stelle des ausscheidenden Staatsministers Sydow der Reichstagsabgeordnete Fischbeck übernehmen.

So viel über die bevorstehenden Umwälzungen in dem Bestande der Reichs- und Staatsregierung in den letzten Tagen geredet und geschrieben worden ist, so bringt die heute nacht endlich herausgekommene halbamtliche Mitteilung doch verschiedene Ueberraschungen. Die größte besteht darin, daß Prinz Max von Baden zwar zum Reichskanzler und preussischen Minister des Auswärtigen, nicht aber auch zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt worden ist. Beim Grafen Hertling, der aus München nach Berlin kam, hatte man schon an eine Trennung der beiden Ämter gedacht, sie ließ sich aber damals nicht durchführen. Wenn sie jetzt, bei der Verpfugung des badischen Thronfolgers an die Spitze der Reichsregierung, endgültig beschlossen werden sollte, so wäre darin eine Rücksichtnahme auf preussische Interessen zu erblicken, die unter den gegenwärtigen Umständen nur zu gut zu verstehen wäre. Ob indessen in dieser Beziehung schon endgültige Beschlüsse vorliegen, kann zweifelhaft erscheinen; möglich, daß sie erst gefaßt werden sollen, wenn die noch nicht zum Abschluß gekommenen Verhandlungen mit der nationalliberalen Partei über ihren Anschluß an die Mehrheitsparteien zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Die zweite Ueberraschung besteht darin, daß neben Herrn Scheidemann auch Herr Gröber, der offizielle Führer des Zentrums, in die Reichsregierung eintritt; und als dritte Ueberraschung kann man es bezeichnen, daß das für Herrn Erzberger in Aussicht genommene Reichspressamt das Licht der Welt anscheinend überhaupt nicht erblicken soll —

womit die deutsche Presse jedenfalls in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl nur vollkommen einverstanden sein könnte.

## Der Reichstag

wird nunmehr auf Grund eines Beschlusses des Nestleauschusses, der gestern nachmittag gefaßt wurde, am Sonnabend mittags 1 Uhr zusammentreten. Einziger Punkt der Tagesordnung ist Entgegennahme von Mitteilungen des Reichskanzlers. Das Haus wird sich, nachdem Prinz Max von Baden sein Programm entwickelt hat, vertagen, um sich am Montag nachmittag 2 Uhr nochmals zu versammeln. In dieser Sitzung wird dann das Parlament selbst zu Wort kommen. Es wird erwartet, daß sowohl die Rede des neuen Kanzlers als auch die Stellungnahme des Reichstags neben dem darin zum Ausdruck kommenden Beginn einer neuen Epoche in unserm Verfassungsleben eine bedeutsame Kundgebung zur Frage von Krieg und Frieden bringen werden.

In der Frage des Beitritts der Nationalliberalen zum Regierungsblock ist gestern noch keine Klärung erreicht worden. Man hat den Gedanken, eine nur aus den drei Mehrheitsparteien zu bildende Regierung zu schaffen, wieder fallengelassen; die Fortschrittliche Volkspartei war es, die in dieser Frage vermittelte. Für heute bzw. morgen haben alle Fraktionen Sitzungen angesetzt. Die Spannung der letzten Tage halte gestern im Reichstage bereits merklich nachgelassen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat in ihrer Besprechung gestern abend zu dem von den Mehrheitsparteien ihr überreichten Programm Stellung genommen. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die politischen Ansichten der Fraktion, die erst kürzlich in dem am Sonnabend veröffentlichten Beschluß ihren Ausdruck gefunden haben, sich wohl mit dem Programm der Mehrheit vereinbaren lassen. Die endgültigen Verhandlungen, die den Eintritt der Nationalliberalen in den Regierungsblock zum Ziele haben, finden, wie wir hören, heute früh statt; sie werden seitens der Nationalliberalen von den Herren Dr. Stresemann und List geführt. An einer Beteiligung der Nationalliberalen an dem Regierungsblock wird kaum noch gezweifelt. In diesem Falle dürfte außer den bisher in der Regierung gewesenen Mitgliedern der nationalliberalen Partei, dem Staatssekretär des Reichsjustizamts von Krause und dem Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg noch ein drittes Mitglied der nationalliberalen Partei in die Regierung eintreten.

## Das abgeschwächte Programm.

Das für die neue Regierung vereinbarte Programm geht, wie es jetzt heißt, in seinen Forderungen nicht so weit, wie die Sozialdemokraten es ursprünglich gefordert hatten. Von der sofortigen Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung hat man Abstand genommen; die Frage der Behandlung des Ostfriedens ist wesentlich anders formuliert worden, und die Forderung, daß das gleiche Wahlrecht in allen Bundesstaaten durch Reichsgesetz herbeizuführen sei, ist fallengelassen worden. Ueber das so abgeänderte Programm wird, wie bereits erwähnt, heute unter den Vertretern der Mehrheitsparteien einschließlich der Nationalliberalen weiterberaten werden.

Das deutsche Volk hat während der vier Jahre, die hinter ihm liegen, zwar so Ungeheures geleistet, daß die späteste Nachwelt noch mit Bewunderung auf seinen Kampf gegen eine ganze Welt von hagerfüllten Feinden zurückschauen wird, aber seine Leistungen wären noch gewaltiger, bejohender aber eindruckvoller und darum für die Feinde einmütiger gewesen, wenn die politischen Parteien, wie in den Augusttagen des Jahres 1914, alles, was sie trennte, begraben und ihre ganze Arbeit in den Dienst der einen großen, alle anderen überragenden Mission aufgestellt hätten, von deren siegreicher Lösung das Schicksal, das Leben, die Zukunft unseres Landes abhängt. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Das Trennende hat sich immer mehr in den Vordergrund gedrängt und durch die Zersplitterung der Kraft im inneren Kampf ist Unwiderbringliches verloren worden.

Der Erlaß des Kaisers an den Grafen Hertling vom 30. September verfolgte im wesentlichen den Zweck die innere Einheitsfront wieder herzustellen. Durch ihn sollte das Wort vom 31. Juli 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr“, auf die Zusammensetzung der Regierung angewendet werden. Am Widerstand der sozialdemokratischen Partei ist dieser Gedanke gescheitert. Die Regierung, die aus den wähehlich allzulangen Verhandlungen der Parlamentsgruppen endlich hervorgegangen ist, hat ungeheuer wertvolle Elemente von der Teilnahme an den Reichsgeschäften ausgeschlossen. Das müssen wir an dieser Stelle, wo während des ganzen Krieges immer der Grundsatz der Notwendigkeit der Einheitsfront mit Entschiedenheit vertreten worden ist, auf das tiefste beklagen. Wir würden aber diesem Grundsatz selbst untreu werden, wenn wir der einmal nun vollzogenen Tatsache gegenüber die Regierung des Prinzen Max von Baden von vornherein bekämpfen, weil sie eine Mehrheitsregierung und keine Koalitionsregierung ist, wie wir sie dem deutschen Reich in dieser Stunde der Gefahr gewünscht hätten. Wir opfern keinen von den Grundsätzen, die wir hier immer vertreten haben, aber wir halten es heute mehr als je für nötig, auch unsererseits das Trennende zurückzustellen, bis die Gefahr überwunden ist.

Es kann keine ehrenvollere Anerkennung für die von der Regierung ausgeschlossenen Parteien geben als die von der linksstehenden Presse immer wiederholte Behauptung, daß diese Parteien mit ganz derselben Freudigkeit und mit ganz demselben Opfermut an der Herbeiführung eines ehrenvollen, die Sicherheit und wirtschaftliche Wohlfahrt des Reiches gewährleistenden Friedens arbeiten werden, als wenn auch ihre Vertrauensmänner in der Regierung säßen und daß deshalb ihre Ausschließung ungefährlich sei.

Deutschland hat nun seine erste wirklich parlamentarische Regierung. Wir wünschen nichts schneller, als daß die Ueberzeugung, von der die Lobredner des parlamentarischen Systems durchdrungen sind, sich bewähren möge, die Ueberzeugung nämlich, daß auf seinem Unterbau ein wirklich starkes Ministerium errichtet werden könne. Denn nie war unserem Vaterlande eine starke, zielbewußte Regierung notwendiger als heute, da die Feinde durch Erfolge, die ihnen schon wie die Besiegung unserer Niederlage erscheinen, in einen Siegesrausch versetzt sind, der ihre Hoff- und Muthesgefühle ins Unermeßliche steigert, und da ein wertvoller Bundesgenosse uns im Stich läßt. Möge vor allen Dingen dieses Ministerium im Bewußtsein, daß es auf die opferfreudige Mitarbeit aller Parteien einschließlich derjenigen, die ihm nicht angehören, mit Sicherheit rechnen kann, endlich eine Regierung der Begeisterungskraft sein, die das ganze Volk mit sich fortzieht auf den Bahnen, die zu einem erfolgreichen Frieden führen.

Der Bundesrat versammelte sich gestern zu einer Vollziehung; vorher hielten der Ausschuh für Handel und Verkehr sowie die vereinigten Ausschüsse für Rechnungswesen und für Handel und Verkehr Sitzungen. — Auch das preussische

# Präsident Wilsons neue fünf Punkte.

Rede des Präsidenten Wilson vom 7. vorig. Monats  
Wir nach dem uns damals vorliegenden Auszuge ver-  
öffentlicht. Da nunmehr der englische Text der Rede ver-  
öffentlicht ist, geben wir in nachstehendem aus dem genauen  
Wortlaut, die wichtigsten Stellen:

Die ersten Sätze des Präsidenten waren der Werbung für die  
Freiheitsanleihe gewidmet, dann fuhr der Präsident fort: „Bei  
jeder Wendung des Krieges wird es uns von neuem bewußt,  
was wir zu erreichen beabsichtigen. Wenn unsere Hoffnungen  
und Erwartungen am meisten gespannt sind, dann denken wir  
bestimmter als vorher an die Folgen, die vom Kriege abhängen  
und an das Ziel, das verwirklicht werden muß. Wenn der Krieg  
hat positive und wohl definierte Ziele, die wir  
nicht festlegen und die wir nicht ändern können. Kein Staats-  
mann und keine Repräsentation hat sie geschaffen und kein Staats-  
mann und keine Repräsentation kann an ihnen etwas ändern.  
Sie haben sich aus der Natur und aus den näheren Umständen  
des Krieges von selbst ergeben.“

Wir haben die Folgen des Krieges als Tatsache hingenommen  
und nicht so, wie irgendeine Gruppe von Männern hier oder an-  
derwärts, sie definierte. Und wir können keinen Ausgang hin-  
nehmen, der eine ungenügende Bellegung wäre. Es handelt sich  
darum: Soll es der Militärmacht irgendeiner Nation oder Gruppe  
von Nationen gestattet sein, über das Schicksal von Völkern zu  
entscheiden, über die zu herrschen sie kein anderes Recht haben  
als das Recht der Gewalt. Soll es starken Völkern freistehen,  
schwachen Völkern Unrecht zuzufügen, sie ihren Zwecken und  
Interessen zu unterwerfen? Sollen Völker selbst in ihren eigenen  
inneren Angelegenheiten von willkürlicher, unverantwortlicher Ge-  
walt beherrscht und regiert werden oder nach Wahl ihres eigenen  
Willens? Soll es einen gemeinsamen Maßstab für die  
Rechte und Privilegien aller Völker und Nationen  
geben oder sollen die Staaten tun, was sie wollen und die  
Schwachen Unrecht leiden? Soll die Feststellung des Rechts der  
Willkür zufälliger Bündnisse überlassen werden, oder soll eine ge-  
meinsame Einrichtung die Beobachtung des gemeinsamen Rechts  
verbürgen.“

Das Ergebnis des Krieges darf nicht durch eine Verständigung  
oder ein Kompromiß geordnet werden, sondern endgültig und  
ein für allemal mit voller, ungewidelter Annahme des Grund-  
satzes, daß die Interessen der Schwachen ebenso  
heilig sind, wie die Interessen der Starken. Das ist es, was  
wir meinen, wenn wir von einem dauerhaften Frieden sprechen,  
wenn wir aufrichtig und mit Bestrahlung und mit vollem Be-  
wußtsein von der Sache sprechen, um die es sich handelt. Wir  
sind alle darüber einig, daß kein Frieden durch irgendeine Art von  
Freihand oder durch einen Vergleich mit den Mittelmächten er-  
langt werden kann, weil wir schon mit ihnen verhandelt haben  
und sie mit anderen Regierungen und Teilnehmern an diesem  
Kriege haben verhandelt, seien in Brest-Litowsk und in Bukarest.  
Sie haben uns überzeugt, daß sie ohne Ehre sind, daß sie keine  
Verträge halten und keine Grundsätze annehmen, als den der  
Macht und des eigenen Interesses. Wir können nicht mit ihnen  
zu Bedingungen kommen. Sie haben es unmöglich gemacht. Das  
deutsche Volk muß sich jetzt völlig klar darüber sein, daß wir das  
Wort derer, die uns diesen Krieg aufgezwungen haben, nicht an-  
nehmen können. Wir denken nicht dieselben Gedanken, und wir  
sprechen nicht dieselbe Sprache der Verständigung. Es ist von  
höchster Wichtigkeit, daß wir ebenso ausdrücklich einig darüber  
sind, daß kein Friede erlangt werden kann durch irgendeine  
Art von Kompromiß oder Abschwächung der Grundsätze, die  
wir als Grundsätze, für die wir kämpfen, ausgesprochen haben.  
Darüber darf nicht der mindeste Zweifel bestehen.“

Ich werde mir daher die Freiheit nehmen, mit äußerster Offen-  
heit über die tatsächlichen Verwicklungen zu sprechen, die dabei in  
Betracht kommen. Es sind in der Tat und in Wahrheit gemein-  
same Angelegenheiten der gegen Deutschland veränderten Regie-  
rungen und der Völker, die sie regieren. Es ist notwendig, daß  
alle, die an den Tisch der Friedensverhandlungen kommen, bereit  
und willig sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen  
Preis, der uns den dauernden Frieden verschaffen  
kann, und daß sie bereit und willig sind, in irgendeiner mög-  
lichen Weise das einzige Instrument zu schaffen, durch das sicher  
gestellt werden kann, daß die Friedensabmachungen respektiert  
und ausgeführt werden. Der Preis ist unparteiliche  
Gerechtigkeit in jedem Punkte der Abmachungen, unbe-  
kümmerter darum, wessen Interessen dadurch getreut werden und  
nicht allein unparteiliche Gerechtigkeit, sondern auch Zufrieden-  
stellung der verschiedenen Völker, um deren Schicksal es sich  
handelt. Dieses unerläßliche Instrument ist ein Völkerbund,  
geschlossen unter Bedingungen, die ihn wirksam machen. Ohne  
ein solches Instrument, durch das der Weltfriede verbürgt werden  
kann, würde der Friede zum Teil aus dem Wort von Gesehes-  
verächtern beruhen und allein auf diesem Wort; denn Deutsch-  
land wird seinen verlorenen Charakter wiedergewinnen haben  
durch das, was an dem Friedenstische geschieht und durch das,  
was später geschieht.“

So viel ich sehe, muß die Bildung dieses Völkerbundes und eine  
klare Bestimmung seiner Gegenstände ein Teil und in gewissem  
Sinn der wesentlichste Teil des Friedensvertrages selbst sein.  
Jetzt kann er nicht gebildet werden. Würde er jetzt ge-  
bildet, so könnte er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen  
Feind zusammengeschlossenen Nationen beschränktes Bündnis sein.  
Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß er nach dem Friedensschluß  
gebildet werden kann. Es ist notwendig den Frieden zu ver-  
bürgen und der Friede kann nicht nachträglich verbürgt werden.  
Der Grund für mich, in klaren Ausdrücken darüber zu sprechen,  
warum er verbürgt werden muß, ist der, daß es Teilnehmer an dem  
Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässlich  
erweisen können; deshalb müssen im Zusammenhang mit dem Frie-  
densschlüsse selbst Mittel gefunden werden, um diese Quelle der  
Unsicherheit zu entfernen. Es wäre töricht, die Verbürgung des  
Friedens einer späteren freiwilligen Aktion der Regierungen zu  
überlassen, die wir Aufruf haben zerstören und Rumänen be-  
zweifeln sehen. Aber diese allgemeinen Ausdrücke erschöpfen den  
ganzen Gegenstand nicht. Einige Einzelheiten sind notwendig, um  
sie weniger als These und mehr als praktisches Programm klingen  
zu lassen. Ich spreche von diesen Einzelheiten mit um so größerem  
Vertrauen, weil ich sie als die autoritative Auslegung der Regie-  
rung von ihrer eigenen Pflicht in Sachen des Friedens be-  
zeichnen kann.“

Erstens. Die unparteiliche Gerechtigkeit darf keine Unter-  
scheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu  
sein wünschen und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein  
wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Vor-

zugsstellung kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern  
gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommen-  
den Völker.

Zweitens. Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse  
irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von  
Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse alle unver-  
träglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Ab-  
kommens gemacht werden.

Drittens. Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie  
des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder  
besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

Viertens. Es kann, und das geht mehr ins einzelne, keine  
besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des  
Bundes geben, keine Anwendung irgendeiner  
Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschusses,  
abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel  
verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als  
Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.

Fünftens. Alle internationalen Abmachungen und Verträge  
jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben  
werden.“

Die Sonderabmachungen und die wirtschaftlichen Rivalitäten und  
Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von  
Plänen und Leidenschaften geworden, die zum Kriege führten. Es  
wäre ein unaufrichtiger und unsicherer Friede, der das nicht durch  
bestimmte Formeln ausschließt. Das Vertrauen, mit dem ich über  
diese Dinge für unser Volk zu sprechen wage, entspringt nicht  
allein den Überlieferungen und den wohlbekannten Grundsätzen  
internationalen Vorgehens, zu denen wir uns immer bekannt und  
die wir immer befolgt haben. In demselben Sinne, in dem ich  
sage, daß die Vereinigten Staaten in keine besonderen Ab-  
machungen und Vereinbarungen mit einzelnen Nationen eintraten,  
darf ich auch sagen, daß die Vereinigten Staaten be-  
reit sind, ihren vollen Anteil an der Verantwort-  
lichkeit für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Ab-  
machungen und Verständigungen zu übernehmen, auf dem der  
Friede fortan beruhen muß. Wir lesen immer noch Washingtons  
unerschütterliche Warnung vor „verstrickenden Verträgen“ mit vollem  
Verständnis und entsprechenden Absichten. Aber nur besondere  
und begrenzte Bündnisse verstricken und wir erkennen und nehmen  
die Pflicht des neuen Tages an, an dem uns gestattet wird, auf ein  
allgemeines Bündnis zu hoffen, das Verstrickungen vermeiden und  
die Lust der Welt für gemeinsame Verständigungen und die Auf-  
rechterhaltung gemeinsamen Rechtes klären wird. Ich habe die  
internationale Lage, die der Krieg geschaffen hat, analysiert, natür-  
lich nicht, weil ich daran gewöhnt hätte, daß die Führer der  
großen Nationen und Völker, mit denen wir verbunden sind, der-  
selben Ansicht wären und die gleichen Zwecke verfolgten, sondern,  
weil die Luft immer und immer wieder verdunkelt wird durch die  
Nebel grundloser Zweifel und böswilliger Verdrehungen und weil  
es notwendig ist, immer wieder all das unverantwortliche Gerübe  
von Friedensinträgen, ständiger Moral und zweifelhaften Absichten  
auf Seiten der Regierenden wagguräumen, und zwar wenn es nötig  
ist, in den allerhöchsten Ausdrücken.“ (Hier und in den folgenden  
Sätzen ist auch der englische Text ziemlich unklar und verstümmelt.)

Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß wäh-  
rend die Staatsmänner nach Definitionen ihrer Ziele suchen und  
manchmal ihren Standpunkt zu verändern schienen, die Massen,  
von denen man annimmt, daß sie von den Staatsmännern ge-  
formt und geleitet werden, immer klarer und sicherer horstör  
wurden, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr und  
mehr in den Hintergrund getreten. Das gemeinsame Ziel einer  
verehrtesten Menschheit hat ihre Stelle eingenommen. Das Urteil  
schlichter Männer ist immer einfacher, ehrlicher und einseitlicher  
geworden als das Urteil selbständiger Geschäftsleute, die immer  
noch unter dem Eindruck stehen, daß sie ein Spiel der Macht mit  
hohem Einsatz erzielen. Aus diesem Grunde habe ich gesagt, daß  
dies ein Krieg der Völker und nicht der Staats-  
männer ist.“

Vielleicht haben die Staatsmänner noch nicht überall dieses  
veränderte Aussehen der ganzen politischen  
Welt erkannt, vielleicht haben sie noch nicht überall unmittelbare  
Antwort auf die an sie gestellten Fragen gegeben, weil sie nicht  
wußten, wie eindrucklich diese Fragen waren und welche Art von  
Antwort gefordert wurde. Aber ich will gerne immer und immer  
wieder antworten in der Hoffnung, es immer klarer zu machen,  
daß mein einziger Gedanke ist, diejenigen zu bestärken, die in  
Reich und Gütel kämpfen und die vielleicht vor allen anderen ein  
Recht haben auf eine Antwort, deren Sinn niemand mißverstehen  
kann, wenn er die Sprache versteht, in der sie gegeben ist oder  
jemand aufzutreten vermag, der sie richtig in seine eigene Sprache  
übersetzt. Und ich glaube, daß die Leiter der Regierungen, mit  
denen wir verbunden sind, ebenso deutlich sprechen werden, wie  
ich zu sprechen versucht habe, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu  
bietet.“

Ich hoffe, daß Sie sich frei fühlen werden, zu sagen, ob ich in  
irgendeiner Hinsicht in meiner Auslegung der Kriegsprobleme oder  
in meinen Ansichten über die Mittel, durch die ihre bestredigende  
Lösung erreicht werden kann, Mißgriffen habe. Die Einhei-  
lichkeit der Absichten und Entschlüsse ist in diesem  
Kriege ebenso unbedingt notwendig, wie die Einheitlichkeit der  
Führung auf dem Schlachtfeld und mit der vollkommenen Einhei-  
lichkeit der Absichten und Entschlüsse wird auch die völlige Sicher-  
heit des Krieges kommen. Sie ist auf keinem anderen Wege zu er-  
reichen. „Friedensoffensiven“ (Peace drives) können nur dann er-  
folgreich abgewehrt und zum Schweigen gebracht werden, wenn  
man zeigt, daß jeder Sieg der gegen Deutschland verbundenen  
Nationen der Völker jener Art von Frieden näher bringt,  
die aller Welt Sicherheit und Beruhigung bringt und die Wieder-  
kehr eines solchen Kampfes mit leidloser Gewalt und mit leid-  
losen Blutvergießen für immer unmöglich macht. Deutschland  
deutet fortwährend „Bedingungen“ an, die es anzunehmen bereit  
wäre und erfährt immer, daß die Welt keine Friedensbedingungen  
haben will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit  
und des anständigen Handelns (fair dealing).“

Die Rede Wilsons ist, wenn man von allen Außerlichkeiten ab-  
steht, das klarste Kriegszielprogramm, das Amerika bisher auf-  
gestellt hat, und das es diesmal stärker als je zuvor in seiner, zu-  
mindest von ihm selbst behaupteten, Eigenhaft als führender  
Macht der Welt vorzeichnen. Wilsons Kriegsziel ist der  
„Völkerbund“; und ihm gilt die eingehende Darstellung des  
Präsidenten. Wir lernen also diesmal deutlicher als zuvor das  
Wesen dieser von Wilson geplanten Institution kennen. Zunächst

ist festzustellen, daß der Völkerbund als eine Einrichtung gedacht  
ist, an deren Entfallen Deutschland und seine Verbündeten nicht  
aktiv beteiligt sein sollen, ehe sie sich einer Umformung nach dem  
Wiktat ihrer Gegner unterworfen haben. Die erste Voraussetzung  
für die Gründung des Völkerbundes ist also die Annahme der von  
Wilson jetzt neu aufgestellten fünf Punkte. Ihre Verwirk-  
lichung würde demnach noch nicht den Völkerbund bedeuten, son-  
dern nur eine Maßregel, durch deren Wiedereinrichtung in  
den Eintritt in den Bund reif werden sollte.

Betrachten wir nun die fünf Punkte, so kommen wir zu fol-  
gendem Ergebnis: Die beiden ersten Forderungen Wilsons sind  
durchaus unanfechtbar. Es ist nur billig, daß alle Völker künftig  
nach dem gleichen Maßstab behandelt werden sollen, daß also dem  
einen recht sein muß, was dem andern billig ist. Und es ist ebenso  
einleuchtend, daß jede Sonderstellung einer einzelnen Nation ab-  
gelehnt werden muß. Fraglich bleibt nur, wie diese sehr allgemein  
gehaltenen Grundsätze gehandhabt werden sollen, und zwar  
besonders in wirtschaftlicher Beziehung. Wenn beispielsweise bei  
der von Amerika und England künftig wohl zu monopolisierenden  
Kohstoffverteilung hoch entwickelte Industrienationen und andere  
Gemeinwesen mit sehr geringer Industrie nach einem einheits-  
lichen Schema, zum Beispiel nach der Kopfzahl, behandelt wer-  
den, so wäre das eine Verstoßung gegen die Gerechtigkeit, die sachlich auf die  
größte Vergewaltigung hinausläufe würde.

Politisch betrachtet, bietet die Forderung, daß Sonderinteressen  
einzelner Nationen hinter dem Gesamtinteresse zurücktreten  
müssen, bei richtiger Anwendung die Handhabe für eine gut-  
und erfolgversprechende Politik. Denn wenn man diesen Punkt  
ernst und ehrlich auffassen will, so könnte er bedeuten, daß die  
Forderungen einer einzelnen Nation zurückgestellt werden müssen,  
wenn sie das höchste Interesse der Gesamtheit, nämlich den  
dauernden Frieden und die Völkerfriede, führen. Unter der  
Herrschaft eines solchen Gesetzes würde Frankreich, ebenso wie  
Deutschland genötigt sein, eine Verständigung über Osta-  
siensprobleme zu suchen. Denn die einseitige Verleumdung  
der französischen Ansprüche auf dieses Land würde ein ernstliches  
Gefahrnehmen zwischen Frankreich und Deutschland unabweislich  
machen, gleichgültig wie und von wem Deutschland regiert wird.

Auch der dritte und vierte Punkt lassen sich im Zusammenhang  
betrachten. Der dritte Punkt verbietet den Abschluß von politi-  
schen Sonderabmachungen. Der vierte das Entschließen  
sonderer wirtschaftlicher Kombinationen oder den  
Ausschluß einzelner Völker vom Weltmarkt, es sei denn als Straf-  
maßregel. Man kann nun aus dem letztgenannten Punkt — immer  
wieder den guten Willen vorausgesetzt — die Absicht herauslesen,  
einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege zu verhindern. Aber diese  
Deutung läßt sich nicht aufrecht erhalten in Anbetracht der Tat-  
sache, daß es sich ja im ganzen um ein Abkommen einerseits zwischen  
wirtschaftlich höchst selbständigen Weltreichen, andererseits in ihrer  
Wirtschaft sehr ergänzungsbedürftigen und in ihrer Bevölkerung  
ohnmächtigen kleineren Staaten handelt. Die isolierten Teile  
Europas werden auch ohne ausgesprochenen Handelsboykott nicht  
instande sein, sich einem englischen oder amerikanischen Markt zu  
widersehen. Und das einzige Mittel, durch das sie in die Lage  
kommen, ihre Interessen selbständig wahrzunehmen — der politische  
und vor allem wirtschaftliche Zusammenhalt — soll ihnen  
unterjagt bleiben.

Zur Ergänzung dient noch der fünfte Punkt, der jedes Geheim-  
abkommen verbietet.

Diese fünf Punkte also sind die Voraussetzung des Wilson-  
schen Völkerbundes, noch nicht sein eigentlicher Inhalt. Aber sie  
geben bereits eine erschöpfende Charakteristik des Zustandes, wie  
er unter der Herrschaft des Völkerbundes in der Welt anzutreten  
soll. Dieser Zustand mag geeignet sein, den negativen Zweck zu  
erfüllen, der dem Präsidenten Wilson vorzweht, nämlich die zu  
einem gewissen Grade künstliche Kriege zu vermeiden. Es ist nicht  
einmal sicher, ob er diesen Zweck erfüllt. Denn keinesfalls werden  
in dem neuen Zustand die Ursachen abgeschafft sein, die bisher  
zu Kriegen geführt, die insbesondere den Weltkrieg heraufda-  
schworen haben. Wilson bezeichnet allerdings als das Problem  
des Krieges die Frage, ob es einer Militärmacht gestattet sein  
soll, auf Grund der Gewalt andere zu beherrschen. In  
Wahrheit aber soll ja entschieden werden, ob es einer durch ihre  
wirtschaftlichen Hilfsquellen und durch ihre Seeherrschaft über-  
ragenden Weltmacht möglich sein soll, kleinere Nationen von der  
wirtschaftlichen und damit politischen Unabhängigkeit auszuschä-  
len, indem sie sie am Zusammenhalt und dadurch an der Ge-  
winnung eigener Rohstoffquellen, eigener Märkte und unkontrollier-  
ter Seewege verhindert.

Dieses Bestreben einerseits und die daraus entspringenden Ge-  
genstreitungen werden zwar im Wilsonschen Völkerbund nicht so  
bald wieder zu gewalttätigen Explosionen führen, aber ihre Ur-  
sachen werden fortauern. Denn soweit wir bisher zu erkennen  
vermögen, wird es auch in diesem Bunde Völker geben, die den  
größten Teil aller Naturerzeugnisse der Welt kontrollieren, und  
andere, die bei zunehmender Volkszahl und abnehmender Arbeits-  
und Ernährungsmöglichkeit den Hunger oder der Internationalen  
Flutung preisgegeben sein werden.

Wilson betrachtet die Glaubwürdigkeit und die Ehrenhaftigkeit  
der einzelnen Partner als die wesentliche Bürgschaft für den Be-  
stand des Völkerbundes. Wir wollen uns hier nicht darauf ein-  
lassen, an der Spitze heranzutreten, die dieses Kriterium für  
Deutschland oder für seine Regierungen besitzen mag. Wir wollen  
nur sagen, daß es sentimental und schon deshalb politisch unzu-  
treffend ist. Die Zuverlässigkeit der Partner und damit die ge-  
dehliche Aussicht des Völkerbundes wird aber sogleich vorhanden  
sein, wenn diese Teilnehmer nicht durch ihre völlig verschiedenen  
artigen Voraussetzungen in vollberechtigte und in rechtlos  
gerfallen; wenn vielmehr das natürliche Gleichgewicht zwischen  
ihnen sie in die Lage versetzt, ihre Interessen gegenseitig abzu-  
wägen und auszugleichen. Ein dauernder Völkerbund kann nur  
aus Mitgliedern bestehen, die insgesamt in der Lage sind, jedes  
für sich für seine Lebensnotwendigkeiten aufzutunnen und ein  
organisches, arbeits- und entwicklungsfähiges Ganzes zu bilden.  
Das wird aber nicht geschehen, solange man dem kleinsten Erdteil  
Europa die Möglichkeit nimmt, aus seiner bisherigen Herrschaft  
zu jener Einheit zusammenzuwachsen, die es durch die natürlichen  
Lebensbedingungen seiner Teile zu bilden berufen ist. A. R.

Die Rede Wilsons ist, wenn man von allen Außerlichkeiten ab-  
steht, das klarste Kriegszielprogramm, das Amerika bisher auf-  
gestellt hat, und das es diesmal stärker als je zuvor in seiner, zu-  
mindest von ihm selbst behaupteten, Eigenhaft als führender  
Macht der Welt vorzeichnen. Wilsons Kriegsziel ist der  
„Völkerbund“; und ihm gilt die eingehende Darstellung des  
Präsidenten. Wir lernen also diesmal deutlicher als zuvor das  
Wesen dieser von Wilson geplanten Institution kennen. Zunächst

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g. Abendblatt 80 g. Reklamen  
A 250 Abendblatt 43 - 40% Feuerungszuschlag.  
Stellungssuche 10% Feuerungszuschl. Familien-  
anzeigen. Sonderart. Platz 3 U. Vorversch. ohne  
Verbindlichk. - Anzeigen beim an der Geschäftsstelle  
Frankfurt a. M.: Gr. Eschenboimestr. 3/37. - Schiller-  
str. 20 Mainz: Schillerstr. 3. Berlin: Mauerstr. 16/18.  
Dresden: Watsonhausstr. 5. München: Paracelsustr. 5.  
Osnabrück: Stöbererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
Nordstr. 62. Unsere Agenturen d. Ann.-Expd.  
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
Druckerei G. m. b. H.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4438.



Alldentsche Politik in Schweden.

Eine neue Methode der Verleumdung.

Wenn es im allgemeinen ebenso sehr eine Frage des Taf-  
tes wie der politischen Klugheit ist, wie weit sich die Journa-  
listik eines Landes mit den internen Angelegenheiten eines  
Nachbarlandes befassen will, so wird solche Einmischung zu  
einem öffentlichen Skandal, wenn dies in so unverantwort-  
licher Weise geschieht, wie neuerdings in mehreren Artikeln  
einer extremkonservativen schwedischen Provinzzeitung, die sich  
nicht scheut, die deutsche Demokratie im allgemeinen und die  
„Frankfurter Zeitung“ im besonderen in der gemeinsten Weise  
anzupöbeln und zu verleumben. Es ist das „Goeteborgs  
Aftonblad“, das, indem sie sich derart in den lächerlichsten Teil  
des deutschen Parteitampfes einmischt, ganz offenkundig zu  
einem Werkzeug einer neuen alldeutschen Verleumdungs-  
technik wird. Herr Rechtsanwalt Claf hat in dem Cham-  
berlainprozeß seinen Freunden so ungefähr den Rat gegeben:  
macht es vorsichtiger! Dies ist denn auch geschehen  
und zwar hat man reaktionäre schwedische Publizisten  
zu „neutralen“ Anklägern gegen die deutsche Demokratie  
gemacht. Just in einem ungemein günstigen Augenblick —  
manche freilich werden finden, es sei eitelhaft, daß sich selbst in  
den schwersten Stunden des Deutschen Reiches solche Ger-  
meinheit breit zu machen wagt!

Es sind vor allem zwei Artikel des „Goeteborgs Afton-  
blad“, die hier in Betracht kommen, der eine, dem unverkennbar  
eine deutsch geschriebene Stilübung zu Grunde liegt, ist ohne  
Namensnennung, der andere mit der Unterschrift eines für  
seine Person völlig belanglosen Herrn namens Ernst Logren  
erschienen. Beide schlagen in dieselbe Kerbe: Das „inter-  
nationale Alljudentum“ ist das Wesen der deutschen  
Demokratie, sie wendet sich „mit instinktivem Haß gegen die  
stärkste nationale Strömung in Deutschland, die Alldeu-  
tschen“ — sie führt eine systematische Kampagne gegen Gene-  
ral Ludendorff, einen Feldzug, der „sogar auf unterirdischen  
Wegen“ und in offenbarem Zusammenarbeiten mit dem feind-  
lichen Ausland betrieben wird. . . . Sie dagegen, die glori-  
reichen Vorkämpfer des Alldeutstums, sie, die erkannt haben,  
daß es zwei Weltanschauungen gibt: die angelsächsisch-puri-  
tanische und die deutsch-lutherische, sie ziehen den deutschen  
Siegeswagen zu immer schwindligerer Höhe. . . . usw. Also  
die gewohnten Phrasen und — Gemeinheiten, die dann ihren  
Höhepunkt in der Behauptung finden, daß die „Frank-  
furter Zeitung“ (die sich bekanntlich dadurch, daß bei-  
spielsweise Lord Robert Cecil das System der bisherigen  
deutschen Regierung, bezw. Nebenregierung, für schädlich er-  
klärt hat, nicht im geringsten davon abhalten läßt, dem endlich  
erreichten inneren Umschwung von Herzen zuzustimmen), daß  
diese verruchte „Frankfurter Zeitung“ durch ihre Politik die  
Geschäfte des Feindes betreibe und dabei soweit gehe, „zei-  
lich in auffallendem Zusammenhange mit Cecil's ganz ähn-  
licher Kritik“ das deutsche Regierungssystem anzuzweifeln;  
dieses „englische Abrechnungsbuch“ könne nur Prophezie oder  
der Beweis für eine unterirdische Verbindung  
eigentümlichster Art“ sein. Die folgenden Fälle  
bringen dann den Nachweis, daß und warum sich die englische  
Regierung „solchen Kontakt erhalte“.

Wahr, so herrlich wissen sonst nur die Edlen um Cham-  
berlain und gewisse Zeitungen alldeutscher Richtung Ver-  
leumdungen zu verbrämen. Dem guten Ernst Logren oder  
dem Redakteur des Goeteborger Abendblättchens — wer  
möchte ihnen solche Fertigkeiten zutrauen? Und es ist in  
der Tat Interesse für solche „neutrale schwedische“ Erkennt-  
nis in Deutschland vorhanden: Die ersten, die mit verblüffen-  
der Behendigkeit diesen Schwindel in Deutschland zu ver-  
breiten suchten, waren unsere großen Auslandspropagan-  
disten: die Herren vom Kriegspresseamt druckten das  
Bizut in ihren „Nachrichten der Auslandspresse“ als erste ab,  
damit es ja den Tausenden von Presseanälchen, die dadurch  
geheißt werden, nicht vorenthalten werde! Mehrere deutsche  
Zeitungen haben denn auch die Gelegenheit ergriffen, uns  
durch den Mund „neutraler Beobachter“ zu beschimpfen. —

Mit jenem reaktionären schwedischen Provinzblättchen  
geben wir uns nicht ab. Die großen schwedischen Zeitungen  
haben einen Antwortartikel der „Nya Dagligt Allehanda“  
abgedruckt, in dem es hieß, daß dieser nach Schweden lan-  
zierte Verleumdungsartikel „in krassestem alldeutschem Geist“  
geschrieben sei.

Dann heißt es weiter: „Es liegt Anlaß vor auszu-  
sprechen, daß die national-schwedische Auffassung keinen An-  
teil an solchem Zusammenpiel mit der all-  
deutschen Partei hat, sondern umgekehrt so etwas  
grundsätzlich mißbilligt. Wie wir Schweden unabhängig vom  
Partei Standpunkt uns für eine fremde Einmischung in  
unsere inneren Angelegenheiten bedanken, so wollen wir auch  
nicht an irgendwelcher Agitation in innerdeutschen Dingen  
teilnehmen, am allerwenigsten gegen eine Einrichtung, der  
sich sowohl die Mehrheit der Deutschen als auch die lei-  
tenden deutschen Staatsmänner offensichtlich angeschlossen  
haben.“

So schrieb das Blatt vor dem neuesten und endgültigen

1918. 30

### Das Friedensprogramm Wilsons.

Wien, 5. Oktober.

In dem an den Präsidenten Wilson gerichteten Antrag der Mittelmächte wird erklärt, daß für den Friedensschluß die vierzehn Punkte der Botschaft Wilsons an den Kongress am 8. Januar 1918 und die vier Punkte in der Rede Wilsons vom 12. Februar 1918 als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen Wilsons vom 27. September 1918 Bedacht genommen werde.

#### Die vierzehn Punkte.

In seiner Botschaft vom 8. Januar d. J. an den Kongress erklärte Wilson:

Das Programm des Weltfriedens ist unser Programm, das auch zugleich das einzig mögliche Programm darstellt, das uns vorschwebt.

Der 1. Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der 2. Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl im Kriege mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der 3. Punkt ist die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Erreichung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die 4. Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Der 5. Punkt ist die freie, aufrichtige und vollkommen unparteiliche Ordnung aller kolonialen Forderungen, die auf der strengen Befolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen.

Der 6. Punkt betrifft die Räumung des ganzen russischen Gebietes und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, die das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Nationen der Welt sichert, um für Rußland die unbehinderte Gelegenheit zu erlangen, unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu entscheiden und Rußland die aufrichtige, freundliche Aufnahme in die Gesellschaft der freien Nationen unter Geleiten, wie es sie selbst will, zu sichern und, mehr als das, Unterstützung in allen Dingen, die Rußland braucht und selbst wünscht. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten gewährt werden wird,

wird eine klare Probe auf ihren guten Willen sein und ihr Verständnis für Rußlands Rolle zum Unterschied von ihren eigenen Interessen.

7. Punkt: Die ganze Welt wird zusammen, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, ohne daß irgendein Versuch unternommen wird, seine Souveränität, deren es sich in Gemeinschaft mit allen anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine einzige andere Handlung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze, die sie selbst zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander festgesetzt haben, wieder herzustellen. Ohne diese versöhnliche Handlung wäre das ganze Gefüge und die Kraft des internationalen Völkerrechtes für immer beeinträchtigt.

8. Punkt: Das ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsass-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu 50 Jahren beunruhigt hat, soll wieder gutgemacht werden, damit der Friede wieder im Interesse aller gesichert wird.

9. Punkt: Die Berichtigung der Grenzen Italiens soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.

10. Punkt: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.

11. Punkt: Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzten Gebiete wieder hergestellt werden. Serbien soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden. Die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollen durch freundliche Besprechungen entsprechend den geschichtlich gegebenen Linien der Zugehörigkeit der Nationalität festgelegt werden. Für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzlichkeit der verschiedenen Balkanstaaten sollten Garantien geschaffen werden.

12. Punkt: Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte der sichere Genuß der Souveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die sich jetzt unter türkischer Herrschaft befinden, sollte ebenso unzweifelhaft Sicherheit des Lebens und absolut unbeschränkte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gesichert werden. Die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt für die Schiffe und der Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.

13. Punkt: Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, sollte errichtet werden. Er müßte freien Zugang zum Meere haben. Seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität müßte durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

14. Punkt: Ein allgemeiner Völkerbund muß errichtet werden. Spezielle Verträge müssen für gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität für große und kleine Staaten in gleicher Weise sorgen.

#### Die vier Punkte.

Die Rede Wilsons, in der er auf die Reden des Grafen Czernin und des Grafen Hertling am 12. Februar 1918 antwortete und in der er an die am 8. Januar bekanntgegebenen Kriegsziele anknüpfte, besprach die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches und erklärte:

Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

1. Daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.

2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsüberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Seiten distribiert ist, daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse.

4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verwirgung alter Elemente von Zwist und Egoismus, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. In allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Kriege fortzufahren.

#### Die Grundlagen für einen Völkerbund.

In der Rede Wilsons vom 27. September 1918, die er in Newyork hielt, sprach er über den Völkerbund und bezeichnete als Grundlagen desselben, welche die Auffassung der Regierung über ihre eigene Pflicht mit Bezug auf den Frieden darstellen:

Erstens: Die unparteiliche Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Bevorzugung kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

Zweitens: Kein besonderes, abgeordnetes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt.

Drittens: In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

Viertens: Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen, selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung

wirtschaftlichen Verbots in irgendeiner Form der Ausschließung, ausgenommen die Machtvollkommenheit, die dem Völkerbunde erteilt wird, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluss von den Weltmärkten zu verhängen, und diese wiederum als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

Fünftens: Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollständig der übrigen Welt mitgeteilt werden.

von Comme-Wy nach Norden führenden Straße wurden auch am Nachmittag nach wiederholter Feuervorbereitung dreimal vordringende Tankstürme zum Scheitern gebracht. Der Weiße Berg und die Medeahöhe wurde in zweimaligem Gegenangriff wieder genommen. Hier sowie bei ihren vergeblichen Angriffen gegen die Höhe südlich Siry und südwestlich Monthois erlitten Franzosen und Amerikaner, besonders auch durch Artilleriefeuer, beträchtliche Verluste. In erbitterten Teilangriffen beiderseits der Aisne wurden 100 Gefangene gemacht. Zwischen Argonne und Maas lebte in den Nachmittagsstunden das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

### Große Brände in Cambrai.

London, 3. Oktober. (Z. K.)

Der Korrespondent der „Daily Mail“ an der Westfront meldet unter dem 3. d., daß in Cambrai ein großes Feuer ausgebrochen sei. Auch in der Nähe von Cambrai in Cattenières brennt es. Der Brand in Cattenières wurde durch britische Granaten verursacht, die einen langen Munitionszug traf und zur Explosion brachten. Desfür von Cambrai wird ebenfalls ein Brand wahrgenommen. Der Korrespondent der „Daily Mail“ belächelt die Umgebung von Lens. Die Stadt ist ein einziger Trümmerhaufen.

### Der gestrige englische Angriff bei St. Quentin.

London, 4. Oktober.

Das kaiserliche Bureau erfährt, daß der gestrige britische Angriff nördlich St. Quentin sich über eine Front von 8 Meilen erstreckte und die letzte Linie des Hindenburgschen Systems in diesem Gebiete durchbrochen hat.

### Englischer Seebericht.

London, 3. Oktober.

3. Oktober: Die bei der Offensive der Alliierten in Flandern und vor Cambrai und St. Quentin gemachten Fortschritte zusammen mit den schweren Verlusten, die die Truppen des Feindes bei ihren Bemühungen, den erfolgreichen Angriffen der Alliierten Widerstand zu leisten, erlitten haben, haben den Feind gezwungen, in ausgedehntem Maße seine Linie zurückzunehmen. Von Lens bis Armentières räumt der Feind seine sorgfältig ausgebauten Stellungen, die von ihm seit Beginn des Laufgrabenkrieges gehalten und bisher mit der äußersten Entschlossenheit verteidigt worden waren. Diese Bewegung, die nicht unerwartet kam, wird von unseren Truppen, die in fortwährender Fühlung mit den deutschen Nachbarn sind, ihnen viele Verluste zufügen und Gefangene machen, scharf verfolgt.

Auf der Rückzugsfront haben wir im allgemeinen bereits die Linie, die über Cile-St. Auguste-Douvain, Gegend östlich La Bassée und östlich Auberès sowie westlich Bois-Grenier verläuft, erreicht, und unser Vormarsch dauert noch fort. Gestern Abend griff der Feind unsere Stellungen nördlich von Cambrai an. Er wurde zurückgeschlagen, wobei er Gefangene in unseren Händen ließ. Heute früh erneuerten unsere Truppen ihre Angriffe nördlich St. Quentin.

3. Oktober, abends: Engländer und Schotten nahmen Sequelhart wieder. Die Engländer nahmen Kemicoourt, Wiancourt, Gomy, Le Catelet und besetzten Armentières.

### Italienischer Generalstabbericht.

Albanien. Am 1. Oktober begannen unsere Truppen im Abschnitt zwischen dem Meer und Durrës einen energischen Vormarsch. Unsere Kolonnen besetzten in beschleunigtem March am Abend das Dorf Fieri, die Linie Sementi von Starvanti bis zur Brücke von Merati, die Höhen von Janic und Bivallica und jene von Zitum, wobei sie den Widerstand der feindlichen Abteilungen überwandern. Links vom Durrës behutete sich der Feind auf den ganzen Abschnitt zu beiden Seiten des Durrës. Unsere Nachbarn überschritten die Linie Dobronica-Corbadzias und näherten sich Berat. Der Feind weicht rasch zurück und sucht sich unserer Verfolgung zu entziehen, wobei er seine Lager anzündet. Doch machten wir Gefangene und erbeuteten große Mengen Material. Britische Flugzeuge beschossen die Verbindungslinie dem Stambul entlang mit wirksamem Erfolg und beschossen das Flugfeld von Tirana aus geringer Höhe mit Maschinen-gewehrfeuer, wodurch sie einen feindlichen Jagdapparat abschossen.

### Besetzung russischer Kriegsschiffe durch deutsche Truppen.

Berlin, 4. Oktober.

Das Wolffsche Bureau meldet: Das russische Ozean-lampschiff „Wolja“ und eine Anzahl im Laufe des Krieges jetzt gezeigter Einheiten, die bisher unter deutscher Kontrolle gestanden haben, sind von deutschen Truppen besetzt worden. Sie veränderten Streiträfte im Schwarzen Meere erhalten dadurch zum Schutze der Meeresengen eine erhebliche Verstärkung. Der Schritt ist im Einvernehmen mit der Regierung in Moskau erfolgt.

### Oesterreichischer Reichsrat.

#### Zuweisung der Friedensanträge an den Ausschuss.

Wien, 4. Oktober.

Die Debatte über den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung und die Friedensfrage ist heute abgeschlossen worden. Die Anträge der Parteien, die gleichzeitig in erster Lesung standen, wurden einem besonderen Ausschuss zugewiesen, der in einer der nächsten Sitzungen gewählt werden wird. Die Reden des heutigen Tages beschäftigten sich aber mehr mit unseren innenpolitischen Verhältnissen. Vieles, was vorgebracht wurde, war sehr lehrreich. Soll es wundernehmen, und ist es nicht vielmehr bei allen Memorandumplänen nur eine selbstverständliche Folgerichtigkeit, wenn Dr. Ritter v. Szepesckul-Grecul erklärte, daß die vier Millionen Rumänen Oesterreichs und Ungarns innerhalb der Monarchie ihre eigene Staatlichkeit verlangen. Und nicht minder bezeichnend ist die Auseinandersetzung zwischen Ruthenen und Polen, zu der es heute kam. Der Abgeordnete Petruszewicz verlangt die national-territoriale Autonomie, er will von den Landesgrenzen Galiziens, die nur zur Anechtung einer schwächeren Nation geschaffen seien, nichts wissen. Die starken Worte, die der Abgeordnete Daszynski gestern und der Abgeordnete Dr. Glombinski

heute über Gewalt Herrschaft und Unterdrückung gesprochen haben, sie wurden heute gegen sie selbst gerichtet. Die Ukrainer, klagte Abgeordneter Petruszewicz, seien in Galizien politisch und wirtschaftlich zu Bettlern herabgedrückt worden und sie wollen um keinen Preis mit den Polen weiter zusammenleben. Und es war dann eine vielbemerkte Szene, als der ganze Bau der Rede des Abgeordneten Dr. Glombinski durch einige Zwischenrufe des ukrainischen Abgeordneten Dr. Kuniewski zusammenstürzte. Dr. Glombinski hatte sich um den Nachweis bemüht, daß die polnische, die tschechische und die süd-slawische Frage internationalen Charakter haben und auf dem Friedenskongreß gelöst werden müssen. Da rief Dr. Kuniewski: „Und wir Ukrainer in Galizien? Ist das eine innere Frage oder eine äußere? Antworten Sie aufrichtig vor dem österreichischen Parlament.“ Dr. Glombinski erwiderte: „Das ist eine polnisch-ruthenische Frage, und als ihn Dr. Kuniewski durch eine neue Frage in die Enge trieb, da meinte er: „Die ukrainische Frage ist eine internationale, aber Galizien gehört nicht zur Ukraine. In Galizien leben sowohl wir als die Ukrainer.“ Galizien gehört jedoch nicht nur nicht zur Ukraine, sondern auch noch nicht zu Polen, und in Böhmen leben ebenfalls nicht die Tschechen allein, sondern auch Deutsche. Man sieht, mit welcher Unaufrichtigkeit bei dem Selbstbestimmungsrecht vorgegangen wird und wie es jeder nur so weit gelten lassen will, als es ihm zugute kommt.

Gegen die Auffassung vom Selbstbestimmungsrechte, wie sie die Polen und Tschechen haben, wandte sich heute auch der Abgeordnete Dr. Stölzel. Wenn sie einen tschechischen Staat haben wollen, rief er, so haben sie ihn, aber ohne jeden Deutschen. Die Deutschen wollen niemanden zwingen, sie wollen jedoch auch nicht gezwungen werden. Das deutsche Volk ist friedlich, aber es verträgt nicht Unterwerfung, nicht den Verlust seiner Ehre und seiner Selbstständigkeit. Wenn die Knebelung des deutschen Volkes gelänge, wie es die Abgeordneten Stanek und Daszynski meinen, so wäre das nur der Keim für einen neuen vernichtenden Krieg. Abgeordneter Dr. Stölzel war auch bemüht, das Verfaßnis gutzumachen, daß den gehässigen Schmähungen des deutschen Namens bisher nicht entgegengetreten worden ist. Er erinnerte die Tschechen an ihre kulturelle Entwicklung, an ihren maßgebenden Einfluß auf das gesamte Staatswesen, und er sagte ihnen voraus, daß sie sich, wenn es ihnen gelingen sollte, ihren Staat zu errichten und außerhalb Oesterreichs zu stellen, wehmütig an die Zeit erinnern würden, in der sie so verwöhnt und verhätschelt wurden. Dem Abgeordneten Daszynski hielt er vor, wie anders er vor Gorlice gesprochen habe und was das polnische Volk getan hätte, wenn der beschimpfte preussische Militarismus und Oesterreich-Ungarn das Land von der russischen Kluft nicht befreit hätten. Er wies auch auf den Widerspruch hin, der in einer solchen Sprache gegen Oesterreich und der Aufstellung immer neuer Landespostulate liegt. Wir könnten es, sagte Dr. Stölzel, vor unserer Wählerschaft nicht verantworten, einen Kreuzer für Galizien zu bewilligen, wenn wir annehmen müßten, daß es ein uns feindliches Land sei. Ähnliches führte auch der Abgeordnete v. Guggenberg aus. Er sagte, die Slawen würden sich auf dem Kongresse überzeugen, daß man mit ihnen vielfach nur Fangball gespielt habe, und daß sie es ohne den Schutz einer Zentralgewalt vor allem zu hüben hätten, wenn es zu neuen Konflikten zwischen den großen Völkern kommen sollte. Der Redner sprach auch von den Gerüchten über eine Abtretung Südtirols; das Land sei eine Burg für sich und die Abtrennung eines Teiles würde ihm seine Verteidigungsfähigkeit nehmen. Der Abgeordnete Pachet sandte bei der Zurückweisung der tschechischen Angriffe einen Gruß an die heldenhaften Brüder im Deutschen Reiche, deren tapfere Führer und den deutschen Kaiser. Vor der ganzen Welt, erklärte er, erheben die Deutschen Einspruch dagegen, daß von tschechischer Seite unter dem Schlagworte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Eroberung und Raub getrieben werden soll, da dreieinhalb Millionen Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien in den tschechischen Staat eingepfercht werden sollen. Die Grenzen des tschechischen Staates werden nicht die böhmischen Gebirge, sondern die Sprachgrenzen in Böhmen sein. Beachtet sollte das Wort des Abgeordneten Pachet werden, daß nur der verloren sei, der sich selbst aufgibt.

Zum Worte kamen heute noch die Abgeordneten v. Letmajer, Spincic, Dr. Gruban, Doktor Degasperi, Dr. Straucher und Starc. In der nächsten Sitzung am Dienstag wird die Debatte über den innenpolitischen Teil der Regierungserklärung und die Ernährungsfragen beginnen.

### Abgeordnetenhause.

(87. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

#### Debatte über die Regierungserklärung und die Friedensanträge.

Abg. Dr. Stölzel (deutschnational) bedauert die Angriffe der Abgeordneten Stanek und Daszynski gegen unsere Armeen, die gegen eine ganze Welt von Waffen sich stetig bewährt habe. Die Geschichte werde die Rede des Abgeordneten Stanek und dessen Verherrlichung des Hochverrats der czecho-slawischen Brigaden verzeichnen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen läßt Redner klage über das Versagen der Verwaltung und die schweren Mängel auf dem Gebiete des Ernährungsweins.

Der Vorwurf, daß die Deutschen den Staat beherrschen und die anderen Völker unterdrücken, müssen die Deutschen zurückweisen. Redner leugnet nicht, daß die Deutschen hoffen, daß durch diesen Krieg ein trautes geordnetes Oesterreich entstehen werde; das sei jedoch nicht so zu verstehen, als ob die Deutschen die anderen Völker beherrschen wollten, sondern nur in dem Sinne, daß sie hoffen, die anderen Völker zu der großen österreichischen Staatsidee zu bekehren. Das Wort „Los vom Staate“, das man bei einigen Völkern Oesterreichs hört, werde im praktischen Leben nicht bestehen können. Es sei zu fürchten, daß man in diesem Staate Kämpfe erleben werde, die an ferbische Verhältnisse erinnern. Wenn der Bolschewismus in Oesterreich kommt, wird er vielleicht im tschechischen Staate zuerst kommen. Es wird für die Deutschen kein Schaden sein, wenn sie ihre eigenen Interessen rücksichtslos vertreten können, ohne fürchten zu müssen, daß sie bei den anderen ausstoßen.

Die Deutschen werden wie in der schweren Kriegszeit immer geschlossen zusammenstehen. Das brutale, böhmische Vorgehen gegen uns, die Polen, als ob der Feind schon vor den Toren stünde, als

Sever werden die nunmehr in erster Lesung verhandelten Friedensanträge einem vom Hause zu wählenden 27gliedrigen Ausschuss zugewiesen. Die Wahl dieses Ausschusses wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gestellt werden.

Nächste Sitzung Dienstag den 8. d., 11 Uhr normittags. Schluß der Sitzung 1/6 Uhr abends.

## Zeit der Annexion Bosniens.

Von Heinrich Friedjung.

Gerade zehn Jahre sind es her, daß am 6. Oktober 1908 durch eine Proklamations Kaiser Franz Josephs die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die Monarchie ausgesprochen wurde. Langsam reifen die Geschichte: erst jetzt, ein Jahrzehnt später, wird durch den zu erwartenden Weltfriedensvertrag endgültig über die Zukunft der 1879 an Oesterreich-Ungarn gefallen Länder entschieden werden. Das Donaureich befindet sich zurzeit völkerrechtlich in einer besseren Lage als vor der Annexion; denn im März 1909 haben alle beteiligten Staaten — nicht bloß die Großmächte, auch Serbien und Montenegro — die vollzogene Tatsache in aller Form anerkannt, die nur durch Gewalt rückgängig gemacht werden könnte. Zur Verteidigung der 1879 und 1909 vertragmäßig erworbenen Provinzen marschieren jetzt behufs Abwehr der gegen Bulgarien siegreichen feindlichen Armee österreichisch-ungarische Divisionen gegen Süden; aber hoffentlich werden die Friedensverhandlungen es überflüssig machen, die Entscheidung auf die Spitze des Schwertes zu stellen.

Der Augenblick ist gekommen, da das Hauptergebnis des Wirkens Lehrenthals, eben die am 6. Oktober 1908 ausgesprochene Annexion Bosniens, die Feuerprobe bestehen soll. Willkommen ist es daher, daß vor kurzer Zeit aus der Feder des österreichischen Publizisten Bertold Molden zwei bemerkenswerte Arbeiten über Lehrenthal veröffentlicht worden sind. Die erste ist eine Skizze, das Wichtigste einbeziehende Lebensbeschreibung des österreichischen Staatsmannes; die andre ein breiter angelegtes Buch, das bloß seine Ministerthätigkeit, diese aber mit der beim jetzigen Stande des zugänglichen Aktenmaterials möglichen Vollständigkeit, behandelt. Offensichtlich sprangte der reiche dem Verfasser zulleihende Stoff den Rahmen der kürzeren Biographie, die, in einem Sammelwerk erscheinend, auf einen engen Raum zusammengedrängt werden mußte; so entschloß sich Molden zur Zweitstellung, und der Hauptgegenstand, die Ministerzeit Lehrenthals, formte sich denn zu einem selbständigen Buch. Die kürzere Lebensbeschreibung ist im 18. Band eines der besten Sammelwerke erschienen, über welche die deutsche historische Literatur verfügt, in dem von Anton Bettelheim herausgegebenen „Biographischen Jahrbuch“, einer Fundgrube des Wissens von der neuesten politischen und Kulturgeschichte der deutschen Nation. Dieser letzte Band ist wie alle

vorhergehenden reich an eindringenden Arbeiten auch über hervorragende Oesterreicher, so außer Lehrenthal über Josef Unger, Ludwig Martinelli, Erzherzog Rainer und andre. Es wäre ein Verlust für die biographische Kunst und Wissenschaft, wenn das Sammelwerk Bettelheims, wie fast zu befürchten ist, infolge des schweren, von dem Verleger in der Mah-Sache begangenen Mißgriffes nicht fortgesetzt werden sollte. Moldens Arbeiten über Lehrenthal wären wie viele andre Biographien vielleicht nie erschienen, wenn das Jahrbuch Bettelheims nicht als Geburtshelfer eingegriffen hätte. So aber entstand ein ernstes Buch, frei von den der Tagesliteratur eigenen, nur dem Scheine nach geistreichen Aus- und Vorblickten, eine zuverlässige Zusammenstellung der positiven Tatsachen, wohl gesichtet und geordnet. Bertold Molden ist ein zuverlässiger Führer durch die vielverschlungenen Gänge der Balkanpolitik von 1906 bis zum 17. Februar 1912, dem Sterbetage Lehrenthals.

Die vielbesprochene Annexion Bosniens vollzog sich — diese Tatsache wird von Molden offenbar nach aktenmäßigen Quellen wieder erhärtet — auf Grund eines vom russischen Minister des Aeußern Iswolsti nach Wien ergangenen Angebotes. Iswolsti bedurfte der Zustimmung der Mittelmächte, um der russischen Kriegsflotte die Erlaubnis der Durchfahrt durch die Meerengen zu verschaffen, und zahlte dafür einen Preis, der ihm nicht zu hoch erschien, da Bosnien im Guten nicht mehr von der Monarchie losgeschmiedet werden konnte. Vom 18. Juni 1908, so stellte einige Jahre später eine englische Zeitschrift fest, war das Schreiben Iswolstis an den österreichischen Minister datiert. Um des für Rußland zu erwartenden Vorteiles willen schob Iswolsti die Ansprüche Serbiens und Montenegros zur Seite, die sich schmeichelten, die zwei Provinzen später einmal unter sich teilen zu können. Das Petersburger Kabinett hatte dieses Spiel oft getrieben, hatte die Balkanstaaten zeitweilig liebte, um sie dann wieder fallen zu lassen. Rußland war mit großen Aufgaben belastet, da es die Erde vom Schwarzen Meer bis zum Großen Ozean umspannte. Damals standen die Dardanellen im Mittelpunkt seines Strebens, so daß die Rücksicht auf die Südslawen zurücktrat. Diese Sachlage benützte Lehrenthal und nahm die ledere Speise von der dargereichten Schüssel. Er wäre ein politischer Stümper gewesen, hätte er nicht zugegriffen.

Als die Sache zwischen den zwei Ministern am 15. September bei der Begegnung zu Buchlau im allgemeinen verabredet war, reiste Iswolsti nach Paris und London, um sich auch dort die Zustimmung zur Deffnung der Dardanellen zu holen. Indessen stieß er auf schroffe Ablehnung und wurde mit bitteren Borwürfen überhäuft, weil er, die Genossen des Dreiverbandes hintanziehend, sich zuerst mit den Mittelmächten verständigt hatte. Unterdessen war Oesterreich-Ungarn frisch ans Werk gegangen und vollzog, früher als Iswolsti vermutete, die Tatsache der Annexion. Das erfuhr der russische Diplomat zu Paris und glaubte sich getäuscht, übervorteilt. Noch deckt ein Schleier die Einzelheiten des Vorganges, und es ist nicht genau bekannt, ob Lehrenthal, wie sein Gegenspieler hoch und teuer versichert, diesen wirklich übertrumpft hat. Demgegenüber versicherte der österreichische Minister jedermann, er habe Iswolsti in Buchlau zu wissen getan, er müsse schon wegen der inneren Verhältnisse der Monarchie rasch handeln und jedenfalls noch vor der Delegationstagung die Ernte in Sicherheit bringen.

Wie immer sich die Sache im einzelnen verhalten mag, das Ergebnis war ein augenblicklicher Erfolg Lehrenthals, gefolgt allerdings von der bitteren Verfeindung mit Iswolsti und weiterhin der völligen Entstellung des Petersburger Hofes. Die Einleitung der Annexion war geschickt, aber der diplomatische Sieg mit der Feindschaft Rußlands zu teuer erkaufte. Iswolsti und die Seinigen haben freilich die Ablehr von den Mittelmächten viel schwerer gebüßt, da ihr blindwärtiger Haß gegen Oesterreich-Ungarn zum Krieg und zum Untergang des Zaren Nikolaus führen sollte. Noch ist das blutige Ringen nicht zu Ende, aber die russischen Anstifter des Krieges haben jedenfalls ihren Lohn dahin, wobei der Unschuldige von allen, der ermordete Zar, am schwersten litt. Von dem

Angebot der Annexion Bosniens führt über Iswolstis Lossagung von dem Abkommen der Weg bis zum Kriegsausbruch mit allen seinen erschütternden Folgen. Vier Akte der Tragödie sind vorüber, dem fünften folgen wir mit atemloser Spannung.



# Reichspost.

es Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bestellungspreise für Wien:

monatlich	K 6.00
vierteljährlich	18.00
halbjährlich	30.00

Für Oesterreich-Ungarn:  
bei täglich zweimaliger Postver-  
sendung

monatlich	K 7.40
vierteljährlich	22.00
halbjährlich	44.00

bei täglich einmaliger Postver-  
sendung

monatlich	K 6.70
vierteljährlich	20.00
halbjährlich	40.00

Für Deutschland:  
vierteljährlich, Kreuzbandf. K 28.00  
und durch die Postämter laut dort  
aufgelegter Preislisten.

Abnehmer des Weltpostvereins:  
vierteljährlich, Kreuzbandf. K 28.00

ien, Samstag, den 5. Oktober 1918

XXV. Jahrgang

## Reichspost Hilfe für die Verteidigung der Dardanellen. 5. Den Abzug der Dreibundtruppen aus Bulgarien.

Oesterreich-Ungarn richtete. Es ist vielleicht für die heute bevorstehenden Möglichkeiten symptomatisch, daß die äußerliche Manifestation der Schaffung des Balkanbundes anlässlich der Großjährigkeitserklärung des damaligen Kronprinzen und jetzigen König Boris erfolgte, bei welcher unter großem Gepränge vor sich gegangenen Feierlichkeit neben einem russischen Großfürsten sämtliche Thronfolger der Balkanstaaten anwesend waren.

Die politische Aera, die mit der Bildung des Balkanbundes eingeleitet wurde, brachte den Bulgaren und ihrem ersten König kein Glück. Der im Oktober 1912 programmgemäß gegen die Türkei eröffnete Angriffskrieg brachte dem bulgarischen Heer zwar große Erfolge, forderte von ihm aber auch große Opfer und endete im zweiten Balkankrieg mit der vollständigen Niederlage der Bulgaren, die jetzt gegen die bisherigen Bundesgenossen und das ihnen in den Rücken fallende Rumänien zu kämpfen hatten. Zum erstenmal hatte der politische Schicksal König Ferdinands in einem entscheidenden Augenblick versagt und das Land in eine katastrophale Lage gebracht. Nahe dem Gipfel der Erfüllung seiner nationalen Einigungsbestrebungen sah sich Bulgarien von seinen Feinden in einen Abgrund militärischer und politischer Ohnmacht zurückgeschleudert. Es ist angezeigt, heute daran zu erinnern, daß Bulgarien es wesentlich dem Eingreifen Oesterreich-Ungarns zu danken hatte, wenn damals sein Sturz gemildert wurde und es im ersten Bukarester Frieden von Westmazedonien wenigstens das Gebiet von Strumitza zugesprochen erhielt. Und als König Ferdinand den Truppen befahl, die Fahnen einzurollen bis zu dem Zeitpunkt, wo er ihnen wieder den Befehl geben könne, sie zu entfalten, stützte er seine Hoffnungen zum guten Teil auf die Ueberzeugung, daß ihm im entscheidenden Augenblick der Anschluß an Oesterreich-Ungarn und Deutschland die Möglichkeit der Vergeltung eröffnen würde. Das Jahr 1915 sah bereits die Erfüllung dieser Hoffnungen. An der Seite der Mittelmächte vermochte Bulgarien an der Niederwerfung des serbischen Erbfeindes mitzuwirken und im Herbst 1916 auch den Rumänen den Ueberfall im Jahre 1913 heimzuzahlen. Der großbulgarische Traum schien verwirklicht. Der größte Teil Mazedoniens, Altserbien bis zur Morawa und die Dobrußja bis zum Trajanswall waren von bulgarischen Truppen besetzt und die kommenden Friedensverhandlungen hätten Bulgarien in einer glänzenden Lage gefunden. Zum zweiten Male befand sich Bulgarien nahe dem Gipfel der Erfüllung seiner Einigungsbestrebungen und zum zweiten Male ist es nun von diesem herabgestürzt. Diesmal nur durch eigene Schuld. Wurde es im Jahre 1913 hinterücks von den bisherigen Bundesgenossen und den Rumänen angefallen und ist es damals der Uebermacht der von allen Seiten anstürmenden Feinde erlegen, so hat es diesmal die treu an seiner Seite stehenden Bundesgenossen schände im Stiche gelassen und sich den gemeinsamen Feinden freiwillig in die Arme geworfen. Mit mehr Grund als im Jahre 1913 muß Bulgarien heute seine Fahnen verhängen. Nicht nur wegen der Niederlage, die es hauptsächlich dem Verrate in den Reihen des Heeres zu verdanken hat, sondern vor allem wegen des treulosen Verlassens der Bundesgenossen und des kaum verschleierten Ueberganges ins feindliche Lager.

Welche Rolle König Ferdinand in diesem letzten Akt seiner Regierung gespielt hat, ist, wie gesagt, noch nicht ganz klar, da seine nunmehrige Abdankung verschiedene Möglichkeiten offen läßt. In französischen und italienischen Blättern wird behauptet, daß der König schon im August insgeheim Friedensschritte unternahm, weil er infolge des deutschen Rückzuges im Westen an einem

glücklichen Ausgange des Krieges verzweifelte. Möglicherweise kam hierzu noch der Umstand, daß die Erklärungen der Staatsmänner der Mittelmächte über die Wiederherstellung Serbiens im Zusammenhang mit dem Kondominium in der Dobrußja und den Gebietsansprüchen der Türkei die Bulgaren zu der Anschauung brachten, daß sie an der Seite der Mittelmächte nur einen geringen Teil ihrer nationalen Einigungspläne zu verwirklichen imstande sein würden. Jedenfalls hat schon die Ernennung des Kabinetts Malinow ein sichtliches Ubrücken Bulgariens von den Mittelmächten bedeutet und die weiteren Schritte, die der neue Ministerpräsident in diesem Sinne unternahm und wobei der amerikanische Gesandte in Sofia und der frühere bulgarische Gesandte in Bukarest Radew die Vermittler spielten, dürften kaum ohne Wissen und Willen König Ferdinands erfolgt sein. Vielleicht rechnete der König darauf, daß seine bedingungslose Unterwerfung die Abneigung, die gegen ihn in Frankreich und England herrschte, überwinden werde. In diesem Fall hat er sich jedenfalls zum mindesten hinsichtlich der persönlichen Folgen seiner Politik einer schmerzlichen Täuschung hingelassen. Möglicherweise war er aber schon von Hans aus bereit seine Person zum Opfer zu bringen, um seinem Nachfolger die Krone zu sichern und den Frontwechsel zu erleichtern. Auf jeden Fall bliebe dann aber der Vorwurf auf ihm haften, hinter dem Rücken seiner Bundesgenossen Mäne gesponnen zu haben, die eine Verletzung der Bündnispflicht bedeuteten und deren Ausführung die Mittelmächte in eine schwere Krise stürzen konnte. Hat aber König Ferdinand tatsächlich keine derartigen Absichten gehegt, wußte er nichts von den Ränken seines Ministers und wurde er von dem Ereignissen einfach überrannt, so stand eben zuletzt an Stelle des früheren Meisters der Politik ein den Verhältnissen nicht mehr gewachsener Herrscher, dessen Abdankung nur mehr eine leere Formalität ist.

König Ferdinand von Bulgarien hat bei seiner Thronentsagung die Krone formell seinem ältesten Sohn Boris, tatsächlich aber den Verbandsmächten übergeben, als deren Exponent bereits der Berschmördere und Königsstürzer Benizelos in Sofia eingetroffen ist. Bulgarien sinkt unter dem neuen Herrscher wieder zu dem herab, was es vor dreißig Jahren war, zu einem Balkanstaat, in dem nicht die Interessen des eigenen Volkes maßgebend sind, sondern wo die intriguanten Vertreter fremder Mächte das große Wort führen. Das ist der vorläufige Abschluß des Lebenswerkes des ersten Bulgarenkönigs. Für die Mittelmächte bedeutet der Thronwechsel in Sofia keine Aenderung der Lage mehr.

### Der Thronwechsel in Bulgarien. Das Vertrauen Boris III. zu Malinow. — Der Thronwechsel im Sobranje.

Sofia, 3. Oktober. (Ag.-L. Bulg.)  
Die Regierung hat König Boris ihre Demission angeboten. Dieser drückte den Mitgliedern des Kabinetts sein Vertrauen aus und hat die Minister, ihre Portefeuille zu behalten. Die auf den Thronwechsel bezüglichen Manifeste werden morgen veröffentlicht werden.  
Der Präsident des Sobranje hat über Bitte des Ministerpräsidenten Malinow die Abgeordneten heute vormittag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Die Sitzung wurde unter tiefgehender Bewegung eröffnet. Der Saal und die Galerien waren dicht gefüllt.  
Ministerpräsident Malinow gab die Abdankung des Königs Ferdinand und die Thronbestimmung des neuen Königs bekannt, den

### Die Abdankung des Zaren Ferdinand.

Wien, am 4. Oktober.

Das erste Opfer der Unterwerfung Bulgariens unter den Willen der Verbandsmächte ist König Ferdinand. Ob der König freiwillig abgedankt hat oder zu diesem Schritt gezwungen wurde, ist heute noch ebenso unklar, wie die Rolle, die König Ferdinand bei dem Abfall Bulgariens vom Vierbund überhaupt gespielt hat.

Der erste König des modernen Bulgariens galt immer für einen Staatsmann mit weitem, überlegenem Blick für die politischen Zusammenhänge und die Möglichkeiten der Zukunft, für einen Politiker, der seine Pläne mit zäher Entschlossenheit zu verfolgen und den richtigen Zeitpunkt für deren Durchsetzung zu wählen wußte. Diese Eigenschaften haben Ferdinand von Koburg, als er vor 31 Jahren das Wagnis unternahm, entgegen dem Willen der Großmächte den bulgarischen Fürstenthron zu besteigen, befähigt, trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten und Gefahren sein Land in fünfundsiebenzigjähriger Friedensarbeit zu einem geordneten und angesehenen Staatswesen auszubauen. Es ist hierbei für die Beurteilung der jüngsten innerpolitischen Vorgänge in Bulgarien wichtig, festzustellen, daß Ferdinand von Bulgarien selbst in den schwersten inneren Krisen stets die Lage beherrschte und trotz der Zerrissenheit des parteipolitischen Lebens des Landes auch in Fragen, die die politischen Leidenschaften aufspalteten, das Volk seiner Führung zu unterwerfen wußte. Nach außen hin war seine Politik auf die Schaffung eines Großbulgariens gerichtet und auch hier bewährten sich die staatsmännischen und diplomatischen Fähigkeiten des Herrschers, vor allem in dem Kampf gegen die lange Zeit hindurch feindselige Gesinnung Rußlands, die auch nach dem im Jahre 1894 zustande gekommenen außerlichen Versöhnung immer wieder hervorbrach. Der Rückhalt, den Fürst Ferdinand hierbei an Oesterreich-Ungarn stets gefunden hat, bewährte sich auch bei der im Jahre 1908 erfolgten Unabhängigkeitserklärung und gleichzeitigen Ausrufung Bulgariens zum Königreich. Drei Jahre später aber schwankte das neue Königreich ganz in das russische Fahrwasser ein, indem es dem unter der Führung Rußlands gebildeten Balkanbund beitrug, der seine Spitze nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen

# Ein Friedensschritt der Mittelmächte.

Wien, 5. Oktober.

Oesterreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei haben beschlossen, zwecks Abschusses eines allgemeinen Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen im Wege der mit ihrer Interessenvertretung in den Vereinigten Staaten von Amerika betrauten Regierungen gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten heranzutreten.

In Ausführung dieses Entschlusses wurde der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm gestern vom Minister des Aeußern telegraphisch beauftragt, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. d. M. folgende Depesche an den Herrn Präsidenten Wilson gelangen zu lassen:

## Der Wortlaut der Note:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiemit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschlusse hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welchen die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Jänner 1918 und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.

Wien, 5. Oktober.

Seit einigen Tagen war die Nachricht von einem neuen Friedensschritt der Mittelmächte verbreitet. Heute nun wird die Öffentlichkeit in Kenntnis von diesem Ereignis gesetzt. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sind an den Präsidenten Wilson mit dem Antrag herangetreten, einen sofortigen Waffenstillstand mit ihm und seinen Verbündeten abzuschließen und in unmittelbarem Anschlusse daran in Verhandlungen über einen Frieden einzutreten. Die Grundlage für diesen Friedensschluß sollen die 14 Punkte der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Jänner 1918, sowie die vier Punkte, welche in der Rede des Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthalten waren, bilden, wobei auch dessen jüngsten Erklärungen am 27. September 1918 Rechnung getragen werden soll.

Der heutige Tag trägt historischen Charakter. Dieser Schritt der Centralmächte, welchen unmittelbaren Erfolg er auch haben mag, tut der ganzen Welt in unwiderleglicher Weise kund, daß der Krieg, den wir und unsere Verbündeten führen, ein Verteidigungskrieg ist. Wir wollen hoffen, aber mehr als hoffen kann man heute nicht, daß unsere Friedensstat auf gegnerischer Seite die entsprechende Würdigung finden wird. Man muß aber auf alles gefaßt und auch für jeden Fall gerüstet sein.

Ein Kollektivschritt der drei Mächte konnte deshalb nicht unternommen werden, weil die Note an Präsident Wilson durch die Vertreter der Schutzmächte, die die Interessen der Mittelmächte und der Türkei in Amerika wahren, übermittelt wurde. Daher ging die österreichische Note nach Stockholm, die deutsche nach Bern.

## Wilson's Friedensformeln.

### Die vierzehn Punkte.

1. Alle Friedensverträge sind öffentlich und kommen öffentlich zustande.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, mit Ausnahme jener Meere, die durch internationale Handlung geschlossen werden.

3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen.

4. Garantien für zu vereinbarende Herabsetzung der Rüstungen.

5. Freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Fragen.

6. Rußland soll unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik entscheiden.

7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens.

8. Befreiung und Wiederherstellung des besetzten Gebietes Frankreichs, Rückfall Elsass-Lothringens an Frankreich.

9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien.

10. Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen gesichert wird, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.

11. Räumung und Wiederherstellung von Rumänien, Serbien und Montenegro.

12. Autonomie der Nationalitäten in der Türkei und freie Durchfahrt durch die Dardanellen.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat, Gebiete von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnt, umfassend, freier Zugang zum Meere für Polen.

14. Errichtung eines allgemeinen Völkerbundes.

### Die vier Punkte.

Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diejem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

1. Daß jeder Teil einer endgiltigen Vereinbarung auf Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.

2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgehoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisse der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse.

4. Daß alle klar unterschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

### Die fünf Punkte.

Die nachfolgenden fünf Punkte, die Herr Wilson in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ausgesprochen hat, stellen, nach seiner eigenen Erklärung, „die Auffassung der Regierung über ihre eigene Pflicht mit Bezug auf den Frieden dar.“

Die fünf Punkte lauten:  
Erstens: Die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigung lenkt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

Zweitens: Kein besonderes, absonderliches Interesse irgend einer einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgend eines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt.

Drittens: In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

Viertens: Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung wirtschaftlichen Boykotts in irgend einer Form oder Ausschließung, ausgenommen die Machtvollkommenheit, die dem Völkerbunde erteilt wird, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluß von den Weltmärkten zu verhängen, und diese wiederum als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

Fünftens: Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden.

# Reichskanzler Prinz Max von Baden über das deutsche Friedensangebot an Wilson.

So einzigartig auch die besondere Bestimmung dieses ersten Tages einer neuen parlamentarischen Epoche war, die zugleich durch die Andahnung des Friedens eine in der Geschichte des Reichstages noch nicht dagewesene Bedeutung gewinnen soll, so ruhig und geschäftsmäßig war doch sein äußerer Verlauf. Auch der Andrang der Bevölkerung auf den Straßen vor dem Reichstagsgebäude war, wenn auch ungewöhnlich stark, so doch für die Verhältnisse der Millionenstadt und die Spannung des Augenblicks keineswegs auffallend.

Der Sitzungssaal füllte sich rasch. Auf den Regierungsbänken herrschte härtester Andrang. Unter den ersten, die erschienen waren, befanden sich Vizekanzler v. Payer und Dr. Friedberg, von dem man immer noch nicht weiß, ob er Präsident oder Vizepräsident des Preussischen Staatsministeriums sein soll. Dann kamen neben dem Kriegsminister v. Stein, dessen Erscheinen wohl die Rücktrittsgerüchte zu dementieren geeignet war, in buntem Gedränge die alten und neuen Männer: Groeber, Czajberger, Scheidemann, Später Bauer, dann Graf Friedberg, Dr. Drews und andere.

Punkt 5 1/2 Uhr erschien der neue Reichskanzler, gefolgt von Staatssekretär des Neuern Dr. Solz und einem Adjutanten.

Mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnete der Vorsitzende Fehrenbach die Sitzung. Dann verlas der Schriftführer Abg. Dr. Baumann-Hofer die Urkunden über den erfolgten Regierungswechsel.

Eine ernste Ansprache des Präsidenten bildete den Auftakt der Reichskanzlerrede, auf die man mit allseitiger Spannung wartete. Zuversichtliche Worte über die Kampfschlachtigkeit der Westfront unterstrich einmütiger Beifall des Hauses. Ohne Rundgebung wurde dann der Hinweis auf das Ausscheiden Bulgariens entgegengenommen. Dankbare Anerkennung über das Wirken des Grafen Hertling leitete über zu einer Begrüßung der neuen Regierung, der der Sohn des badischen Volkes gegenüber dem Czaren des badischen Fürstenhauses besondere Wärme zu verleihen mußte. Mit dem Hinweis auf die neue Zeit, der besonders hervorgehoben wurde, schloß die Rede.

Und dann kam das große Ereignis. Es erhob sich der neue Kanzler von dem ersten Platz am Regierungstisch. Schon eine Außerlichkeit unterstrich den neuen Kurs. Prinz Max, der dem Heer als General der Kavallerie angehört hat, trug bei seinem ersten Erscheinen vor der Volksvertretung den Rock des Bürgers. Da er seine Erklärung, deren Wortlaut naturgemäß aufs genaueste formuliert war, vom Manuskript ablas, war es zunächst schwer, einen persönlichen Eindruck von dem neuen Führer der Volksmehrheit zu gewinnen, zumal die Ausführungen über die innere Politik durchweg sich aus engster Anknüpfung an das Mehrheitsprogramm angeschlossen und nur durch die Betonung seiner vollen Uebereinstimmung mit diesen Grundsätzen einen besonderen Charakter gewonnen.

Mit ruhiger, gleichmäßiger Stimme, ohne merklichen Sildbeuteln Anflug, verlas der Kanzler das Programm der neuen Regierung. Die schlante, hochgewachsene Erscheinung trägt einen feinen Kopf mit lichter, grauem Haar. Die ernststen, fast schwerwichtigen Augen bedürfen beim Befehl der Nachhilfe eines Glases. Dem ganzen Verlauf der Rede begleitete die lautlose Aufmerksamkeit des ganzen Hauses und der überfüllten Tribünen.

Das Bekenntnis zu den demokratischen und parlamentarischen Grundsätzen, das mit aller denkbaren Entschiedenheit erfolgte, wurde mit stets erneutem Beifall der Mehrheit aufgenommen. Aber trotz der Wärme, die in diesem Beifall zum Ausdruck kam, war das alles nur Vorbereitung für den Kernpunkt der Rede, der Mitteilung über das in der Nacht zum 5. Oktober erfolgte Friedensangebot nach Washington. Hier sprach aus der Erklärung des neuen Reichskanzlers etwas ganz Persönliches. Er begnügte sich nicht, diese diplomatische Aktion politisch zu begründen, sondern aus tiefster Ueberzeugung sprach er in diesem Zusammenhang von einem Schritt auf dem Wege zur Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der ganzen Welt. Aus dem weiteren Verlaufe seiner Ausführungen leuchtete nach besonders das Wort auf, indem er sich als einen Diener unseres wunderbar treuen und tapferen Volkes bezeichnete.

Dem Haus bot freilich die Mitteilung über das Friedensangebot, das an den Präsidenten in Washington gerichtet wurde, keine Ueberraschung. Umso stärker wird die Wirkung draußen im

Land sein und der Präsident der Volksvertretung tat noch das Seine, um jede Möglichkeit des Zweifels zu erlösen, als ob es sich bei der Erklärung der neuen Regierung um etwas anderes handelte als um einen Ausdruck des Volkswillens.

Die Wirkung bleibt abzuwarten, in Ruhe, Festigkeit und Kaltblütigkeit. Der Reichstag wird wohl erst wieder zusammentreten, wenn die Antwort aus Washington vorliegt.

Eine Geschäftsordnungsdebatte, die sich an den Antrag des Präsidenten auf Vertagung schloß, brachte in die auf Weltversöhnung abzielende Stimmung eine ernüchternde Unterbrechung. Die Polen benutzten nämlich die Gelegenheit, unter Berufung auf das Programm Wilsons die Erklärungen des Reichskanzlers als eine Zustimmung zu der Forderung der Polen nach einem freien geeinten Polenreich mit eigener Meeresküste auszuliegen.

## Der Sitzungsbericht.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung pünktlich um 5 1/2 Uhr.

Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden sind, sind Ereignisse eingetreten, die uns Sorge bereiten. Unsere Westarmee ist nach stürmischen Offensiven zur Defensiv- und langsamer Rückbewegung übergegangen. Dem stürmischen Andringen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengeleitet. Wenn es dem Feinde bisher nicht gelungen ist, diesen Wall zu durchbrechen, so haben wir die treue Hoffnung und Zuversicht, daß es ihm auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwehr Herr zu werden. (Bravol) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo!) Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten, der Türken und Bulgaren, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Verbund ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung vom Reichskanzleramt erhalten, nachdem er dieses Amt nicht ganz ein Jahr lang verwaltet hat. In hohen Jahren hat er den wiederholten dringenden Rufen des Kaisers Folge geleistet und hat, getragen vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten versucht. Die Uebergangszeiten bergen in ihrem Schoße immer Schwierigkeiten. Sie sind auch dem Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Als er sie nicht mehr meistern konnte, schied er aus dem Amte. Aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinne angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht beschreiten konnte, anriet. Seinem vornehmen lebenswürdigen Wesen, seiner abgeklärten Weisheit, seinem hohen Pflichtgefühl wird der Reichstag und wird das deutsche Volk ein treues und dankbares Angedenken immer bewahren.

Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden. Sie werden, meine Herren, mir es nicht verdenken, wenn ich als Mann aus Baden dem Sproß aus dem badischen Fürstenhause auf dem Kanzlerplatze ganz besonders warme und heimliche Gefühle der Genugtuung und der Freude ausspreche. Im Lande Baden hat der Onkel unseres Reichskanzlers das Wort gesprochen, daß er keinen Gegensatz mache zwischen Fürstenrecht und Volksrecht, und in einem anderen deutschen Staate ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden: Der oberste Mann im Staate soll auch sein erster Diener sein. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie immer in enger Fühlungnahme mit dem Volke und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes gerecht werde.

Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Großtaten der Vergangenheit diesem Neuen kritisch, zögernd, sogar ablehnend gegenübersehen. Von den Leistungen dieser neuen Zeit erhoffen wir eine versöhnende Wirkung. (Lebh. Bravol) Ihre Geburtsstätte ist geheiligter Boden auf den Schlachtfeldern und im Schützengraben, auf den Heimatsstätten, wo jeder Deutsche ohne Unterschied alles Gut und Blut drangesetzt für des Vaterlandes Wohl.

Meine Herren, der Name des neuen Reichskanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freisinnige Denkungsart, sein Mannesmut, sein Vertrauen auf die Menschheit, das ihn auch während der vier furchterlichen Kriegsjahre nicht verlassen hat, sind eine solide Grundlage seiner künftigen Wirksamkeit. Den Schwergedrückten dieses Krieges, den Verwundeten und Gefangenen ist er in warmer Anteilnahme vielfach nahegetreten und hat dadurch nicht bloß den Dank des deutschen Volkes, sondern auch Dank bei unseren Feinden erworben. Das war seinen auf Frieden und Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich. Möge Gottes Segen auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen. (Lebh. Beifall.) Wir treten nun in die Tagesordnung ein zur Entgegennahme von Mitteilungen der Regierung. Ich erteile dem Herrn Reichskanzler das Wort.

## Die Rede des Kanzlers Prinzen Max.

Prinz Max von Baden erhebt sich und trägt, gestützt auf ein Manuskript, das er in der Hand hält, die folgende Erklärung vor:

Meine Herren! Gemäß dem Kaiserlichen Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger um sein Vaterland hochverdienten Grafen v. Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der Deutschen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich den Reichstag ohne Verzug vor der Öffentlichkeit mit den Grundsätzen bekannt mache, nach denen ich mein schweres, verantwortungsvolles Amt führen werde.

Bevor ich mich entschloß, dieses Amt zu übernehmen, sind im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses diese Grundsätze festgestellt worden. Sie enthalten nicht nur mein eigenes politisches Bekenntnis, sondern auch das des überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also auch der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nach ihren Wünschen zusammengesetzt hat. Die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen des Volkes hinter mir habe, hat mir die Kraft gegeben, in dieser schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern des einzelnen wären auch zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt zufällt.

Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortung ich also mit auf die Mehrheit seiner politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner sämtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes. Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli d. J. Es bekundet ferner die Bereitschaft, sich einem allgemeinen Bund der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und der Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage

### Das neue Friedensangebot.

Mit der Ernennung des weitblickenden Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und der Durchführung der Parlamentarisierung der deutschen Regierung wußte man, daß der Friedensdiskussion ein mächtiger Impuls verliehen würde. Immer und immer wieder haben doch die EntenteStaatsmänner erklärt, nur mit einer deutschen Volksregierung verhandeln zu wollen. Nun sind die Zentralmächte ohne Bulgarien, das im Vorsprung ist, noch einen Schritt weiter gegangen und haben sich förmlich angeboten, die Waffen niederzulegen und Frieden zu schließen. Vom ersten Friedensangebot der Zentralmächte im Jahre 1916 unterscheidet sich die heutige Erklärung vorab dadurch, daß man Waffenruhe an den Fronten eintreten lassen möchte, um nicht unter dem Donner der Geschütze langwierig verhandeln zu müssen. Die Zentralmächte sehen am bulgarischen Beispiel, daß die Entente möglicherweise geneigt ist, vorab und bevor über den Frieden diskutiert werden kann, die militärische Angelegenheit zur Liquidation zu bringen. Wahrscheinlich ist danach, daß die Entente jetzt ähnlich, wie sie es gegenüber Bulgarien getan hat, Forderungen militärischer Natur stellt. Politisch aber unterscheidet sich die neue Friedensnote von dem früheren Vorgehen ganz wesentlich darin, daß sie jetzt klare Ausgangssituationen schafft, also einer Forderung der Entente Genüge zu leisten bemüht ist, die immer wieder aufgestellt und zuletzt noch von Orlando betont wurde: nur keine Halbheiten! Eine konkrete Erklärung der Zentralmächte würde uns dem Frieden näher bringen! Das ist nun unzweifelhaft geschehen in der Weise, als sich die Note ohne Einschränkung zu den sämtlichen Grundsätzen des gesamten Wilsonschen Friedensplanes bekennt. Nun heißt es allerdings, diese Grundsätze würden von den Zentralmächten als Diskussionsgrundlage betrachtet. Wie man uns aber versichert, bedeutet dies einzig die Diskussion über die Ausführungsbestimmungen. Wilson selbst hat ja darüber noch keine Erklärungen abgegeben.

Daß Wilson, dem so die Rolle eines eigentlichen Friedensvermittlers zugebach ist, heute die Bestimmung der Zukunft in seine Hand gegeben sehen kann, verdankt er nicht dem Zufall. Wilson steht heute unstrittig an der Spitze der Entente. Seinem Willen und Wort werden sich auch die Verbündeten beugen müssen. Solange Amerika als simpler Neutraler den Drohfinger erhob, achtete es die Entente kaum. Jetzt aber weiß die Entente auf der einen Seite und der Zentralbund auf der andern, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer ungeahnt großen Militärmacht, wie ein Spieler mit dem letzten Trumpf in der Hand, zwischen den Parteien steht. Des weitern hat man sich jetzt in den Zentralmächten von dem Gerechtigkeitsfimmel des Ideologen Wilson überzeugt, weiß, daß er eine völlige Verschmetterung Deutschlands nicht beabsichtigt, nur eine Befehrung. Und diese Befehrung in seinem Sinne müßte er, so sollte man meinen, heute konstatieren müssen. Gleichsam eine Ermunterung zu dem heutigen Ansuchen an Wilson, die Friedensvermittlung an die Hand zu nehmen, bildete seine Rede vom 27. September, die in hohen Worten verkündete, daß er nach wie vor auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Völker stehe und demzufolge auch nicht handelspolitische Einschränkungen befürworten könnte. Wilson ist damit deutlich von der übrigen Entente, die einen Handelsboykott Deutschlands propagiert, abgerückt. (Mittlerweile hat Balfour im Namen Englands Wilson zugestimmt, Clemenceau dürfte anderer Ansicht sein!) Endlich ist anzunehmen, daß der amerikanische Präsident naturgemäß an der Regelung der territorialen Fragen (Elsass-Lothringen!) weniger interessiert ist und eher mit sich reden lassen würde, als etwa ein Clemenceau. Aus diesem Gesichtswinkel heraus betrachtet, wird man zugestehen müssen, daß die Zentralmächte sehr folgerichtig vorgegangen sind, wenn sie sich zuerst und vor allem an Wilson, den Gemäßigten, wenden, das Friedenswerk zum guten Ende zu führen.

Zur knapp formulierten Note bildet die weltgeschichtliche *Kanzlerrede* vom Samstag gleichsam den willkommenen Kommentar. Deutschland verzichtet danach auf die Faustpfandtheorie Hertlings in der belgischen Frage, erklärt Belgien bedingungslos zurückgeben zu

wollen und auch die Entschädigungsfrage zu diskutieren. Die Friedensschlüsse im Osten sollen kein Hindernis für einen allgemeinen Friedensschluß bilden; mit andern Worten: diese Verträge können auf dem allgemeinen Friedenskongress einer Revision unterzogen werden. Das allein schon sind zwei außerordentlich bedeutsame Zugeständnisse Deutschlands. Aber auch in der elsass-lothr. Frage scheint Deutschland heute zu weitgehendem Entgegenkommen bereit zu sein. Wilson hat in seinem Friedensprogramm der heute grundsätzlich akzeptierten 14 Punkte davon gesprochen, das „Unrecht von 1870“ müsse wieder gut gemacht werden, ohne sich im übrigen genauer darüber auszudrücken, wie er diese Wiedergutmachung versteht. Des weitern verlangt Wilson in seinen Friedensgrundsätzen vom 8. Januar 1918 die Freiheit der Meere, die Räumung der besetzten Gebiete (Serbien, Montenegro, Rumänien, Rußland, Frankreich, Belgien), Italien). Alle Vorforderungen eines Friedensschlusses und Waffenstillstandes werden, mit dem neuen Friedensangebot in ganz konkreter und doch wohl restlos befriedigender Form zugunsten der Ententeauffassung entschieden. Eine Vorkonferenz, wie sie Durian vorschlug, ist damit überflüssig geworden. Geht die Entente auch auf dieses Angebot nicht ein, dann kann das deutsche Volk nicht mehr im Zweifel sein, daß seine Feinde die restlose Kapitulation und Vernichtung wollen. Die Folgen einer von entsetzlicher Rachsucht diktierten Ablehnung wären dann nicht auszudenken. Sie würde das deutsche Volk zur Abwehr zusammenschweißen und ein furchtbares Morden und Schouungsloses Draufgertum müßte scheußliche Siege feiern. Möchte uns Wilson eine Verwilderung des Krieges ersparen!

## Eine halbamtliche französische Stimme gegen den Frieden.

Budapest, 7. Oktober.

Als Graf Burián Mitte September seine Friedensnote an die Kriegführenden erließ, beeilte sich Präsident Wilson, vor den Regierungen der europäischen Entente zu antworten. Diesmal will das französische Kabinett Clemenceau onjährend dem Präsidenten Wilson vor eine vollzogene Tatsache stellen. Die offiziöse Agentur Havas sendet den Blättern eine halbamtliche Mitteilung, in der sie voraussetzt, daß die Antwort auf den Friedensantrag der Zentralmächte und der Türkei eine ablehnende sein werde. Frankreich ist durch den als Kriegsheer zur Regierung gekommenen Clemenceau in ein Kriegsjieber hineingetrieben worden, und ein unerhörter Terrorismus sucht dort die unverkennbare Scham der breiten Massen niederzuhalten. Clemenceau will offenbar durchaus den Krieg fortsetzen, und worauf seine Absicht hinausläuft, verrät die Agence Havas deutlich. Die Heere der Entente sollen in deutsches Gebiet eindringen und dort Vergeltung üben. Auch Generalissimus Foch erklärte einer Gruppe die Front besuchender Journalisten, daß die französischen Heere an den Rhein kommen wollen. Die Raschheit, mit der Clemenceau sich und Frankreich auf eine Ablehnung des Friedensangebotes festlegen will, verrät jedenfalls — was übrigens Beobachter der Psychologie der Kriegsparteien in der Entente vorausgesehen haben —, daß die Befürworter des Vernichtungskrieges alles aufbieten werden, um die Anbahnung eines Verständigungsfriedens zu verhindern. Allein nicht bei ihnen liegt die Entscheidung, sondern beim Präsidenten Wilson. Wie das Oberhaupt der Vereinigten Staaten antworten wird, darüber kann man kaum Vermutungen anstellen. Die Agence Havas will glauben machen, daß die Rede Wilsons vom 27. September jeden Kompromiß und Unterhandlungsfrieden von vornherein abgelehnt habe und daß Wilson nur einen Siegfrieden, also die Vernichtung des Gegners wolle. Wer die Septemberrede jedoch unbefangen liest, dem kommt die unverkennbare Mäßigung im Tone und in der Sache nicht entgegen. Auch ließ diese Rede annehmen, daß Präsident Wilson mit den Führern der französischen und englischen Kriegsparteien über die Ziele des Krieges nicht im Einklang sei. Die Äußerungen des Präsidenten machten vielmehr den Eindruck, als ob dieser Wert darauf lege, seine Kriegszielepolitik selbständig zu führen. Das Oberhaupt der Vereinigten Staaten dürfte sich demnach von Paris kaum vorschreiben lassen, wie er die Note der Mittelmächte, die an ihn gerichtet ist und ihn persönlich zur Anbahnung von Friedensverhandlungen einlädt, beantworten wird.

Heute liegt auch der Wortlaut der deutschen Note vor. Auch die deutsche Regierung, die nun als wahre Volksregierung zu bezeichnen ist, stellt sich auf den Boden der vom Präsidenten Wilson in seiner Januarbotschaft aufgestellten vierzehn Punkte. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten, wie alle seine Kundgebungen erklärten, einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung anstrebt, kann er kaum dem offenkundigen Zwang nachgeben, den Clemenceau auf ihn ausüben zu wollen scheint. Die Agence Havas predigt die Fortsetzung des grauenvollen Krieges, das weitere Umsichgreifen von Tod und Zerstörung, und die ablehnende Haltung der französischen Regierung ist, das muß zugegeben werden, kein Zeichen von günstiger Vorbedeutung. Allein nicht in Paris, sondern in Washington wird das entscheidende Wort gesprochen werden.

Genf, 7. Oktober.

Die Agence Havas veröffentlicht nachfolgende halbamtliche Verlautbarung:

Obgleich wir über den Friedensantrag der Zentralmächte und die sich daran schließenden Kundgebungen noch keine amtliche Nachricht empfangen haben, läßt sich leicht voraussehen, daß die Antwort eine ablehnende sein wird. Deutschland ist zu seinem Schritt durch die Kriegsmüdigkeit Oesterreich-Ungarns und der Türkei und durch das Auspringen Bulgariens veranlaßt worden. Auch ist im Deutschen Reich eine innere Krise vorhanden, als deren Symptom der Rücktritt des Grafen Hertling zu betrachten ist. Die Führer Deutschlands sehen mithin ein, daß ein Sieg unmöglich ist und wollen deshalb verhüten, daß die feindlichen Heere in deutsches Gebiet eindringen und Vergeltung üben. Darauf ist der deutsche Friedensvor-

schlag zurückzuführen, der ein Geständnis der erlittenen Niederlage ist. Die Deutschen flüchten unter die Schirmenden Fittiche Wilsons und erklären sich bereit, seine Bedingungen anzunehmen. Wilson hat jedoch schon am 27. September im voraus, und zwar im Einvernehmen mit den Verbündeten geantwortet, daß der Frieden nicht durch Kompromisse oder Unterhandlungen, sondern lediglich durch den Sieg erzielt werden könne.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 7. Oktober.

Die Regierung Clemenceau hat sich beeilt, auf den an Wilson gerichteten Vorschlag zu antworten. Diese Eile, auf das Anerbieten zu antworten, das nicht an sie gerichtet war, erklärt sich wohl aus der Absicht, der amerikanischen Antwort zuvorzukommen und sie wenn möglich zu binden. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Absichten Wilsons sich durchaus nicht mehr mit den Plänen Clemenceaus decken. Die Antwort der französischen Regierung ist eine glatte Ablehnung, die in dem besonderen Tone gehalten ist, wie er Clemenceau eigen ist.

Die deutsche Friedensnote.

Berlin, 6. Oktober.

Die durch Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Konzeßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max, Prinz von Baden,  
Reichskanzler.

Wie der Reichskanzler in seiner Rede bereits angedeutet hat, steht die Türkei im Begriff, den gleichen Schritt zu tun.

# Zeitung

1704

o gelehrten Sachen

Ich 8 Mark bei tägiger zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich  
Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. n. 40 %, Feuerungszuschlag.  
Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
Lin SW 68, Kochstr 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,  
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Amerika und Europa.

Von

Karl Scheffler.

Amerika, du hast es besser  
Als unser Kontinent, der alte,  
Hast keine verfallene Schlösser  
Und keine Bofalte.  
Dich stört nicht im Innern  
Zu lebendiger Zeit,  
Unnützes Erinnern  
Und vergebllicher Streif.

G o e t t e

V  
Amerika

Für das Verhältnis von Mutterland und Kolonie sind drei Entwicklungsphasen typisch. Zuerst ist die Kolonie in jeder Weise, materiell und geistig, vom Mutterland abhängig. Sodann macht sich die wirtschaftlich und politisch erstarkende Kolonie unabhängig und wird selbständig. Und endlich wird sie mächtiger als das Mutterland und übt nun ihrerseits, kraft ihrer jüngeren Lebensenergie, eine Herrschaft aus. Es ist ein Lebensgesetz, daß auch in der Geschichte der Völker die Jugend anfangs abhängig vom Alter ist und daß sie am Ende das Alter bevormundet. Preußen war jahrhundertlang die geringstgeschätzte Kolonie; im achtzehnten Jahrhundert machte es sich selbständig und trat gleichberechtigt neben die anderen Länder Deutschlands; und im neunzehnten Jahrhundert übernahm es dann die politische Führung über das Mutterland. Mit einer solchen typischen Entwicklung — die alte Geschichte bietet viele andere Beispiele — ist es durchaus vereinbar, daß die höhere Kultur auch dann noch dem Mutterlande verbleibt, wenn es politisch von seiner Kolonie beherrscht wird. Mit der materiellen Herrschaft braucht nicht unbedingt eine geistige Suprematie verbunden zu sein. Im Gegenteil, die Kolonie steigt immer durch eine Kraft, die Jüge des Barbarischen hat. In jeder Kolonialbevölkerung wirken jahrhundertlang die Charakterzüge der ersten Pioniere nach. Auswanderer pflegen nicht der Blüte des Volkes anzugehören. Wer es zu etwas bringt, ist zu allen Zeiten dahinein geblieben und hat zu Hause regiert. Kolonisten sind stets halb oder ganz Enterbte, es sind freheitsdürstige, heutzutage oder verzweifelte Menschen, erblose Söhne, Unterdrückte, Besitzlose, zweifelhafte Existenzen und Vertriebene. Eine so entstandene, so zufällig zusammengelaufene Bevölkerung wird nie oder erst spät zum Kulturträger. Dafür ist sie aber um so widerstandsfähiger, zäher und erobrerungslustiger. Wie brauchen nur auf unsere Märler zu blicken, um noch heute in ihrem Wesen den Kolonistencharakter zu erkennen.

55

In einem ähnlichen Verhältnis nun, wie Preußen zu Deutschland, steht Amerika zu Europa. Der Yankee ist der große, wellkühnere Bruder des Märlers, trotzdem er diesem jetzt so laut flucht. Amerika war anfangs eine oder vielmehr die Kolonie Europas. Mit seiner Völkermischung von Engländern, Iren, Schotten, Deutschen, Skandinaviern, Slawen usw. waren die Vereinigten Staaten bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts politisch, geistig und wirtschaftlich vom Mutterland abhängig. Daß das Übergewicht Europas vor allem durch einen europäischen Staat, durch England dargestellt wurde, berührt nicht die Tatsache der Abhängigkeit Amerikas von ganz Europa. Es handelt sich um einen großen historischen Prozeß, der zwischen Amerika und Europa, der zwischen zwei Weltteilen anhängig ist. Unterhalb Jahrhundert nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten — in Preußens Geschichte liegt zwischen Selbständigkeitserklärung und Übernahme der Reichsgewalt eine ungefähr ebenso lange Zeit — schiebt das von der Union geführte Amerika sich nun an, die Obergewalt über Europa zu ergreifen. Es zeigt sich eine neue „Zwangsläufigkeit“ bei Dingen. Zuerst schien es, als handle es sich im Kriege nur um eine große europäische Neuordnung und als würde die notwendige Auseinandersetzung mit Amerika später folgen, als würde sie ausgehen von den „Vereinigten Staaten Europas“. Jetzt wird es immer deutlicher, daß die beiden geschichtlichen Ereignisse zusammenhängen und zusammenfallen. Amerika ist auf einem Punkt seiner inneren und äußeren Entwicklung angelangt, wo es eine gewisse Obergewalt über Europa — über ganz Europa — will und wollen muß. Die äußeren Ereignisse, die dazu führen, die politisch dazu benutzt werden, sind, dem Endziel gegenüber, fast zufällig, und es ist gewiß, daß Amerika auf jeden Fall eingegriffen hätte, einerlei, welche Gründe jetzt auch vorgeschützt, welche Anschuldigungen gegen Deutschland auch erhoben werden. Es bereitet sich offenbar in Amerika ein Weltreich vor, wogegen selbst das englische Weltreich nicht anzukommen vermag, weil Amerika eine ungeheure kontinentale Einheitskraft vor dem sehr künstlich gebildeten und zusammengehaltene enaktischen Kolonialreich

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe ausgeführt

2-26 ★ Fernsprech-Zentrale. Ullstein &amp; Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Such gescheitert.

der Champagne abgewiesen.

### Wilson's Friedensvermittlung.

Von

Prof. v. Schulze-Gaevernis,  
Mitglied des Reichstages.

Nachdem die Reichsregierung dem Präsidenten Wilson die Friedensvermittlung angefragt hat, ist es von Wichtigkeit, gewisse Tatsachen festzustellen, welche in Deutschland, teils unbekannt geblieben, teils vergessen, dagegen demjenigen vertraut sind, der die Entwicklung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses aus der Nähe verfolgt hat.

Zu Beginn des Krieges war die breite Stimmung in dem Vereinigten Staaten neutral, eher englandfeindlich. Man sah den Krieg als ein „Verbrechen“ an, dem man fern bleiben wollte. Zunächst wurde die Stimmung zu unsern Ungunsten beeinflusst durch die deutsche Invasion in Belgien, eine Maßnahme, nicht nur strategischer, sondern ungeheurer politischer und moralischer Tragweite. Umgeworfen wurde die Stimmung durch den „Lusitania“-Fall. Damals verlangte die öffentliche Meinung, so auch die einflussreichen amerikanischen Universitäten, gebieterisch den Krieg. Wilsons persönliches Verdienst war es, den Krieg damals vermieden zu haben — gegen die „aktivistischen“ Republikaner, welche Wilson der Schwäche gegenüber Deutschland bezichtigten.

Wilson erklärte sich öffentlich zunächst für die altüberlieferte Nichteinmischung in europäische Kämpfe. Die im eignen Lande viel angefeindete Munitionsausfuhr rechtfertigte er damit, daß auch Deutschland unbestrittenermaßen und ohne das Völkerrecht zu verletzen, während des russisch-japanischen Krieges erhebliche Mengen an Kriegsmaterial ausgeführt hatte, und zwar aus geographischen Gründen auch nur an eine der kriegführenden Parteien, nämlich Rußland. Zum Eingreifen fühlte er sich nur verpflichtet, soweit amerikanische Interessen durch Völkerrechtsverletzungen der kriegführenden Parteien beeinträchtigt wurden. Wilson glaubte feststellen zu müssen, daß sowohl England wie Deutschland im Seekriege das Völkerrecht verletzten. Indem England die Neutralen blockierte und Nahrungsmittel für die deutsche Zivilbevölkerung nicht hereinließ, verletzte es amerikanische Vermögensinteressen. Wilson erklärte diese Verletzung durch Schadenersatzansprüche gegen England gutmachen zu wollen. Deutschland verletzte nach Wilsons Auffassung das Völkerrecht, indem es durch seine U-Boote ohne Warnung neutrale Schiffe torpedierte, also ohne der Befahrung Gelegenheit zur Rettung zu geben. Menschliches Leben sei mit vermögensrechtlichem Schadenersatz nicht zu vergüten. Daher sei der Krieg mit Deutschland unvermeidlich, falls Deutschland auf dieser Methode bestände. Diese Argumentation hat Wilson uns mehr als einmal kundgegeben, aber die der deutsche Botschafter der Reichsregierung keinen Zweifel gelassen hat.

Als Deutschland Frühjahr 1916 in der U-Boot-Frage gelegentlich des sogen. „Sussex“-Falles zurückträte, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten für den Frieden sich bemühen würden. Wilson ging eifrig auf diesen Vorschlag ein, erklärte jedoch, einige Zeit zu gebrauchen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Auch konnte er vor seiner Neuwahl, die höchst ungewiß war, nichts ausrichten; denn ein so unsicherer Friedensvermittler kam nicht in Betracht. Wilson wurde als Friedenserhalter und Friedensvermittler gewählt, wobei die pazifistischen Mittel- und Weststaaten, sowie die Amerikaner deutschen Ursprungs den Ausschlag gaben. Friedensvermittler zu sein, war Wilsons persönlicher Ehrgeiz. Die Nation war des Krieges todmüde. Hughes fiel, weil Roosevelt, der als Kriegsonwalt galt, für ihn eintrat. Die breite öffentliche Meinung wurde Deutschland zusehends geneigter — Herbst 1916.

Wilson bereite die Friedensaktion vor, zögerte jedoch, die von ihm schon im Oktober 1916 geschriebene Friedensnote herauszubringen, weil er die öffentliche Meinung seines Landes noch nicht für reif hielt, bis das deutsche Friedensangebot überraschend in die Welt trat. Trotz der höhnischen Antwort, die das deutsche Friedensangebot durch Lord Curzon erhielt — eine Antwort, welche Wilson ausdrücklich als „unannehm-

Vossisc

56

In der Presse der äußersten Linken, die die dritte Gruppe bildet, tritt besonders der „Populaire“ des Abgeordneten Longuet eifrig und nachdrücklich für die Annahme des Friedensantrages ein. Longuet selbst wendet sich in dem Artikel seines Blattes gegen die Kriegsbeher, die das französische Volk über die Tatsache hinwegtäuschen möchten, daß Deutschland noch keineswegs geschlagen sei, sondern daß es noch über eine Millionenarmee verfügt, die den Streitkräften der Entente nicht nur gewachsen sei, sondern ihr auch bald sogar vielleicht überlegen sein könnte. Longuet geht im einzelnen auseinander, daß die Friedensgrundzüge Wilsons sich mit den Erklärungen des Prinzen Max wohl vereinigen ließen. Auch in Bezug auf Elsaß-Lothringen verlange Wilson, daß das Unrecht gut gemacht werde, das an Frankreich im Jahre 1871 begangen worden sei. Dieses Unrecht habe darin bestanden, daß über die Elsaß-Lothringer verfügt wurde, ohne daß sie gefragt wurden. Dieses Unrecht könne nur durch eine Volksabstimmung gutgemacht werden, und die Erklärungen des Prinzen Max schloßen eine solche Volksabstimmung nicht aus. Longuet erklärt es schließlich für eine heilige Pflicht des gestern eröffneten sozialistischen Parteitag, durch eine unzweideutige Friedensfundgebung Frankreich und die Menschheit vom Kriege zu erretten. — Die „Humanité“ bringt einen kurzen Artikel Renaudels, der mit dem Satz schließt: „Der Friede kann nur noch von den Völkern zustande gebracht werden, und keine diplomatische Geschicklichkeit kann das mehr verhindern.“ — Der radikale „Progrès“ verlangt in seinem Artikel, daß die Regierung Clemenceaus den Friedensantrag nicht wieder blindlings ablehne. Es sei Pflicht, ihn mit Veranlaß und Ueberlegung zu prüfen und vor allem festzustellen, was die Zentralmächte anbieten. Die Rede des neuen Reichskanzlers beweise jedenfalls, daß in Deutschland sich ein enger politischer Umschwung vollzogen habe und daß es nicht mehr zu entschuldigen wäre, die Diskussion auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge abzulehnen.

### Der sozialistische Parteitag in Paris.

7. Okt. (Priv.-Tel.) Der sozialistische Parteitag, der gestern in Paris eröffnet wurde, trat auf Antrag des Deputierten Cadin, der den Vorsitz führte, sofort an das Friedensproblem heran. Er ernannte eine Kommission zur Vorbereitung einer Tagesordnung, worin die Eröffnung von Friedensverhandlungen verlangt werden soll. Die Kommission besteht aus dem Abgeordneten Renaudel, Albert Thomas, Baronne vom rechten, dem Abgeordneten Mistral, Mayeras und dem Gewerkschaftler Frohard vom linken Flügel der Partei, sowie dem stets vermittelnden Abgeordneten Sembal und dem Riantaler Alexander Blanc vom äußersten linken Flügel. Da Sembal sich in seiner „Heure“ stets für jede Friedensmöglichkeit ausgesprochen hat, so ist es sicher, daß der Parteitag mit einer Kundgebung für den Frieden schließen wird.

### Englische Stimmen.

7. Okt. (Priv.-Tel.) Augenblicklich drückt sich die vorläufig noch ungeklärte Auffassung der amtlichen englischen Kreise am besten in folgendem Reuters Telegramm aus: Reuter wird aus ausländischen diplomatischen (offenbar amerikanischen) Kreisen mitgeteilt, man hege gleich der englischen Regierung folgende Auffassung. Bei der Prüfung der Lage, die infolge der Rede des Prinzen Max entstanden sei, müsse man die größte Vorsicht walten lassen und zunächst einmal den offiziellen Bericht abwarten. Die Hauptfrage aber sei, daß ein deutscher Reichskanzler zum ersten Male offiziell gebe, daß das deutsche Volk die richtigen Verhältnisse eingesehen beginne. In diplomatischer Hinsicht scheine es, daß der nächste Schritt durch den Präsidenten Wilson erfolgen müsse. Präsident Wilson aber habe deutlich seine Ziele abgegrenzt und soweit sich bis jetzt erkennen lasse, erkläre der deutsche Reichskanzler, daß Deutschland diesen Zielen zustimme. Aber es sei ganz klar, daß diese Zustimmung des Reichskanzlers durch Garantien gestützt werden müsse.

7. Okt. (Priv.-Tel.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erklärt, er sei ganz von gut unterrichteter Seite: „In Deutschlands Vorschlägen fehlt eine Hauptbedingung, nämlich die Garantie dafür, daß diese Vorschläge auf der Friedenskonferenz nicht ebenso abgeändert werden, wie dies durch die russische Formel unter dem Druck der Junker und der Militärpartei in West-Belgrad geschah. Auch ist es nicht sicher, daß Deutschland, wenn es sich jetzt in das Unvermeidliche schickt, nicht sofort einen Revandement vorbereitet. Die einzige Garantie gegen dergartige Möglichkeiten liegt in der Schaffung einer Regierung, die dem Reichstag und nicht dem Kaiser verantwortlich ist.“

7. Okt. (Priv.-Tel.) Reuter verbreitet zu der Rede des Prinzen Max einige englische Pressestimmen, sowie die Äußerungen einiger weniger bedeutender Minister. Man darf natürlich von diesen Mitteilungen nicht auf die endgültige Stellungnahme Englands und Amerikas schließen. Welcher macht alles, was bis jetzt vorliegt, den Eindruck, daß man zu einer endgültigen Auffassung in England noch nicht gekommen ist. U. a. übermittelte Reuter eine Rede des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Inneren (Baron Macdonald der Arbeiterpartei), der zuerst Sicherheit dafür verlangt, daß Deutschland einen wirklichen und ehrlichen Frieden wünsch, bevor er zu Unterhandlungen mit Deutschland bereit sei. Er verlangt Vergeltungsmahregeln dafür, daß die französische und belgische Industrie vernichtet, die Länder verwüstet und die Schiffe in den Grund gehohlet sind.

Der Arbeiterminister und Mitglied des Kriegskabinetts Barnes konstatiert, daß die Rede des deutschen Reichskanzlers ein großer Fortschritt auf dem Wege zum Frieden sei. Die Deere der Verbündeten seien es aber gewesen, die diese Änderung geschaffen hätten. Bei näherer Betrachtung weise aber die Rede denselben Pessimismus auf wie alle früheren Äußerungen. Es werde nichts über den Schadenerlass für die Verwüstungen gesprochen, Deutschland wolle bezüglich der Kolonien feilschen und möglicherweise dennoch die autokratische Form der Regierung beibehalten.

7. Okt. (Priv.-Tel.) Heute Abend liegt eine große Anzahl englischer Pressestimmen hier vor. Aus dem Haufe widersprechender Äußerungen läßt sich jedoch ableiten, daß eine günstige Tendenz, vor allen Dingen von liberaler Seite, in bezug auf den Schritt des Reichskanzlers sich durch die schwere und zähe Masse des zum Teil recht losartigen und häßlichen Widerstandes der Northcliffe-Blätter und der konservativen Zeitungen hindurchdrängt. Am besten kennzeichnet die Fassung eines offenbar halbamtlichen Reuters Telegramms die Stimmung des Telegramms beginnt damit, zu sagen: „In gewöhnlicher unterrichteten und besugten Kreisen ist man allgemein der Auffassung, daß Deutschland einen großen Schritt in guter Richtung getan hat, doch jedoch der Schritt noch nicht groß genug ist. In nicht offiziellen Kreisen ist man der Meinung, daß die Rede des Reichskanzlers durch die Liebe zum Frieden aber durch eine Reinigung des Gesichtes sondern durch die bittere Notwendigkeit, eine Katastrophe abzuwenden.“ — Gleich darauf wird der darwinistische Richtung Rechnung getragen und das Reuters-Telegramm fährt fort: „Ein Publizist erklärte heute Abend: brutale Macht schreckt plötzlich vor dem Blutvergießen zurück und läßt den Gegner zu Unterhandlungen ein. Belgien ist vergewaltigt und verwüstet, Frankreich zum Märtyrer gemacht, England, Amerika und Italien haben ihr Geld und ihre Männer und nun, wo es für die Deutschen leicht ist, ein Einmarsch in ihre Lande droht, wollen sie vom Frieden reden. Das ist zu durchsichtig.“

Die Blätterstimmen, die Reuter übermittelte stehen alle zu sichtbar unter dem Zeichen des unter Northcliffes Einfluß arbeitenden amtlichen englischen Presse-Propaganda-Bureaus, das lediglich die freigewählten und den Herren des Pressebureaus gehörigen Blätter aufmarschieren läßt. Hierzu gehört in erster Linie die „Daily Mail“, die mit schamloser Verlogenheit sich so stellt, als sei sie mit dem Reuter das Waffenstillstandsgesuch sei lediglich Betrug. Ihr Lösung ist: Kein Frieden mit den Hohenzollern! Sie führt eine Menge angeblicher deutscher Greuel auf und verlangt nicht

nur die Räumung der besetzten Gebiete, sondern auch die Räumung Elsaß-Lothringens durch Deutschland, des Trents durch Oesterreich usw. — Im gleichen Sinne, wenn auch etwas weniger grob, äußert sich die „Times“, die sagt: „Es wäre zwecklos, dem Waffenstillstandsvertrag auch nur irgend welche Bedeutung beizumessen. Deutschland weiß, daß man gerade so gut versuchen könnte, den Niagara-Fall aufzuhalten, als nun den Krieg zurückzudämmen. Die „Times“ macht sich darüber lustig, daß man behaupten wolle, die neue Regierung bedeute einen neuen demokratischen Zeitalterschnitt. Der gleichfalls zu den Blättern des Pressesamtes gehörende „Daily Express“ behauptet, der Zweck der Rede des Prinzen Max sei nicht der, Deutschland, sondern die Hohenzollern und die Junker zu retten. Die Alliierten dagegen hätten nicht die Absicht, Deutschland, sondern lediglich die Hohenzollern und die Junker zu vernichten. Zu den Personen, die den Vorschlag des Prinzen Max gebilligt haben, gehörten zweifelsöhne auch Hindenburg und Ludendorff. Darin liege eine Anerkennung der Niederlage.

Das einzige liberale Blatt, das Reuter zu dieser Blumenlese hinzuläßt, ist der vor kurzem von einem begeisterten Anhänger Lloyd Georges erworben „Daily Chronicle“, der in der Form bedeutend entgegenkommender ist, als die Blätter konservativen Schlages, indem er sagt: Deutschland hat nunmehr den bedeutendsten Friedensschritt getan. Zweifelsöhne werden die alliierten Mächte diesem Schritt die größte Aufmerksamkeit schenken. Niemand will den Krieg verlieren, aber ebensoviele kann niemals ein Staatsmann, der an Wilsons Absicht glaubt, dem Krieg ein Ende zu machen, sich mit etwas anderem zufriedener geben, als mit der endgültigen und unzweideutigen Entfremdung der Kriegstragenden von Poissdam. Die Missetäter, die den Krieg entfesselt hätten, müßten so unwiderleglich geschlagen sein, daß kein Zweifel darüber möglich sei, wer den Krieg gewonnen oder verloren habe. Die Rede des Prinzen Max summe nicht vollständig überein mit der Note Wilsons. Die Erklärung des Prinzen Max über Elsaß-Lothringen genüge nicht. Deutschland müsse das begangene Unrecht wiedergeben und dafür Schadensersatz leisten. Auch sei die Politik der Alliierten bezüglich Polens genauer gekennzeichnet, als es Prinz Max getan habe, vor allen Dingen hinsichtlich der Wiedervereinigung der polnischen Nation.

Die Äußerungen der übrigen liberalen Presse erfährt man nur aus Privatmeldungen des Korrespondenten des „Nieuwe Rotterdamse Courant“. Der „Manchester Guardian“ zeigt sich in seinen Äußerungen zugänglicher als in den Besprechungen, die der Ernennung der neuen Regierung gefolgt waren. Das Blatt sagt: Der Schritt des Prinzen Max ist eine bedeutende Erscheinung, die Wilson und die Alliierten zweifelsöhne ihrer Bedeutung entsprechend behandeln würden. Bisher ist aber nichts geschehen, das Wilsons Gedankengang hinsichtlich der deutschen Regierung ändern könnte. Die Verfassung innerhalb des deutschen Staates ist nicht verändert, aber man darf nicht warten, bis die ganze deutsche Regierungsmaschine reformiert ist, um denn in Unterhandlungen zu treten, denn die Reform der deutschen Regierung muß allein dem deutschen Volke überlassen bleiben, aber immerhin ist eine Sicherung für diese Form möglich. Die Zentralmächte verlangen einen Waffenstillstand. Diesen Waffenstillstand können die Alliierten gewähren, wenn sich die Zentralmächte innerhalb ihrer eigenen Grenzen zurückziehen. Das wäre an und für sich eine Anerkennung der Niederlage und würde dem deutschen Volk das Vertrauen zu seinen Militärissen nehmen. Wenn Deutschland hiermit nicht einverstanden ist, muß man eben warten, bis es nachgiebiger wird. Aber eine freiwillige Zurücknahme der Truppen aus Belgien und Frankreich schließt Deutschland vor der Möglichkeit eines gezwungenen Rückzugs.“

„Daily News“ steht mit ihrer sympathischen Betrachtung über das deutsche Friedensangebot so ziemlich allein da. Das Blatt sagt: Die Aufforderung des Prinzen Max von Baden stellt die Alliierten vor eine wichtige Entscheidung. Zweifelsöhne eilt das Weltendrama einer einträchtigen und grundlegenden Aenderung entgegen. Eine lange Erfahrung zeigt uns insofern, daß man den deutschen diplomatischen Methoden mißtrauen müsse. Aber in dem vorliegenden Falle ist es klar, daß man zum ersten Male Töne der Niederlage hört und sich in die harten Tatsachen schickt. Die Hauptaufgabe des Prinzen Max liegt darin, daß er die Welt davon überzeugen will, er spreche im Namen des neuen Deutschlands. Wilson will den Frieden mit der Militärregierung Deutschlands nicht schließen, denn diese hat sich außerstande gezeigt, ein ehrliches Abkommen zu schließen. Erste Bedingung Wilsons ist, daß eine neue Regierung zustande kommt, die im Namen der Nation handelt. Prinz Max betont nun, daß diese Bedingung erfüllt ist. Die Worte des Prinzen sind geschickt gewählt und ihre Bedeutung ist deutlich, da der Chevalier der alldeutschen Bande in seine Schranken zurückgewiesen wird, da versichert wird, daß Deutschland eine Nation der Selbstverwaltung werden und daß der militärische Despotismus Preußens gestürzt werden soll. Das göttliche Recht des Königs hat kapituliert vor dem göttlichen Recht der Völker. Präsident Wilson und die Alliierten werden nun Garantien dafür haben wollen, daß diese gewaltige Umwälzung tatsächlich stattgefunden hat. Wir glauben unfererseits, daß sie in der Tat erfolgt ist oder daß sie wenigstens im Gange ist. Wir haben niemals gedacht, daß es nötig oder münchenswert sei, Deutschland als Nation zu vernichten. Wir glauben immer nur, daß es sowohl möglich als auch nötig sei, das preussische System zu zerstören. Wenn die Rede des Prinzen Max die Stimmung in Deutschland wiedergibt, so bedeutet das, daß der preussische Militarismus sein Ende erreicht hat.“ „Daily News“ bedauert allein, daß die Alliierten sich über ihre gemeinschaftliche Politik noch nicht geeinigt haben. Eine Erklärung über die gemeinschaftlichen Kriegsziele sei durchaus nötig. Man müsse wissen, ob Wilson im Namen der Alliierten oder allein in seinem eigenen Namen rede.

## Frankfurter Ze

### Ernst und tiefer Eindruck in Frankreich.

7. Okt. (Priv.-Tel.) Das neue Friedensangebot der Zentralmächte hat in Frankreich einen viel ernsteren und tieferen Eindruck hervorgerufen, als die Agence Havas heute nacht in einem ihrer tendenziösen Telegramme über die Äußerungen der französischen Presse berichtet hat. Die Pariser und Honorer Zeitungen von gestern sind jetzt hier eingetroffen, sie bestätigen alle ohne Ausnahme, daß man sich in Frankreich in allen Lagern der Verantwortung für eine schroffe Zurückweisung des Friedensvorschlages bewußt ist. Im übrigen teilt sich die Presse in drei Gruppen: die einen klammern sich an die bisher betriebene Methode der Verhöhnung und Verleumdung gegenüber dem Feinde, um eine glatte Ablehnung jeder Friedensdiskussion und die Fortsetzung des Krieges bis zur Zerschmetterung Deutschlands zu befürworten. Die zweite Gruppe unterscheidet zwischen der Frage eines Waffenstillstandes und der Opportunität von Friedensverhandlungen. Sie ist der Meinung, daß Wilson auf eine Friedenserörterung nur eingehen könne, wenn die Zentralmächte vorher durch die Erfüllung von unzweideutigen Waffenstillstandsbedingungen den Beweis liefern, daß sie sich wirklich auf den Boden der Wilsonschen Friedensgrundzüge stellen wollen. Die dritte Gruppe endlich vertritt die Forderung, daß alle beteiligten Regierungen entsprechend der ersten Forderung Wilsons vom 8. Januar dieses Jahres in eine offene und ehrliche Aussprache der Vorschläge Deutschlands, Oesterreichs und der Türkei eintreten.

Zur ersten Gruppe gehört allerdings in der Hauptsache die Presse Clemenceaus. Der „Temps“ gibt zu Beginn seiner Betrachtungen zu, daß Frankreich ebenso eifrig und heiß den Frieden herbeisehne wie alle andern Länder, aber die Vorschläge der Zentralmächte bleiben für das vorwärtende Blatt der französischen Kriegsindustrie eine hinterlistige Falle. Deutschland, so sagt es, bediene sich der Wilsonschen Grundzüge nur, um die Franzosen zum Niederlegen der Waffen zu veranlassen. Der Waffenstillstand würde ihm dann Zeit gewähren, um die Hüden in seiner Rüstung wieder auszufüllen. Im nämlichen Sinne äußert sich „Capus im Figaro“. Wenn Frankreich auf Verhandlungen eingehen würde, so würde, wie er meint, in Deutschland sofort ein Freudengeheul losbrechen. Der Kaiser würde dann wieder das ganze Volk unter seine Hand bekommen. Man würde sich um den grünen Tisch versammeln und Deutschland, gestützt auf die von ihm besetzten Gebiete, würde von oben herab den Sieger spielen. Präsident Wilson könne das nicht wollen. Eine Diskussion über seine Friedensbedingungen sei nicht möglich, solange Frankreich und Belgien nicht befreit seien. In letzter Linie sehe sich Frankreich keiner Gefahr aus durch die Ablehnung des Friedensangebots, denn dieses stelle die letzte Kollektivhandlung der Zentralmächte dar. Wenn der Kampf fortbauere, würden weder Oesterreich noch die Türkei mehr große Opfer bringen können.

Das offiziöse „Journal“ redet dem Präsidenten Wilson ins Gewissen, damit er die Verantwortung für die Ablehnung des Friedensvorschlages auf sich nehme. Es gibt ihm zu verstehen, daß seine Friedensgrundzüge zwar den besten Absichten entsprängen, aber doch eigentlich nur theoretischer Art seien. — Für die sogenannten großen Informationsblätter, die sich in den Dienst einer jeden Regierung stellen, wie der „Petit Parisien“, der „Matin“, das „Echo de Paris“ ist das Friedensangebot lediglich der Beweis dafür, daß die Zentralmächte von ihrer Niederlage überzeugt sind und daß es deshalb unklug wäre, sich auf unklare und uneheliche Vorschläge einzulassen. Der „Petit Parisien“ fordert immerhin Wilson auf, dem neuen deutschen Reichskanzler klar zu machen, daß die Entente in Bezug auf die Rückkehr Elsaß-Lothringens in den Besitz Frankreichs unerbittlich sei und bleiben werde.

Die unabhängige politische Presse, die die zweite Gruppe bildet, hält es für richtig, den Antrag auf Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen als einen Prüfling auf die Friedensbereitschaft der Zentralmächte. Der „Gclair“ findet es ganz selbstverständlich, daß die Entente das Waffenstillstandsverlangen erwidert durch Aufstellung von Bedingungen, die ihr eine Garantie dafür geben, daß Deutschland zu den Entschädigungen, Wiedergaben und Bürgschaften bereit sei, die Wilson für nötig erklärt. Auch das „Journal des Debats“ ist dieser Meinung, vor allem, daß die Vorfragen des Waffenstillstandes zu erörtern seien. Da die Zentralmächte den Waffenstillstand vorschlagen, sei es Sache der Entente, die Bedingungen so zu fassen, daß sie sämtliche Vorteile bieten, wie z. B. die Fortsetzung des gegenwärtigen streitigen Vorkriegens der Ententearmee. Selbst Herbe gibt in seiner „Victoire“ zu, daß nach einem genügend festgelagerten Waffenstillstand die Wilsonschen Friedensgrundzüge als Basis für die Friedensverhandlungen zugelassen werden könnten.



## Marghiloman und Bratianu.

Wie uns aus Bukarest geschrieben wird, hat die Berufung Bratianus zum König, um über die heimliche Ehe des Kronprinzen und deren staatsrechtliche Folgen zu Rate gezogen zu werden, in ganz Rumänien das größte Aufsehen erregt. Bekanntlich sind Bratianu und Genossen wegen einer ganzen Reihe nicht politischer, also gemeiner Verbrechen unter Anklage gestellt; und die Kammern haben noch kürzlich ein besonderes Gesetz angenommen, welches den Untersuchungsausschuß ermächtigt, die angeklagten Minister verhaften zu lassen. Der König hatte es unter dem Einfluß der Königin und der Verbandsgesandtschaften, die nach wie vor in Jassy ihr Wesen treiben, eine Zeitslang versucht, seine Unterschrift unter dieses Gesetz zu verweigern, bis er schließlich nachgeben mußte, weil Marghiloman mit seinem Rücktritt drohte. Und nun, als ob nichts geschehen wäre, wird derselbe Bratianu, der eigentlich längst ins Gefängnis gehörte, als Berater der Krone in einer der wichtigsten Angelegenheiten des Königshauses und des Staates vom König berufen, als ob er nächstens wieder Ministerpräsident werden könnte. Diese Tatsache, welche von der höchsten Stelle aus die ganze Anklageaktion auch nach außen zur unwürdigen Komödie stempelt, wird womöglich durch die Haltung des Ministerpräsidenten Marghiloman noch überboten. In der Sitzung der rumänischen Kammer in Jassy vom 26. September durch eine Interpellation des Abgeordneten Patrascanu hierüber zur Rede gestellt, übernahm Marghiloman die volle Verantwortung für diese Berufung sowie für die Teilnahme Bratianus an einem etwa möglichen Kronrat unter dem Vorbehalt des Königs mit der Begründung, Bratianu sei bis zum Urteile des Staatsgerichtshofes, dem er nicht vorgreifen wolle, noch Führer der liberalen Partei und als solcher müsse er, ebenso wie die andern frühern Ministerpräsidenten, in dieser Angelegenheit von größter Bedeutung für das Königreich zu Rate gezogen werden. Auf die Unterbrechung des Abgeordneten Patrascanu: „Geben Sie denn zu, daß Bratianu je wieder Mitglied einer Regierung werden kann, Herr Ministerpräsident?“ antwortete dieser nicht, sondern begnügte sich mit der Feststellung, daß die Berufung Bratianus zum König, ebenso wie die des Generals Averescu, von ihm, Marghiloman, unmittelbar veranlaßt worden, also im vollsten Einvernehmen mit ihm erfolgt sei. Mit andern Worten, die ungeheuerlichen Bestechungsstandale, in denen Bratianu und seine Mitschuldigen viele hunderte Millionen von Staatsgeldern verschleuderten und die unwiderleglich festgestellt wurden, sind für den Ministerpräsidenten nicht vorhanden und werfen nach seiner Erklärung keinerlei Mangel auf seinen Vorgänger, so lange der Staatsgerichtshof das Urteil noch nicht gefällt hat! — Die Wahrheit ist aber, daß Marghiloman die Berufung Bratianus als sein eignes Werk vor der Kammer hinstellen mußte, sich also mit diesem Entschluß des Königs solidarisch erklärte, weil er die Berufung selbst, hinter welcher der Wille der Königin stand, gar nicht hätte verhindern können. Ueberdies ist es bekannt, daß die persönlichen Beziehungen Bratianus zum Hofe und zu Marghiloman selbst durch die Aufdeckung aller jenen Verbrechen keineswegs unterbrochen wurden. Der Ministerpräsident war also gar nicht in der Lage, Bratianu gegenüber irgendwelche Folgen aus den Ergebnissen der Untersuchung zu ziehen, da er selbst durch Vermittlung seines frühern Schwagers, des Prinzen Barbu Stirben, des berühmtesten Günstlings der Königin, in intimen Beziehungen zu Bratianu geblieben war. Hierauf beruht auch die in Jassy, wo alle diese Dinge bekannt sind, allgemein verbreitete Meinung, die ganze Anklageaktion sei nur ein zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Szene gesetzter Schwindel, der so lange dauern würde, bis die Umstände es erlauben würden, ihn im Sande verlaufen zu lassen.

Die Erklärungen, die Marghiloman bei diesem Anlaß in der Kammer abgab, enthalten aber noch eine vielbemerkte Wendung, die tief in das Doppelspiel blicken läßt, dessen er sich befeißigt. Er bezeichnete es als „einen Grundirrtum, wenn man auf den Träger der Krone die Verantwortung für den unglücklichen Krieg werfe. Die politischen Führer des Landes müßten die ganze Verantwortung auf sich nehmen oder aber triumphieren, falls etwa das Rad des Schicksals sich wenden sollte, nicht aber die Krone beschuldigen, die in der Psychose, welche in diesem Lande geschaffen worden war, nicht anders handeln konnte, als sie es getan hat“. (Wörtlich.) Daß ein Ministerpräsident, der nun einmal die undankbare Aufgabe übernommen hat, das Herrscherhaus vor dem letzten Zusammenbruch zu retten, die persönliche Verantwortung des Königs für die verhängnisvollen Entschlüsse mittels der konstitutionellen Fiktion abzuleugnen sucht, das ist allenfalls begreiflich. Daß er aber gleichzeitig darauf hinweist, es sei noch möglich, daß unter Umständen die von Bratianu befolgte Politik „triumphiere“, das heißt doch von der hohen verantwortlichen Stelle des Ministerpräsidenten aus die eifrigst betriebene Propaganda der Verbandsgesandtschaften und ihrer Anhänger in gleichem Sinne fördern. Man ersieht daraus, daß Marghiloman selbst, unter dem Eindruck der militärischen Lage im Westen, eine Wendung in der ganzen jetzigen Lage Rumäniens im Sinne der Bratianuschen Politik für nicht ausgeschlossen hält und daß er nicht ansteht, auch seinerseits Hoffnungen zu nähren, die wieder nur zu bitteren Enttäuschungen für das hart geprüfte Land führen können. Darin liegt auch eine indirekte Antwort auf jene Unterbrechung des Abgeordneten Patrascanu, der den Ministerpräsidenten fragte, ob er Bratianu noch für regierungsfähig halte. Jedenfalls hat Marghiloman damit offen vor aller Welt gezeigt, daß zwischen ihm und Bratianu die Brücke nicht nur nicht abgebrochen ist, sondern daß er sie sorgfältig unterhält. Die heutige Lage Rumäniens ist aber zu ernst und zu gefährlich, als daß sie mit einem Doppelspiel nach zwei entgegengesetzten Seiten auf die Dauer beherrscht werden könnte. Marghiloman wird bald Farbe bekennen müssen, ob er den Wiederanschluß Rumäniens an die beiden Kaiserreiche ernsthaft und ehrlich anstrebt oder ob er auf den Umschwung des Schicksalsrades zugunsten des Verbundes warten will. Beides miteinander vereinigen, das würde die Kräfte auch eines geschicktern Equilibristen übersteigen, als er zu sein glaubt.

Einzelne Nummern 20 Heller  
Abonnementspreise des  
Blattes:

Mit täglicher Zustellung für loco:  
monatlich . . . . . R. 3.90  
vierteljährig . . . . . R. 11.70  
halbjährig . . . . . R. 23.40  
ganzjährig . . . . . R. 46.80

Ohne Zustellung:

monatlich . . . . . R. 3.50  
vierteljährig . . . . . R. 10.50  
halbjährig . . . . . R. 21.—  
ganzjährig . . . . . R. 42.—

Inserate werden in sämtlichen  
Inseratenbureaus des In- und  
Auslandes aufgenommen.

Westungarischer

# Grenzboten

Motto: Freiheit und Fortschritt!

Abonnementspreise des  
Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich . . . . . R. 4.—  
vierteljährig . . . . . R. 13.—  
halbjährig . . . . . R. 26.—  
ganzjährig . . . . . R. 52.—

Für das Ausland:

vierteljährig . . . . . R. 24.—

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“  
monatlich . . . 30 Heller mehr

Nr. 15981

Bozsony, Mittwoch, 9. Oktober 1918

47. Jahrgang.

## Neue Möglichkeiten.

Die Welt geht schwanter mit neuen Möglich-  
keiten. Lange hat man geglaubt, daß dieser gro-  
ße Krieg wieder vorüberherrschen werde ohne an  
der Landkarte Europas viel zu verändern. Jetzt  
glaubt man, das Gegenteil annehmen zu dürfen.  
Ob dieser Glaube nicht aus der Ueberschätzung ein-  
zelner lokaler Ereignisse fließt, das werden wir  
in bald erfahren.

Unsere vereinigten Feinde haben zu ihrem  
großen Leidwesen erfahren müssen, daß das mäch-  
tige Rußland und daß auch Rumänien von ihnen  
abfielen und mit uns einen Sonderfrieden  
schloßen. Aber sie verloren die Kassina nicht, ob-  
wohl damit die Ostfront für uns beseitigt, ihr  
„Ring“ zerborsten war. Jetzt haben wir zu unse-  
rem Schmerz erfahren, daß Bulgarien von unse-  
rem Bloß abprang und sich mit den Feinden auf  
einen Waffenstillstand verständigte. Und daran  
schließt sich die weitere Möglichkeit, daß auch der  
Türkei der Atem ausgeht, daß auch sie gezwun-  
gen sein könnte, einen Sonderfrieden zu schließen.  
Aber wir stehen diesen Tatsachen mit weit weni-  
ger Zustimmung gegenüber als die Entente seinerzeit  
dem russischen Zusammenbruch. Freilich ist der  
Krieg heute um ein Jahr älter, die Menschheit  
um so viel müder. Aber das erklärt nicht alles,  
es scheint das innere Gesüße der Monarchie nicht  
mehr fest genug zu sein den Stürmen zu trot-  
zen die sie durchstehen. Und Berliner Blätter,  
die der Zeit vorausseilen, erörtern bereits die  
Möglichkeit, daß das Deutsche Reich eines  
Morgens allein dastehen könnte  
in diesem Kriege. Aber in welchem Sinne tun  
sie das? Selbst der sozialdemokratische „Vor-  
wärts“ weist jede Verhütung zu einem schloßen  
Frieden zurück. Die kennen Deutschland gar nicht,  
die etwas anderes erwartet haben. Der kleine

Preußenkönig Friedrich II. hat ganz allein gegen  
das vereinigte Europa Krieg geführt, bis er sein  
Ziel erreicht hatte, und das Kleine Deutschland  
wird gegen die ganze Welt Krieg führen bis ihm  
geworden, was es zum Leben braucht.

Kronrat in Berlin Kronrat in Wien Kon-  
zentrationbestrebungen in Budapest. Und über-  
all dasselbe Programm. Man will in Deutschland  
die innere Einheitsfront stärken, will, daß alle  
Parteien an der Regierung teilnehmen und die  
gleiche Verantwortung tragen. Dasselbe möchte  
man in Wien, dasselbe in Budapest. In Deutsch-  
land wird es gelingen. Ob auch bei uns und in  
Wien? Das ist die Frage. Was man bei uns  
will ist eine Halbheit, was man in Wien will, ist  
unmöglich. Es kommt um mindestens drei Jahre  
zu spät, denn die Tschechen stehen heute außer  
halb der Monarchie. Das erklären sie frank  
und frei im Wiener Reichsrat. Ihr ernährter  
Sprecher, der Abgeordnete Stanek, hat in offe-  
ner großer Rede die tschechischen Legionen, die an  
allen Fronten gegen uns kämpfen, verherrlicht,  
ja, er hat den Satz ausgesprochen, daß die Tsch-  
chen in diesem Kriege freiwillig keinen Tropfen  
Blut für die Monarchie vergos-  
sen haben. Sie kämpfen gegen dieselbe und  
die Vertreter der Legionen werden auf dem Frie-  
denskongress als kriegsführende Mächte erscheinen  
und sagen daß die Angelegenheiten ihres Volkes  
geordnet werden. Hat die Polen und die Slovenen  
teilen ihr Programm. Sie fordern höher als je  
die Errichtung von drei großen slavischen Staa-  
ten, die von Danzig bis an die Adria reichen:  
Großpolen, Großböhmen, Groß-  
serbien.

Man soll diesen Laumel von slavischen Zu-  
kunftshoffnungen kühl betrachten und sich nicht  
aus der Fassung bringen lassen. Er ist jetzt so  
ausgeartet, weil die vereinigten Heere der ganzen

Welt gegenwärtig auch im Westen Vorteile erun-  
gen haben und mit einer noch nicht dagewesenen  
Kraft gegen die deutschen Stellungen in Frank-  
reich anstürmen. Sie atmen auf, sie fühlen, wie  
der „deutsche Druck“ geringer wird, gestehen die  
slavischen Redner. Na, vielleicht kommt der Tag  
sehr bald, an dem diese Kraft der Feinde sich er-  
schöpft hat, an dem der deutsche Druck wieder  
beginnt. Und dann knicken sie vielleicht wieder  
zusammen, die Waulhelden aus den böhmischen  
Wäldern.

Aber es kann auch anders kommen, denn es  
geht etwas vor, man steht vor neuen, wie es heißt  
„entschiedenen Beschlüssen“ in den inneren Fra-  
gen. Daß der österreichische Ministerpräsident sich  
von dem Gebrüll des böhmischen Löwen hat ein-  
schüchtern lassen daß er auch vor dem bulgari-  
schen Abfall zusammenzuckt ist, das weiß alle  
Welt. Er stammelte vom Selbstbestimmungsrecht  
der Völker und von zu gewährenden Autonomien  
wie ein gelehriger Schüler Wilsons. Und er stellte  
allerlei Experimente in Aussicht für die innere  
Beruhigung. Aber sie wurde im österreichischen  
Reichsrat schon zurückgewiesen, ehe sie klar ausge-  
sprochen waren. Zu spät! schallt es ihm von der  
Slavenbänken entgegen. Man wird sich heute nicht  
mehr mit Autonomien begnügen; die Selbstbe-  
stimmung der Völker hat einen anderen Inhalt  
für sie alle. Das erklären auch die Slovenen und  
die Polen. Sie alle lehnen es ab, daß man „in-  
nere“ Angelegenheiten in ihren Forderungen  
sieht, sie wollen alle auf dem Friedenskongress  
ihre Rechte suchen, die ihnen die Monarchie bis  
her verwahrt.

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen daß die-  
ses vereinigte Geschrei diese vereinigte Drohung  
der Slaven die Monarchie zu einem verhängnis-  
vollen Schritt verleitet. Denn wir sehen den star-  
ken Mann nicht, der den Gesamtstaat durch diese

liegt zugleich der Kontrolle der Verbündeten wie der kriegsmüden Völker und der sozialistischen Gruppen. Eben weil dies der Fall ist, toben ja die Heßblätter so ingrimmig; sie möchten gerne einfach die Verweigerung von Verhandlungen, weil sich ihre Kriegsziele der Vergewaltigung und Ungerechtigkeit leichter durchsetzen lassen, wenn der Feind völlig besiegt ist und die Invasion im eigenen Lande zu erdulden hat. Man kann verstehen, daß die mittelmächtliche Zustimmung zum Wilson-Programm jenen Lobhüchtlern und Raubgierigen recht ungelegen kommt. Deshalb taucht denn auch wieder das Lieblingswort vom „Manöver“ und von der „Intrige“ auf. Man wird jedoch jene Freunde des ewigen Krieges einmal fragen, wie denn Deutschland, wenn es die besetzten Gebiete geräumt, die Selbstbestimmung angenommen und abgerüstet hat, es anfangen soll, ohne Heer und ohne Bundesgenossen einen neuen Krieg zu entfachen. Woher sollte es nicht bloß das Vertrauen zu seiner Militärpartei, sondern auch nur die materiellen Möglichkeiten dafür finden? Wer eine derartige Gefahr verkündigt, der zeigt, daß er sich kein Bild von der unausweichlichen Entwicklung zu machen weiß. Deutschland tritt in den Frieden mit einer Kriegsschuld von 150 Milliarden, mit Millionen von Waisen und Krüppeln, die versorgt werden sollen, mit vollständig zerstörten Handelsbeziehungen und mit einer hoch entwickelten Exportindustrie, die nichts zu exportieren hat und fast überall verschlossene Türen vorfindet und infolge ihrer Ueberlastung konkurrenzunfähig sein wird. Woher könnte es die Kraft und Lust finden, neue Heere aufzustellen? Ein einziger Schrei nach Abrechnung großt schon jetzt durch das ganze Volk, und es wird ein unerbittliches Gericht gegen jene halten, die den Fleiß und die Arbeit von vielen Generationen vergeudet und eine beispiellose Blüte ebenso beispiellos leichtfertig und übermützig zerbrochen. Man muß wahrlich kein Prophet sein, um dies vorherzusagen; die Ziffern der Toten, Krüppel, Hungernden, der Staatsschulden, Bankausweise und der ruinierten Industrien sagen genug. Deutschland wurde durch den Weltkrieg mehr als durch den dreißigjährigen Krieg zurückgeworfen, und es ist eine arge Fälschung, wenn man es jetzt so hinstellt, als könne es schon morgen in den großen internationalen Wettbewerb eintreten, während Frankreich infolge der Leiden seiner Invasion schlechter gestellt wäre. So beklagenswert schwer die Opfer Frankreichs auch waren, so tritt es doch in den Frieden, stark durch die Unterstützung der Welt, nicht bloß größer an Land, sondern unvergleichlich größer an materieller und moralischer Kraft. Ihm gehört ein weites Kolonialreich; sein Wiederaufbau wird durch die Kredite der ganzen Welt unterstützt werden. Es mag leicht sein, von einem niedergeworfenen Deutschland ungeheure Kriegsschadigungen abzuverlangen, aber es wird unmöglich sein, sie von dem ohnehin bankrotten Deutschland einzutreiben. Es wäre erforderlich, einen jährlichen Tribut ihm aufzuerlegen, und das wäre das sicherste Mittel, um das deutsche Volk auch nach diesen Jahrzehnten in Verzweiflung zu halten und jeden Konflikt, der später irgendwo in der Welt entsteht, durch jene deutsche Verzweiflung in einen neuen und noch schrecklicheren Weltkrieg umzuwandeln.

Deutschland hatte vor diesem Kriege ein Nationalvermögen, das auf 300—350 Milliarden geschätzt war. Aber die Voraussetzung jener Schätzung war seine wirtschaftliche Blüte. Eine Exportindustrie, die weder Rohstoffe erhält noch irgendwo offene Türen vorfindet, deren Arbeit tot oder in ihrer Leistungsfähigkeit dauernd reduziert sind, hat nur geringen Wert, und damit entfallen auch die Voraussetzungen für die Grundrente in den Städten. Das wahre Nationalkapital eines besiegten Deutschland ist unerträglich niedriger einzuschätzen, und schon sind 150 Milliarden in das Papier der Kriegsanleihen und Banknoten aufgegangen. Welch ein Wahnsinn wäre es, jetzt auch noch den Ertrag der kommenden deutschen Arbeit, einer vielleicht sich in vielen Jahrzehnten vollziehenden Wiederaufrichtung als Kriegsschadigung zu fordern und damit einen jeden Deutschen zu überzeugen, daß seine Arbeit ganz zwecklos ist, weil er selbst von ihr keinen Vorteil ziehen kann. Das heißt nicht bloß, jetzt den Krieg fortzusetzen und ihn in einem Verzweiflungsausbruch endigen zu lassen, sondern aus siebzig Millionen Deutschen einen ewigen Herd von Anarchie und Revolution zu machen, die dann überall um sich greifen und den ganzen Bau unserer menschlichen Gesellschaft niederbrennen werden. Wilson mag Garantien für die Aufrichtigkeit des neuen Geistes in Deutschland fordern und militärische Sicherungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes, aber nichts wäre verhängnisvoller, als die unausbleibliche Verelendung Deutschlands durch die Forderung jährlicher Tributzahlungen ganz trostlos werden zu lassen.

Ein bemerkenswerte Depesche der „Westminster Gazette“ will wissen, daß Wilson als 15. Punkt eine Garantie für die verfassungsmäßige Demokratisierung Deutschlands fordere, weil er mit den Regierenden der Mittelmächte nicht zu unterhandeln beabsichtige. Dieser Standpunkt ist verständlich, und es rächt sich, daß Prinz Max zwar erfreuliche Versprechungen, jedoch nicht die Ankündigungen jener notwendigen Verfassungsänderungen gab, die das Vertrauen Wilsons hätten stützen können. Wir sind überzeugt, daß die Machthaber Deutschlands für alle Zeiten ausgespielt haben und daß die Entwicklung sich viel wilder vollziehen wird, als man heute noch für denkbar hält, und unsere Ueberzeugung gründet sich auf das Bild der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Lage des deutschen Volkes nach einem Friedensschlusse und nach vielen Zeugnissen des wahren Geistes an der deutschen Front und im Hinterland. Aber es hieße, das deutsche Volk absichtlich demütigen, wenn heute Wilson etwa so weit gehen würde, die Abdankung von Kaiser und Kronprinz zu verlangen. Das würde sie zu Nationalhelden machen, und niemals würde das deutsche Volk eine solche Demütigung und Enttarnung in seine innersten Verhältnisse verzeihen. Heute ist es wohl zweifellos, daß das deutsche Regierungssystem weit mehr dem deutschen Volk als dessen Feinden geschadet hat, und es gilt, daraus die natürlichen Folgerungen zu ziehen und nicht, indem man den Hohenzollern ihre Kaiserkrone abfordert, ihnen die viel dauerhaftere Märtyrerkrone aufzusetzen.

Indessen wird man sich fragen, warum die Regierung der deutschen Demokratie noch wartet, aus eigener Kraft jene Änderungen zu vollziehen, die eine Bürgerschaft für den neuen Geist liefern. Die volle Amnestie für alle politischen Verbrecher wäre nur ein Teil davon; man erwartet die Ankündigung von unverzüglich einzubringenden Gesetzesvorlagen, die ein verantwortliches Reichsministerium schaffen, die Beidigung der Truppen auf die Verfassung und die parlamentarische Kontrolle der Kommandogewalt vorsehen und das Recht über Krieg und Frieden in die Hand des Reichstages legen. Die Neuerteilung der Wahlkreise samt dem Frauenstimmrecht, das Gesetz, das zugleich mit dem Friedensschlusse die Wahl einer bereits aus dem neuen Wahlrecht entstehenden Konstituante vorseht, die volle Aufhebung jeder politischen Zensur und mit ihr auch der unwürdigen Hindernisse, die nicht bloß uns, sondern allen Vorkämpfern eines neuen Deutschland bisher im Reiche in den Weg gelegt wurden, — all dies wären Zeichen einer wirklichen Demokratisierung, auf die man nicht einen Tag länger warten sollte; es gilt, Vertrauen zu erwecken und freiwillig zu geben, was später der Feind demütigend verlangen wird. Mit unwiderstehlicher Raschheit müßte sich die Umgestaltung Deutschlands vollziehen, der Antwort der Entente zuvorzukommen, die vielleicht noch den Erfolg ihres baldigen großen Angriffes auf das Esch abwarten möchte. Unendlich viel ist verloren, aber noch ist viel zu retten, und die Widerstände der Herren von gestern, die das Unaufhaltbare verzögern möchten, sollten schon zerbrochen sein. Je deutlicher Deutschland durch die Tat spricht, je mehr es diese letzten Augenblicke ausnützt, wo ihm die Freiheit des Entschlusses gegönnt ist, desto mehr werden die Northcliffe, Clemenceau und Lodge getroffen und desto milder kann Wilson sprechen.

## Noch schweigt Wilson.

# Was von englischen und französischen Zeitungen herübergebracht wird, ist ganz auf den Ton herausfordernden Uebermutes gestimmt; Austeferung der Schuldigen, Zugeständnis der begangenen Verbrechen, bedingungslose Kapitulation, keine Kolonien — dies und Ähnliches ist der Rehrreim. Aber während die Heßpresse ganze Kloaken von Gemeinheit und blutrünstigem Hasse ausspeit und sich martergierig an der Variation des „Vae victis!“ delectiert, liegt nur eine kurze Erklärung Reuters als Auffassung der britischen Diplomatie vor, die erheblich ruhiger lautet und nur die „größte Reserve“ fordert. „Einige Punkte müssen noch klarer werden“. Es wird zugegeben, „daß die Worte des deutschen Kanzlers bedeutender sind als alles, was man bis jetzt aus Deutschland hörte“. Das klingt nicht gerade nach Ablehnung und es entspricht jener Auffassung, wonach gerade der politische Instinkt des Engländerstums mit größeren Zeiträumen rechnet und begreift, welcher Fehler es wäre, das besiegte Deutschland zu erwürgen. Sonnino ist nach Paris gereist, in London fand ein Kronrat statt; Paschitsch konferiert mit feberhafter Geschäftigkeit, um endlich sein Großserbien zu erreichen, und zweifellos wird jetzt zwischen den alliierten Regierungen sehr lebhaft unterhandelt, was man auf das mittelmächtliche Angebot zu antworten habe. Daß geantwortet werden muß, das ist sonnenklar. Der Fall steht doch, ohne Entstellungen und Verdrehungen betrachtet, so: Der erste und entscheidende Mann der Entente-Koalition hat seine Kriegsziele formuliert, nicht befristet und mit Terminen, wie dereinst Czernin, sondern als unzerstörbare Befehle, seine Feinde haben erklärt, jene Kriegsziele zur Grundlage von Friedensverhandlungen anzunehmen. Darauf kann man natürlich nicht einfach „Nein“ sagen; denn sonst wären doch jene Erklärungen Wilsons offenbar sinnlos gewesen. Aber ebenso natürlich genügt es nicht, mit einem „Ja“ zu antworten, sondern die Entente wird sich vergewissern müssen, welche Garantien die Mittelmächte für die Annahme des Wilson-Programmes zu bieten haben und ob sie es bedingungslos und in voller Aufrichtigkeit annehmen.

Die Entente wird nunmehr offen ihre Bedingungen für Waffenstillstand und in großen Zügen wohl auch für den Frieden bekannt geben. Schon dies ist ein entscheidener Fortschritt; die Begehrlichkeit eines allzu offenen Imperialismus wird offenbar, unter-

Entente, welche Entscheidung jene „Regierung“ sicherlich angestrebt hätte, entgegengewirkt und die polnische Frage als ein auf dem Friedenskongresse durch Verständigung zu regelndes Problem hingestellt. Die Polen begehren, wie sie nentlich im Reichsrate ausgeführt haben, Vertretung auf diesem Kongresse. Heute verweisen sie darauf, daß durch die Annahme dieses Grundsatzes die polnische Frage aus der Reihe jener ausgeschaltet wird, wegen welcher der Krieg nach der Erklärung der Mittelmächte noch fortgeführt werden könnte.

Für den Entschluß des Regentenschaftsrates waren in einem gewissen Grade wirksam die Stimmungen, die man in letzter Zeit in Warschau noch immer hervorgerufen suchte. Auf der einen Seite wurden von unteren Organen, die mit den Verhandlungen wegen Übernahme der Zivilverwaltung befaßt waren, neue Schwierigkeiten und Nebungen hervorgehoben, von denen man wußte, daß sie nicht den Intentionen der deutschen Reichsregierung entsprechen. Andererseits waren noch immer Bemühungen im Gange, durch vage und unverbindliche Angebote auf Kosten des Großfürstentums Litauen, das die Polen innerhalb seiner alten Grenzen als Nationalitätenstaat unabhängig sehen wollen, Verwirrung in den politischen Parteien hervorzurufen. Mit seinem Aufrufe stellt sich nun der Regentenschaftsrat auf denselben Boden, den die Mittelmächte in ihren letzten Notizen betreten haben — allerdings mit einer deutlich sichtbaren Spitze.

einer Verständigung unter den polnischen politischen Parteien geordnet wurde und die in Bezug auf die Errichtung des polnischen Staates bestehenden Gegensätze als abgetan gelten. In der Schaffung des polnischen Staates werden alle Parteien nunmehr einmütig wirken.

Abg. P. Bondzin: Der Schritt des polnischen Regentenschaftsrates in Warschau hat uns nicht wenig überrascht. Wir sind einigermaßen erstarrt über die so plötzlich erfolgte bedeutungsvolle Entscheidung, die der Regentenschaftsrat in Warschau getroffen hat, um so mehr als in jüngster Zeit nicht verkündete, was eine für das polnische Volk so entscheidende Aktion des Staatsrates erwarten ließ. Das polnische Volk will nun sein Geschick selbst in die Hand nehmen und die Konsolidierung seines Reiches herbeiführen. Es stützt sich dabei auf den Punkt 13 des Wilsonschen Friedensprogramms, der einen unabhängigen polnischen Staat, der alle jene Gebiete umfassen soll, die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnt sind, verlangt und demgemäß auch den Polen einen freien Zugang zum Meere sichert. Die Polen wollen, ohne die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten, an die Ordnung ihrer Verhältnisse schreiten, so daß sie in der Lage sein werden, bereits zum Friedenskongresse die legitimen Vertreter des polnischen Staates entsenden zu können.

## Die neue Lage in Warschau.

Informationen von polnischer Seite.

Die Nachricht von dem Aufruf des Regentenschaftsrates wurde in den polnischen politischen Kreisen Wiens gestern in den späteren Abendstunden bekannt. Sie wurde aufgenommen als der vorläufige Abschluß einer Lage in Warschau, die seit etwa drei Wochen, seit Beginn der Ereignisse an der militärischen und politischen Balkanfront immer dringlicher einer Entspannung bedurfte. Die Möglichkeit dazu zu gelangen, ohne in der polnischen Gesellschaft selbst die schwersten inneren Kämpfe auszulösen, bot sich mit dem Augenblick, da Reichskanzler Prinz Max von Baden, die österreichisch-ungarische und die österreichische Regierung sich gleichermaßen auf den Boden der Wilsonschen Selbstbestimmungsformel stellten. Es wird in den polnischen Kreisen hervorgehoben, daß die positiven Vorschläge des Regentenschaftsrates nicht über den Rahmen des Programms hinausgehen, das Ende Oktober 1916 vor Erlassung des Zweikaisermanifestes über die Unabhängigkeit Polens die nach Berlin und Wien entsendete Abordnung von Warschauer Politikern aller Parteien den Mittelmächten vorgelegt hat. Auch damals wurde wie heute eine auf breiter Grundlage zusammengeführte Regierung mit tatsächlicher Regierungsgewalt, Einsetzung der polnischen Zivilverwaltung, Einberufung eines Reichstages, ein König oder ein Regent verlangt. Heute ergibt sich aus dem Aufruf eine Spitze gegen die Interessen der Mittelmächte, die damals zu vermeiden war. Die damals gewünschte Integrität des polnischen Gebietes und der Zugang zum Meer, auf die heute nach dem polnischen Minimalprogramm die Wilsonsche Formel ausgedehnt wird, war ohne radikale Umwälzungen in der Konfiguration der Staaten gedacht. In diesem Augenblick gehen allerdings die nicht offen ausgesprochenen Forderungen des Aufrufes über das Maß desjenigen hinaus, was der ruhiger erwägenden Realpolitik auch bei den Polen als möglich und erreichbar erscheinen sollte.

Zum Entschlusse des Regentenschaftsrates haben außer der Annahme der Wilsonschen Grundzüge durch die Mittelmächte auch Erwägungen der inneren polnischen Politik beigetragen. Es bestand die Gefahr, daß dem Regentenschaftsrat durch die polnische Frage auf der Bahn einer nicht durch offenen Kampf in der eigenen Gesellschaft geführten Entwicklung erhalten will, der heute gegenüber den bolschewistischen Einflüssen vom Osten her die Elemente der Ruhe und Ordnung um sich schart, die Leitung aus der Hand gleite. Wie vor einigen Wochen der allerdings ausstößlose Gedanke aufgetaucht war, durch einen Staatsstreich nach kleiner Muster eine einseitige Lösung zu erzwingen, so war jetzt wieder die Rede davon, den Regentenschaftsrat durch einen Nationalrat auszuschalten. In Paris ist für den 15. d. ein neuer Kongress der „unterdrückten Völker“ angesetzt; die Entente steht unter dem Drucke Clemenceaus, der jüngst in einem Briefe an den Grafen Zamowski von einem „freien Polen innerhalb der historischen Grenzen“ als Kriegsziel geschrieben hat, vor der Anerkennung des Pariser Conseil national polonais, als der legitimen Regierung Polens. Indem in Warschau eine aus Wolkswahlen hervorgegangene Regierung angestrebt wird, verliert eine „Regierung“ in Paris jeden Rechtstitel aus dem Selbstbestimmungsrechte. Zugleich wird einer einseitigen Entscheidung der polnischen Frage im Sinne der

## Der Eindruck im Abgeordnetenhaus.

Die Proklamation des polnischen Regentenschaftsrates nimmt das Interesse der im Hause erschienenen Abgeordneten fast ausschließlich in Anspruch. Besonders in den Kreisen der Tschechen und Südslaven wird das Ereignis ausführlich erörtert, und die Führer dieser beiden Gruppen sind mit den hier weilenden Polen sofort in enge Verbindung getreten, um über alle Phasen der Aktion auf dem Laufenden erhalten zu werden.

Die Wände der Polen sind heute wieder nur sehr schwach befüllt, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß 26 Mitglieder des Klubs die Reise nach Krakau bereits angetreten haben, um an den Vorbereitungen zur Einberufung einer Nationalversammlung mitzuwirken. Die Nachricht von der Proklamation des polnischen Regentenschaftsrates wurde, wie die „Poln. Nachrichten“ melden, vom Obmann des Polenklubs Dr. Tertil in der gestrigen Vollversammlung des Polenklubs mitgeteilt. Die Nachricht wurde mit Genehmigung angenommen und bezeugte uneingeschränkter Zustimmung aller Anwesenden. Insbesondere die Bestimmung, daß der Staatsrat aufgelöst und der Regierung die unverzügliche Ausarbeitung eines Wahlstatuts und die Vornahme von Wahlen auf breiter demokratischer Grundlage aufgetragen wird, wurde lebhaft begrüßt. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Proklamation des Regentenschaftsrates sich mit dem polnischen Deklarationsantrage im österreichischen Reichsrat vom 2. d. vollkommen deckt.

## Äußerungen polnischer Parlamentarier.

Ueber die Proklamation des Regentenschaftsrates liegen folgende Äußerungen polnischer Abgeordneter vor:

Vizepräsident Hofrat German äußerte sich: Der Schritt, den die jetzige Regierung in Warschau getan hat, ist mir zu begrüßen. Es ist das vernünftigste, was der polnische Staatsrat in dieser bedeutungsvollen Zeit machen konnte. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß dieser Schritt eine antideutsche Maßregel wäre. Der polnische Staatsrat hat nach meiner Auffassung eingesehen, daß er infolge seiner jetzigen Zusammensetzung nicht die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge tragen könne. Deshalb geht man jetzt daran, eine Konstituante zu schaffen, die die weiteren Entscheidungen zu treffen hat. Die Verantwortung hierfür werden die Konstituante und die von ihr ausgewählten Staatsmänner zu tragen haben.

Vizeobmann des Polenklubs Abgeordneter Stajinski: Der Polenklub hat stets an der Aufrechterhaltung festgehalten, daß die Anordnungen des Regentenschaftsrates für ihn maßgebend sind. Der Polenklub steht daher vor der Pflicht, die Proklamation des Regentenschaftsrates als für ihn bindend zu erklären und über das fernere Verhältnis Galiziens und des polnischen Teiles Schlesiens schlüssig zu werden. In diesem Sinne werden das Präsidium und der Polenklub ihre Beschlüsse zu fassen haben.

Vizeobmann des Polenklubs Graf Saworowski (konservativ): Die Proklamation des Regentenschaftsrates muß das polnische Volk mit Begeisterung erfüllen. Für unser ferneres Wirken ist die Linie nun vorgezeichnet. Die Kundgebung wird alle Schichten und Parteien zu einem gemeinsamen Vorgehen vereinigen.

Abg. Elwinski als Vertreter der linksstehenden radikalen Parteien erklärte, daß durch die Proklamation des Regentenschaftsrates der Weg zu

Freitag, 9. Oktober 1918



# Zeitung

1704

g von Staats- und gelehrten Sachen

Bezug: in Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühren. Anzeigen: Zeile 80 Pl. n. 40 %, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

W 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale, Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292.

Exposition zu bemühen. Im  
Kabinettsrat, sowie auch die König-  
liche Erlaubnis für meine Bestrebungen  
ich die zu ihrer Verwirklichung

von Baden, Reichskanzler."

ents, Prinz Janusz Radzi-  
wilski um Freilassung der  
Grabsk gebeten.

## und Talaats.

einem Konstantinopeler Ge-  
türkischen Kabinett eine Um-  
Großwesir Talaat Pascha ist  
ersetzt worden. An die Stelle  
er Pascha ist der feinerzeitige  
n. Zum Minister des Aus-  
angehörnde Senator Achmed  
sammenziehung des Kabinetts  
wollen des türkischen Volkes.  
sel ist der türkischen Gesandt-  
; an ihrer Wichtigkeit ist aber

ormationen, die uns bereits

utschland wohlbekannte Per-  
ch von 1896 bis 1905 in Ber-  
noch vor wenigen Tagen in  
hen Abordnung gewollt, die  
Eignung des neuen Sultans  
Zewkil, der einem alten  
it, ist aus der Armeo hervor-  
Diplomatie zugewandt. Als  
sterposten nach der Eir-  
an Abdul Hamid zum Mi-  
ollen Tagen des April 1909.  
angingen, war er einige  
seinem Rücktritt wurde er  
mit und er behielt diesen  
ege an die Seite der Mittel-

## Bethmann und Wilson.

Von

Georg Bernhardt.

Professor von Schulze-Gaevernich hat gestern abend die Vor-  
geschichte von Wilsons Friedensvermittlung in  
der „Vossischen Zeitung“ erzählt, und wir können aus unserer  
eigenen Kenntnis der damaligen Vorgänge objektiv die Rich-  
tigkeit seiner Darstellung bestätigen. Aber das, was er sagt,  
kann gerade in Deutschland bei nicht ganz Eingeweihten  
einen falschen Eindruck erwecken. Um das zu verhindern,  
möchten wir dem Aufsatz des hochverehrten Hochschullehrers  
doch einige Ergänzungen hinzufügen.

Das scheint uns namentlich um deswillen dringend von-  
nöthig, weil bereits augenblicklich in einem Teil der Presse  
eine lebhaftere Auseinandersetzung über die Schuldfrage  
sich angespannt hat über die Frage, durch welche Personen  
und durch welche Umstände die jetzige Kriegslage herbeige-  
führt wurde, die die politische Reichsleitung und Heeres-  
leitung gemeinsam zu dem Entschluß gebracht haben, vor-  
neuem den Präsidenten Wilson zum aktiven Eingreifen ins  
Interesse des Friedens zu veranlassen. Bei dieser Diskussion  
steht natürlich der U-Boot-Krieg im Vordergrund der  
Erörterungen. Die Erörterungen werden von der einen  
Seite so geführt, als ob der damalige Kanzler v. Bethmann  
Hollweg gewissermaßen von der Heeresleitung und von der  
Marine vergewaltigt worden sei, über seinen Kopf die  
U-Boot-Note geschrieben zu lassen. Für die Richtigkeit dieser  
Aufassung kann auch der Schluß des Schulze-Gaevernichschen  
Artikels aufgeführt werden. Hier betont Herr Professor  
v. Schulze-Gaevernich, daß gerade die für Deutschland gün-  
stigste Auffassung bei freundlich gesinnten Deutsch-Amerika-  
nern die sei, sie könnten sich nicht denken, daß dieselbe Re-  
gierung auf der einen Seite den Präsidenten Wilson um  
Vermittlung bittet und dann ihr eigenes, nach langen Be-  
mühungen für die Vollendung reif gemachtes Werk durch die  
Ueberfendung der U-Boot-Note in die Luft sprengte. Da-  
durch sei bei allen Amerikanern der Glaube entstanden, daß  
es eben weiterlei Mächte in Deutschland gab, von  
deren einer das Reich zu befreien als verdienstvolles Werk  
von allen Amerikanern betrachtet werde. Hier scheint es uns

## Die Neutralen.

Von  
Jakob Schaffner.

Verschiedene neutrale Zeitungen bekunden einen gewissen Eifer, den Deutschen zu Gemüte zu führen, wofür sie gegenwärtig Gott heim sucht. Die übrigens beflissen gezollte Achtung vor der deutschen Größe ist nicht ganz frei von Genugtuung, daß auch hier nicht die Bäume in den Himmel wachsen. Jedem, der an das atlantische Geschrei von der deutschen Plänen der Weltverflawung glaubte, fühlt nun die ahnungsvolle Seele erleichtert, und wer weiß, was sich dieser und jener von der Liquidierung des deutschen Geschäftes sonst noch versprechen mag. Diese Leute freuen sich alle, daß der Ast kracht, auf dem sie sitzen. Vorausgesetzt, daß das atlantische Befreiungsrezept im vollen Wortlaut angewandt werden kann, hätte die Zerrüttung Mittel-europas für die Neutralen genau dieselbe Folge, die der Zusammenbruch jedes großen Bankhauses für die kleineren hat, die von dessen Zone lebten.

Die Haltung der Neutralen ist außer der Ketten Selbstsucht und einigen Gefühlschwächen von zwei berechtigten Gesichtspunkten bisher bedingt gewesen: einem geschäftlichen und einem sittlichen. Der geschäftliche liegt obenauf; er ist durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegeben. Sie brauchen alle von Deutschland Kohle und Eisen und von der atlantischen Koalition Brot, also müssen sie paktieren. Wie sie jedesmal paktierten, soll nun nicht untersucht werden. Das war die Politik vom Tag. Darüber hinaus gibt es noch einige geschichtliche Voraussetzungen und Bindungen, die absolute Grundlage des täglichen Handels und Wandels, nach deren Zusammenbruch der ganze schöne Verkehr eingeht. Wen man sowas lange genug vergißt, so kann man nachher vielleicht ein Jahrhundert Zeit bekommen, sich wieder darauf zu besinnen. Diese vorausgesetzte Grundlage ist für die Neutralen Europa. Ihre wirtschaftlichen Duffern stiegen mit dem Aufstieg Europas. Der Aufstieg Europas war der Aufstieg Deutschlands. Deutschland war ein Menschenalter lang Europa. Ohne Deutschland wird es keine europäische Konjunktur geben. Es finden sich immer einmal englische Stimmen, die daran erinnern, daß es unflug wäre, Deutschland zu ruinieren, weil es als Geschäftspartner heute nicht mehr wegzudenken sei. Das ist der Feind. Die Neutralen bilden sich so große Stücke auf ihren Realismus ein. Der größte Realismus besteht darin, seine Lebenslage richtig einzuschätzen. Mit wem wollen die Neutralen nachher vorteilhafte Handelsgeschäfte machen, wenn sie zugegeben haben, daß Europa als Käufer erlobigt wird? Was wollen sie mit ihren deutschen und österreichischen Papieren anfangen? Für wen wollen sie fahren und transportieren? Wie soll sich die schweizerische Gotthardbahn künftig ernähren? Womit wird sich Rotterdam beschäftigen? Was kann sich selbst Antwerpen von einem verarmten Hinterland versprechen? Was soll aus den schweizerischen Binnenschiffahrtsplänen werden? Wer wird die holländischen Kolonialwaren zu guten Preisen laufen? (Wo will übrigens Brasilien seine ungeheuren Kaffeevorräte absetzen?) Was denkt Holland über Kolonien, wenn die Deutschen die ihren verloren haben? Was die Schweiz über Italien, wenn der Tessin der letzte außenstehende Posten auf der Liste der Irredenta ist? Auf welcher großen Wirtschaft will Schweden seine kleinere aufbauen, wenn es zwischen einem bankrotten Rußland und einem verarmten Deutschland mitten drin hängt? Ebenso Polen? Ebenso die Ukraine? Wie wollen sich die kontinentalen Kleinstaaten vor dem Schicksal bewahren, als europäische „Resten“ dem amerikanischen Aufkäufer zu verfallen, wenn sie keinen Rückhalt an einem gesunden starken Kontinent haben? Und wie hofft man überhaupt seine Würde, sein Ansehen und seine Hoheit zu behaupten, wenn man nicht mehr ein Glied am alten heiligen Körper Europas ist, sondern ein kleiner Posten in den Geschäftsbüchern der Union? Vielleicht hat es doch mehr auf sich mit dieser großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Familiengemeinschaft, als die Kleinen Europas in Tagen des Reibes und der schiefen Furcht dachten.

Es geht mir nicht darum, Deutschland „retten“ zu wollen; die Deutschen werden schon nicht untergehen. Die Welt glaubt nun zu wissen, was die Deutschen können; sie wird noch ihr Wunder erleben. Es liegt mir auch fern, die Liebe der Neutralen zu ihrer manchmal etwas betriebsamen und

### Die Stunde Polens.

Während man in Deutschland abwartet, was der Erfolg unseres Waffenstillstandsangebotes sein werde, ist man anderwärts schon dabei, die durch unser Angebot geschaffene Lage nach Kräften für seine besonderen Zwecke auszubenten. Dagegen läßt sich kaum etwas einwenden, und wir würden uns wundern, wenn nicht vorweg die Polen mit aller Leidenschaftlichkeit dabei wären, aus der Lage für sich herauszuholen, was sich herausholen läßt. Etwas anderes ist es, wenn wir unsere eigene neue Regierung gerade in diesen Tagen dabei sehen, die polnischen An gelegenheiten auf neue Grundlagen zu stellen, und zwar — soweit das Deutschland und Deutschlands öffentliche Meinung angeht — unter straffer Handhabung einer so autoritären Regierungsmethode, wie sie nur je von einer „Obrigkeitsregierung“ beliebt worden ist. Mit jähher Plötzlichkeit unternimmt der neue Kanzler in Polen Schritte von wesentlicher Bedeutung, ohne daß der öffentlichen Meinung auch nur eine Viertelstunde Zeit gegeben wäre, sich darüber ein Urteil zu bilden. Das Telegramm, in welchem der Kanzler dem polnischen Regenschaftsrat ankündigt, daß er „unverzüglich die nötigen Anordnungen“ erlassen wird, um „die möglichst schnelle Beseitigung der nach bestehenden Lasten der Okkupation“ herbeizuführen, hätte nicht überraschender kommen können. Noch am Vormittag erklärten Leute, die eigentlich berufen und verpflichtet wären, das zu wissen, daß im strikten Gegensatz zu der Meldung von einer beabsichtigten Aufhebung der Okkupation der polnische Regenschaftsrat ausdrücklich um Beibehaltung der Okkupation gebeten habe. Und drei Stunden später, am Nachmittage, diese Ueberraschung. Es war ja wohl ein Demokrat, der einst seinen Schmerz in die Worte preßte: Es geht etwas vor; man weiß nur nicht, was. Ist es denn nun etwa so, daß der Kanzler zwar die Aufhebung der Okkupation angeboten, der Regenschaftsrat aber ihre Beibehaltung erbeten hat, weil er ohne den deutschen Säbel nicht Ruhe und Ordnung glaubt halten zu können? Jedenfalls hat bei uns wieder einmal die Linke nicht gewußt, was die Rechte tat, und soweit es am Amtsapparat des demokratischen KurSES und seinen aufklärenden Bemühungen liegt, tappen wir über die Lage und die Entwicklung der polnischen Dinge im Dunkeln.

Run sorgen aber die Polen und ihr Regenschaftsrat selber dafür, daß wir bemerken und spüren, wie der Wind in Polen weht. Wie aus Warschau gemeldet wird, erließ der polnische Regenschaftsrat an das polnische Volk einen Ausruf, in dem betont wird, daß in dieser Stunde der Wille des polnischen Volkes klar, entschieden und einmütig sei. Unter Hinweis auf die von Wilson kundgegebenen allgemeinen Friedensprinzipien, welche jetzt von der ganzen Welt als Grundlage für eine neue Einrichtung des Zusammenlebens der Völker angenommen seien, heißt es wörtlich:

In bezug auf Polen führen diese Prinzipien zur Schaffung eines unabhängigen Staates, welcher alle polnischen Gebiete umfaßt, mit Zugang zum Meere, mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch mit territorialer Integrität, was durch internationale Verträge garantiert werden wird. Um dieses Programm zu verwirklichen, muß das polnische Volk wie ein Mann aufstreten und alle Kräfte anspannen, damit sein Wille von der ganzen Welt verstanden und anerkannt werde. Zu diesem Zweck bestimmen wir erstens, den Staatsrat aufzulösen; zweitens sofort eine aus Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und der politischen Richtungen zusammengesetzte Regierung zu berufen; drittens dieser Regierung die Verpflichtung aufzuerlegen, zusammen mit Vertretern der politischen Gruppen ein Wahlstatut für einen auf breite demokratische Prinzipien gestützten polnischen Landtag auszuarbeiten und dieses Statut spätestens innerhalb Monatsfrist dem Regenschaftsrate zur Bestätigung und Bekanntmachung vorzulegen; viertens unmittelbar darauf den Landtag zu berufen und seiner Bestimmung die weitere Einrichtung der obersten staatlichen Gewalt zu übergeben, in deren Hände der Regenschaftsrat in Uebereinstimmung mit dem von ihm abgelegten Eide seine Gewalt niederzulegen hat. Polen! Unser Geschick ruht jetzt schon in bedeutendem Maße in unseren Händen. Erweisen wir uns der mächtigen Hoffnungen würdig, welche unsere Väter über ein Jahrhundert hindurch in Unterdrückung und Not nährten. Möge alles verstummen, was uns auseinander trennen kann, und möge nur eine mächtige Stimme erschallen: Das vereinigte unabhängige Polen!

ggz.: Erzbischof Katowski, v. Ostrowski, Fürst Lubomirski,  
Ministerpräsident Rudziszewski.

10. X. 1918

74

## Die Auffassung in diplomatischen Kreisen.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Auf den deutschen Friedensjähritt hat Präsident Wilson bereits geantwortet. Eine Antwort auf die österreichisch-ungarische Note liegt noch nicht vor und wird, nach einer Reutersmeldung, in Washington augenblicklich noch nicht in Erwägung gezogen. Es hätte wenig Sinn, sich mit einer Erklärung dafür abzuquälen, welche Absichten aus dieser differenziellen Behandlung herausgelesen werden könnten. Das Vertrauen, mit dem wir Wilsons Verkündung der unparteiischen Gerechtigkeit aufgenommen haben, erfordert logischerweise, daß wir uns auch durch das taktische Verhalten der amerikanischen Politik gegenüber der gemeinsam unternommenen Friedensaktion der Mittelmächte nicht beirren oder beunruhigen lassen. Präsident Wilson hält es offenbar für richtiger, zunächst zu vernahmen, wie sich die deutsche Regierung zu seiner Auffassung der Friedensfrage verhält, und sich erst nachher und entsprechend den Eindrücken, die ihm die deutsche Gegenerklärung vermitteln wird, an Oesterreich-Ungarn zu wenden. Uebrigens mag bei der Verzögerung der Antwort auf unsere Note auch der Umstand eine Rolle spielen, daß die insbesondere auf die Monarchie bezüglichen Postulate des Wilsonschen Punkteprogramms mit Rücksicht auf die innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn dem Präsidenten eine gegenüber Deutschland abgestufte Behandlungsart nahegelegt haben. Es wird vermutlich nicht lange dauern, bis man in dieser Frage Klarer sehen wird. Unsere Regierung wird sich auf jeden Fall vorzusehen haben, daß aus dieser Richtung dem Friedenswerke, an das sie gleich ihren Verbündeten mit voller Aufrichtigkeit herangegangen ist, keine Schwierigkeit ersiehe.

Wie von vornherein zu erwarten war, besteht Wilsons Antwort an Deutschland weder in einem glatten „Ja“ noch in einem schroffen „Nein“. Der Waffenstillstandsantrag ist nicht einfach genehmigt, und das Stadium, in dem sich derzeit die Entwicklung der Friedenspolitik befindet, ist dadurch gekennzeichnet, daß in dem wichtigsten und entscheidenden Teil der amerikanischen Antwort das Eingehen in Waffenstillstandsverhandlungen an die Bedingung der sofortigen Räumung der besetzten Gebiete geknüpft wird. Daß Wilson geneigt sein könnte, oder es vorziehen würde, ohne die Zwischenstufe eines Waffenstillstands sogleich über den Frieden selbst zu verhandeln, ist kaum anzunehmen. Auch in der europäischen Entente überwiegt, soweit aus der Note der Agence Havas und den Zeitungsstimmen sich beurteilen läßt, die Auffassung, daß Friedensverhandlungen nur auf Grund eines schon beschlossenen Waffenstillstands geführt werden könnten. Die Entente will sich eben die militärischen Vorteile, über die sie heute verfügt, sichern und bis an die äußerst mögliche Grenze ihrer diplomatischen Verwertung und Ausnützung gehen. Wilson kommt ihr in diesem Punkte durchaus entgegen. Es ist Geschmacksache, ob man annehmen will, daß in seiner Wendung, er fühle sich nicht berechtigt, seinen Waffengenossen in Europa bezüglich des Waffenstillstandes einen anderen Vorschlag zu machen, irgendein Wunsch nach Rücksichtnahme auf die Empfindungen oder Empfindlichkeiten des Gegners, der sich an ihn gewendet hat, enthalten ist. Jedenfalls läßt sich aber heute und nach dem gestrigen Stand der Dinge die ganze Friedensfrage auf diesen einen Punkt, auf die Räumungsfrage, zurückführen. Hier liegt die Entscheidung. Wie man in Berlin darüber denkt, ist hier antilich noch nicht bekannt. Man weiß nur, daß die Frage von den maßgebenden deutschen Faktoren bereits in Erwägung gezogen wurde. Daß eine solche Forderung von Wilson gestellt werden würde, ist natürlich in Berlin erwartet worden und kann dort nicht als eine Ueberraschung gewirkt haben. Ohne der deutschen Entscheidung vorzugreifen, ist es aber klar, daß es sich hier um eine sehr schwierige Frage handelt, schwierig darum, weil sie nicht nur politischer, sondern, ja vielleicht in erster Linie, militärischer Natur ist. Wenn die deutsche Regierung auch die Forderung an und für sich für annehmbar erachten sollte, wird doch zu erwarten sein, daß sie in Anbetracht der militärischen Bedeutung der Angelegenheit und ihrer möglichen militäri-

sehen Folgen den Sinn und die Tragweite von Wilsons Vorschlag vielleicht durch Stellung von Gegenvorschlägen zu klären wird versuchen müssen. Auch in Washington dürfte man einsehen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn der Räumungsfrage praktisch erst näher treten können, wenn sie Gewißheit darüber haben, was die Armeen der europäischen Entente, wenn die Räumung durchgeführt wäre, unternehmen, und worin für uns die Bürgschaften zu finden wären, daß ihre Unternehmungen nicht unsere Sicherheit bedrohen. Als solche Bürgschaft ließe sich etwa eine Verpflichtung der Entente, über ihre heutige Operationslinie nicht vorzudringen und eine Besetzung des geräumten Zwischengebietes durch eine neutrale Macht, vielleicht auch, da Amerika an den territorialen Fragen nicht unmittelbar interessiert und überdies in der Friedensfrage mit einer Art vermittelnder Rolle befaßt ist, durch amerikanische Truppen denken. Wichtig erscheint uns, daß Wilson die Räumungsfrage in Verbindung mit der des guten Glaubens bringt. Das ist ein Wort, das wir schon lange nicht gehört und dessen Ausschaltung aus der Diskussion dem Friedensproblem unendlich geschadet hat. Steht doch die Entente seit Jahr und Tag auf dem Standpunkt, daß den Mittelmächten der gute Glaube nicht zugebilligt werden könne. Nach der Auffassung Wilsons gibt es nun aber doch die Möglichkeit eines Beweises für unseren guten Glauben. Wir selbst haben natürlich nie daran gezweifelt, daß die Entente kein Recht hatte, uns vorweg als verhandlungsunwürdig hinzustellen. Wilsons Auffassung hat aber vom praktischen Friedensstandpunkt für uns die Bedeutung, daß durch sie das gefährlichste Gift und die eigentliche Lähmungsursache aus dem Prozeß der Friedensentwicklung beseitigt werden kann.

In der Räumungsfrage geht Wilson mittelbar auch auf den österreichisch-ungarischen Vorschlag eines Waffenstillstandes ein, und alles, was er hierüber der deutschen Regierung eröffnet, gilt selbstverständlich auch für uns. Die zwei anderen Punkte der Washingtoner Antwort beziehen sich auf rein deutsche Angelegenheiten und enthalten Fragen an die deutsche Regierung, denen man auch um deswillen im Vergleich zur Räumungsfrage geringere Bedeutung beimessen möchte, weil sie im Grunde bereits beantwortet und in einem für den Frieden günstigen Sinne erledigt sind. Die erste dieser Fragen, die dahin geht, ob die deutsche Regierung das Wilsonsche Programm annehme und insolgedessen nur über die Einzelheiten ihrer Anwendung Verhandlungen für nötig finde, ist vielleicht nur durch den englischen Versuch hervorgerufen, den Irrtum zu verbreiten, als ob es zwei deutsche Friedensprogramme, das der Annahme der amerikanischen Verhandlungsgrundlage und das der Mehrheitsparteien, gebe. Das Kanzlerprogramm hat mittlerweile diesen Irrtum schon widerlegt durch die Feststellung, daß die Punkte Wilsons angenommen seien. Daß sie in dem Sinne einer Grundlage für weitere Besprechungen angenommen sind, ist selbstverständlich und bedarf sich mit dem Beschluß des amerikanischen Senatsausschusses, der insbesondere die in der letzten Rundgebung Wilsons enthaltenen fünf Punkte ebenfalls als Grundlage für jede weitere Friedensbesprechung billigte. Uebrigens ist Wilsons Frage so gehalten, daß man sofort einsieht, er habe sogleich die Bejahung der Frage für wahrscheinlicher gehalten als das Gegenteil. Bezeichnend erscheint es, daß er bei diesem Punkte über eine Verständigung in den Einzelheiten spricht. Was doch Verständigung! Nach der Entente-presse schien es ja, als ob wir nur Ja zu sagen und Ausdeutung wie Anwendung der Wilsonschen Punkte durchaus den anderen zu überlassen hätten. Die zweite Frage Wilsons, ob der Prinzkanzler nur für jene Gewalten Deutschlands spreche, die bisher den Krieg geführt haben, wird man bis auf weiteres wohl für eine rhetorische ansehen dürfen. Der Präsident des Reichstages Fehrenbach hat erklärt und aus der ganzen Geschichte der Entstehung des deutschen Friedensangebotes geht es hervor, daß die gegenwärtige Friedenspolitik des Deutschen Reiches vom Reichstage und den breiten Massen des deutschen Volkes getragen wird. Wenn Präsident Wilson mit dieser Frage die amerikanische Demokratie, die sich insbesondere um die demokratische Giebel- und Stützfestigkeit des Verhandlungsgegners bekümmert, hat beruhigen wollen, so wird ihm

werden  
en, daß  
Diskussion  
sich selbst  
Oester-  
antwort  
gen der  
er, vor-  
sichtlich  
nu von  
: Hoff-  
weiteren  
st aber



Es ist dies eine außerordentlich schwierige Frage, die nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortet werden kann, weil sie notwendigerweise von der Vereintigung zahlloser technischer Vorfragen abhängig ist. Man müßte eigentlich auf diese Frage an den Gegner mit Gegenvorschlägen herantreten. Man kann nicht sagen, daß wir die besetzten Gebiete voraussetzungslos räumen, ohne zu wissen, wie der Gegner sich zu den Vorschlägen stellt. Es müßte hierüber eine Verständigung erfolgen. Schon rein militärisch genommen ist eine einfache Bejahung nicht angängig. Diese Frage befindet sich übrigens derzeit im Stadium der Erwägung der maßgebenden deutschen Faktoren.

Das allgemeine Urteil, welches über die Antwort Wilsons an Deutschland gefällt wird, läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Antwort eine derartige ist, daß sie die Möglichkeit für die Fortsetzung von Beratungen bildet. Das Verhältnis zu uns ist derzeit noch nicht geklärt. Wir haben daher abzuwarten, wie sich die amerikanische Regierung unseren Friedensschritt gegenüber verhalten wird. Sie dürfte ihn wahrscheinlich erst beantworten, bis sie im Besitze der deutschen Antwort sein wird.

Warum die Antwort an uns zurückgehalten wird, läßt sich schon aus dem Grunde schwer besprechen, weil es unbekannt ist, von welchen Voraussetzungen die amerikanische Frage in der Behandlung dieser Sache ausgegangen ist. An eine Falle zu denken, ist jedenfalls völlig ausgeschlossen. Man hat in dieser Beziehung bei uns keinerlei Besorgnisse. Man trifft übrigens alle durch die Lage gebotenen Vorkehrungen, um auf alle Möglichkeiten vorbereitet zu sein.

### Vorausichtliche Vorschläge der Mittelmächte auf die Note Wilsons.

Wien, 9. Oktober.

Die Antwort, die Präsident Wilson auf das Friedensangebot Deutschlands gegeben hat, wird zunächst den Gegenstand eingehender Beratungen im Kreise der deutschen Regierung und der politischen Parteien bilden. Die Note des Präsidenten an Deutschland läßt wohl voraussehen, wie seine Antwort an Oesterreich-Ungarn ausfallen dürfte.

Die Note an Deutschland zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil verlangt der Präsident eine Erklärung, ob die deutsche Regierung die Bedingungen, die er in seinen früheren Botschaften niedergelegt hat, annehmen oder sich vorerst nur über die Anwendung der praktischen Einzelheiten verständigen wolle. Es ist schwer zu sehen, worauf der Präsident in dieser Frage das Hauptgewicht legt. Verlangt er eine glatte Annahme der von ihm festgesetzten Bedingungen oder lehnt er jede weitere Diskussion über sie ab. Sollte die Möglichkeit zu einer weiteren Erörte-

# Post.

**Bezugspreise**

beständig zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich	K 6.60
vierteljährlich	19.60
halbjährlich	39.—

**Für Österreich-Ungarn:**  
bei täglich zweimaliger Postversendung

monatlich	K 7.40
vierteljährlich	22.—
halbjährlich	44.—

bei täglich einmaliger Postversendung

monatlich	K 6.70
vierteljährlich	20.—
halbjährlich	40.—

**Für Deutschland:**  
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 23.—  
und durch die Postämter laut dort aufstehender Postzeitungsliste.

**Mitglieder des Weltpostvereines:**  
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 28.—

Reich-**Ungarns.** 1918 **XXV. Jahrgang**

## deutsche Regierung. aus Selbstbestimmungsrecht.

Reichspost

10

Die letzte Frage scheidet wohl sofort aus, denn sie ist offenbar nur gestellt, um die ausdrückliche und feierliche Versicherung hervorzurufen, daß Prinz Max von Baden nicht nur als Minister des Kaisers, sondern im Namen des Parlamentes und durch dessen Mund im Namen des deutschen Volkes spreche.

Es verbleiben also die zwei ersten Punkte. In dem deutschen Friedensvorschlag heißt es, die deutsche Regierung nehme das Wilsonsche Friedensprogramm „als Grundlage für die Friedensverhandlungen“ an. Wilson sucht nun festzustellen, ob Deutschland darunter verstehe, daß es die amerikanischen Forderungen nur als den formalen Rahmen der Verhandlungen, oder auch inhaltlich annehme. Seitdem Wilson die deutsche Botschaft empfangen hat, ist schon durch ganz unzweideutige Erklärungen in Deutschland erhärtet worden, daß die deutsche Regierung mit ihrer Zustimmung die meritorische Annahme verstanden habe. Dieser Gegenstand kann darum keine Schwierigkeiten bieten. In dem zweiten Punkte spricht die amerikanische Regierung von der Räumung der besetzten Gebiete; ihre Forderung bezieht sich ausdrücklich auf die Länder jener Regierungen, „mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist“, also auf Frankreich, Belgien, Italien und Serbien, nicht auf Rumänien und die Ostländer, die gegen die Mittelmächte sich nicht mehr im Kriegszustande befinden. Die Räumung jener Gebiete heißt die heutigen Besetzungen an diesen Fronten und die damit verbundenen Vorteile aufgeben, auf diese zum Teil sehr wichtigen Ernährungsquellen für unsere belagerte Bevölkerung verzichten und einen wieder ausbrechenden Krieg an die Grenzen des eigenen Landes, zum guten Teil in nicht haltbare Stellungen herantragen. Die Räumung ist unter allen Umständen eine Schwächung unserer Fronten, namentlich jener gegen Italien, die damit um mindestens 150 Kilometer verlängert wird. Die Mittelmächte führen keinen Eroberungskrieg und es ist erklärtermaßen nicht ihr Wunsch jene besetzten Gebiete zu behalten; aber die Voraussetzung einer solchen Räumung ist, daß sie dagegen gestimmt sind, daß aus dieser Räumung nicht ein kriegerischer Einfall in ihre eigenen, bisher mit so viel Blut und Opfern erfolgreich verteidigten Länder erwachse. Mit einem Worte, die Räumung kann nur geschehen, wenn die Mittelmächte Sicherheit dafür haben, daß der Friede kommt und durch die freiwillige Preisgabe der militärischen Vorteile nicht verschlechtert werde. Diese Sicherheit kann durch militärische Abmachungen über Demarkationslinien für bewaffnete Bewegungen und andere Abkommen geschaffen werden, zuverlässiger aber, indem womöglich schon jetzt in den Vorverhandlungen die Hauptfragen des Friedens erledigt werden, so daß das Friedenswerk daran nicht mehr zum Scheitern gebracht werden kann. Die zahlreichen Nebenfragen werden schwerlich irgend einer Seite Anlaß geben, das blutige Ringen wieder aufnehmen zu wollen. Erleichtert wird diese zeitliche Abfolge in der Verständigung dadurch, daß eine Räumung jener Gebiete technisch unmöglich ist ohne Waffenruhe, so daß auf jeden Fall auch darüber Verhandlungen nötig sind. Gleichzeitig müßte bis zum Beginn der Räumung die Klärung der Hauptfragen des Friedens erzielt werden.

Es wird jetzt alles auf die Geschicklichkeit der Diplomaten der beiden großen Lager und ihre Gewissenhaftigkeit und Aufrichtigkeit ankommen. Die Note der amerikanischen Regierung erweckt den Eindruck, daß man in Washington den Mittelmächten keinen Hinterhalt legen und auch dafür sorgen

### Die erste Antwort Wilsons.

Wien, am 9. Oktober.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Empfang des Friedensantrages Deutschlands bestätigen lassen. Die Note seines Staatssekretärs ist noch keine volle Antwort auf die Noten der Mittelmächte, sie sucht erst die Voraussetzungen für eine Antwort sich zu beschaffen, aber der Brief Lansing ist nach Ton und Inhalt so maßvoll und positiv, daß er von dem Bestreben diktiert erscheint, die Friedenserörterung in Gang zu bringen. Es ist nach der Note Lansing möglich, die Aussprache zu eröffnen und auf die Grundlagen der Verständigung näher einzugehen. Welcher Fortschritt dies ist, wird sofort klar, wenn man sich vorhält, welches Schicksal die Northcliffe- und Clemenceaupresse dem Friedensantrag der Mittelmächte bereiten wollte. Bedingungslose Zurückweisung, Fortsetzung des Krieges bis zur vollen Unterwerfung der Mittelmächte durch die Gewalt des Schwertes, kein Verhandlungsfriede, sondern ein Machtfriede, der es ermöglichte, die Bedingungen zu diktieren — das war das lärmende Unisono der Londoner und Pariser Regierungen. Aus diesem Chor schrillten einzelne Stimmen hervor, zuerst mußten die Hohenzollern abdanken, Kaiser Wilhelm, Ludendorff und andere deutsche Generale dem Feinde ausgeliefert werden, und im amerikanischen Senate glänzte Mac Cumber mit dem Antrage, vor Abschluß eines Waffenstillstandes müsse Deutschland seine Flotte übergeben, Elsaß-Lothringen zurückerrufen, Entschädigungen für alle kriegszerstörten Städte zahlen, dann erst könne verhandelt werden. Die Note Lansing zeigt nichts von dem Geiste dieser rasenden Molande, die jetzt mit Feder und Tintenfaß gegen den Frieden wüten; man könnte eher daraus, daß die Eröffnung der amerikanischen Regierung, „sich über den genaueren Sinn der Note des Reichskanzlers zu versichern“ trachtet, eine Zurückweisung jener erblicken, die dem Präsidenten der Union sofort eine mißtrauische, die Aufrichtigkeit des deutschen Anbots ablehnende Haltung vorschreiben wollen.

Die amerikanische Note zerfällt in drei Teile. In die Anfrage, ob die deutsche Regierung tatsächlich die Puppationen Wilsons annimmt und sich die Friedenserörterung nur auf deren praktische Anwendung im einzelnen beziehen soll; zweitens die Erklärung, daß der Präsident den verbündeten Regierungen einen Waffenstillstand erst vorschlagen könne, wenn die Heere der Mittelmächte die besetzten Gebiete dieser Staaten geräumt hätten, und drittens die Frage, ob der deutsche Kanzler „nur für diejenigen Gewalten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben.“

Amsterdam, 9. Oktober.

Nach einer Neutermeldung aus Petersburg ist der frühere Ministerpräsident Trepow am 25. September erschossen worden.

### Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen unterbrochen.

W. Kiew, 7. Oktober.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen sind in der heutigen Plenarversammlung bis auf weiteres unterbrochen worden. Der Waffenstillstandsvertrag soll in Kraft bleiben und die Konsularvertretungen sollen weiter bestehen. Die Arbeiten der im Waffenstillstandsvertrag genannten Kommissionen für Verkehrsfragen, Warenaustausch und das „Rote Kreuz“ werden fortgesetzt. Ein Teil der russischen Delegation reist heute ab, ein Teil bleibt in Kiew zur Fortsetzung der Kommissionsberatungen.

### Die Königswahl in Finland.

H. Stockholm, 9. Oktober.

Heute findet in Helsingfors die Königswahl statt. Morgen wird der außerordentliche Landtag aufgelöst werden. Die Einberufung des ordentlichen Landtages dürfte bald erfolgen, da das Budget erledigt werden muß.

## Bulgarien unter der Herrschaft des Verbandes.

Sofia, 6. Oktober.

Nach privaten Meldungen wurde bei den in Saloniki geführten Verhandlungen von der Entente auch darauf hingewiesen, daß die bulgarische Regierung vollste Gewähr bieten müsse für die strenge Einhaltung aller Verträge zwischen der Entente und Bulgarien, weshalb man andeutete, daß eine Aenderung im bulgarischen Kabinett durchaus erwünscht sei. Malinow eröffnete daraufhin Vorverhandlungen zur Neubildung des Kabinetts. Die Entente soll zugestimmt haben, daß dieses zusammengesetzt sei aus zwei Demokraten, nämlich Malinow und Piaptschew, drei Narodniken, einem Agrarier, einem Sozialdemokraten, einem Radikaldemokraten und General Lukow, dem früheren Führer der zweiten Armee und Mitglied der nach Saloniki entsandten Kommission. Daß die Narodniken am stärksten vertreten sein sollen, obwohl sie nur 10 Sitze im Sobranje haben, rührt daher, daß sie als den Mittelmächten am meisten abgeneigte Partei gelten. Die Maßnahmen des neuen Kabinetts werden außerdem noch scharf überwacht durch die Entente-Kontrollkommission, deren französische und englische Mitglieder bereits in Sofia eingetroffen sind. Ihre Arbeit wird binnen Kurzem einschießen und die Entstehung von Mißbilligkeiten wird nur als Frage von Tagen angesehen. Man vermutet, daß dieselben der Entente willkommenen Gelegenheit geben werden zu scharfen Maßregeln gegen Bulgarien. Das Schicksal Sofias scheint dem Salonikis ähnlich zu werden.

## Parlamentarisches.

### Die Wirkungen der Selbstbestimmung.

Die neue Orientierung der österreichischen Politik nach dem vieldeutigen Schlagworte vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker zeitigt bereits einige der vorhergesehenen Wirkungen. Den radikalsten unmittelbaren Gebrauch davon zu machen, schickten sich heute die Vertreter der österreichischen Polen im Abgeordnetenhaus an; im Anschlusse an die Rundgebung des Warschauer Regentschaftsrates für eine Vereinigung aller polnischen Gebiete und deren selbständige Politik veranstaltete heute der Poleński eine Art Festsitzung, die das allpolnische Programm sich zu eigen machte und die Schaffung einer polnischen „Konstituante“ in Krakau vorbereitete. Indem die Polen sich auf diese Art anschickten, das Parlament und das Reich zu verlassen, das ihnen mehr als ein Jahrhundert lang eine gastliche und freigebige Heimat war, wird auch die ukrainische Frage lebendig. Die Ukrainer forderten heute neuerlich die Abtrennung Ostgaliziens und die Schaffung eines ukrainischen nationalen Gemeinwesens innerhalb der Monarchie, um der Angliederung an Polen zu entgehen, gegen die sie bis zum äußersten Widerstande entschlossen scheinen. Wie die Polen mit den Ukrainern, haben sich nun auch die Tschechen über die Wirkung der von ihnen proklamierten Selbstbestimmung mit den Sudetendeutschen auseinanderzusetzen. Die maßlose Rede des Abgeordneten Dr. Zahradnik, der — als katholischer Priester! — die nationale Selbstbestimmung bereits auch schon für die kirchlichen Wahlen verkündete, ist keine ernst zu nehmende Antwort; seine schmählichen Angriffe gegen seine geistlichen Obern unter dem Beifall eines hussitischen Partesiers gehören zu dem Widerlichsten, das man im Parlament je gehört hat, und von der Bischofswahl etwa durch einen Nationalausschuß unter Vorsitz des Juden Dr. Stranek bis zur nationalen Behandlung der Pappfrage nach dem Stile der Hussiten wäre nur mehr ein Schritt. Aber der gemäßigtere Tscheche Doktor Fiedler suchte sich heute mit dem Problem auf ernste und sachliche Weise auseinanderzusetzen. Er polemisierte gegen die deutschen Sozialdemokraten, da ihm die Beibehaltung des Dualismus unannehmbar erscheint, gegen den übrigens auch schon jenseits der Leitha eine wachsende Bewegung bemerkbar ist; für Dr. Fiedler sind die tschechischen Ansprüche auf die Slowakei der Grund der Gegnerschaft gegen den Dualismus. Er widersprach

diesen Ansprüchen aber, indem er vom Boden der nationalen Selbstbestimmung auf den Standpunkt des historischen Staatsrechtes abrückte und in wirkungsvoller Rede für die historische Tradition eintrat. Die Dinge liegen jedoch so, daß die Tschechen beim Selbstbestimmungsrechte auf Deutschböhmen und beim Staatsrechte auf die Slowakei verzichten müssen. Die Wahl ist ihnen nicht leicht, denn ihr Appetit geht nach beiden; sie haben sich daher auch heute noch nicht entschieden, denn Dr. Fiedler führte zwischen beiden Programmen einen Gieranz auf, der das Dilemma der tschechischen Politik von heute trefflich charakterisierte. Bevor aber nicht diese Vorfrage von den Tschechen beantwortet ist, können auch keine Verhandlungen über die weitere Zukunft von ihnen aufgenommen werden, während die klügeren Polen bereits zu Verhandlungen mit den Ukrainern sich bereitstellen.

Die Deutschen in Oesterreich können der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegenblicken und abwarten, wie sich die Gefangenen ihrer eigenen Schlagworte zurechtfinden. Die ersten Worte kühlerer Beurteilung von tschechischer Seite, die von der Notwendigkeit einer Verständigung von Volk zu Volk sprachen, sind erst die Vorboten; diese Naturnotwendigkeit, die in Doktor Fiedlers historischen Traditionen deutlich genug sich darbietet, wird sich früher oder später geltend machen. Inzwischen haben die Vorbereitungen der Deutschösterreicher, ihr eigenes Haus zu bestellen, heute einen neuen Schritt vorwärts gemacht. Die Christlichsozialen haben in einer Entschliebung zum Selbstbestimmungsrechte Stellung genommen und ihm einen eindeutig österreichischen Inhalt gegeben und in einer zweiten Aussprache aller deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses wurden neuerlich im vollen Einvernehmen die weiteren Ziele eines einheitlichen Vorgehens festgestellt. Die Deutschösterreicher haben die Wirkungen der nationalen Selbstbestimmung nicht zu fürchten.

In der Debatte, in der die Ernährungsfrage vor den innerpolitischen Problemen heute weit in den Hintergrund trat, gab auch Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp einige Erklärungen ab. In deren Verlauf wandte er sich auch gegen die Angriffe auf den Geist der Armee und bezeichnete diese als ein Volksherr und als eine demokratische Einrichtung, worüber ein liberal-sozialdemokratischer Chor lebhaft entrüstet tat. Sehr mit Unrecht; denn die Disziplin ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie und die Einrichtungen unserer Armee, deren Offiziersauswahl, die Bestimmungen über die Schöffenbeistellung im Gerichtsverfahren, die Aufgaben der Offiziersversammlungen, die Menagekommissionen der Mannschaft u. dgl. sind zumindest ihrem Geiste nach demokratisch gedacht und können wohl auch in ihrer Anwendung den Vergleich mit jedem der „demokratischen“ Verbandsheere aushalten.

Es folgt die Fortsetzung des Sitzungsberichtes aus der Nachmittagsausgabe:

### Die Armee — ein Volksherr.

Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp antwortet fortsetzend auf die Dringlichkeitsanfrage der Südslaven, betreffend den Waffengebrauch des Hauptmannes Maximilian Polsgang gegen den Korporal Tuzal. Der Militäranwalt habe gegen den Freispruch des Hauptmannes Wolfganga die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, über die der Oberste Militärgerichtshof demnächst zu erkennen haben wird. Die Militärverwaltung könne nicht mehr tun. (Zwischenrufe bei den Tschechen und Sozialdemokraten.) Die Entscheidung steht dem oberen Gerichte zu. Auch andere Fälle, wo eine Verletzung der Vorschriften über den Waffengebrauch in Frage steht, werde die Militärverwaltung sie der gerichtlichen Entscheidung zuführen. Der Minister wendet sich dann gegen die Ausherrung von slavischer Seite, in der Armee herrsche eine Stimmung gegen den Staat, welche bezichtigt um sich gegriffen habe, daß man sich aus diesem Grunde zu keiner Offensivemöglichkeit könne. Dies widerspreche nicht nur den tatsächlichen Verhältnissen, sondern die Truppen bieten nach wie vor getreu dem geschworenen Eide und durchdrungen von dem Gefühl der Pflicht, das Vaterland zu schützen, in ungebrochener Kraft dem Feinde die Stirne. (Zwischenrufe bei den Tschechen und Sozialdemokraten.) Für die Frage, ob, wann und wo eine Offensive stattzufinden hat, seien einzig und allein die strategischen und operativen Momente maßgebend und ein solcher Sündengrund besteht bei unseren Truppen nicht. Gegenüber der Behauptung des Abg. Stanel, daß die tschechischen Soldaten nur aus dem Grunde in unserer Armee kämpften, sagt der Minister: Unsere Armee ist ein Volksherr, die allgemeine Wehrpflicht eine demokratische Einrichtung. Dies widerspreche und andauernde Zwischenrufe bei den Tschechen und Sozialdemokraten, welcher nicht wie den feinerzeitigen geworbenen Soldaten der Stempel eines nicht vertretbaren Anwesens aufgedrückt werden kann. (Fortdauernder lebh. Widerspruch.)

Abg. Seiz (d. Sozialdem.) Machen Sie doch keine Witze! (Lebh. andauernde Zwischenrufe.)

Minister: Ich mache Sie aufmerksam, daß es mir ferne gelegen ist, einen Witz zu machen. Ich fasse mein Amt viel zu ernst auf, das können Sie mir glauben. (Zwischenrufe.)

Abg. Seiz: Aber Sie sind nicht berechtigt, uns zu beschämen!

Minister: Von einer Beschämung ist keine Rede! Auch die Leistungen unzähliger Kämpfer tschechischer Nationalität, welche im Laufe des Krieges ihrer Soldatenpflicht opferfreudig entsprochen haben und diese Pflichttreue gegenüber dem obersten Kriegsherrn und dem Vaterlande mit Einbuße von Leben und ober Gesundheit bestreuten, beweisen es, daß die Behauptung des Herrn Abg. Stanel nicht zutreffend ist und daß die leider vorgekommenen traurigen Vorfälle nur aufgefacht werden dürfen als Verfehlungen Verblendeter und Irrgeleitener gegen die beschworene Treue. (Zwischenrufe.) Der Minister erinnert auch daran, daß seitens mancher tschechischer Abgeordneter wiederholt die Forderung erhoben wurde, daß die Leistungen ihrer Konnationalen an der Front in der Offenlichkeit entsprechend anerkannt werden mögen. Diese Forderungen stehen mit den Ausführungen des Herrn Abg. Stanel in einem kaum lösbaren Widerspruch. Er behaupte, daß diese Feststellung nur von seiner Seite im Namen der ihre beschworene Eidspflicht erfüllenden Offiziere und Mannschaften tschechischer Nationalität erfolge. Gerade in der jetzigen schweren Zeit sei alles zu vermeiden, was nicht nur die Stimmung in der Armee, sondern auch die Stimmung des Volkes gegen das Volksherr herabsenken könne, gegen sein eigenes Fleisch und Blut. (Lebh. Zwischenrufe.)

für Wien.

Mittagsblatt 10 Heller.

Bezugsbedingungen:  
Wien: Mit Zustellung ins Haus  
Wöchentlich 1 Krone,  
monatl. K 4.20, vierteljähr. K 12.60  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Tabak-Pressen und Vertriebsstellen:  
Monatlich K 4.20.

Provinz und Ungarn:  
Monatl. K 4.60, vierteljähr. K 12.80  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljähr. K 20.—  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehör. Länder: Vierteljähr. K 25.—

Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Rechte  
Wienzeile 97, und in den Filialen:  
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191  
II. Bozamanitengasse 30, Tel. 42228  
X. Bielanplatz 6, Tel. 68244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83120  
XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146  
XVII. Badnergasse 22, Tel. 17176  
XXI. Angererstraße 14.

Für die an fremde Austräger oder  
Verleiher bezahlten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

# itung

Österreich.

Ihr nachmittags.

8.

XXX. Jahrgang.

## Einen Schritt weiter.

Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf die Note der deutschen Reichsregierung liegt nun vor, und man kann von ihr mit herzlichster Ueberzeugung sagen, daß der Friede nun auf dem Wege ist und vor der gepeinigten Menschheit die Hoffnung aufstrahlt, daß aus den beginnenden Verhandlungen das Ende des furchtbaren Krieges hervorgehen wird. Die Menschheit sieht, fühlt und erkennt es, daß es möglich sei, den Krieg abzuschließen, der Welt den Frieden wiederzugeben, und diese Möglichkeit wird sie nimmer fahren lassen, diese Möglichkeit gewinnt zwingende Kraft über die Gemüter, zieht die Seelen in ihren Bann und entzieht dem Kriege die Grundlagen. Das Wort Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einmal ausgesprochen, derart ausgesprochen, wie es von den Mittelmächten geschah, macht die Fortführung des Krieges unmöglich. Auch wenn die Staatsmänner der Entente von ihrer Verstoßtheit nicht ablassen wollten, wenn sie, obwohl sie verstanden, daß der Sieg bereits auf ihrer Seite sei, das graue Morden, das nun ganz sinnlos geworden ist, fortreiben wollten — an dem Gegenwillen ihrer Völker müßte ihr Blutwille zu Schanden werden. Daran ändert das Zeitungsgekreisch gar nichts, und die Einrede der blutdürstigen Zeitungen, die sich sofort leidenschaftlich erhob, beweist nur noch einmal, daß an dem Unheil des Krieges jene elende Presse, die sich überall gleichbleibt, nicht zum geringsten die Schuld trägt. Alles, was wir seit Jahr und Tag hervorgehoben und empfohlen haben: durch ein ehrliches, aufrichtiges Friedensangebot, das sich auf eine demokratische Regierung stützt, die Herzen der Völker der Entente zu gewinnen, das hat sich nun als tiefinnerste Wahrheit bewährt. Wenn die Völker den ehrenhaften Frieden vor sich sehen, kann kein Siegeswahn ihren Drang nach dem Friedensschluß niederzwingen.

Darüber, daß die Erhebung der Wilsonschen Punkte zu Bedingungen des Friedensschlusses, also zum Inhalt des Friedensvertrages, dem Deutschen Reiche, also dem deutschen Volke — und diesem allein gilt unsere Sorge — nicht geringe Opfer in Aussicht stellt, wollen wir uns freilich nicht täuschen. Zu diesen Opfern rechnen wir die Räumung der besetzten Gebiete nun allerdings nicht. Wenn die Mittelmächte die besetzten Gebiete nicht behalten wollen — und das können sie, da sie sich doch zu dem Frieden ohne Annexionen bekannt haben, doch tatsächlich nicht wollen —, so ist schwer einzusehen, wie deren Räumung ihnen zum Schaden gereichen soll. Das hätte nur einen Sinn, wenn man in ihnen ein Faustpfand sähe, mit dessen Besitz man in den Verhandlungen Vorteile zu erzielen hofft; aber diese ganze Vorstellung eines Friedensschlusses, in dem mit Mitteln der Gewalt operiert werden kann, ist längst hinfällig geworden. Auch mit den „Faustpfändern“ in der Hand könnten und würden die Mittelmächte von den Gegnern, denen man die Klarheit über die Dauerhaftigkeit dieser „Pfänder“ nicht bestreiten kann, nicht mehr erlangen, als sie zu behaupten ohne die Pfänder in der Lage sind; und der Einwand, daß mit der Räumung der besetzten Gebiete ein strategischer Umsturz vollzogen wird, der bei der Fortführung des Krieges ungenau bedenklich werden müßte, erledigt sich durch die einfache Feststellung, daß, wenn sich die Kriegführenden zu Friedensverhandlungen einmal zusammengefunden haben werden, die Möglichkeit, den Krieg noch einmal anzufangen und fortzusetzen, schlechthin ausgeschlossen ist; dafür bürgt doch schon Wilson, dem darüber, ob die Entente den Krieg weiterführen kann, die eigentliche Entscheidung zufallen würde. Die Räumung mag denen, die von dem Fetisch des militärischen und diplomatischen Prestiges geblendet sind und von ihm nicht lassen mögen, ein Sturz aus allen Himmeln dünken; wir vermögen darin, daß man Gebiete, die man weder behalten will noch kann, räumt und aufgibt, wenn man darangeht, Frieden zu machen, nichts Kränkendes oder Schwächendes zu erblicken. Es ist doch ungleich ehrenvoller, diese Gebiete freiwillig zu räumen, zu räumen, um dadurch zum Frieden zu gelangen, als sie schrittweise und unter den ungeheuerlichsten Opfern aufgeben

zu müssen; die freiwillige Räumung ziemt einem großen Volke besser als ein unfreiwilliger Rückzug, und den Notwendigkeiten der Menschlichkeit zu folgen, ist besser, als der Gewalt der feindlichen Waffen zu weichen. Die Unererschütterlichkeit des Heldennutes der deutschen Kämpfer kann den Gedanken nicht bezwingen, daß da im Westen Tag um Tag das Blut in Strömen fließt; die Möglichkeit, daß dieses fürchterliche Morden durch einen herzhaften Entschluß beendet werden könnte, scheucht jedes Bedenken zurück. Zu viel Blut und zu viel deutsches Blut ist vergossen worden, als daß wir nicht den Tag segnen sollten, der zwischen die feindlichen Heere die alten, unüberschreitbaren Grenzmarken legt.

Aber unter den Bedingungen, die Wilson aufstellt und deren Annahme er vor Beginn der Verhandlungen zu fordern scheint, befinden sich auch solche, die an Deutschlands bisherigen Besitz greifen, und die wird, weil es sich dabei auch um zweifellos deutsches Land handelt, niemand ohne Bewegung vernemen. Indessen ist festzuhalten, daß sowohl die Bedingung wegen der „Gutmachung“ des Frankreich mit der Annexion von Elsaß-Lothringen angetanen Unrechtes wie die wegen des polnischen Staates, der alle „von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete“ umfassen soll, in ihrer Anwendung noch recht mannigfache Formen erhalten können und der Erörterung über die „Einzelheiten“ da noch ein weiter Spielraum gelassen wird; die betreffenden Punkte sind auch bei Wilson nur Grundsätze, die verschiedenartige Erfüllung zulassen. Unzweifelhaft wären im Jänner mildere Auslegungen zu erlangen gewesen; daß die Mittelmächte heute in einer schwierigeren Lage sind, ist vor allem die Schuld ihrer imperialistischen Kriegshetze, die die Verblendung des Siegeswahns genährt und die Beendigung des Krieges in einem Zeitpunkt verhindert haben, da die Gegner an den militärischen Sieg gar nicht gedacht hatten. Nun blüht das Volk, was sie verschuldet; indes die Tage der Abrechnung werden kommen.

Aber aus dem Frieden muß ja ein Zustand hervorkommen, der diese ganze elende Ordnung der Gewalt, der ständigen Kriegsdrohung, der Handelskriege beseitigt und eine Zeit heraufführt, in der Verständigkeit und Menschlichkeit das Verhältnis der Nationen bestimmen werden. Und das wird mehr sein als alle Verzicht, und Höheres als Eroberungen. Ton und Inhalt der Antwort des Präsidenten beweisen wohl, daß Wilson den Krieg nicht um des Krieges willen führt, daß er den Frieden will, und zwar einen Frieden, der niemandem unrecht tut. Und diejenigen, die auf Günst bei ihm spekulieren und sich einbilden, aus seiner Hand statt Recht Macht zu erhalten — das gilt auch für viele bei uns zu Hause —, werden sich bald enttäuscht fühlen. Die Verhandlungen über den Frieden haben mit dieser Antwort eigentlich schon begonnen, und der Friede wird kommen; wie man hoffen darf, bald kommen. Wir sind einen Schritt weiter gekommen.

## Wilson's Antwort.

Rascher als man erwartet hatte, ist die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten erfolgt. Die Antwort ist weder eine Annahme noch eine Ablehnung, vielmehr stellt Wilson drei Vorfragen, die für die Beantwortung der Note, wie er sagt, außerordentlich wichtig sind.

Die deutsche Regierung hat an Wilson das Ersuchen gestellt, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zur Aufnahme der Verhandlungen einzuladen“. Als „Grundlage für die Friedensverhandlungen“ nimmt die deutsche Regierung das in drei Fundamenten Wilsons „aufgestellte Programm“ an. Wilson stellt nun die Frage, ob die deutsche Regierung die Bedingungen annimmt, die in Wilsons Vorschlägen niedergelegt sind, wonach man sich „in der Diskussion nur über die praktischen Einzelheiten in der Durchführung zu verständigen hätte“. Wilsons

## Wilson's Rückfragen.

Von  
Julius Eban.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten hat auf die Note der deutschen Regierung, die in der Nacht zum 5. Oktober an den Präsidenten Wilson gerichtet wurde, mit einer Reihe von Fragen geantwortet. Damit hat die Unterhaltung sachgemäß begonnen. Mehr war nicht zu erwarten. Auf beiden Seiten ist ein korrekter und sachlicher Ton gewahrt worden, der es ermöglicht, den Uebergang von den rhetorischen Auseinandersetzungen zu praktischen Verhandlungen zu finden.

Lansings Note ist an den schweizerischen Gesandten gerichtet und bezieht sich nur auf den Friedensschritt der deutschen Regierung. Es ist im Augenblick hier noch nicht amtlich bekannt, in welcher Weise die Vereinigten Staaten zu den gleichzeitigen Anerbietungen der österreichisch-ungarischen und osmanischen Regierung Stellung genommen haben. Die gestern vorliegende Neutermeldung, die besagte, daß eine Antwort auf die österreichischen Friedensvorschläge augenblicklich nicht in Erwägung gezogen werde, ist ohne nähere Erläuterung nur so zu verstehen, daß Wilson glaubt, bezüglich der Wiener Note keine näheren Erläuterungen zu bedürfen.

Abgesehen von dieser auch für uns außerordentlich wichtigen Frage — denn selbstverständlich bilden die Interessen unserer Verbündeten eine unserer ernstesten Sorgen — ergibt sich aus dem näheren Studium der Mitteilungen Lansings, daß die Besprechungen, die sich jetzt im ersten Stadium der Vorbereitung befinden, die höchsten Anforderungen an die Kaltblütigkeit und die Zielklarheit nicht nur unserer verantwortlichen Staatsmänner stellen werden, sondern auch unseres ganzen Volkes, dem ja seine Vertrauensleute die letzte Entscheidung und die letzte Verantwortung zufällt. Die Art, wie die feindliche Presse und die halbamtlichen Nachrichtenagenturen wie Reuter, Havas und Stefani sich in den letzten Tagen in Äußerungen überboten, die auf die Zermürbung unserer Nervenkraft abzielten, gab eine Kostprobe dessen, was uns noch erwartet. Nach den wilden Gebärden der feindlichen Kriegspresse, die ganz anders als bei uns das Feld beherrscht, wirkte die Sachlichkeit der amerikanischen Antwort fast wie eine erfreuliche Ueberraschung. Von der Kunst der Inszenierung, die in dem Loslassen dieser wilden Presseheke liegt, hat unsere Öffentlichkeit kaum eine Ahnung. Unsere Zeitungen sind fast ausschließlich für das Inland geschrieben und bilden den wahrheitsgetreuen Ausdruck unserer politischen Strömungen. Der Feind findet darin wie in einem Spiegel unsere heimlichen Regungen. Die feindliche Presse dagegen ist zum guten Teil, und zwar nicht erst seit dem Krieg, ein Instrument der Außenpolitik. Der Vorsprung der Engländer und Franzosen auf diesem Gebiet ist so groß, daß wir nicht hoffen können, ihn während des Krieges einzuholen. Aber in den entscheidenden Augenblicken der Friedensanbahnung muß unbedingt wenigstens soviel erreicht werden, daß eine direkte Gefährdung des großen Wertes durch öffentliche Äußerungen unterbleibt.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Besprechung der amerikanischen Rückfragen stehen, die ja keineswegs eintönig und leicht zu beantworten sind. Auszugehen ist dabei von der Tatsache, daß sie anscheinend durchaus loyal gemeint sind und nicht den Zweck verfolgen, unnötige Schwierigkeiten zu machen. Man darf nicht vergessen, daß der amerikanischen Regierung an völlig zuverlässigem Material zunächst nur die Note der deutschen Regierung vorliegt, nicht aber der Wortlaut der Reichskanzlerrede und ebensowenig die Ansprache des Präsidenten der Volkvertretung. Inwieweit etwa die amerikanische Diplomatie die entsprechenden Unterlagen von sich aus geliefert hat, steht dahin. Jedenfalls soll man die rein technischen Schwierigkeiten einer Verständigung zwischen Regierungen, die seit Jahren ohne direkte Verbindung sind, nicht unterschätzen.

Die deutsche Note zerfiel in zwei Abschnitte. Im ersten wurde Präsident Wilson ersucht, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Der zweite Teil der Note schlägt den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft vor. Dementsprechend zerfällt auch die vorläufige Antwort Lansings in zwei Abschnitte, und es wäre nach ihrem Wortlaut und Sinn durchaus denkbar, daß zwar eine Einigung über den Beginn von Friedens-

## Polen und Völkerbund.

Die Anerkennung des Wilson-Programmes durch den deutschen Reichskanzler ist noch in derselben Stunde, da sie ausgesprochen wurde, von polnischer Seite als Anerkennung der Berechtigung großpolnischer Bestrebungen ausgelegt worden. Die Erklärung, die der Abgeordnete Seyda im Reichstag abgab, stimmt auffallend genau mit dem Aufruf des polnischen Regentenschaftsrats überein, dessen uns übermittelte gekürzte Fassung wir in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht haben. Beide Kundgebungen fordern mit Berufung auf die von der deutschen Regierung angenommenen Grundsätze Wilsons einen unabhängigen polnischen Staat, der alle polnischen Gebiete umfaßt, mit Zugang zum Meer, mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch mit territorialer Integrität.

Wir wissen nicht genau, wie sich die deutsche Regierung zu dieser Auslegung der Wilsonschen Forderung stellt, die (Punkt 13 vom 8. Januar) einen „unabhängigen polnischen Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten“, verlangt. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß die polnische Formel gewisse Einschränkungen Wilsons sowohl bezüglich des Gebietsumfanges wie der Art des Zugangs zum Meer fortläßt. Aus den bisher bekannt gewordenen Schritten der neuen Reichsregierung läßt sich ihre grundsätzliche Haltung noch nicht mit absoluter Sicherheit erkennen. In einem Telegramm an den polnischen Regentenschaftsrat hat der Reichskanzler den Entschluß ausgesprochen, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen im Geiste der Gerechtigkeit und des Verständnisses der beiderseitigen Lebensinteressen zu gestalten und sich um die möglichst schnelle Beseitigung der noch bestehenden Lasten der Okkupation zu bemühen. Ferner heißt es, daß die deutsche Zivilverwaltung in Polen abgebaut werden soll. Von einer Aufhebung der militärischen Okkupation, an die vielleicht ebenfalls gedacht war, wird, angeblich auf Wunsch der polnischen Regierung selbst, abgesehen. Aus all dem geht wohl das Bestreben hervor, das bisherige tatsächliche Verhältnis Deutschlands zu Polen abzubauen, nicht aber eine bestimmte, klar umrissene Absicht bezüglich der künftigen polnischen Verhältnisse.

Stellt man sich ehrlich, wie Deutschland es will, auf den Gedanken des Völkerbundes ein, so muß man ihn als einen grundsätzlichen Rahmen betrachten, der bezüglich jeder einzelnen Frage mit Rücksicht auf die dafür maßgebenden besonderen Verhältnisse sinngemäß auszufüllen ist. An dieser Stelle ist öfters hervorgehoben worden, daß der Völkerbund u. a. nur dann ein Mittel zur Herstellung eines dauernden Friedens sein kann, wenn die in ihm vereinigten Völker nicht durch die Fortdauer unausgeglichener gegensätzlicher Lebensinteressen in latenter Feindschaft gehalten werden. Das läßt sich aber nur vermeiden, wenn man bei der Lösung strittiger nationaler Fragen ein Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung bringt, dessen letzte Wirkung nicht zerreißend, sondern aufbauend ist, das also zwischen den Staaten nicht Abgründe schafft, sondern Brücken schlägt. Wir haben vor kurzem an dieser Stelle das Selbstbestimmungsrecht folgendermaßen zu definieren versucht: „Es gibt jeder Nation ihre innere Selbständigkeit in den eigenen kulturellen und nationalen Fragen und in all jenen Grenzständen des Zusammenlebens, die weder räumlich noch sachlich über ihre Grenzen hinausgehen. Es findet also seine Schranke dort, wo die Aufgaben eines Zusammenarbeitens größerer, übernationaler Verbände beginnen. Das Selbstbestimmungsrecht ermöglicht, aber befehlt auch den Nationen, aus freier Erkenntnis an solchen Verbänden teilzunehmen, die ihren Mitgliedern die gemeinsame Unabhängigkeit auf jenen Gebieten sichern, auf denen die einzelnen Nationen heute nicht mehr instand sind, aus eigener Kraft ihre Selbständigkeit zu behaupten.“

Nach diesen Grundsätzen muß für Polen (ebenso wie für die übrigen russischen Randgebiete) zunächst einmal festgestellt werden, daß es eine volle wirtschaftliche Selbständigkeit aus eigener Kraft niemals zu behaupten vermöchte. Der freie

### Die Vorgänge in der Türkei.

Das Ausscheiden der türkischen Staatsmänner Talaat Pascha und Enver Pascha aus dem Kabinett und die Bildung eines mehr oder weniger ententistisch orientierten Kabinetts ist nicht überraschend gekommen und lag begründet in der vielfach ungünstigen militärischen Lage, dem Abfall Bulgariens, der ungünstigen Situation auf den türkischen Kriegsschauplätzen — es sei erinnert an den Verlust von Damaskus, von Syrien, Palästina — wie auch an innerpolitischen Schwierigkeiten, die den Rücktritt Talaats schon längst verursacht hätten, wäre sein Rücktritt nicht mit dem Bruch der Bündnispolitik gleichbedeutend gewesen. Ob das neue Kabinett den Abfall der Türkei vom Bündnis vollziehen wird, dürfte sich in den nächsten Tagen ergeben. Vielleicht wird es zunächst den Gang der deutschen Friedensaktion abwarten und inzwischen mit der Entente offiziell Fühlung zu nehmen suchen.

Der Großwesir Talaat Pascha und der Kriegsminister Enver Pascha, die hauptsächlichsten Stützen des Bündnisses, waren sich im klaren darüber, daß allein ein Zusammengehen der Türkei mit den Mittelmächten für das türkische Staatswesen Aussicht auf Festigung und Ausbau seiner inneren und äußeren Kräfte bot. Die Aeußerung Talaat Paschas im Februar 1917: „Wir lassen nicht von Konstantinopel, solange nur ein einziger Ottomane lebt“, wird jetzt für die Türkei wieder von besonderer Bedeutung werden. Die plötzliche Veränderung der Verhältnisse auf dem Balkan hat die Türkei wieder an ihre Pflicht gemahnt, ihre Kräfte einzig und allein für die Verteidigung ihrer Heimatbasis zu verwenden. Die türkischen Truppen haben sich im Verlaufe des Krieges tapfer geschlagen, und man kann annehmen, daß sie, wenn sie nicht gleich dem bulgarischen Heere ententistischer Propaganda zum Opfer gefallen sind, einen so schmachvollen Verrat an den türkischen Interessen nicht begehen werden, wie die Bulgaren an ihren Interessen. Talaat Pascha und Enver Pascha hat es die Türkei zu danken, wenn sie durch die Stürme der letzten vier Kriegsjahre ohne wesentliche Schwantungen hindurchgekommen ist. Enver Pascha, dessen größtes Verdienst es ist, dem deutsch-türkischen Bündnisgedanken trotz aller Schwierigkeiten freie Bahn geschafft zu haben, hat einmal das Wort geprägt: gehe die Türkei mit ihren Bundesgenossen siegreich aus diesem Kriege hervor, so wird sie nachher so sicher dastehen, daß sie alle auswärtigen Einmischungen in ihre inneren Angelegenheiten ohne weiteres abweisen kann; gehe sie aus dem Ringen nicht siegreich hervor, dann komme es nicht mehr darauf an, ob diese oder jene Macht mit der Türkei unzufrieden sei; dann sei eben alles verloren. Ob die neuen türkischen Staatsmänner sich dieses Ausspruches Enver Paschas erinnern werden, ob sie erkennen werden, daß ein Balkieren mit den Ententemächten dem türkischen Staate doch keinen Vorteil bringen kann, vielmehr von den Alliierten zu einer Untergrabung des durch den Krieg erstarkten türkischen Einflusses führen müßte, wird sich bald erweisen.

Die Bündnistreue Talaat Paschas und Enver Paschas ist um so mehr anzuerkennen, als das Bündnis im Laufe der Zeit und namentlich in den verflossenen Monaten wiederholt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat. Die unerfreulichen Begleiterscheinungen des Bukarester Friedens, die Auseinandersetzungen, die zwischen Bulgarien und der Türkei entstanden und bei denen Deutschland den Vermittler spielen sollte, haben vielfach in der Türkei eine unfreundliche Stimmung uns gegenüber erweckt, weil man der Ansicht war, daß wir die türkischen Interessen nicht wahren. Andererseits hat die deutsche pazifistische Verzichtspolitik im allgemeinen, wie in Bulgarien, so auch in der Türkei verwüstend gewirkt. Die Türken hatten mit dem Tage der Kriegserklärung an die Ententemächte gewußt, daß die Türkei nicht neutral bleiben könne, und daß sie ihre Lebensinteressen gegen Rußland und gegen England zu verteidigen hätte. Rußland schied zwar durch seine Niederlage als für die Türkei gefährlicher Posten aus, aber die Unklarheit der deutschen Politik gegenüber England hat in der Türkei den Glauben erweckt, daß wir die tatsächlichen Verhältnisse verkennen, und daß unsere andauernden Versuche, mit England zu einem Ausgleich zu kommen, die türkischen Interessen verletzen könnten. Man beklagte das mangelnde Verständnis Deutschlands dafür, daß, solange England in Ägypten herrsche, und solange England den Suezkanal in den Händen behalte, die Interessen Deutschlands an der Freiheit der Meere und das Lebensinteresse der Türkei durch den russischen und britischen Eroberungsdrang gefährdet seien. Wiederholt hat denn auch die türkische Regierung in Berlin den Standpunkt vertreten, falls die Entscheidung im Westen nicht zu völligen Gunsten Deutschlands aus, daß man am Suezkanal den Versuch machen müsse, England am Genick zu fassen. Die Eigenart der jetzt verabschiedeten türkischen Staatsmänner ist es gewesen, daß ihnen das Suchen nach mittlerer Linie fremd gewesen ist. Sie stellten sich auf den Entweder-Oder-Standpunkt, ohne dabei immer die tat-

## Frankfurt, 10. Oktober.

Präsident Wilson erklärt in seiner vorläufigen Antwort auf den deutschen Friedensschritt, eine Vorbedingung der weiteren Verhandlungen sei, daß die Mittelmächte „sofort ihre Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückziehen“. So klar und einfach diese Formel erscheint, so wird man doch ihren genauen Wortlaut kennen und sorgfältig prüfen müssen, um ihre Tragweite richtig einzuschätzen. In der durch das Volksbureau verbreiteten Fassung, die vielleicht dem in Berlin noch nicht bekannten Wortlaut nicht genau entspricht, geht der Forderung Wilsons ein Satz voraus, der darauf hinweist, daß deutsche Truppen auf dem Boden der mit Amerika verbündeten Staaten stehen und daß von weiteren Verhandlungen nach Wilsons Ansicht nicht die Rede sein könne, solange dieser Zustand bestehe. Man kann, ohne der Logik Gewalt anzutun, diesen Satz mit dem nachfolgenden in Verbindung bringen und daraus etwa den Schluß ziehen, daß Wilson die Räumung Belgiens, Frankreichs, Serbiens und Montenegro, vielleicht auch Rumäniens fordert, das von der Entente trotz des Brest-Litowsk-Friedens, der ja noch immer nicht ratifiziert ist, gewissermaßen als Bundesgenosse betrachtet wird. Wie aber verhält sich die Forderung Wilsons zu den von den Mittelmächten besetzten Gebieten des ehemaligen russischen Reichs? Die Frage läßt eine Reihe schwerwiegender Zweifel aufsteigen, aus denen in aller nächster Zeit ein Ausweg gesucht werden muß. Als Wilson seine vierzehn Punkte ausarbeitete, konnte Rußland noch als eine politische Einheit betrachtet werden, während seither die Moskauer Sowjetregierung, die den Kern des einstigen Reiches beherrscht, in den schärfsten Gegensatz zu den „Randstaaten“, zur Ukraine, zu einigen autonomen Regierungen außerhalb des Einflußgebietes der Mittelmächte und schließlich zur Entente selber geraten ist. Die amerikanische Union beteiligt sich an der Intervention in Sibirien und an der von Archangel und der Murmanküste ausgehenden militärischen Bewegung, die auf die Niederwerfung der Bolschewikenherrschaft abzielt. Auch Herr Wilson wird es nicht verborgen bleiben, daß eine bedingungslose, sofortige Räumung aller besetzten Gebiete im Osten — zu denen man trotz des eigenartigen Rechttitels, auf den sich die Anwesenheit deutscher Truppen dort stützt, auch die Ukraine rechnen darf — zu nichts anderem führen würde als zur Auslieferung dieser Gebiete an den Bolschewismus. Nirgends, auch in Polen nicht, sind die Organe der staatlichen Gewalt, die sich in den vom Sowjetrußland losgetrennten Gebieten gebildet haben, stark genug, um das zu verhindern. Wir hören denn auch bereits aus Warschau, daß die polnische Regierung darum bittet, daß die Besatzungstruppen als Polizeimacht im Lande bleiben; man wird hoffentlich bald den Wortlaut dieser Ersuchen kennen lernen. Ähnliches ist mit Bestimmtheit aus den baltischen Provinzen zu erwarten.

Es kann sicherlich nicht in Wilsons Plänen liegen, der bolschewistischen Anarchie durch eine buchstäbliche Verwirklichung seiner Forderungen Vorschub zu leisten. Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten hat die Rede des neuen Reichskanzlers gezeigt, die das Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker nachdrücklich verkündet. Prinz Max hat erklärt, daß die bisherigen Friedensverträge kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden dürfen. In den baltischen Ländern, in Litauen und Polen sollen sich sofort Volksvertretungen auf breiter Grundlage bilden, und es sollen unverzüglich überall Zivilverwaltungen ins Leben gerufen werden, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dann sollen jene Gebiete ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern selbständig regeln. Das Prinzip, das hier aufgestellt wird, scheint durchaus geeignet, bei eifriger Durchführung die meisten Schwierigkeiten überwinden zu helfen. Freilich hat die in ihren Zielen schwankende und in ihren Methoden geradezu jämmerliche Politik, die in den besetzten Ostgebieten weit mehr vom Militär unter dem schützenden Schleier der Zensur betrieben wurde als von der eigentlichen Regierung des deutschen Reichs, die vor ihrem Volk und aller Welt die Verantwortung dafür übernehmen mußte, unendliche Schwierigkeiten aufgeworfen, weit über das Maß des Unvermeidlichen hinaus. Wir wollen, um ein einziges Beispiel herauszugreifen, daran erinnern, daß sich in Estland nach der russischen Märzrevolution eine autonome Regierung gebildet hatte, in der die bürgerlichen Parteien freudlich mit den Sozialisten zusammenarbeiteten. Diese Kooperation schien sogar beim Einmarsch deutscher Truppen ge-

neigt, sich mit den „Realitäten“ abzufinden und ihre Arbeit weiterzuführen. Man hat diesen verheißungsvollen Anfang einer Staatsbildung, die doch dem entsprach, was man als Programm der eigenen Politik ausgab, rücksichtslos vernichtet und es vorgezogen, die längst überlebten Ritter- und Landschaften, in denen die Großgrundbesitzer unter sich waren, wieder ausleben zu lassen und aus ihren Äußerungen die Fiktion herauszulesen, es handle sich bei der baltischen Politik um die Befreiung alten deutschen Landes. Wen man damit betrügen wollte, ist nicht ganz klar. Das deutsche Volk hat schließlich, allen Hemmungen der Zensur zum Trotz, die Wahrheit doch erfahren. Außerhalb unserer Grenzen waren die Kundgebungen der baltischen Herreregerungen von Anfang an ein Gespött. Sollte man sich aber in denjenigen deutschen Kreisen, die nach ihrer Lebensführung und Geistesart den Rittern von Riga und Reval nahestehen, über die Tragweite solcher Dinge selber getäuscht haben, so wäre das doppelt beklagenswert. Denn es besteht die dringende Gefahr, daß die Maßnahmen, die man infolgedessen traf, nicht nur die Gegensätze der sozialen Klassen im Baltikum vertieft, sondern auch die nationalen Gegensätze heillos und leider ganz auf Kosten der Deutschen verschärft haben. Eine Zivilverwaltung, die den schleichenden Haß überwinden und die Uebergabe der Regierung an die Vertreter des Volkes vorbereiten soll, wird sich vor unendlich schwere Probleme gestellt sehen. Auf jeden Fall wird nur eine rücksichtslos demokratische Methode das Vertrauen der Völker erringen können. Die „breiten Grundlagen“, von denen der Reichskanzler sprach, können keine anderen sein als die des allgemeinen und gleichen Rechtes jedes Bürgers; was dem Deutschen recht ist, das muß dem Letten und Esten, dem Polen und Litauer billig sein. Wo nationale Minderheiten eines besonderen Schutzes würdig und bedürftig erscheinen — im Baltikum sind es vor allem die Deutschen —, da bietet sich für ihre Vertretung in der Konstituante in der Verhältniswahl ein einfaches und zuverlässiges Mittel, das keine Mißdeutung zuläßt. Gerade die unmittelbare Nachbarschaft der bolschewistischen Gefahr läßt durchaus keine Halbheiten zu. In Warschau hat man nach der Proklamation des Königreichs immer mehr eine Notablenpolitik betrieben und schließlich einen Regentenschaftsrat eingesetzt, der aus einem Erzbischof und zwei Magnaten besteht; selbst diese Herren haben erkannt, daß man in der ersten Zeit nicht mit Szeptern und Kronen vergangener Jahrhunderte spielt. Sie berufen einen „konstituierenden“ Landtag ein, für den natürlich nur das demokratische Wahlrecht in Frage kommt und der offensichtlich auch darüber entscheiden soll, ob das neue Polen einen Fürsten berufen oder ob es sich als Republik organisieren will. Wenn die erlauchten Regenten Polens sich mit solchen Möglichkeiten abfinden, die doch ihre eigenen Interessen unmittelbar angehen, so wird die deutsche Politik erst recht nicht um die größere oder kleinere Breite der Grundlagen feilschen dürfen, auf denen die übrigen Völker des Ostens sich ihr Haus erbauen sollen.

Ganz eigenartig liegen endlich die Verhältnisse in der Ukraine. Ursprünglich sind dort die deutschen — und im Süden des Landes auch österreich-ungarische — Truppen zum Schutz einer sozialistisch und ukrainisch nationalen orientierten Regierung einmarschiert, die aber bald, nicht ohne Zutun ihrer militärischen Beschützer, verschwand und der Regierung des Hetmans Skoropadskij Platz machen mußte. Um diese scharte sich nach und nach eine Gefolgschaft, deren innere Widersprüche nur durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Moskauer Bolschewismus einstweilen überbrückt werden. Selbst in den nationalen Fragen, die zur Konstituierung des ukrainischen Staatswesens geführt haben, herrscht unter den Anhängern der jetzigen Regierung so wenig Einigkeit, daß man mit ziemlicher Sicherheit für den Tag, an dem in Großrußland die bolschewistische Herrschaft aufhören wird, die Wiedervereinigung der Ukraine mit Petersburg oder Moskau voraussetzen kann. Die Hetmanregierung versucht in der jüngsten Zeit, sich vom Schutze der deutschen Vajonette unabhängig zu machen, indem sie eine „Massenarmee“ aufstellt, bei deren Bildung sie an alle die verrotteten Instinkte appelliert, denen das alte zarische Rußland seinen Untergang verdankt. Die Zustände sind durch diese Experimente auf einen Punkt geraten, der mit Sicherheit den Bürgerkrieg voraussetzen läßt, sobald die schützende Hand, die bisher notdürftig für Ordnung sorgte, sich zurückziehen wird. Ob es dabei noch möglich sein wird, in der Ukraine aus eigener Kraft überhaupt eine Regierung zu errichten, die wenigstens die elementarsten Pflichten des Staates übernehmen könnte, be-

vor die russische Frage im ganzen gelöst wird, das erscheint mehr als zweifelhaft.

Auch Herr Wilson wird sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß diese verwickelten, in jedem Land anders gelagerten Probleme mit einfachen und bestrickenden Formeln nicht zu lösen sind. Eine gewaltige Arbeit wird noch zu leisten sein, wenn das letzte seiner vier „Prinzipien“ in Osteuropa verwirklicht werden soll, das die Befriedigung aller natürlichen Aspirationen in einer Weise fordert, die keine neue, für den Frieden Europas und der ganzen Welt gefährliche Störungen hervorruft. Solange in Moskau eine Regierung besteht, die offen den Grundsatz verkündet, daß der „imperialistische Krieg“ überall durch den Bürgerkrieg abgelöst werden müsse, wird jeder einzelne Schritt, der im Zusammenhang mit den kommenden Friedensverhandlungen getan wird, mit peinlicher Sorgfalt auf seine möglichen Folgen zu prüfen sein.



11. / X. 1918

## Die Stunden der Entscheidung.

Von Baron v. Ardenne, Generalleutnant i. D.  
Berlin, 7. Oktober.

Als in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober in Berlin die Erklärungsrede des neuen Reichkanzlers Prinzen Max von Baden bekannt wurde, zeigte die Hauptstadt des Deutschen Reiches fast dasselbe Aussehen, wie in den Augusttagen des Jahres 1914 bei Beginn des Weltkrieges. Große Scharen aufgeregter Menschen bevölkerten die Straßen, beim kimmerlichen Lichte der waning Laternen wurden die Zeitungsmeldungen verschlungen. Vielfach hörte man den Ruf: „Das ist der Friede“, wie man 1914 bei der Nachricht von der Mobilmachung der russischen Armee gerufen hatte: „Das ist der Krieg“. Die Rufer von damals behielten Recht, die Rufer von heute werden schwerlich Recht behalten. Die Vorzeichen mehren sich bereits, daß das loyalere Friedensangebot der Mittelmächte ebenso zurückgewiesen werden wird wie die früheren — vielleicht nicht in der bisher beliebten höhnischen, schroffen Form, aber nicht weniger bestimmt. Gleichbedeutend mit der klaren Abweisung würde die vorgepiegelte Annahme unter demütigenden und unannehmbaren Bedingungen sein. In beiden Fällen wird Mars wieder die Stunde regieren. (Seit der Abfassung dieses Artikels ist die Antwort Wilsons auf den deutschen Vorschlag eingetroffen und die Verlautbarung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erfolgt, daß diese Antwort eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglicht. Dessenungeachtet bewahren die nachfolgenden Ausführungen des Verfassers ihre volle Gültigkeit. — Anmerkung der Redaktion des P e s t e r L l o y d.) Die Gesamtkriegslage gewinnt daher ein Interesse wie kaum je zuvor. Denn lediglich der weitere Verlauf der kriegerischen Vorgänge wird entscheidend sein für die Möglichkeit, die Vertreter der kämpfenden Staaten an den Verhandlungstisch zu zwingen. Jede der kämpfenden Völkergruppen muß daher suchen, gerade jetzt Entscheidungskämpfe zu ihren Gunsten durchzuführen, denn jeder Sieg ist jetzt ein Trumpf in dem gewaltigen Spiel, in dem es sich um Sein oder Nichtsein großer Nationen und das Schicksal ganzer Erdteile handelt.

Diese Erfordernisse hat der Generalissimus der Entente Marschall Foch in ihrer ganzen Bedeutung erkannt. Seit drei Monaten sucht er die Entscheidung in einer Schlachtenreihe zu erzwingen, die kaum eine Kampfpause zwischen den Großkampftagen übrig läßt. Die Anstrengungen werden immer leidenschaftlicher, so daß Marschall Foch dem Spieler gleicht, der viel gewonnen hat, aber nunmehr auch noch die Bank sprengen möchte. Wir dürfen überzeugt sein, daß die ruhige, kaltblütige Art, mit der die deutschen Feldherren ihre Operationen leiten, ihrem Gegner im höchsten Grade un bequem ist. Er würde es lieber sehen, wenn die deutschen Armeen ohne Aufgabe von Gelände sich zu Kampfhandlungen bewegen ließen, wo die ungeheure Uebermacht der Entente an Menschen und an Heeresmaterial zur Geltung kommen könnte, womöglich in einer alles umfassenden strategischen Umklammerung, die zu einer Vernichtungsschlacht führen müßte. Die deutsche Heeresleitung kennt aber zu sehr das oberste Gesetz der Kriegsführung, das lautet: „Stets das Gegenteil von dem tun, was der Feind wünscht und hofft.“ — um diesem zu Willen zu sein. Sie wird vielmehr sich bestreben, diesem nicht zu Willen zu sein, ihm das Konzept zu verderben und ihre Zeit abwarten, wo sie aus der Abwehr heraustreten und wieder zum Angriff übergehen kann. Es ist eine der bemerkenswertesten Feldherrneigenschaften des Feldmarschalls Hindenburg, daß er bei aller Entschlußkraft zu „warten“ vermag und nie durch vorzeitige Ungebuld seine Berechnungen selbst stört. Dieses „Wartenkönnen“ setzt Eisen-Nerven voraus und die größte innere Abgeklärtheit. Selbst Friedrich der Große und Napoleon — die großen Kriegsmeister — gaben zuweilen ihrer Ungebuld nach — dann stets zu ihrem Nachteil (Kolin, Kunersdorf, Wapern, Belle Alliance). Nur Feldmarschall Moltke besaß ganz die eiserne Ruhe, die seinen großen Schüler auszeichnet, aber auch die gleiche Kunst zu schweigen. Die Geheimnisse der Kriegsführung, die letzten Gründe aller Pläne und Entschlüsse bleiben unter dem wohlthuenden Schleier der geistigen Zurückhaltung verborgen, bis aus dem Plane ein Entschluß, aus dem Entschluß die Tat, aus der Tat sich die Entscheidung entwickeln kann. Daß Männer wie Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff, deren Kriegsführung etwas Dämonisches, etwas Titanenhaftes an sich trug, nicht auf die Dauer die Rolle passiven Sich-schiebenlassens spielen werden, die sie zurzeit auf sich genommen haben, dürfte auf der Hand liegen. Ein feinsinniger und feinfühler neutraler Beobachter, der Schweizer Oberst Egli, spricht seine Ansicht mit folgenden Worten aus. Es darf diesen vorangeschickt werden, daß Oberst Egli sich seit Jahr und Tag mit der deutschen Westfront vertraut gemacht hat und Führer und Truppen aus vielfacher persönlicher Anschauung kennt. Er schreibt unter anderem: „Man hat den bestimmten Eindruck, daß die Entente sucht, unter Einjak aller verfügbaren Kräfte noch vor Einbruch der schlechten Jahreszeit eine Entscheidung wenigstens insoweit herbeizuführen, daß sich Deutschland während des Winters nicht mehr erholen kann und der Frühjahrsfeldzug 1919 in kurzer Zeit den endgültigen Sieg der Entente bringen soll... Aus manchen Anzeichen läßt sich aber erkennen, daß die deutsche Oberste Heeresleitung noch lange nicht alle Trümpe ausgespielt hat. Die ganze Kampfweise macht den Eindruck des Hinhaltens und des Bestrebens, die feindlichen Streitkräfte festzuhalten und auszuweichen unter möglichst geringem Einjak eigener Kampfmittel. Von einem Heere, das wirklich hart bedrängt ist, und das nur mit Mühe eine Niederlage abwenden kann, gehen nicht täglich Hunderttausende in Urlaub nach Hause, als ob auf dem Kriegsschauplatz eine Kampfpause einge-

treten wäre. Außerdem sind die Ortschaften hinter der Front noch voll Soldaten, die zu Divisionen gehören, die in Ruhe liegen und nicht nur frische Kräfte zu neuem Kampfe sammeln, sondern auch fleißig neue Kampfverfahren einüben usw.“ Marschall Foch hat nun von der deutschen Gesamtfrent von 650 Kilometern Ausdehnung bereits 400 in den Bereich seiner aktiven Kämpfe gezogen, nämlich das Gebiet von Neuport am Aermekanal bis zur Mosel bei Pont à Mousson. Er hat an sechs Stellen Einwirkungen in die deutsche Front mit äußerster Anstrengung durchzuführen gesucht, die, nach und nach erweitert und zu räumlichem Zusammenhang gebracht, endlich das Weggleiten und die Zertrümmerung des deutschen Schutzes zur Folge haben sollen. Diese Bohrflöcher, die man sich zu Kampfabschnitten bis zu 40 Kilometern erweitert denken muß, liegen von Norden beginnend zunächst in Flandern. Der großzügige englische Angriff am 28. September hat dort einen merklichen, deutscherseits nicht geleugneten Erfolg gehabt. Von den Gründen weiter unten. Der nach Osten wesentlich erweiterte Poperingener hat jetzt einen Radius von ungefähr 15 Kilometern. Die Engländer sind jetzt im Besitze der Felder, die die achtzehn Flandernschlachten des Jahres 1917 durchtobten haben, aber von nichts Weiterem. Der jetzt aufgegebenen Wytschaetebogen war auch während dieser Schlachten in englischer Hand. In der Abwehrlinie vom November 1917 steht die vierte deutsche Armee der wahrscheinlichsten Wiederholung der britischen Angriffe entgegen. Weiter südlich, im Artois, hat sich seit dem 25. September der Hauptkampf um den Besitz der Stadt Cambrai gebreitet. Sie war ein Eckstein der neu eingenommenen Siegesfrontstellung und ist gegenüber dem wochenlang andauernden Umklammerungsversuch des Marschalls Foch mit beispielloser Hartnäckigkeit gehalten worden. Hier hat der deutsche General v. Below — in Oesterreich-Ungarn hauptsächlich bekannt durch seinen Siegeslauf vom Njongo bis zum Biabe — wiederum ein Meisterstück taktischer Feldherrnkunst vollführt. Der Mangel an Raum verbietet leider, näher darauf einzugehen, Südlich Cambrai bis St. Quentin haben dann weiter die Engländer den wirkungsvollsten Versuch zu einem ersten Durchbruch ebenfalls in wochenlangen Kämpfen zur Ausführung kommen lassen. Sie sind aber nach der Ueberbreitung des Cambrai-Kanals beiderseits Catelet nach wechselförmigen Kämpfen kaum fünf Kilometer landeinwärts vorwärts gekommen und ihr Großangriff hat sich in Teilkämpfen zersplittert. Er wird trotzdem wiederholt werden, aber die deutsche Abwehr hat hier bereits den zähflüssigen Charakter angenommen, in dem erfahrungsgemäß die feindlichen stürmischen Anläufe stecken bleiben. Der gefährlichste Brennpunkt der Fochschen Offensive wird aber anscheinend doch in diesem Kampfabschnitt liegen. Der Marschall huldigt offenbar dem Grundsatz: „Das eine tun und das andere nicht lassen.“ Deshalb ruhen sich seine Attaken südwestlich Laon längs des Chemin des Dames und in der Champagne nur gerade so lange aus, als die Umgruppierung der abgekämpften Einheiten, ihre Auffüllung, das Vorziehen der schweren Artillerie usw. es erfordern. Aber noch ein anderer Grundsatz läuft wie ein roter Faden durch die Fochsche Gesamtstrategie. Er will das Ueberraschungsmoment soviel wie irgend möglich ausnützen. Dadurch, daß fast die Gesamtfrent der gegenseitigen feindlichen Berührung in die Mitleidenschaft der Großkämpfe getreten ist, erscheint eine Ueberraschung auf strategischem Gebiet weniger ausführbar. Dagegen sucht Marschall Foch sie auf taktischem, vermöge seines Ueberflusses an Heeresmaterial, zu erreichen. Er läßt in den Kampfabschnitten, wo er eine Kampfpause eintritt lassen will, Artillerie, Tanks und Flugzeuge stehen und wirft sie dort überflüssig werdende Infanterie mittels Tausender von Kraftwagen auf neue Kampfgebiete, wo eine eklatante infanteristische Ueberlegenheit zum Siegesfaktor werden kann. Die deutschen Beobachtungsfieger haben mehrfach Automobilkolonnen von mehr als Meilenteile gemeldet, die mit der Schnelligkeit von mehr als fünfzig Kilometern in der Stunde Hunderttausende von Gewehrträgern von einem Schlachtfeld zum anderen tragen können. Die deutsche Heeresleitung hat diesen Ueberfluß an Kraftwagen nicht und noch weniger den an „gepanzerten“, die man Tanks zu nennen gewohnt ist. Sie sind bei den Ententearmeen zu einer besonderen Waffengattung geworden. Besonders das leichte und sehr bewegliche französische Modell Renault tritt in Tausenden (!) von Exemplaren in die Erscheinung, und zwar in einem solchen Umfang, daß — wie deutsche Beobachtungen beweisen — englische Infanterie nur dann gern vorwärtsgeht, wenn ihr eine dicke Tanklinie als Vorkämpfer vorangegangen ist. Es hat sich bei unseren Gegnern eine ganz besondere „Tanktaktik“ entwickelt. Zunächst nebelt die Artillerie die deutschen Abwehrlinien durch Granatfeuer ein. Im Schutze dieses Schleiers brechen dann die Tanks aus allen Geländefalten, Waldspitzen und Dorstrümmern wie die Wiesel hervor, passieren unbeschossen die deutsche Front und beschließen diese dann von rückwärts. Die eintretende Ueberraschung benützt dann die breiten Infanteriesturmwellen, um vorzubrechen. Diesen Gesichtsverlauf ist der britische Erfolg am 28. September in Flandern zum großen Teil zu danken gewesen. Die deutsche Gefechtsleitung hat selbstverständlich Abwehrmittel in Anwendung gebracht, die einer Mitteilung nicht unterliegen dürfen. Die Tanks selbst werden aber am besten durch ihre eigene Waffe bekämpft werden. In dieser Hinsicht besitzt sich die deutsche Militärverwaltung, den dem Gegner gelassenen Vorsprung wieder einzuholen. Der Raum zwischen Suippe und Maas kann als franco-amerikanischer Flügel der Angriffsfront bezeichnet werden. Unter unglücklichen Kämpfen ist es diesem gelungen, nordwärts etwa zehn Kilometer Gelände zu gewinnen, aber von dem Operationsziel des ersten Kampftages, dem Breitengrad von Bouziers, ist er noch ebensoweit entfernt.

deutsche Statistiken hinsichtlich Bosens zu berufen? Ernsthafter und aussichtsreicher scheint der Hinweis auf das sofortige Ueberpringen des Bolschewismus in die Gebiete der Randstaaten, wenn dort die deutschen Besatzungen abgezogen sind. Es ist auch das offenbare Interesse der alliierten Völker, zu verhindern, daß der terroristische Maximalismus jene Länder verwüste. Bevor sich dort freie Demokratien gebildet haben, die sich selbst zu schützen vermögen, wird irgend eine Schutzwehr unbedingt errichtet werden müssen, ob sie nun eine deutsche, eine alliierte oder eine gemischte sei. Doch dies ist eine Frage militärischer Technik, die leicht zu lösen ist, wenn zwischen den Vertragschließenden Vertrauen besteht.

Darin steckt, man kann es nicht oft und laut genug betonen, das eigentliche Problem. Vertrauen muß geschaffen werden, und das kann bloß durch die vollste Aufrichtigkeit seitens Deutschlands und durch die Abkehr von allen zwiespältigen und mehrdeutigen Formeln sich bilden. Je mehr jenes Vertrauen vorhanden ist, desto eher kann Wilson mit Gründen leidenschaftsloser Vernunft bei seinen Bundesgenossen Eindruck machen und verhindern, daß die strittigen Fragen in einer Deutschland allzusehr schädigenden und demütigenden Form gelöst werden. Wir verstehen sehr wohl, daß bei der jetzt zu fassenden Entscheidung der Vertreter der obersten Heeresleitung nicht fehlen darf; er allein kann ja mitteilen, welche Möglichkeiten des Widerstandes noch bestehen und wie überhaupt die geforderte Räumung der besetzten Gebiete sich durchführen ließe. Dennoch wäre es jedoch wünschenswert gewesen, die Souveränität der allein bestimmenden bürgerlichen Gewalt schon in der Fassung jener Berichte deutlich erscheinen zu lassen. Der Argwohn, als regiere noch immer Ludendorff, kann nicht deutlich genug durch die Tat dementiert werden; das ist jetzt ein wahres Lebensinteresse für Deutschland. Der erste Generalquartiermeister hat übrigens bisher noch immer den Zivilbehörden falsche Auskünfte gegeben und durch seine Verheißungen sie auf eine falsche Bahn gelockt; schon deshalb wäre das vollste Mißtrauen gegen seinen Rat geboten. Man hat in Deutschland leider nicht die richtige Einschätzung für die Mischung aus Haß und Mißtrauen, die gegen die Führer der deutschen Militärpartei in der ganzen Welt besteht, und es wäre klug, dies in der Fassung einer jeden Meldung zu beachten.

Noch wichtiger sind natürlich die sachlichen Differenzen. Deutschland scheint zur Räumung der besetzten Gebiete — unter Hinweis auf einen Schutz der Randstaaten gegen bolschewistische Ueberfälle — bereit, möchte jedoch dafür als Gegenwert eine bindende Zusicherung der Entente erhalten. Damit würden Belgien und Nordfrankreich weiter als Pfänder verwendet sein, und das ist es eben, was weder Wilson noch die gesamte Entente zugestehen kann. Das Zugeständnis muß in Wilsons Person und in dem Vertrauen auf die Ritterlichkeit des amerikanischen Geistes liegen, die nicht zugeben werden, daß Völker, die ihr Schicksal in ihre Hand legen, unterdrückt werden. Die französischen Heftblätter erklären, Wilson habe nur Vorbedingungen gestellt, um überhaupt in Besprechungen einzutreten; nachher käme dann erst das eigentliche Programm und der große Wunschzettel der Entente. Man merkt den Wunsch, durch solche Erklärungen den deutschen Widerstand aufzustacheln und den Krieg zu verlängern, bis die ersehnte Verwüstung deutscher Städte zu verwirklichen ist. In Wahrheit liegt in jener Auffassung eine für Wilson beleidigende Unterstellung. Wenn der Präsident die höfliche und den Stolz seiner Alliierten schonende Form der Erklärung wählt, er könne vor der Räumung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte nicht seinen Bundesgenossen die Annahme des deutschen Vorschlages empfehlen, so heißt dies, er würde sie eben empfehlen, wenn jener Voraussetzung genügt sei. Und jene Empfehlung wäre selbstverständlich stark genug, um sämtliche Ententestaaten zu vereinigen. Oder glaubt wahrhaftig jemand, die Entente würde dann allein den Krieg für offenbare Eroberungszwecke fortsetzen, mit denen Wilson nicht einverstanden ist? Die Regierungen in

London, Paris und Rom würden dann einen Widerstand bei ihren eigenen Völkern erleben, der sie hinwegfegen müßte. In der Union versteht man dies auch besser, läßt sich durch solche rabulistische Auslegungen nicht verwirren, und die Zeitungen der sinnlosen Deutschenhebe, die Posauern Roosevelts blasen gegen Wilsons Mäßigung Sturm. Das ist bei ihnen nur folgerichtig; denn sie sind ja auch gegen den Völkerbund, Anhänger der militaristischen Gewaltauffassung jenseits des Ozeans. Das sollte in Deutschland beruhigen und jene Offiziosen, die früher Wilson nicht genug beschimpfen konnten und ihn heute vor den Deutschen feiern, könnten darauf mehr Bedacht nehmen.

In diesen Tagen hat ein deutscher Professor, der in der Union lebte, Enthüllungen veröffentlicht, die die Turme der Ereignisse unbeachtet blieben, aber beweisen, wenn die Völker klarer sehen und die Verantwortlichen suchen werden, von unermeßlicher Bedeutung sein werden. Es wurde, was schon früher gemunkelt ward, nunmehr mitgeteilt: daß die Regierung Bethmann den Präsidenten um seine Vermittlung im Winter 1916 angegangen hatte. Wilson war dazu bereit, er hatte mit dem Grafen Bernstorff ein detailliertes Friedensprogramm ausgearbeitet und dessen Grundzüge waren in seiner unsterblichen Kongreßbotschaft vom 24. Januar 1917 enthalten. Als Antwort darauf sandte Deutschland auf den Befehl seiner Heeresleitung und der alldeutschen Hofpartei die — Ankündigung des unbeschränkten Ueberseebootskrieges. So wurde dem Präsidenten der Beweis für die Unaufrichtigkeit des amtlichen Deutschlands und für die unbeschränkte Herrschaft der Militärs geliefert, so wurde er geradezu hintergangen und herausgefordert und zum Kriegseintritt gezwungen. Das wird jetzt veröffentlicht, weil man dem deutschen Volke Vertrauen zu Wilson einflößen will, und das wurde 20 Monate lang verschwiegen, während Wilson als hinterhältiger Heuchler und Feind des deutschen Volkes täglich auf den Befehl der Militärkommandos von einer frechen Patriotenkaste beschimpft ward. Es ist nötig, dies zu unterstreichen, um das Charakterbild des Präsidenten reiner hervortreten zu lassen, des Mannes, der am 10. August 1914 bereits dem deutschen Kaiser telegraphierte, er sei jederzeit zur Vermittlung bereit und damals von ihm die Antwort erhielt, seine Vermittlung wäre verfrüht. Dies erklärt auch, warum er mit Recht sich zuerst vergewissern will, daß jene selbstherrlichen Einflüsse ausgeschaltet sind. Die weiße Fahne wird jetzt in Deutschland geschwungen; doch man will sehen, wer sie schwingt, ob nicht wieder Zweideutigkeit und Hinterhältigkeit dabei im Werke sind. Wilson wird das deutsche Volk schonen wollen, weil er weiß, daß auf Ungerechtigkeit, Verzweiflung und Rachgier sich dauernder Frieden und Völkerbund nicht errichten lassen; aber er hat weder Veranlassung, noch läge es im Menschheitsinteresse und in jenem Deutschlands, die deutschen Machthaber zu schonen.

Jene Weisheit, die versteht, dem fliehenden Feinde goldene Brücken zu bauen, ist jederzeit die schwierigste gewesen; sie setzt Selbstbeherrschung, Voraus-sicht, Menschlichkeit und Staatskunst voraus. Der Weltkrieg wäre nie entstanden, wenn Deutschland damals jene Weisheit besessen und Elsaß und Lothringen nicht 1871 aus dem blutenden Körper Frankreichs gerissen hätte. Heute gilt es die Zukunft zu retten, die Freiheit des Blickes nicht durch blutige Dünste sich umnebeln zu lassen. Was wir augenblicklich in Deutschland sehen, ist die unausbleibliche Verwirrung vor dem Eingeständnis der Niederlage; der Sturz aus einem in dem Treibhaus der Siege sorglich erhitzten Optimismus ist zu plötzlich, als daß er nicht Verwirrung und Ratlosigkeit erzeugen müßte. Deutschland hat jetzt bloß die Wahl, sein Schicksal entweder sofort bedingungslos Wilson anzuvertrauen, der, wenn man noch so reserviert urteilen will, jedenfalls der gemäßigteste unter seinen Gegnern ist und gar kein persönliches oder nationales Gegeninteresse vertritt, oder nach vermußtlich kurzer Frist bedingungslos vor seinen Feinden zu kapitulieren, nachdem es alle Schrecken der Invasion

durch einen rachgierigen Feind erlitten hat. Folglich hat es überhaupt keine Wahl. Sucht es jetzt Gegenbedingungen zu stellen, gibt es den mächtigen Gegnern Wilsons Gelegenheit, ihn zu besiegen, dann wird es einen vollen Verschmetterungsfrieden annehmen müssen, und dann sind seine letzten Hoffnungen der Wiederaufrichtung begraben: die Unversehrtheit des bisher noch vom Kriege verschonten eigenen Gebietes und die Ausnahme in den Völkerbund. So gliedern sich die Aufgaben der beiden großen Koalitionen, die bald wieder eine vereinigte und leidende, aber auch wieder hoffende Menschheit sein werden: die in Aufrichtigkeit von den einen geschwungene weiße Fahne, die von den andern den Besiegten, den zukünftigen Mitarbeitern und Genossen in der Gesellschaft der Nationen, gebauten goldenen Brücken für die Flucht aus dem Kriege und für den Einzug in den Frieden.

## Goldene Brücken und weiße Fahnen.

# Das deutsche Kriegskabinet hat sich unter Zuziehung Ludendorffs über eine Antwort an Wilson geeinigt, die, wie in Deutschland beteuert wird, die Weiterführung des Friedensschrittes ermöglicht. Einstweilen wird noch die Textierung vollendet. Die „Frkf. Zta.“, die zwar seinerzeit vom Prinzen Max in einem Privatbriefe als ihm „höchst unsympathisch“ bezeichnet ward, jedoch dennoch mit wahrhaft christlicher Selbstverleugung seine Politik unterstützt, deutet bereits den Sinn der deutschen Erklärung an. Man wird dadurch leider nicht eben klüger. Denn die Weiterführung würde, wenn die Deutung des Frankfurter Blattes richtig ist, in lauter „wenn und aber“ bestehen. Andererseits bemerkt der journalistische Vertrauensmann der neuen Regierung, daß die „schwerwiegenden Gründe, die Kanzler, Regierung und Reichstag im Einvernehmen mit der Heeresleitung veranlaßten, die Bitte um Friedensverhandlungen und Waffenstillstand auszusprechen, ungeschwächt fortbestehen und auch die Entschließungen der Reichsregierung betreffs Wilsons Antwort bestimmen müssen.“ Inmitten des fortgesetzten deutschen Rückzuges und angesichts der täglich zu erwartenden offiziellen Anerkennung der österreichischen Liquidation sind jene Gründe sogar neuerdings noch erheblich schwerwiegender geworden. Welchen Zweck hätte es da, Wilson in der elässischen Frage eine „Lösung suchen“ lassen oder sich auf irgendwelche

# Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Verlagsanstalt: Wien, VIII., Strassgasse 3, Fernsprecher: 1370, 1382, 2264. Postfach 2000. Oesterreich 2000, Ungarn 774. Stadtschreiberei: L. Schulerstrasse 11, Fernsprecher: 2024, 2074, sowie bei allen Anzeigenannahmen des In- und Auslandes.

Einzelne Ausgabe: Wien, VIII., Strassgasse 3, Fernsprecher: 1370, 1382, 2264. Wien, I., Schulerstrasse 11, Fernsprecher: 2024, 2074, sowie bei allen Anzeigenannahmen des In- und Auslandes.

Kleiner Einzelne Ausgabe: Wien, VIII., Strassgasse 3, Fernsprecher: 1370, 1382, 2264. Wien, I., Schulerstrasse 11, Fernsprecher: 2024, 2074, sowie bei allen Anzeigenannahmen.

Einzelpreise: Morgenblatt 24, Sonn- und Feiertagsblatt 24, Nachmittagsblatt 24.

Bezugspreise: Bei täglich zweimaliger Anlieferung für Wien: monatlich K 6.00, vierteljährlich K 18.50, halbjährlich K 36.—. Für Oesterreich-Ungarn: bei täglich zweimaliger Postverendung: monatlich K 7.40, vierteljährlich K 22.—, halbjährlich K 41.—. Bei täglich einmaliger Postverendung: monatlich K 6.70, vierteljährlich K 20.—, halbjährlich K 40.—. Für Deutschland: vierteljährlich Kreuzbandf. K 28.— und durch die Postämter laut dort aufliegenden Posttarif. Käufer des Weltpostvereins: vierteljährlich Kreuzbandf. K 28.—.

Nr. 469

Wien, Freitag, den 11. Oktober 1918

XXV. Jahrgang

## Widerstandsvolle Aufnahme der Wilson-Note im Verlande.

### Vorspiele zum „polnischen Landtag“.

#### Oesterreichs Selbstbestimmung.

Von Dr. Richard v. Szall.

Seit Oesterreich besteht, war dessen Bestand nie so notwendig und so wohl begründet wie in diesem Zeitpunkt. Wer daran zweifelt, der kennt eben die Geschichte nicht. Man konnte zweifeln, als das nationalistische Dogma alles beherrschte. Diese rein auf der Sprache aufgebaute politische Weltanschauung war eine mißverständliche Entwicklung aus der herrlichen deutschen Romantik und den umwälzenden Sprachentdeckungen der Brüder Grimm und ihrer Zeitgenossen. Aber diese rein sprachliche Auffassung ist seitdem wissenschaftlich und politisch herabgesetzt oder ergänzt, seit etwa 1890 macht sie einer neuen „geopolitischen“ Auffassung Platz. Wir wissen heute, daß die indogermanischen Sprachen durchaus nicht nur von indogermanischen Völkern gebraucht werden, sondern daß sie auch von den allen europäischen Rassen als Verkehrsmittel angenommen wurden, wie ja dergleichen geschichtlich vielfach im Orient und Okzident nachzuweisen ist. Erst nach dem 13. Jahrhundert haben die Bewohner östlich der Elbe deutsch zu sprechen gelernt, also auch die Leute um Berlin herum. Die Sprache ist also durchaus kein ursprüngliches Rassenmerkmal, sondern ein Verständigungsmittel. Germanen haben auch ihre Rasseigentümlichkeit nicht abgelegt, als sie Franzosen, Spanier, Italiener, Russen wurden. Darum ist das heutige Kochen auf die Sprache sehr einseitig und ohne tiefere Begründung. Die germanischen Sprachen wurden in Mitteleuropa und dann später in England und Amerika als eine Art Esperanto gebraucht. Ich bin ein Gegner künstlicher Sprachen; das vernünftigste Esperanto ist, sich einer der vier internationalen Welt- und Kultursprachen zu bedienen, des Englischen, Französischen, Italienischen oder Deutschen, wenn man nämlich international verkehren will und muß.

Wenn so die moderne Wissenschaft die Sprachenfrage sehr abgeschwächt hat, so hat sie um so mehr die Bedeutung des Verkehrs, der Wirtschaft, der Geographie für die Staatenbildung und den Völkerverkehr hervorgehoben. Auf diesem Weg ist in den letzten Jahrzehnten die „Entdeckung des österreichischen Staatsgedankens“ erfolgt, wie ich in einer Broschüre dargelegt habe; denn ich habe es für hoch an der Zeit gehalten, daß man derlei wichtige Fortschritte der Wissenschaft für die Politik nutzbar mache. Manche Zweifler aus meinem Kreis haben gestaunt, wie stark dieser österreichische Gedanke unmittelbar vor dem Weltkrieg sich bereits geltend machte. Als Beispiel erwähne ich nur, daß meine 1913 erschienene „Österreichische Geschichte“ in der ersten Auflage nur in mäßiger Anzahl erschien, aber gegen Erwarten dreimal in einem Jahr neu gesetzt und gedruckt werden mußte, um der neu erwachten Neugierde des Publikums zu genügen, was es denn mit diesem Oesterreich auf sich habe. Dieses Interesse und dieses Verständnis für Oesterreich ist in den Jahren des Weltkrieges gestiegen und es wird unbedingt im Friedensschluß und nach dem Friedensschluß erst recht zur Geltung kommen.

Oesterreichs Stellung ist vor allem durch die äußeren Ereignisse gestiegen und gesichert worden. Kleinmütigen konnte früher eine einzige Gefahr drohend erscheinen: die Existenz eines unerschöpflich mächtigen zaristischen Rußland. Dies besteht aber nicht mehr, es ist völlig zusammengebrochen; das ist die große Hauptentscheidung des Weltkrieges, alles andere ist Nebensache. Indem sich das früher so einheitlich scheinende Rußland als künstliche Mache erwiesen hat und sich in

seine natürlichen Elemente aufgelöst hat, ist von Oesterreich die letzte Gefahr genommen. Es gibt innerhalb und außerhalb Oesterreichs auf dem Balkan keine nationalistische Partei mehr, die etwas von Stugland zu erwarten hätte, die sich an Moskau oder Petersburg orientieren könnte. In dieser Beziehung ist Oesterreich gewissermaßen in das Erbe Rußlands eingetreten, ohne es zu erstreben, ohne es zu erwarten. Das völlige Verschwinden der Großmacht Rußland ist ein weltgeschichtliches Wunder Gottes, das die ganze politische Weltordnung umgestaltet hat. Nur daß man sich dieser Umwälzung noch nicht ganz bewußt geworden ist.

Man redet heute so viel von Selbstbestimmung der Völker. Aber niemand kann sich ganz frei selbst bestimmen. Münchhausen lügt, wenn er sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf gezogen haben will. Wir alle sind abhängig vom Boden, auf dem wir wurzeln, von den Gebirgen und Flüssen, den Meeren und Meeresbussen, die uns umgeben, vor allem von unseren Nachbarn, mit denen wir verkehren müssen. Ja, wenn eine Nation auf einer einsamen Insel für sich wohnen würde! Und auch da wäre es schwer, ausgleichende Politik der Selbstbestimmung zu betreiben. Island ist ja auch eine Insel, und doch kann England seit Jahrhunderten der nationalen Schwierigkeiten dort nicht Herr werden. Vielleicht kann Wilson den Engländern darin einen guten Rat geben.

Ein geistreicher Freund hat gesagt, man sollte doch Wilson einladen, sich vor unser auf Grund des demokratischsten allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gewähltes österreichisches Parlament zu stellen und nun einmal zu versuchen, der Selbstbestimmung der Völker gerecht zu werden. Er, der auf Grund von Wahlmännerstimmen gewählt ist, der trotzdem, daß er kaum die Majorität aller Urwähler vertritt, doch diktatorische Befugnisse ausübt, würde zweifellos an dieser österreichischen Aufgabe nur deshalb scheitern, weil wir hier viel freierlicher, viel demokratischer, viel nationalistischer, viel selbstbestimmungsreicher sind, als er das in seiner amerikanischen Republik gewohnt ist. Er würde uns wahrscheinlich eine gründliche Verfassungsreform im Sinne der Vereinigten Staaten von Amerika vorschlagen, mit einheitlicher Staatsprache, mit einer starken Zentrale; aber das Nationalitätenwesen würde er wohl ebenso einschränken, wie er in seinem Nordamerika trotz des föderativen Charakters der Verfassung nichts vom Selbstbestimmungsrecht der in Amerika so zahlreich lebenden Tschechen, Polen, Ungarn, Italiener und Deutschen wissen will. Er würde sich damit kaum den Dank der in Selbstbestimmungsseifer begeisterten Nationalitäten verdienen. Aber die Einheit Oesterreichs würde seine amerikanischen Grundsätze mächtig fördern. Gut denn, Herr Wilson, Sie sollen uns willkommen sein!

Auch die Rückgabe der von der österreich-ungarischen Defensivarmee so reichlich eroberten feindlichen Gebiete war längst in unserem Programm. Wir haben es von Anfang an und immer wieder hier ausgesprochen, daß die Mittelmächte das Ziel des Weltkrieges erreicht haben, wenn sie sich nur gegen den allseitigen Angriff erhalten konnten, wenn sie nur nicht überwunden wurden. Das ist mit Gottes Hilfe gelungen. Wir haben nach dem Zusammenbruch Rußlands den Krieg fast ganz auf feindlichem Boden geführt, nicht zur Eroberung, sondern zur Sicherung. Ein Grund des bulgarischen Abfalles war ja vielleicht auch, daß wir auf Ferdinands Wunsch einer Teilung Serbiens nicht eingingen. Wir wollen auf allen Seiten freundliche Nachbarn, keine bezwungenen Feinde haben. Nichts wird unser moralisches Ansehen

so stärken, als wenn wir nach dem Krieg ohne Beute bestehen. Unsere Beute sei allein die wieder gesicherte Stellung unserer Monarchie an der Donau. Und diese Stellung ist gesichert. Napoleon der Erste hat zwei- oder dreimal Oesterreich erobert, ohne diese Stellung erschüttern zu können; denn sie beruhte damals wie heute und zu allen Zeiten auf der Notwendigkeit eines großen verbindenden Staatswesens an der Donau. Es ist ganz gut, daß man heute phantastische Projekte bespricht über die und jene Neugestaltung, über Möglichkeiten neuer Kombinationen. Sowohl den Völkern innerhalb der Monarchie wie denen an ihren Rändern wird schließlich aus geopolitischen Gründen nichts übrig bleiben, als sich freundschaftlich und bündisch mit der Monarchie zu benehmen. Ob nun mehr oder weniger föderal, bleibt Nebensache. Auch die selbständigen Randvölker und Randstaaten, wenn sie sich nicht selber gegenseitig ausröten wollen in Vandalenkriegen der Selbstbestimmung, werden geopolitisch sich um einen organischen Kern des vielberufenen Völkerbundes gruppieren, der mit Gottes Segen sich zum Weltbund gestalten mag, in welchem keine Gewalt, sondern nur die Logik der realen Tatsachen den organischen Aufbau der neuen Staatenordnung sichern wird. Von dieser Entwicklung hat Oesterreich nichts zu fürchten, wenn wir alle dabei unsere Pflicht tun.

#### Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Von Reichsratsabgeordneten Stadtrat Dr. Heinrich Mataja.

Nachfolgender, für die „Oesterr. Volkspresse“ geschriebener Aufsatz wurde uns von dem angesehenen christlichsozialen Parlamentarier zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Wir sind überzeugt, daß die Leser der „Reichspost“ dem geschätzten Verfasser dafür Dank wissen werden. D. Reb.

Vor allem eine Konstatierung: Wir österreichischen Deutschbürgerlichen standen bisher nicht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; viele unter uns tragen den Gedanken auch jetzt nur widerwillig oder stehen erst im Begriff, sich der neuen Idee anzupassen. Wir sind in einer anderen Rechtsidee herangewachsen, nämlich in der gesamtstaatlichen, der sich unterzuordnen uns als Pflicht jedes Volkstammes, der zu widerstreben uns Hochverrat erschien. Es ist ein ungeheurer Umschwung der Gedanken, der von uns gefordert wird, und es ist töricht, von uns zu verlangen, daß wir die politischen Rechtsbegriffe unserer Jugend bedenkenlos mit einer gleichgültigen Geste über Bord werfen.

Insbefondere uns konservativ Gesinnten ist die österreichische Monarchie nicht nur eine zweckmäßige Einrichtung; nicht nur ein Produkt organischer historischer Entwicklung; nicht einmal nur eine Herzenssache. Dieses alte Reich ist uns das selbstverständliche Interessenzentrum und alle anderen Dinge der Welt erscheinen uns um Oesterreich herum gruppiert. Mag diese Ansicht unseren Rabibaten unvernünftig oder vorsintflutlich erscheinen — kein richtiger Franzose denkt anders über sein Frankreich, kein richtiger Engländer anders über sein England. Und zu diesem Oesterreich gehören seine Tschechen und Slovenen genau so wie seine Deutschen, gehören im Grund unseres Denkens auch die Magyaren, ganz zu schweigen von den Kroaten, die unserem Herzen immer besonders nahe gestanden sind, gehören sie alle, die Nationen in beiden Staaten des Reiches, die Kronländer vom Bregenzter Walde bis zum Buchenland, von der Boche di Cattaro bis zur Tafelfichte. Nun sollen wir mit einem Male sagen: Geht eurer Wege, wohin Ihr wollt, oder, wenn Ihr es Euch überlegt, so bleiben wir beisammen, vielleicht mit Dir, Sohn der Libussa, vielleicht mit Dir, Biffaner, mit dem

Frankfurt, 11. Oktober.

Das neue Schlagwort, das die politische Atmosphäre Deutschlands zu verpesten droht, heißt Schuldfrage. Dieses Wort, das den ganzen Jammer unserer Zeit, den unerhörten politischen Frevel, der mit dem deutschen Volk getrieben worden ist, in sich schließt, ist in der Tat dazu verurteilt, zu einem leeren Schlagwort zu werden, das je nach der Luß des Demagogen mit dem verlogenenst Geschwäg angefüllt wird; es ist dazu verurteilt, denn die Dinge liegen heute ähnlich, nur noch schlimmer, wie beim verschärften Tauchbootkrieg: das, was in Wahrheit gesagt werden müßte, kann und darf heute noch nicht ans Licht, weil das Interesse des Reiches die Enthüllung der Tatsachen vorerst verbietet. Das Vaterland ist in Gefahr! In solchem Augenblick kann die juristische Rechnung, die das deutsche Volk aufzustellen hat, den Schuldigen nicht übergeben werden. Freilich verlangt es die politische Notwendigkeit, den grundstürzenden inneren Umschwung in Deutschland nicht nur dem eigenen Volk, sondern schlechthin auch allen anderen Nationen kundzutun, und dieser politischen Pflicht konnte nicht genügt werden, ohne daß scharfe Worte fielen. Nicht Siegesfreude und nicht das Gelüste, sich an dem Anblick der Gestürzten zu weiden, hat diejenigen geleitet, die den Satz aussprechen mußten: es ist die dornenvolle Aufgabe der Demokratie, unser Volk aus dem Trümmersfeld herauszuführen, das ihr das alte Regime hinterlassen hat. Wen verlockte es nach Schadenfreude, wenn er unser tüchtiges, braves Volk nunmehr auf Bahnen sieht, die aus tiefstem Herzen zu beklagen sind? Uns schwindelte beim Anblick jener Nachtwandler, die sich nichtsahnend auf die schaurigsten Gesinnungen wagten — heute aber darf es nur ein Gefühl geben, wir müssen alle mit allen Sinnen danach trachten, auf die sicherste und unschädlichste Art unser Volk wieder auf festen Grund zu stellen. So lange ist es notwendig, die Schuldfrage ruhen zu lassen.

Das wird uns fürwahr nicht leicht gemacht. Während sich das deutsche Volk mit ruhigem Herzen der Führung einer an unabänderlichem Weg fortschreitenden Regierung anvertrauen kann, einer Regierung, die, ehe sie ans Ruder kam, nicht ahnen konnte, zu welchen folgenschweren Schritten sie die nun einmal gegebenen Umstände verpflichten würden, und während wir die Gewißheit haben, daß die Mitwirkung der Obersten Heeresleitung an den ersten Regierungsmahnahmen sehr groß ist und im vollen Bewußtsein ihrer Tragweite und ihrer militärischen Verantwortung geleistet wird, während also alles andere als eine Störung der Reichspolitik von dieser Seite künftig zu erwarten ist, werden neuerdings Stimmen laut, die das nur aus wichtigen politischen Erwägungen bewahrte Stillschweigen über jene Schuldfrage ernsthaft in Gefahr bringen. Es war ja von Anfang an selbstverständlich, daß es den Demagogen vom Schlage Reventlows gelingen werde, sich über die ihnen nachweislich bekannte Wahrheit über die Motive und die Triebkräfte hinwegzusetzen, die soeben zum Friedensanerbieten und zum Vorschlag eines Waffenstillstands geführt haben. Aber es war nicht vorauszu sehen, daß die alldeutsche Presse und alldeutsche Politiker in so unerhört gewissenloser Weise der deutschen Demokratie die Schuld am Unglück des deutschen Volkes zuschreiben würden, wie das neuerdings, zuletzt durch den im Zweiten Morgenblatt zitierten Artikel des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Graefe, geschehen ist. Es ist erfreulich, daß ernsthafte konservative Blätter diese charakterlosen Versuche, um jeden Preis die Schuld von dieser Richtung abzulenken und mit ihrer Politik „recht zu behalten“, insofern nicht mitmachen, als sie zu unterscheiden wissen zwischen dem, was die neue demokratische Regierung aus freiem Antrieb tut und dem, was sie tun muß, weil sie bei der Übernahme der Geschäfte durch die gegebenen Verhältnisse dazu gezwungen worden ist. Gegen die demokratischen Reformen ist uns jeder konservative oder alldeutsche Angriff weder unbequem noch ärgerlich — gegen das nach der Gesamtlage Unerläßliche aber anzukämpfen und das verleumderisch schlecht zu machen, was heute jeder Deutsche, gleichviel welcher Partei er angehört, ganz einfach billigen muß, das verrät eine Gesinnung, an der nichts anderes mehr deutsch ist als ihr Name.

Ist das Treibende bei diesen Leuten in erster Linie eine demagogisch-verheerende Politik, freilich eine Politik, die keine großen Aussichten mehr hat, ins breite Volk zu bringen, so gibt es andere, denen selbst im heutigen Augenblick nichts so wichtig ist wie ihre eigene Person und jämmerliche Eitelkeit. Die nationalliberale Partei hat ihren völligen Gesinnungs-

wechsel diesmal ganz einfach damit erklärt, daß Herr Stresemann sagte: wir verließen uns bisher ganz auf die Politik der Obersten Heeresleitung — da diese nun den Frieden will, wollen wir ihn auch. Daß die Nationalliberalen unter Verzicht auf ihr eigenes Urteil ihre politische Information bei militärischen Stellen gesucht haben, war gewiß ein schwerer Fehler, den sie jetzt selbst einsehen, und eine solche Motivierung ist, selbst wenn sie ganz ehrlich ist, sicherlich nicht imponierend, aber der politische Meinungswechsel selbst vollzieht sich nach außen hin ohne viel Gerede und fast ohne Verschönigung. Und selbst die konservative Partei als solche scheint in der Hauptsache die Klärung ihres Urteils über wesentliche Punkte innerhalb der vier Wände ihres Beratungszimmer geschehen lassen zu wollen. Vielleicht ändert sich das sehr bald, aber vorläufig ist es so mit nicht allzuvielen Ausnahmen. Die Partei vertritt anscheinend trotz ihrer Niederlage auf den allgewohnten Namen — wer aber nichts anderes für sich ins Feld führen kann, als daß er vier Jahre lang in vorbildlicher Weise als politischer Eigenbrödlerr trotz einer von Hause aus demokratischen Gesinnung alldeutschen Kriegslärm gemacht und sich in unverzeihlichen politischen Irrgängen hoffnungslos verirrt hat, wer niemand anderen hinter sich gehabt hat als seine eigene Einbildung und die überhebliche Anschauung einer Anzahl von Männern, die in der alldeutsch-militärischen Katastrophe zugrunde gegangen sind — ein solcher Mann hat jetzt nur die Wahl, durch Dreistigkeit weiterhin zu blaffen oder völlig als Politiker zu kapitulieren. Dieser Mann ist Herr Georg Bernhard, Verlagsdirektor des Hauses Ullstein und Leiter der „Vossischen Zeitung“. Seine Person hat für uns im heutigen Augenblick an sich kein Interesse und seine Politik ist belanglos geworden. Aber dieser vielgeschästige und gewandte Journalist versteht es durch die Kenntnis von Details und durch die Rücksichtslosigkeit, mit der er seine Karte ausspielt, eine Reihe von Menschen in Atem zu halten und andere über den Wert seines Urteils so sehr zu täuschen, daß es ihm in der Tat sehr verwunderlich sein muß, durch die demokratische Welle nicht auf stolze Höhen gehoben worden zu sein. Herr Bernhard — gleichviel in welcher Position — will eine politische Rolle spielen; Herr Bernhard — gleichviel aus welchem Grund — hat Einfluß, selbst heute noch; — damit gewinnt seine Person auch für uns Bedeutung. Wir erleben das Wunder, daß ein Mann von völlig verfliegenen politischen Anschauungen, ein Eigenbrödlerr, wie wir sagten, durch die Art, wie er Politik treibt, tatsächlich nicht ohne Einfluß ist. Herr Bernhard hat zur Schuldfrage das Wort ergriffen — und, so kündigt er an, durch einen einzigen Zeitungsartikel alles klargestellt. Er knüpft an den kürzlich auch von uns zitierten Artikel des Herrn v. Schulze-Gävernitz über „Wilson's Friedensvermittlung“ an, um zu erklären: Herr Bernhard hätte niemals die Verantwortung auf sich geladen, für den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu stimmen, wenn er gewußt hätte, daß Präsident Wilson ernsthaft als Friedensvermittler im Winter 1916/17 in Betracht kam; aber, so meint Herr Bernhard, wer konnte wissen, daß die Verschärfung des U-Bootkrieges von Herrn Wilson geradezu als moralische Ohrfeige empfunden werden mußte? Wer konnte es wissen, da doch Herr von Bethmann Hollweg weder Herrn Bernhard noch Herrn Reventlow, noch sonstwie der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt hatte, daß er ernsthaft und mit Aussicht auf Erfolg mit Herrn Wilson verhandle und ihm seine Bedingungen sogar genannt habe? Die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg habe umgekehrt stets abgeleugnet und zu verbergen versucht, daß sie den von Wilson angestrebten „Frieden ohne Sieg“ ernsthaft betreibe. Unter solchen Umständen sei die Verschärfung des Tauchbootkrieges allerdings eine Katastrophe gewesen — womit dann erklärt ist, wer eigentlich die Schuld an der Katastrophe von heute trage. — Dazu ist wenig zu sagen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat seinerzeit mehrfach ausgesprochen, daß es ein großer Fehler Bethmanns war, nach dem 1. Februar 1917 nicht seinen sofortigen Abschied zu verlangen, so beachtenswert Bethmanns Gründe zum Verbleiben auch gewesen sein mögen. Nach allem, was vorausgegangen war, konnte es aber für niemand, der politisch denkfähig ist, zweifelhaft sein, daß Wilson aus der Verschärfung des Tauchbootkrieges die schwersten Konsequenzen ziehen werde. — Wilson hatte das bekanntlich im vorausgegangenen Notenwechsel klipp und klar erklärt. Daß Herr Bernhard und seine politischen Glaubensgenossen die auf Wilsons Friedensvermittlung abgestellte Politik Bethmanns nicht durchschaut haben sollten — wer möchte das

heute glauben? Herr Bernhard, unnebelt von den U-Bootphantasien und ein ausgesprochener Feind des „Friedens ohne Sieg“, hat damals seiner Abneigung gegen die als vaterlandsgefährlich verschrieene Politik der Annäherung an Wilson und des Friedensschlusses ohne verschärften Tauchbootkrieg viel zu deutlichen Ausdruck gegeben, als daß er heute seinem Publikum glauben machen könnte: hätte ich das nur gewußt, dann wäre ich selbst der erste gewesen, der den Verständigungsfrieden im Winter 1916 an Stelle des rücksichtslosen Tauchbootkrieges gefordert hätte. Nein! Wohl aber wäre er einer der ersten gewesen, die sich mit verdoppeltem Eifer gegen die Bethmannsche Friedenspolitik gewandt hätten, wenn dieser seine Bestrebungen von Anfang an durch die Enthüllung seiner Pläne in der Dessenlichkeit völlig aussichtslos gemacht hätte. Den damals entscheidenden Stellen war diese Richtung Bethmanns wohl bekannt — deshalb war er ihnen verhaft bis in den Tod. Wir sind weit entfernt davon, die schweren Fehler der Bethmannschen Politik verbergen zu wollen, aber es ist eine unerhörte Dreistigkeit des Herrn Bernhard, den Wahnsinn seiner politischen Gewaltideen, denen er Jahre lang nachgelaufen ist, durch solche Verdrehung entschuldigen zu wollen. Er braucht sich gar nicht zu entschuldigen; wer kümmert sich heute um ihn? Oder soll dies die Taktik werden, mit der die alldeutsche Richtung die Schuldfrage künftig beantworten wird?

# Wollschau

Politik  
der Stände



Verleger: Amt Zeitschriften 12371-12377 (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle).

38. Jahrgang

## „Paix.“

In dem Augenblick, wo bei uns die Schalmeyenbläser der Völkerverbrüderung das alte Deutschland politisch, militärisch, ethisch abrüsten wollen, berauschen sich unsere französischen Nachbarn am Anblick der neuen Divisionen von Senegalnegern, die soeben in Europa eingetroffen sind, um die neufranzösische Kultur gegen die Barbarenhorden Goethes, Kants, Mozarts zum Siege zu bringen. Im „Cri de Paris“ ist Herzerwärmendes von diesen schwarzen Franzosen zu lesen. Während der Ueberfahrt haben sich die afrikanischen Edelmenschen die Zeit damit vertrieben, daß sie sich die Zähne mit kleinen Holzseilen schürften. „Wenn die Deutschen das hätten sehen können, hätten sie sicher Angstschauer verspürt.“

Wenn die Untertanen Clemenceaus schon so sanftmütige und feinsinnige Betrachtungen anstellen, muß der Herr und Meister selbst noch höhere Leistungen aufweisen. Und er tut es auch. Als ihm einst erzählt wurde, daß die deutschen Landsturmeute sich mit den französischen Landeuten sehr gut zu stellen wüßten, schrieb er im „Homme enchaîné“: „Es fehlt gar nicht viel, und das schmutzige Vieh erlaubte sich noch, uns mit seiner Freundschaft zu besudeln. Runter die Pfoten!“ In diesem Sinne läßt ja auch der Panamaheld heute seine Offiziere zum neu-deutschen Friedensangebot schreiben. Und er findet damit den Beifall der Franzosen, sogar der sozialistischen. So schrieb z. B. der Genosse Hervé bereits bei der rohen Abweisung des Burianischen Friedensschrittes schmunzelnd, das deutsche Volk werde „le geste cavalier et insolent“ Clemenceaus wohl verstehen. Worin sich leider Hervé geirrt hat; es gibt gar zu viel Deutsche, die immer erst nach dem zwanzigsten Fußtritt zu begreifen anfangen.

Die Zeit ist ganz besonders günstig für den ruppigen Oberpriester der Bersekergemeinde des Hasses ohne Maß und Grenzen, Louis Barthou. Dieser akademisch-unsterbliche Salonapache will seinem Haß den höchsten Ausdruck dadurch geben, daß er in Volksversammlungen gelobt, niemals seine edle Franzosenhand von einer deutschen drücken zu lassen. Was die Geschäftsführer der Firmen Hoffmann, Cohn und Liebknecht in Berlin sowie Fernau, Rößmeier und Comp in Bern tief betrüben wird, die sich schon in andächtiger Sammlung auf die Seligkeit vorbereiteten, den regierenden Schmutzfinken Frankreichs huldigen zu dürfen.

Buddha, die Fatire, die Tolstoianer sind noch gemeingefährliche Choleriker im Vergleich zu unseren politischen Dadaisten, die zwar sonst verzweifelt wenig Christliches innerlich und äußerlich aufzuweisen haben, die aber einen Sport daraus machen, in unaufhörlicher Abwechslung beide Bäder den Ententeschlägen darzubieten.

Um die Hohlheit der deutschen Demokratisierung zu beweisen, beruft sich der „Temps“ auf die „Verbrechen“, deren sich auch die Männer der heute Deutschland beherrschenden Parteien, insonderheit die Sozialisten, schuldig gemacht haben. Diese Hunnen haben z. B. in ihr Programm soeben den Beisatz aufgenommen: „Solange der Friede nicht hergestellt ist, müssen wir die Nationalverteidigung sichern.“ Der französische Oberoffizier ringt weinend die Hände; eine solche Gemeinheit hätte selbst sein argwöhnisches Gemüt diesem Scheidemann und den andern roten „Boches“ nicht zugetraut. Und das soll nun Demokratisierung sein! Hat da nicht der amerikanische Botschafter ganz recht, der neulich erklärte: „Um Mordtaten zu verhüten, muß man nicht zulassen, daß die Leute einen Revolver bei sich tragen.“ Die Leute — das sind natürlich die Deutschen; denn ein freier Amerikaner wird sich selbstverständlich das von den Goldgräber- und Sträflingsahnherrn überkommene Recht des Browninggebrauchs nicht nehmen lassen. Das französische Regierungsblatt fragt aber in diesem Nachdenken „wie soll man den Deutschen den Revolver entreißen?“ Erst ein deutscher Maslnow und Benzelos wird in Deutschland nach dem allein gültigen Ententerezept demokratisieren, dessen Nummer 1 lautet: Abschaffung Hindenburgs, Abschaffung des deutschen Heeres, Auslieferung der deutschen Flotte.

Wann werden die deutschen Schafsköpfe denn diesen wahren Sinn der Demokratisierung, das eigentliche französische Kriegsziel verstehen lernen? Maurice Barrès, der Generalissimus der waschecht- blauweißroten Patrioten, hat es schon im Juli 1915 laut verkündet: „Für diesen Krieg ist kein anderes Ende möglich, als das Ende Deutschlands.“ Das „Echo de Paris“, das vornehmste Organ des „bis zum äußersten“ veröffentlichte vor drei Jahren Manifeste, in denen es hieß, der Kampf werde erst aufhören, wenn man an der Stelle des einen großen Deutschland verschiedene kleine Deutschlands gesetzt und diese deutsche Einheit zerrümmert haben werde, die ganz unvereinbar mit der französischen Einheit sei. Die erste Friedensbedingung Frankreichs sei: „kein Deutsches Reich mehr, kein „organisme germanique“ mehr.“

Und die Herren des heutigen obersten geheimen Rates Clemenceaus, die Daudet und Maurras, schrieben längst schon von der Notwendigkeit der „Allemagne violemment envahie, sagement divisée“. Der fromme unsterbliche Bazin sprach aber gar der französischen Staatsweisheit allerletzten Schluß aus: Deutschland muß nicht nur als politische Erscheinung,

Täg

18

95

### Schicksalsstunde.

Es gibt Artikelschreiber deutscher Zunge, die bei allem getragenen Ernst, den sie zur Schau stellen, doch mit so etwas wie fühlbarer Genugtuung von der „epochalen“ Bedeutung der Stunde sprechen, da das Schicksal des Deutschland vertrauensvoll in die Hände Herrn Woodrow Wilsons gelegt wird. „Die deutsche Antwort wird durch die Drähle und Kabel laufen, und dann kommt der Augenblick, wo sie Wilson in Händen hält und sich zu entscheiden haben wird, ob er sagen will: „Ich vertraue und unterhandle.“ Sagt er das, dann wird eine Veränderung der Welt beginnen, die noch viel größer, epochaler sein könnte als die von 1914.“ Man faßt sich an die Stirn. Wie meint der Mann das? Ist er im Grunde erfreut oder betrübt? Doch wohl betrübt; er, der in dieser Stunde in einer deutschen Stadt in deutscher Sprache zu Deutschen spricht. Aber es kann doch nicht recht so sein; denn es folgt eine Entzückung von Wilson, die u. a. besagt: „Wilson glaubt das Uebel der Kriegsgefahr für die menschliche Kultur in der alten politischen Weltordnung der feindseligen Koalitionen, des imperialistischen Wettbewerbes, der politischen Konkurrenz erkannt zu haben, will die Schuld und Ursache des Krieges an dieser Wurzel suchen und hat die kühnste Reform entworfen, die in der Weltpolitik, von Kant vorgeahnt, seit 100 Jahren angestrebt worden ist. Das oberste Ziel des Wilsonschen Friedensprogrammes ist der Völkerbund, der Zweibünde, Ententen, Koalitionen und jede andere politische Konkurrenz beseitigen will, um den kulturellen Wettbewerb der Völker allein freizulassen.“ Das ist doch lautere Begeisterung für die Westära Wilson und keine Uebersetzung aus dem „Matin“, sondern deutscher Urtrieb.

Inzwischen geht das deutsche Schicksal auf leisen Sohlen im Dunkeln seinen Gang weiter. An diesem Nachmittag sollte unsere Antwort an Wilson abgehen. Vormittags um 11 Uhr trat der Bundesratsausschuß für äußere Politik zusammen, um Kenntnis von der Antwort zu erhalten und sie demokratisch-pflichtmäßig zu billigen. Auch der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien war zusammengetreten, um mit Kenntnisnahme und Zustimmung Selbstregierung der breiten Masse zu markieren. Danach wird auch der übrigen Nation mitgeteilt werden, was ihr Wille ist. Man kann zur Stunde darüber nur sagen, was man schon gestern und vorgestern wußte, daß unsere Antwort Herrn Wilson in allen Punkten sehr weit entgegenkommt, und daß die Regisseure daher hoffen, durch sie zu „erfolgsversprechenden“ Friedensverhandlungen zu kommen. Wobei vielleicht doch leise zu bedenken wäre, daß Herr Wilson und noch mehr die Meute hinter ihm nicht Entgegenkommen, sondern Unterwerfung fordern.

Die Dinge gehen unausweichlich „zwangsläufig“, wie man sagt, ihren Gang. Hemmungslos. Einen aller-allerlehten Vorbehalt macht das amtliche Organ der national-liberalen Partei, die „Nat. Korr.“, indem sie schreibt:

Im Zusammenhang mit der Weltlage, wie sie sich immer schärfer zuzuspitzen scheint, steht natürlich auch die Haltung, die die Regierung der Antwort Wilsons gegenüber einnimmt. Das gilt namentlich auch für die Frage der Räumung, die überhaupt in ihren ganzen Voraussetzungen eine militärische Frage ist, und sich deshalb der Erörterung entzieht. Man kann aber doch fordern, daß das rein militärische Gewicht, das in dieser Frage ruht, auch voll zur Geltung kommt. Die nationalliberale Fraktion hat deshalb den Reichstanzler nicht darüber im unklaren gelassen, unter welchen Voraussetzungen sie den Entschlüssen der Regierung zustimmen kann. Sie hat diese Zustimmung nur dann in Aussicht gestellt, wenn feststeht, daß die politische Leitung in der Räumungsfrage keine Schritte unternimmt, die mit einem Votum sämtlicher Heerführer und Generalstabschefs im Gegensatz stehen würden.

Besten, allerlehten Vorbehalt. Aber schon ist er beiseite geräumt. Schon wird versichert und gewiß sehr glaubhaft versichert, daß „die Voraussetzung der nationalliberalen Fraktion ganz und gar erfüllt ist. Unsere Antwort ist das Ergebnis der Zustimmung aller Instanzen“. Im Tone vollster Genugtuung die niederwüchteste Feststellung.

Schicksalsstunde. Deutsche Herzen weinen ein tränenloses Weinen. Unsere Nächte flieht der Schlaf. Aber unsere Tröster trösten uns damit, daß jetzt ja Herr Woodrow Wilson, die fleischgewordene Kantische Ethik, unser Schicksal in die Hand nehme, daß jetzt die Verfassung des Deutschen Reiches — wo sind die Grenzen dieses Reiches? Was gehört ihm? — demokratisch revbidert wird. Auf unserem Theaterspielplan stehen fest und treu „Drei alte Schachteln“ und „Die lustige Witwe“, und in der „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt der Staatssekretär Erzberger über den Völkerbund. Schicksalsstunde.

## Die deutschen Polen und das Selbstbestimmungsrecht.

Die polnischen Presseorgane im Deutschen Reich veröffentlichen einen Aufruf der politischen Organisation und der Zeitungen „ohne Ausnahme der Parteirichtung“, der sich auf die Erklärungen Wilsons und die Zustimmung der deutschen Regierung dazu beruft. Einleitend wird die Teilung Polens als die trasseste Vergewaltigung der internationalen Gerechtigkeit bezeichnet und ihre Wiedergutmachung als erste unerlässliche Bedingung der Neuordnung gefordert. Weiter heißt es in dem Aufruf:

„Das hat der Präsident Wilson anerkannt, indem er in seinem Friedens-Programm die Bildung eines unabhängigen, aus allen polnischen Landesteilen zusammengesetzten und eine eigene Meeresküste besitzenden Polens aufstellte, als eine der Grundlagen einer gerechten, internationalen Weltordnung.“

Diese Berufung auf Wilson ist irreführend. Die wörtliche Uebersetzung des Punktes 13 der Wilsonschen Bedingungen besagt: Es sollte ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der einschließen sollte Territorien (nicht: alle Territorien), bewohnt durch unbestreitbar polnische Bevölkerung und dem ein freier und sicherer Zugang zum Meer verstragt werden sollte. In der polnischen Uebersetzung fehlt das sehr wichtige Wort „unbestreitbar“, und der gesicherte Zugang zum Meer verwandelt sich in den Besitz der Meeresküste.

Weiter wird erklärt:

„In diesem, über unsere Zukunft entscheidenden Augenblick bildet das ganze, alle polnischen Landesteile bewohnende Volk in allen seinen Schichten — von einem gemeinsamen Gedanken befeelt — ein großes, einiges und festgefügtes nationales Lager. Wir, die zu Preußen gehörigen Landesteile bewohnenden Polen stellen dieses Einverständnis und diese Einheit durch die Unterschrift aller unserer leitenden politischen Organisationen, aller polnischen Parteien ohne Ausnahme und der ganzen Presse als Auslegerin der öffentlichen Meinung fest. Indem wir dieses Einverständnis und diese nationale Einmütigkeit feststellen, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Stellungnahme unserer parlamentarischen Repräsentation vom 8. Oktober durch einen gemeinsamen Willensakt zu bekräftigen und erklären feierlich, daß wir in dieser großen und verantwortlichen Stunde der Weltgeschichte voll Vertrauen die weitere Leitung der Politik im Sinne der berechtigten Interessen der unwandelbaren, nationalen Ideale in die Hände unserer Abgeordneten, sowohl im Land- als auch im Reichstage legen.“

Zum Schluß wird unter Berufung auf die schweren Kriegsoffen der polnischen Nation versichert, das vereinte und unabhängige Polen wolle in den Verband der freien Völker eintreten, „als aufrichtiger und unbeugbarer Verfechter der Toleranz nach innen und des einträchtigen Zusammenlebens der Völker nach außen, gemäß der großen Volung unserer Väter: Freie mit den Freien, Gleiche mit den Gleichen.“

Węgany, 12. Oktober.

### Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In der „Głos“ entwickelt der polnische Politiker Stymonoff, Chef der Abordnung des polnischen Nationalkomitees, ein Programm für den künftigen polnischen Staat. Er erklärte, Polen dürfe kein Kleinstaat, sondern müsse eine Großmacht werden, um die Aufgabe zu erfüllen, Deutschlands Vorrücken nach dem Orient zu verhindern. Zu diesem Zweck solle sich künftighin Polen mit Böhmen und Rumänien verbünden. „Natürlich“ müssen auch Posen und Schlesien an Polen angeschlossen werden, das in Danzig seinen Hafen zu erhalten hätte.

Lublin, 11. Oktober.

„Główna Dzielica“ meldet aus Warschau, daß des Bolschewistenführer Fürstenberg-Sanczek inlognitto in Warschau weile. Er brachte einen ganzen Stab Hilfskräfte und großes Kapital mit. Unter den polnischen Bauern mache bereits die Zeitschrift „Gromada“ für die russischen Klassen kämpfe Propaganda.

## Wünsche der Juden in Polen.

Von der Warschauer jüdischen Presse schreibt das Blonistendblatt „Gajnt“: „Die Worte des Regenschaftrates an das Polenvolk haben in noch viel höherem Maße für das jüdische Volk Geltung. Alles Trennende mag jetzt verschwinden vor dem starken Rufe: Ein Heim für das jüdische Volk in Palästina und verbürgte bürgerliche und nationale Rechte in allen Ländern, wo Juden wohnen. Wir glauben fest, daß die Unterdrückung der Juden beendet wird durch ein Wahlgesetz für die Konstituante. Davon hängt es ab, ob die Politik der Nichtberücksichtigung eines Zweimillionenvolkes, welches das staatliche Leben Polens miterlebte und unter demselben Druck litt, aufhören soll.“ Der nationallistische „Moment“ veröffentlicht dazu den Beschluß der Volkspartei, in der die Juden als die am meisten rechtlose und unterdrückte Nation für sich das gleiche Selbstbestimmungsrecht wie alle anderen Nationen fordern. Im wiederhergestellten Polen verlangen die Juden für sich nationalpolitische Autonomie. Bei den Wahlen zur Konstituante ist den Juden die nationale Kurie zu gewähren. In das Koalitionsministerium wollen die Juden Vertreter schicken.“ Das orthodoxe „Jüdische Wort“ lehnt die glonistische Anregung, eine interparteiliche nationale Vertretung der Judentum zu bilden, ab, da sie im wesentlichen die Durchführung national-jüdischer Gedanken bezwecke.

139  
102

ote

Abonnementpreis des Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich	...	R. 4
vierteljährig	...	R. 13
halbjährig	...	R. 26
ganzzjährig	...	R. 52

Für das Ausland:

vierteljährig	...	R. 24
---------------	-----	-------

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“ monatlich 30 Heller mehr

### Der verlorene Krieg.

Die Mittelmächte haben den Weltkrieg verloren.

Das ist die furchtbare Erkenntnis, die heute Millionen Herzen erschüttert.

Wir haben von allem Anbeginn an dieser Stelle die These aufgestellt, daß es unwahrscheinlich wäre, wenn 120 Millionen in einem Kriege gegen einen Verband von mehr als 800 Millionen schließlich die Oberhand behielten. Unser Vertrauen in diesen Sieg stützte sich nur auf sittliche Gründe, denn es könne nicht sein, daß das beleidigte Recht, daß das Lächerliche und Ehrliche der Niedertracht und dem Egoismus erliegen. Und wir erbauten uns an der herrlichen Erscheinung, daß nicht die Zahl, sondern der gute Geist und die disziplinierte Kraft auf allen Schlachtfeldern siegte. Die höhnischen Zuruße unserer Feinde, daß wir uns zutode siegen würden, verlachten wir. An die Möglichkeit, uns auszuhungern, glaubten wir zwei Jahre lang nicht. Rußland zerschellte an unserer vereinigten Macht, Rumänien, Serbien und Italien mußten fühlen, was wir vermögen. Aber immer weitere Weltgebiete schlossen sich mit ihren Völkerscharen und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an die beiden Westmächte, England und Frankreich an. Das „neutrale“ Amerika ernährte den Krieg dieser Mächte bis sie all ihre Hilfsmittel herangezogen und ausgebaut hatten, dann trat es selber an ihre Seite. Sogar China schloß sich ihnen an und Japan griff in Rußland gegen uns ein. Die ganze Welt war uns verschlossen, wir wurden einzig auf die eigene Kraft verwiesen. Es war klar, daß wir immer schwächer die Feinde aber immer stärker werden mußten in einem langen Kriege, denn zuletzt waren Länder mit 1000 Millionen Einwohner gegen uns vereint. Die amerikanische Kriegsindustrie aber, die seit 1914 ununterbrochen für unsere Feinde arbeitete, brachte es zu einer Leistungs-

fähigkeit, die niemand vorausah. Was sie vermochte, das merkten wir erst, als sie für den eigenen Staat zu arbeiten begann. Immer drohender brausten ihre Schwungräder, immer gewaltiger ergoß sich ihre Flut von Kriegsmaschinen über das Meer. Nach Zehntausenden zählt man die amerikanischen Luftfahrzeuge, nach Zehntausenden auch zählten die Tanks, die sich mit furchtbarer Gewalt in die deutsche Front warfen. Sie demoralisierten die Infanterie und drangen bis zu den Artilleriestellungen vor. Sie wurden ja in Massen zusammengeschossen, aber erst nachdem sie ihre Wirkung genötigt und große Verheerungen angerichtet hatten. Die Aufgabe, Schrecken zu verbreiten und den Feind müde zu machen, lösten sie jedenfalls.

Durch einen Vorstoß, der sich zu einem Kampf größten Stils entwickelte, begannen die deutschen Heere schon im März der drohenden Gefahr zu begegnen. Amerika mit seiner ganzen Macht in Frankreich war. Aber ihr glorioser Siegeszug erstarrte im Juli; die gesammelte Kraft der weit zahlreicheren Feinde begann ihre Gegenwirkung zu üben. Und es kam zur größten Rückzugsschlacht der Kriegsgeschichte. Das Gelände, das sie im Sturm genommen hatten, zogen sie Schritt für Schritt wieder auf. Die Feinde zu ermüden, ihre Stoßkraft zu erschöpfen, ist augenscheinlich der Plan Hindenburgs und Ludendorffs. Aber es will nicht gelingen. Die Millionenheere der Feinde beharren bis heute bei ihrer Anariffslust, sie sind schneidig geführt und wollen augenscheinlich das Ende erzwängen.

In dieser Lage hat uns Bulgarien verlassen und den Einbruch der Feinde im Südosten ermöglicht. In Rußland und Rumänien aber arbeitet ein Heer von Agenten an der Zerrüttung unserer Friedensschlüsse, die Türkei ist in Gefahr, von uns getrennt zu werden. Immense Vorteile wirtschaftlicher Natur, die wir gesichert glaubten, sind in Frage gestellt, wenn die Verwirrung wei-

ter fortschreitet. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn aber steigt die Not, die Ernährungsfrage steht als drohendes Gespenst hinter uns und die Frage der Bekleidung unserer Blöße tritt neben sie. Man sagt, unsere Soldaten an den Fronten hätten keine Hemden mehr, kein ganzes Schuhwerk, sie seien überhaupt nur noch in Mäntel gehüllt. Die gefangenen Feinde aber erweisen sich als tabellos gekleidet und ausgerüstet, denn hinter ihnen stehen die Hilfsquellen der ganzen Welt.

Der Kampf ist ein zu ungleicher, die materiellen Hilfsmittel sind zu ungünstig verteilt. Wir siegten auf allen Schlachtfeldern, der Feind wurde hinausgesetzt aus unseren Ländern, nirgend steht er auf dem Lande des Vaterlandes, aber wir lebten vom Kapital, wir siegten auf eigenen Kosten, während die Feinde sich aus vier Weltteilen ernährten. Wir wurden schwächer, sie stärker.

Das Schmerzlische dieser Erkenntnis brach sich nur langsam Bahn auf unserer Seite, wir hielten diesen Krieg durchstehen zu können bis zur Zermürbung der Feinde. Aber es stand unsere ganze Existenz in Gefahr, der Begriff Europa war schon vor dem Untergang. Die Blüte der Völker fiel im Kampf, verwilderte neue Generationen wuchsen heran, alle Begriffe von Menschlichkeit sind während dieses Krieges schwer beschädigt worden. Die Wucher und Diebstahl fressen am Volkskörper. Und über unsere siegreichen Heere hinweg wurde das Hinterland geistig revolutioniert, plötzlich sollen alle Völker mündig sein und fähig, eigene Staaten zu bilden. Da unsere ganze Kraft nach außen gerichtet war, haben diese Ideen in uns keinen Widerstand gefunden und als Korpse verwirrt. Ganz Europa ist heute ein grollender brodelnder Herdenschüssel.

Und so haben sich die Mittelmächte entschlossen einen Waffenstillstand zu verlangen. Sie nennen die bekannten 14 Punkte Wilsons an als Grundlage für Friedensverhandlungen, sie wollen



neuen Aera sehen, und erwähnen dies nur, weil wir im Interesse Deutschlands und des Weltfriedens wünschten, daß durch die schleimige Demokratisierung der Reichsverfassung, durch parlamentarische Kommandogewalt und Entscheidung über Bündnisse, Krieg und Frieden durch den Reichstag den Ungeduligen und Skeptikern bei der Entente ein überzeugender Gegenbeweis geliefert würde. Einstweilen befindet sich die öffentliche Meinung Deutschlands in einer Art von Betäubung. Die Alldeutschen und Nationalisten erklären, Deutschland sei noch wie vor Sieger und es müsse nur durch die Schwäche und Untreue seiner Bundesgenossen seine Fahnen emrollen, andere propagieren die Kriegsfortsetzung bis zum letzten Mann, was so ziemlich das beste Mittel ist, um Deutschland noch vollständiger zugrunde zu richten und wieder andere zeigen die Neigung, die ganze Wendung in der Kriegslage für ein Werk der Fiesmacher, der Demokratie, und der Ententepropaganda zu erklären. Die politische Taktik besteht für sie darin, die Verantwortung für den sicherlich recht „weich“ ausfallenden Frieden den Gemäßigten zuzuschleiben. Das ist reichlich bequem; die Herren übersehen dabei nur, wer denn Deutschland in diesen Krieg geführt und es nachher durch Herausforderungen, Brutalität, und anmaßende Selbstüberhebung gerade in diese Kriegslage gebracht habe. Die Enthüllungen über die auf deutsches Verlangen versuchte und durch den Unterseebootkrieg der Militärpartei gescheiterte Intervention Wilsons, die durch den Kriegseintritt der Union abgelöst ward, kommt jetzt gerade zur rechten Zeit, um jene neuen, schändlichen Lügen zu entkräften. Um die vergiftete öffentliche Meinung Deutschlands gründlich auszuhellen, wäre es viel besser gewesen, wenn man es den Verantwortlichen der Hof- und Militärpartei und Schwerindustrie überlassen hätte, die Folgen ihrer aus Schamlosigkeit und Tölperei gemengten Handlungsweise selbst zu tragen. Indessen, dann wäre keine andere Lösung als jene der vollkommenen Zerschmetterung Deutschlands denkbar gewesen, und deshalb hat sich die deutsche Demokratie als Kutscher auf den zertrümmerten deutschen Siegeswagen gesetzt, um vielleicht doch dessen sonst unausbleiblichen Sturz in den Abgrund zu verhindern.

Es wäre sehr gut, wenn die Entente bei ihrem weiteren Verhalten sich darüber nicht täuschen wollte, daß sie unter allen Umständen die deutsche Demokratie nicht stützen und fördern müssen, nicht aus Edelmut oder idealen Interessen, sondern aus Gründen der einfachsten Selbsterhaltung. Fügt sie Deutschland, die Gunst ihrer Kriegslage mißbrauchend, offenes Unrecht zu, so kompromittiert sie dessen Demokratie in ihrem Entstehen. Das deutsche Volk wird dann glauben, von seiner Regierung preisgegeben zu sein, es wird in ihr Schwachköpfe sehen, die sich von aleiknerischen Redensarten narren lassen, und die Verzweiflung der in zu engem Gebiete eingekerkerten, uralter deutscher Gebiete beraubten, ungerecht behandelten, durch Schulden erdrückten und ihren triumphierenden Feinden tributpflichtigen Deutschen wird sich darin äußern, daß Deutschland sich von jeder politischen Richtung abmenden wird, die einen solchen Friedensvertrag unterzeichnet. Es ist nicht etwa, wie kurzschichtiger Fanatismus meint, „Deutschfreundschaft“ auf jene Folgen aufmerksam zu machen, sondern Freundschaft zur Menschheit und damit auch zu den Völkern der Entente, die für ein paar tausend Quadratkilometer und einige abgepreßte und am Ende sehr teuer bezahlte Milliarden ihre Zukunft mit ziemlicher Sicherheit ruinieren. Es mag schon sein, daß die Entente bei genügender Kriegsfortsetzung und entsprechenden Opfern der deutschen Demokratie einen jeden Frieden wird abzwängen können, aber sie tötet damit die deutsche Demokratie, die ihr allein Frieden und Ruhe verbürgt, und sie erreicht, daß diese von einer extremen Bewegung in Deutschland abgelöst wird. Raum vorerst von der Militärpartei; die Erfahrung

gen, die Deutschland mit deren Führung gemacht hat, dürften vorerst noch andauern. Aber als Nachfolger der deutschen Demokratie käme die deutsche Revolution, und diese fände stärkere und gefährlichere Alliierte, als die Hohenzollern aufreiben konnten. Niemand kann das Ausmaß und die Wirkungen einer deutschen Revolution voraussehen; die Voraussetzungen für sie wären durchaus gegeben, wenn die Weltdemokratie nicht ein Beispiel der Gerechtigkeit gibt und das deutsche Volk durch Mäßigung und aufrichtige Aufnahme in den Völkerbund mit seiner neuen und schweren Lage zu versöhnen weiß. Für die Entente gibt es ein Warnungssignal: Lenin meldet sich in einem sehr bescheidenen und hoffnungsvollen Aufrufe an die „proletarische Revolution der ganzen Welt.“

Es wäre unendlich wünschenswert, wenn jenes Briefchen von Wilson genau gelesen würde, bevor man über die deutsche Antwort seine Entscheidung trifft. Denn mit unheimlicher Deutlichkeit zeigt es, welche Gefahren den Lebenden und den Ungeborenen drohen, wenn die Weltdemokratie die Aufgabe nicht zu lösen versteht, diesen Krieg so zu beenden, daß aus ihm nicht neuer Haß, neue Unterdrückung und neue Kriege hervorgehen. Jubelnd ruft Lenin aus: „Die Berufung von Lenin wie Scheidemann ins Kabinett wird den Ausbruch der Revolution nur beschleunigen.“ Er nennt sie Bourgeoisiedienerei wie die Revolutionärsozialisten Russlands, wie Thomas, Henderson, Renaudel. „Die politische Krise wird unbedingt mit der Uebergabe der politischen Macht in die Hände des deutschen Proletariats enden. Das russische Proletariat verfolgt die Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit und Begeisterung.“ Nun ist es ja gewiß, daß Lenin, der größte Sozialistenmörder und Feind menschlicher Freiheit, sicher nicht das Recht hat, von „einem Freiheitskampf gegen die imperialistischen Ungeheuer“ zu sprechen; denn der Imperialismus einer einzelnen Klasse, einer gewalttätigen bewaffneten Minderheit gegen eine unbewaffnete Volksmehrheit ist der sinnloseste, grausamste und fortschrittsfeindlichste, den es je gegeben hat; nirgends wurden mehr Werte zerstört, mehr Leben vernichtet, mehr Freiheit unterdrückt, als im Sowjetrußland, das die Konstituante des allgemeinen Stimmrechtes mit Bajonetten verjagte, weil sie nicht bolschewistisch war und im schändlichsten Bürgerkriege die ganze Kraft des Volkes dahinströmen ließ, das zu Hunderttausenden dem Hunger, den Seuchen und dem Terror des Bürgerkrieges erliegt. Aber die Masgeier des Marxismus wittern eine frische Leiche: Deutschland. Eine Armee von drei Millionen soll geschaffen, Getreidevorräte aufgehäuft werden, um der deutschen Revolution im Kampfe gegen „die Freiheit, Bestialität, die reaktionären und Eroberungstendenzen des englischen und französischen Imperialismus“ beizustehen. Die Weltgeschichte hat in den letzten Tagen ihre Entwicklung zur Weltrevolution der Unterdrückten ungemein beschleunigt. Wie eine solche Revolution aussieht und welche Vorteile sie dem Volke darbietet, darüber haben die glücklichen Unselbstlichen, die sich aus jener Hölle zu retten vermochten, genügend berichtet.

Man schachtet unter Markern die Kinder in den Kadettenschulen, man plündert die Ernten der Bauern, die Vorräte der Kaufleute, man brandschatzt die Wohnungen, man beschlagnahmt die Gelder in den Banken, wobei die überwachenden Kommissäre fleißig wechseln, damit recht viele unter den Sowiettyrannen sich bereichern können. Erhebt sich das wirkliche Volk gegen Wahnsinn und Fanatismus. So hat man die Maschinengewehre, die von jenen Brötarianern bedient werden, die herrlich vom Geraubten leben. Diese Zustände stehen den Randgebieten bevor, wenn sie, wie Wilson es wünscht, geräumt werden und nicht vorher Sorge getragen wird, daß ein Schutzordon gegen die marxalistischen Pestherde gezogen wird, und sie werden unweiderstehlich im verelendeten

Deutschland um sich greifen. Man sage nicht, daß die expansive Tendenz des Russentums, die ausgearteter Erbserbdrang ist, sich nach dem weltbeseuernden Bolschewismus nun im weltbeseuernden Bolschewismus äußert und der besonnenere Deutsche dank seinem nüchternen Charakter, seiner größeren Bildung und seinem differenzierteren Empfinden davor geschützt sei. Der Nährboden für den Bolschewismus sind ein verlorener Krieg und die Verelendung und Hoffnungslosigkeit eines ganzen Volkes, und diese Voraussetzungen gelten auch für Deutschland, wenn nicht Wilson kräftig genug ist, das Unheil zu bannen. Die Ansteckungsgefahr jener geistigen Seuche ist riesengroß, und wenn dann eine Verbindung der deutschen und der russischen Revolution geschaffen wäre, so würde sie mit Sicherheit auf alle Länder übergreifen; der Bolschewismus betrachtet sich ja, und mit Recht, als Feind der ganzen bestehenden Welt und in ihm gährt der unbedingte Fanatismus aller, die eine Heilswahrheit zu besitzen glauben und sie mit Feuer und Schwert der Welt ausdrängen wollen. Der Imperialismus der Alldeutschen ist, was Gefährlichkeit anlangt, auch in seiner Sünden-Maienblüte noch harmlos gewesen gegen den Imperialismus Lenins.

Die Entente will sich gegen einen Feind wehren, der im Sterben liegt: gegen den deutschen Militarismus, und sie überieht dabei den sehr lebendigen und gefährlicheren Feind, den Bolschewismus, gefährlicher deshalb, weil er sich freiheitlich geberdet, sich an die populären Instinkte der Begehrlichkeit und des Neides wendet und den Fanatismus der Halbbildung und des entfesselten Sklaventums verförpert. Lenins Aufruf mahnt gerade zur rechten Zeit, wo der wahre Feind der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Demokratie sitzt. Die deutsche Revolution wäre nur für den Augenblick ein Bundesgenosse der Entente, später ihr grimmigster Feind; ihr natürlicher Bundesgenosse ist vielmehr die deutsche Demokratie. Diese ist noch schwach und wenn sie beim deutschen Volke ihre Herrschaft damit antritt, daß sie ihm eine Zukunft der Schmach, der Ungerechtigkeit, des Hungers und des Helotentums bringt, ist sie in ihrer Geburt erwürgt. Der Bolschewismus kann in seiner geistlosen Fortschrittsfeindschaft, in seiner Verleugnung der menschlichen Natur, als Zerrbild eines echten und schöpferischen Sozialismus stets bloß eine Episode der menschlichen Entwicklung sein; doch eine Episode, die unendlich viel zerstört und die Menschheit in grauenhaftes Elend, in Chaos und Trümmer führen kann. Nur die Weltdemokratie, nur der Sieg der Gerechtigkeit und der Versöhnung der Nationen wie der Klassen, vermag ihn zu überwältigen, und die Weltdemokratie kann bloß auf dem festen Unterbau des Völkerbundes sich aufrichten. Der Völkerbund aber ist bloß denkbar, wenn Deutschland kein Unrecht widerfährt, wenn es nicht der Baria unter den Völkern wird. Dies mögen Wilson und die Hauptlinie der Entente bedenken und mit raschem und entschlossenem Entschluß dem drohend sich aufrückenden bolschewistischen Ungeheuer des Klassen-Imperialismus den Kopf zerschlagen.

„Gegen die imperialistischen Ungeheuer.“

# Noch ist der Schleier nicht gefallen, der die deutsche Antwort an Wilson verhüllt. Es wird uns versichert, sie sei zustimmend; aber vieles, was in Deutschland geschieht und vieles, was nicht geschieht, will zu jener Zusicherung nicht passen. Ein neuer Statthalter und Staatssekretär für Gas-Bohringen wird gesucht, obwohl die „reconsideration“ des Punktes 8 wohl die wünschenswerte Deutung eines Referendums für die beiden Länder, jedoch keinesfalls deren Regierung durch irgend eine Berliner Autorität erlauben würde. Irgendwelche Beweise für die innere Kraft der deutschen Volksregierung wären sehr willkommen, fehlen jedoch leider einstweilen. Allerdings wird alles mögliche Vortreffliche in den Zeitungen der deutschen Vinken angekündigt und gefordert, jedoch ist bisher noch nichts davon greifbare Wirklichkeit geworden, nicht einmal die Amnestie, die doch sogar keiner Reichstagsitzung bedürfte. Wir möchten darin weniger einen Beweis für die Unaufrichtigkeit als für die verwirrte Unerfahrenheit der

### Deutschlands Unterwerfung.

Wir sind in den vier Kriegsjahren gewöhnt worden, uns vor vollzogene Tatsachen gestellt zu sehen. Unter Bethmann wie unter Scheidemann wird nach demselben Rezept gearbeitet. Zunächst Fesselung der öffentlichen Meinung durch strengste Zensurverbote, dann Betäubung mit Schlagworten und endlich das Ergebnis, an dem nicht mehr gerüttelt werden kann, und das daher mit „Ruhe, Würde und Besonnenheit“ hingenommen werden soll, bis die nächste „vollendete Tatsache“ folgt. Wir haben nunmehr ein demokratisches Regiment, aber freier sind wir nicht geworden, im Gegenteil. Ueber Thema darf auch heute und heute erst recht — Scheidemann selbst hat das in der Regierung durchgesetzt — nur gesprochen werden, wenn es nichts mehr nützt, wenn alles vorüber ist, wenn die Staatsweisen mit einigem Recht behaupten dürfen, daß jede Kritik nur das schlimmste Ergebnis noch verschlimmern könnte. So haben wir Polen geschaffen, das uns jetzt altpreußische Landesteile wegzunehmen beginnt, so die Verhandlungen mit Wilson im Jahre 1918 geführt, so auch das Friedensangebot gemacht. Ueber Elsaß-Lothringens Zukunft durfte kein Wort gesprochen werden, bis man es nach Wilsons Diktat ebenso wie die preußisch-polnischen Provinzen als Objekt internationaler Verhandlungen erklärte. Die Frage, was denn nun eigentlich durch alle Bedrückung und verächtliche Beiseitenschiebung des dunkelnden und kämpfenden deutschen Volkes durch die Regierung und die Militärbehörden erreicht und gebessert worden ist, wird ebenso unbeantwortet bleiben wie viele andere. Nur festgestellt muß werden, daß diese ganzen Praktiken der Dunkelkammer durch dieselben Leute gemacht worden, die über die Geheimdiplomatie des alten Systems sich entäußerten, von denselben Leuten, die die Wilsonschen Punkte feierlich angenommen haben, von denen der erste verlangt, daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt, also auch vor dem eigenen Volke, getrieben wird.

Unser Waffenstillstandsangebot war aus einer augenblicklichen militärischen und innerpolitischen Krisis heraus geboren und mußte unsere Position naturgemäß verschlechtern. Hätte man erst den Versuch gemacht, unsere Lage wieder zu befestigen — die Truppenmassen standen im Lande und in den besetzten Gebieten zur Verfügung — hätte man auch nur den Versuch gemacht, die verheißene Organisation der nationalen Verteidigung zu beginnen und dann ein erneutes und genaues Friedens-, nicht Waffenstillstandsangebot dem Feinde vorgelegt, so wäre ein würdiger Ausgleich eher möglich gewesen. Auf das Waffenstillstandsangebot antwortete Wilson mit einer Note, die auch abgestumpften Ohren demütigend klingen mußte, und die sich über die Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit der deutschen Regierung zu vergewissern suchte, unbedingte Annahme seiner 14 Punkte und Räumung der besetzten Gebiete verlangte — eine Forderung, wie sie einem im Feindesland befindlichen Millionenheere und einem Volke, das so Gewaltiges in vier Kriegsjahren geleistet, in der Weltgeschichte noch nicht gestellt worden ist. Unsere Regierung hat einstimmig und mit ausdrücklicher Zustimmung der Heeresleitung die Wilsonschen Bedingungen angenommen, um damit einen „Frieden des Rechts“ zu ermöglichen. Frieden des Rechts heißt heute das, was man früher Verständigungsfrieden nannte und was altmodische Leute, die nicht mit Herrn Harden und dem „Berl. Tgbl.“ diese Unglücksstunde unseres Vaterlandes als eine „große und schöne“ zu bezeichnen vermögen, „Niederlagefrieden, Unterwerfung und Hungerfrieden“ bezeichnen. Bismarck hat einst gesagt: „Wir wollen das deutsche Volk in den Sattel setzen, reiten wird es schon können.“ In der Antwortnote an Wilson geben wir der Welt bekannt, daß wir es nicht gekonnt, weil uns innere Streitigkeiten stets vor der Macht des Landes gehen und weil wir verbrecherisch schlecht geführt worden sind.

Das deutsche Volk hat in vier Kriegsjahren Opfer gebracht und Taten vollbracht, wie kein anderes Volk der Welt, Taten, die einem anderen Volke den ersten Platz auf der Erde gegeben — und das ist das Ende. Es nützt nichts, nach alter amtlicher Presseanweisung „aus dem Geschicklichen das Beste zu machen“. Die Stunde ist zu ernst und zu blutig, um mit Beschönigungen und Verbrämungen sich selbst und andere zu betäuben. Der Friede, den uns Wilson vermitteln soll, vernichtet, was Bismarck aufgebaut, und wirft unser herrliches, tapferes, leidgewöhntes Volk auf lange, lange Zeitfristen zurück. Glaube, wer glauben mag, an die wunderbaren Zeiten des Völkerbundes. Tatsache bleibt jedenfalls, daß wir in diesem Völkerbunde als verkleinertes

# Die deutsche Antwortnote an Wilson.

## Die Mittelmächte erklären sich bereit, dem Räumungsvorschlag Wilsons zu entsprechen.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Berlin unter dem 12. Oktober:

Die an den Präsidenten Wilson gerichtete Antwortnote der deutschen Regierung lautet:

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 3. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich, im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung, bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober.

gez. Dr. Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Budapest, 12. Oktober.

In Széchenyi, einmütlich in ihrer lapidaren Schmucklosigkeit, beantwortet die deutsche Rückäußerung die drei Vorfragen, die von Wilson gestellt worden sind. Aber als Unterton schwingt in der beinahe geschäftsmäßig anmutenden Gegenständlichkeit der genau abgewogenen Worte das Pathos der Weltgeschichte mit. Wenn Wilsons Gesinnung, die sich in seinen drei Vorfragen aussprach, aus redlicher Ueberzeugung und dem Wunsche, dem blutigen Ungemach der ganzen Menschheit endlich ein Ziel zu setzen, hervorgegangen war, woran zu zweifeln bis jetzt kein Grund vorliegt, so ist durch die deutsche Antwort der Weg, der zum Frieden führen muß, in aller Form angebahnt. Mit reiflicher Klarheit erklärt die deutsche Regierung, die in den Kundgebungen Wilsons verkündeten Grundsätze als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens anzunehmen und in den einzuleitenden Friedensverhandlungen bloß eine Verständigung über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung anzustreben. Die böswilligste Scheelsucht wird in dieser bindigen Erklärung keinen Vorbehalt entdecken, keinen Hintergedanken in sie hineininterpretieren können. Die Mittelmächte geben sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Annahme der Wilsonschen Grundsätze manch schweres Opfer für sie bedeutet. Sie bringen diese Opfer nicht etwa einem Drucke weichend, der die augenblickliche Kriegslage auf ihre Entschließungen übt. Sie bringen sie um des höchsten Gutes willen, nach dem die gequälte Menschheit sich sehnt: um des dauernden Rechtsfriedens willen. Der dauernde Rechtsfrieden wird ihre Völker schirmen gegen böswillige Saboteure, gegen das Streben, sie zu unterdrücken und ihre Staaten zu zertrümmern, gegen die Gefahren also, zu

deren Abwendung sie zum Schwerte haben greifen müssen. Wird der Friede, nach dem hin die deutsche Antwort einen erheblichen Schritt bedeutet, mit allen Bürgschaften der Dauerhaftigkeit ausgestattet und wird er ein Bollwerk des Rechts gegen gewalttätige Anschläge der Gier nach fremdem Besitz sein, dann ist für ihn kein Opfer zu groß, denn seine Sonne wird das Meer von Blut und Tränen austrocknen, das dieser Weltkrieg hinter sich zurückläßt und einer Menschheit leuchten, die sich selbst erlöst haben wird aus der sittlichen Unmacht des Hasses, um wieder zurückzufinden zu den Geboten des Gewissens, des Fortschritts und der Zivilisation.

Aber allerdings kann der Friede nur unter der Voraussetzung die Eingangspforte zu einer glücklichen Menschheitszukunft sein, daß auch die Völker und Regierungen der Entente sich ebenso vorbehaltlos wie die Mittelmächte auf den Boden der Wilsonschen Punkte stellen. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird, wenn er gewissenhaft zu Werke gehen will, seine Bundesgenossen daraufhin mit aller Gründlichkeit zu prüfen und sich auch der Gleichartigkeit ihrer Gesinnungen zu vergewissern haben. Wilson übernimmt mit dem Amte des Weltfriedensrichters auch die moralische Haftung dafür, daß seine Waffengefährten die Prinzipien, die er zu Leitfäden des künftigen Friedens erhoben hat, in seinem Geiste vollinhaltlich annehmen, daß sie im Verlaufe der Friedensverhandlungen keinen fremden Sinn in sie hineinbeuten und auch ihrerseits sich auf die Erörterung der praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung beschränken werden. Die deutsche Regierung äußert diese Erwartung in hypothetischer Form, indem sie „annimmt“, daß auch die Ententeregierungen entschlossen sind, sich auf den gleichen Boden zu stellen. Präsident Wilson kann nicht den Ehrgeiz haben, den Weltkrieg durch einen leoninischen Vertrag abzuschließen zu wollen. Ein derartiger Vertrag wäre zunächst alles eher als ein Rechtsfriede, und ohne weiteres muß einleuchten, daß er auch nicht von Dauer sein könnte. Die Annahme der deutschen Antwortnote, daß der Präsident der Vereinigten Staaten der Bürge der gleichgerichteten Gesinnungen seiner Verbündeten ist, könnte nur hinfällig werden, wenn Wilson die Haftung für die Ententegenossen ausdrücklich ablehnen würde. Allerdings wäre es damit um seine Eignung zum arbiter mundi, aber auch um den Frieden geschehen.

Was Wilsons Vorfrage nach der Machtquelle des deutschen Reichstages betrifft, so wird auch in der auf sie erteilten Antwort keine Haarpalterei, mag sie noch so nörgelhaftig sein, etwas auszuweisen finden. Das Deutsche Reich ist in seiner inneren Entwicklung in eine neue Aera getreten, seine gegenwärtige Regierung hat ihre Wurzeln im parlamentarischen System, sie ist hervorgegangen aus der Mehrheit des Reichstages und stellt mithin den unverfälschten Ausdruck des Volkswillens dar. Man begreift, daß Wilson den Wunsch hatte, scharf definierte und volle Klarheit in diesem Belange zu gewinnen. Aber nun ist ihm diese Klarheit geworden, nun weiß er, daß er mit der Regierung des deutschen Volkes verhandelt und es darf nicht bezweifelt werden, daß er sich mit diesem Bescheid zufrieden geben wird.

Das Schwergewicht der deutschen Antwort liegt, ebenso wie das der Vorfragen Wilsons, auf dem Punkte betreffend die Räumung der militärisch besetzten Gebiete. In seinen Vorfragen hatte sich der Präsident der Vereinigten Staaten diesfalls nicht an Deutschland allein, sondern an die Mittelmächte gewendet. Auch der Reichskanzler beruft sich in seiner Antwort auf das Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung, und er erklärt sich auch im Namen der letzteren bereit, dem Räumungsvorschlag des Präsidenten zu entsprechen. Durch diesen Vorschlag war der Friedenswille der Mittelmächte auf die härteste Probe gestellt worden. Unbesiegten Armeen die den Feind von ihren Heimatgrenzen zurückgeschlagen und ihre Fahnen tief in Feindesland getragen haben, wurde zugemutet, mit eingerollten Fahnen diese Gebiete zu räumen und die Faustpfänder von sich zu werfen, die nach altem Kriegsbrauch erst beim Friedensschluß durch Zugeständnisse an die künftige Sicherheit ihrer Staaten ausgelöst werden sollten. Indem die Mittelmächte diesem Ansuchen Folge leisten, üben sie eine Selbstüberwindung, die ihnen nur tiefste Sittlichkeit, ehrlichste Friedensbereitschaft, Rücksichtnahme auf den Jammer der ganzen Menschheit abgerungen haben kann. Sie laden Wilson ein, den

Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, die die technischen Durchführungsmodalitäten vereinbaren soll. Der Auszug von Millionenheeren aus ihrem Operationsgebiet ist eine verwickelte und schwierige Arbeit, die nicht im Handumdrehen verrichtet werden kann. Wenn die Räumung Vorbedingung des Waffenstillstandes sein soll, so muß zuvörderst Waffenruhe eintreten, da ja die abziehenden Armeen nicht weiter dem Vernichtungsfeuer ihrer Feinde ausgesetzt bleiben dürfen. Auch ist eine Reihe von Fragen noch zu lösen, ehe an die Räumung geschritten werden kann. In wessen Hand sollen die geräumten Gebiete sich bis zum Friedensschluß militärisch befinden? Welche Demarkationslinien sollen die gegnerischen Heere nach vollzogener Räumung beziehen? Den Antrag, diese Fragen durch eine gemischte Kommission einvernehmlich regeln zu lassen, kann Präsident Wilson unmöglich als eine verhüllte Ablehnung seines Räumungsvorschlages werten. Der Antrag ist mehr als berechtigt, er ist logisch notwendig. Wenn Wilson ihn mit der Loyalität behandeln will, mit der er erstattet worden ist, so kann die Räumungsfrage als in günstiger Weise erledigt betrachtet werden.

Wie wird sich nun der Präsident der Vereinigten Staaten zu der deutschen Antwort stellen? Zweifellos verfügt er innerhalb des Lagers unserer Feinde über die Macht und den Einfluß, jegliche Hemmung, die aus ihrem Kreise seiner Friedenspolitik bereitet werden sollte, zu überwinden. Amerikanisches Geld, amerikanische Technik, amerikanische Rohstoffe und amerikanische Truppen haben die Wendung in der Kriegslage hervorgerufen. Der Gebieter des Weißen Hauses ist buchstäblich der oberste Kriegsherr der Entente geworden. Ohne ihn hätte sie den Krieg längst nicht mehr führen können, gegen seinen Willen kann sie den Friedensschluß nicht vereiteln. Auch kann Wilson unmöglich übersehen, wie in den mit ihm verbundenen Ländern überall der Friedenswille der Volksmassen immer mächtiger zum Durchbruch kommt. Er muß wissen, daß Hindernisse, die ihm bereitet würden, lediglich von den Regierungen der Entente ausgehen könnten, nicht von den Völkern, die keinen schuldigeren Wunsch haben, als seine Mitarbeiter am Friedenswerke zu sein. Nie seit den Anfängen der Weltgeschichte war das Schicksal der ganzen Menschheit in solchem Maße wie jetzt in die Hand eines einzigen Menschen gelegt. Glück oder Verderbnis, Segen oder Fluch des gesamten Menschengeschlechts hängt jetzt von dem Willensschlusse ab, zu dem Wilsons Gewissen sich durchringen wird. An der Schwelle des Januustempels steht Woodrow Wilson. Schwankend zwischen Bangen und Hoffen harret der Genius der Menschheit seinem Entschlusse entgegen.

13./X. 1918

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 20, Inserionspreis nach Tarif, Inserate
Gebrauch: Wtsak, Ann.-Exp. in Prag und
Brisak; Jos. A. Kierulch, Inserions-Exp. in Graz;

Freie Presse

Morgenblatt.

Abonnement für Wien:
Mit tagl. zweimal. Zustell. ins Haus: Monatl. K. 4.50,
viertelj. K. 14.--, ganzl. K. 56.--

Nr. 19445.

Wien, Sonntag, den 13. Oktober

Die deutsche Antwort an Wilson.

Zustimmung zu allen Forderungen.

Berlin, 12. Oktober.

Die an den Präsidenten Wilson gerichtete Antwortnote
der deutschen Regierung lautet:

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der
Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche
Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sätze an-
genommen, die Präsident Wilson in seiner An-
sprache vom 8. Januar und in seinen
späteren Ansprachen als Grundlage eines
dauernden Rechtsfriedens niedergelegt
hat. Der Zweck der einzuleitenden Be-
sprechungen wäre also lediglich der, sich über
praktische Einzelheiten ihrer An-
wendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die
Regierungen der mit den Vereinigten Staaten ver-
bundenen Mächte sich auf den Boden der Kund-
gebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einver-
nehmen mit der österreichisch-unga-
rischen Regierung bereit, zur Herbei-
führung eines Waffenstillstandes den
Räumungsvorschlägen des Präsidenten
zuzustimmen. Sie stellt dem Präsidenten
anheim, den Zusammentritt einer ge-
mischten Kommission zu veranlassen, der
es obliegen würde, die zur Räumung er-
forderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die
Verantwortung für den Friedensschritt
trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Ueber-
einstimmung mit der großen Mehrheit
des Reichstages. In jeder seiner Handlungen
gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichs-
kanzler im Namen der deutschen Regierung und des
deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

(Gezeichnet:) Solff

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die deutsche Antwort in Übereinstimmung
mit den militärischen Stellen.

Berlin, 12. Oktober.

Staatssekretär Erzberger, Mitglied des Reichstages,
empfangt gestern den Direktor der Norddeutschen Allgemeinen
Zeitung, D. Stollberg, und machte ihm folgende Ausführungen:
In der bedeutungsvollen Stunde, in der die deutsche Kaiserin

Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse“
erscheint Montag nachmittags.

Die Antwort auf die Friedensnote des
Präsidenten Wilson.

Restlose Bejahung der an Deutschland gestellten
Fragen.

Wien, 12. Oktober.

Der Frieden kommt. Deutschland hat im Einvernehmen
mit der Monarchie sich bereit erklärt, die besetzten Gebiete zu
räumen. Die Sehnsucht, aus diesem furchtbaren Kampfe
herauszukommen, ist so stark, der Eindruck des großen
Sterbens so gewaltig, daß vielleicht das Erlebnis dieser
Räumung nicht voll erfasst wird. Die Räumung vieler
tausend Quadratkilometer nach den Feldzügen, die als rein
menschliche Leistung und wegen der körperlichen und geistigen
Spannweite bedrängter Völker die höchste Bewunderung
einschließen, die Räumung, weil nur dieses Zugeständnis den
Präsidenten Wilson bewegen kann, der Entente einen
Waffenstillstand vorzuschlagen, ein solches Ereignis ist ganz
neu, wie vieles an diesem Kriege. Wir nahen uns dem
Ende. Wie die Truppen am Toten vorübergehen müssen
dem gewissen Ziele entgegen, so müssen wir in dieser schweren
Zeit uns gewohnter Vorstellungen entschlagen, das Ergebnis
der Kämpfe hinnehmen und versuchen, in der heutigen so
erstaunlichen Welt uns zurechtzufinden. Das Heilmittel
für die tiefen Wunden, die uns der Krieg ge-
schlagen, und für die Schmerzen, die er dem
Selbstgefühl bereitet hat, ist Arbeit. Wenn nach
fünfzig Monaten der Hunger und nicht der Feind uns nieder-
zwingt, die österreichisch-ungarischen Soldaten von der Pieve
in der Richtung gegen den Honzo zurückgehen und die
deutsche Armee sich der Heimat zuwendet, die Waffenruhe
einfsetzt, der Waffenstillstand beginnt und die Verhandlungen
über den Frieden eingeleitet werden, ist der Trost für die
Beugung großer Völker die schöpferische Arbeit, welche die
Zukunft vorbereitet und durch die jedes Land, das sich ihr
hingibt, wieder ausgerichtet wird. Wir gehen einer Zeit ent-
gegen, so streng und so ernst, daß nur der vor ihr bestehen
wird, der arbeitet. Sich geistig erheben, die Forderung auf
das tägliche Leben anwenden, die Wissenschaft in die Werk-
statt hineinstellen und arbeiten wie sonst niemand, diesen
Sieg wird dem deutschen Volke eine Welt von Feinden
schwerlich nehmen können und diesen Platz wird es nie
räumen müssen. Siebzig Millionen tüchtiger, gesunder und
betriebsamer Menschen können einen unglücklichen Krieg aus-
halten, ohne die Erholungsfähigkeit zu verlieren.

Präsident Wilson hat in seiner Note gesagt, er würde
sich nicht berechtigt fühlen, den Regierungen, mit denen die
Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind
einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Armeen der
Monarchie und des Deutschen Reiches auf dem Boden der

das nun den Staat schlichtet, durch tunlichstes Eingehen auf
die vorgebrachten Wünsche zu hindern, war im Gegenteil
nie so groß wie jetzt. Nicht um etwas zu entziehen, sondern
um in erster Stunde vom Staate eine unheilbare Schädig-
ung abzuwenden, die er sich anscheinend selbst zufügen
will, wurde darauf verwiesen, daß jene Dokumente für die
Auslegung, die unzufriedene nationale Parteien jetzt der
Selbstbestimmung geben, keinerlei Anhalt bieten. Nach
Wilson bleibt die Selbstbestimmung oder Autonomie inner-
halb des Staatsverbandes, anstatt ihn zu sprengen, und
ihre Ausmaß ist eine Sache der Verständigung zwischen
Staat und Nation in den geltenden verfassungsmäßigen
Formen. Ein Völkerstaat wird Oesterreich deshalb nur
dann werden, wenn die Staatsgewalt es will oder zuläßt,
und nur so, wie diese dessen Verfassung will oder zuläßt.
Beides ist eine Willens- und Kraftfrage; mit der An-
nahme von Wilsons Punkten ist an und für sich keine
Lösung vorgegriffen. Das ist auch mit dem Weltbild im
Einklang, das Wilsons Punkten zugrunde liegt: nicht Zer-
störung, um Neuem Platz zu machen, sondern Verbinden
des Neuen mit dem Alten, Wiederherstellen des Geschicht-
lichen, Verbessern des Bestehenden durch Hinzufügen neuer
Gedanken und Ansätze, Befestigen oder Abschwächen aller
wirtschaftlichen, nationalen und politischen Reizbarkeiten,
die am Kriege schuld haben, kurz mit den Worten
Wilson ein Ausgleich, von dem es am wahrschein-
lichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd
ist, herbeiführen werde. Das soll die Grundlage für den
Völkerbund abgeben. Auch für ihn wäre Selbstbestim-
mung, der jede Eingliederung in höhere Zweck- und
Zielzusammenhänge abgeht, von höchstem Nachteil. Aus
je größeren Einheiten der Bund besteht, desto besser für
ihn; denn diese vermögen dann als Zwischenglieder dafür
zu sorgen, daß die Richtlinien des Bundes auch in der
Politik der kleinen Völker in Ehren gehalten werden. Die
Wilsonschen Punkte lassen keinen Zweifel, daß in ihnen
ein sozusagen absolutes Selbstbestimmungsrecht der
Völker nicht anerkannt ist und auch nicht nach ihnen
Oesterreich abgenötigt werden kann. Alles ist heute in der
Gesellschaft relativ; auch das Verhältnis zwischen Staat
und Nation. Die Friedensgrundlage, der die Mittelmächte
zustimmen, gestattet nach dem Gesagten nicht, dem Staate
etwas anzunehmen, was mit seiner Fortdauer unvereinbar
wäre. Nationale Vereinheitlichung im Staate, aber nicht
ohne oder gegen den Staat. Greichen wir uns um
Gotteswillen nur nicht selber aus! Verschonen wir nicht,
was uns, wenn die Sätze des Unionpräsidenten nicht
bloß Blendwerk sind, niemand nehmen kann! Verstücken
wir uns nicht mit eigenen Händen, nachdem es den
anderen nicht gelungen ist! Kühles Blut und überlegte
Ruhe gegenüber allem politischen Gevölkter! Der Diplomatie
geben die Erklärungen Wilsons Mittel genug, um die
staatlichen Fundamente mit Erfolg zu verteidigen. Ihrer
bedürfen nicht zum wenigsten noch für lange Zeit auch
sehr viele der österreichischen Nationalitäten, wenn sie,
statt in Zwist, Streit, Unordnung und Schwäche unter
den Lasten eines selbständigen Staates niederzubrechen,
den wiedererlangten Frieden für ihr Volkstum und zu
weiterem geistigen und kulturellen Fortschritt verwenden
wollen.

### Wilson oder Clemenceaus Friede?

# Die deutsche Note bedeutet die bedingungslose Annahme der Forderungen Wilsons. Die Versuche der französischen Zeitungen, in sie Zweideutigkeiten oder Heuchelei hineinzulesen, tun nicht bloß der Gerechtigkeit, sondern sogar der Logik Gewalt an. Die Wilson-Punkte sind nicht bloß als Grundlage für Besprechungen, sondern ihrem ganzen Inhalt nach angenommen; nur über die „praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung“ soll gesprochen werden, und das ist, da sie ja ganz allgemein gehalten sind, jedenfalls eine unbedingte Notwendigkeit. Die Mittelmächte räumen die besetzten Gebiete; sie stellen es dem Präsidenten anheim, „den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, die zur Räumung erforderlichen Vorbereitungen zu treffen“. Anheimstellen — man beachte diesen Ausdruck; er ist keine Bedingung, sondern ein bloßer schüchterner Vorschlag. Ebenso „nimmt die deutsche Regierung an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten alliierten Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.“ Wieder keine Bedingung, sondern eine bloße Hoffnung. Der Kanzler spricht, „gestützt auf den Willen der Mehrheit, im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“ Wilsons Fragen sind so beantwortet, wie er es gewünscht hat, und damit erwächst ihm die Verpflichtung, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Alles hängt jetzt davon ab, ob er können wird, was er gewollt hat. Der Weltkrieg selbst ist entschieden, und sein Ergebnis ist der Zusammenbruch des ehemaligen Vierbundes; unentschieden ist noch der Krieg zwischen den Rasenden und den Besonnenen, zwischen jenen, die Gewalt und Rache, und jenen, die Versöhnung und Völkerbund wollen, oder, um es in Menschen zu symbolisieren: zwischen Clemenceau und Wilson.

Dieser Streit spielt sich vorerst noch im Dunkeln der Kabinette ab, ist aber bereits so stark geworden, daß er in den Stimmen der Pariser Presse schon deutlich vernehmbar wird. Frankreich will seine Rache, es denkt mit dem Gefühl, und der gesunde Sinn, die aufrichtige Friedensbereitschaft des französischen Volkes, seine Generosität und seine klare Vernunft kommen in den Stimmen, die Havas zusammenträgt, nicht zu Wort. Dabei beansprucht die Hezpresse für Frankreich die Führung, die sie nur ungern in Wilsons Hand sieht. „Foch wird das Wort haben, um die Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen. Ueber den Abschluß eines Waffenstillstandes anerkennt die ganze öffentliche Meinung Frankreichs und auch Wilson nur einen Richter: Marschall Foch.“ Die Londoner Northcliffe-Presse verweist darauf, daß die Alliierten ihrerseits Wilsons 14 Punkten noch andere hinzufügen werden. Als Bedingungen für den Waffenstillstand fordern sie unter anderem die Räumung von Mex., einen Brückenkopf über den Rhein, Entwaffnung der deutschen Flotte, Herausgabe aller Unterseeboote und — die Erklärung, daß die deutschen Kolonien nicht zurückgegeben werden dürfen. Man beanügt sich dort nicht mit dem Eingeständnisse Deutschlands, besiegt zu

sein, man will dessen Demütigung und Vernichtung. Es scheint unendlich schwer zu sein, einem Volke und Heere, das mitten im Siege ist, in den Arm zu fallen. Man erinnert sich, wie die Verhandlungen in Brest-Litowsk abgebrochen wurden, weil Hindenburg und Ludendorff den leichten Sieg wollten und wie dann fast widerstandslos der Vormarsch nach Finnland, Estland, Odessa und dem Don begann. Heute sieht Foch ähnliche Möglichkeiten vor sich; er weiß, daß der deutsche Widerstand schwächer wird, er kann in mehreren Wochen bereits in Deutschland und in Ungarn stehen, neue Hunderttausende von Gefangenen heimgebracht haben, und er wäre kein General, wenn er darin nicht die einzige Lösung sehen würde. Vermutlich sind seine Gefühle gegenüber Wilson jenen verwandt, die Ludendorff gegenüber den deutschen Gemäßigten hegte. Man wird daraus ersehen, daß der Militarismus seine besondere Mentalität hat und daß der preussische nur eine Variante, nicht aber einen eigenen Typus darstellt.

Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß nach einigen Wochen oder längstens Monaten jeder ernsthafte Widerstand in den Mittelmächten gebrochen sein würde und die Entente dann auch die größten Bergewaltigungen und Eroberungen durchsetzen könnte. Aber ebensowenig wäre dann zu zweifeln, daß sie sich damit nicht bloß entehrt hätte, sondern daß sie mit der Gewißheit von Weltrevolution und Rachekriegen zu rechnen hätte und daß es nur neue Feindschaft zwischen den Menschen geben würde. Die ganze Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel. An Wilsons ehrlichem Willen zur Versöhnung ist nicht zu zweifeln, und die „strikte Gerechtigkeit“ und „Milde“, die Lansing verheißt, wirkt wie ein kalter Wasserstrahl gegen die Northcliffe und Clemenceau. Aber Havas beginnt bereits überdeutlich zu werden und läßt sich aus Washington telegraphieren, daß Wilsons Antwort, wenn er der Meinung sei, sie käme von der Regierung der Hohenzollern, auf unannehmbar lauten müsse. Sehr deutlich wirkt der Hinweis, daß ja auch die übrigen Alliierten ihre Entscheidung über Frieden und Waffenstillstand auszusprechen hätten. Alles dies ist Stimmungsmache mächtigster Art und der Versuch, den Präsidenten einzuschüchtern und vom rechten Wege abzubringen. Wir sind überzeugt, daß dadurch Wilsons Gesinnung nicht verändert werden kann; aber die große Frage ist jetzt nicht, was er will, sondern was er kann. Sein Wille hat die ganze Union in diesen Kreuzzug hineingerissen; wird ihm die Demobilisierung der Geister ebenso rasch und unwiderstehlich gelingen? Entgegen den törichtesten Behauptungen der deutschen Kriegspresse, die ihn sage und schreibe vor vierzehn Tagen noch als wildesten Autokraten hinstellte, ist der Präsident nur der Beauftragte der öffentlichen Meinung seiner Nation; er vermag alles, wenn er sie ausdrückt, und er wäre ohnmächtig, wenn er ihr widersteht. Wird es ihm gelingen, mit Riesenkraft den in voller Fahrt dahinjagenden Kriegswagen zum stehen zu bringen, die Zustimmung des Senatsausschusses oder des hiesigen entscheidender Führer zu erlangen? Davon hängt heute nicht bloß der Friede, sondern das Schicksal der ganzen Welt ab. Wir haben stets auf die Gefahr hingewiesen, daß Wilson ebenso wie die gemäßigten Führer in den anderen Ententestaaten überrannt würde; ein jeder Tag Kriegsfortsetzung, ein jeder Kriegserfolg der Entente ließ jene Gefahr wachsen, und heute muß man befürchten, daß die deutsche Erkenntnis der wahren Lage zu spät kommt. Denn wenn auch sicherlich die Arbeiterschaft, ein großer Teil der Soldaten und Völker lieber heute als morgen Frieden schließen würde, so wirkt doch die Gewißheit des Ententesieges entgegen, und jener innere Widerstand kann sich nicht so rasch geltend machen, wie jener des Marshalls Foch und Clemenceaus. Der große Konflikt in der Entente ist da, den bisher verbindliche Verbeugungen vor Wilsons allgemeinen Sätzen verschleierten. Foch hat Hindenburg geschlagen, wird er Wilson auch besiegen?

Nirgends kann es einen Besonnenen, einen Freund der Menschheit und der Zukunft unserer Kinder geben, dessen innigste Wünsche nicht bei Wilson wären. Die Entscheidung hinauszuzögern, das ist der innige Wunsch Clemenceaus; die Erfolge, die jeder Tag bringt, verstärken die Extremisten und schwächen Wilsons Stellung; eben deshalb wird Wilson sicherlich versuchen, die Entscheidung rasch zu erreichen. Aber wird ihm dies gelingen? Selbst im günstigsten Falle wird die Entente versuchen, neue und sehr drückende Verträge bereits dem Waffenstillstand anzuhängen, und damit wäre bereits der Weg zu einer späteren Versöhnung und zum Völkerbund verrammelt. Es gibt Dinge, die kein Volk vergeben und vergessen kann. Heute den Deutschen vorzuschreiben, was sie mit ihrer Dynastie zu tun haben, ihnen ihre Flotte und Festungen abfordern, den Verzicht auf ihre Kolonien abpressen, in denen allein ihre natürliche und legitime Expansion sich ungefährlich ausleben könnte, ihre Gebiete mit roher Gewalt ihnen entreißen, das ist schändester Militarismus und sein Endergebnis wird dasselbe sein, das noch

jedem Militarismus widerfuhr: Krieg und Revolution. Welches Interesse kann die Entente denn haben, Deutschland in Elend und Verzweiflung zu treiben? Wird sie dann leichter die Schäden dieses Krieges überwinden können, wenn sie vor der ewigen Wut von siebzig Millionen Deutschen und vor dem Aufruhr des Weltproletariats steht, dessen Blut für Ungerechtigkeit, Imperialismus und Eroberungen sie abverlangt? Kann sie an Abrüstung und Völkerbund denken auf der Grundlage von Gewalt und Demütigung und Unterjochung?

Wolff beruhigt die Welt mit der Meldung, daß die Nachricht von der Abdankung des Kaisers und dem Verzicht des Kronprinzen „selbstverständlich“ falsch sei. Jenes „selbstverständlich“ kann Deutschland und uns alle vollends zugrunde richten. Man muß sich bloß vorstellen, wie jene Abdankung, wenn sie wahr wäre, Wilsons Stellung stärken und das eigentliche Kriegsziel der Amerikaner erfüllen würde, um innig zu wünschen, daß Kaiser und Kronprinz es verstehen würden, was das Wohl ihres Vaterlandes, dem sie sicherlich zu dienen wünschen, von ihnen verlangt. Würden sie heute verzichten, was die Welt für ebenso „selbstverständlich“ ansieht wie heute Wolff das Gegenteil, so brähe die stärkste Waffe der ententistischen Kriegsheer zusammen, und Deutschland hätte aus eigener Kraft und ohne die Demütigung fremden Zwanges geleistet, was später doch sich vollziehen wird, nur eben dann zu spät, um Deutschland noch zu helfen und einem Frieden der Versöhnung zu dienen. Man erwartet eine Kanzlerkrise, weil Prinz Max in einem Privatbriefe einige Ansichten geäußert hat, die mit Versöhnung und Verzicht nicht übereinstimmen. Man wird sich erinnern, daß Kaiser und Kronprinz unendlich bössere Ansichten, aber nicht etwa privat, sondern in schmerzhaftester Öffentlichkeit äußerten, und man wird verstehen, wenn man der Ansicht ist, jene Herren seien im neuen Deutschland fehl am Orte. Das Notwendige muß zur rechten Zeit getan werden, und heute gibt es für jeden Menschen guten Willens nur eine Notwendigkeit, alles zu unternehmen, was Wilson in seinem Riesenkampf gegen Foch und Clemenceau unterstützt. In diesen Tagen entscheidet es sich, ob die Welt noch gerettet werden kann oder ob sie bestimmt ist, vollkommen zugrunde zu gehen.

### Wilson's neue Forderungen.

Nascher, als man es erwartet, hat der Präsident Nordamerikas auf die sehr klare u. außerordentlich entgegenkommende Erklärung der deutschen Regierung geantwortet. Das kommt daher, daß sich Wilson noch immer nicht an die Alliierten gewandt hat, ihnen einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Man hatte gehofft, die deutsche Festlegung auf Wilsons Programm hätte die notwendige Voraussetzung eines Waffenstillstandes bilden können. Aber in dieser öffentlich geführten Diskussion, die erst jetzt so recht beginnt, gibt es in Reihen aufgestellte Kulissen. Ist die erste Reihe umgeworfen, so steht eine neue da, die Aussicht auf das Friedensland noch zu versperren.

Das einzig Erfreuliche an Wilsons Antwortnote ist die einleitende Feststellung, daß nun zu einer offenen und ehrlichen Friedensdiskussion geschritten werden könne. An diese Erklärung wird man sich in Deutschland und bei allen Hoffenden halten müssen, will man nicht verzagen. Denn im übrigen erscheint die Note nicht eben friedfertig und versöhnlich. Finster, fast drohend ist ihr tieferer Sinn. Auf die jaghafte Anregung der deutschen Regierung, man möchte zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes eine gemischte Kommission einsetzen, reagiert Wilson mit keiner Silbe. (Die französische Regierung weist Deutschland diesbezüglich an.) Dagegen stellt er jetzt Bedingungen, wo es vorher nur Fragen waren. Die Diskussion wird konkreter, präziser allerdings, windet sich aber doch auf der Seite Wilsons noch arg in Schlangenlinien. Er verlangt unbedingte Klarheit von Deutschland, es gibt sie, er aber übt sich sichtlich in diplomatischen Stillübungen, die ganz und gar die notwendige Präzisierung und die Nennung der Dinge beim rechten Namen vermissen lassen.

Zwei neue Forderungen sind es, die Wilson vor Eintritt des Waffenstillstandes aufstellt, obwohl er weiß, daß mit der bedingungslosen Annahme seines Friedensprogramms doch im Prinzip ein Friedensschluß garantiert ist. Einmal fordert er noch ziemlich unzweideutig die Einstellung der „ungesetzlichen“ Kriegshandlungen, wie er sie nennt. Damit meint er vor allem den Unterseebootkrieg, die Beschickung offener Städte, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus den besetzten Gebieten und dergl. Es handelt sich da um eine Forderung, die von Deutschland angenommen werden kann, um die Friedensdiskussion nicht zu gefährden. Aber dabei wird es zweifellos feststellen, daß der Vorwurf der Unmenschlichkeit ungerechtfertigt sei. Die Entente bemüht sich, Wilson zu beweisen, die deutsche Heeresleitung veranlasse eine blindwütige Zerstörung der französischen Ruinenstädte, wo längst nichts mehr zu zerstören ist, verschleppe die Zivilbevölkerung, wo sie selbst zum Nachteil der Kriegshandlung flieht und alle Hauptverkehrsstraßen überflutet. Entweder ist also Wilson schlecht beraten, und zweifellos werden ihn kriegsheberische Kreise aufzustacheln suchen, oder er ist so weltfremd, daß ihm die Einsicht in die Kriegsverhältnisse fehlt. Wie dem sei, scheitern wird die Friedensdiskussion an dieser Forderung nicht.

Dann kommt die zweite Forderung Wilsons, die es ängstlich vermeidet, Begriffe zu definieren. Wenn er schreibt: „Wir verlangen die Vernichtung jeder willkürlichen Macht“, so weiß man nicht recht, meint er die Hohenzollern-Dynastie, die Generalität oder die deutsche Autokratie schlechthin, weiß auch nicht, fordert er schlechweg die Entfernung der Dynastie und die Einführung der Republik, oder würde er sich mit den bereits gesetzlich werdenden Verfassungsänderungen von der Einschränkung des persönlichen Regiments und der Ausgestaltung der Reichstagsrechte begnügen. Wäre letzteres der Fall, dann würde auch diese Forderung kein Hindernis für den Fortgang der Friedensarbeit bilden, denn zum größten Teil ist sie bereits in Erfüllung gegangen. Die Erklärung des Kriegszustandes liegt fortan nicht mehr beim Kaiser, sondern beim Bundesrat und beim Reichstag. Es bleibt nur noch die verfassungsmäßige Festlegung der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag zu paraphrasieren und Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie, wie sie in England und Italien besteht. Das

Wahrscheinlichste ist: die deutsche Volksregierung wird die Verfassungsrevision, die nichts anderes als die Weiterführung der Demokratisierung und Einführung der konstitutionellen Monarchie bedeutet, zu fördern suchen, damit sie Wilson auf die eingetretenen Veränderungen aufmerksam machen kann, hoffend, er möchte den Bogen nicht überspannen und sich mit diesem planmäßigen Vorgehen zufrieden geben; erklärt er doch auch, seine Forderung einschränkend: „Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, diese Macht zu vernichten, sollte sie dann wenigstens zu tatsächlicher Machtlosigkeit zurückgebracht werden.“

Schließlich erklärt Wilson der österreichisch-ungarischen Regierung gesondert antworten zu wollen. Das will so viel heißen, als: Wilson will jeden Vierbundstaat besonders behandeln. Für ihn gibt es keinen Vierbund mehr.

Wenn auch die Wilson-Antwort nicht allen Erwartungen, die man in des Präsidenten hohes, verantwortungsvolles Richteramt setzte, erfüllt hat, so vermag sie andererseits doch auch nicht die Hoffnung auf eine unter Mühen zustandekommende Verständigung zu vernichten. In Deutschland zeigt sich, nach den Blätterstimmen zu urteilen, Ernüchterung. Man begreift, daß das deutsche Volk denn doch mit Taktgefühl behandelt sein will, die Friedensstimmung könnte sonst leicht in Verzweiflungswut umschlagen. Die Regierung aber wird unbekümmert um Augenblicksstimmungen ihren Weg gehen und alles anbieten, was an ihr liegt, einen irgendwie annehmbaren Frieden, der Deutschland nicht demütigt, zu erreichen. Die Wilson-Note hat gezeigt, daß wir, um nicht enttäuscht zu werden, und um vor übertriebener Einschätzung und voreiligen Schlussfolgerungen zu bewahren, gut tun, die Friedensdiskussion zwar als eingeleitet zu betrachten, aber einen unmittelbar bevorstehenden Friedensschluß nicht zu erwarten.

### Räumung der besetzten Gebiete.

Man schreibt uns von militärischer Seite:

Präsident Wilson fordert die Räumung der von den Deutschen besetzten Gebiete, ehe er unterhandeln will. Allein so einfach ist diese Forderung nicht zu erfüllen, wie sich Wilson denkt. Räumen kann eine Armee ein besetztes Land nur, wenn sie dabei nicht gestört wird. Muß sie ein Gebiet aufgeben unter dem fortwährenden Druck des Gegners, so wird dabei das Land zerstört und verwüstet, was offenbar Wilson weder für Nordfrankreich, noch für Belgien wünscht. Will er also diese Gebiete vom Schrecken eines erzwungenen Rückzuges bewahren, so muß er Garantien geben, daß der Rückzug ungestört vom Gegner vor sich gehen kann. Dazu gehörte vor allem, daß das zu räumende Land neutralisiert würde, d. h., daß es während der Räumung nicht vom Gegner betreten werden darf. Man müßte also die beiden Armeen durch eine neutrale Zone trennen. Wenn Wilson eine Räumung unter den Bedingen der Entente verlangt, so bedeutet dies nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges, da Deutschland heute absolut noch nicht auf dem Punkte angelangt ist, sich für militärisch besiegt zu erklären.

Wenn Wilson dann gar die Räumung der Ostgebiete verlangt, so übersieht er offenbar, daß dadurch das europäische Rußland nicht nur den Bolschewisten überantwortet würde, sondern daß durch die Wegnahme aller Verkehrsstruppen das ganze besetzte Land ohne Eisenbahnen wäre, ohne Verkehr und ohne Versorgung der Städte. Diese Ostgebiete besitzen heute kein eigenes Verkehrspersonal, kein Material, keine Organisation mehr. Sie würden dem Hunger und der Anarchie überantwortet. Das könnte nun natürlich den Deutschen gleichgültig sein, da sie dafür keine Verantwortung tragen, sondern die Entente, die sie zu der Maßregel gezwungen.

Ebenso müßte eine andere von Wilson gewünschte Maßregel zum Schaden seiner Freunde ausfallen. Mit den deutschen Truppen verlassen Tausende von Zivilisten die französischen Städte, um sich vor den englischen und französischen Granaten in Sicherheit zu bringen. Das deutsche Kommando hat sich diesem Zug nach rückwärts bisher nicht widersetzt aus Menschlichkeit. Der Erfolg war aber ein unerwünschter. Denn nun schreit die Hezypresse, die Deutschen führten die Zivilbevölkerung weg, und sogar Präsident Wilson glaubt an diesen Unsinn. Nach Wilson wer-

den die Deutschen also gut daran tun, diese flüchtenden Massen durch ihre Soldaten zurückzuhalten und in ihren brennenden Städten umkommen zu lassen. Hätte Wilson etwas nachgedacht, so hätte er sich selbst gesagt, daß eine weichende Armee die ohnehin stark benützten Straßen nicht durch eine un-disziplinierte Masse von Zivilisten verstopfen lassen werde, wenn sie es vermeiden könne. Tut sie es dennoch, so geschieht es aus Menschlichkeit und Erbarmen.

Wenn die Deutschen das besetzte Gebiet räumen, so braucht es von ihrer Seite ein großes Vertrauen in den guten Willen des Präsidenten Wilson. Aber ohne Garantien wird es ihnen kaum möglich sein, diese Forderung zu erfüllen.

Frankfurt, 14. Oktober.

Der im Morgenblatt wiedergegebene Aufruf der preussischen Polen enthält mit einem Schlage die weitaus schwerste der Bedrohungen, deren wir uns bei etwa jetzt zustande kommenden Friedensverhandlungen zu erwehren haben werden. Denn die Hauptgefahr dieser Verhandlungen liegt nicht in Elsass-Lothringen: viel zu eng fühlen wir uns mit dem deutschen Volke dieses deutschen Landes innerlich verbunden, als daß wir zweifeln könnten, wie es, vor der Wahl gestellt, zwischen uns und Frankreich wählen würde. Diese Hauptgefahr liegt erst recht nicht in dem Schadenersatz, den wir Belgien zu vergüten haben werden: was wir aus Belgien genommen haben oder was dort zerstört wurde, das mag als ein Teil unserer Kriegskosten gelten, den wir ebenso ausbringen werden wie unsere unmittelbaren Kriegskosten bisher. Aber im Osten, bei dem polnischen Problem, liegt die ungeheure Gefahr, die wirklich an den Kern unseres nationalen und staatlichen Daseins geht. Der polnische Aufruf gestattet sich, den Punkt 13 der Wilsonschen Sätze so auszudeuten, daß alle ehemals polnischen Landesteile zu einem einheitlichen polnischen Staate mit eigener Meeresküste vereinigt werden sollen. Diese Ausdeutung ist falsch, denn das Wilson-Programm besagt dies keineswegs. Und sie wäre für Deutschland unerträglich, weil sie, nur an die Polen und gar nicht an die Deutschen denkend, das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation tatsächlich ausschalten und unser Volk und seine Zukunft rettungslos verstümmeln würde. Das Unrecht, das an Polen begangen wurde, würde durch ein mindestens ebenso schweres Unrecht an Preußen und an Deutschland ersetzt werden. Das wäre das Gegenteil dessen, was zum Frieden zwischen Deutschen und Polen, zum Frieden der Welt führen könnte!

Wir sagen das mit allem Ernste und mit aller Entschlossenheit — wir dürfen es, weil wir die preussische Polenpolitik immer bekämpft haben als ein Unrecht am polnischen wie am deutschen Volke, weil wir auch zu einer Zeit, als eine Wiederaufröschung des polnischen Problems den meisten Polen selbst als leere Utopie erschien, mit voller Ueberzeugung dem Worte eines polnischen Schriftstellers zustimmten, daß der Galatismus eine Krankheit des deutschen Geistes sei. Wir wollen uns von dieser Krankheit, die ein Ausfluß einer nur die Macht anbetenden und die Ideen verhöhnenden Gewaltpolitik war, endgültig und für alle Zeiten befreien, vielmehr, wir glauben, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit, die heute auch die Macht besitzt, sich durchzusetzen, sich davon tatsächlich schon befreit hat. Aber wir verlangen das gleiche auch von den Polen! Sie sind heute durch die Entwicklung der Dinge in Rußland und in Oesterreich und jetzt auch durch Deutschlands Anerkennung der Wilsonsätze in einen nationalistischen Taumel versezt worden, der sie vollkommen übersehen läßt, daß in dem deutsch-polnischen Verhältnis nicht nur Unrecht, sondern auch eine unentrinnbare tiefe Tragik liegt, die nicht dadurch beseitigt wird, daß sie sie leichtfertig negieren. Sie müssen zur Ruhe und zur Realität zurückkehren. Sonst, das mögen sie und alle bedenken, bekommt die Welt jetzt keinen Frieden.

Der polnische Aufruf sagt nicht, welche Landesteile — bei Wilson heißt es „Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind“ — er von Deutschland losreißen und an Polen anschließen will. Die historischen Grenzen von früher geben dafür fast unbegrenzten Spielraum. Denn das alte Polen selbst hat früher in größtem Stille eine „Gewalt- und Bedrückungspolitik“ getrieben, die fremde Territorien mit fremden Bevölkerungen ihm in größtem Stille unterwarf. Aber aus der Formulierung des Aufrufs muß man zum mindesten schließen, daß die Polen auf die preussischen Provinzen Posen, Westpreußen und jedenfalls auch auf einen Teil von Schlesien ihre Hand legen wollen — womit dann auch Ostpreußen, des territorialen Zusammenhangs mit dem Reiche beraubt, nicht länger bei Deutschland gehalten werden könnte. Und das soll Recht sein? Lassen wir Schlesien mit seiner Bevölkerung von 5¼ Millionen Menschen ganz beiseite, in dem die beiden Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz überhaupt fern- und polnisch sind (mit einer Bevölkerung von 95.71 und 95.85 Prozent Deutschen nach der Zählung von 1910) und wo nur in dem dritten Regierungsbezirk Oppeln, in Oberschlesien also, eine starke wasserpolnische Bevölkerung lebt, die noch vor gar nicht langer Zeit keinerlei Zusammenhang mit dem

Nationalpolentum hatte und die auch jetzt im Kriege dem Deutschen Reiche die besten, auch Ueberzeugung glänzend lämpfenden Truppen gestellt hat. Nehmen wir nur die nördlichen Landesteile. Da aber ergibt sich, daß nach der Zählung von 1910 in der Provinz Posen (von 2.10 Millionen Bevölkerung insgesamt) 806 000 Deutsche lebten, in Westpreußen (von 1.70 Millionen Gesamtbevölkerung) 1.10 Millionen Deutsche und in Ostpreußen (von 2.08 Millionen Menschen) 1.68 Millionen Deutsche. Von Polen lebten damals in Preußen insgesamt 3.50 Millionen, davon in den vier Ostprovinzen, also einschließlich der wasserpolnischen Oberschlesien, rund 3 Millionen. Deutsche aber lebten in Posen, Ost- und Westpreußen, also selbst ohne Schlesien, bereits 3.58 Millionen, und mit Schlesien zusammen 7.36 Millionen! Mit anderen Worten: wollte man die Wünsche der Polen so, wie der Aufruf sie vermuten läßt, verwirklichen, dann würde man, um die Polen zu befreien, eine sehr viel größere Zahl von Deutschen in die Fremdherrschaft schicken müssen — die „Vergewaltigung“ und das „Unrecht“ in der Welt würden nicht kleiner, sondern größer werden. Und dabei ist noch nicht einmal bedacht, daß selbst in der Provinz Posen, wo die Polen zahlenmäßig am stärksten sind, von dem Gesamtgrundbesitz Ende 1910 1 124 024 Hektar in polnischer Hand, 1 618 680 Hektar aber in deutscher Hand sich befanden. Es ist nicht bedacht, daß die Städte dieser Landesteile, fast durchweg von Deutschen mit Wunsch- und Freibrief polnischer Regenten gegründet, auch heute noch ganz überwiegend nicht nur deutschen Charakter, sondern auch eine Mehrheit deutscher Bevölkerung besitzen. Es ist vor allem nicht bedacht, daß eine deutsche Kulturarbeit von hundert Jahren heute in diesen Provinzen steckt, daß deutsche Arbeit, deutsche Ordnung, deutsches Geld und deutsche Bildung in Wahrheit erst diese Provinzen zu dem gemacht haben, was sie heute sind. Es klingt sehr schön, wenn heute der polnische Aufruf von Toleranz und Freiheit und Gleichheit spricht. Aber das verschweigt, daß die ehemals polnischen Landesteile, als sie zu Preußen kamen, von all diesen schönen Dingen gar nichts kannten, daß sie durch eine jammervolle polnische Herrschaft verarmt und verrottet waren, daß erst die deutsche Herrschaft durch Verkehrsanlagen, durch Meliorationen, nicht zuletzt durch Beispiel sie fruchtbar und wohlhabend gemacht hat — daß erst unter der preussischen Herrschaft die bis dahin durch den polnischen Adel elend unterdrückten und ausgebeuteten polnischen Bauern und Landarbeiter überhaupt etwas von Menschenwürde erhielten! Es ist unser Unglück und unsere Schuld, daß das alte Preußen, dessen Macht jetzt zu Ende geht, es niemals verstanden hat, alle diese wahrhaft großen Leistungen in politische Wirkung umzusetzen, daß wir durch eine verhängnisvolle Politik in dem Gefühl der Menschen alles das verdarben, was wir durch wirtschaftliche Hebung in ihnen an moralischen Eroberungen hätten gewinnen können. So ernten wir jetzt keinen Dank, für den doch Anlaß genug vorhanden wäre, wie wir auch keinen Dank dafür ernten, daß erst durch die Siege der deutschen Waffen die Möglichkeit eines neuen Polens überhaupt entstehen konnte und daß die Mittelmächte es waren, die diesem neuen Polen zuerst die Anfänge der Staatlichkeit gaben. Wir ernten keinen Dank. Aber wir haben das Recht, auch uns zu behaupten. Und das wollen wir.

Denn Deutschland kann nicht Millionen seines Volkes von seinem Körper reißen lassen. Und es kann nicht auf die Zukunft seines Volkes überhaupt verzichten, indem es durch Abtrennung seiner wichtigsten agrarischen Gebiete sich den Boden nehmen läßt, auf dem seine Bauern wurzeln und weiter wurzeln sollen, aus dem seiner Volkskraft ständig neue Gesundheit und Frische zufließen muß, wenn sie nicht in den Städten und den menschenüberfüllten Industriezentren verdorren soll. Das ist die Tragik des deutsch-polnischen Problems: deutsche und polnische Menschen, deutsches und polnisches Land liegen in unentwirrbarer Gemengelage, eine klare Scheidung gibt es nicht, und darum kann nicht in der Trennung, sondern nur in der Versöhnung die Lösung liegen. Aus den „Ländern, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind“ soll ein unabhängiger polnischer Staat gebildet werden. Und einen „gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See“ können wir ihm eröffnen, durch Freihäfen, durch internationale Abmachungen über den Weichselstrom und ähnliches. Aber die deutschen Landesteile, in denen sowohl Deutsche wie Polen wohnen, können wir nicht hergeben. In ihnen werden die Polen fortan so leben können, wie die Deutschen bisher in

Oesterreich gelebt haben: ihrer Nationalität froh und bewußt, und in enger Freundschaft mit dem Nationalstaat vor ihren Toren, aber diesem nur ideell, nicht faktisch verbunden, weil sie eben nicht allein auf der Welt und auch nicht allein in diesem Lande sind. Alles, was früher „preussische Polenpolitik“ hieß, muß verschwinden, und wir bebauern tief, daß es nicht längst verschwunden ist. Ein Ausgleich auf der Grundlage der Gleichberechtigung muß gefunden werden. Dazu aber müssen auch die Polen in Preußen das ihrige tun. Denn sie müssen bedenken, daß auf ihnen die Verantwortung für den Frieden liegt — und daß Deutschland auch heute noch nicht Oesterreich ist!

### Polnische Annexion.

Wir sind gestern bereits dem Aufruf der Polen Preußens, deren Uebermut aus leicht begreiflichen Gründen ins Unerneheliche gestiegen ist, auf das Entschiedenste entgegengetreten. Dieser Aufruf, der sich anmaßt, über preußisches Gebiet zu verfügen, das seit Jahrhunderten mit Deutschland verbunden ist, würde in normalen Zeiten jeden pflichterfüllten Staatsanwalt, in dessen Wirkungsbereich er veröffentlicht worden wäre, zum Eingreifen auf Grund des Strafgesetzbuchparagraphen über den Landesverrat veranlaßt haben. Heute wollen wir nachträglich noch feststellen, daß er nicht nur gegen die Strafgesetze verstößt, sondern auch mit der vergifteten Waffe einer heimtückischen Fälschung kämpft. Er behauptet nämlich, daß der Präsident Wilson anerkannt habe, es müsse ein polnisches Reich gegründet werden, das eine eigene Meeresküste besäße. Es ist dem Präsidenten Wilson niemals eingefallen, eine solche Forderung aufzustellen. Präsident Wilson spricht in dem 13. seiner 14 Punkte nur von einem unabhängigen polnischen Staat, der Gebiete (wohl gemerkt nicht alle Gebiete, wie in unserem gestrigen Leitartikel versehentlich gesagt wurde) einschließen solle, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt werden und dem ein freier und sicherer Zugang zur See gewährleistet werden muß. Es gibt keine Meeresküste, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt wird. Und es ist nicht notwendig, im Besitz einer Meeresküste zu sein, um über einen freien Zugang zum Meere zu verfügen.

Es wird uns mitgeteilt, daß der Abgeordnete Korzant vorgestern in der Wandelhalle des Reichstages an einer Karte dargelegt habe, welche preußischen Gebiete dem neuen polnischen Staat einverleibt werden sollen. Wir finden keinen parlamentarischen Ausdruck dafür, der stark und treffend genug wäre, um eine so höhnische Vertuschung des Hauses der deutschen Volksvertretung mit den Räumen der polnischen Nationalversammlung in Warschau gebührend zu kennzeichnen.

Im übrigen scheint der Aufruf der preußischen Polen doch auch einiges Gute bewirken zu wollen. Manche Leute, die bisher mit allen polnischen Forderungen durch dick und dünn gingen, schon allein vielleicht deshalb, weil sie geeignet waren, der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, beginnen stuhig zu werden. Der Vormärts drückt ihn ab, begnügt sich aber damit, lediglich den Punkt 13 der Wilsonschen Friedensbedingungen hinzuzufügen ohne in diesem Fall aus Eigenem für die polnischen Ansprüche Partei zu ergreifen. Im liberalen Lager beginnt man sich plötzlich darauf, daß im preußischen Osten nicht bloß unzweifelhaft polnische Bevölkerung, sondern ebenso unzweifelhaft deutsche Bevölkerung ansässig ist, daß er seit bald anderthalb Jahrhunderten zu Preußen gehört und daß nur ein völlig geschlagenes und innerlich zerfallenes Deutschland in diese Abtrennung willigen könnte. Schade nur, daß diese Erkenntnis sich erst einstellt, nachdem man durch sein ganzes Verhalten die Unersehbarkeit des Polentums, des preußischen wie des anderen, systematisch mit großgezogen hat. In diesem Zusammenhange sei auch noch auf die überbare Tatsache hingewiesen, daß an demselben Tage, an dem der polnische Aufruf den letzten Schleier von den wahren Absichten des Polentums fortgezogen hat, in der preußischen Wahlrechtsvorlage die einzige Schutzmaßnahme für das



# Zeitung

704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## llich Laon.

der Oise verlustreich gescheitert.

### Was gebietet die nationale Ehre?

Von

Richard v. Woellendörff.

Leider pflegen in Deutschland die Luftschlösser nicht eher einzustürzen, als bis der Unterbau der Tatsachen erschüttert ist. Eine Minderheit von Nüchternen hat rechtzeitig die Belehrung zu jener Geistigkeit gepredigt, die nun aus Feindesmund erhört werden muß. Der Umschwung braucht nicht ehrlos zu sein, selbst wenn er schwächlich aussieht: so oder so, nicht wahr, wir befehlen uns ehrlich.

Leider klammern sich in Deutschland nach dem ersten Schrecken auf der Kullmerstätte wiederum Luftschlösser auf, die den Ausblick auf Tatsachen zu verdunkeln drohen. An hundert Stellen geheimblüht es um wilde Ziele. Aber, nicht wahr, mögen es alle Gambettas noch so ehrlich meinen, das Volk handelt nicht schon deshalb ehrlos, weil es ihnen Gefolgschaft weigert.

Ihre Ehre verliert die Nation erst dann, wenn ihre Bilggen verzagen Gut und Blut zu lassen, ehe im Rahmen anerkannter Geistigkeit Leben und Vermögen der Gemeinschaft gesichert erscheinen. In ein Wortpaar zusammengefaßt, heißt auch unsere neue Geistigkeit: Selbstbestimmungsrecht und Blindlingspflicht der Nationen. Daran gemessen, wird mancher Friede ehrenvoll, den wir früher schlecht, mancher ehrlos, den wir früher gut genannt hätten.

Ausscheitert die Kräfte der Macht, insofern sie irgendwelche künstliche Vermehrung natürlicher Schutzmittel darstellt. Das Leben der Nation steht nur mehr auf dem Dreifuß von Recht, Pflicht und friedlicher Kraft. Und so gewinnt für die künftige Lebensfähigkeit der Nationen die friedliche Kraft eine Bedeutung, die im Zeitalter unfriedlicher Machtmittel nicht genügend erkannt wurde.

Denn damals (bis 1914!) war es gebräuchlich, sobald nationales Leben auf dem Spiele stand, gleichsam als viertes Bein die Klüftung herauszuklappen. Erst neuerdings (seit 1914!) offenbarte sich, wie sehr dieser Kunstgriff mit den natürlichen friedlichen Vorbedingungen zusammenhing. Künftig wird allein oder doch beinahe ganz durch friedliche Kraft ausgedrückt sein, wie gerade oder wie schief das Gestell des nationalen Gleichgewichtes in allen Lebenslagen steht.

Mit einem Schloge also gebietet die nationale Ehre, als ihren Bestandteil auch das anzusehen, was sie bisher im großen und ganzen als eine Angelegenheit behandelte, die privatem Ermessen und privater Mächtigkeit überlassen bleiben durfte und in Stunden der Gefahr mit anders gearteten Waffen zu verteidigen war: die Wirtschaft.

Mit einem Schloge wird nach Rathenaus Satz Wirtschaft wahrlich Sache der Gemeinschaft. Auf diese Wendung haben einige Wenige seit Jahr und Tag vergebens hingewiesen, als man noch auf glatten Sieg hoffte, und als noch die britische Anklündigung eines lange währenden Boykotts derart selbsttätig erzieherisch auf die Nationalisierung der Deconomie einwirkte, daß immerhin allmählich aus der allgemeinen Not eine allgemeine Jugend werden mochte. Den Wenigen ist es erlaubt, heute mit doppelter Dringlichkeit zu warnen, seitdem veränderte Kriegsbilder und Wilsons verlockende Versprechungen vom 27. 9. 1918 vorliegen.

Nicht nur verhängnisvoll folgenschwer, sondern entsehrlich ehrlos wäre es, wenn um privater deutscher Annehmlichkeiten willen der Völkerbund so geordnet würde, daß in Deutschland die Gemeinwirtschaft, die Nationalöconomie im strengsten Wortsinne verkümmern müßte.

Der Grundriß einer Nationalöconomie ist erstens durch ihre Menschenzahl und -art, zweitens durch Menge und Wertbarkeit der zugehörigen Naturschätze, drittens durch Ausmaß und Richtung der menschlichen Bedürfnisse bestimmt. (Mit Absicht wird hier die Erörterung des Aufstieges, der realen und nominalen Kapitalisationen ausgeschaltet; sie wurzeln in demselben Grundriß.) Wenn von diesen dreien keine Seite über die politischen Grenzen hinausragt, so ist die Nationalöconomie geschlossen, selbstgenügsam, unabhängig.

Dem nationalen Willen steht es nach wie vor frei, die Bretter gut oder schlecht miteinander zu verknüpfen. Wird aber (wie in den politischen Deconomien vor 1914) irgendeine mögliche innere Verletzung verabsäumt, so kommt das einer Vergeude

## Der ukrainische Nationalbund.

Von

Dr. Max Osborn

Kriegsberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Kiew, 11. Oktober.

In der inneren Politik der Ukraine ist die Organisation des ukrainischen Nationalbundes, der vor etwa zwei Monaten geboren ward, in jüngster Zeit stark in den Vordergrund getreten. Die Bedeutung und der Einfluß des Bundes wächst von Tag zu Tag, und es empfiehlt sich, daß man sich auch in Deutschland mit dieser Erscheinung näher beschäftigt. Was sich hier gebildet hat, ist eine Zusammenschließung derjenigen Parteien, Gruppen und Vereinigungen, die sich sowohl eine Stärkung des ukrainischen Staatsgedankens wie eine demokratische Führung der ukrainischen Politik zum Programm gemacht haben. Den Kern stellen die drei linksstehenden politischen Parteien dar: die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre und, auf dem rechten Flügel dieser Parteiengruppe, die Sozialföderalisten. Hierzu kommt die Partei der sozialen Samostinik, die Unabhängigkeitspartei, und von sonstigen Gruppen der Bauernbund, die galizisch-bulwinische Rada, die Schwarzmeer-Rada, der allukrainische Lehrerverband, der allukrainische Metzgerverband, der Eisenbahnerverband, der Post- und Telegraphenverband, der allukrainische Studentenvorband und andere mehr.

Eine große Rolle hat in dem Bunde von vornherein die Partei der Sozialföderalisten gespielt. Einer ihrer Führer, N i l o w s k i, der Herausgeber der Zeitung „Nowa Rada“, hat um die Begründung der Organisation besondere Verdienste und fungierte bis vor kurzem als ihr Präsident. Die Sozialföderalisten, die etwa auf dem Standpunkt der Sozialliberalen im alten Rußland stehen, kann man als eine Partei der Intellektuellen bezeichnen. Ihr Anhang im Volke ist vielleicht nicht so groß, wie der der erwähnten andern sozialen Parteien, dafür verfügt sie über eine ganze Reihe hervorragender Köpfe: von ihnen mögen S c h r a g, Mitglied der ersten Duma, früher Präsident des Gerichtshofes in Tschernigow, S c h e l j u c h i n, der bekannte Führer der ukrainischen Friedensdelegation in den Verhandlungen mit der Sowjetrepublik, und dessen Vertreter S t e b n i k i genannt sein. Die Partei der Sozialföderalisten ist es auch gewesen, die als erste politische Gruppe der Ukraine zu der Umwälzung in Deutschland das Wort genommen hat. Wie in Berlin wohl schon bekannt geworden, hat das Zentralkomitee der Partei auf Grund einstimmigen Beschlusses an den Deutschen Reichstag ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihm ihre Freude über die Erstarbung des Parlamentarismus in Deutschland und über die bevorstehende Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen ausdrückte, und die feste Hoffnung kundgab, daß diese Reformen dazu beitragen werden, die großen Eigenschaften des deutschen Volkes noch freier als bisher zu entfalten und zugleich einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit für alle Völker herbeizuführen. Das Telegramm, das in der Nacht zum 10. Oktober nach Berlin abging und an die Adresse der Abgeordneten Gothein, Haas und Dr. David gerichtet war, zu denen persönliche Beziehungen bestehen, war unterschrieben von Prof. J e s e m o w, dem hier berühmten Schriftsteller, Gelehrten und Universitätslehrer an der neuen ukrainischen Universität in Kiew, dem Verfasser einer sehr geschätzten Geschichte der ukrainischen Literatur, ferner von N i l o w s k i und von dem Mitglied des höchsten ukrainischen Gerichtshofes, Senator M a r g o l i n.

Unter den Sozialdemokraten steht an erster Stelle W i n n i k s c h e n k o, der Präsident der ukrainischen Regierung vor Wolubowitsch, der jetzt zum Vorsitzenden des ukrainischen Nationalbundes gewählt wurde, während Nilowski, der mit Rücksicht auf seine Gesundheit von diesem Posten zurücktrat, Vizepräsident wurde. Die Rückkehr Winnitschenkos, der sich eine Zeitlang zurückgezogen hatte, ins aktive politische Leben der Ukraine hat vielfach Aufmerksamkeit und in den Kreisen seiner Partei lebhaften Genuß hervorgerufen.

Seit Beginn dieses Monats hat der Nationalbund zu den inneren Verhältnissen der Ukraine energisch Stellung genommen. Sein Vorstand hat dem deutschen Botschafter v. M u m m ein ausführliches Memorandum über die Lage des Landes überreicht, sowie einen Besuch im deutschen Oberkommando und in der österreichisch-ungarischen Botschaft abgestattet. Vor einigen Tagen wurde dann, wie ich schon in einem früheren Bericht kurz erwähnte, eine Abordnung des Bundes, bestehend aus Winnitschenko, Nilowski und dem Sozialrevolutionär Schewez, vom Hetman Storopadski empfangen, der in einer langen Unterredung die innen- und außenpolitische Lage der Ukraine mit den Herren besprach. Es scheint sich demnächst eine Annäherung des Nationalbundes und der Hetmanregierung zu vollziehen. Wenn diese Verbindung dazu führen sollte, daß in der Ukraine eine Politik neuer Tatkraft und schnell durchzuführender volkstümlicher Reformen beginnt, so würde das, wie auch an dieser Stelle immer wieder betont wurde, durchaus den wohlverstandenen Interessen des Landes entsprechen. Es würde einen Wandel bedeuten, der allgemein froh begrüßt werden und auch dem Verhältnis zwischen Ukraine und Deutschland nur vorteilhaft sein würde.

## Die freien Kosaken der Ukraine.

Kiew, 12. Oktober.

Zum Nachfolger General A l e x e j e w s als Leiter der Freiwilligenarmee ist General D e n k i n gewählt worden.

Der ukrainische Ministerrat bestätigte den Gesetzentwurf über die Wiederherstellung des freien Kosakentums in der Ukraine, und zwar in den Gouvernements Tschernigow, Postawa und einem Teile Charkows, wo noch Reste des Kosakentums existieren. Die wohlhabende Bauernbevölkerung soll zu diesen Formationen herangezogen werden. An der Spitze des Kosakentums soll eine Rada mit dem Sitz in Kiew stehen.

Die Ukrainische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß Donkosaken in Richtung auf Jarizyn von neuem den Don überschritten, zusammen mit der Astrachanarmee auf Jarizyn vorrückten und sich auf 15 Werst Jarizyn genähert haben.

Die ukrainisch-rumänischen Verhandlungen gehen ihrem vorläufigen Ende entgegen. In nächster Zeit wird sich eine

ukrainische Delegation zur Orientierung über die wirtschaftliche Lage Rumäniens und zur Erledigung diplomatischer Aufträge nach Rumänien begeben.

Anfang nächster Woche reist die ständige diplomatische Delegation der Ukraine unter dem Minister des Innern Ristalowski nach Konstantinopel.

## Krim und Ukraine.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters

Dr. Max Osborn,

Kiew, 13. Oktober.

Kiew ist zurzeit die Stadt der mißglückten Verhandlungen. Nach dem Abbruch der ukrainisch-russischen Friedenssitzungen sind nun auch die Beratungen zwischen Krim und Ukraine fürs erste gescheitert. Freilich ging es diesmal schneller. Schon in der dritten Sitzung, heute nachmittag, wurden die Besprechungen abgebrochen. Eine Aussicht auf Verständigung besteht vorläufig nicht, die Delegationen gehen wieder auseinander.

Der äußere Anlaß zu diesem jähen Ende der Verhandlungen, denen man mit großen Hoffnungen entgegen sah, war der folgende: Die Vertreter der Krim betonten, daß sie zur Erörterung der allgemeinen Fragen wie der Einzelheiten bereit und berechtigt seien, daß aber hindernde Abmachungen erst getroffen werden könnten, wenn in einiger Zeit das Krim-Parlament, das nun endlich ins Leben gerufen werden soll, zusammengetreten sei. Die Ukrainer erwiderten, daß es ihnen unmöglich sei, mit Delegierten zu verhandeln, deren Vollmacht eine so beschränkte sei, und erklärten, unter diesen Umständen sei es besser, auseinanderzugehen. Es will jedoch scheinen, daß dieser formale Grund niemals zum Abbruch geführt hätte, wenn sich nicht in den ersten Sitzungen die Meinungen über das künftige Verhältnis der beiden Staaten so scharf gegenübergestellt hätten. Es zeigt sich, daß die Anschauungen noch nicht so ausgeglichen waren, wie man in Publikum und Presse angenommen hatte. Die Krimer dachten an eine Angliederung unter Wahrung der Autonomie der Halbinsel. Die Ukrainer hielten eine engere Verschmelzung für das Gegebene.

Wie ich schon vergangene Woche in einem Bericht aus Simferopol mitteilte, wollte man in der Krim eine Reihe von Regierungsreformen ganz der Ukraine überlassen; doch sollte für die Krimer Angelegenheiten ein eigener Staatssekretär in die Kiewer Regierung eintreten, und wenn die diplomatische Vertretung im Auslande gemeinsam sein sollte, so dachte man doch an eigene Krimer Konsulen in den großen ausländischen Zentren. Die Ukrainer dagegen gingen weiter. Sie verlangten, daß die Krim den Hetman der Ukraine vollkommen als Oberhaupt anerkennen soll; daß zwar die innere Verwaltung der Krim selbstständig bleibe, neue Gesetzesbestimmungen jedoch der Zustimmung des Hetman bedürfen, und vor allem, daß das Finanzwesen gemeinsam verwaltet werde. Die Krimer sehen in dieser Form der Verbindung keine Angliederung, sondern fast eine Annexion der Krim durch die Ukraine, und konnten dem Vorschlage nicht zustimmen. Mit einer Personalunion würden sie sich einverstanden erklären, etwa in der Art der Personalunion Finnlands mit dem zarischen Rußland vor der russischen Vergewaltigung; aber die Selbständigkeit der Krim wollen sie erheblich lieber betonen und anerkannt wissen.

So geht also auch diese Verhandlung zunächst aus wie das Hornberger Schießen. Abermals zeigt sich, daß die losgelösten Teile des alten Reiches noch keinen Weg und kein Prinzip der Verständigung untereinander gefunden haben, daß die russische Verwirrung noch nicht ruhigeren und durchsichtigeren Zuständen gewichen ist. Neben dem äußeren und inneren Grund des Abbruchs mag es freilich auch hier noch einen tieferen Grund geben: das Bemühen von den kommenden Möglichkeiten seiner neuen allgemeinen russischen Ordnung, die durch die europäischen Veränderungen in Aussicht stehen. Aber die russischen Teilstaaten würden wohl doch gut daran tun, aus eigener Kraft und durch freies Entgegenkommen selbst den kommenden Dingen vorzuarbeiten, statt fatalistisch alle Befreiung aus dem Wirrwarr so oder so von außen zu erwarten und bis dahin im Negativen zu verharrten.

Ostfrieden, dieser frechen Verhöhnung jeglicher Verständigung, dürfe nicht gerüttelt werden? So sah die Vernunft der Regierenden noch vor kurzem aus. Was hat sie so rasch umlernen lassen?

## Arbeiterzeitung

Wenn wir also mit Recht in dem Friedensangebot vom 5. Oktober einen verheißungsvollen Anfang einer Wendung zum Sinnvollen in der Geschichte begrüßen, so liegt dies in einer ganz anderen Richtung als in der einer plötzlich bei den Herrschenden erwachten Vernunft. Es liegt dies darin, daß diese Botschaft der Mittelmächte den Zusammenbruch eines unseligen Prinzips bedeutet, den Zusammenbruch des Prinzips des Schwerts oder Siegfriedens.

Volkskraft  
äußerste  
rieg nicht  
igen Er-  
Charakter  
im kleinen  
ieges fast  
n Kriegs-  
ucherung,  
d dieses  
edes Volk  
n, die es  
es dazu  
mal eine  
stinktiven  
fen und  
m ist es  
die fein

Darum geht von dieser Friedensbotschaft eine tiefe Befriedigung und ernste Freude aus, selbst wenn der Friede noch nicht erreicht würde, weil es gar nicht allein die Freude über den kommenden Frieden ist, die uns bewegt, wie die Freude über den inneren Sieg, der hier erfodert wurde. Daraus erklärt sich, daß dieses Friedensmanifest, obgleich es eigentlich eine Kapitulation darstellt, keineswegs als solche empfunden wird, keineswegs als eine Demütigung, als eine Niederlage, sondern vielmehr als ein Sieg des Volkes über seine Machthaber, als ein Sieg der Demokratie über eine kleine, aber die Gewalt besitzende Schicht von Kugelhörnern des Krieges, als ein Sieg der Völkerverständigung über den völkerverhehrenden Imperialismus. Das Friedensangebot der Mittelmächte ist viel mehr als eine Kapitulation vor der Entente eine Kapitulation vor den eigenen

ine bloß  
e istige  
Wieder-  
interesse  
steigende  
einer  
nszweck  
krassen  
gegen-  
s Herz  
stärkste  
angebot  
Vernunft  
jähling  
Selbst-  
überlich  
rismus  
nd mit  
rößliche  
ab trotz  
schinen-  
he und  
in dem  
Volkes

Es ist eben nicht die Ungunst der kriegerischen Lage allein, was die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer raschen Beendigung des Krieges hat so unwiderstehlich werden lassen. Denn schließlich hat die Geschichte genug heldenmütige Beispiele gezeigt, daß ein Volk alle Not auf sich genommen hat und selbst die Gefahr des Unterganges, bevor es sich ergeben hätte. Und wer wagte es, zu bestreiten, daß nicht ein ebensolcher Heldennut, eine ebensolche Hingabe und Opferfähigkeit im deutschen Volke und in den Völkern Oesterreichs lebte? Aber damit sie wirksam werden, damit diese tiefsten Kräfte und Leidenschaften der Nationen ins Spiel kommen, müssen sie von einem Sinn und Ziel des Krieges durchdrungen sein, muß die Notwendigkeit des Kampfes jedes einzelne Gemüt mit aller seiner bitteren und gleichwohl begeisternden Gewißheit erfasst haben. Erst wenn die Völker wissen, wofür sie bluten und sterben, dann stehen sie zu ihrem Schwert wie eben zu ihrem ganzen geistigen und körperlichen Sein, von dem sie sich nicht trennen

torischen  
Selbst-  
tig, daß  
bis jetzt  
unauf-  
sichern.  
ingsvolle  
ne Sache  
eressiert-  
Imperia-  
ich, daß  
Gut er-  
r werden  
dürfen,  
t und zu  
Seine  
ingungen  
n die es  
windung  
mußt sein  
Nur aus  
rstellung  
Inter-  
te Kraft,  
möglich  
n Seiten

## Der historische Sinn des Friedensangebotes.

Von Dr. Max Adler.

Gibt es einen Sinn in der Geschichte, eine Vernunft im Leben der Völker? Gibt es einen Fortschritt, der die Menschen wirklich zu immer lichterem Höhen des Geistes und Gemütes hinaufführt, zu immer freieren Gestaltungen eines unverlierbaren Wertbestandes, der erst wirklich eine Kultur genannt werden darf? In diesen vier entseßlichen Jahren des Krieges, die hinter uns liegen, mochten gar oft in vielen nachdenklichen Geistern solche Fragen aufgetaucht sein und vergeblich nach einer tröstlichen Antwort gerungen haben. Waren doch mit einemmal alle Quellen verschüttet, aus denen sich sonst der ganze Stolz unserer Zivilisation genährt hatte. Die vielgepriesene Wissenschaft und Technik, mit der sich die Menschen schon in eine stets wachsende Arbeits- und Interessengemeinschaft verbunden wähnten, erwies sich nun als ihre höllischste Kunst der Zerstörung, gegen die alle schwarze Magie der bössartigsten Zauberer im Märchen reine Stämperei war. Und die vielberufene christliche Gesittung hatte aus der Nächstenliebe eine peinliche Verlegenheit und aus dem lieben Gott einen nationalen Schreckpöppanz gemacht. Gegenüber solchem hoffnungslosen Zustand unserer Zeit bedeutet der historische Tag des 5. Oktober 1918, der Tag des Friedensangebotes der Mittelmächte, einen ersten Schimmer einer dennoch in der Geschichte walten- den Vernunft. Von dem Erlebnis dieses Tages geht die Ueberzeugung aus: ja, es gibt doch eine Vernunft in der Geschichte, wenn sie auch selbst nur eine räthende Vernunft sein sollte.

Es ist bereits klar, daß wir mit dieser erwachenden Vernunft nicht die Vernunft der Herrschenden meinen. Was als Vernunft in der Geschichte bisher aufgetreten ist, mußte erst immer der Vernunft der Machthaber abgezwungen werden. Noch sind wir nicht zu jenem Zustand der Geschichte gelangt, die ein Kant und Fichte, ein Hegel und Marx als den eigentlich erst menschlichen bezeichneten und erhofften, in welchem die geschichtliche Vernunft auch auf vernünftige Weise verwirklicht wird. Auch diesmal ist der Friedensschritt vom 5. Oktober nicht aus der Vernunft der Herrschenden entsprungen, sondern aus der Not, die bekanntlich Eisen bricht, auch das so starre und schwere Eisen des Krieges. Und wenn sie jetzt mit ihrem Verständigungswillen prunken, so müßten die Völker ein schlechtes Gedächtnis haben, um nicht mehr zu wissen, wie laue Freunde des Vernunftfriedens die bisherigen Machthaber waren. Ist doch Stählmann weggeschickt worden, weil er gewagt hat, zu bezweifeln, daß der Krieg militärisch werde entschieden werden. Und hat nicht erst kürzlich der Stolz der bürgerlichen Demokratie, der Bialanaler Baner, erklärt, an dem

15. I. 1918

Oesterreichische Delegation.

Heeresausgleich.

Der Heeresausgleich trat gestern nachmittags unter Vorsitz des Obmannes Dr. Gorman zu einer Sitzung zusammen...

Del. Dr. Körner

aus: Durch den wiederholt feierlich kundgegebenen einmütigen Willen des böhmisch-slowakischen Volkes, durch die von Seite der mit den Mittelmächten kriegsführenden Staaten erfolgte Anerkennung der selbstberechtigten internationalen Stellung der böhmisch-slowakischen Nation...

Delegierter Dr. Schlegel

wendet sich gegen die Argumentation des Delegierten Doktor Körner; er bezweifelt vor allem, ob alle Angehörigen des tschechischen Volkes und insbesondere diejenigen, die im Kampfe...

Lauende und Abertausende erfüllen die ihnen durch den Eid auferlegte Pflicht mit Einlab ihrer Persönlichkeit und aller ihrer Kräfte. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes durch feindliche Staaten könne für Völker, die jahrhundertlang in einem Staatsgebilde nebeneinander gewohnt haben...

Rebner kommt sodann auf das feinerzeitige Exposé des Kriegsministers zurück und gedenkt in Uebereinstimmung mit ihm dankbar der Soldaten, die in höchster Pflichterfüllung die größten Opfer gebracht haben...

Wenn das Exposé von einer seitens der Armee unüberwindlichen Rücksichtslosigkeit spreche, so müsse er für sich und für die Delegation in Anspruch nehmen, an dieser Rücksichtslosigkeit nicht teilzunehmen...

Bei den höheren österreichisch-ungarischen Kommanden sei ferner im Gegensatz zu den deutschen vielfach eine Hypertrophie an Mannschaften zu finden gewesen. Als Freund und Anhänger der Armee solle es ihm schwer, gewisse für die Militärverwaltung nicht günstige in der Bevölkerung verbreitete Anschauungen zur Sprache zu bringen...

Rebner macht auf die Verjudung des Verpflegungswesens aufmerksam und ersucht um Befreiung der Jüden der tschechischen Angehörigen des Kriegswirtschaftlichen Beamtenstabes. Er wünscht ferner Aufklärung über die Verträge der Heeresverwaltung mit den Konservenfabriken Wehler...

Kriegsminister Generaloberst Freiherr von Södger-Steiner:

Insofern in den Ausführungen des Herrn Del. Doktor Körner eine Rechtsverwahrung gegen die Tagung der Delegationen enthalten war, beschränke ich mich auf die Konstatierung, daß die Delegationen auf Grund von faktierten Gesetzen berufen sind, ihre Tätigkeit auszuüben...

Wer, wie ich, das Glück gehabt hat, den Ausmarsch der Truppen zu sehen und, ich betone es, speziell eines tschechischen Regiments, welches unter meinem Kommando gestanden ist, mer die helle Begeisterung gezeigt hat...

Der Herr Delegierte hat sich auch darin gefallen, unsere Generalität heranzuziehen und zu sagen, er erkenne ihr nur das Einzige an, daß sie nicht zu siegen verstehe...

In Verantwortung einiger der Anfragen des Delegierten Dr. Schlegel bemerkt der Kriegsminister, daß die Kriegsverwaltung sich bezüglich der Begünstigungen der aktiven Offiziere, die sich hauptsächlich auf die Eisenbahnschranken beziehen, wiederholt und in eindringlichster Weise dafür eingesetzt habe...

Hinsichtlich der Kriegsgefangenen in Italien habe Del. Dr. Schlegel von Nachrichten Mitteilung gemacht, wonach es ihnen in bezug auf Gesundheit, Verpflegung usw. schlecht gehen soll. Unsere von den jüngst stattgehabten Verhandlungen in Wien vor wenigen Tagen zurückgekehrte Delegation habe dem Minister eigentlich das Gegenteil berichtet...

Was die Kriegsgefangenen in Rußland anbelangt, so wolle der Minister auf die vorgebrachten Details später eingehen. Bezüglich des jetzigen Stadiums möchte er nur einige beruhigende Aufklärungen geben...

Alles andere ist durch die sogenannte Dsifront abgeschlossen, durch die unsere Kommissionen nicht vordringen können. Hierüber haben wir keine Nachrichten. Wir haben aber Verbindungen angestrebt, auch teilweise erreicht...

Bzüglich der Räumung der Schulen bemerkt der Minister: Ich habe auch im Laufe meiner Amstätigkeit eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Schulen faktisch freigemacht. Daß es nicht durchwegs möglich ist, bedauere ich sehr...

nicht überall zur Verfügung stehen. Ueber den Stand der Verhandlungen hinsichtlich der Freimachung der Schulgebäude in Linz macht der Minister nähere Mitteilungen und erklärt schließlich, er werde sich auch auf Grund der Ausführungen des Del. Dr. Schlegel sofort davon überzeugen...

Was die Demobilisierungskriegsgüter anbelangt, so wurde in einer Reihe gemeinsamer Ministerkonferenzen die Art und Weise der Sachdemobilisierung erörtert und festgelegt. Die Organisation ist derart, daß alles frei werdende Kriegsmaterial, d. h. dasjenige, welches die Heeresverwaltung nicht mehr benötigt...

Del. Generaloberst Freiherr v. Dankl

erklärt, auf die Herabsetzung und Verunglimpfung des Fahnenweibes, des Heiligsten, was der Soldat habe, zurückkommen zu wollen. Der Verrat an den Schultern an Schultern kämpfenden Kameraden ist seit Urbeginn der Geschichte als ein niedriges, ja infames Verbrechen beurteilt worden...

Was das Verhältnis der Armee zu den Nationalitäten anbelangt, so unterschreibe er vollinhaltlich, daß die Armee unparteiisch sein und über jeder Politik stehen müsse. Das schließt aber nicht aus, daß man jede Nationalität versteht und beachtet, ihre Eigentümlichkeiten berücksichtigt und sie auch danach behandelt...

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, dessen Pflege insbesondere in unserer Armee notwendig ist, muß erhalten und gestärkt werden. Dazu gehört Ruhe, Takt und Verständnis. Notwendig ist es auch, daß der Offizier die einzelnen Sprachen kennt...

Rebner könne nicht mit genug Betonung auf die Wichtigkeit der Erziehung und Ausbildung des Offizierskorps hinweisen, ebenso auf die Ausbildung der Unteroffiziere. Was die Ursachen des Krieges betrifft, liegen sie im Hass, Neid, im Größenwahn und der maßlosen Herrschsucht...

Gegenüber verschiedenen Ausführungen einzelner Delegierter müsse Rebner ganz entschieden für die geradzu genaue Führung unseres Oberkommandos eintreten und könne sich in dieser Beziehung auch auf neutrale Urteile berufen...

Rebner schildert sodann eingehend die Schwierigkeiten, welche die Heeresverwaltung in der vergangenen Zeit bei der Durchsetzung ihrer Forderungen zur Ausgestaltung der Armee, namentlich mit geeignetem Artilleriematerial, zu überwinden hatte...

Rebner bespricht sodann in ausführlicher Weise die Frage der Einsetzung von Schiedsgerichten, der Abrüstung und der künftigen Gestaltung des Heeres. Er kommt sodann auf das Verhältnis der Völker in der Monarchie zurück...

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen. Nächste Sitzung heute nachmittags nach der Hausjitzung.

## Der Herr der Erde.

Von Prof. Dr. Benno Amendörffer.

Es ist eine weit verbreitete und von gewisser Seite geflüstert immer wieder betonte Meinung, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg lediglich eine Folge des vom Deutschen Reiche aufgenommenen Unterseeboattkrieges sei. Angesichts der Erfahrungen der letzten Monate und der allerjüngsten Vergangenheit, angesichts der in englischen und sonstigen Verbandsblättern erst kürzlich gebrachten Mitteilungen erscheint diese Anschauung völlig unhaltbar. Man muß vielmehr annehmen, daß die Beteiligung Amerikas am Kriege von vorne herein feststand und nur der Zeitpunkt noch in Frage kam.

Sucht man sich von den wahren Absichten und Beweggründen des Präsidenten Wilson auf Grund seiner Taten, nicht seiner Worte, ein Bild zu machen, so ergibt sich mit voller Bestimmtheit, daß er bereits bei Ausbruch des Krieges fest entschlossen war, an diesem an der Seite Englands teilzunehmen. Schon die sonderbare Antwort, die er dem deutschen Kaiser auf dessen erstes Handschreiben zuteil werden ließ, das dem Antrage eines gemeinsamen Vorgehens zum Schutze der „Freiheit der Meere“ gegenüber den Übergriffen Großbritanniens, die auch amerikanische Interessen zu schädigen geeignet waren, in sophistischer Weise aus dem Wege ging, wobei Wilson schon damals einen für Deutschland verletzenden Ton anschlug, dann seine Haltung in der Frage der Waffenlieferung an die Verbündeten und seine eigenartige Auslegung der Neutralität, ferner sein Verhalten in der Unterseeboattfrage vor und nach der Vorbereitung der „Lusitania“, die Umstände, unter denen die amerikanische Kriegserklärung erfolgte, endlich, als Höhepunkt der folgerichtig durchgeführten Kriegspolitik des Präsidenten, die Antwort, die er der jüngsten Friedensumgebung des Grafen Burian zuteil werden ließ, wie auch die durch die Verbandspresse verbreitete Äußerung über die Wertlosigkeit aller deutschen Demokratisierungsbestrebungen, dies alles bildet eine zusammenhängende Kette von Handlungen, denen gegenüber die gelegentlichen von Scheinhumanität und Scheinidealismus trübenden Reden des Mannes, in dessen Händen heute das Geschick der Erde ruht, als eitel Blendwerk erscheinen. Nichts ist daher unbegreiflicher als die Tatsache, daß es noch immer in deutschen Landen Leute gibt, die ernsthaft meinen, Wilson habe in den gegenwärtigen Krieg eingegriffen, um den Krieg als solchen für die Zukunft unmöglich zu machen. Abgesehen davon, daß dies eine auf die halbe Menschheit angewandte Eisenbarren wäre, kann man sich doch nur schwer vorstellen, daß es sich dem Präsidenten gelohnt hätte, nur zu diesem in seinen letzten Zielen schließlich utopischen Zwecke das

Leben Tausender seiner Landsleute aufs Spiel zu setzen und der gesamten Politik der großen transatlantischen Republik eine Richtung zu geben, die von Grund aus allen ihren bisherigen Ueberlieferungen widerspricht. Freilich dürfte auch die von anderer Seite verfolgte Ansicht, daß es sich bei Wilson lediglich um die Absicht handle, die unmittelbaren materiellen Interessen der Union, die nun einmal ein gewaltiges Kapital in das Unternehmen des Krieges gesteckt hat, zu sichern. Gewiß mag auch dieser Gedanke, der in den maßgebenden Geschäftskreisen Amerikas lebendig genug ist, mit maßgebend gewesen sein, er ist es aber sicherlich nicht allein.

Das Verhalten Wilsons erscheint aber in neuem und, wie wir sehen, erst den ganzen Hintergrund voll beleuchtenden Lichte, wenn man sich deutlich macht, daß seine ganze während des Weltkrieges befolgte Politik nur verständlich ist unter dem Gesichtspunkte des amerikanischen Imperialismus, der keineswegs lediglich geschäftliche, sondern zum guten Teile auch nationale und politische, bis zu einem gewissen Grade also idealistische Ziele verfolgt. Der beliebte Erklärungsgrund der von sozialdemokratischer Seite vertretenen materialistischen Weltanschauung, die alles Weltgeschehen lediglich aus materiellen Beweggründen zu verstehen sucht, wird eben auch hier wieder zu schanden und man kann Wilsons Haltung nicht begreifen, wenn man die Imponderabilien ausschaltet. Nach dieser Hinsicht dürfte von größter Bedeutung sein, was ein reichsdeutscher Hochschullehrer, der kürzlich längere Zeit in Wien weilte und seinerzeit als Austauschprofessor in Amerika gewirkt hat, über die Stimmung in gewissen intellektuellen Kreisen der Union zu berichten wußte. Mein Gewährsmann fand drüben in akademischen Kreisen — es war zur Zeit, da Wilson noch als Universitätsprofessor wirkte — den Gedanken weit verbreitet, daß Amerikas Zukunft gefährdet sei durch den Amerikanismus, daß alle besseren Regungen des Volkes in roh materiellem Streben zu ersticken drohten. Er fand eine merkwürdige Sehnsucht nach romantischen Ueberlieferungen, nach kriegerischem Ruhm, nach einem Heldenzeitalter usw., nach lauter Dingen, die das alte Europa vor der neuen Welt voraus hat. Zur Durchführung der Gedanken der berühmten Kreise meinte man in erster Linie der Militarisierung zu bedürfen und die Traditionen des preussischen Offiziersstandes gehörten mit zu den Idealen eines nicht geringen Teiles der akademischen Kreise. Nun behauptet jener deutsche Gelehrte, Wilson sei all diesen Gedanken sehr nahe gestanden. Hält man dazu, daß schon im Jahre 1914, etliche Monate vor Kriegsausbruch, der Amerikaner Price Collier ein auch in deutscher Uebersetzung erschienenen Buch über Deutschland herausgegeben hat, in dem er sich in wahrhaft begeisteter Weise über die deutsche Militärverfassung äußert und die Militarisierung der angelsächsischen Staaten als möglich und wünschenswert bezeichnet, so erhält man, wie mir dünkt, wertvolle Aufschlüsse über die Beweggründe Wilsons und das von ihm geleitete amerikanische Volk. Der Weltkrieg war ihnen der willkommenste Anlaß, die gewünschte Militarisierung der Vereinigten Staaten durchzuführen, die daneben auch noch, was auch der idealistisch gesinnte Amerikaner niemals verschmäht, reichen Gewinn nicht nur an Prestige, abwerfen konnte. Unter diesem Gesichtswinkel wird auch die sonderbar ablehnende und hinhaltende Haltung Wilsons in der Friedensfrage verständlich. Ihm genügt nicht der Friede an sich, selbst dann nicht, wenn seine bekannten 14 Punkte von den Mittelmächten wirklich restlos erfüllt werden. Er will den vollen, möglichst glänzenden Sieg der amerikanischen Waffen, der umso wertvoller für ihn wäre, weil er über die erste und ruhmvollste Armee der Welt errungen wäre. Das Wie spielt dabei keine Rolle, denn der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber träten alle Nebenumstände in den Schatten, wenn durch Amerikas Hilfe das Deutsche Reich in den Staub getreten wäre. Die Feindschaft gegen das Deutsche Reich ist zum guten Teile denn auch Maske. Es handelt sich vor allem darum, Kriegsrühm zu erwerben, auf dessen Kosten ist dabei eine Frage zweiten Ranges. Daß zufällig das Deutsche Reich und wir diese Kosten tragen sollen, ist nur angenehme Beigabe.

Der amerikanische Sieg im Weltkriege soll, so denken Wilson und seine Gesinnungsgenossen, nur der erste Schritt zur Weltmacht sein, deren Glanz alle früheren Reiche erbleichen machen wird. Die sicherste Stütze der hier vertretenen Auffassung bietet die etwas gedämpfte Stimmung in den Verbandsländern, wo man bereits mit einigem Bangen das ungeheure Anwachsen der amerikanischen Macht beobachtet. Vielleicht liegt darin aber auch zugleich schon der Keim einer politischen Gruppierung der Mächte, die dafür sorgt, daß die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Im Augenblicke freilich ist Wilson der Herr der Erde. (Durch die unauslöschliche Schuld des unseligen Bethmann und seiner Politik der Feigheit. Die Schül.)

# Dandl über die Friedensfrage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* München, 16. Oktober.

Der bayerische Landtag trat heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Kammerpräsident v. Fuchs forderte in seiner Eröffnungssprache auf, im Hinblick auf die ernste Zeit alles Trennende zu vergessen in dem einzigen Wunsch und Willen zur Geschlossenheit. Ministerpräsident v. Dandl hielt hierauf folgende Ansprache: In einem Zeitpunkt tiefen Ernstes und welt-historischer Bedeutung sind Sie zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten. Im fünften Jahre stehen Deutschland und seine Verbündeten im Existenzkampfe gegen eine Welt von Feinden, in einem Kampfe, wie ihn an Umfang, Gewalt und Erbitterung die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat. Es ist nicht ein Kampf der Armeen, es ist ein Kampf der Völker. Millionen blühender Menschenleben sind ihm zum Opfer gefallen, unschätzbare Kulturwerte hat er vernichtet. In diesen Tagen hat sich der Ausblick auf ein nicht mehr fernes Ende des fürchterlichsten aller Kriege eröffnet.

Die Vorgänge, die diesen Wendepunkt kennzeichnen, sind Ihnen bekannt. Es genügt, wenn ich Sie kurz skizziere. Die deutsche und österreichische Regierung haben in der Nacht zum 5. Oktober an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Ersuchen um Einleitung von Friedensverhandlungen und alsbaldige Herbeiführung eines Waffenstillstandes gerichtet. Die beiden Regierungen haben hierbei die bekannten, von Präsident Wilson in seinen Vorkatheten an den amerikanischen Kongress ausgesetzten Sätze als Grundlage für einen gerechten und dauernden Frieden anerkannt. Wilson hatte in seiner Antwortnote das Eingehen auf unsere Vorschläge von Aufklärungen und Bedingungen abhängig gemacht, und die Reichsleitung hatte im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung und allen maßgebenden Reichsstellen zu diesem Verfahren sich klar und bestimmt geäußert.

Nunmehr ist durch die Tagesblätter eine neue Kundgebung Wilsons veröffentlicht worden. Eine Stellungnahme hierzu ist, da der amtliche Text noch nicht vorliegt, naturgemäß im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich.

Niemand wird verkennen, daß für weite Kreise des deutschen Volkes das Wilsonsche Friedensprogramm den Verzicht auf Wünsche und Hoffnungen bedeutet, die von einer glücklichen Zukunft Deutschlands uns untrennbar erscheinen. Aber entscheidend und bestimmend muß der Gedanke bleiben: das deutsche Volk steht in einem Existenzkampfe fast gegen die ganze Welt. Eine Uebermacht von Feinden bedroht Deutschland in seiner Freiheit und in seinem Bestand. Höchstes und letztes Gebot ist es und muß es bleiben: die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Nation zu erhalten und die Grundlage zu sichern, auf der sie wieder gesunden und erstarren kann im freien, ehrlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern, der er ihre Zukunft neu aufbauen kann. Nur unter diesem Gesichtspunkte konnten die Wilsonschen Sätze in ihrer Gesamtheit von der deutschen Regierung angenommen werden.

Manche Selbstaufhebung und manch gern gehegter politischer Traum ist verfliegen, mancher Traum, der uns nur angedichtet worden ist. Aber niederdrücken wird sich von dem Ernst der Lage nur der lassen, der nicht bisher gewöhnt war, ruhigen Sinnes der nüchternen Wahrheit der Tatsachen klar ins Auge zu sehen, der vergessen hat, warum wir zum Schwerte greifen mußten. Nicht um Eroberungen zu machen sind wir gegen die friedliebenden Nachbarn zu Felde gezogen, sondern zu einem Verteidigungskampfe auf Leben und Tod. Viele werden ja künftig umlernen müssen. Aber in einem werden und können wir nicht umlernen: In der Ueberzeugung, daß dieser Krieg von Anfang an ein Verteidigungskrieg, ein heilige Kampf um Selbst-

behauptung und Existenz war und bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Er war es von dem Tage an, da Oesterreich-Ungarn gegen die lebensgefährlichen Antriebe an seiner serbischen Flanke vorzugehen sich genötigt sah, und da in Rußland in Gewisheit der französischen und englischen Hilfe dem damaligen Jaren trügerisch der verhängnisvolle allgemeine Mobilisationsbefehl abgerungen worden ist, der den Krieg unabwendbar machte. Und dieser Verteidigungscharakter verstärkte sich umso mehr, je mehr Angreifer in der ganzen Welt sich dem Ringen unserer Feinde angeschlossen.

Es war ein Verteidigungskampf, das habe ich hier im Hause wiederholt betont, und das ist die große Richtlinie, nach der allein sich unsere Kriegsziele in ruhiger, sachlicher Kontinuität bemessen werden. Wer von dieser Linie abwich, wer je nach der Kriegslage seine Ziele anders einstellte, der hat jenem Volksempfinden zuwider gehandelt, von dem die jubelnde Vaterlandsbegeisterung des Volkes bei Kriegsausbruch getragen war.

Den großen Verteidigungskampf um seine Existenz aber, den hat Deutschland in Ehren gekämpft und in Ehren bestanden.

Unbestreitbar ist die Waffenherrlichkeit unseres Heeres, das im vierjährigen Kampfe gegen eine an technischen Hilfsmitteln weit überlegene Uebermacht von Feinden fast unermüdet erschienen und geleistet, den mächtigsten Gegner im Osten niedergekämpft, am Balkan und an der italienischen Front die Feinde geschlagen und im Westen in siegreichen Kämpfen den heimatlischen Boden vor feindlichen Einfällen bewahrt hat.

Minister v. Dandl würdigte dann die Tapferkeit der Armeen und die Opfer sowie die Leistungen der Heimat und des gesamten deutschen Volkes. Er fährt fort: Noch ist der Krieg nicht zu Ende, noch ist es nicht entschieden, ob die von der Reichsleitung unternommenen Schritte wirklich den Frieden bringen, der uns unser Leben läßt. Denn nicht jeden Frieden werden wir annehmen. Ein Friede, der uns als Volk gerädelt wollte, der uns unsere Zusammengehörigkeit und die wirtschaftlichen Bedingungen des Lebens raubte, wäre nicht zu erstreben. Er müßte die letzten Kräfte zur Entscheidung wachrufen. Deutschland hat mit diesem Schritt, der nunmehr zum Waffenstillstand und zum Frieden führen sollte, sich auf den Boden des Programms gestellt, das Präsident Wilson in seinen Kundgebungen entwickelt hat.

Wir haben das getan im Glauben an die Ideale, die aus seinen Vorkatheten über die Grundlage eines dauernden Friedens, über den Frieden ohne Sieg und über den Völkerbund sprachen, und in der Erwartung, daß diese Grundsätze sich als echt erweisen, daß sie Deutschland und seinen Bundesgenossen gegenüber in einer Weise eingehalten werden, wie es eine nach allen Seiten gerechte Anwendung dieser Ideale erfordert. Unwürdige und demütigende Zumutungen, die uns an das Lebensmark gehen, wären mit diesen Grundätzen nicht vereinbar.

Wenn Deutschland in seinem Friedensangebot und in Erwiderung auf die Wilsonsche Anfrage weitgehende Zugeständnisse gemacht hat, so ist das geschehen in der Erwartung, daß Präsident Wilson im Festhalten an den von ihm verkündeten Prinzipien mit voller Ueberzeugung nachhaltig dafür eintreten wird, daß der Friede, der geschlossen wird, als Frieden der Völkerverkörperung vom Geiste der Rechtlichkeit getragen sein wird, daß er auch wirklich ein dauerhafter Friede sein wird. Dauernd kann der Friede nur dann sein, wenn er nicht den Keim zu einem neuen Kriege in sich trägt. Ein Friede, der ein Volk knebelt und damit seine nationale Würde verleht und seine Zukunft zu vernichten droht, würde von einem großen Volke nie auf die Dauer ertragen werden können. Es müßte zu einem neuen Waffengang führen, zu neuem Morden, das der Welt erspart bleiben möge.

## Deutschland und wir.

10/X. 1918

Vom Sturze des Zarismus bis zur zweiten Schlacht an der Marne war das Deutsche Reich der mächtigste und gefährlichste Gegner der europäischen Demokratie. Eine stolze Generalität, der der Ruhm des Siegers unbegrenzte Autorität und unbeschränkte Macht über die Nation gab, beherrschte das Reich; unter dem Schutze ihrer Waffen diktierten Junkertum und Großkapital der Nation ihren Weg unter den Völkern. Sie haben den Zusammenbruch Rußlands zu dem bedrohlichsten Unternehmen ausgenützt: sie haben in Finnland und in der Ukraine die proletarische Revolution niedergeworfen; sie haben Estland, Livland, Kurland, Litauen und Polen für alle Zeiten an Deutschland leiten wollen; sie haben ein gewaltiges, auf die Untertanschaft von zwei Dutzend Nationen gegründetes Imperium vom Weissen bis zum Schwarzen Meere und vom Bosphorus bis zum Persischen Meerbusen aufzurichten zu können geträumt: Die „Mandvölker“ an Deutschland angegliedert, Oesterreich, wo die slavischen zwei Drittel der Bevölkerung dem „deutschen Kurs“ unterworfen werden sollten, durch die „mitteleuropäische“ Gemeinschaft dauernd mit Deutschland vereint, die Türkei von

deutschen Offizieren und Beamten, deutschen Kapitalisten und Ingenieuren organisiert! Wäre es gelungen, diesen Plan zu verwirklichen, so wäre in dem ganzen riesigen Bereich der von Deutschland beherrschten Völker, im ganzen Osten und Südosten Europas der Demokratie der Weg gesperrt gewesen. Und während der deutsche Imperialismus sein Weltreich im Osten träumte, sprach er auch im Westen noch von dem „Königreich Vlaanderen“ unter Deutschlands Schutz, von der Annexion der Erz-lager Französisch-Lothringens, auch dort vom „harten Frieden“. Das war der deutsche Imperialismus, den wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich bekämpft haben. Wir haben ihn bekämpft, weil seine Welt-herrschaftspläne den Krieg verlängerten. Wir haben ihn bekämpft, weil er Deutschland in den Krieg gegen eine an Volkszahl, an industriellen Kräften und an Rohstoffen ungeheurer überlegene Koalition, gegen einen übermächtigen Bund aller freien Völker der Erde verwickelte, in einen Krieg, der das Dasein der Nation in die furchtbarste Gefahr brachte. Wir haben ihn bekämpft, weil sein Sieg die Freiheit ganzer Völker vernichtet, der demokratischen Entwicklung des größeren Teiles Europas schier unüberwindliche Hindernisse entgegenetrümt hätte. Wir haben ihn bekämpft, weil die Verwirklichung seiner Herrschaftspläne die Welt auf Jahrzehnte in zwei feindliche Lager geteilt, eine neue Ära verschärften Weltkrisens eingeleitet, den Machtkrieg der niedergeworfenen Nationen gegen Deutschland unvermeidlich gemacht hätte.

Aber seitdem zum zweitenmal an der Marne der Aufsturm der deutschen Heere gegen Paris gescheitert ist; seitdem sich das Kriegsglück im Westen abermals gewendet hat, bestehen jene Gefahren nicht mehr, die wir bekämpft haben. Der deutsche Imperialismus ist nicht mehr imstande, die Freiheit anderer Völker zu bedrohen. Gefährlich ist nicht der siegende Imperialismus, nicht der besiegte. Nicht der deutsche Imperialismus, sondern nur der Entente-Imperialismus kann heute noch die demokratische Ordnung des künftigen Europa gefährden.

Mit der Weltlage haben sich auch die inneren Machtverhältnisse in Deutschland selbst wesentlich verändert. Mit dem deutschen Imperialismus, der die Freiheit der anderen Völker bedrohte, ist auch das Herrschaftssystem, das das deutsche Volk selbst der Herrschaft der Generale, der Junker, der Kapitalisten unterwarf, zusammengebrochen. Gewiß, die innere Wandlung, die sich bisher schon in Deutschland vollzogen hat, darf nicht überschätzt werden. Sie ist nur ein Produkt der Not. Die alten Gewalten sind noch lange nicht entwaffnet. Trotz der Parlamentarisierung der Reichsleitung und trotz der Durchsetzung des gleichen Wahlrechtes in Preußen bleibt das Reich noch weit entfernt von wirklicher Demokratie. Auch ein Rückfall in den alten Kurs ist noch denkbar. Aber so wenig der Sieg der Demokratie schon erkämpft ist, so sind doch die Zugeständnisse an sie, zu denen sich die Herrschenden bequemen mußten, todsichere Anzeichen ihres nahenden Sieges.

Wenn das deutsche Volk erst ganz erkennen wird, in welches Unglück die Herrenklassen es geführt haben, dann wird es mit diesen Herrenklassen abrechnen! Wenn die Männer heimkehren werden aus den Schützengräben, in denen sie vier Jahre lang Beispielloses vollbracht, Unerhörtes gelitten haben, heimkehren in ein verkleinertes, mit unerträglichen wirtschaftlichen Lasten beschwertes, der Grundlagen seiner Weltmarktstellung beraubtes Vaterland, dann werden sie abrechnen mit denen, die das deutsche Volk in diese Katastrophe geführt haben! Nie wieder werden sie das Schicksal der Nation Generalen, Junkern und Kapitalisten anvertrauen. Das deutsche Volk wird sein Geschick in seine Hand nehmen. Vor dem Kriege schon folgte ein Drittel des deutschen Volkes der roten Fahne; jetzt, nach so ungeheurem, aufwühlendem Erlebnis, unter dem Drucke so furchtbarer, so breite Massen proletarisierender Wirtschaftsumwälzung wird sich die Mehrheit des deutschen Volkes in den Lagern der Sozialdemokratie sammeln. In welcher Weise die Demokratie in Deutschland ihren Sieg erkämpfen wird, ob in Stürmen großer Umwälzung oder, wie es in England geschehen, friedlich in schnell folgenden gesetzmäßigen Reformen, vermag zur Stunde niemand vorauszusagen. Aber so ungewiß die Formen des Kampfes sein mögen, so sicher ist der Sieg. Das Deutschland von morgen wird ein demokratisches Deutschland sein.

Und der Sieg der deutschen Demokratie wird der Sieg des deutschen Proletariats, der Sieg des deutschen Sozialismus sein. Kein Land der Welt ist für den Sozialismus so reif wie Deutschland. In Rußland, wo ein junges Proletariat mit heldenhaftem Ungeflüm den Versuch unternimmt, eine sozialistische Gesellschaft aufzurichten, bildet die Arbeiterklasse nur ein Zehntel der Bevölkerung; in Deutschland gehören zum Proletariat zwei Drittel der Nation. In England, wo das Proletariat im Verhältnis zur Volkszahl noch stärker ist als in Deutschland, hat sich die staatliche Organisation der Volkswirtschaft lange nur mühselig gegen das Prinzip des freien Wettbewerbs durchgesetzt; in Deutschland hat schon vor dem Kriege der Staat mächtig ordnend in das Wirtschaftsleben eingegriffen. Der Krieg hat das blockierte Deutschland zu straff staatlicher Organisation seiner Volkswirtschaft gezwungen und dieser ganze gewaltige organisatorische Apparat staatlicher Beherrschung der Volkswirtschaft, der in der Kriegszeit vom Militarismus beherrscht und dem Militarismus dienstbar war, ver-

wandelt sich in ein Werkzeug des Sozialismus, sobald die Macht im Staate aus den Händen des Militarismus in die Hände des Proletariats übergeht. Das als „Kriegsgesellschaft“ organisierte, von der Reichsbürokratie kontrollierte Zwangssyndikat ist heute eine kapitalistische Organisation zu militärischen Zwecken; aber wenn das Proletariat die Macht im Reiche erobert, wenn das Reich an die Stelle der Kapitalisten, die heute die Kriegsgesellschaft leiten, die Gewerkschaft der Arbeiter und an die Stelle der junkerlichen Bürokraten, die heute die Kriegsgesellschaft kontrollieren, die Beamten des demokratischen, von der Arbeiterklasse beherrschten Reiches setzt, dann verwandelt sich die kapitalistisch-militärische Kriegsgesellschaft in die Keimzelle einer sozialistischen Organisation der Industrie. So sind in Deutschland alle wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen des Sozialismus vollkommener denn in jedem anderen Lande erfüllt. Dort ist, anders als in anderen Ländern, der Sozialismus wirklich nur noch eine Frage der Macht. Und daß das deutsche Proletariat die Macht erobern wird, das sind wir gewiß! Die deutschen Proletarier, die aus dem Schützengraben heimkehren, werden nicht den Krupp und Hohenlohe, den Thyssen und Stinnes, den Rathenau und Ballin fronen! Die Entscheidungsschlachten zwischen Kapital und Arbeit werden auf deutschem Boden geschlagen und sie werden in nicht ferner Zeit geschlagen werden.

So wird das Deutschland von morgen ein ganz anderes sein, als das Deutschland von gestern war. Es ist wichtig, daß wir uns dessen bewußt seien, damit nicht die Gefühle von gestern unsere Entscheidungen von morgen beirren. Denn es ist möglich, daß wir bald gezwungen sein werden, über unsere künftigen Beziehungen zu Deutschland zu entscheiden. Das alte Oesterreich ist tot. Wir deutschen Sozialdemokraten wollen ein neues bauen, das ein Bund freier Völker sein soll. Aber wenn die anderen Nationen Oesterreichs eine solche Gemeinschaft mit uns nicht wollen oder wenn sie ihr nur unter Bedingungen und nur in Formen zustimmen, unter denen unsere wirtschaftlichen Interessen und unser nationales Selbstbestimmungsrecht nicht gewahrt wären, dann wird Oesterreich gezwungen sein zu entscheiden, ob es nicht vorzieht, sich als ein besonderer Bundesstaat dem Deutschen Reich anzuschließen. Der Entschluß wäre gewiß nicht leicht; denn unser Anschluß an das Deutsche Reich würde alte wirtschaftliche Beziehungen zerreißen, er würde uns in neue, ungewohnte Verhältnisse bringen, uns einer uns unvertrauten Rechtsordnung unterwerfen und nur in einem schwierigen und schmerzhaften Prozeß könnte sich unsere Volkswirtschaft den neuen Bedingungen anpassen. Aber andererseits brächte uns der Anschluß an das Deutsche Reich doch auch manchen großen Gewinn. In Oesterreich, wo die Interessen der Nationen einander durchkreuzen und die Kräfte der Nationen einander aufwiegen, wird die Demokratie immer begrenzt bleiben durch eine über den Völkern thronende Gewalt; Deutschland wird ein national einheitlicher Staat sein, in dem die Volksherrschaft vollkommen verwirklicht werden kann. In Oesterreich wird der Klassenkampf immer durchkreuzt und kompliziert bleiben durch die nationalen Gegensätze, die die Volksmassen von ihren sozialen und politischen Aufgaben ablenken und dadurch die normale Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes hemmen; in Deutschland würden wir, von allen Schwierigkeiten des Nationalitätenstreits gänzlich befreit, an den großen entscheidenden Klassenkämpfen des Proletariats teilnehmen. In Oesterreich blieben wir in einem Reichsverband, in dem die Mehrheit der Bevölkerung bäuerlich, die Volkswirtschaft zum Sozialismus noch nicht gereift ist; der Anschluß an das Deutsche Reich brächte uns in eine Gemeinschaft, in der alle objektiven Voraussetzungen des Sozialismus schon erfüllt sind.

O. B.

# Fremdenblatt

Schriftleitung: I., Schulerstraße Nr. 14. Eingang Grünangergasse Nr. 2. — Haupt-Verwaltung: I., Schulerstraße 14. — Aufschmestellen für Bezugsanmeldungen und Inserate: I., Schulerstraße 14 und XV., Neubaugürtel 51. — Inserate übernehmen auch alle bekannten in- und ausländischen Inseratenstellen.

Preise für Wien: Mit Zustellung ins Haus: Jährlich K 76.—; halbjährlich K 39.—; vierteljährlich K 20.—; monatlich K 6.40. Zum Abholen in der Versandstelle: Jährlich K 68.50; halbjährlich K 34.40; vierteljährlich K 17.30; monatlich K 5.80.

Einzelne Nummern: Morgen-Ausgabe 20 h., Montagblatt 12 h., Abend-Ausgabe 6 h.

mit militärischer Beilage

## Die Wodette.

Bezug  
Täglich  
K 21.—  
Bezug  
Deutsch  
Fernspr  
Das „Fr  
„Di

Nr. 282

Wien, Mittwoch den 16. Oktober 1918

### Die Antwort Wilsons an Deutschland.

Washington, 14. Oktober. (Nachricht des Reuterschen Bureaus.) Der Staatssekretär hat heute nachmittags dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, vom 14. Oktober.

Mein Herr!

In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebersetzung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Jänner 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß

die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteil und dem Räte der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen

und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht für völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften der Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front Sorge trägt.

Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein werde. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher seien, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als kriegsführend assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,

so lange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenslichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen sich in Sicherheit zu bringen versuchen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mit williger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen die Deutschen assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die un-

#### Handelpolitische Fragen.

Es sei mir nun noch gestattet, mit wenigen Worten auf einige Einzelfragen einzugehen, die uns besonders beschäftigen.

In den bevorstehenden Friedensverhandlungen wird natürlich den Fragen, von welchen die Sicherung unserer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung abhängt, das ihnen gebührende ganz besondere Augenmerk zuzuwenden sein, damit sich auch auf ökonomischem Gebiete die vom Kriege geschlagenen Wunden meistens wieder schließen.

Einen friedlichen und freundschaftlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch. Ich lege großes Gewicht darauf, daß die durch den Weltkrieg zu noch kaum abschätzbarer Bedeutung emporgewachsenen wirtschaftlichen Interessen in dem mir anvertrauten Wirkungskreise jeweils mit so viel Sorgfalt und so viel Nachdruck vertreten werden, als ihrer großen Wichtigkeit entspricht — selbstverständlich im ständigen Einvernehmen mit den beiden Regierungen, deren Anregungen betreffend Schutz und Förderung der wirtschaftlichen Interessen im Rahmen meines Ressorts ich stets bestrebt sein werde, nach Möglichkeit in die Tat umzusetzen.

#### Polen.

Die letzten Entwicklungen in Polen stehen unter dem Zeichen der sich überfüllenden weltpolitischen Ereignisse. Die unter der Einwirkung dieser Vorgänge entstandenen politischen Strömungen im Lande haben beim polnischen Regenschafter den Entschluß gezeitigt, mit seiner bekannten Proklamation vor die Öffentlichkeit zu treten. Insofern diese Proklamation das Prinzip der freien Entscheidung der polnischen Nation über ihre künftigen Geschicke verkündet, deckt sie sich mit jenen politischen Richtlinien, welche wir dem polnischen Staate gegenüber seit seinem Entstehen einhielten, indem wir dafür eintraten, daß dieser Staat über sein Schicksal selbst entscheiden solle.

Unsere Gesinnungen Polen gegenüber sind unüberänderlich, und wir wollen, so wie bisher, unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutschland unsere

Handelpolitische Fragen. Es sei mir nun noch gestattet, mit wenigen Worten auf einige Einzelfragen einzugehen, die uns besonders beschäftigen. In den bevorstehenden Friedensverhandlungen wird natürlich den Fragen, von welchen die Sicherung unserer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung abhängt, das ihnen gebührende ganz besondere Augenmerk zuzuwenden sein, damit sich auch auf ökonomischem Gebiete die vom Kriege geschlagenen Wunden meistens wieder schließen. Einen friedlichen und freundschaftlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch. Ich lege großes Gewicht darauf, daß die durch den Weltkrieg zu noch kaum abschätzbarer Bedeutung emporgewachsenen wirtschaftlichen Interessen in dem mir anvertrauten Wirkungskreise jeweils mit so viel Sorgfalt und so viel Nachdruck vertreten werden, als ihrer großen Wichtigkeit entspricht — selbstverständlich im ständigen Einvernehmen mit den beiden Regierungen, deren Anregungen betreffend Schutz und Förderung der wirtschaftlichen Interessen im Rahmen meines Ressorts ich stets bestrebt sein werde, nach Möglichkeit in die Tat umzusetzen. Polen. Die letzten Entwicklungen in Polen stehen unter dem Zeichen der sich überfüllenden weltpolitischen Ereignisse. Die unter der Einwirkung dieser Vorgänge entstandenen politischen Strömungen im Lande haben beim polnischen Regenschafter den Entschluß gezeitigt, mit seiner bekannten Proklamation vor die Öffentlichkeit zu treten. Insofern diese Proklamation das Prinzip der freien Entscheidung der polnischen Nation über ihre künftigen Geschicke verkündet, deckt sie sich mit jenen politischen Richtlinien, welche wir dem polnischen Staate gegenüber seit seinem Entstehen einhielten, indem wir dafür eintraten, daß dieser Staat über sein Schicksal selbst entscheiden solle. Unsere Gesinnungen Polen gegenüber sind unüberänderlich, und wir wollen, so wie bisher, unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutschland unsere



# Fremden-Blatt

Verwaltung:  
Schulver-  
waltung in-

mit militärischer Beilage

Bezugspreise für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 64.—, halbjährlich K 32.—; vierteljährlich K 16.—; monatlich K 5.40. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 72.—; halbjährlich K 36.—; vierteljährlich K 18.—; monatlich K 6.—. Bezugspreis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 30.—, für alle anderen Länder K 25.—. Bei den Postämtern: in Deutschland 14 Mk.; in der Schweiz 18 Frk.; Bulgarien 18 Frk.

Fernsprech-Nummern: Schriftleitung 339, 6832, Haupt-Verwaltung 3668, Versandstelle 1024, Druckerei 3608.

Das „Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal. „Die Vedette“ ist jeder Freitag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

Jährlich  
halbjährlich

## Die Vedette.

Wien, Dienstag den 16. Juli 1918

72. Jahrg.

# Grav Burian über die auswärtige Lage.

## Mitteilungen an die beiden Ministerpräsidenten.

Die letzte der beiden Ministerpräsidenten vom Minister des Aeußern fortlaufend zugehenden Mitteilungen über seine Auffassung der auswärtigen Lage lautet wie folgt:

### Wofür die Zentralmächte kämpfen.

Es ist nicht leicht, ein Bild der gegenwärtigen Weltlage zu geben angesichts der stürmisch vorwärtsdrängenden Ereignisse. Alles ist in vollem Fluß und Wiederholungen des oftmals Gesagten über Ursachen und Verantwortungen in der Vergangenheit fördern die Einsicht nicht mehr, weil jeder Mann längst innerlich Stellung genommen hat.

Die Folgen des Krieges sind schon jetzt unendlich weit hinausgewachsen über die ursprünglichen Veranlassungen desselben und weisen auf Alles umfassende Zusammenhänge.

Auch die jetzige Phase der Geschehnisse und Entwicklungen wirft ein grelles Licht auf die am Beginne des mörderischen Ringens zum Zusammenprall gelangten Gegensätze zwischen den kriegführenden Parteien, jedoch vielleicht nicht ohne leise Zeichen einer beginnenden inneren Wandlung in ihrem Verhältnisse.

Mitten im schrecklichen, jedoch in jedem Kriegsabschnitte für sie erfolgreichen Abwehr-Kingen suchen die Zentralmächte nichts als den Friedenswillen des Feindes zu erkämpfen.

### Die gegnerischen Kriegsziele.

Wenn wir alles, was von gegnerischer Seite über ihre Kriegsziele gesagt wurde, zusammenfassen, so erkennen wir drei Gruppen von Bestrebungen, mit denen versucht wird, das Fortsetzen des Blutvergießens zu rechtfertigen.

Menschheitsideale sollen verwirklicht werden. Es soll Freiheit aller Völker herrschen,

die einen Weltbund bilden und ihre Streitigkeiten künftig nicht mehr mit den Waffen, sondern schiedsgerichtlich austragen. Jede gegenseitige Beherrschung müsse ausgeschlossen sein.

Es sollen verschiedene territoriale Veränderungen auf Kosten der Zentralmächte vorgenommen werden. Diese Annexionsabsichten sind, wenn auch mit Varianten, meist bekannt, außerdem besteht aber auch das Vorhaben, insbesondere bezüglich Oesterreich-Ungarns, innere Zerstückelungen zum Zwecke der Bildung neuer Staatswesen vorzunehmen.

Endlich wollen unsere Gegner Sühne nehmen und uns strafen für unsere Missetaten; sie wollen unsere Buße und Reue dafür, daß wir es gewagt haben, uns gegen ihre Angriffe, noch dazu wirksam zu verteidigen. Unsere Wehrhaftigkeit wird Militarismus genannt und muß also vernichtet werden.

### Die Ziele territorischer Natur — das Friedenshindernis.

Sachlich und wesentlich trennen stehen indes zwischen den kriegführenden Parteien eigentlich nur die Ziele territorialer Natur.

Für die großen Interessen der Menschheit, für Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Völkerfrieden und Gleichberechtigung, für welche unsere Gegner vorgeben gegen uns streiten zu müssen, für diese Gebote einer zeitgemäßen politischen Auffassung, über die wir nicht belehrt zu werden brauchen, wollen wir uns selbst einsehen. Es besteht auch in den von den Staatsmännern auf beiden Seiten diesfälliger geäußerten allgemeinen Grundsätzen kaum ein Unterschied. Auch die neuen vier Punkte des Herrn Wilson vom 4. Juli werden — abgesehen von einigen Hyperbeln — unseren Wi-

Satiren, von einer unbeschreiblich witzigen futuristischen Musik begleitet, wurde unermüdet abgebrannt. Hundert Dancing-Girls in strahlenden Plüschkleidern warfen den Schminner ihrer wiegenden Körper in den dunkelnden Saal. In einem solchen Abend (so erzählt die „Die Parisienne“) aber war es, daß die reizende, als Göttin der Narrheit gekleidete Schauspielerin den hochgehobenen Narrenstab schwenkend hinter den Kulissen nach beendetem Tanz mit dem Schluchzen zusammenbrach: „Mein Gott, wie ist das alles traurig!“

In den Kellern hat man sich allmählich häuslich eingerichtet. Mindestens ein- bis zweimal in der Woche steigen vermögende und unermüdete Frauen, elegante Damen und arbeitende Männer, Kinder und Greise hinab in Räume, die viele Bewohner ehemals nur vom Hörensagen gekannt hatten. Nun erhielten auch die Keller — ihren Lebensstil. Solche, die in den alten Palästen des Faubourg St. Germain gelegen, schöne, aus dem 18. Jahrhundert datierende Gewölbe sind, oder in der Maison de Rapport dem eleganten Viertel, betonierten Sälen gleichen, wurden von ihren Besitzern anheimelnd eingerichtet. Ein improvisierter Latteboden, elektrische Dosen, Strohsauteurils und Biegestühle, Teetische, Bücherständer, Lampen geben nebst der Bombensicherheit ein richtiges Hontagegefühl. Selbstverständlich ließ sich die Mode eine derartige, noch niemals dagewesene Gelegenheit, in Phantasie zu schwelgen, nicht entgehen. Pyjamas in allen Stilen, vom englischen Schnitt bis zu den türkischen Pluderhosen und zum Bierrotgewand werden beim ersten Alarm von den schlanken Pariserinnen angezogen. Weiße Burnusse mit Kapuzen und hohe russische oder persische Saffianstiefel mit breiter Pelzverbrämung vervollständigen „La Toilette de la Cave“. Selbst Familien, die solchem Luxus nicht huldigen können, haben den Umständen so viel Komfort wie möglich abgewonnen und ihr interimsistisches Dasein vorzüglich organisiert. Man findet sich mit Grazie mit dem Unvermeidlichen ab.

Die Gothas erwiesen sich auch als Förderer der angewandten Künste. Wenn wohl die Erfindung der farbigen Papierornamente zuzuschreiben ist, die in phantastischen Streifen das Innere aller Fensterstheiben verleben? Die herabfallenden Bomben pflanzten durch die Erschütterung der Luft oft ganze Fensterreihen einer Straße zu sprengen.

Durch Papierstreifen, die kreuz und quer über die Scheiben klebt werden, erhält das Glas Widerstand. Nun leuchten die Häuserfassaden wie gotische Kathedralen. Neben kindischen Versuchen einer brutalen Ornamentik erblüht hier und da aus diesem Fensterverklebgebot eine wirkliche Kunst. Und selbst der Meister des Kubismus, Picasso, entzog sich nicht dem Auftrage einer Majerin, die ihn bat, die Fenster ihres Palais zu schmücken. Mit ingenüös ausgeschnittenen Papierstreifen schuf Picasso ein Farbenwunder. Doch wie jedes Kunstwerk, so hatte auch dieses — ein Schicksal. Die bizarre Harmonie dieser flimmernden Fenster löste bald den Glauben aus, sie hätte geheimnisvolle Deutungen zu vertragen. Man raunte sich zu, die Gothas und die kubistischen Zeichen — stünden zu einander in Beziehungen. Bis endlich die ängstlich gewordene Kunstfreundin das Werk des großen Künstlers — abtragen ließ. So siegte auch diesmal der Schicksal — über echte Kunst. Denn die üblichen Defortationen üblicher Ueblichkeiten erfreuen sich weiter unbelästigt des allgemeinen wohlwollendsten Vertrauens.

Und die Geselligkeit? Sie hat die jetzt allgemein gültige Form der absolutesten Intimität angenommen. Selbst die Besitzer der prächtigsten Wohnungen halten nur ein, zwei Räume offen. Meistens wandelt die Hausfrau ihr „Cabinet de Toilette“ in ein Wohnzimmerchen um, in dem auch die wenigen Freunde — niemals mehr als fünf bis sechs — um einen a la Diabole gedeckten Speisetisch versammeln. Da es gar keine männlichen Diener mehr gibt und die Stubenmädchen viel Arbeit haben, so ist ein Möbel, das im 18. Jahrhundert bei keinem Souper fehlte, wieder Mode geworden: der „Selbstservierer“. Ein kleiner, runder, mehrfach abgeteilter Tisch, den die Hausfrau zum Abfertigen neben sich stehen hat. Die Gäste helfen mit. Jeder Luxus in der Zusammenstellung von Menus ist verschwunden, sowie auch die echte Pariserin zwar elegant, aber mit äußerster Zurückhaltung gekleidet geht.

Alles Leben klingt gedämpft, alles Licht ist geblendet, jede Freude scheint verächtelt, jedes Lächeln ist schwarz gerändert. Und in der silbernen schimmernden Luft, die die weiße Stadt wie immer zärtlich heiter umflößt, seufzt es leise auf: „Mein Gott, wie ist das alles traurig!“

trauen zu Wilson und dem Völkerbund derartig belastet wird?

Soweit zu beobachten ist, geht die deutsche öffentliche Meinung auf einen sehr wesentlichen Punkt, ja auf den Kern der Wilsonforderungen nicht ein. Wenigstens in den Zeitungen begegnet man keiner Erörterung über die von Wilson dem deutschen Volke überlassene Wahl, die Macht, die bis jetzt über die deutsche Nation herrschte, zu ändern. Natürlich weiß man in Deutschland sehr wohl, was Wilson erwartet und fordert und was mit einem Schlag den Frieden annähern und ihn erleichtern würde, doch man will es nicht wissen, man spielt den Schwerhörigen, und so scheint das Schiff des Friedens auf einer Sandbank festgefahren. Einige Pariser Blätter versichern, der bloße Verzicht von Kaiser und Kronprinz würden nicht genügen, es gälte die Abdankung der ganzen Dynastie der Hohenzollern. Erinnerungen an die Absetzung Napoleons werden wach. Zweifellos sind solche Personalfragen größten Formats am schwierigsten zu lösen; aber was ihre Schwierigkeit noch erhöht, das ist eben das ersichtliche Bestreben der Entente, sich selbst niemals zu binden. Das könnte in Deutschland die Stimmung dahin treiben, daß das Volk sich sagt: es ist ja ganz gleichgültig, was immer wir darbringen und wie völlig wir die Mächte unserer Vergangenheit verabschieden, die Entente begehrt ja doch bloß, uns zu zerschmettern, uns recht viel Land zu entreißen und uns durch Strafen und Tribute zu unterdrücken. Wenn wir aber doch bestimmt sind, zugrunde gehen zu sollen, dann werden wir nicht damit beginnen, unsere Führer zu verabschieden, die wir bitter nötig haben und eher versuchen, uns an die brüderliche Einsicht der Regierten bei unseren Feinden gegen deren Regierungen zu wenden. Das Weltgewissen war gegen uns, als wir Unrecht verübten; es wird für uns sein, wenn uns Unrecht widerfährt. Wir haben unseren Willen bezeugt, abzurufen, den von uns verursachten Schaden nach Kräften zu sühnen, das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen und daraus sogar die schmerzlichsten Folgerungen zu ziehen, während unsere Feinde sich dazu noch nie mit der Tat bereit erklärten. Wir wissen, daß unsere Regierung und unser öffentlicher Geist ein schweres Friedenshindernis waren, nun aber geht eine große Sehnsucht nach Verbrüderung und Gerechtigkeit durch unser Land; diese Sehnsucht wird verkannt, verhöhnt, zurückgestoßen. Wehren wir uns, da wir nun doch schon verloren sind, auf Tod und Leben, und wenn wir dann im letzten Verzweiflungskampfe zusammenbrechen, dann versuchen wir das Simsonwerk und begraben, die Säulen des Menschheitstempels erschaffend und zerbrechend, uns und unsere Feinde zugleich unter dessen Trümmern.

Man mag dies für Raserei und Verstocktheit ansehen, moralische Wertungen haben mit solchen elementaren Wandlungen in der Seele eines so großen Teiles der Menschheit nichts zu schaffen; sie haben die Unmittelbarkeit von Naturgewalten. Heute ist die deutsche Demokratie von der Gefahr bedroht, durch das Verhalten Wilsons, der doch ihr Begründer und Schöpfer sein möchte, ewig kompromittiert zu werden, und alle Feinde der bürgerlichen Gesellschaft und der ganzen Menschheitsentwicklung jauchzen. Bereits hat sich in Deutschland von den unabhängigen Sozialisten eine rein bolschewistische Gruppe losgelöst. Mit größter Beunruhigung verfolgten die Revolutionäre den Gang der Verhandlungen; sie haben offen ausgesprochen, daß es für sie ein schwerer Schlag wäre, wenn sich die Kriegführenden verständigen würden, und nun triumphieren sie, weil der Starrsinn der Entente den Fehler von Brest-Litowsk wiederholt. Nehmen wir jedoch an, die Zermürbung Deutschlands wäre bereits so weit vorgeschritten, daß es alles hinnimmt und über seine Regierung das Ausland entscheiden läßt — kann sich irgendwer der Hoffnung hingeben, irgend ein Volk würde eine solche Vergewaltigung und ein an ihm so brutal begangenes Unrecht verzeihen? Die Welt-demokratie hat Bankrott gemacht, wenn sie auf die Erklärung Deutschlands, alle besetzten Gebiete zu räumen und das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen und aufrichtig am Völkerbund teilzunehmen,

nichts anderes zu erwidern hat, als den Hinweis auf bedingungslose Kapitulation, Sühnen und strenge Strafen. Kein Mensch wünscht, sie den Schuldigen zu ersparen; aber jedermann, der nicht von Leidenschaft und Rachgier befehen ist, wünscht, daß sie nicht von außen her den Deutschen aufgedrängt würden, sondern aus deren freiem Willen kämen. Das wird sicherlich geschehen; schon die geistige Umwälzung dieser wenigen Wochen ist eine ungeheure und für jene, die das Wesen des deutschen Volkes kennen, eine fast unwahrscheinlich tiefgehende. Der preußische Militarismus ist auf den Tod getroffen und wird niemals wieder aufstehen. Aber die Feinde Deutschlands täten sehr wohl daran, ihre Zeit zu verstehen und ihre Gefahren richtiger einzuschätzen. Wilhelm II. ist für sie nicht mehr fürchtbar; ein viel ernstere Gegner ist für sie Karl Liebknecht, ist der verzweifelte Ruf des deutschen unterdrückten Volkes zu den anderen Völkern. Ein Ausruf der deutschen Revolution würde sofort Bundesgenossen in allen Staaten der Entente finden, während die Hohenzollern dies nie mehr erreichen können.

Man mißverstehe uns nicht: Nichts liegt uns, die wir fast als erste und nicht an letzter Stelle den Kampf gegen die Gewalttäter und gegen den alten Geist in den Mittelmächten geführt haben, fern, als die Gewalt schonen zu wollen, gerade, wenn sie getroffen wurde. Aber es gilt, eben nur sie und nicht auch das deutsche Volk so tödlich zu treffen, daß es zum natürlichen Verbündeten aller zersetzenden Kräfte wird und die ganze Menschheit vergiftet. Die Erwartung, zuerst eine deutsche Revolution zu erzeugen, sie dann niederzuwerfen, um sich nachher auf die russische Revolution zu stürzen, ist eine trügerische Hoffnung; sie möchte die volksfeindliche und rückwärtliche Politik der heiligen Allianz wiederholen. Nicht darauf kommt es an, ob die Entente etwas mehr oder etwas weniger verlangt, sondern daß sie auch etwas bietet und dem deutschen Volke den Beweis liefert, daß es nicht wehrlos ausgeplündert wird. Ob die militärischen Sicherungen mehr oder weniger streng sind, das ist, so viel jetzt von den Antimilitaristen der Entente auch gefordert wird, eine Frage von viel untergeordneter Bedeutung, als die durch Heeresberichte verdimmte Welt sich vorzustellen vermag. Aber wichtig wäre, daß das deutsche Volk auch weiß, es werde in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen, man mute ihm nichts zu, was nicht auch die anderen Völker auf sich nehmen, es beginne eine neue Epoche der Gerechtigkeit und der gemeinsamen Arbeit für alle Menschen. Die deutsche Regierung hat ihre Annahme ausgesprochen, auch die Alliierten würden sich an die Wilsonpunkte halten; aber in der Antwort des Präsidenten findet sich leider nichts über diesen wesentlichen Punkt. Kein Subelogeul in London und Paris kann den peinlichen Eindruck verwischen, den dies bei allen Besonnenen und einen Dauerfrieden ehrlich Begehrenden machen muß, und man darf gewiß sein, daß diese Stimmung trotz dem Triumphwirbel dieser Tage doch schon in den Seelen der alliierten Völker wohnt und dort sich weiter entwickeln wird. Die Gegensätze haben sich verschärft, und das werden die Clemenceaus und Lloyd Georges mit überzeugender Deutlichkeit schon noch erfahren. Havas und Reuter bemühen sich, dies zu verdecken; es mag ihnen für den Augenblick gelingen, nach wenigen Monaten oder Jahren würde die Menschheit ernüchert den Fehler erkennen, daß sie Wilson die Hände band und die Führung in die Hände von kurzfristigen Nationalisten legte.

Noch ist nichts verloren, und wir hoffen, Deutschland werde durch vollkommene Aufrichtigkeit und durch Genugtuung gegen die Wünsche der Menschlichkeit sowie durch weitere Bereitwilligkeit entgegenzukommen wissen. Am wichtigsten wäre es freilich für Deutschland, wenn es in der Lage wäre, die große und entscheidende Garantie in der Verringerung seiner Staatsgewalt zu liefern. Hier darf man nur hoffen, kaum noch wünschen, jedenfalls nicht fordern; das ist eine Angelegenheit höchstpersönlichsten Empfindens für ein jedes Volk, und jedes schroffe Wort schlägt hier Wunden, die lange nicht heilen. Es muß nur sehnsüchtig erwartet werden, daß Deutschland

sofort und richtig wähle und daß es damit Wilsons Kraft stärke und es ihm endlich ermögliche, weniger Kriegführender und mehr Schiedsrichter zu sein. Dann werden die Tage der Enttäuschung, die wir nun leider durchleben, rasch vorübergehen.

### Enttäuschung.

# Eine zweite, vielleicht um einen Hauch milder klingende Lesart der Antwort Wilsons ist ebenfalls verbreitet worden; an dem Gesamteindruck ändert sie nur wenig, und dieser geht leider dahin, daß der Präsident nicht als Einziger die Führung in festen Händen hält. Die Alldeutschen, wie immer am verlogensten, stellen die Sache so hin, als wolle Wilson für Deutschland die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand eines Einzigen nehmen, während er selbst unumschränkt augenblicklich für die ganze Welt darüber allein entscheide. Ach, es wäre sehr segensreich, wenn dies, was ihm vorgeworfen wird, die Wahrheit wäre! Aber leider hat Wilson nicht jene unumschränkte und absolute Macht, und die Antwort zeigt, daß die Führung innerhalb und außerhalb der Union zu den Unversöhnlichen hinüberglitt. Wilson hat da und dort mächtig einzuwirken versucht, und er hofft gewiß, wenn es einmal so weit gekommen ist, für Bernunft und Völkerbund erfolgreich arbeiten zu können. Wird er sich nicht täuschen? Die Stimmen der Presse sind wenig hoffnungsvoll, sowohl der Jubel der ententistischen Kriegstreiber wie die kaum verhaltene Erbitterung auch bei den Organen der gemäßigten deutschen Presse sind recht kennzeichnend. Es ist wohl nicht so sehr die Schwere der Bedingungen und die Verweisung an Foch, die dort enttäuschen muß, als jedes fehlende Wort der Güte und das nirgends sich offenbarende Bestreben, die Kluft zu verengen. Wilson verlangt, ohne selbst zu bieten, und das war bisher im Kriege stets die Art der Kriegsverlängerer und jener, die den Haß verstärken. Unter „bieten“ ist nicht irgend ein Schacher um Land zu verstehen, sondern das ernsthafte Bestreben, beim deutschen Volke nicht das Empfinden zu erwecken, ein Partia unter den Völkern zu sein. Die Alldeutschen sprechen bereits triumphierend vom „laudinischen Joch“ und von der „zweiten Ohrfeige“. Kann es nützlich sein, wenn das deutsche Volk, das sich ehrlich sehnt, die Gewalt zu verabschieden und sich mit den anderen Nationen zu vereinigen, solche Eindrücke erhält und wenn sein gegen Widerstände sich entwickelndes Ber-

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-nicza 12. — Manuscripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Mittwoch, 16. Oktober 1918

Nr. 242

tritt und daß ihr Friedensvorschlag mithin als eine Offenbarung des deutschen Volkswillens anzusehen ist. Herr Wilson und die ihm assoziierten Regierungen wissen mithin schon aus der Antwortnote, mit wem sie es zu tun haben. Im übrigen nennt Wilson mit seinem Sturmlauf gegen „jede willkürliche Macht, die für sich, geheim und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann“, offene Litren ein. Das deutsche Volk, das sich nunmehr der Segnungen des parlamentarischen Systems erfreut, hat nicht erst auf diesen Wink mit dem amerikanischen Jaunpfahl gewartet, um sich das Mitbestimmungsrecht in Fragen von Krieg und Frieden zu erringen. Schon vor Tagen wurde aus Berlin gemeldet, daß eine Aenderung der Reichsverfassung bevorsteht, durch die dem Reichstag dieses Recht eingeräumt werden soll. Eine willkürliche Macht wird es also fortan in Deutschland nicht mehr geben, die für sich, geheim und aus eigenem Belieben über Krieg und Frieden würde entscheiden können. Da der Reichstag das Recht der Mitbestimmung haben wird, kann der Kaiser künftig weder für sich, noch geheim, noch auch aus eigenem Gutdünken heraus den Frieden stören. Mehr als das kann niemand auf Erden, kann auch Herr Wilson nicht fordern, denn damit allein ist schon die stärkste Bürgschaft gegen mutwillige Herausbeschwörung neuer Kriege errichtet. Es war also nicht nur unritterlich, den Gegner demütigen zu wollen durch die Forderung, die kaiserliche Macht zu vernichten, oder wenigstens bis zur tatsächlichen Ohnmacht herabzumindern. Diese Zumutung war auch überflüssig, denn aus dem freien Willen des deutschen Volkes heraus war diese Neuordnung des verfassungsmäßigen Gleichgewichts im Reiche bereits in die Wege geleitet, noch ehe Wilson mit seinem Ansinnen in die Öffentlichkeit trat.

Nicht gering wird die Erregung sein, die Ton und Inhalt der Erwiderung Wilsons weithin im Deutschen Reiche auslösen wird. Dennoch darf man die Hoffnung festhalten, daß die Wogen dieser Erregung sich bald legen werden und die deutsche Regierung in ihren Entscheidungen über ihre künftige Haltung mit der überlegenen Besonnenheit, die ihr bisheriges Vorgehen kennzeichnet, zu Werke gehen wird. Vielleicht ist das Verlehen in dieser Rückäußerung bloß ein Zugeständnis, das Wilson, um das Heft in der eigenen Hand zu behalten, dem rachschnaubenden vorzeitigen Siegestraumel Clemenceaus gemacht hat. Dann würde nach dieser nicht leichten Krise der Friedenssache wohl wieder der erste Wilson zu Worte kommen, der Mann, der in seinen Vorfragen an die deutsche Regierung durch Hugos Maßhalten seinen Anspruch auf die Rolle des Weltfriedensrichters angeklündigt hat.

### Das Geposé des Grafen Burján.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Im ungarischen Delegationsausschuß für Neußeres hat Graf Burján heute in der üblichen Form die amtliche Auffassung über die auswärtige Politik der Monarchie mitgeteilt, die gegenwärtig zum größten Teil in der Stellungnahme zu den Friedensfragen eingeschlossen ist. Wir heben absichtlich hervor, daß diese Mitteilungen in der üblichen Form erfolgten, und fügen hinzu, daß der Minister die große Ruhe, mit der er sprach, sich gewiß nicht als ein Verdienst anrechnen wird. Graf Burján weiß natürlich ebenso gut wie andere Beobachter die ganze Tragweite der Vorgänge im Innern der Monarchie einzuschätzen, aber er weiß auch, welches seine Pflicht als Minister des Neußeren ist, zumal zu einem Augenblick, da die Monarchie sich ansieht, ihren Völkern den Frieden zu geben, und er hat offenbar nicht Neigung und Absicht, sich um diese seine Pflicht zu drücken oder sich ihre Erfüllung durch sofortiges Eingehen auf Tagesströmungen zu erleichtern. Wie die Dinge heute stehen, ist es die Aufgabe des Ministers des Neußeren, dafür zu sorgen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie in Ehren den Weg vom Krieg zum Frieden finde. Um die Monarchie und nicht um irgendwelche politische und selbstrechthliche Gebilde, die in den Erwägungen der Tagespolitik eine große Rolle spielen, hat er sich dabei zu kümmern, und für den Zweck des Friedens hat er das Zusammenfassen der Kräfte und nicht etwa ihr Auseinanderlaufen zu fordern. Darum hat sich Graf Burján auch nicht um die Einwendungen gegen den rechtlichen Bestand der Delegationen gekümmert, sondern, was er über Krieg und Frieden zu sagen hatte, war vor das Forum gebracht, das nach den bestehenden und bekanntlich noch nicht aus der Geltung gekommenen Gesetzen zur Entgegennahme seiner Mitteilungen befugt ist. Alle Einfichtigen werden dem Minister des Neußeren recht geben darin, daß er in den erschütternden Stürmen dieser Tage das Wegwerfen aller Kompassse nicht eben als die vernünftigste Handlung erachtet. Graf Burján hat in den Ausgangspunkten seines Geposés mit großer Eindringlichkeit darauf hingewiesen, was in diesen Tagen für die Monarchie und ihre Völker auf dem Spiele steht, und daß die einzelnen Teile, wenn sie sich vor schwerem Schaden bewahren wollen, sich in der bevorstehenden Periode internationaler Verhandlungen der Notwendigkeit einheits-

lich kraftvoller Wirkung nach außen bewußt werden müssen.

Der Appell des Ministers des Neußeren kommt nicht zu früh. Denn Graf Burján ist überzeugt, daß wir knapp vor Einstellung der Feindseligkeiten stehen und nicht weit vom Eintritt in Verhandlungen mit den Mächten der Entente halten. Diese seine Erwartung stützt sich auf die Tatsache, daß die deutsche Regierung alle von Wilson für die Förderung des Friedenswerkes gestellten Vorbedingungen erfüllt hat. Graf Burjáns Aufforderung weist darauf hin, daß er an die Aufrichtigkeit des Präsidenten Wilson glaubt, und daß er sich vom politischen Charakter des Präsidenten der Vereinigten Staaten eine wesentlich andere Vorstellung gebildet hat, als sie in leicht erkennbarer Tendenz das halbamtliche englische Nachrichtenbureau zu verbreiten wagt, indem es einerseits annimmt, daß die englische Regierung es auf eine Verschleppung des Termins von Waffenstillstandsverhandlungen abgesehen habe, und andererseits glauben machen will, daß Wilson sich zu solch unfeinem und hinterhältigem Spiele herleihen würde. Unser Minister des Neußeren bekennt sich ausdrücklich dazu, in Wilsons Wort Vertrauen zu setzen, und damit sollte selbstverständlich mehr als eine bloße persönliche Meufnung und etwas anderes als Schmeichelei ausgesprochen werden.

Dies wird uns erst recht klar am dem Tage, an dem wir die amerikanische Antwort auf die deutsche Friedensnote erfahren. Schon eine oberflächliche Prüfung der Vorbedingungen und Bedingungen, die in diesem neuesten Schriftstück aus Washington enthalten sind, befehrt uns darüber, daß unser Vertrauen zu Wilson noch auf manche harte Probe gestellt werden dürfte. Der Antwort ist zu entnehmen, daß man in Washington Gerugtung über die uneingeschränkte Annahme der Wilsonschen Grundzüge durch die deutsche Regierung empfindet, daß man die von Berlin erteilte Auskunft auf die Wilsonschen Vorfragen mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, aber nach all dem noch immer nicht genug hat und noch immer nicht zufrieden ist. Die Entscheidungen über Räumung und Waffenstillstand sollen nach Wilson den militärischen Organen der Entente an den Fronten überlassen werden, aber er zögert nicht, schon jetzt den Militärs die allgemeine Richtlinie für ihre Entscheidungen vorzuzichnen. Sie soll darin bestehen, daß die gegenwärtige militärische Ueberlegenheit der Entente unbedingt gesichert und für diese Sicherung von den Mittelmächten Bürgschaften geliefert werden. Was unter solchen Bürgschaften zu verstehen sei, darüber werden wir nicht belehrt, und das würden wir wohl erst zu hören bekommen, wenn die Regierungen der Mittelmächte darauf eingehen, unter der jetzt von der Gegenseite aufgestellten Voraussetzung Verhandlungen zumindest einzuleiten.

In den militärischen Forderungen, die noch vor jeder Waffenstillstandsverhandlung zu erfüllen wären, kommt deutlich bereits die Stimme der im ersten Augenblick von Wilson zurückgedrängten Entente zum Ausdruck. Der Vorwurf grausamer Kriegsführung, das Verlangen, daß der Rückzug sich nach einem moralischen Reglement der Entente vollziehen und der Unterseebootkrieg eingeschränkt werden solle, dies alles entspringt nicht einem militärischen Bedürfnis und höchstens dem Wunsche der Entente, die Deutschen in ihrer militärischen Ehre zu kränken. Der Präsident hat es gegen die tobende Unversöhnlichkeit mancher unter seinen Waffengenossen in Europa durchgesetzt, daß die Friedensschritte der Mittelmächte nicht von vornherein mit Hohn und Spott zurückgewiesen wurden. Denn auch die großen Idealisten scheinen, wie die ganz gewöhnlichen Politiker, eines Zuschusses von Taktik bisweilen nicht aufbehren zu können, und vielleicht hält es der Präsident für unvermeidlich, in diesem Augenblick den militärischen Bedürfnissen der Ententeführer ein wenig die Zügel schießen zu lassen. Erleichtert wird das Friedenswerk dadurch nicht, und immer deutlicher wird für uns, daß wir noch durch manches dunkle Tor werden hindurchgehen müssen, ehe wir unsere Augen zur Sonne des Friedens werden emporheben können. Auch Wilson ist noch nicht am Ende der Vorbedingungen, auch er hat die Tasche voll von Forderungen nach voranzuleistenden Bürgschaften. Diesmal ist es das Verhältnis zwischen dem deutschen Volke und dem Deutschen Kaiser, in das er mit entschlossener Geberde eingreift. Die deutsche Regierung hat zwar schon festgesetzt, daß sie im Namen der Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes spreche, aber dies genügt offenbar dem Präsidenten noch nicht, und er will noch genauer darüber unterrichtet sein, mit wem es die Entente bei Friedensverhandlungen zu tun haben würde. Man kennt die persönlichen Leidenschaften, die in den Entente seit jeher gegen den Kaiser Wilhelm lebendig sind, und in Deutschland wird sich keiner einer Läuſchung darüber hingeben, worauf Wilson abzielt, wenn er in diesem Zusammenhang die Vertrauensfrage aufwirft.

Die Antwort Wilsons läßt der deutschen Regierung die Möglichkeit eines zugleich geschickten und würdevollen Ausweichens offen und es scheint, daß man in Berlin von dieser Möglichkeit mit rascher Entschlossenheit Gebrauch machen wird. Der Antrag der Parteien,

## Was will Wilson?

### Die Wiener Presse über Wilsons neue Bedingungen.

Das Urteil über Wilson wechselt von Rede zu Rede, von Note zu Note. Kaum war die öffentliche Meinung unter dem Eindrucke irgend einer Wilsonschen Proklamation an die Menschheit darüber einig, daß man es bei dem Diktator der nordamerikanischen Großrepublik mit einem aufrichtigen Apostel der Humanität, der Völkerfreiheit und Weltgerechtigkeit, mit einem Feind aller Machtpolitik und jedes sacro egoismo-Imperialismus zu tun habe, stürzt plötzlich eine Erklärung, eine Note, eine Tat Wilsons die Bewunderung aus den Wolken. Und kaum hat sich der Bohn der Enttäuschung entladen, kaum war die „Entlarvung“ des Schöredners an der Hand seiner Praxis vorgenommen, so kam aus Amerika auch schon irgend ein Neues, stark genug, um die schlimmen Befürchtungen wieder zu zerstreuen und die Annahme eines boshaften Betrugens zu erschüttern. Und zwar ist dieses Schwanken des Urteils über Wilsons wahren Charakter in allen Parteilagern festzustellen, bei Konservativen wie bei Umstürzern, bei Reaktionären wie bei Bolschewiken, bei den Pazifisten ebenso wie bei den Siegfriedlern und Knockoutlern. Um nur ein Beispiel anzuführen, noch am 9. d. abends zweifelte das Wiener sozialdemokratische Organ, ob es in Wilson einen „Gott“ oder einen „Teufel“ zu sehen habe. Die Fünfpunktrede Wilsons vom 27. v. M. hatte auch mitteleuropäischem Gehör so sympathisch, so annehmbar, so diskutabel, aufrichtig friedlich und gerecht gelungen, daß man nicht nur Verständigungs- und Friedenshoffnungen daran knüpfen, sondern auch ohne Bedenken im Anschlusse an jene Freitagssrede die praktischen Versuche, zu einer Aussprache und Verständigung zu gelangen, wieder aufnehmen konnte. In der Tat haben auch, wie gestern Graf Burian in seinem Exposé feststellte, die Regierungen der verbündeten Mittelmächte jene Rede Wilsons zum Anlaß und Ausgangspunkte ihres Waffenstillstands- und Friedensverhandlungsanbots vom 4. Oktober genommen. Auch Wilsons drei Vorfragen an die Berliner Regierung, so höflicher Art sie sein mochten, haben das Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Wilsonschen Friedens- und Gerechtigkeitsprinzipien nicht zerstört.

Aber die Rückantwort Wilsons vom 14. d. an Berlin mit ihren neuen Bedingungen für einen Waffenstillstand und Frieden hat das Urteil der Presse wieder unsicher gemacht, ja die Meinung wiegt vor, daß Wilson durchaus nicht der Schwärmer für unparteiische Gerechtigkeit und einen selbstlosen Rechtsfrieden sei, für den er sich ausbebe, sondern daß er vielmehr der Gunst des Augenblicks das Neueste abzulisten und die ihm durch die militärischen Ereignisse der letzten Monate gewordene Macht rücksichtslos zur Durchsetzung der Ziele, wie sie der „Endsiegspolitik“ des Verbandes und Amerikas vorschweben, auszunutzen trachte. So sagt das „Fremdenbl.“ mit ernstem offiziellem Sinnenrunzeln:

Die neuerlichen Bedingungen, welche Präsident Wilson stellt, sind gewiß nicht milde, denn sie enthalten Forderungen, deren Erfüllung einer viertel Kapitulation nahekommt. Es wird sich zeigen müssen, ob Deutschland diese gewiß schweren Bedingungen annehmen wird und ob die Grundlagen des deutschen Friedensangebotes durch solche Bestimmungen unverändert bleiben.

Und dem „N. W. Tagbl.“ ist es

nicht leicht, kalten Blutes die Antwort zu fassen, die Wilson der deutschen Regierung erteilt hat. Die Sprache, die Wilson führt, klingt nicht wie die des Anwaltes eines gerechten Friedens. Es ist maßvoll, den Ausdruck zu gebrauchen: der Präsident der Vereinigten Staaten spricht, wie ein strenger Richter zum Schuldigen sprechen würde. Aber man kommt nicht darüber hinweg, daß dieser Richter zugleich Partei ist.

Obwohl das Blatt bereit ist, Wilson Entschuldigungen zuzubilligen, rät es dem durch die Note „schwer gereizten“ deutschen Volke zur Vorsicht und in den weiteren Verhandlungen „Wilson in eine Lage zu bringen, in der er nicht umhin kann, zu zeigen, ob er zu seinem Worte

steht und nötigenfalls auch gegen die Clemenceaus sich stellen will.“

Fertig mit seinem Urteil über Wilson ist das „Deutsche Volksblatt“:

Der allgemeine Eindruck der jüngsten Note Wilsons ist, daß Wilson kein ehrlicher Makler ist, daß seine Worte keinen Glauben verdienen, sondern die Phrasen von Recht, Menschlichkeit und Freiheit nur benützt, um selbstsüchtige Zwecke zu erreichen. Wilson will keinen Verständigungsfrieden, sondern einen Gewaltfrieden.

Fast ebenso skeptisch lautet das Urteil der „Arbeiterzeitung“, so sehr sie sich im übrigen über die von Wilson „ohne falsche Vorurteile“ an den Machthabern Deutschlands bezonnene „Abrechnung“ freut; sie betrachtet unter Wilsons neuen Bedingungen als die kritischste die, welche der Entente während des Waffenstillstandes die Fortdauer ihrer militärischen Ueberlegenheit sichern soll, und glaubt, daß Wilson darunter die Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials verstehe:

Ist das die Meinung, dann ist das eine sehr harte Forderung. Denn wenn Deutschland einen Teil seiner Rüstungen abliefern muß, ist es auf dem Friedenslongrev gezwungen, die Bedingungen anzunehmen, die Wilson diktiert. Dem deutschen Volke aber zeigt die Härte dieser Bedingungen, welches Bewußtsein an ihm bezeugen worden ist. Hätte sich Deutschland vor ein paar Monaten, bei wesentlich günstigerer militärischer Lage, zur Annahme der Punkte Wilsons entschlossen, hätte niemand ihm solche Bedingungen stellen können. Die Antwort Wilsons hat die Friedensausichten nicht gebessert.

Die „Zeit“ sagt:

Der demokratische Eifer und der Friedenswille des deutschen Volkes werden von Wilson auf eine harte, eine sehr harte Probe gestellt, auf eine härtere vielleicht, als nötig und klug wäre.

Ähnlich findet das „N. Wiener Journal“, daß „Deutschlands Friedenswille auf eine harte Probe gestellt“ werde und daß Wilsons neue Bedingungen „neue Schwierigkeiten bedeuten“:

Wilson legt eine bisher in der Weltgeschichte unerhörte Auffassung eines Waffenstillstandes an den Tag. Deutschland soll, bevor mit ihm über Waffenstillstand oder Frieden verhandelt wird, kapitulieren, bedingungslos die Waffen strecken.

Die „N. Fr. Presse“, die ihre Betrachtung, um das Düstere noch düsterer zu machen — sie ist seit Wochen bei der Baisse — mit der andeutungsvoll sein wollen den Erinnerung beginnt, daß „Napoleon in Fontainebleau dem Thron entsagt hat“, geht besonders temperamentvoll gegen Wilson los, aber immer mit einem Unterton, der sich wie ein Appell um Mitleid und Gnade für die Mittelmächte ausnimmt:

In der Note spricht der Präsident Wilson, ein Mann, den das Glück auf eine solche Höhe getragen hat, daß dort der Reiz, auch noch persönlich wehe zu tun, auch das Selbstgefühl eines Volkes zu verletzen und ihm Demütigungen aufzuerlegen, verschwinden möchte. Wer die Kraft hat, durch ein Wort täglich vielen tausend Menschen das Leben zu schenken, und macht es nicht, obgleich der Ausgang des Krieges kaum noch zweifelhaft sein kann, will im Frieden nicht bloß die Früchte des Sieges haben, sondern auch den Fuß auf den Nacken des Gegners setzen. Vielleicht will der Präsident, daß die Demokratie sich über Könige und Häupter erhebe wie im alten Rom, da der Senat die Herrscher fremder Völker einsetzte. Wo ist die vom Präsidenten Wilson in seinen Punkten so dringend empfohlene unparteiische Gerechtigkeit? Es gibt kein Volk in Europa, das nicht schon Niederlagen zu verschmerzen hatte. Aber Kränkungen werden nicht vergessen. Es hat jedes Land seine schwarzen Stunden. Ein großes Volk darf auf eine Morgenröte hoffen.

Wir glauben weder, daß es um die Mittelmächte so trostlos steht, wie es hier von einem Blatt, das durch Jahre in Nachtrausch geschwelgt hat, dargestellt wird, noch, daß aus Wilsons Note unbedingt der schwärzeste Sinn herausgelesen werden muß. Wilson hat kein Interesse daran, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Und wenn er es täte, dann hätten die europäischen Verbandsmächte, so wild sie sich zur Zeit gebärden mögen, erst recht ein Interesse an der Mäßigung. Denn das große weltgeschichtliche Ereignis ist die Tatsache, daß Nordamerika den Völkern Europas den Frieden diktiert. Nicht der Verband

hat gesiegt, sondern Amerika. Und dieser Sieg muß naturnotwendig in seinen Wirkungen die Verbandsmächte, voran England, schwerer treffen als die entfernteren Mittelmächte. Vielleicht ist die Zeit nicht fern, in der beide, Amerika und die europäischen Westmächte, einen Wettlauf um die Sympathien Mitteleuropas beginnen.

## Eine Erklärung des Grafen Burian über die Antwortnote Wilsons an Deutschland.

Ausschuß für Aeußeres der österreichischen Delegation.

Wien, 16. Oktober.

Der Ausschuß für Aeußeres trat heute unter dem Vorsitz des Obmannes Dr. Baernreither zu einer Sitzung zusammen, welcher Minister des Aeußeren Graf Burian, Kriegsminister Gd. Freiherr v. Stöger-Steiner, gemeinsamer Finanzminister Freiherr v. Spitzmüller und Chef der Marineleitung Vizeadmiral v. Solub beiwohnten.

Obmann Dr. Baernreither regt an, von der Berlesung des Exposés mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Veröffentlichung desselben und die inzwischen eingetretenen Ereignisse Umgang zu nehmen und erteilt dem Minister des Aeußeren das Wort.

### Die Erklärung des Grafen Burian.

Minister des Aeußeren Graf Burian: Hoher Ausschuß! Mit der gütigen Ermächtigung des hohen Ausschusses werde ich, um nicht Dinge vorzutragen, die ja allen Herren Mitgliedern des Ausschusses schon bekannt sind, von dem Vortrag meines Exposés absehen. Ich bitte mir nur zu gestatten, einige kurze Bemerkungen in der Richtung machen zu dürfen, inwieweit seit gestern eine Aenderung der Situation als eingetreten betrachtet werden könnte. Die Ereignisse eilen schnell. Seit dem Vortrage meines gestrigen Exposés ist uns die Antwort der Vereinigten Staaten auf die letzte Aeußerung der deutschen Regierung bekannt geworden. Ich möchte gleich konstatieren, daß mich nach ruhiger Prüfung des Inhalts dieser Antwort nichts veranlassen könnte, auch nur ein Wort meines Exposés zu ändern.

Ich habe zu Anfang dieses Exposés mit aufrichtiger Befriedigung festgestellt, es eröffne sich den Völkern die Aussicht, daß es gelingen werde, in absehbarer Frist an allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen und in Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen, dauernden und gerechten Friedens einzutreten. Diese Hoffnung hege ich auch heute in vollstem Maße. Denn wenn wir den Inhalt der nun bekannten Rückantwort des Präsidenten Wilson ins Auge fassen, so ist kein einziger Punkt in derselben, welcher geeignet wäre, diese Hoffnung zu vereiteln oder auch nur namhaft aufzuschieben, die Hoffnung nämlich, daß wir vor der nahen Beendigung der Feindseligkeiten stehen. Diese Feindseligkeiten können nach der Lage der Dinge nicht lange mehr fortgesetzt werden.

Fassen wir aus der Note des Präsidenten Wilson zunächst den eigentlichen politischen Punkt ins Auge, den Hinweis des Präsidenten darauf, daß Deutschland gewissermaßen die Erfüllung einer Bedingung schuldig geblieben wäre, die es angenommen habe und die noch vor dem Frieden durchgeführt zu werden hätte, die Bedingung nämlich, die aus den Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 4. Juli fließt, daß es keiner Macht mehr vergönnt sein dürfe, frei und ungehindert über die Frage von Krieg und Frieden zu entscheiden. Dieser Punkt erledigt sich — wie es ja in der Rückantwort Deutschlands außer jeden Zweifel gesetzt werden wird — dadurch, daß man in Deutschland ohnedies im Begriffe ist, die Frage, von wem künftighin die Entscheidung über Krieg und Frieden abhängen würde, durch eine Verfassungsänderung zu regeln.

Was die technischen Fragen und die Voraussetzungen des Abschlusses eines Waffenstillstandes betrifft, über welche Wilson eingehend spricht, so sind das Dinge von wesentlich militärischem Belange. Es ist selbstverständlich, daß die Verhandlung und die Entscheidung der Modalitäten eines Waffenstillstandes von militärischen Faktoren abhängen, und ich glaube, wir dürfen die Ausdrücke in der Antwort Wilsons nicht zu tragisch nehmen, welche dahin gehen, als wären diese Bestimmungen gewissermaßen ausschließlich von seiten der militärischen Faktoren unserer Gegner zu treffen. Zu Waffenstillstandsverhandlungen — das liegt ja schon in dem Begriff „Verhandlungen“ — wird zweiseitig gesprochen. Daraus entsteht ja jene Kommission, deren Zusammenziehung in der deutschen Antwort vorausgesehen worden ist. Wir können vollkommen überzeugt sein, daß Deutschland in der Lage sein wird, in entgegenkommender Weise auf jene Forderungen des Präsidenten Wilson einzugehen und zu antworten, welche eine Milderung der Kriegführung betreffen.

Ich glaube nicht, daß Wilson bei diesen Forderungen im allgemeinen weit über dasjenige hinübergeht, was wohl auch den deutschen Intentionen entsprechen dürfte, daß nämlich in einem Zeitpunkt, wo der Krieg doch als abgeschlossen betrachtet werden kann, beiderseits die Tendenz vorwalten müsse und auch gewiß vorwalten wird, unnötige Härten der Kriegführung zu vermeiden. Selbstverständlich beruht das auf einer gewissen Gegenseitigkeit. Wenn in dieser Richtung seitens unserer Gegner gefordert werden wird, wird ihrerseits auch gegeben werden müssen. Ich glaube, in diesem Sinne wird auch durch eine kurze Aussprache zwischen Deutschland und dem Präsidenten Wilson eine entsprechende Aufklärung gegeben werden können, und ich kann mir nicht denken, daß dieser Ideenaustausch den Abschluß der Feindseligkeiten lange wird hinausschieben können.

Es ist ja nur selbstverständlich, daß Deutschland darauf bestehen wird, daß ihm in diesem Vorstadium der Verhandlungen nicht solche Bedingungen gestellt werden, welche für die Würde Deutschlands als unannehmbar erscheinen könnten. Wir können uns hiebei ganz offen darauf berufen, daß nicht allein wir einem Verständigungsfrieden zustreben, sondern wir können uns — und wir werden es mit besonderem Nachdruck tun — auf jenen Satz Wilsons berufen, in welchem er erklärt, der künftige Friede dürfe kein Gewaltfriede sein.

### Vertagung der Debatte bis morgen.

Obmann Dr. Baernreither richtet an den Ausschuß die Frage, ob er wünsche, daß über diese Mitteilungen des Ministers des Aeußeren sofort die Debatte eröffnet werde. Wir stehen nach den Darlegungen des Ministers des Aeußeren vor einer ganz neuen Situation, und er erinnere daran, daß es früher Sitte war, daß der Ausschuß nach einem Exposé und vor einer neuen Situation stehen sich immer einen oder zwei Tage zur Ueberlegung Zeit genommen hat.

Die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn sei ja als bevorstehend angekündigt worden. Diese Antwort werde natürlich auch die Situation wieder ändern, und es werde, wenn man die Antwort in der Hand habe, zweifellos notwendig sein, daß dann eine Debatte stattfindet.

Delegierter Pittoni bemerkt, es verlautet, daß die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn schon eingelangt sei.

Minister des Aeußeren Graf Burian: Mir ist sie bisher nicht zugekommen! Die Antwort Wilsons werde natürlich sofort zur Veröffentlichung gelangen. Dem Ausschuß stehe es dann offen, seine Entschlüsse bezüglich seines Wiederzusammentrittes zu fassen.

Delegierter Pittoni wünscht, es möge schon heute festgelegt werden, daß, sobald die Antwortnote eingelangt ist, der Vorsitzende sofort davon verständigt und der Ausschuß sofort einberufen werde.

Obmann Dr. Baernreither bemerkt, er fasse die Aeußerungen des Delegierten Pittoni als einen formalen Geschäftsordnungsantrag auf.

Delegierter Dr. Koroschec wünscht, daß den einzelnen Delegierten ermöglicht werde, sich mit ihren Gefinnungsgenossen über den Vertagungsantrag auszusprechen.

Minister des Aeußeren Graf Burian: Wir wissen nicht, wann die Antwort Wilsons einlangen wird. Die Textierung des letzten Satzes der an Deutschland gerichteten Note des Präsidenten Wilson läßt allerdings vermuten, daß wir ihr Eintreffen bald erwarten können. Sobald sie eingetroffen sein wird, werden wir uns sofort mit dem Obmann des Ausschusses ins Einvernehmen setzen. Doch erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß wir bei Beratung der Schriftstücke, die jetzt zwischen uns und unseren Gegnern gewechselt werden, stets das Einvernehmen mit Deutschland herstellen. Das bedingt nur eine ganz kurze Zeit der Verständigung, aber es können auch 24 Stunden vergehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich, damit unsere beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in einer Nuance in Widerspruch geraten.

Delegierter Dr. Koroschec glaubt, eine kurze Unterbrechung bis morgen dürfte genügen. Vor allem würde er aber eine Gelegenheit zur Aussprache wünschen.

Delegierter Dr. v. Langenhan richtet im Einvernehmen mit dem Delegierten Dr. Koroschec an den Vorsitzenden die Bitte, die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben.

Obmann Dr. Baernreither entspricht diesem Wunsche und unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt er bekannt, daß nach den ihm von verschiedenen Seiten gemachten Mitteilungen der Wunsch des Ausschusses sei, sich bis morgen 3 Uhr nachmittags zu vertagen. Er entspreche daher diesem Wunsche.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Ideologie, und es wäre doch die beste und einzige Realpolitik gewesen. Heute wird Belgien zwangsweise den weichenden Deutschen entzogen, und man erlebt wiederum jenes furchtbare „zu spät“, das so niederschmetternd für die Mittelmächte in diesem Kriege war und bleibt. Als der Zar das Haager Schiedsgericht anrief, als Grey nur die österreichische Okkupation Belgrads vorschlug, als Wilson am 10. August 1914 seine Intervention anbot, es war immer zu spät, so wie ein jedes Wort der Vernunft und Gerechtigkeit. In Belgien erfüllt sich das eine schreckliche „zu spät“; das andere scheint sich augenblicklich im Zögern geheimnisvoller deutscher Unterhandlungen vorzubereiten. Was würdevoll angeboten und gegeben werden sollte, das läßt Deutschland sich entreißen und abtropfen, und die schöne Einfachheit und Würde der großen Geste fehlt.

Sicherlich ist es viel verlangt, daß ein Volk sich mit solcher Geschwindigkeit in eine völlig neue und schreckliche Lage einstellt. Wir haben es beklagt, daß der Fanatismus Deutschland auf die Marterbank streckt und am Anblicke seiner Qualen sich ergötzt, aber das kann zweierlei Empfindungen heute nicht unterdrücken: jene geringe Achtung für manche deutsche Gewaltinhaber, die sich würdelos an die unwiderruflich verlorene Macht anklammern und damit Deutschlands Unglück vertiefen, und jene der tiefen und aufrichtigen Freude über die beginnende und sicherlich in wenigen Wochen oder gar nur Tagen sich vollziehende Befreiung Belgiens. Der Name dieses kleinen Volkes wird über ungezählte Jahrhunderte hinaus zum Symbol der unterdrückten und endlich siegenden Gerechtigkeit werden, zum Zeichen, daß das Bewußtsein des Rechtes über Brutalität triumphiert. Wo sind jene, die bewiesen, daß Deutschland ein Faustpfand besitzen müsse, wo sind die flämischen Volksräte, wo die alldeutschen Platane, wonach Deutschland unbedingt die flandrische Küste behalten müsse? Ein Wunsch jedes sittlich empfindenden Menschen wird erfüllt, da die belgischen Männer und Frauen nach schrecklichen Jahren der Unterdrückung die Befreier erblicken und mit Freudentränen den Abzug ihrer Peiniger sehen. Nichts liegt uns ferner, als den Besiegten zu verhöhnern, und mit Schmerz würden wir die fremden Heere in die Gauen Deutschlands eindringen sehen. Doch die Befreiung Belgiens, jene so ganz bedingungslose, die sich durch den Vormarsch König Alberts vollzieht, entspricht viel zu sehr dem einfachen Empfinden für Sittlichkeit und Gerechtigkeit, als daß man sie nicht wie ein Himmelsgeheimnis begrüßt. Sie wird der ganzen Menschheit ein tröstlicher Beweis sein, daß Hochmut vor dem Fall kommt, daß die Kleinen nicht ein Spielzeug in der Hand der Großen sein dürfen, daß das Lebensrecht eines Volkes unzerstörbar bleibt und daß Friedensbruch bestraft wird. Eine große Schändlichkeit wird gesühnt, und mit Dank erinnert sich der Genius der Menschheit, daß er für diese seltene Genugtuung die Aufopferung dem edlen Idealismus Wilsons und des großen amerikanischen Volkes verpflichtet ist. Die Erfahrung dieser Tage wird noch nicht vergessen sein, wenn wir und unsere Enkel zu Staub geworden sind, sie wird als Zeichen gelten, daß unsere Menschheit nicht mehr solche Herausforderungen der Gerechtigkeit und Friedensbrüche verträgt.

Wir sagten am Eingange unserer Betrachtungen, daß in Berlin fieberhaft beraten würde. Unser Eindruck ist, daß nur mehr über die Bedingungen der Kapitulation beraten wird und die Hindernisse bloß in Personen liegen und keine sachlichen seien. Leider hat die Entente Deutschland das Einlenken nicht erleichtert. Wir beklagen dies nicht so sehr, weil wir davon eine nennenswerte Kriegsverlängerung befürchten, als weil darin eine Erschwerung der ohnehin so gewaltigen Aufgabe der deutschen Demokratie liegt und weil es notwendig ist, daß kein Volk aus diesem Kriege herausgeht mit dem Gefühle, ihm sei Unrecht widerfahren und es müsse bei nächster Gelegenheit sich rächen. Doch nur im Erkennen des Wirklichen und im vollkommenen Vertrauen zur Kraft der Gerechtigkeit und Versöhnung kann für Deutschland noch Rettung sein. Zwei Tatsachen waren seit vielen Monaten gewiß und wurden hier schon während der Augustschlachten mit aller Deutlichkeit formuliert: daß die Mittelmächte den Krieg unbedingt und völlig verloren haben und daß sie am ehesten bei Wilson auf Mäßigung und Gerechtigkeit hoffen dürfen. Es scheint uns ein Fehler, wenn die Entente den Deutschen allzu schwere Bedingungen für ihre Kapitula-

tion stellt und aus den Nachhabern Märtyrer macht; aber dieser Fehler kann seitens der Deutschen nicht durch vergeblichen Trost erwidert werden, sondern nur durch noch völligeres und Wilson verpflichtendes Vertrauen. Im furchtbaren Ernst dieser Tage wirken die Reden des Grafen Burian, des letzten k. k. Außenministers, wie eine Quelle unfreiwilligen Humors. Er bemüht sich, den Deutschen und den Oesterreichern im Gegensatz zur klaren Einsicht der ganzen Welt zu beweisen, daß Wilson ja eigentlich gar nichts Schweres von den Mittelmächten verlangt habe. Er findet die Verweisung an Foch für ganz harmlos, ja „selbstverständlich“, er kündigt das Entgegenkommen Deutschlands an und will der Welt einreden, das bloße Mitspracherecht des Reichstages bei Kriegserklärungen genüge den Erwartungen der Entente. Bis zum letzten Atemzuge eines sterbenden Staates sehen wir hier die würdelose Verfälschung durch offiziöse Schönfärberei. Graf Burian ist entzückt, daß dem Frieden nunmehr nichts im Wege steht — ja warum hat er denn diesen Frieden nicht schon vor Monaten oder Jahren gemacht? Die Kapitulation hätte ja natürlich die Entente jederzeit angenommen.

In einer wahrhaft furchtbaren Antikorede hat Graf Michael Karolvi alle Sünden der Mittelmächte vor Kriegsausbruch und während des Krieges aufgezählt, aber die Antwort Bekerles und Tizzas Zustimmung zu ihr zeigen, daß es noch immer Unbelehrbare gibt. Nach ihnen war die „Kriegserklärung an Serbien unumgängliche Notwendigkeit“ und eine „Frage der nationalen Ehre“. Das Demissionsgesuch dieses Mannes nimmt Kaiser Karl in einem Augenblicke nicht an, wo er sich samt seinem bald ehemaligen Bundesgenossen zur bedingungslosen Unterwerfung anschickt und alles darauf ankommt, der Welt zu beweisen, man sei endlich jener brutalen Geistesverfassung von früher entkommen und ein würdiges Mitglied einer geläuterten Menschheit. Wie können Wien und Budapest heute um Frieden bitten, wenn die unumgängliche Notwendigkeit ihnen gebot, jenes Ultimatum abzusenken und auf der Annahme aller seiner Punkte zu bestehen? Wo bleibt heute die nationale Ehre? Ist sie befriedigt, weil Millionen von Oesterreichern und Ungarn vermodern, weil ihre Völker von einander nichts mehr wissen wollen, verhungert und bankrott sind? Ueberall gäbe es nur ein einziges Gebot der Stunde: Aufrichtigkeit und Selbsterkenntnis. Die Fehler und Verbrechen müssen eingestanden werden, man muß die Sprache der heutigen Menschheit, der Humanität, Demokratie und Gerechtigkeit sprechen, und diese weiß nichts von der unumgänglichen Notwendigkeit jenes schmachvollen Ueberfalls auf kleine Länder, und sie kennt nur eine einzige Verletzung der nationalen Ehre: Unrecht zu tun, Völker zu vergewaltigen, Schrecken und Tod über die ganze Menschheit zu verbreiten. Serbien wird nach unangenehmen Zeiten groß und stark aus diesem Kriege hervorgehen, und Belgien wird sehr bald seinen deutschen Soldaten mehr im Lande haben. Um die Erinnerung an jene schmachvollen Episoden verblasen zu lassen, muß man beweisen, daß man 1918 ein anderer ist als 1914, und durch das Bekenntnis der begangenen Sünden sich erleichtern. Wir glauben nicht, daß die anderen Völker schuldlos sind, auch in sie hat der Krebs des Imperialismus sich tief eingefressen, aber keines hat das Empfinden der Menschheit vor und während dieses Krieges so sehr herausgefordert wie die Mittelmächte. Je aufrichtiger sie dies erkennen und je weniger sie sich die Sühne abtropfen lassen und je völliger sie zu ihr bereit sind, desto mehr kann Wilson als moralischer Diktator wirken und desto entschlossener vermag er sich jener zu erwehren, die heute die Ludendorffs der Entente sind.

Die Entscheidung hängt heute davon ab, ob das deutsche Volk in sich die Kraft findet, einen dicken Trennungsstrich zwischen sich und seiner Vergangenheit zu ziehen. Es ist keine Zeit zu verlieren, wie auch aus den deutschen Heeresberichten zu entnehmen ist. Ein jeder Tag macht Foch stärker und Wilson schwächer, vernichtet gründlicher die Hoffnungen auf einen gerechten Frieden und auf die Aufnahme eines erneuerten Deutschlands in eine erneuerte Menschheit. Belgiens Befreiung, ein tröstendes und gegnetes Ereignis, läßt nur eine einzige Deutung zu: jene dürfen nicht bleiben, die Belgien überfallen und die allgemeine Sittlichkeit herausgefordert haben. Jene müssen verschwinden, wenn Deutschland gerettet werden soll.

## Belgien wird befreit!

# In Berlin beraten die politischen Parteien über die Antwort Wilsons, erlassen die konservativen Aufrufe zur nationalen Verteidigung und zur Rettung des Vaterlandes. Aber man sieht wahrhaftig nicht, wie es durch Gewalt noch gerettet werden könnte, und die Leute vom Mehrheitsblock betonen stets, es sei die oberste Heeresleitung, die zu Verhandlungen dränge. Es fehlt an Munition, an Vertrauen, an allen moralischen und materiellen Werten, die ein Heer benötigt, und es klingt wie Prahlerei, wenn die alldeutschen Weltverteiler von ehemals heute sich noch so geberden, als hinge es nur vom Willen Deutschlands ab, ob es noch widerstehen könne. Jene brutale und klägliche Gesellschaft hat niemals die Welt und niemals sich selbst gekannt, nie die wirklich treibenden Kräfte begriffen, und es wäre die fürchterlichste Gefahr für die gesamte Menschheit, wenn jene hochmütigen, pläbeischen, streitfuchtigen und menschlich widerwärtigen Gesellen, die überall ihre Kultur aufdrängen wollten, nicht gründlich belehrt und dauerhaft zurückgehalten würden. Aufatmend stellt man fest, daß solche Gefahr nunmehr entschwinden ist. Die Front in Frankreich hat sich in stets schnellerer Bewegung nach Osten verschoben; nur noch ein schmales Band Frankreichs ist in den trastlos gewordenen Fäusten der Eroberer, und Belgien, das berühmte Faustpfand, verflüchtigt sich in den Händen des Pfandnehmers. Was haben wir doch alles hören müssen von Kanzlern, Parteiführern, Zeitungen, wie Belgien notwendig sei, um einen Gegenwert gegen englische Ansprüche zu bilden, und niemand wollte begreifen, daß dieses unglückselige und ewig bewundernswerte Land für die Deutschen, nachdem sie ihr Unglück dort hineingeführt hatte, nur auf eine einzige Weise zu verwenden war: durch sofortige freiwillige Räumung und Entschädigung! Das galt natürlich den Alldeutschen für Versteigerung und

## Großpolnische Wünsche.

Mit einer mannhaften, weithin Gehör beanspruchenden Kundgebung sind am Dienstag die sämtlichen politischen deutschen Parteien, die sämtlichen wirtschaftlichen und professionellen deutschen Organisationen und viele deutsche Vereine der Provinz Posen auf den Plan getreten, um mit Nachdruck den in dem letzten veröffentlichten Aufruf des Warschauer Regenschaftsrats erhobenen Forderungen nach einem Großpolen entgegenzutreten, das bis zum Meere hinaus alle Teile des früheren polnischen Königreichs vereinigen soll. Sie wollen damit der leidenschaftlichen Tätigkeit, dem Recht und der Billigkeit nach, Grenze und Ziel setzen, die die Polen seit der Zustimmung der deutschen Regierung zu den 14 Friedenssägen Wilsons entfaltet haben. Raslos sind die Polen seitdem an der Arbeit, die Gemüter aller Stammesgenossen für die Sache ihres Reiches auf das höchste zu erregen, um im entscheidenden Augenblick das Gewicht ihrer Massen mit voller Wucht in die Waagschale werfen zu können. Beim Wiederzusammentreten des Reichstages soll, Gerüchten zufolge, eine Kundgebung der polnischen Fraktion im Sinne des Warschauer Aufrufes erfolgen. In Krakau tagt eine von dem Warschauer Regenschaftsrat einberufene polnische Nationalversammlung, zu der auch die österreichische Polenvertretung offiziell eingeladen ist, um die Forderungen festzustellen, die Polen bei der Neuordnung der Welt auf dem Weltfriedenskongress zu erheben gedenkt. Die sämtlichen polnischen Vertretungen aber sind darin einig, daß die polnische Frage zur internationalen Regelung der von Polen bewohnten Reiche zu entziehen ist. Offenbar, man wittert Morgenluft im polnischen Lager und will alles daransetzen, um der großen Zeit, die man greifbar vor sich zu sehen glaubt, gewachsen zu sein. Dies um so mehr, als den großpolnischen Bestrebungen bedauerlicherweise von der österreichisch-ungarischen Regierung bei der Durchführung ihres staatlichen Umbauplanes in stärkster Weise Vorschub geleistet wird, da man für den neuen dort geplanten Nationalitätenbundesstaat wohl einen deutsch-österreichischen, einen tschecho-slowakischen, illyrischen und ruthenischen Nationalstaat ins Auge gefaßt, sich aber damit abgefunden hat, das polnische Gebiet Oesterreichs von dem Besitzstande des Hauses Habsburg-Lothringen abzuschreiben und auf eine polnische Staatsbildung im neuen Oesterreich zu verzichten.

Die Grundlage der neuen fieberhaften Werbetätigkeit bildet das Anerkennungsbuch des 13. Satzes Wilsons vom 9. Januar durch Deutschland, der lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt, und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Verträge garantiert sein müßte, sollte errichtet werden.“

Aus der Annahme dieses Satzes will man das Recht herleiten, ein Polen, dem vom deutschen Grund und Boden die Provinzen Posen, Westpreußen und Teile von Schlesien eingefügt werden sollen, verlangen zu dürfen. Man weiß selbst, daß man mit diesem maßlosen Ziel Preußen und Deutschland einen vernichtenden Schlag versetzt. Gerade in diesem Augenblick verdient hervorgehoben zu werden, daß die ungeheure Gefahr, die diese Pläne für uns in sich bergen, auf polnischer Seite aufs beste bekannt ist. Es soll festgehalten und unterstrichen werden, daß das seinerzeit führende polnische Unabhängigkeitsorgan, der Przegłond Wschepolski, im Jahre 1899 offen aussprach: „Die Erhaltung der östlichen Provinzen, in denen die polnische Bevölkerung anfänglich ist, hat für die Polen

die das größte Interesse, ist für sie geradezu eine Lebensfrage, und der Verlust dieser Gebiete würde ein Todesstoß für die Macht Deutschlands sein“, daß auch gerade aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit der Lostrennung dieser Gebiete von Deutschland heraus im Jahre 1890 zwei polnische Abgeordnete, unter ihnen Herr v. Jazdzewski, dem Reichskanzler Caprivi das überraschende Anerbieten machten, durch eine deutsch-polnische Austauschsiedlung diesseits und jenseits des Grenzflusses, der Proßna, national reine deutsche und polnische Gebiete zu schaffen und damit eine außerordentliche Lösung der sonst unlösbar erscheinenden Polenfrage zu suchen. In der Tat, würden die polnischen Gebiete verwirklicht, so würde ein breiter Streifen polnisches Landes über das alte deutsche Danzig zur Ostsee hin sich trennend zwischen Deutschland und Ostpreußen liegen. Dieses, völlig abgeschnitten und auf sich gestellt, wäre für Deutschland mit verloren. Damit aber wäre die ganze deutsche Ostmark dahin und mit ihr die Stellung Deutschlands auf der Ostsee für alle Zeiten vernichtet. Im gewaltigen Ansturm hätte das Slaventum die deutschen Außenstellungen überrannt und seine Macht bis mitten hinein nach Mitteluroza getragen. Dem Deutschland aber müßte, zusammengepreßt zwischen diesem neuen Polen und dem Rhein der Lebensatem ausgehen. Kein Zweifel, diese heraufziehende polnische Gefahr ist das Bedrohlichste, was diese Zeit für unser Volkstum und unser Reich in sich birgt.

Was verschlägt aber heute, wo das Vertrauen auf Wilsons Hilfe alle Gegner des Deutschland in einen tollen Siegestaumel versetzt hat, bei den anderen die Erkenntnis, daß Deutschland nur dann, wenn es sich selbst aufgeben müßte, in die Preisgebung seines Ostens würde willigen können. Nicht einmal so weit reicht mehr das ruhige Denken im polnischen Lager, daß man auch nur den Sinn des verhängnisvollen Wilsonschen Satzes recht zu verstehen weiß. Man übersieht geflissentlich, daß dieser keineswegs die weitgehenden Forderungen des Schlagwortes „ein Polen bis zur Ostsee“ deckt. In Wirklichkeit sollen nach ihm nur Gebiete „von unzweifelhaft polnischer Majorität“ zum neuen Polen vereinigt werden. Wie kann man aber zu diesen die Provinz Posen zählen, die nach dem Ausweis der Volkszählung von 1910 neben 60,90 Prozent polnischer Bevölkerung 38,42 Prozent deutscher beherbergte? Wie die Provinz Westpreußen mit ihren 34,22 Prozent polnischer und gar 64,45 Prozent deutscher Einwohner, wie Schlesien, das in den beiden Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz überhaupt ferndeutsch ist und nur in dem dritten Bezirk Oppeln eine zwar polnische, aber vor noch gar nicht langer Zeit den Nationalpolen fremd gegenüberstehende Bevölkerung enthält? Mit Recht bezeichnet die jetzt aus Posen herüberfliegende und der Reichsleitung übermittelte deutsche Kundgebung die polnische Verursachung auf Wilsons Note als unrichtig und bar jeder Stütze, indem sie zugleich für Posen feststellt: „Mehr als 800 000 Deutsche wohnen in der Provinz. Sie haben hier ihre Heimat. Sie besitzen mehr als die Hälfte des Grund und Bodens und Häuserwertes. Die meisten Industrien und der größte Teil des Handels sind in ihren Händen. Unermesslich sind die idealen Werte, welche deutsche Arbeit, Kultur und Wissenschaft geschaffen hat. Fast alle Städte sind Jahrhunderte alte deutsche Gründungen.“

Bei diesen unbestreitbaren Tatsachen kann die Gründung des erstrebten Großpolen wahrhaftig nie und nimmer in der Linie der Friedensziele Wilsons liegen, der für den künftigen Weltfriedenschluß selbst die Grundforderung aufstellte: „Die Welt kann nur Frieden haben, wenn ihr Leben im Gleichgewicht ruht. Ein solches Gleichgewicht ist unmöglich, wenn der Wille rebelliert, wenn die Geister nicht ruhig sind und das Gefühl der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechts herrscht.“ Niemals würde aber Deutschland die aller Billigkeit hohnsprechende Fortnahme der in Warschau begehrten Provinzen, in denen so viele gute deutsche Arbeit in rüstigem Schaffen steht, für „der Freiheit und dem Recht entsprechend“ ansehen. Nur den Keim unzweifelhaften kommenden Konfliktes würde dieser Gewaltstreich in die Neue Welt hinübernehmen. Ein anderer Weg muß gesucht werden zur Lösung des Problems. Daß er gefunden wird, ist dringende Notwendigkeit, damit nach der zurückliegenden Zeit des aufreibenden Streites eine bessere Zukunft des gemeinsamen Fortschreitens herausziehen mag. Aber nur dann wird dazu die Möglichkeit sein, wenn der Wille zur Verständigung und zur Herabsetzung der Ansprüche auf das Maß der Billigkeit auch drüben vorhanden ist.

una reposit, morgen... Ganzjährig 72 Kronen, halb... vierteljährig 18 Kronen, monatlich 6 Kronen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, G. Eckstein, Györi & Nagy, János & Co., Gab. Leopold, Ant. Huzar, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Högyl, Jos. Schwarz.

65. Jahrgang.

Budapest, Donnerstag, 17. Oktober 1918

Nr. 243

Nach der Note des Präsidenten Wilson.

Das Verhalten, das die französische und englische Kriegspresse in diesen Tagen bekundet, wird ihre historische Schuld bleiben. Man arbeitet mit allen Mitteln der Verheerung, man bedient sich der schon lange nicht gebrauchten übelsten Kniffe, um das Volk zu einer Nachelust aufzustacheln.

Keineswegs handelt es sich um eine allmächtige Stimmung tiefer Volksschichten, der die Regierenden wohl oder übel gehorchen müßten. Die großen Massen des arbeitenden Volkes fühlen auch in Frankreich und England, daß sie die durch die Ereignisse der letzten Tage geschaffene Hoffnung auf die Beendigung des Blutvergießens nicht mehr dürfen fahren lassen.

Die Debatte über die Regierungserklärung.

Eine Rede des Grafen Stefan Tisza.

Nur langsam versammelten sich heute die Abgeordneten zur Beratung, die zu ungewöhnlich früher Stunde, bereits vor halb 11 Uhr, eröffnet wurde.

Dieser Teil der Rede des Grafen Stefan Tisza wurde von der Karolyipartei in einer seltsamen Weise halb mit Zustimmung, halb mit Protesten, also mit sichbaren Zeichen der Verlegenheit angehört.

sich ging: der Kampf des patriotischen Gewissens gegen die Gefühle rücksichtsloser Parteitaktik.

Doch nunmehr folgte atemlose Spannung den Worten des Redners. In lautloser Stille verkündet er: die internationalen Machtverschiebungen haben es verursacht, daß wir nicht mehr darauf rechnen können, den Krieg zu gewinnen.

Doch die große Mission Ungarns — so klingt es aus der Rede des Grafen Tisza — bleibt im System der Weltkultur an dieser Stelle Europas notwendig und bestehen. Die lügenhafte Fiktion der tschecho-slowakischen Idee kann so wenig wie andere Tendenzmache es verdunkeln, daß in Ungarn die Nationalitäten Verfolgungen niemals ausgeübt waren.

Die Ausführungen, die Graf Stefan Tisza den Fragen der Demokratisierung widmet, stoßen auf den Widerspruch der Karolyipartei und der kleinen Gruppe der Demokraten. In diesen Erörterungen stellt Graf Stefan Tisza fest, daß Ungarn die Grundlage der Demokratie nicht erst annehmen müsse, weil es schon auf dieser Grundlage stehe.

Graf Stefan Tisza betonte dann die Schwierigkeiten, die unserem kämpfenden Staate aus der Haltung einer Minderheit erwächst, die ihre Taktik darin sieht, den Staat in ungerechter Weise nach außen zu kompromittieren. Mögen die Träger dieser Taktik umkehren, diese Taktik wenigstens so lange sistieren, als sie geeignet ist, die Interessen des Staates tödlich zu treffen.

Unter stürmischen Beifall, an dem auch Mitglieder der Karolyipartei teilhatten, schloß Graf Tisza seine Rede. Es trat eine Pause ein.

Nach der Pause ergriff Abgeordneter Graf Michael Karolyi das Wort, um gegen die Ausführungen des Grafen Stefan Tisza zu polemisieren.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Johann Benedei, der betonte, daß wir diesen Krieg als einen Kampf der Notwehr annehmen und führen müßten. Er wies auf die Einigkeit der Bestrebungen nach der Unabhängigkeit unseres Landes hin und fand dabei den Beifall des ganzen Hauses.

denkschlus bei Sicherung der territorialen Integrität und die innerpolitische Demokratisierung des Landes fordert.

Dann unterbreitete Abgeordneter Paul Székely den Bericht des Immunitätsausschusses in der Angelegenheit Lovácky und Wass. Wir berichten an anderer Stelle über diese Angelegenheit.

Graf Theodor Batthyány greift noch einmal auf die Affäre der Abgeordneten Lovácky und Wass zurück und erklärt, daß seitdem von seiner Partei kein Versuch unternommen worden sei, eine erklärende Meißerung über diese Angelegenheit zu machen.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle bemerkte demgegenüber, die allgemeine Stimmung habe nicht darauf gesprochen, daß Graf Michael Karolyi für die Abgeordneten Lovácky und Wass, wie Graf Theodor Batthyány das beabsichtigte, das Wort ergreife.

Nach der Beilegung dieses Intermezzos, ergreift der Abgeordnete Alexander Sieghwein um halb 2 Uhr das Wort, um seinen bekannten pazifistischen Standpunkt auseinanderzusetzen.

Abgeordneter Alexander Sieghwein unterbreitet einen Beschlußantrag, das Haus möge einen Ausschuss zur Förderung der Frage des Völkerbundes entsenden.

In der nächsten Sitzung wird Graf Albert Pöyhny als erster Redner sprechen. Ihm werden in der Reihe der Redner der Rumäne Alexander Bajda und dann Stefan Szabó, Johann Sock, Ferdinand Furiga und Karl Szűz folgen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Elemér Simonitsis

eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr. Schriftführer: Aronán Szólya, Peter Mikóthy und Vincenz Nagy.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister Tórh, Baron Szterényi, Prinz Windisch-Grätz, Szurmay, Unkelshäuser, Graf Madár Zichy, Graf Johann Zichy.

Nach Unterbreitung des Einlaufes folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Abgeordneter Graf Stefan Tisza

will seine Rede möglichst kurz fassen, da ja bei der bevorstehenden Verhandlung des Budgetprovisoriums die Regierung geboten sein werde, Fragen zu erörtern, deren Klärung im Interesse des Landes gegenwärtig notwendig sei.

Zunächst muß er selbstverständlich an die gestrigen bedeutungsvollen Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle anknüpfen. Redner war vielleicht der erste, der vor länger als einem Jahre darauf aufmerksam machte, daß in Oesterreich Symptome auftauchen, daß die österreichischen Zustände eine Wendung nehmen, die uns veranlassen können, dem österreichischen Staat gegenüber, mit dem wir auf der Grundlage des Dualismus in Verbindung stehen, auszutreten.

Abgeordneter Ladislav Fényes: Man darf das Volk nicht betrügen. (Großer Lärm rechts und im Zentrum.)

Abgeordneter Béla Kun: Die Mehrheit hat uns innewert ausgelacht.

Abgeordneter Madár Balla: Jetzt bringt man die Personalunion mit Delegationen.

Vizepräsident Elemér Simonitsis ersucht die Abgeordneten, die Ausführungen des Grafen Stefan Tisza ruhig anzuhören.



17./X. 1918

## Oesterreichische Delegation.

In der gestrigen Sitzung der oesterreichischen Delegation wurden u. a. folgende Anträge eingebracht:

Für den südslavischen und den tschecho-slowakischen Staat.

Dr. Koroschec, Dr. Gungl an den Minister des Aeußeren mit den Kriegsminister, betreffend die Stellungnahme über Südslaven zu den Waffenstillstands-

und Friedensverhandlungen und die Ueberlassung der Einleitung und Durchführung dieser Verhandlungen an die Vertreter der Nationen, welche sich zu Nationalregierungen konstituieren werden, und betreffend die Rückverlegung der südslavischen Regimenter in ihre Heimat. In der Einleitung der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die südslavische Nation wiederholt feierlich erklärt habe, sie werde niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen, welche nicht die Vereinigung aller Teile der Nation der Slovenen, Kroaten und Serben in einen eigenen souveränen Staat mit sich bringt, da nur in dieser Weise ihre autonome Entwicklung gesichert erscheine.

Klojce, Stanek, Körner, Tomasek, Zahradnik an die gemeinsame Regierung, betreffend die Stellungnahme der tschecho-slowakischen Nation zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, die Ueberlassung der Einleitung und Durchführung dieser Verhandlungen an die Vertreter der tschecho-slowakischen Staaten, die sich als eine selbständige Regierung konstituieren werden, neben den Vertretern der anderen, dieses Reich hervorhebenden Nationen, und betreffend die Rückverlegung der tschecho-slowakischen Regimenter in ihre Heimat.

Der gemeinsame Finanzminister Dr. Freiherr von Epik Müller unterbreitet eine Vorlage, betreffend das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 und die Berechnung der gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen in den Budgetjahren 1914-15, 1915-16, 1916-17 und 1917-1918.

## Ungarische Delegation.

Eine Rede des Grafen Karolgi.

In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation ergriß vor der Tagesordnung Graf Michael Karolgi das Wort. Er erklärte, die Delegationen seien für Ungarn kein verfassungsmäßiges Forum mehr. Das ungarische Volk fordere das vollständig unabhängige, freie und selbständige Ungarn und wolle von der überlebten Einrichtung der Delegationen nichts mehr wissen. Diese Institution habe so schlecht funktioniert, daß ihr und der gemeinsamen Diplomatie der Sturz der Monarchie zugeschrieben werden muß. Er behauptet weiter, der serbische Krieg sei von unserer auswärtigen Regierung heraufbeschworen worden; denn wir hätten den Krieg haben wollen. Noch schlechter als unsere Politik vor dem Kriege war unsere Politik während des Krieges. Als wir sahen, daß Deutschland im Mittelpunkt des Hasses der ganzen Welt steht, hätten wir die Grenze angeben sollen, bis zu welcher wir kämpfen werden. Die Bundestreue werden wir ehrlieh wahren, allein auch hier gibt es Grenzen. Graf Karolgi bezeichnet den Gedanken Mitteleuropas und die Vertiefung des deutschen Bündnisses als die ungünstigste Idee in diesem Kriege. Der mitteleuropäische Bloß wäre der Gegensatz zu dem von Wilson aufgestellten Bunde der europäischen Staaten gewesen. Diese Idee hat den Krieg am meisten verlängert. Der andere und vielleicht größte Fehler war der verschärfte Unterseebootkrieg. Als es offenkundig geworden war, daß die amerikanische Hilfe kein Bluff ist, hätte man die Anbahnung der Friedensverhandlungen fordern sollen, auch um den Preis eines Abfalles von Deutschland.

Die Antwort des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle: Wie immer man auch über die Regelung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse denkt, die Delegation ist eine gesetzlich bestehende staatsrechtliche Einrichtung, die respektiert werden muß, so lange sie besteht. Man kann die Institution der Delegation nicht einfach als aufgehoben erklären. Auch kann der Ministerpräsident die Epitheta, wie einseitig usw., mit welchen unsere Diplomatie bedacht wurde, nicht gelten lassen, insbesondere nicht von seiten des Abgeordneten Grafen Michael Karolgi, der durchaus keine großartigen Beweise seiner politischen Voraussicht geliefert hat. War es denn nicht eine Zwangslage, die diesen Krieg erheischte? War doch die ganze öffentliche Meinung Ungarns davon überzeugt, daß es die Frage der nationalen Ehre und ein unabweisbares Gebot politischer Voraussicht war, diesen zu führen. Derjenige, der die sittliche Rechtfertigung Ungarns bezweifelt, liefert Waffen gegen sein eigenes Vaterland. Der Herr Abgeordnete hat auch über Mitteleuropa gesprochen und die Salzburger Verhandlungen erwähnt. In den Salzburger Verhandlungen wurde in Angelegenheit der Zollsätze konferiert, was unter allen Umständen notwendig ist. Drittens forderie der Herr Abgeordnete die Trennung von Deutschland. Der Herr Abgeordnete verkennt unsere Lage und vergißt, daß uns in der Verteidigung des eigenen Vaterlandes auch Deutschland behilflich war, ja, daß es vielleicht eine entscheidende Rolle in dieser Hinsicht hatte. Er vergißt, daß auch heute noch bedeutende deutsche Streitkräfte im Osten und im Süden stehen. Unter solchen Umständen zu verlangen, daß wir, von Deutschland abfallend, Frieden schließen sollen, wäre eine verkehrte Politik.

## Aus den Darlegungen des Grafen Burian.

Hierauf nahm Minister des Aeußeren Graf Burian das Wort. Der Friedensschritt der Mittelmächte eröffnet, so führte er aus, den Völkern die Aussicht, daß es gelingen werde, in absehbarer Zeit an allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen. Der am 1. Oktober an den Präsidenten Wilson gerichtete Antrag war die Ausführung eines im Wesen bereits feststehenden Entschlusses, auf dessen Zustandekommen die jüngsten betrieblenden Ereignisse in Bulgarien keinen bestimmenden Einfluß mehr nehmen konnten. Hätten schon manche der durch meine Note vom 14. September d. J. ausgelösten Stimmen des Auslandes bei genauerer Beobachtung erkennen lassen, daß sie in nicht zu fernem Zeitpunkt für die Aufknüpfung von Friedensbesprechungen bieten würden, so haben die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September diese Annahme bestätigt. Wir haben uns den von Herrn Wilson formulierten Prinzipien angeschlossen, die zum großen Teile schon früher zum festen Bestande unseres Friedensprogrammes gehörten. Richtig verstanden und zweckmäßig angewendet, werden diese Grundsätze, die eine unparteiische Gerechtigkeit verwirklichen sollen, auch einen wohlthätigen Einfluß auf die im Zuge befindliche Regelung der inneren Verhältnisse der beiden Staaten der Monarchie üben. Die österreichisch-ungarische Regierung ist im Augenblick noch nicht im Besitze einer Antwort des Präsidenten Wilson auf ihren Antrag vom 4. d. M. Was die vorläufige Antwort anbelangt, welche der Herr Präsident dem deutschen Reichskanzler erteilt hat, so besteht für uns Anlaß, zu dem Zwecke derselben auch unsererseits Stellung zu nehmen. Es ist eine durchaus richtige, nicht nur in den politischen, sondern auch in den tatsächlichen militärischen Verhältnissen begründete Auffassung, wenn der Herr Präsident der Vereinigten Staaten die Waffenstillstandsfrage und damit auch jene der Räumung des von den Mittelmächten an den Kampfzonen besetzten feindlichen Gebietes als eine einheitliche aufstellt. Unsere und Deutschlands Einwilligung in diese Räumung steht fest; es wird sich also nur darum handeln, die technischen Voraussetzungen für deren Durchführung zu schaffen, wofür Vereinbarungen zu treffen sein werden. Nach der Antwort Deutschlands, die alle Voraussetzungen erfüllt hat, von denen Präsident Wilson seine weiteren Schritte im Sinne unseres Antrages abhängig zu machen wünschte, sehen wir jetzt seiner Antwort auf unseren Antrag entgegen. Es ist wohl kein zu weitgehender Optimismus, wenn ich bei dieser Sachlage annehme, daß wir knapp vor der Einstellung der Feindseligkeiten stehen und in kurzer Zeit mit den Mächten des Verbandes in Verhandlungen eintreten werden.

Was die Zusammenfassung der zu den Friedensverhandlungen zu entsendenden Delegation anbelangt, so ist es klar, daß dieselbe keinen rein diplomatischen und bürokratischen Charakter tragen kann. Zu allen Fragen, die spezielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner herangezogen werden, ausgewählt aus denjenigen, die hierfür am besten geeignet sind. Ehrenamtlich erscheint mir die Berufung einer Kommission von österreichischen und ungarischen kompetenten Persönlichkeiten zum Zwecke der direkten Mitarbeit bei Bewältigung der schweren Aufgaben, vor die uns der Kongreß stellen wird. Entschieden würde ich mich die Einsetzung eines aus den gesetzlichen Vertretungskörpern gewählten Beirates zur Ermöglichung eines ständigen Kontaktes mit den Volksvertretungen. Innig vereint mit unserem treuen deutschen Bundesgenossen und mit der Türkei, die trotz der für sie durch das Ausscheiden Bulgariens geschaffenen schwierigen Lage in Erfüllung der übernommenen Bundespflichten ausharrt, werden wir in die Verhandlungen eintreten. Als eine in diesem engen Verhältnisse zu unseren Verbündeten wurzelnde Selbstverständlichkeit möchte ich es bezeichnen, daß wir bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unser Vorgehen im freien gegenseitigen Einvernehmen mit diesen regeln werden.

Die Schaffung der Liga der Nationen bildet die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Friedens der unparteiischen Gerechtigkeit, den Präsident Wilson und wir mit ihm anstreben. Wie wir wiederholt erklärt haben, sind wir bereit, in einen, die volle Gewähr für einen unparteiischen Interessenschutz bietenden Völkerbund einzutreten.

Der Minister besprach hierauf noch die Entwicklung der Dinge in Polen, Rumänien und der Ukraine und schloß mit einer Mahnung zur Einigkeit.

# Kundgebungen zur Lage.

Während die verantwortlichen Stellen die Antwort auf die amerikanische Note beraten, äußert sich die tiefe Bewegung, die alle Gemüter erfasst hat, in Kundgebungen der verschiedensten Art, die im Augenblick noch der zielbewußten Zusammenfassung entbehren.

Der bereits mitgeteilten Kundgebung der Konservativen hat sich neuerdings eine ähnliche Erklärung der freien konservativen angeschlossener. Gleichzeitig veröffentlichten die sozialdemokratischen Blätter einen Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei „an Deutschlands Männer und Frauen“. Da es sich um eine Kundgebung von nicht zu unterschätzender politischer Bedeutung handelt, sei sie hier im Wortlaut wiedergegeben. Auf Einzelheiten wird gegebenenfalls zurückzukommen sein.

Die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volksteilen noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Deutschland ist auf dem Wege vom Obristenstaat zum Volksstaat.

In Preußen ist das gleiche Wahlrecht gesichert und damit der erste entscheidende Schritt zur Herabminderung der Junkerherrschaft getan. Auch in allen anderen Bundesstaaten regen sich die Volksmassen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der freien Geltendmachung des unverfälschten Volkswillens im Wege stehen. Der Wille des Volkes oberstes Gesetz, das wird, das muß in kurzen entscheidenden Schritten für die Regierung des Reiches und der Bundesstaaten werden und bleiben.

Leider mußte sich die außenpolitische Lage unseres Landes erst so ungünstig gestalten, um diese Umwälzung, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kämpft, herbeizuführen. Millionen blühender Menschenleben und unermessliche Kulturgüter wären vor Vernichtung bewahrt geblieben, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit sich nicht den Herrschenden anvertraute, sondern längst seine Geschicke in die eigene Hand genommen hätte.

Jetzt ist die Lage unseres Landes bitter ernst. Die Südküste ist zusammengebrochen, und an der Westfront klammern die Massenheere der Entente, der die Menschen und Wirtschaftskräfte von drei Dritteln zur Verfügung stehen, mit furchtbarem Uebergewicht an Menschen und Material gegen unsere Truppen an.

Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungssucht englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitiker zu werden.

Was wir am 4. August 1914 erklärt haben: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich“, gilt heute in verstärktem Maße. Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden.

Nur um unser Land und sein Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren, haben Vertreter unserer Partei das Opfer auf sich genommen und sind in die Regierung eingetreten. Sie haben in dieser furchtbaren Situation ihr verantwortungsvolles Amt angetreten mit dem heißen Bestreben, unserm Volke Frieden und Freiheit zu bringen.

Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, muß eine Regierung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung unseres Landes sein. Nur so lange sie es ist, werden ihr Sozialdemokraten angehören.

Um das entsetzliche Verbrechen zu beenden, hat die neue Regierung schnellstens einen Waffenstillstand angeboten und sich bereit erklärt zu einem Frieden des Rechts und der Völkerverständigung, wie ihn die sozialdemokratische Partei seit Kriegsbeginn angestrebt hat.

Auch die Parlamentarisierung und Demokratisierung unseres Landes ist tatkräftig in Angriff genommen. Die sozialdemokratische Partei setzt sich mit ganzer Kraft dafür ein, daß die notwendige innerpolitische Umwälzung sich schnell und reiflos vollzieht. Je zahlreicher und entschlossener die großen Volksmassen sich hinter die Partei stellen, um so schneller wird diese ihr Ziel erreichen, um so leichter wird sie die Kräfte überwinden, die sich ihr hemmend hindernd in den Weg stellen.

Schon regen sich gegen diese friedliche Revolution die dunkeln Mächte der Gegenrevolution.

Jene alldeutsch-konservativ-schwerindustriellen Eroberungs- und Interessenpolitiker, jene chauvinistischen Demagogen und Phantasten, die, unterstützt von den Millionen der Kriegsgewinnler aller Art und gefördert durch eine unverantwortliche Militär-Lamarilla seit Jahr und Tag mit ekelhaften, verlogenen Buntbilderplakaten und nationalistischen Elegiepsalmen in den Versammlungen der Vaterlandspartei und deren Schriften, wie in einer willfährigen Presse das deutsche Volk in eine Wolke künstlichen Nebels voll Lug und Trug gehüllt haben, alle jene Schuldigen, die das deutsche Volk in die schlimmste Lage gebracht haben, sie erklimmen jetzt, nachdem ihr Kartenhaus zusammengestürzt, es dem Volke wie Schuppen von den Augen fällt, den Gipfel der Schamlosigkeit: sie versuchen, den Unmut des Volkes gegen die neue Regierung zu lenken.

Nicht die Ausplünderung und Aushungierung des Volkes durch die agrarischen und sonstigen Lebensmittelwucherer, nicht die Korruption und die viel Erbitterung auslösende Behandlung an und hinter der Front, nicht die parteiische Unterbindung des Versammlungswortes und die empörende mißbräuchliche Handhabung der Zensur, durch die das freie Wort unterdrückt und die alldeutsche Lüge gesüchtet wurde, hätten die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volkes untergraben, nein, die Mis- und Fleumacherei der Männer in der neuen Regierung haben das verschuldet; so behaupten die alldeutschen Demagogen im Lager der agrarischen und schwerindustriellen Kriegsgewinnler. Mit Aufrufen und Resolutionen laufen sie Sturm gegen die neue Regierung, weil sie ehrlich den Verständigungsweg und die Demokratisierung unseres Landes anstrebt. Durch struppellose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit versucht man sogar die Arbeiterausschüsse industrieller Werke als Sturmbock zu mißbrauchen; auch mehrten sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen.

Gegen dieses verderbliche Treiben muß das deutsche Volk wie ein Mann Front machen. Besonders die arbeitenden Volksmassen müssen ihre ganze Macht einsetzen, um dem Einfluß jener Kreise, die so viel Unheil über Deutschland und das deutsche Volk gebracht haben, gründlich und endgültig zu brechen.

Auch alle jene Treibereien durch bolschewistische Revolutionssphrasen verirrter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzuputschen versuchen, zu wider den Frieden und die Demokratisierung Deutschlands und arbeiten, wenn vielleicht auch ungewollt, den alldeutschen Kriegstreibern und Feinden der Demokratie in die Hände.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß es ablehnen, sich zum Sturmbock der Gegenrevolution und zum Helfer der imperialistischen Gewaltpolitiker diesseits und jenseits der Front mißbrauchen zu lassen.

Nicht durch Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkrieges, der zu dem Blutstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Anglück und neue Ströme Blutes bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsgier unserer Feinde anregen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.

Nein, wie die berufenen Vertreter der sozialdemokratischen Partei immer erklärt haben, im Wege friedlicher Umwälzung wollen wir unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus überleiten.

Wir sind auf dem Wege zum Frieden und zur Demokratie. Alle putzistischen Treibereien durchkreuzen diesen Weg, dienen der Gegenrevolution.

Angefehts der Morgenröte des Friedens und der Freiheit darf und wird sich die klassenbewußte Arbeiterschaft an und hinter der Front nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen, die letzten Endes nur den Feinden des Volkes nützen.

Bis zum nahen Frieden und auch nach Friedensschluß stehen uns noch schwere Tage bevor. Wir müssen sie überstehen, wir können sie überstehen in dem sicheren Bewußtsein, die Zukunft gehört der Völkerverständigung, der Demokratie und dem Sozialismus!

Berlin, 17. Oktober.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Von den zahlreichen Äußerungen politischer Vereine im Reich sei eine Resolution des Nationalliberalen Hauptvereins Berlin erwähnt, der es als selbstverständlich bezeichnet, daß die Reichsregierung und der Reichstag nur einem solchen Frieden ihre Zustimmung geben werden, welcher die Unversehrtheit des Reichsgebietes gewährleistet. Nur ein solcher Friede würde auch mit dem Gedanken des Völkerbundes vereinbar sein, da das deutsche Volk andernfalls dem Völkerbunde von vornherein mit dem stärksten Mißtrauen würde entgegensehen müssen. Der Nationalliberale Reichsverein in Dresden spricht die Hoffnung aus, die angeknüpften Verhandlungen zu einem Ende zu führen unter voller Wahrung der Ehre und der künftigen Daseinsbedingungen des deutschen Volkes. Einen ähnlichen Beschluß faßt der Nationalliberale Landesverband Hamburg.

Der Deutsche Flottenverein bezeichnet es als sein oberstes Ziel, seine starke, alle Stämme und Glieder unseres Volkes umfassende Organisation zur Schaffung und Erhaltung der Einigkeit einzusetzen. „Nur sie kann einen Frieden in Ehren uns sichern oder, wenn die Feinde uns verweigern, im Kampf bis zum äußersten den Erfolg verbürgen.“

## Der wunde Punkt.

Von

Richard v. Moellenhoff.

Vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle zu der Erkenntnis aufgerufen, wie eng im künftigen Völkerbund, solange er ein Bund verstaatlichter Nationen wäre, nationale Ehre an nationale Wirtschaft gekettet sein würde, wie gebieterisch nationale Ehre einen sofortigen, alle Verhandlungen bestimmenden Entschluß zu nationaler Wirtschaft verlange.

Was aber, so wird eingewandt, soll, wenn das stimmt, denn praktisch geschehen? Wo liegen Hindernisse? Wo ist anzupacken? Wer wird führen? Weiß es, glaubt es die Regierung? Zur Volksbefehrerung fehlt doch einfach Zeit? Wer kann die Massen, die im Kriegsgeschäft schweigen, für Friedensnöte zu begeistern hoffen?

Gemach, wer hören will, der höre: Im Herbst 1914 hätte nicht einer von zehn Deutschen Verdienen größer als Vaterland geschrieben, und im Herbst 1916, unmittelbar bevor die verfluchte Post des Preisanstieges einschlich, schmeckte Millionen Deutschen die Arbeitspflicht so süß wie das Adeltstrecht. Das arme, geduldige, willige Volk wollen wir nicht zum Versteckspiel mißbrauchen. Es versteht gar nichts, denkt wenig und vertraut viel. Sagt ihm, Vertrauen erweckend, was Ihr ratet, und es folgt Euch durch dick und dünn.

Wer wem „Euch“? Eine Regierung, die nichts Wirtschaftliches anrühren darf ohne sich zu sprengen, die um jede Wirtschaftsverantwortung, um den Staatsminister Helfferich, um das Schahamt, Wirtschaftsamt, Ernährungsamt herumgeht wie die Rahe um den heißen Brei, die es vielleicht sogar nicht ungern sieht, daß in den wirtschaftlichen Fachressorts als Bilanzableiter für kritische Entladungen alles beim alten und in alten Händen bleibt: eine solche Regierung taugt freilich nicht sonderlich dazu, jetzt im Wirtschaftlichen die Knochen zusammenzureißen.

Sie selbst wird bemerken, daß sich schon jetzt die Glieder unseres Wirtschaftskörpers müde lösen, daß die vermaledeite Kriegswirtschaft von denen, die sie treiben, und denen, die sie leiden, gleichermaßen eilends liquidiert wird, als ob Demobilisierung usw. sich nun von selbst abwickeln mögen, und daß sich der Geister eine gewisse Abfindung mit häntischem oder belgischem Schicksal bemächtigt:

„Kolonialpolitik und Außenwirtschaft nach fremder Willkür?“ ... „Was kann man machen?“ ... „Agrarland nach Übergabe von fünfzehn Millionen unserer Mitbürger?“ ... „Meinetwegen.“ ... „Verlust alles während der Grenzsperrung geschaffenen Nationalvermögens?“ ... „Nu wenn schon.“ ... „Aber Sie wenigstens, der Sie mit aufgebaut haben, werden festhalten und helfen?“ ... „Unter dieser Regierung des Vogels Strauß? Lieber sterbe ich.“ ... So oder ähnlich schwirrt es durch die Gassen. Dieweil uns Helfferich noch einmal seiner Zuversicht versichert und Bernstein im wonnigen Freihandelsbette wiegt, winken die Bolschewiki mit dem Jaunpfahl.

Die Lage ist buchstäblich hinverbrannt: ein Kranke Leib, durch eine einzige Willensform notfalls zu retten, und gerade dieser Willensform im endlich frei erhobenen Haupt geraubt; eine Volksregierung, die nicht einmal das Massenfeber messen, geschweige denn bekämpfen darf; eine lebensgefährdete Nationalökonomie ohne nationalökonomisches Ziel.

Nicht wie von ungefähr, sondern in einer heilsüchtigen Vorahnung der jetzigen Krisis wurde hier vor einem Monat die verfassungsmäßige Ordnung der Wirtschaft: der Reichswirtschaft gefordert. Vergebens, und nun läme selbst unverzügliche Nachgiebigkeit des Reichstages wahrscheinlich für den Friedensschluß zu spät. Gleichviel, ob man noch länger zögert oder nicht, gleichviel, wie lange man nun noch eine Notwendigkeit als frommen Wunsch behandelt, mit voller Wucht lastet die Taten- oder Unterlassungssünde der nächsten Wochen auf den Schultern derer, die da sind.

Deshalb werden wir nicht ablassen, den Reichstag und das aus seiner Mehrheit gebildete Reichskabinett zu bestimmen, daß ... Reichswirtschaftsprogramm aufgestellt und aufgedeckt werde: Reht sich Deutschland in der Richtung seiner Wünsche zurück zu oder ab von der Wirtschaft, die es im Jahre 1914 verließ? Wir begnügen uns um seinen Preis mit den Aus-

# Rechtsfrieden mit Frankreich!

Von  
Georg Bernhard.

In der Rede des Präsidenten Wilson ist von den Grausamkeiten und Plünderungen die Rede, die die Deutschen in Frankreich verübt und insbesondere auf ihrem Rückzug begangen haben sollen. Die französischen Blätter greifen diese Worte natürlich begeistert auf, die ihnen gewissermaßen die amtliche Bestätigung der vorher schon in den französischen Zeitungen breit geschilderten Mitteilungen über die Zerstörungswut deutscher Truppen erscheinen. Diejenigen, die auf solche Weise die Wut und den Haß der Massen in Frankreich von neuem aufstacheln, sollten doch neben ihre Darstellungen und Klagen jene Rede des englischen Ministers Churchill stellen, in der er davon sprach, daß täglich 10 000 Tonnen Eisen auf die feindlichen Heere herniederfallen. Wo steht der größte Teil des deutschen Heeres? In Frankreich. Auf welches Land also fallen täglich 10 000 Tonnen englisches Eisen hernieder? Auf Frankreich. Wer zerstört mithin durch einen Hagel von Granaten täglich und stündlich französische Städte und französisches Land?

Ob sich wohl große Teile des französischen Volkes diese Fragen nicht schon selbst vorgelegt haben? Aber die französische Regierung und ihre Presse, die jede zerstörte Stadt, jeden verwüsteten Flecken allein den Deutschen zur Last buchen wollen, sagen dem französischen Volke, daß der Deutsche aus Wut über seine Niederlage seine Grausamkeiten verübe, um noch zulezt sein Mütchen an der französischen Bevölkerung zu kühlen. Diese Lügenmärchen würden zuschanden werden, wenn das französische Volk wüßte, was wirklich geschehen ist. Seine Regierung verschweigt ihm jedoch, daß über die Schweiz die deutsche Regierung bereits den führenden Männern in Paris Maßnahmen hat anbieten lassen, um die Leiden des französischen Volkes infolge des Rückzuges zu mildern. Frankreichs Regierung verschweigt das ihrem Volk, weil es dadurch von der Menschlichkeit des Feindes erführe, und solche Erkenntnisse würde das Volk jener erschweren, die gerade jetzt, wo Deutschland sich mit einem rückhaltlosen Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten gewandt hat, ein Werk der Rache zu üben trachten.

Aber es soll gar nicht auf die Menschlichkeit gepöcht, sondern nur an den Verstand appelliert werden. Das deutsche Volk hat in dem jahrelangen Kampf und besonders in den letzten Wochen erkannt, wo seine Feinde stehen, und wo die Möglichkeiten seiner Zukunft liegen. Es hat den heißen Wunsch bekundet, anstatt weiterkämpfen zu müssen, Opfer um der Zukunft willen zu bringen. Niemand in Deutschland denkt heute daran, Frankreich zu schwächen. Dagegen bringt in immer weitere Kreise die Erkenntnis, daß Deutschland und Frankreich als starke Kontinentalmächte, die in Freundschaft leben wollen, nebeneinander bestehen müssen. Es ist nicht nur in Deutschlands, sondern auch in Frankreichs Interesse, daß die Erkenntnis nicht nur von der Möglichkeit, sondern von der Notwendigkeit solcher Freundschaft sich auch in Frankreich weiter durchsetze.

Deutschland ist heute bereit, den Franzosen das zu gewähren, was die Voraussetzung für solch freundschaftliches Nebeneinanderleben beider Staaten sein muß. Zwischen beiden Reichen steht die elsässisch-Lothringische Frage. Die Franzosen sprechen von ihr als von dem Unrecht des Jahres 1871. Sie sind des Glaubens, daß Deutschland durch den Pariser Frieden französisches Land genommen hat. Deutschland war immer des Glaubens, deutsches Land zurückerobern zu haben, das ihm einst vom französischen Königtum entrissen ward. Und der gleichen Ansicht waren im Jahre 1871 die Engländer, die heute das verleugnen, was „Times“, „Daily News“ und „Daily Chronicle“ vor 47 Jahren schrieben und was damals die englische Regierung trotz aller Hilferufe der Franzosen billigte. Wie liegen die Dinge jetzt? Zwei Luftren gehen nicht spurlos an Land und Volk vorüber. Nach deutscher Auffassung ist das Elsaß im engen Zusammenleben mit tausendfachen Banden an die Gemeinamkeit der Staaten gekettet worden, die auf ihre Reichslande stolz waren. Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit das elsässische Volk deutsch geworden ist. Aber eins steht heute doch wohl fest: Die Stimme des Volkes allein kann dafür ausschlaggebend sein, wohn es gehören will. Frankreich besitzt heute vielleicht die Macht, Elsaß und Lothringen zurückzugewinnen. Aber damit würde es zu dem „Unrecht von 1871“ ein „Unrecht von 1918“ füllen.

Was soll nun geschehen? Das deutsche Volk hat sich einmütig auf den Standpunkt des Rechtsfriedens gestellt. In seiner Gesamtheit hat es, wie zugegeben werden soll, nicht